

Eurostat Jahrbuch 2004

Der statistische Wegweiser durch Europa

Daten aus den Jahren 1992-2002



EUROPÄISCHE
KOMMISSION



THEMENKREIS 1
Allgemeine
Statistik

1

Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre Fragen zur Europäischen Union zu finden

Neue gebührenfreie Telefonnummer:

00 800 6 7 8 9 10 11

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar unter
<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat/>

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2004

ISBN 92-894-4962-4

ISSN 1681-4770

© Europäische Gemeinschaften, 2004

DANKSAGUNG

Die Verfasser des Eurostat Jahrbuchs 2004 danken allen, die zu seiner Verwirklichung beigetragen haben. Das Jahrbuch konnte dank der Hilfe und Unterstützung folgender Kollegen veröffentlicht werden:

EUROSTAT, DAS STATISTISCHE AMT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Referat A5: Information und Verbreitung

M. Copers, V. Guillemet, A. Johansson-Augier, G. Kyj, M. Radulescu

Mit Unterstützung durch die folgenden Direktionen von Eurostat:

Direktion B – Statistische Methoden und Instrumente

B1 Koordinierung der Methoden (M. Hahn, M. Léonard, M. Mietzner, L. Sproge, H. Strandell)

B2 Rechnergestützte Verwaltung, Informationssysteme (V. Dreux)

B4 Referenzdatenbanken (D. Groenez, M. Loos, S. Paganoni, A. Pasqui, O. Stembert)

B5 Forschung (S. Frank, G. Strack)

Direktion C – Wirtschafts- und Währungsstatistik

C2 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (J.-P. Arnotte, R. Barcellan, I. Kuhnert)

C3 Öffentliche Finanzen und Steuern (G. Amerini, P. Borges, G. Thouvenin)

C4 Zahlungsbilanzen (L. Biedma, D. Comini, P. Passerini)

C5 Preise (L. Viglino)

Direktion D – Statistik des Binnenmarktes, der Beschäftigung und Sozialstatistik

D1 Arbeitsmarkt (A. Franco Lopez, W. Grünewald, A. Paternoster, A. Persenaire)

D2 Lebensbedingungen und Sozialschutz (G. Abramovici, I. Dennis, A. Melis, J. Piirto)

D3 Unternehmen (P. Feuvrier, M. Hult)

D4 Energie und Verkehr (A. Gikas, H. Strelow)

D5 Bildung und Kultur (B. André, E. Kailis, K. Nestler)

D6 Gesundheit und Ernährungssicherheit (B. De Norre, D. Dupre, A. Karjalainen)

D7 Informationsgesellschaft und Dienstleistungen (M. Lumio, H.-W. Schmidt)

Direktion E – Agrar-, Fischerei-, Strukturfonds- und Umweltstatistik

E1 Strukturelle Agrarstatistik (K. Duchateau)

E2 Statistik der Agrarerzeugnisse (G. Mahon)

E3 Fischerei, Entwicklung des ländlichen Raums und Forstwirtschaft (P. Boday, D. Cross)

E4 Strukturfonds (T. Carlquist)

E5 Umwelt und nachhaltige Entwicklung (C. Garland, J. Klein, P. Wolff)

Direktion F – Statistik der Außenbeziehungen

F1 Demographie, Wanderung (F. Bovagnet, D. Thorogood)

F2 Internationaler Handel (A. Berthomieu, C. Corsini)

EFTA (R. Ragnarson)

Geonomenklatur (E. Jouangrand)

ÜBERSETZUNG

Generaldirektion Übersetzung der Europäischen Kommission, Luxemburg

AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Statistiker im Dienst Europas

Der Eurostat-Service	9	Im Blickpunkt: Nachhaltige Entwicklung	25
Die Europäische Union und ihre Stellung in der Welt	15		

1

Menschen in Europa

Bevölkerung	39	Arbeitsmarkt	85
Gesundheit	57	Haushalte und Wohlfahrt	93
Aus- und Weiterbildung	73		

2

Wirtschaft

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	117	Zahlungsbilanz	149
Preise und Löhne	137	Internationaler Warenhandel	161

3

Umwelt

Umwelt	167
-------------------------	-----

4

Wissenschaft und Technik

Forschung und Entwicklung	181
Die Informationsgesellschaft	189

5

Wirtschaftszweige und Unternehmen

Unternehmensstrukturen auf einen Blick	199	Verkehr	211
Industrie und Baugewerbe	203	Tourismus	219
Handel	205	Energie	223
Finanzmarkt	207		

6

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Landwirtschaft	233	Fischerei	247
Forstwirtschaft	245		

7

Anhänge

Glossar	253	Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel, SITC Rev. 3	271
Geonomenklatur 2004	268	Abkürzungen und Akronyme	273
Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften, NACE Rev. 1.1.	270	Hinweise zur CD-ROM	280

8

Das Eurostat-Jahrbuch als Kombiprodukt

Das Eurostat-Jahrbuch 2004 ist ein Kombiprodukt, bestehend aus einem Buch und einer CD-ROM. Die CD-ROM enthält die vollständigen statistischen Informationen des Eurostat-Jahrbuchs 2004, von denen im Buch eine Auswahl abgedruckt ist.

Die CD-ROM enthält drei Sprachfassungen (englisch, französisch, deutsch) und enthält:

- die PDF-Dateien der Papierfassung;
- über 1 000 statistische Tabellen und Schaubilder. Alle Daten lassen sich problemlos aus den Tabellen extrahieren. Die Schaubilder können nach dem Bedarf des Lesers dynamisch generiert werden;
- alle statistischen Hintergrundinformationen zum Abschnitt „Im Blickpunkt: Nachhaltige Entwicklung“;
- Links zur Website von Eurostat mit weiteren Informationen, z. B. über weitere Veröffentlichungen oder aktuellere Daten. Die Eurostat-Website bietet Zugang zu einer Reihe statistischer Informationen, die online eingesehen bzw. kostenlos heruntergeladen werden können.

Das Eurostat-Jahrbuch ist benutzerfreundlich

- Jeder Abschnitt beginnt mit Erläuterungen zu den wesentlichen Merkmalen sowie zur Relevanz der dargebotenen Informationen. Außerdem wird kurz geschildert, welche weiteren Daten Eurostat zum jeweiligen Thema anbieten kann.
- Die verwendeten statistischen Begriffe und Konzepte werden in einem Glossar erläutert.
- Das Jahrbuch enthält ein umfassendes Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen.

Zeitpunkt der Datenextraktion

Die Datenauszüge für alle im Jahrbuch enthaltenen Statistiken wurden am 10. Mai 2004 erstellt; die Angaben entsprechen somit dem zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Datenbestand.

Reihenfolge und Codierung der Länder

Im Eurostat-Jahrbuch erfolgt die Nennung der EU-Mitgliedstaaten in protokollarischer Reihenfolge. Dabei wird der alphabetischen Reihenfolge der Kurznamen in ihrer jeweiligen Muttersprache gefolgt.

Im Eurostat-Jahrbuch 2004 wird grundsätzlich die jeweils kürzeste offizielle Bezeichnung eines Landes verwendet. Wo eine Codierung verwendet wird, erfolgt sie anhand der zweistelligen ISO-Codes, mit Ausnahme von Griechenland und dem Vereinigten Königreich, für die die Kürzel EL bzw. UK verwendet werden.

Eine vollständige Liste der ISO-Codes kann gefunden werden unter:

<http://www.iso.org/iso/en/prods-services/iso3166ma/index.html>

Symbole und Codes

- nicht zutreffend oder „reale Null“ oder „automatisch Null“
- 0 weniger als die Hälfte der verwendeten Einheit
- : nicht verfügbar
- p vorläufiger Wert
- e geschätzter Wert
- s Eurostat Schätzung
- r revidierter Wert
- f Prognose
- u unzuverlässige oder ungewisse Daten (siehe Erklärungstexte)
- :u äußerst unzuverlässige Daten
- :c vertraulich
- :n unbedeutend
- b Reihenunterbrechung (siehe Erklärungstexte)
- i siehe Fußnote

€-zone steht für Eurozone. Das nicht offizielle Symbol „€-zone“ wird hier aus praktischen Gründen verwendet.



Statistiker im Dienst Europas

Der Eurostat-Service 9-14

Die Europäische Union und ihre Stellung in der Welt 15-24

Im Blickpunkt:
Nachhaltige Entwicklung 25-36

1

Eurostat, Ihr Schlüssel zur europäischen Statistik

Für vergleichbare Informationen über Europa gibt es einen Namen: Eurostat

Der Name „Eurostat“ steht für einen hochwertigen Informationsservice, der statistische Daten über und für die Europäische Union bietet. Wer unsere Daten nutzt, hat den Finger am Puls der Zeit, was die jüngsten Entwicklungen in Europa betrifft: Wir bieten die Hintergrundinformationen und Fakten, die für das Verständnis dieser Entwicklungen notwendig sind.

Das Eurostat-Jahrbuch: für alle, die ein Interesse an Europa haben

Das Eurostat-Jahrbuch gibt einen Überblick über unser breites Angebot an Daten und öffnet damit die Tür zum Informationsdienst von Eurostat. Es veranschaulicht die Entwicklung wichtiger Vergleichsgrößen in der Europäischen Union, in der Eurozone und in den Mitgliedstaaten für die letzten zehn Jahre. Um Gegenüberstellungen auf internationaler Ebene zu erleichtern, enthalten einige Tabellen auch vergleichbare Daten für andere Länder, wie z. B. die Vereinigten Staaten von Amerika.

Zu Beginn jedes Abschnitts wird kurz geschildert, über welche Daten Eurostat zum jeweiligen Thema verfügt und worauf sich diese Angaben beziehen. Uns geht es bei diesem Jahrbuch nicht um eine reine Zusammenstellung von Tabellen, sondern darum, ein „Eingangsportal“ zur europäischen Statistik zu bieten. Wir hoffen, dass die Leser des Jahrbuchs neugierig werden und mehr über das Datenangebot von Eurostat erfahren wollen.



Wie kommt man an die gewünschten Daten?

Eine Adresse für Ihre Favoritenliste:
<http://www.europa.eu.int/comm/eurostat>

Eurostat stellt auf seiner Website eine Vielzahl statistischer Informationen zur Verfügung, die online eingesehen oder kostenlos heruntergeladen werden können:

- sofort zugängliche aktuelle statistische Daten;
- sämtliche Presseveröffentlichungen von Eurostat;
- die Reihe *Statistik kurz gefasst*, in der die wichtigsten Ergebnisse aktueller Erhebun-

- gen, Studien und Analysen zusammenfassend vorgestellt werden;
- alle Veröffentlichungen von Eurostat als PDF-Dateien. Die Reihe *Panorama der EU* liefert Hintergrundinformationen zu spezifischen Themen mit umfassenden Analysen, Tabellen, Schaubildern und Karten;
- Kataloge;

Alle Strukturindikatoren sind im Eurostat-Jahrbuch enthalten und mit einem besonderen Symbol gekennzeichnet (☑).

- Zahlreiche weitere vordefinierte Tabellen zu verschiedenen Bereichen des Lebens, der Arbeit, der Wirtschaft und der Umwelt in der EU.



Kurzfristindikatoren

Die „Euro-Indikatoren“ enthalten eine Reihe aktueller Daten, die bei der Bewertung der Konjunkturlage in der Eurozone und in der gesamten Europäischen Union hilfreich sind. Sie werden täglich aktualisiert; die Veröffentlichung wird im „Terminkalender der Euro-Indikatoren“ angekündigt.

Der Pressedienst von Eurostat

Statistiken machen Schlagzeilen. Sie dienen häufig als wichtige Hintergrundinformationen für Artikel, Features und ausführliche Analysen. Presse, Rundfunk und Fern-

- Working papers und Studien (Methodikarbeiten und Berichte über die Datenqualität; punktuelle Studien und die Verbreitung ihrer Ergebnisse; von Partnern wie den nationalen statistischen Ämtern oder Universitäten verfasste Dokumente);
- Methoden und Nomenklaturen, erhältlich als PDF-Datei oder über den Klassifikationsserver von Eurostat RAMON.

Die Indikatoren von Eurostat: Langfrist- und Kurzfristindikatoren – stets von hoher Relevanz

Langfristindikatoren

- Die „Strukturindikatoren“ sollen eine Beurteilung der längerfristigen Fortschritte in den Politikbereichen Beschäftigung, Innovation und Forschung, Wirtschaftsreform, sozialer Zusammenhalt und Umwelt sowie dem gesamtwirtschaftlichen Hintergrund ermöglichen. Sie sind von größter Bedeutung für politische Diskussionen.





sehen machen regen Gebrauch von unseren Daten. In den Pressemitteilungen von Eurostat werden ausgewählte Eckdaten über die Europäische Union, die Eurozone, die Mitgliedstaaten und ihre Partner in benutzerfreundlicher Form dargestellt. Es erscheinen jährlich etwa 150 Pressemitteilungen, von denen fast 120 die monatlichen oder vierteljährlichen Euro-Indikatoren zum Inhalt haben. Die Pressestelle koordiniert auch Interviews und Pressekonferenzen, die bei der Bekanntgabe wichtiger statistischer Ergebnisse und anlässlich bedeutender Ereignisse stattfinden. Der „Eurostat Media Support“ unterstützt Fachjournalisten bei der Suche nach Daten zu allen denkbaren Themen.

Alle Pressemitteilungen von Eurostat stehen um 11:00 Uhr des Tages ihrer Veröffentlichung kostenlos auf der Website zur Verfügung.

Wenn Sie als Journalist weitere Informationen über unsere Pressemitteilungen oder andere Daten wünschen, wird Ihnen der Eurostat Media Support gern weiterhelfen [Telefon (352) 43 01-33408, Telefax (352) 43 01-35349, E-Mail: eurostat-mediasupport@cec.eu.int].

Warum Daten von Eurostat?

Informationsgleichheit für eine demokratische Gesellschaft

Information ist der erste Schritt zur aktiven Beteiligung an einem demokratischen Europa. Die Europäer verlangen einen qualitativ hochwertigen Informationsdienst, der objektive, zuverlässige und vergleichbare statistische Daten liefert. Der Zugriff auf diese Daten muss unkompliziert sein und darf keinen Einschränkungen unterliegen: Schlüsselinformationen dürfen nicht zurückgehalten werden; sie müssen allen Bürgern und Unternehmen lückenlos und in gleicher Weise zugänglich sein. Eurostat und seine Partneereinrichtungen im Europäischen Statistischen System sehen sich hier als Wegbereiter und sorgen dafür, dass der gleichberechtigte und uneingeschränkte Zugang zu Informationen über Entwicklungen in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und auf dem Gebiet der Umwelt in Europa gewährleistet ist. Es liegt an Ihnen, davon Gebrauch zu machen!

Unparteilichkeit und Objektivität: zwei Eckfeiler des Vertrauens

Der Zugang zu verlässlichen und qualitativ hochwertigen Statistiken gewinnt in der heuti-

gen Informationsgesellschaft immer mehr an Bedeutung, und Quellen, denen man vertrauen kann, sind heute von unschätzbarem Wert. Die Vertrauenswürdigkeit von Eurostat ist gesetzlich verankert. In Artikel 285 Absatz 2 EG-Vertrag heißt es dazu: „Die Erstellung der Gemeinschaftsstatistiken erfolgt unter Wahrung der Unparteilichkeit, der Zuverlässigkeit, der Objektivität, der wissenschaftlichen Unabhängigkeit, der Kostenwirksamkeit und der statistischen Geheimhaltung; der Wirtschaft dürfen dadurch keine übermäßigen Belastungen entstehen.“ Für uns sind das keine abstrakten Worte, sondern Leitgedanken für die tägliche Arbeit.

Vergleichbarkeit durch Harmonisierung

Gegenseitiges Verständnis lässt sich leichter herstellen, wenn man über die Arbeits- und Lebensbedingungen des anderen Bescheid weiß. Was für die Beziehung zwischen einzelnen Men-

1



schen gilt, kann auch für die Gesellschaft als Ganzes nicht falsch sein. Um Vergleiche ziehen zu können, braucht man jedoch vergleichbare Statistiken, die wiederum eine gemeinsame „statistische Sprache“ voraussetzen.

Diese gemeinsame Sprache muss Begriffe, Methoden und Definitionen beinhalten, sie muss sich an technische Normen halten und die zugrunde liegenden Strukturen berücksichtigen. Die Statistiker nennen das Harmonisierung. Sie ist das Hauptanliegen des Europäischen Statistischen Systems und der Hauptgrund dafür, dass es Eurostat überhaupt gibt.

Das Europäische Statistische System

Zum Europäischen Statistischen System gehören Eurostat und die statistischen Ämter sowie Ministerien, Behörden und Zentralbanken, die mit der Erhebung amtlicher Statistiken in den EU-Mitgliedstaaten, Island, Liechtenstein und Norwegen befasst sind. Die für Statistik zuständigen Behörden in den Mitgliedstaaten erfassen, überprüfen und analysieren die nationalen Daten und leiten sie an Eurostat weiter. Eurostat stellt dann die Daten zusammen und sorgt dafür, dass sie vergleichbar sind. Den Schwerpunkt des Europäischen Statistischen Systems bilden die einzelnen Politikfelder der Europäischen Union. Im Zuge der Erweiterung der Kompetenzbereiche der EU-Politik erstreckt sich die Harmonisierung inzwischen jedoch auf nahezu alle Gebiete der Statistik.

Das Europäische Statistische System ist ein Netzwerk, in dem Eurostat in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Statistikbehörden die Leitfunktion bei der Harmonisierung der Statistiken wahrnimmt. Ein wesentlicher Bestandteil des Europäischen Statistischen Systems ist der Ausschuss für das Statistische Programm, der sich aus den Leitern der nationalen statistischen Ämter der Mitgliedstaaten

unter Vorsitz von Eurostat zusammensetzt. Es werden dort gemeinsame Maßnahmen und Programme erörtert, die dazu dienen sollen, den Informationsbedarf in der Europäischen Union zu decken. Der Ausschuss einigt sich auf ein Fünfjahresprogramm, das von den nationalen Behörden umgesetzt und von Eurostat überwacht wird.

Das Anliegen von Eurostat: ein attraktives Angebot an relevanten Daten

Daten werden zu Informationen, wenn sie auf Interesse stoßen. Es ist Eurostats Anliegen, immer ein offenes Ohr für das zu haben, was die Menschen interessiert.

Das statistische Programm des Europäischen Statistischen Systems „fällt nicht vom Himmel“. Die Entscheidung, worüber wir informieren, ist das Ergebnis eines genau abgestimmten politischen Prozesses auf europäischer Ebene, in den die EU-Mitgliedstaaten fest eingebunden sind. Für die meisten Befragungen und Datenerhebungen gelten europäische Verordnungen, die auf nationaler Ebene rechtsverbindlich sind. In den politischen und juristischen Diskussionen, die zur Ausarbeitung von Verordnungen für die europäische Statistik führen, lautet eine der zentralen Fragen: „Für wen und warum sind die Daten von Interesse?“ Jede statistische Verordnung wird also zunächst kritisch hinterfragt.

Überdies wird das Europäische Statistische Programm ständig überarbeitet. Gemäß dem Grundsatz der Kostenwirksamkeit wird die Erhebung von Daten, deren Relevanz aufgrund neuer Entwicklungen geringer geworden ist, verändert oder auch völlig eingestellt. So ist gewährleistet, dass das statistische Programm im Rahmen bleibt und stets den Ansprüchen der modernen Zeit genügt.

Ein Blick auf unsere Daten lohnt sich auf jeden Fall.

Die Strukturindikatoren von Eurostat

Die Strukturindikatoren von Eurostat: hochwertige Statistiken für kompetentes Regieren in Europa

Auf dem Lissabonner Gipfel vom Frühjahr 2000 hat sich der Europäische Rat ein strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.

Der Rat stellte fest, dass die Fortschritte auf dem Weg zu diesem Ziel regelmäßig erörtert und anhand von vereinbarten Strukturindikatoren bewertet werden müssen. Daher ersuchte der Rat die Europäische Kommission, anhand struktureller Indikatoren in Bezug auf Beschäftigung, Innovation, Wirtschaftsreformen, sozialen Zusammenhalt und den gesamtwirtschaftlichen Hintergrund sowie seit 2002 auch in Bezug auf die Umwelt einen jährlichen Frühjahrsbericht über die Fortschritte zu erstellen.

Erstmalig präsentierte die Kommission im Jahr 2004 eine Auswahlliste von 14 Strukturindikatoren, die im Statistikanhang zum Frühjahrsbericht an den Europäischen Rat dargestellt werden. Diese Liste wurde mit dem Rat abgestimmt. Sie ermöglicht eine gezieltere Präsentation politischer Signale und einen besseren Überblick über die Fortschritte der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die wichtigsten Zielsetzungen von Lissabon. Im Zuge der Straffung der Verfahren im breiteren Kontext der Strategie von Lissabon ist beabsichtigt, diese Liste für einen Zeitraum von drei Jahren stabil zu halten.

Um den Zugang der Öffentlichkeit zur detaillierten Datenbank der Strukturindikatoren, die für den politischen Prozess in der Union auch weiterhin eine wichtige Rolle spielt, zu gewährleisten, verbreitet Eurostat den vollständigen Satz der Indikatoren auf der speziellen Website der Strukturindikatoren (<http://www.europa.eu.int/>



[comm/eurostat/structuralindicators](http://www.europa.eu.int/comm/eurostat/structuralindicators)). Es werden die folgenden Zeitreihen präsentiert: für EU-25 und EU-15, für EUR-12, die EU-Mitgliedstaaten, die EWR/EFTA-Länder, Japan, die Vereinigten Staaten von Amerika und für die Beitrittsländer.

Der vollständige Satz der 2004 erstellten Strukturindikatoren wird im Folgenden aufgelistet. Die in der Auswahlliste enthaltenen Indikatoren sind fett markiert. Alle Strukturindikatoren sind in das Eurostat-Jahrbuch eingegangen. Sie sind mit dem folgenden Symbol gekennzeichnet (☞), das neben dem Titel der jeweiligen Tabelle erscheint.

Verzeichnis der Strukturindikatoren

Allgemeiner wirtschaftlicher Hintergrund

Pro-Kopf-BIP in KKS

Reale Wachstumsrate des BIP

Arbeitsproduktivität je Beschäftigtem

Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde

Beschäftigungswachstum (*)

Inflationsrate

Wachstum der Lohnstückkosten

Öffentlicher Finanzierungssaldo

Öffentlicher Schuldenstand

Beschäftigung

Beschäftigungsquote (*)

Beschäftigungsquote älterer Erwerbstätiger (*)

Durchschnittliches Erwerbsaustrittsalter (*)

Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied ohne Anpassungen

Steuerquote von Niedriglohneempfängern: Steuerlast auf Arbeitskosten

Steuerquote von Niedriglohneempfängern: Arbeitslosigkeitsfälle

Lebenslanges Lernen (*)

Schwere Arbeitsunfälle (*)

Tödliche Arbeitsunfälle (*)

Arbeitslosenquote (*)

Innovation und Forschung

Ausgaben für Humanressourcen

Gesamtausgaben für FuE

FuE-Ausgaben nach Finanzierungsquellen: Industrie, Staat, Ausland

Internet-Zugangsdichte: Haushalte und Unternehmen

Tertiärabschlüsse in wissenschaftlichen und technologischen Fachrichtungen (*)

Patente, EPA

Patente, USPTO

Risikokapital: Anschubphase, Expansion und Erneuerung

IKT-Ausgaben: Informationstechnologie

IKT-Ausgaben: Telekommunikationstechnologie

E-Commerce: Anteil des elektronischen Geschäftsverkehrs am Gesamtumsatz der Unternehmen

Höchster erreichter Bildungsgrad der Jugendlichen (*)

Wirtschaftliche Reform

Vergleichende Preisniveaus

Preiskonvergenz zwischen den EU-Mitgliedstaaten

Preise für Telekommunikation: Ortsgespräche, Ferngespräche, Auslandsgespräche in die USA

Strompreise: industrielle Nutzer und private Haushalte

Gaspreise: industrielle Nutzer und private Haushalte

Marktanteil des größten Erzeugers im Strommarkt

Marktanteil des traditionell etablierten Anbieters im Festnetz: Ortsgespräche, Ferngespräche und Auslandsgespräche

Marktanteil des führenden Anbieters im Mobilnetz

Öffentliches Beschaffungswesen

Sektorale und Ad-hoc-Staatsbeihilfen

Konvergenz der Bankkredite: Wohnungskredite an private Haushalte, Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften bis zu einem Jahr sowie Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften über ein Jahr

Handelsintegration beim Warenhandel und bei Dienstleistungen

Intensität der ausländischen Direktinvestitionen

Unternehmensinvestitionen

Unternehmensdemografie: Gründungsrate

Unternehmensdemografie: Fortbestandsrate

Unternehmensdemografie: Stilllegungsrate

Sozialer Zusammenhalt

Ungleichheit der Einkommensverteilung (Verteilungsquintil)

Armutsgefährdungsquote vor sozialen Transfers (*)

Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers (*)

Quote der dauerhaften Armutsgefährdung (*)

Dispersion der regionalen Beschäftigungsquoten (*)

Frühe Schulabgänger (*)

Langzeitarbeitslosenquote (*)

Kinder im Alter von 0-17 Jahren in erwerbslosen Haushalten

Personen im Alter von 18-59 Jahren in erwerbslosen Haushalten (*)

Umwelt

Gesamtemissionen von Treibhausgasen

Energieintensität der Wirtschaft

Güterverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP

Personenverkehrsvolumen im Verhältnis zum BIP

Verkehrsleistung nach Verkehrsträgern im Güterverkehr

Verkehrsleistung nach Verkehrsträgern im Personenverkehr: prozentualer Anteil des Autoverkehrs

Belastung der Bevölkerung bei Luftverschmutzung durch Ozon und Partikel

Kommunale Abfälle (gesammelt, deponiert und verbrannt)

Anteil an erneuerbaren Energiequellen (einschließlich Richtziele)

Fischbestände in europäischen Meeressgewässern

Geschützte Gebiete für biologische Vielfalt: Habitat-Richtlinie

Geschützte Gebiete für biologische Vielfalt: Vogelschutz-Richtlinie

(*) Indikatoren nach Geschlecht aufgeschlüsselt.

Die Europäische Union und ihre Stellung in der Welt

Machen Sie sich ein Bild von der Position der EU in der Welt

Die Daten von Eurostat ermöglichen Vergleiche zwischen der EU und anderen Teilen der Welt. Mit Hilfe dieser Daten lässt sich analysieren, wie die EU im Verhältnis zu anderen Ländern und Wirtschaftsräumen abschneidet. Um zu zeigen, welche Position die EU im weltweiten Vergleich einnimmt, bietet dieser Abschnitt eine Auswahl von Statistiken, z. B.

- Angaben zur EU-Bevölkerung und zu ihrer Entwicklung im Vergleich zur Weltbevölkerung;
- einige Wirtschaftsindikatoren;
- Ausgaben für Informationstechnologie und Telekommunikation sowie Anteil der Bevölkerung mit Internetanschluss zu Hause;
- wie viel Energie verbrauchen die einzelnen Länder zur Erzeugung des BIP? Der Indikator „Energieintensität der Volkswirtschaft“ gibt hierauf eine Antwort. Weitere Umweltindikatoren stehen zur Verfügung.



Die Weltbevölkerung von 1960 bis 2002

Bevölkerung zur Jahresmitte in Millionen

	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002
Welt	3 039,7	3 346,2	3 708,1	4 087,3	4 454,3	4 850,4	5 275,9	5 686,0	6 079,0	6 154,3	6 228,6
Weiter entwickelte Länder, darunter	910,4	961,6	1 003,2	1 044,9	1 080,8	1 111,5	1 143,0	1 171,8	1 192,0	1 195,7	1 199,1
EU-25	378,0	395,1	406,9	418,4	427,0	432,6	439,5	447,1	452,0	452,4	453,1
Japan	94,1	98,9	104,3	111,6	116,8	120,8	123,5	125,3	126,7	126,9	127,1
Vereinigte Staaten	180,7	194,3	205,1	216,0	227,7	238,5	250,1	266,6	282,3	285,0	287,7
Russische Föderation	119,6	126,5	130,2	134,3	139,0	144,0	148,1	148,1	146,0	145,5	145,0
Weniger weit entwickelte Länder, darunter	2 129,3	2 384,6	2 704,4	3 042,5	3 373,5	3 739,0	4 132,9	4 514,2	4 887,0	4 958,7	5 029,5
China	650,7	715,5	820,4	917,9	984,7	1 054,7	1 138,9	1 206,0	1 262,5	1 271,1	1 279,2
Indien	445,9	495,7	555,0	620,5	687,0	762,4	841,7	922,1	1 002,7	1 018,5	1 034,2
Nigeria	39,9	45,0	51,1	58,9	69,6	79,9	92,6	107,4	123,4	127,1	130,5
Brasilien	71,7	83,1	95,7	108,8	123,0	137,3	151,1	163,5	175,6	177,8	179,9

Quelle (ohne EU-25): US Bureau of the Census, International database.

Anteil an der Weltbevölkerung von 1960 bis 2002

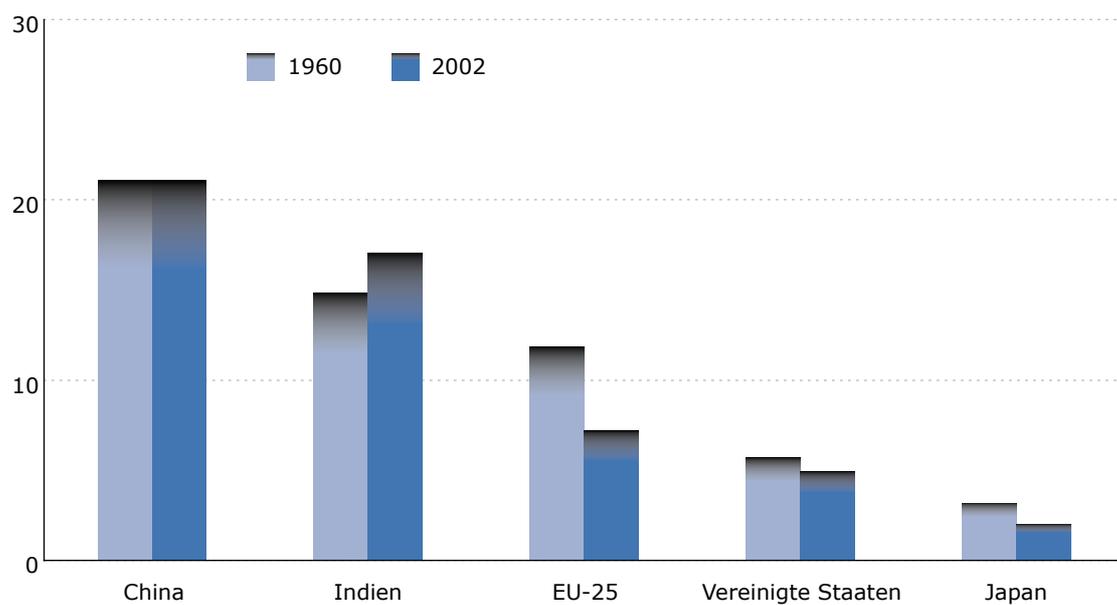
Bevölkerung zur Jahresmitte in %

	1960	1965	1970	1975	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002
Welt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Weiter entwickelte Länder, darunter:	30	29	27	26	24	23	22	21	20	19	19
EU-25	12	12	11	10	10	9	8	8	7	7	7
Japan	3	3	3	3	3	2	2	2	2	2	2
Vereinigte Staaten	6	6	6	5	5	5	5	5	5	5	5
Russische Föderation	4	4	4	3	3	3	3	3	2	2	2
Weniger weit entwickelte Länder, darunter:	70	71	73	74	76	77	78	79	80	81	81
China	21	21	22	22	22	22	22	21	21	21	21
Indien	15	15	15	15	15	16	16	16	16	17	17
Nigeria	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2
Brasilien	2	2	3	3	3	3	3	3	3	3	3

Quelle (ohne EU-25): US Bureau of the Census, International database.

Anteil an der Weltbevölkerung

In %

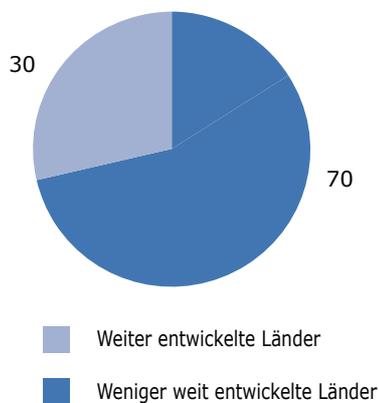


Quelle (ohne EU-25): US Bureau of the Census, International database.



Anteil an der Weltbevölkerung 1960

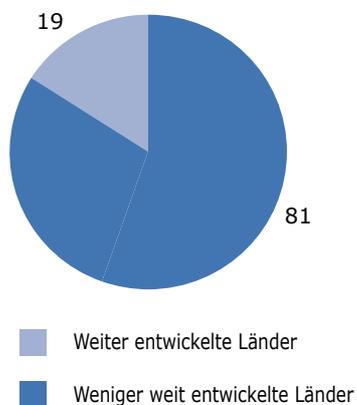
In %



Quelle (ohne EU-25): US Bureau of the Census, International database.

Anteil an der Weltbevölkerung 2002

In %

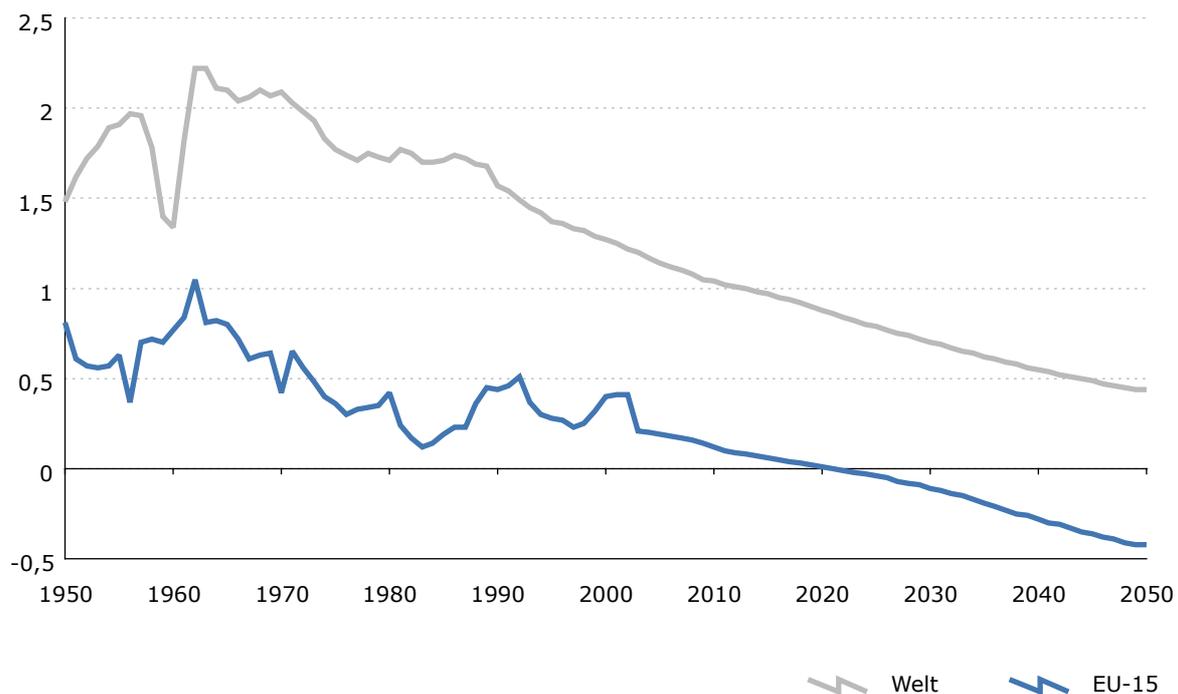


Quelle (ohne EU-25): US Bureau of the Census, International database.

1

Veränderung der Gesamtbevölkerung in der Welt und in der EU-15

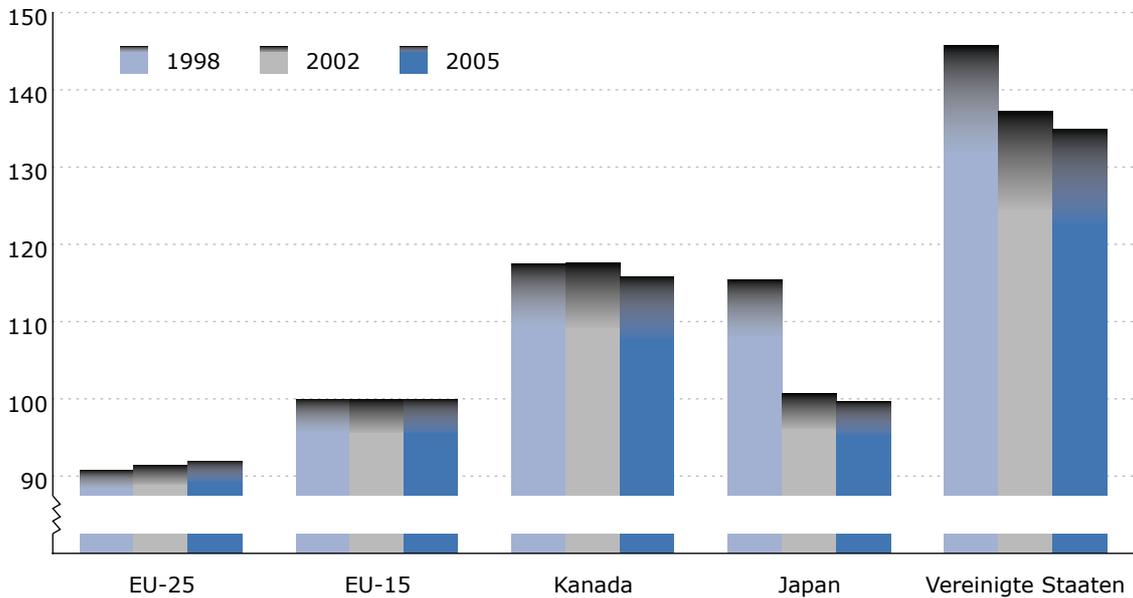
Veränderung zum Vorjahr in %



Enthält Schätzungen.

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS)

EU-15 = 100

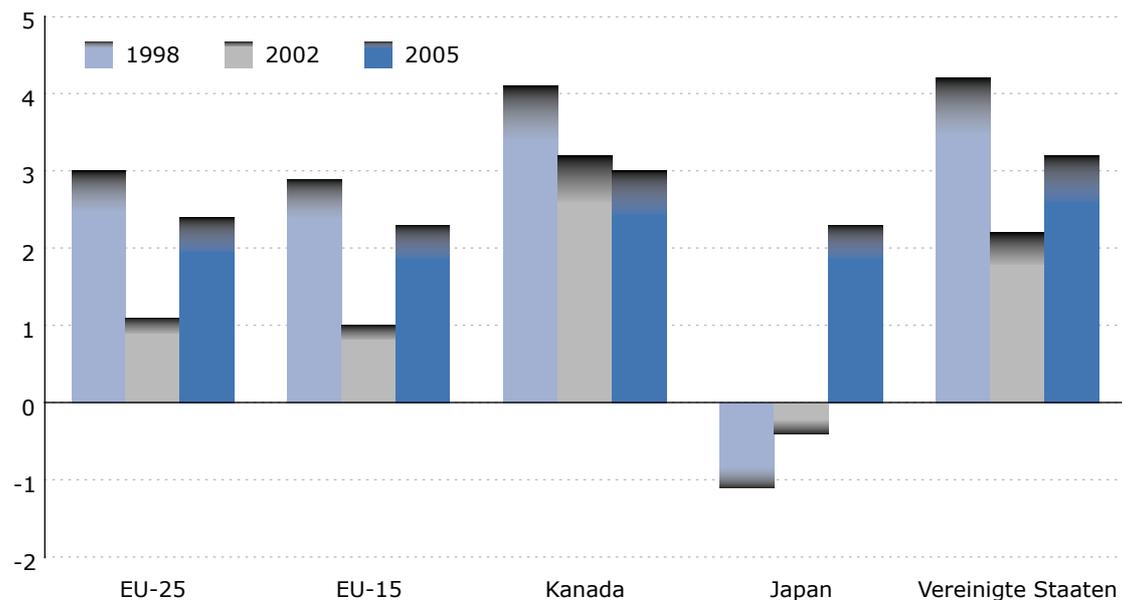


2005: Prognose; 2002 Kanada, Japan, Vereinigte Staaten: Prognose.

Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) ist ein Indikator für die wirtschaftliche Lage eines Landes. Es entspricht dem Gesamtwert der produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich des Werts der Waren und Dienstleistungen, die bei ihrer Produktion als Vorleistungen verwendet werden. Wird das BIP in KKS (Kaufkraftstandards) ausgedrückt, so werden die Unterschiede der Preisniveaus zwischen den Ländern ausgeschaltet, und Berechnungen auf Pro-Kopf-Basis ermöglichen den Vergleich von Volkswirtschaften von erheblich unterschiedlicher absoluter Größe.

Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts

Prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr; BIP zu konstanten Preisen (1995)



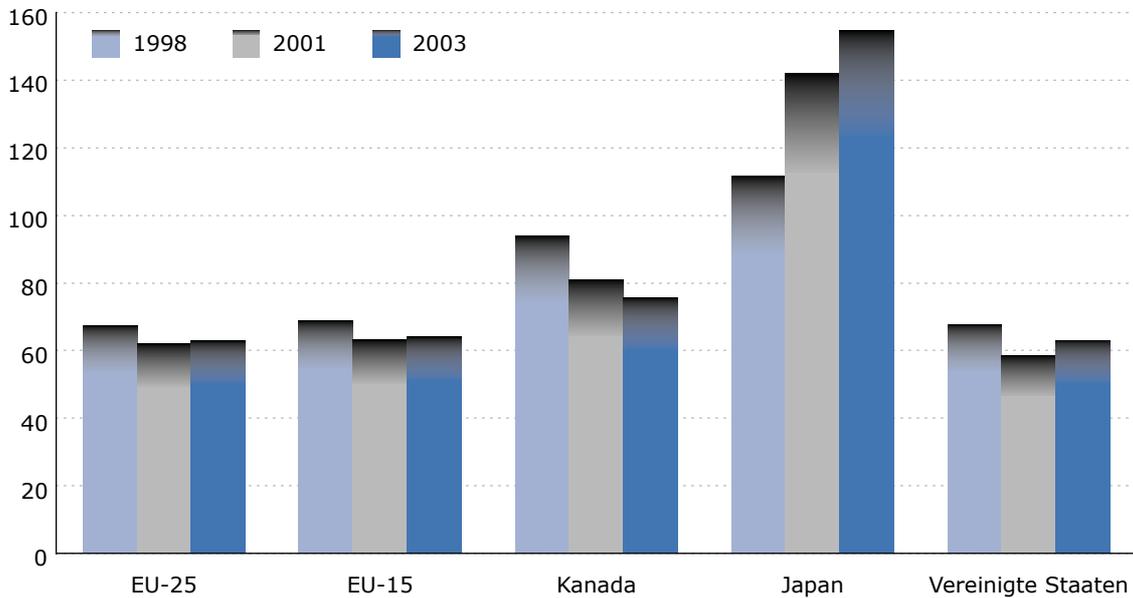
2005: Prognose.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Die Jahreswachstumsrate des BIP zu konstanten Preisen soll einen Eindruck von der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl über die Zeit als auch im Vergleich von Volkswirtschaften unterschiedlicher Größe geben. Die Wachstumsrate wird auf Grundlage von Angaben in konstanten Preisen berechnet, da diese die reine Volumenentwicklung widerspiegeln, also nicht durch Preisänderungen (Inflation) aufgebläht werden.



Konsolidierte gesamtstaatliche Bruttoverschuldung

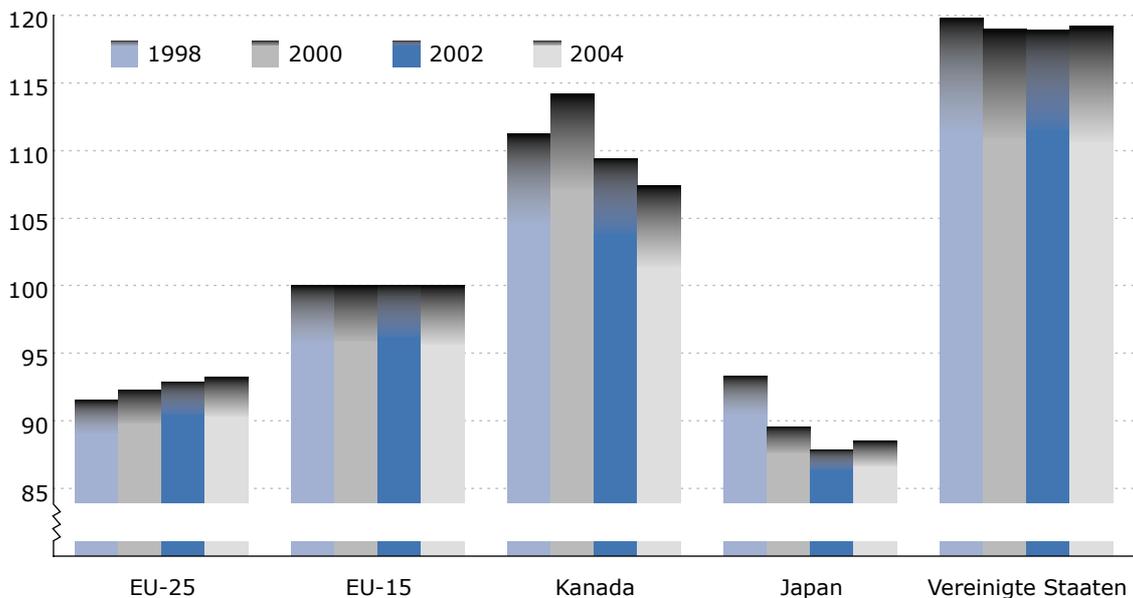
In % des BIP



Der Sektor Staat gliedert sich in die Teilsektoren Bund (Zentralstaat), Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen. Das als gemeinsamer Nenner verwendete BIP ist das Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Marktpreisen. Als Schuldenstand gilt der Nominalwert (Nennwert), Fremdwährungsschulden werden zu Jahresend-Devisenmarktkursen in die Landeswährung umgerechnet (mit gesonderten Bestimmungen für Verträge). Die nationalen Daten für den Sektor Staat sind zwischen den Untersektoren konsolidiert. Die Grunddaten liegen in Landeswährung vor und werden anhand der von der Europäischen Zentralbank gelieferten Wechselkurse zum Jahresende in Euro umgerechnet. Die Berechnung der Daten erfolgt nach ihrer Fälligkeit.

Arbeitsproduktivität

BIP in Kaufkraftstandards (KKS) je Beschäftigten im Vergleich zu EU-15 (= 100)

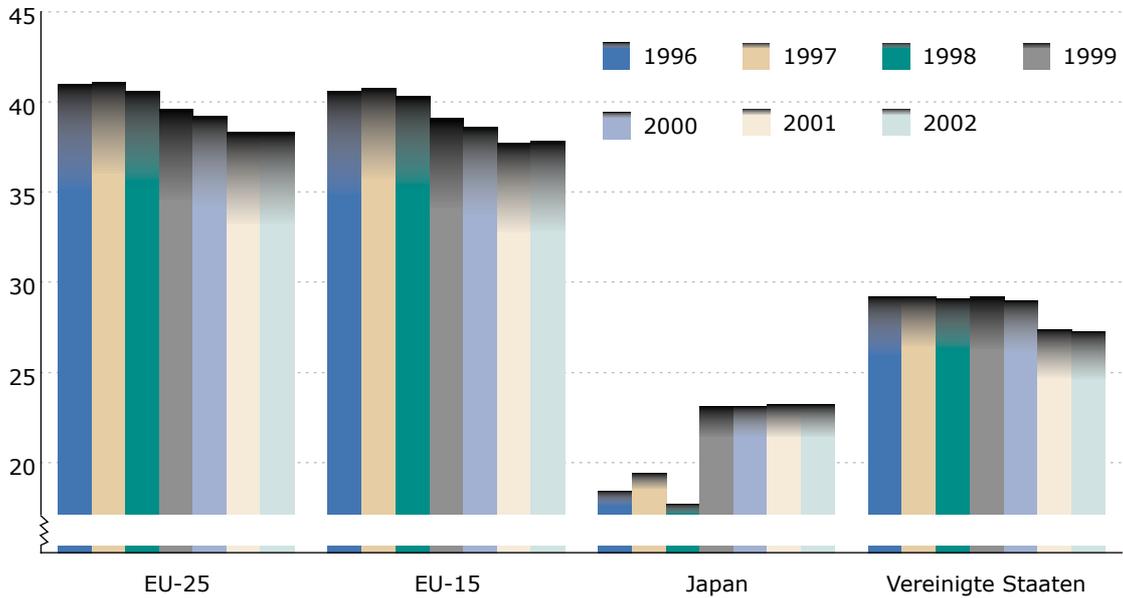


Teilweise geschätzte Werte.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Das BIP in Kaufkraftstandards (KKS) je Beschäftigten wird relativ zum Durchschnitt der Europäischen Union (EU-15) ausgedrückt. Ist der Indexwert eines Landes größer als 100, so hat dieses Land ein BIP pro Beschäftigten über dem EU-Durchschnitt (und umgekehrt). Die zugrunde liegenden Zahlen sind in KKS ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveauunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt. Man beachte, dass die Größe „Beschäftigte“ nicht zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung differenziert.

Steuersatz für Niedriglohnempfänger

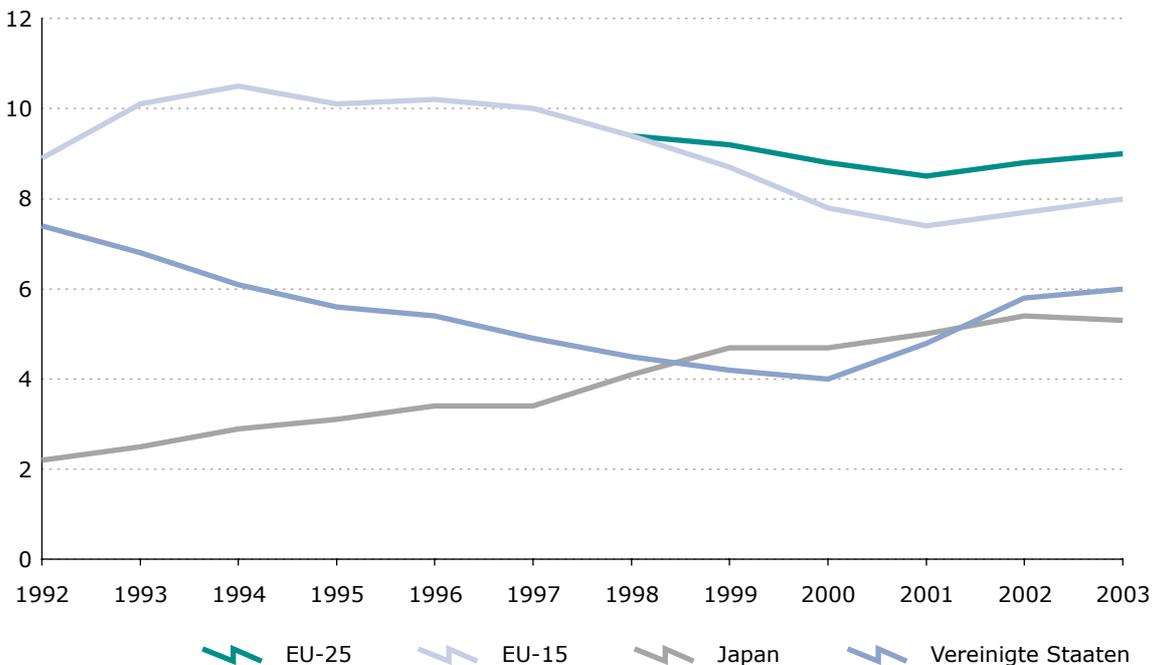
Steuerlast auf Arbeitskosten in %



Die Steuerlast auf Arbeitskosten bezieht sich auf die Einkommenssteuer auf den Bruttoverdienst und die Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers und stellt diese Summe anschließend als Prozentsatz der Gesamtarbeitskosten für diesen Niedriglohnempfänger dar.

Arbeitslosenquote insgesamt

In %

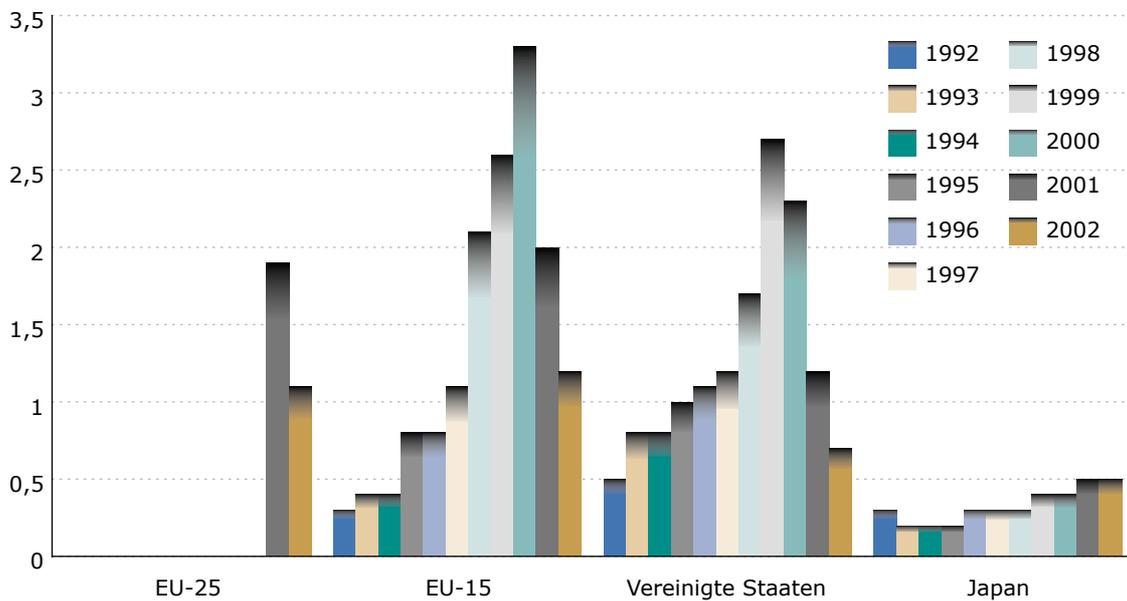


Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbsbevölkerung ist die Summe der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen. Zu den Arbeitslosen zählen alle Personen von 15 bis 74 Jahren, a) die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren; b) die gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar waren, d. h. Personen, die innerhalb der zwei auf die Berichtswoche folgenden Wochen für eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit verfügbar waren; c) die aktiv auf Arbeitssuche waren, d. h. Personen, die innerhalb der letzten vier Wochen (einschließlich der Berichtswoche) spezifische Schritte unternommen haben, um eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit zu finden oder die einen Arbeitsplatz gefunden haben, die Beschäftigung aber erst später, d. h. innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Monaten aufnehmen.



Intensität der Direktinvestitionen

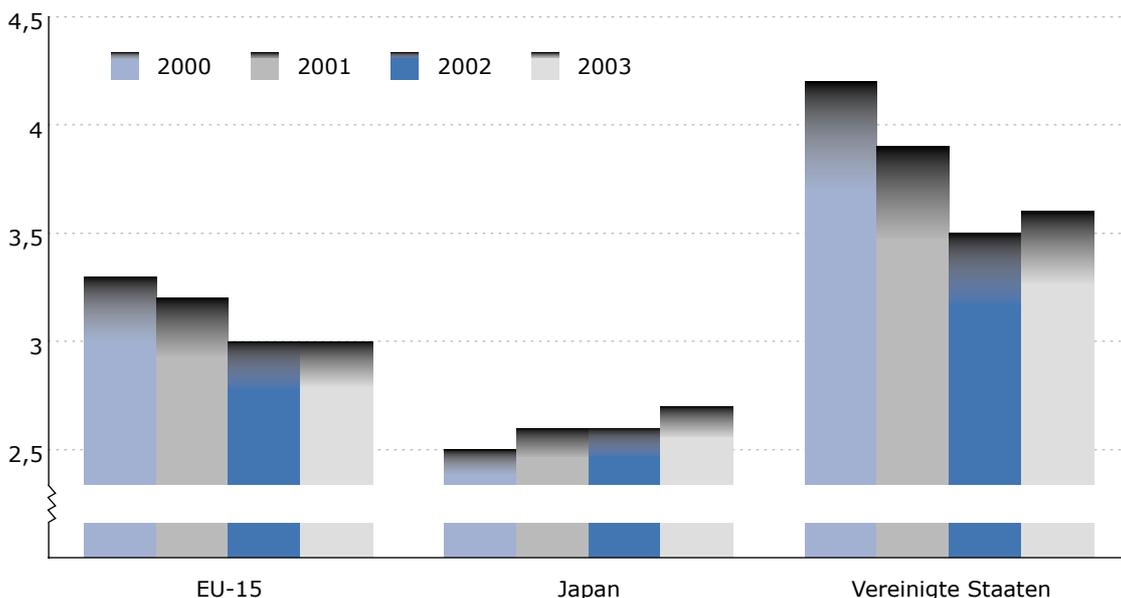
In %



Durchschnitt der ausländischen Direktinvestitionsströme im Inland und der inländischen Direktinvestitionsströme im Ausland als Prozentsatz des BIP. Der Index misst die Intensität der Investitionen innerhalb der internationalen Wirtschaft. Direktinvestitionen beziehen sich auf internationale Investitionen, die durch die gebietsansässige Körperschaft (Direktinvestor) getätigt werden, um einen dauerhaften Anteil in einer wirtschaftsmäßig anderen Körperschaft als der des Anlegers zu erwerben. Zu Direktinvestitionen gehören Anfangstransaktionen zwischen den beiden Körperschaften und allen nachfolgenden Vermögenstransaktionen zwischen ihnen und den Filialunternehmen, ob mit oder ohne Rechtspersönlichkeit.

Ausgaben für Informationstechnologie

In % des BIP

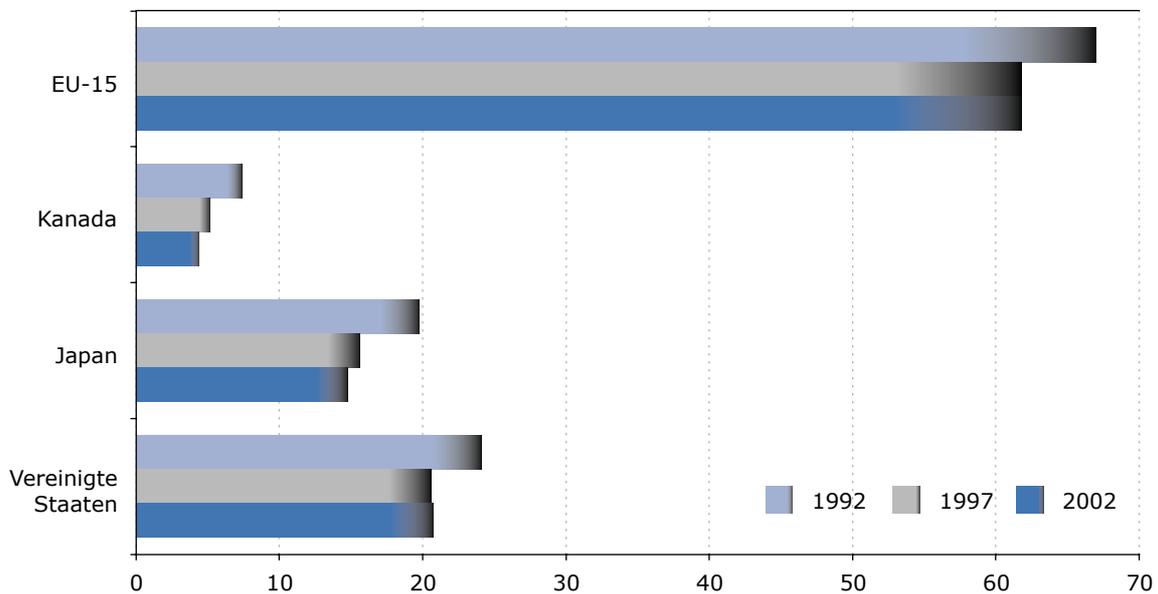


Ausgaben für IT (Informationstechnologie) – Hardware, Technik, Software und Sonstiges – als Prozentsatz des BIP.

1

Ausfuhren in EU-Länder

Anteil an den nationalen Gesamtausfuhren (Fob); in %

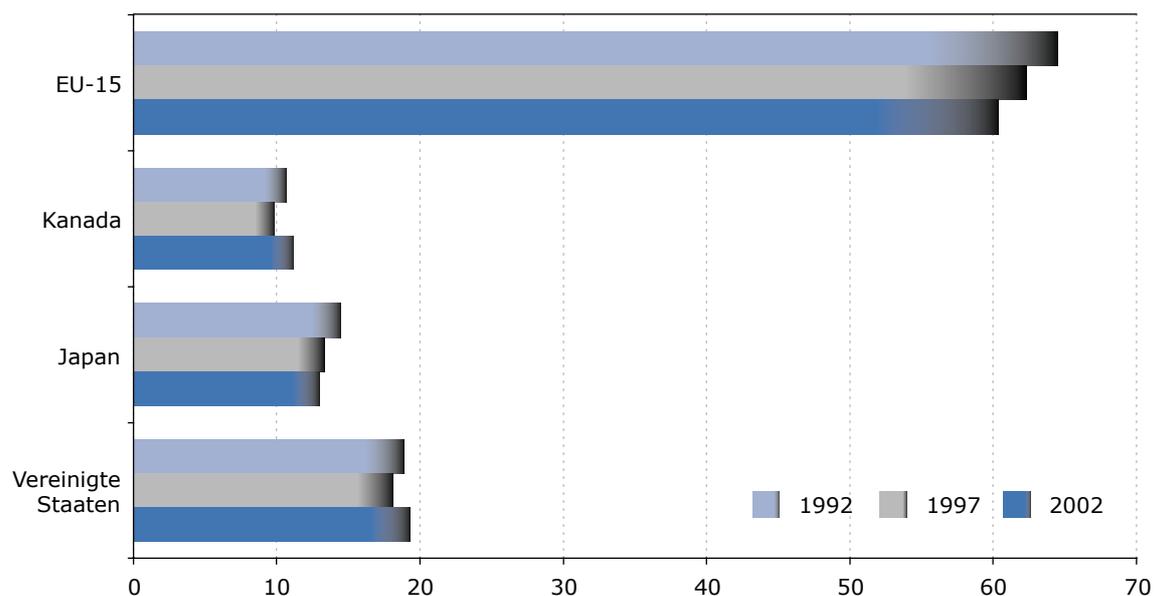


Quelle: Eurostat, nationale Quellen, Vereinte Nationen.

Aus dem Schaubild geht der Anteil der wertmäßig ausgedrückten Intra-EU-Ausfuhren der Meldeländer an ihren Gesamtausfuhren hervor.

Einfuhren aus EU-Ländern

Anteil an den nationalen Gesamteinfuhren (Cif); in %



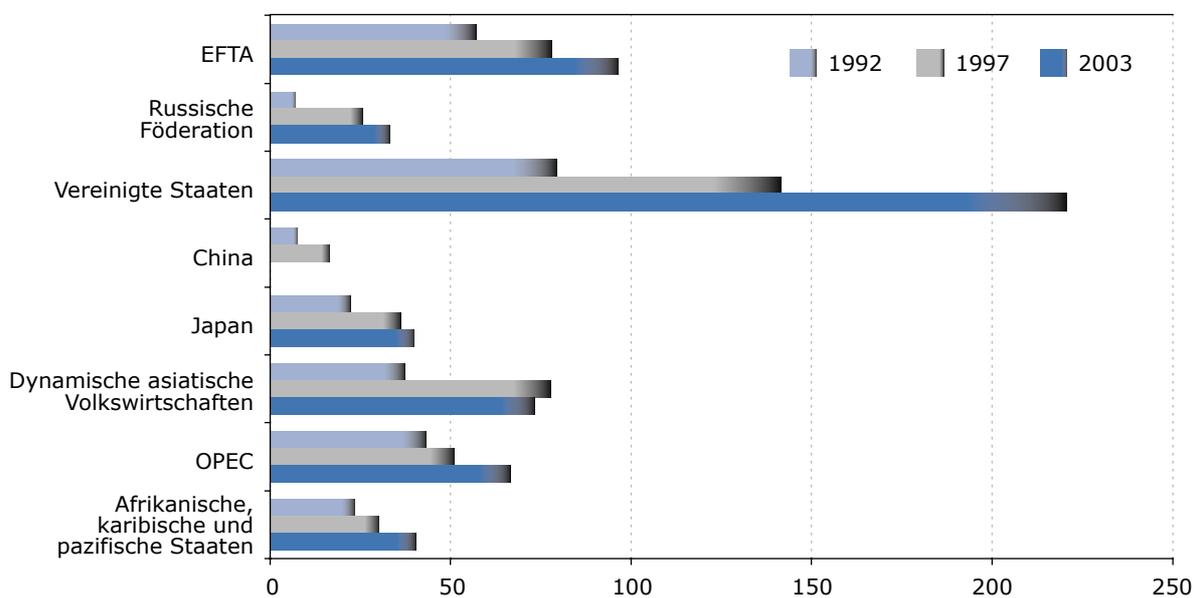
Quelle: Eurostat, nationale Quellen, Vereinte Nationen.

Aus dem Schaubild geht der Anteil der wertmäßig ausgedrückten Intra-EU-Einfuhren der Meldeländer an ihren Gesamteinfuhren hervor.



Extra-EU-Ausfuhren – wichtigste Handelspartner

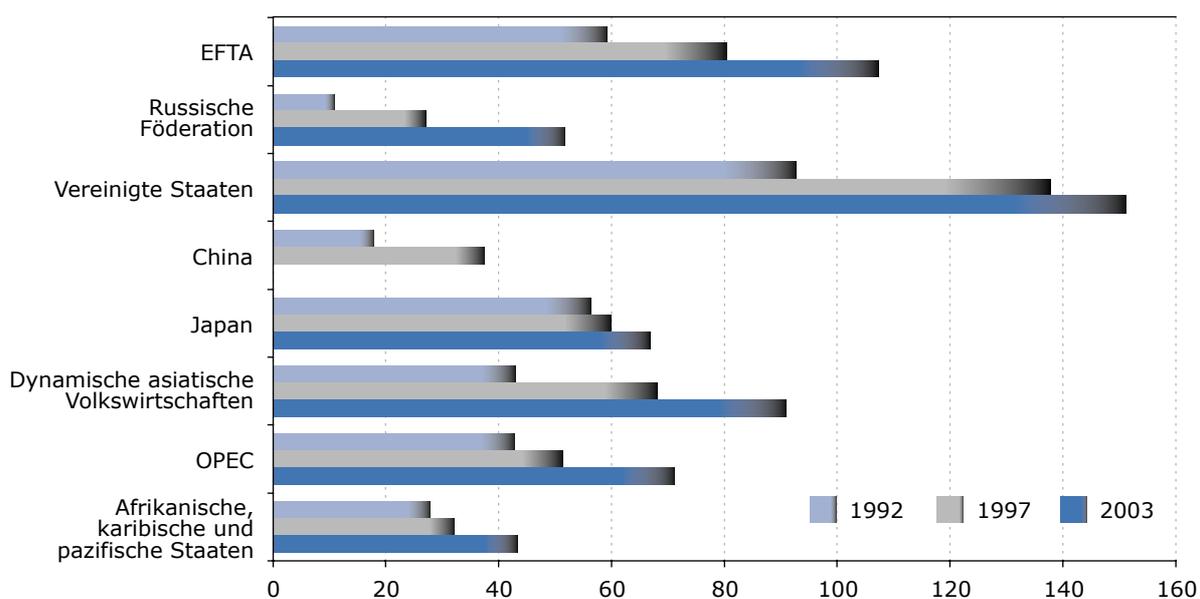
In Mrd. ECU/EUR



Bei den Extra-EU-Ausfuhren handelt es sich um den Wert der Ausfuhren der Union in die wichtigsten Drittländer. Dies sind Fob-Werte (frei an Bord), d. h., die Transport- und Versicherungskosten außerhalb des Meldelandes werden nicht berücksichtigt.

Extra-EU-Einfuhren – wichtigste Handelspartner

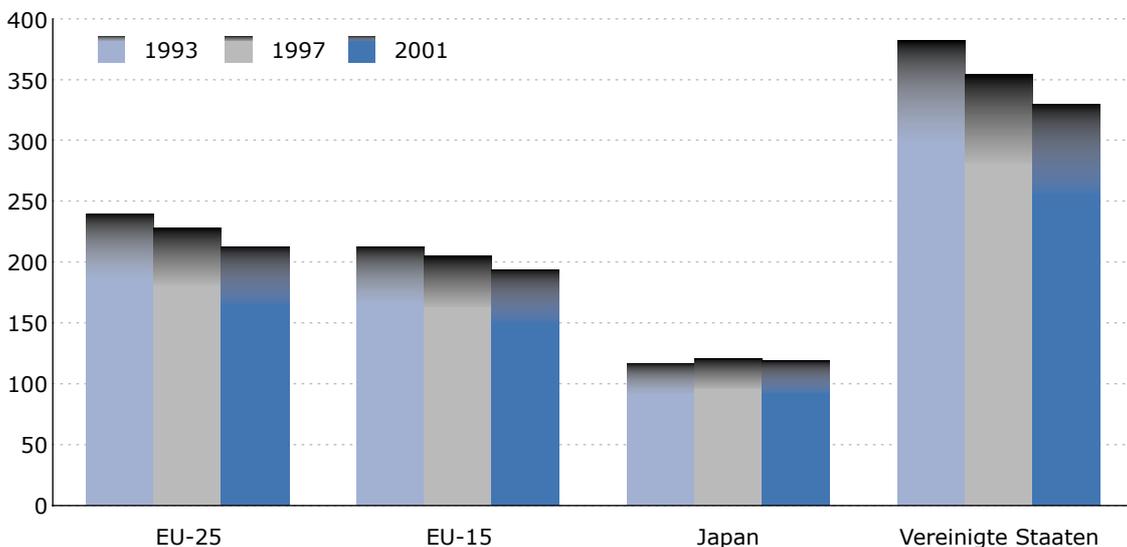
In Mrd. ECU/EUR



Bei den Extra-EU-Einfuhren wird der Wert der Einfuhren der Union aus den wichtigsten Drittländern erfasst. Hierbei handelt es sich um Cif-Werte (Kosten, Versicherung, Fracht), d. h., die Transport- und Versicherungskosten innerhalb der Grenzen des Meldelandes sind inbegriffen.

Energieintensität der Wirtschaft

Kg RÖE pro 1 000 EUR

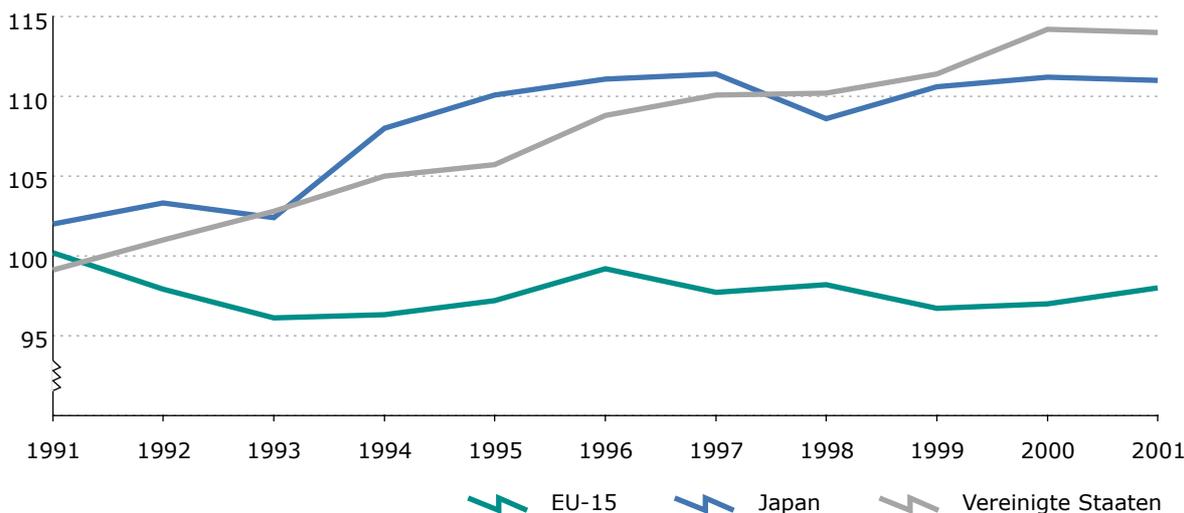


2001 EU-25, EU-15: vorläufige Werte.

Dieser Indikator ist das Verhältnis zwischen dem Bruttoinlandsverbrauch an Energie und dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), berechnet für ein Kalenderjahr. Er misst den Energieverbrauch einer Volkswirtschaft und ihre Gesamtenergieeffizienz. Der Bruttoinlandsverbrauch an Energie wird durch Addition der Verbrauchswerte für die fünf Energiearten (Kohle, Elektrizität, Öl, Erdgas und erneuerbare Energien) ermittelt. Um Auswirkungen der Inflation zu vermeiden, werden BIP-Zahlen zu konstanten Preisen verwendet; Basisjahr 1995 (ESA 1995). Zur Ermittlung des Energienutzungsgrads wird der Bruttoinlandsverbrauch durch das BIP dividiert. Da der Bruttoinlandsverbrauch in kg RÖE (Kilogramm Rohöleinheiten) und das BIP in 1 000 EUR gemessen wird, ergibt sich der Nutzungsgrad in kg RÖE pro 1 000 EUR.

Emissionen von Treibhausgasen

1990=100



Unter dem Kioto-Protokoll hat die EU einer Reduzierung um 8 % seiner Treibhausgasemissionen bis 2008-2012 im Vergleich zum Basisjahr 1990 zugestimmt. Die Reduzierungen für jedes der EU-15-Länder sind unter der so genannten EU-Lastenteilungsvereinbarung zusammengefasst, die es einigen Ländern gestattet, Emissionen zu erhöhen, vorausgesetzt, diese werden durch Reduzierungen in anderen Mitgliedstaaten ausgeglichen. ACCs haben andere Reduzierungsziele und andere Basisjahre gewählt, so wie es im Protokoll zugelassen ist. Diese und die Lastenteilungsziele für 2008-2012 werden in der Tabelle als Jahr 2010 angezeigt. Die Emissionen der sechs Treibhausgase, die durch das Protokoll abgedeckt werden, werden ihren globalen Erwärmungspotenzialen (GWPs) entsprechend gewichtet und zusammengefasst, um Gesamtemissionen in CO₂-Äquivalenten zu bekommen. Die Gesamtemissionen werden als Indizes mit dem Basisjahr = 100 dargestellt.

Im Blickpunkt: Nachhaltige Entwicklung

1

Nachhaltige bzw. dauerhafte Entwicklung ist ein komplexes Konzept, bei dem die Betonung nicht auf „immer mehr“ liegt, sondern auf „immer besser“. Seit Gro Harlem Brundtland die Definition prägte, der zufolge nachhaltige Entwicklung „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“⁽¹⁾, wurde das Konzept immer wieder als zu verschwommen kritisiert. Doch Nachhaltigkeit ist kein konkretes Ziel, sondern vielmehr ein dynamischer Prozess, der uns in die „richtige“ Richtung führt. Die Herausforderung liegt in der praktischen Umsetzung des Konzepts.

Wir haben zwar kein konkretes Rezept, wie wir Nachhaltigkeit erreichen können, aber wir wissen genau, was das Gegenteil von Nachhaltigkeit ist. Es geht also weniger um das direkte Streben nach Nachhaltigkeit, sondern vielmehr darum, Nicht-Nachhaltigkeit zu vermeiden. Supranationalen Organisationen wie der Europäischen Union fällt dabei die wichtige Rolle zu, einen politischen Rahmen zu schaffen, der zu diesem Ziel hinführt.

Vor diesem Hintergrund hat der Europäische Rat von Göteborg⁽²⁾ 2001 eine Strategie für nachhaltige Entwicklung angenommen, die vom Europäischen Rat von Sevilla⁽³⁾ um eine externe Dimension erweitert wurde – um den Beitrag, den die EU bei der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf globaler Ebene zu leisten plant. Eine weitere Ausgestaltung der Strategie erfolg-

te im Herbst 2002 durch die Verpflichtungen der EU auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Die Strategie der EU gründet auf einem integrierten, ganzheitlichen Ansatz für eine Politik, die sich um das „rechte“ Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen Dimension bemüht. Um die Konzentration auf das Wesentliche zu gewährleisten, ist die Strategie auf eine Reihe vorherrschender Trends beschränkt, die für unser künftiges Wohlergehen eine ernsthafte Bedrohung darstellen.

Bei der nachhaltigen Entwicklung wird im Allgemeinen zwischen einer wirtschaftlichen, einer sozialen und einer ökologischen Dimension unterschieden, doch es lassen sich zahlreiche Themen ermitteln, in denen alle Dimensionen zum Tragen kommen. Diese übergreifenden Themen sollen mit den Indikatoren für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Indicators – SDI) erfasst werden. Der Vorteil dieses Ansatzes besteht darin, dass nicht jeweils der wirtschaftliche, soziale oder ökologische Bereich für sich allein gemessen wird, sondern dass diese Indikatoren häufig Elemente aus zwei oder sogar allen drei Dimensionen erfassen.

Die Strategie für nachhaltige Entwicklung wird in zehn Politikfelder untergliedert: wirtschaftliche Entwicklung, Armut und soziale Ausgrenzung, demografischer Alterungsprozess, Gesundheit der Bevölkerung, Klimawandel und Energie, Produktions- und Konsummuster, Be-



⁽¹⁾ Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Bericht), 1987.

⁽²⁾ Mitteilung der Kommission KOM(2001) 264 endg.

⁽³⁾ Mitteilung der Kommission KOM(2002) 82 endg.

wirtschaftung der natürlichen Ressourcen, Verkehr, „Good Governance“ und globale Partnerschaft. Für jedes dieser Themen wurden ein bzw. gelegentlich auch zwei Leitindikatoren für nachhaltige Entwicklung erstellt, die die Essenz bzw. den wichtigsten Aspekt des jeweiligen Bereichs erfassen. Im vorliegenden Kapitel werden die Trends dieser Leitindikatoren nur kurz dargestellt, zur Analyse der Trends werden neben den Indikatoren selbst auch weitere, ergänzende politische Indikatoren herangezogen. Dieser umfassendere Satz detaillierter Indikatoren findet sich entweder in anderen Kapiteln des Jahrbuchs oder auf der dem Jahrbuch beiliegenden CD-ROM ⁽⁴⁾.

Obwohl zahlreiche SDI aus bereits existierenden Datensammlungen oder Indikatoren kompiliert wurden, bleibt die Erstellung von Nachhaltigkeitsstatistiken für die statistischen Ämter noch länger eine Herausforderung, denn für diese Statistiken müssen nicht nur neue Daten analysiert oder überhaupt erst erhoben werden, sondern sie müssen auch neu miteinander kombiniert werden, um die Trade-offs und die Verflechtungen zwischen den verschiedenen Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung zu erfassen.

Wirtschaftliche Entwicklung – strukturelle Reformen und neue Dynamik

Mit dem Prozess von Lissabon hat die Europäische Union das strategische Ziel festgelegt, bis 2010

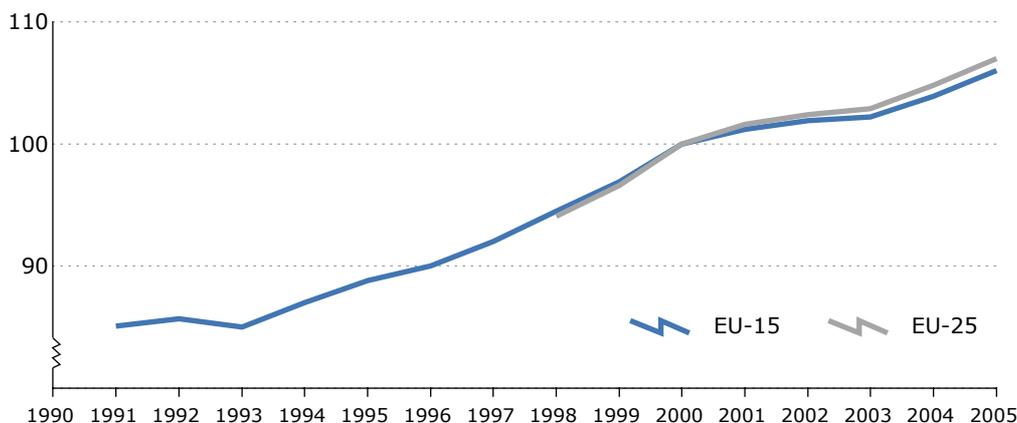
zum wettbewerbsstärksten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Die Agenda unterstreicht die Notwendigkeit von wirtschaftlichem Wachstum, Innovation und Bemühungen um strukturelle Reformen, um das Wachstumspotenzial Europas zu erhöhen. Gleichzeitig wird darin die große Bedeutung des sozialen Zusammenhalts und des Umweltschutzes anerkannt.

Der Leitindikator „BIP-Zuwachsrate pro Kopf“ ⁽⁵⁾ misst die Dynamik der Wirtschaft und ihre Fähigkeit, das allgemeine Wohl ihrer Bevölkerung zu gewährleisten. Er ist das zentrale sozioökonomische Element aller Nachhaltigkeitsindikatoren und beeinflusst auch die Bereiche Armut und soziale Ausgrenzung, demografischer Alterungsprozess, Gesundheit der Bevölkerung sowie Produktions- und Konsummuster. Ein Anstieg des Pro-Kopf-BIP führt in der Regel zu verstärktem Konsum, mit Auswirkungen auf die Themenfelder Klimawandel und Energie, Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, Verkehr und globale Partnerschaft.

In EU-15 verzeichnete das Pro-Kopf-BIP in den letzten zehn Jahren einen konstanten Anstieg, auch wenn in jüngster Zeit das Ziel von 3 % für das Wirtschaftswachstum nicht erreicht wurde ⁽⁶⁾. In den neuen Mitgliedstaaten lag die BIP-Zuwachsrate pro Kopf deutlich höher als in EU-15, allerdings ausgehend von einem niedrigeren Niveau.

Zur näheren Bewertung der Nachhaltigkeit der makroökonomischen Entwicklungstendenzen werden die Faktoren Investitionen, Wettbe-

BIP pro Kopf zu konstanten Preisen
2000 = 100



⁽⁴⁾ Die Liste der SDI und Informationen zur Arbeit der SDI-Taskforce sind abrufbar unter: <http://forum.europa.eu.int/Public/irc/dsis/susdevind/home>

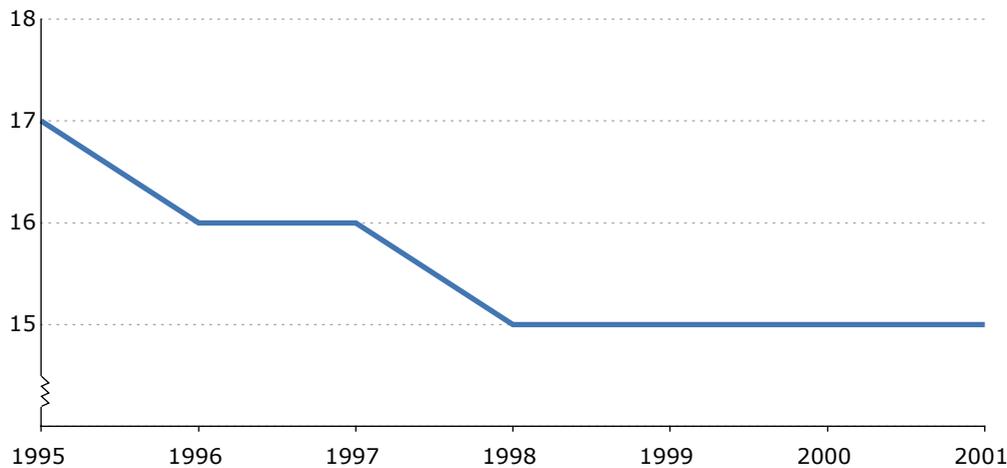
⁽⁵⁾ Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist definiert als der Wert aller produzierten Güter und Dienstleistungen abzüglich des Wertes der bei ihrer Herstellung verbrauchten bzw. verwendeten Güter und Dienstleistungen. Der Indikator bezieht sich auf die Wachstumsrate des BIP je Einwohner zu konstanten (Markt-)Preisen.

⁽⁶⁾ Siehe BIP-Wachstum in der EU auf der beiliegenden CD-ROM.



Armutsgefährdete Bevölkerung, EU-15

In %



werbsfähigkeit und Beschäftigung einbezogen. Sie beeinflussen auch die langfristigen Entwicklungstendenzen der sozioökonomischen Rahmenbedingungen, der technischen Neuerungen und des Übergangs zu nachhaltigeren Produktions- und Konsummustern.

Armut und soziale Ausgrenzung – für einen stärkeren Zusammenhalt

Armut und soziale Ausgrenzung verursachen hohe gesellschaftliche Kosten und führen zur Verschwendung von Humankapital. Maßnahmen zur Lösung dieses Problems sind für die nachhaltige Entwicklung der gegenwärtigen und künftigen Generationen von zentraler Bedeutung. Deshalb verfolgt die Nachhaltigkeitsstrategie unter anderem das Ziel, einen signifikanten Beitrag zur Beseitigung der Armut zu leisten.

Der Leitindikator „Armutsgefährdete Bevölkerung“⁽⁷⁾ misst diese Zielvorgabe und leistet darüber hinaus einen Beitrag zur Bewertung der Situation in den drei Bereichen demografischer Alterungsprozess, Gesundheit der Bevölkerung und Produktions- und Konsummuster. In den 90er Jahren war der Anteil der vom Armutsrisiko betroffenen Bevölkerung in EU-15 leicht rückläufig, seit 1998 ist er jedoch mit ca. 15 % unverändert geblieben.

Zur näheren Bewertung des Politikfeldes Armut und soziale Ausgrenzung werden die Faktoren monetäre Armut, Zugang zum Arbeitsmarkt und sonstige Aspekte der sozialen Ausgrenzung einbezogen. Sie haben auch Auswirkungen auf den Gesundheitsstatus insgesamt, auf das Einkommen der über 65-jährigen Personen und auf das Konsumniveau.

Demografischer Alterungsprozess – die Notwendigkeit wirtschaftlicher Erneuerung

Der demografische Alterungsprozess ist ein komplexer sozioökonomischer Problembereich, der nicht nur die aus dem Beruf ausgeschiedenen Personen betrifft, sondern die gesamte Erwerbsbevölkerung und die Wirtschaft. Die Strategie der Nachhaltigkeit will den Herausforderungen begegnen, die sich aus der Alterung der Bevölkerung ergeben. Neben der Sicherung angemessener Renten sowie der Gesundheits- und Kinderbetreuungssysteme muss auch die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen und die Solidarität zwischen den Generationen gewahrt bleiben.

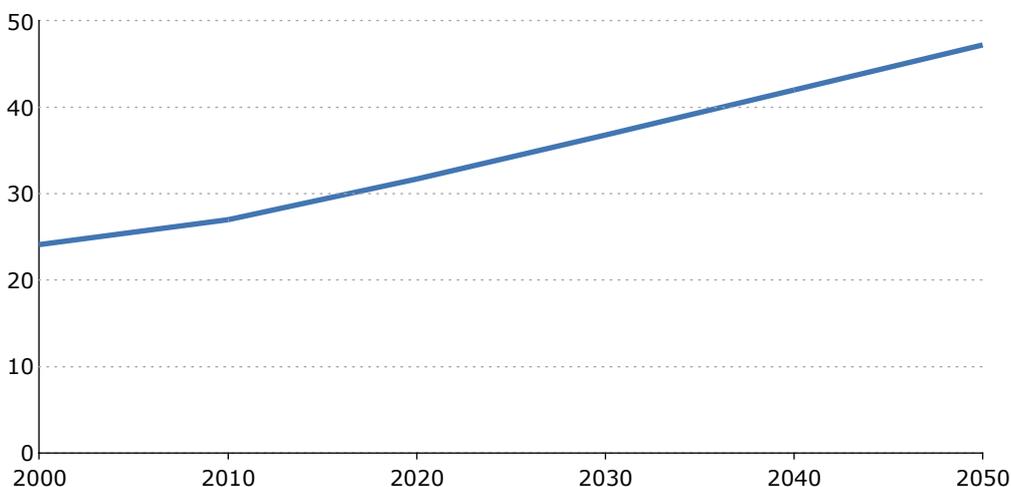
Der Leitindikator „Derzeitiger und künftiger Altenquotient“⁽⁸⁾ gibt Hinweise auf den potenziellen Anstieg der finanziellen Belastung durch Renten und Betreuungssysteme für ältere Menschen, sofern keine entsprechenden Maßnah-

⁽⁷⁾ Dieser Indikator ist definiert als der Anteil der Personen, deren Nettoeinkommen nach Sozialtransfers 60 % des durchschnittlichen nationalen Äquivalenzeinkommens unterschreitet.

⁽⁸⁾ Der „Altenquotient“ ist das Verhältnis der Anzahl älterer Menschen in einem Alter, in dem man im Allgemeinen wirtschaftlich inaktiv ist (je nach Kontext ab 65 oder ab 60 Jahren) zur Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (je nach Kontext 15 bis 64 Jahre oder 20 bis 59 Jahre).

Derzeitiger und künftiger Altenquotient, EU-15

In %



men ergriffen werden. Zu solchen Maßnahmen gehören strukturelle Reformen der Arbeitswelt und der Pensionssysteme, späteres Ausscheiden aus dem Arbeitsleben, flexible Formen der Beschäftigung, Einwanderung, Steigerung der Arbeitsproduktivität und technologische Entwicklungen. Dieser Indikator ist zudem besonders eng mit den Politikfeldern wirtschaftliche Entwicklung, Armut und soziale Ausgrenzung, Gesundheit der Bevölkerung sowie Produktions- und Konsummuster verknüpft.

Bei Fortsetzung der gegenwärtigen Tendenz wird sich in 50 Jahren der Altenquotient in der EU von 24,1 % auf 47,2 % nahezu verdoppelt haben. Der drastischste Wandel steht in Irland bevor – dort wird der Quotient möglicherweise sogar um den Faktor 2,5 ansteigen (von 17,4 % auf 43,6 %). Die folgenden Plätze belegen Italien und Spanien, die bis zum Jahr 2050 u. U. einen Anstieg des Altenquotienten um den Faktor 2,3 bzw. 2,1 verzeichnen werden.

Für eine ergänzende Analyse werden die Faktoren Sicherung angemessener Renten, demografischer Wandel und finanzielle Stabilität herangezogen. Sie beschreiben das allgemeine Wohlergehen der Bevölkerung, wirken sich aber auch auf die Produktions- und Konsummuster von Waren und Dienstleistungen aus.

Gesundheit der Bevölkerung – ein unterschätzter sozialer Faktor

Eine gesunde Bevölkerung gilt traditionell als zentraler Faktor für das Wohlergehen einer Gesellschaft und auch als wichtiger Motor für den wirtschaftlichen Wohlstand. Das Hauptaugen-

merk der Nachhaltigkeitsstrategie und der gesundheitspolitischen Strategie der EU richtet sich auf die folgenden Aspekte: allgemeiner Gesundheitszustand der Bürger, Verbreitung infektiöser Krankheiten und Resistenz gegen Antibiotika, Erhalt der Lebensmittelsicherheit und -qualität, Chemikalien-Management, Gesundheit und Umwelt (unter besonderer Berücksichtigung von Kindern), Ungleichheit der Gesundheitssysteme und ihre Effizienz, psychische Gesundheit und übertragbare Krankheiten.

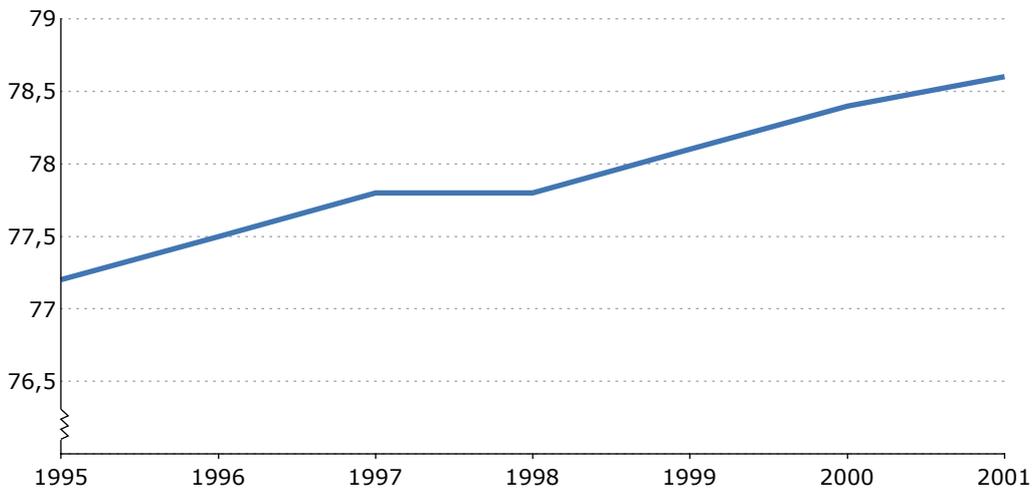
Der Proxyindikator „Lebenserwartung bei der Geburt“ zeigt die Anzahl der Jahre, die eine Person voraussichtlich leben kann, wenn die zu diesem Zeitpunkt bestehenden Sterbebedingungen während ihres ganzen Lebens bestehen bleiben. Er wird in Zukunft durch einen Indikator zur „invaliditätsfreien Lebenserwartung“ ersetzt, der sich zurzeit noch in der Entwicklungsphase befindet. Beide Indikatoren lassen Rückschlüsse auf langfristige sozioökonomische und umweltbezogene Bedingungen zu, die hauptsächlich durch die Themen wirtschaftliche Entwicklung, Armut und soziale Ausgrenzung, demografischer Alterungsprozess und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen beschrieben werden.

In den letzten sieben Jahren ist die Lebenserwartung bei der Geburt um fast zwei Jahre angestiegen. Dabei beträgt allerdings der Unterschied zwischen Frauen und Männern fast zehn Jahre, und in den neuen Mitgliedstaaten ist diese Lücke sogar noch größer.

Weitere Analysen konzentrieren sich auf die Themenbereiche Gesundheitsschutz und Lebensstile, Lebensmittelsicherheit und -qualität, Chemikalien-Management sowie Gesundheitsrisiken infolge der Umweltbedingungen. Diese



Lebenserwartung bei der Geburt, EU-15 Jahre



Parameter spiegeln nicht nur die Entwicklung der sozioökonomischen Rahmenbedingungen wider, sondern lassen auch Rückschlüsse auf die Umweltbedingungen und auf die Nutzung der Natur zu.

Klimawandel und Energie – Begrenzung der globalen Erwärmung

Die vom Menschen verursachten Auswirkungen auf das Klima sind vorwiegend auf die Emissionen der sechs wichtigsten Treibhausgase zurückzuführen, die vor allem in den Bereichen Industrie und Energie entstehen, aber auch im Verkehr, in der Landwirtschaft und bei der Abfallentsorgung. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie ist die Erfüllung der in Kyoto eingegangenen Verpflichtungen⁽⁹⁾ und die verstärkte Nutzung sauberer Energien.

Der Indikator, der die Treibhausgasemissionen an den Zielvorgaben von Kyoto⁽¹⁰⁾ misst, lässt erkennen, wie die in den 90er Jahren in EU-15 erzielten Reduktionen seit 2000 durch wachsende Emissionen wieder aufgezehrt werden.

Der gegenwärtige Trend steigender Emissionen gefährdet sowohl die Erfüllung der Ziele von Kyoto als auch die kontinuierliche weitere Reduzierung der Emissionen um 1 % pro Jahr. Da sich in den neuen Mitgliedstaaten die Ziele und Bezugsjahre stark voneinander unterscheiden, ist eine Zielabstandsüberprüfung für EU-25 schwierig.

Der zweite Leitindikator „Bruttoinlandsenergieverbrauch“⁽¹¹⁾ zeigt, dass der Aufwärtstrend beim Energieverbrauch vom verstärkten Einsatz fossiler Brennstoffe dominiert wird⁽¹²⁾. Der Einsatz erneuerbarer Energien erfolgt nur zögerlich und beträgt nach wie vor nur 6 % der Primärenergie und 15,7 % der Elektrizität (bei Zielvorgaben von 12 % bzw. 22 % bis 2010)⁽¹³⁾.

Auch einige andere Themenbereiche wie wirtschaftliche Entwicklung, Produktions- und Konsummuster, Verkehr, Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und globale Partnerschaft tragen zum Klimawandel bei. Die globale Erwärmung wird möglicherweise kostspielige Anpassungen in den Bereichen Infrastruktur, landwirtschaftliche Anbaupraktiken, Gesundheitsschutz und Ökosystemfunktionen erfordern.

⁽⁹⁾ Die EU hat das Protokoll von Kyoto im Jahr 2002 ratifiziert. Das für die EU festgelegte Reduktionsziel bei den Treibhausgasemissionen von 8 % gegenüber den Werten von 1990 soll bis zum Zeitraum 2008-2012 erreicht werden. Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der EU wurde darüber hinaus als weiteres Ziel die Reduzierung der Emissionen gegenüber den Werten von 1990 um jährlich 1 % bis zum Jahr 2020 festgelegt.

⁽¹⁰⁾ Die Emissionen der sechs im Protokoll berücksichtigten Treibhausgase werden nach ihrem globalen Treibhauspotenzial gewichtet und zu Gesamtwerten aggregiert, die in CO₂-Äquivalenten angegebenen werden. Die Gesamtemissionen werden als Indizes mit 1990 = 100 dargestellt.

⁽¹¹⁾ Der Bruttoinlandsverbrauch ist die Energiemenge, die innerhalb eines Landes/Gebiets verbraucht wird.

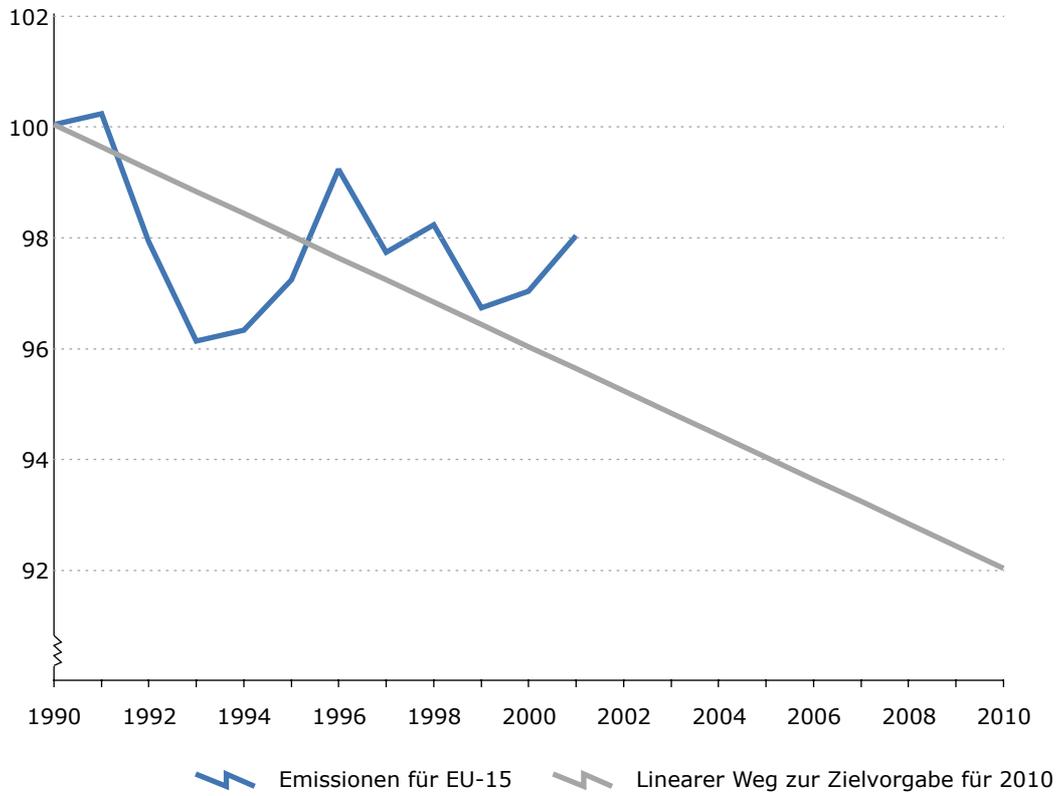
⁽¹²⁾ Siehe die Daten der CD-ROM.

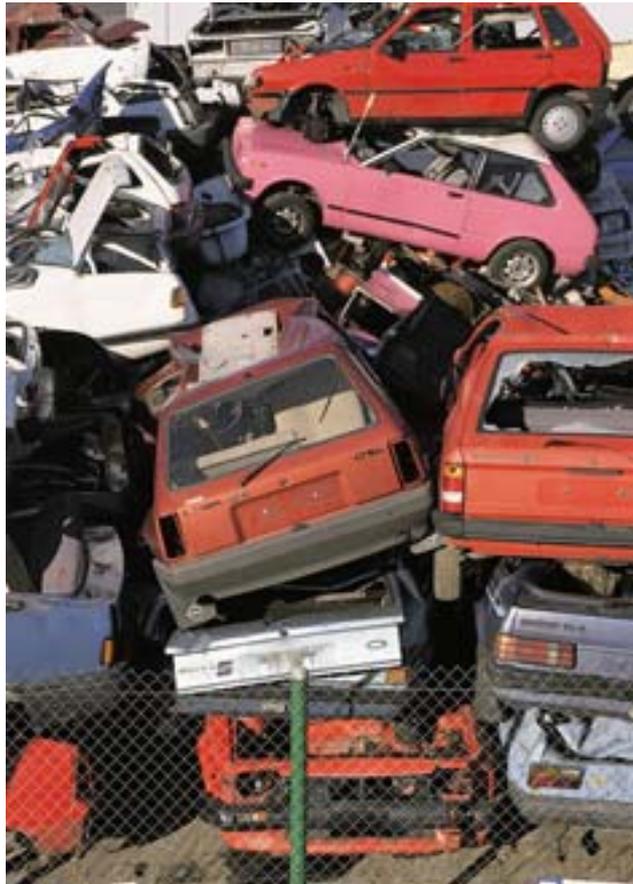
⁽¹³⁾ Siehe die Daten der CD-ROM.



1

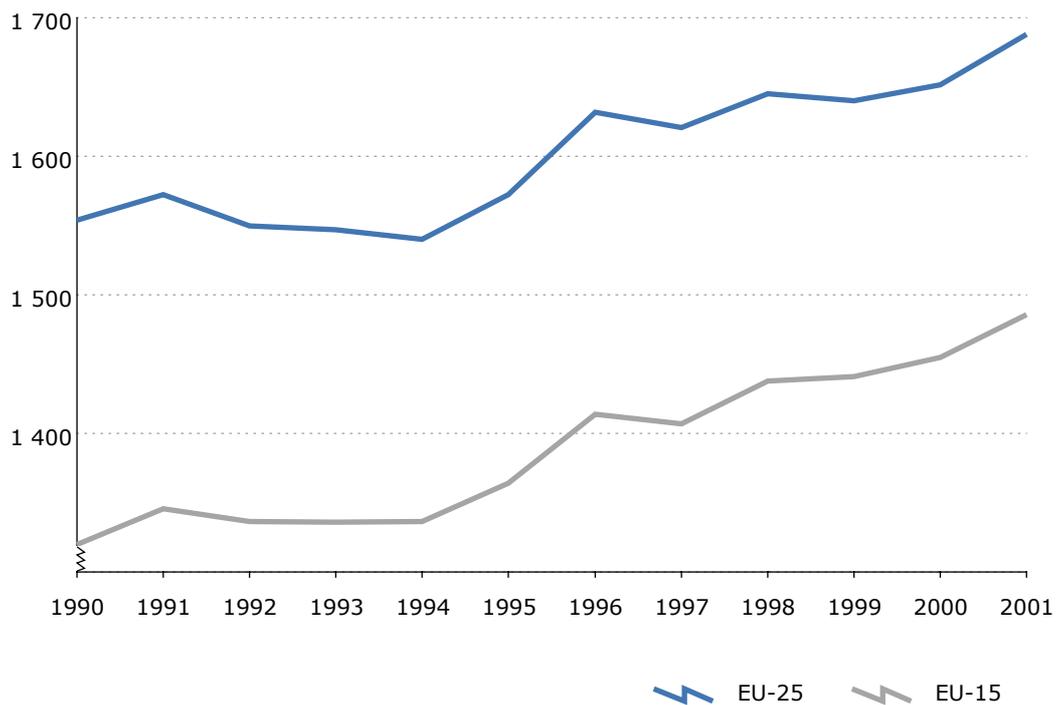
Emissionen von Treibhausgasen vs. Zielvorgaben von Kyoto, EU-15
1990 = 100



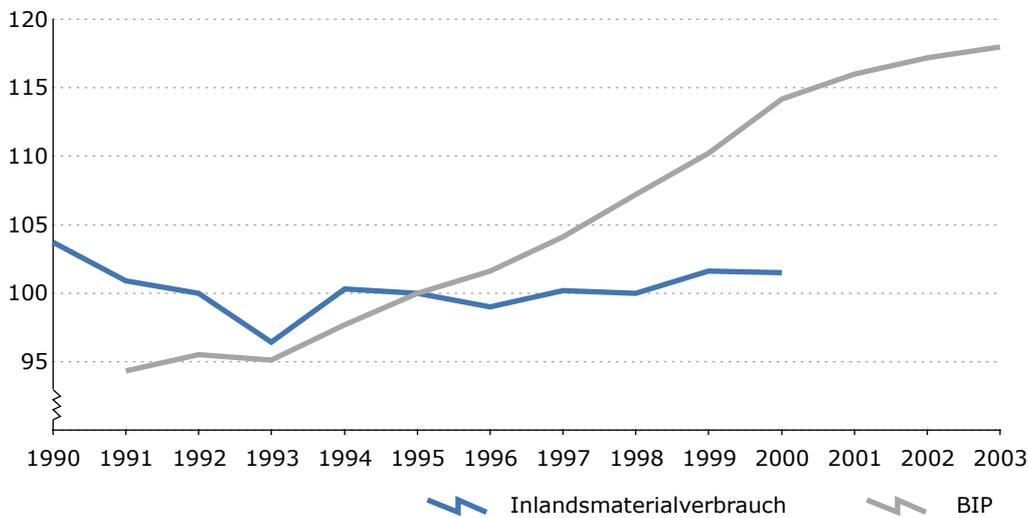


Ein Beispiel für Materialverbrauch (siehe nächste Seite).

Bruttoinlandsenergieverbrauch
In Mio. t Rohöläquivalent



Inlandsmaterialverbrauch vs. BIP zu konstanten Preisen, EU-15
1995 = 100



Produktions- und Konsummuster – neue Wege zu einer ökologisch effizienten Wirtschaft

Ziel der Nachhaltigkeit bei Produktion und Konsum ist es, Ressourcenverwendung und Umweltbelastung vom BIP-Wachstum abzukoppeln. Das kann zum einen erreicht werden durch effizientere Nutzung der natürlichen Ressourcen („aus weniger mehr machen“), zum anderen dadurch, dass den Hauptakteuren, d. h. Unternehmen, Behörden und Verbrauchern, ein Beitrag zu den Veränderungen abverlangt wird.

Der gegenwärtige Leitindikator „Inlandsmaterialverbrauch⁽¹⁴⁾ vs. BIP“, der die Materialmengen darstellen soll, die in den EU-Ländern verbraucht werden, weist einige methodische Mängel auf. Er ist eng mit Entwicklungen in den Politikfeldern wirtschaftliche Entwicklung, Klimawandel und Energie, Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, Verkehr und globale Partnerschaft verknüpft.

Im Zeitraum 1990-1993 war der Inlandsmaterialverbrauch wegen des schwachen Wirtschaftswachstums in der EU und der Umstrukturierung der ostdeutschen Industrie rückläufig, seither aber hat er sich stabilisiert, während das BIP kontinuierlich angestiegen ist. Dieser Indikator zeigt eine relative, nicht aber eine absolute Entkoppelung der Umweltbelastung vom Wirtschaftswachstum, die auf die

rückläufige Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe und die Ausweitung des Dienstleistungssektors in der EU-Wirtschaft zurückzuführen ist. Der Verbrauch an natürlichen Ressourcen zur Erzeugung von Gütern, die aus Nicht-EU-Ländern importiert wurden, wird jedoch von diesem Indikator nicht erfasst.

Die weitere Analyse der Faktoren Ökoeffizienz, Konsummuster, Landwirtschaft und soziale Verantwortung der Unternehmen beschreibt den Beitrag der verschiedenen Sektoren bzw. Akteure und lässt die Wechselwirkungen zwischen interner und externer Dimension der nachhaltigen Entwicklung deutlich werden.

Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen – den Verlust an biologischer Vielfalt aufhalten

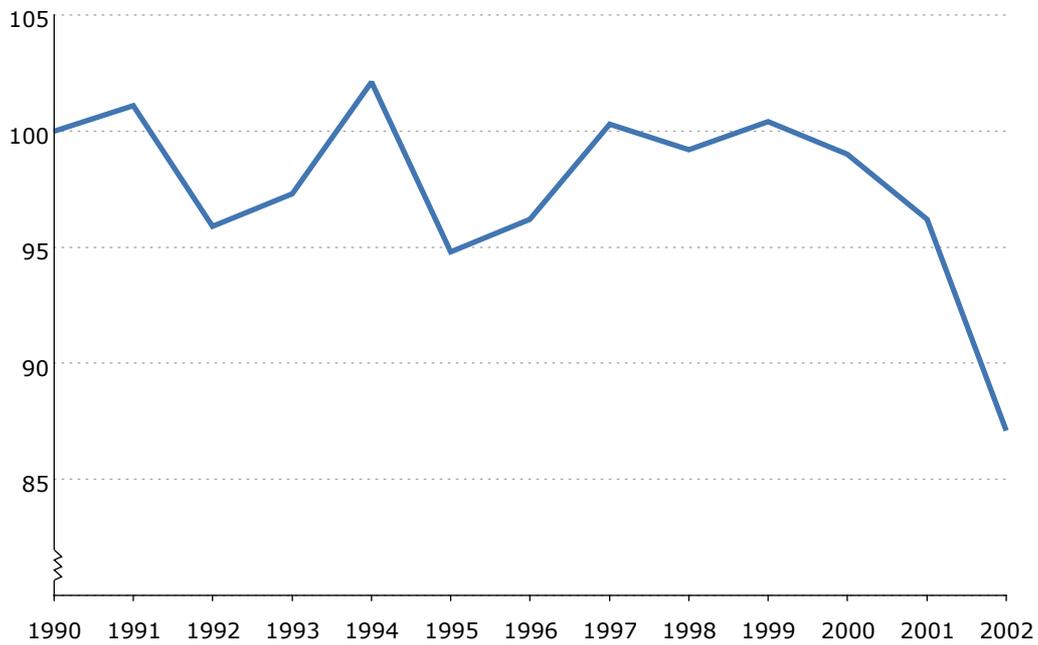
Die Hauptursachen für die Zerstückelung und Zerstörung unserer Ökosysteme sind die Land- und Forstwirtschaft, die Verkehrsinfrastruktur, die Verstädterung und die Änderung der Landnutzung. Weitere Gefahren erwachsen aus den sich verändernden Umweltbedingungen, der übermäßigen Ausbeutung der Ressourcen und der Umweltverschmutzung. Diese Faktoren können die Tragfähigkeit der Ökosysteme beeinträchtigen bzw. überschreiten und erheblichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen

⁽¹⁴⁾ Der Indikator „Inlandsmaterialverbrauch (Domestic Material Consumption – DMC)“ steht für die Menge der in den EU-Ländern verbrauchten Materialien. Er entspricht dem Domestic Material Input (DMI = Gewinnung im Inland plus Einfuhr aus Drittländern) abzüglich der Ausfuhr in Drittländer.



Population der wild lebenden Vogelarten in der EU - Ackerlandarten

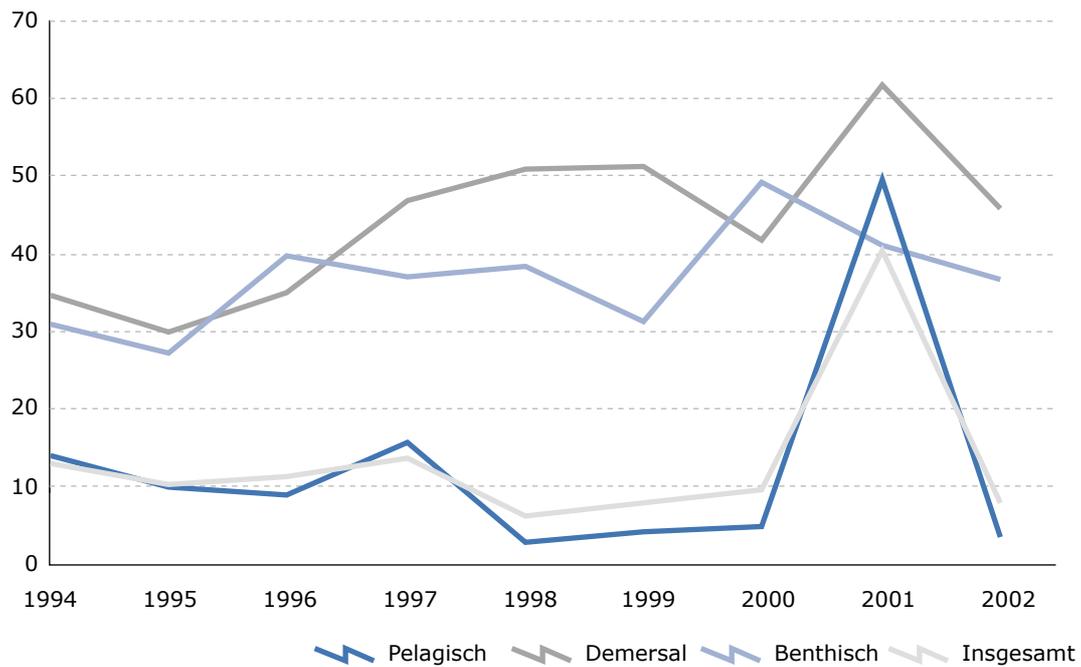
1990 = 100



Quelle: Royal Society for the Protection of Birds, European Bird Census Council und Birdlife International.

Fischfänge außerhalb sicherer biologischer Grenzen im Nordostatlantik

In %



Quelle: Europäische Kommission GD Fischerei

Der Wert für „Industriell“ ist 0 für alle Jahre.

Schaden verursachen, weil die Möglichkeiten zur Nutzung der Natur schwinden.

Das Nachhaltigkeitsziel der EU besteht darin, den Verlust an biologischer Vielfalt bis 2010 zu stoppen. Da diese kaum mit einem einzigen Indikator zu messen ist, kam aus den Reihen der Statistiker der Vorschlag, die „Population der wild lebenden Vogelarten“ als Leitindikator für die terrestrische Umwelt zu verwenden ⁽¹⁵⁾. Hinter diesem Vorschlag steht der Gedanke, dass die Vogelpopulation dazu beitragen kann, Aussagen über den Zustand der Umwelt und die Nachhaltigkeit der menschlichen Aktivitäten zu treffen. Dieser Indikator zeigt eine Verschlechterung der Umweltbedingungen für Brutvögel in Kulturlandschaften an.

Auch zum Schutz der Fischressourcen hat die EU eine Zielvorgabe festgelegt: den Stopp des Rückgangs der Fischbestände bis 2015. Der zweite Leitindikator für die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, „Fänge aus Fischbeständen, die sich außerhalb sicherer biologischer Grenzen ⁽¹⁶⁾ befinden“, lässt erkennen, dass 2002 im Nordostatlantik 8 % der Fänge

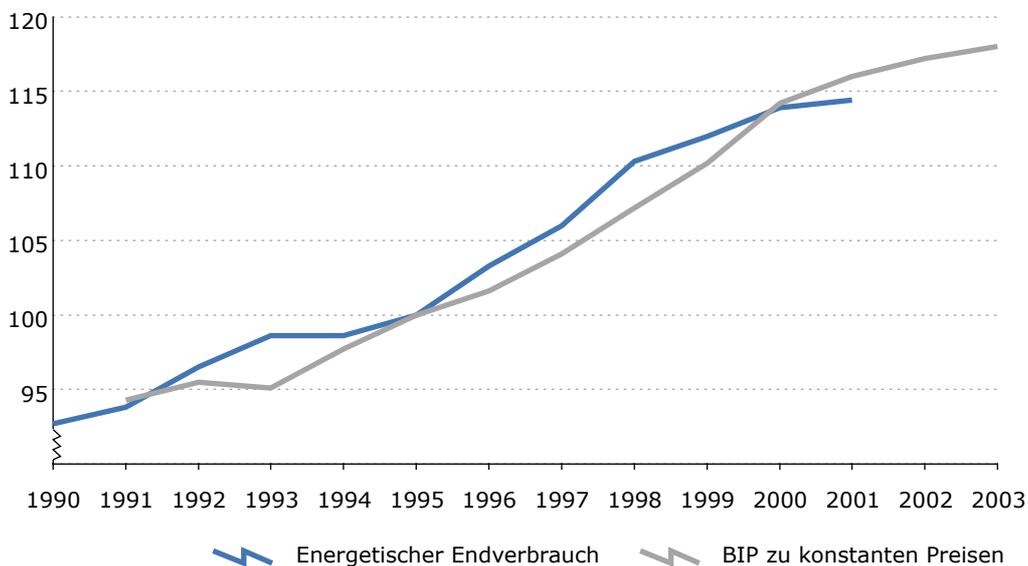
außerhalb dieser Grenzen lagen und daher nicht als nachhaltig gelten können.

Veränderungen in den terrestrischen und aquatischen Ökosystemen werden durch komplexe sozioökonomische und ökologische Entwicklungen hervorgerufen und sind daher eng mit den Politikfeldern wirtschaftliche Entwicklung, Klimawandel, Produktions- und Konsummuster, Verkehr und globale Partnerschaft verknüpft.

Verkehr – Entkoppelung und Umstrukturierung

Der Verkehr hat in ländlichen wie städtischen Gebieten große Bedeutung für die Sicherung des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen und für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung. Zugleich aber trägt das wachsende Verkehrsaufkommen erheblich zu Staus, Luftverschmutzung, Lärmentwicklung und Zerstückelung der Ökosysteme bei und beeinträchtigt damit die Gesundheit der Menschen und der Umwelt.

Energetischer Endverbrauch des Verkehrssektors vs. BIP zu konstanten Preisen, EU-15
1995 = 100



⁽¹⁵⁾ Der Indikator ist definiert als Index der wild lebenden Vogelarten für 23 ausgewählte in Kulturlandschaften lebende Spezies, gemessen in elf Ländern der EU (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, den Niederlanden, Österreich, Schweden, Spanien und dem Vereinigten Königreich). Er wurde von der *Royal Society for the Protection of Birds*, dem *European Bird Census Council* und *Birdlife International* erstellt und wird gegenwärtig durch Eurostat überprüft. Bei den Zeitreihen zur Population der in Waldgebieten und Feuchtgebieten lebenden Vögel, die ebenfalls beibehalten werden, sind noch weitere methodische Verbesserungen erforderlich.

⁽¹⁶⁾ Dieser Indikator bezieht sich auf Fänge mehrerer Bestände, die im Hinblick auf sichere biologische Grenzen bewertet wurden. Im Allgemeinen wird davon ausgegangen, dass sich ein Bestand „innerhalb sicherer biologischer Grenzen“ befindet, wenn seine gegenwärtige Biomasse über den nach dem Vorsorgeprinzip ermittelten Werten liegt. Dieses Prinzip wird vom internationalen Rat für die Erforschung des Meeres (ICES) verfolgt.



Die deutliche Entkoppelung des Verkehrsaufkommens vom BIP-Wachstum ist ein wichtiges Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie. Wegen seiner wirtschaftlichen und materiellen Auswirkungen ist dieser Parameter auch mit den Themenfeldern wirtschaftliche Entwicklung, Klimawandel und Energie, Produktions- und Konsummuster und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen verknüpft.

Derzeit ist es schwierig, einen robusten Indikator für den Verkehrszuwachs zu erstellen, idealerweise als Fahrzeugkilometer im Verhältnis zum BIP. Der Proxyindikator Energieverbrauch des Verkehrssektors ⁽¹⁷⁾ im Verhältnis zum BIP gibt indirekt den Anstieg des Verkehrsaufkommens wieder. Er zeigt, dass der Anstieg des Energieverbrauchs im Verkehrssektor in EU-15 seit 1995 trotz der verbesserten Kraftstoffeffizienz bei Neufahrzeugen mit 14,4 % nur geringfügig unter der BIP-Zuwachsrate für den gleichen Zeitraum (16,0 %) liegt. Eine deutliche Entkoppelung ist also nicht erreicht worden.

Weitere Analysen betreffen den Anstieg des Verkehrsaufkommens und die verkehrsbedingten Umweltbelastungen im Zusammenhang mit der wachsenden Mobilität und den Veränderungen

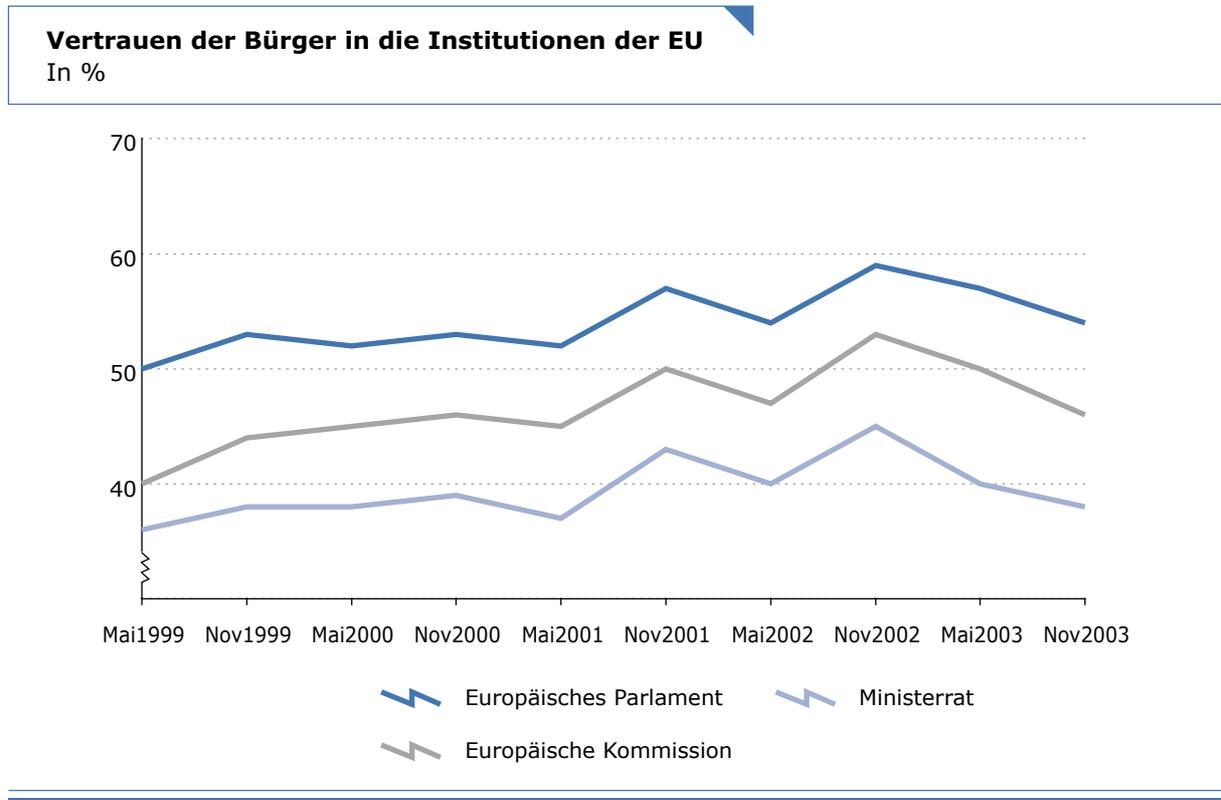
gen der sozioökonomischen, ökologischen und gesundheitlichen Bedingungen.

„Good Governance“ – Bürgernähe und politische Kohärenz

Moderne, offene und bürgerorientierte Institutionen gelten als unabdingbar für das Funktionieren der Europäischen Union. Die Vorschläge für eine nachhaltige Entwicklung der EU umfassen eine Verbesserung der politischen Kohärenz, bessere Informationen, umfassende Beteiligung und politische Führungsqualitäten.

Der Leitindikator „Vertrauen der Bürger in die Institutionen der EU“ ⁽¹⁸⁾ ist der Eurobarometer-Meinungsumfrage entnommen, die zweimal im Jahr von der Europäischen Kommission veranlasst wird. In den letzten fünf Jahren ist das Vertrauen der Bürger in die Institutionen der Union um 5 bis 10 % angestiegen.

Politische Kohärenz und Beteiligung sind unabdingbare Voraussetzungen, um die nachhaltige Entwicklung in der Europäischen Union voranzubringen.



⁽¹⁷⁾ Der Indikator erfasst den Energieverbrauch aller Verkehrsträger, d. h. Straßenverkehr, Eisenbahnverkehr, Luftverkehr, Binnenschifffahrt (energetischer Endverbrauch) und Bunker für die Seeschifffahrt.
⁽¹⁸⁾ Der Indikator ist definiert als der Anteil der Bevölkerung, der dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und dem Ministerrat Vertrauen entgegenbringt.

Globale Partnerschaft – zu neuen Formen der Zusammenarbeit

In den letzten beiden Jahrzehnten haben sich die Verflechtungen und Interaktionen der Länder deutlich verstärkt. Auf dem Millennium-Gipfel im Jahr 2000 hat die EU zusammen mit anderen Nationen ihre globale Verantwortung anerkannt, mit konzertierten Aktionen zu einer besseren Welt beizutragen. Die EU ist entschlossen, beim Streben nach globaler Nachhaltigkeit eine führende Rolle zu übernehmen.

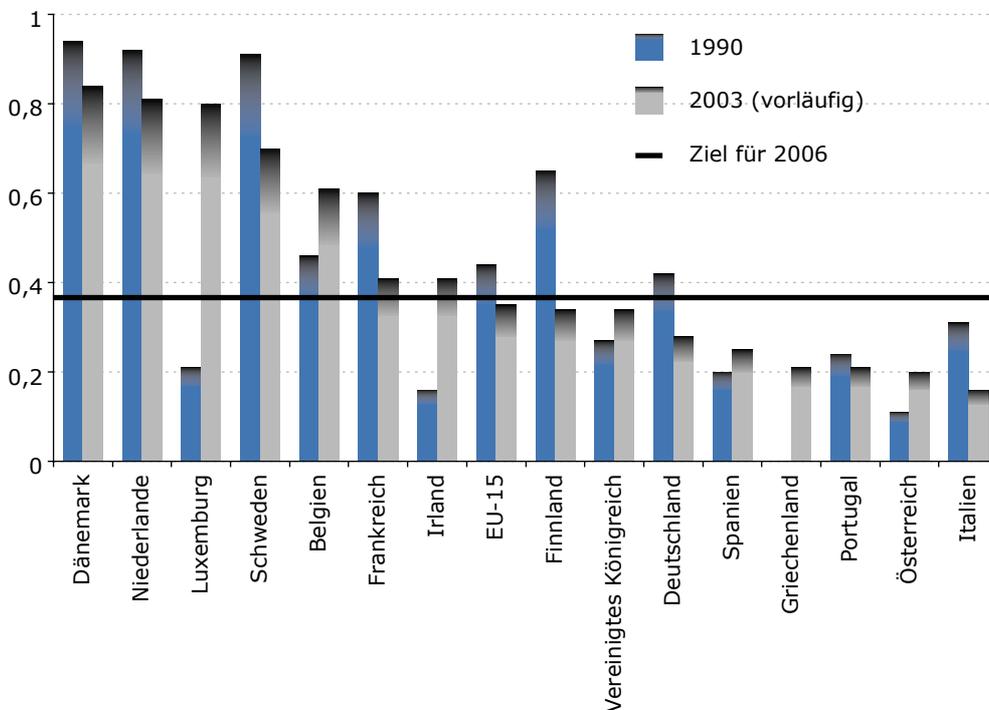
Mit diesem Themenfeld sind insgesamt sechs prioritäre Ziele ⁽¹⁹⁾ verknüpft. Eines von ihnen, „Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung“, stellt vorrangig darauf ab, dass die Entwicklungsländer die erforderlichen finanziellen Mittel erhalten, um die Millennium-Entwicklungsziele zu erreichen. Hier strebt die EU für die staatliche Entwicklungshilfe den von den Vereinten Nationen gesetzten Zielwert von 0,7 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) an. Die Mit-

gliedstaaten, die dieses Ziel nicht erreichen, sollen ihre staatliche Entwicklungshilfe bis 2006 auf mindestens 0,33 % aufstocken, damit bis zu diesem Jahr ein EU-Durchschnittswert von 0,39 % erreicht wird. Zwar lag 2002 der EU-Durchschnitt mit 0,35 % deutlich über dem Durchschnitt der Geberländer insgesamt (0,23 %), doch nur eine Minderheit der Mitgliedstaaten hatte die Zielvorgabe von 0,39 % erreicht.

Weiter gehende Analysen zielen auf die Parameter Globalisierung des Handels, Entwicklungsfinanzierung und Ressourcenmanagement ab, die nicht nur untereinander verknüpft sind, sondern auch sehr eng mit den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung und Produktions- und Konsummuster zusammenhängen. Zudem muss wegen der engen Verflechtungen zwischen der Europäischen Union und den Entwicklungsländern sichergestellt werden, dass die derzeitigen Trends des Verlusts ökologischer Ressourcen bis 2015 auf nationaler und globaler Ebene wirksam umgekehrt werden.

Staatliche Entwicklungshilfe in Prozent des Bruttonationaleinkommens

In %



⁽¹⁹⁾ Die sechs prioritären Ziele sind: die Globalisierung nutzbar machen, Armutsbekämpfung und Förderung der sozialen Entwicklung, nachhaltiges Management natürlicher und ökologischer Ressourcen, größere Kohärenz der Politik der Europäischen Union, bessere Governance auf allen Ebenen, Finanzierung der nachhaltigen Entwicklung.



Menschen in Europa

Bevölkerung 39-56

Gesundheit 57-71

Aus- und Weiterbildung 73-83

Arbeitsmarkt 85-92

Haushalte und Wohlfahrt 93-114

2

Die Bevölkerung in der EU

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Bevölkerung nach Geschlecht und Alter am 1. Januar eines jeden Jahres
- Bevölkerung nach Familienstand
- Indikatoren der Bevölkerungsstruktur am 1. Januar
- Bevölkerungsentwicklung (absolute Zahlen und rohe Ziffern)
- Bevölkerung auf regionaler Ebene (Ebenen NUTS 2 und NUTS 3)
- Vorausberechnungen

2

Demografische Daten

Eurostat produziert eine Vielzahl demografischer Daten auf regionaler und nationaler Ebene. Anhand der jährlich von 37 Ländern Europas gelieferten Informationen über Bevölkerung, Geburten, Sterbefälle sowie Eheschließungen und Ehescheidungen kann Eurostat Berechnungen auf vergleichbarer Grundlage vornehmen und zahlreiche demografische Indikatoren erstellen. Darüber hinaus erstellt Eurostat alle drei Jahre demografische Modellhypothesen (bis hin zum Jahr 2070).

Diese Daten werden von den europäischen Institutionen und Regierungen für eine Reihe wichtiger politischer Maßnahmen genutzt, insbesondere im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. So sind die bisherigen und zukünftigen Entwicklungstendenzen der Bevölkerungsstruktur und des Fertilitätsverhaltens sowie die steigende Lebenserwartung ein wichtiges Kriterium für die Planung und Ausgestaltung der Sozialpolitik wie etwa der Rentensysteme. Ein weiteres Beispiel ist die Nutzung regionaler Bevölkerungsdaten zur Berechnung des Pro-Kopf-BIP für die Zuweisung von Mitteln der Strukturfonds. Auch Bildungseinrichtungen, Forschungsinstitute und die Medien nutzen diese Daten.

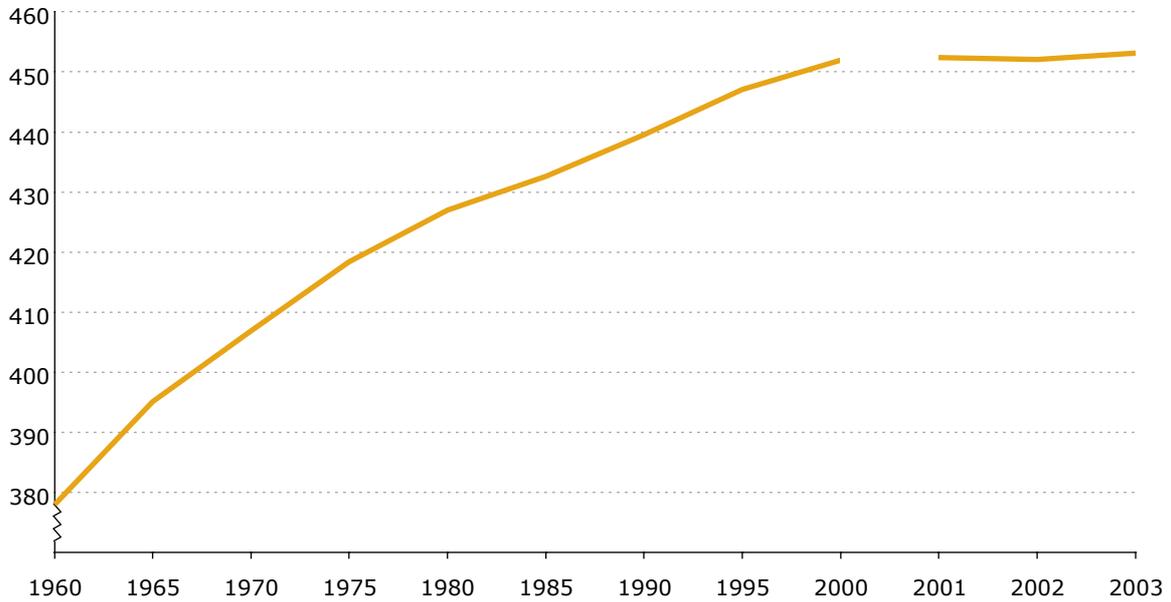


Die Bevölkerung in der EU-15

In den vergangenen 50 Jahren nahm die Bevölkerung der EU-15 von 295 Mio. auf fast 380 Mio. zu. 1953 hatte die EU mehr als 300 Millionen Einwohner. Danach dauerte es 10, 13 und 22 Jahre, bis die Bevölkerung jeweils um 25 Millionen Einwohner zunahm. Somit hat in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums eingesetzt.

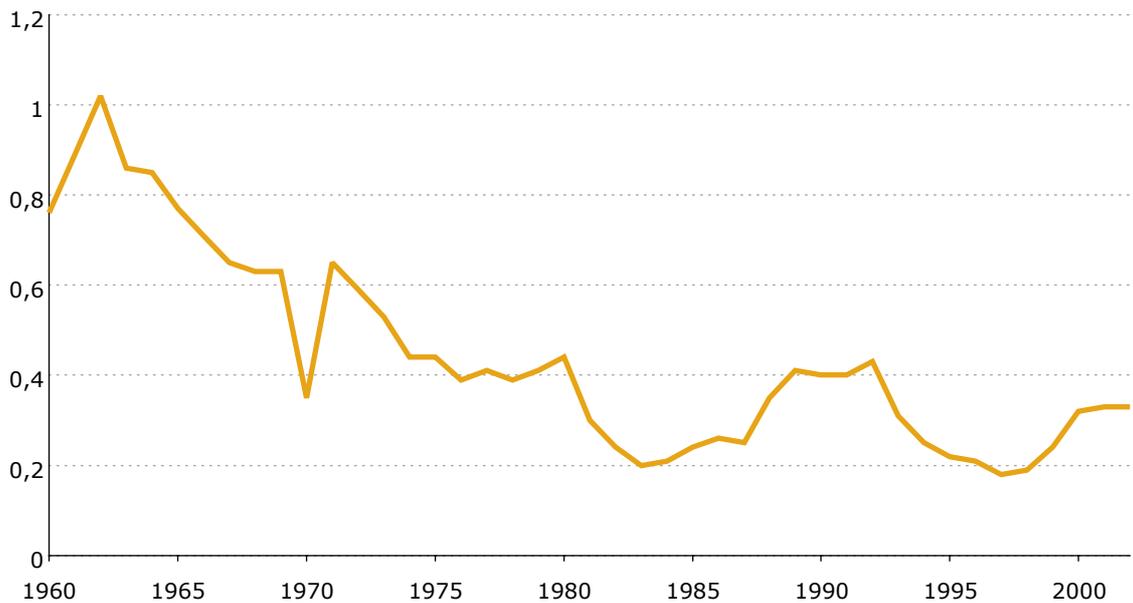


Die Bevölkerung der EU-25
In Millionen Personen



2

Wachstum der Bevölkerung in EU-25
Pro 1 000 Einwohner

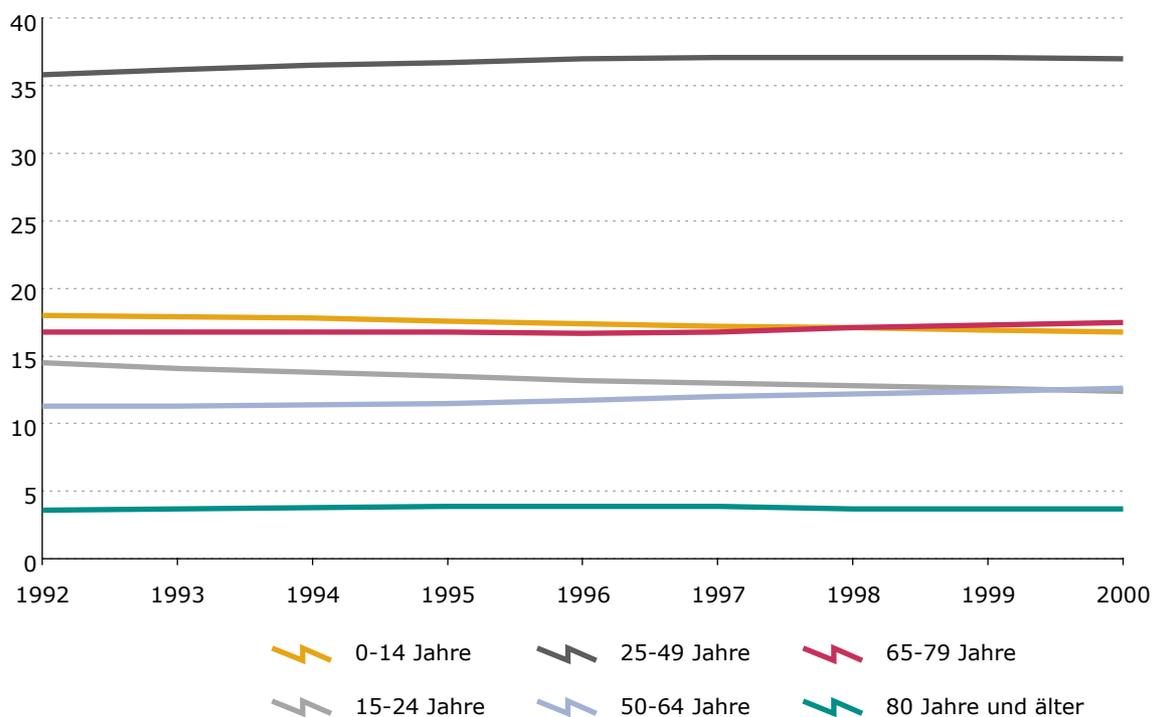




2

Bevölkerung der EU-15 nach Altersgruppen

Anteil an der Gesamtbevölkerung in %



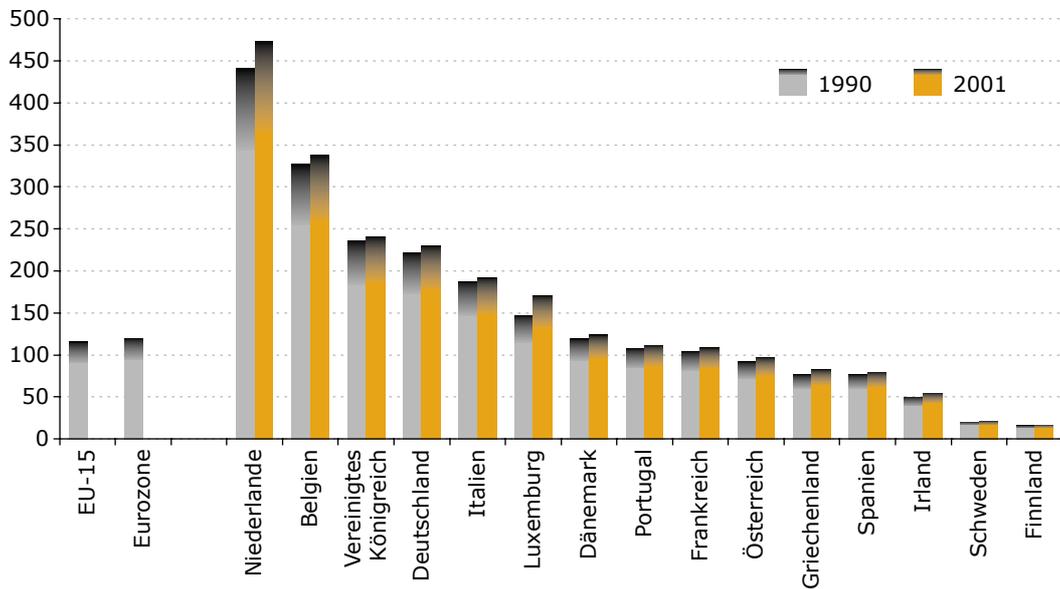
Der Anteil der jungen Bevölkerung ist rückläufig: Im Jahr 2000 machte die Bevölkerung im Alter bis 14 Jahre nur noch 16,8 % der Gesamtbevölkerung aus, gegenüber 18 % im Jahr 1992. Die Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren hatte einen Anteil von 12,4 % (2000) gegenüber 14,5 % (1992).

Die Bevölkerung der Altersgruppe 25-49 Jahre stellt mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung der EU (2000: 37 %). Zwischen 1992 und 2000 ist der Anteil der Bevölkerung über 50 Jahre in der gesamten EU gestiegen. Der Anteil der Altersgruppe 65-79 Jahre erhöhte sich von 11,3 % der Gesamtbevölkerung im Jahr 1992 auf 12,6 % im Jahr 2000. In dieser Altersgruppe gibt es ausgeprägte Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern.



Bevölkerungsdichte

In Einwohner je 1 km²

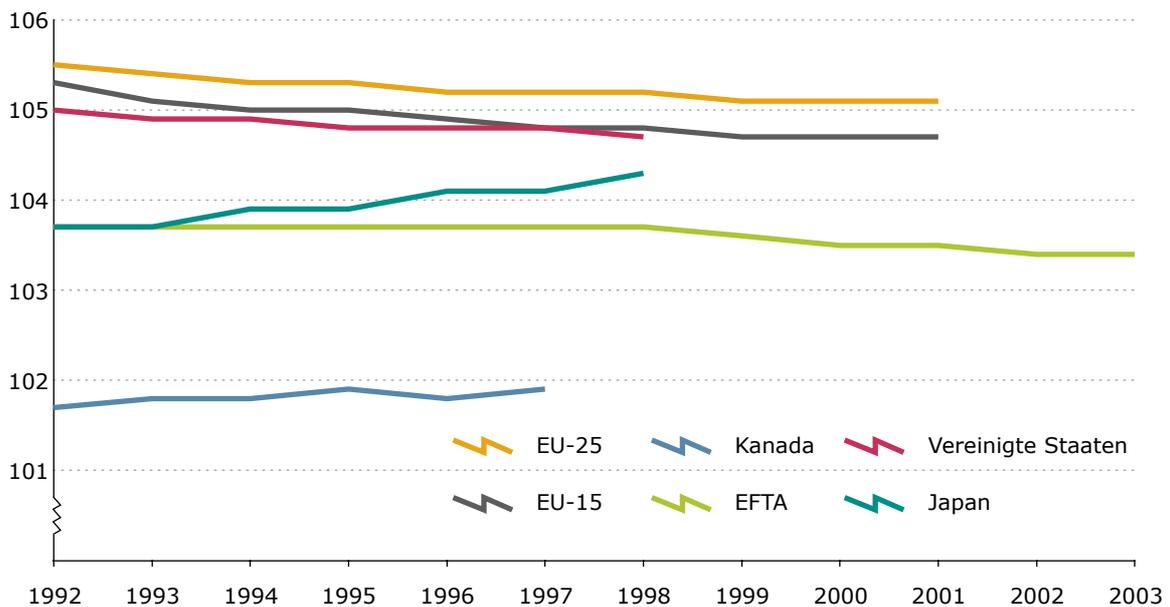


Verhältnis zwischen der Bevölkerungszahl einer geografischen Region zur Jahresmitte zu einem bestimmten Datum und der Gebietsfläche.

Es bestehen erhebliche Unterschiede in der Bevölkerungsdichte: In den Niederlanden (474 Einwohner je km²) und in Belgien (337 Ein-

wohner) ist sie wesentlich höher als in einigen nordischen Ländern wie Finnland (17) und Schweden (22).

Frauen je 100 Männer

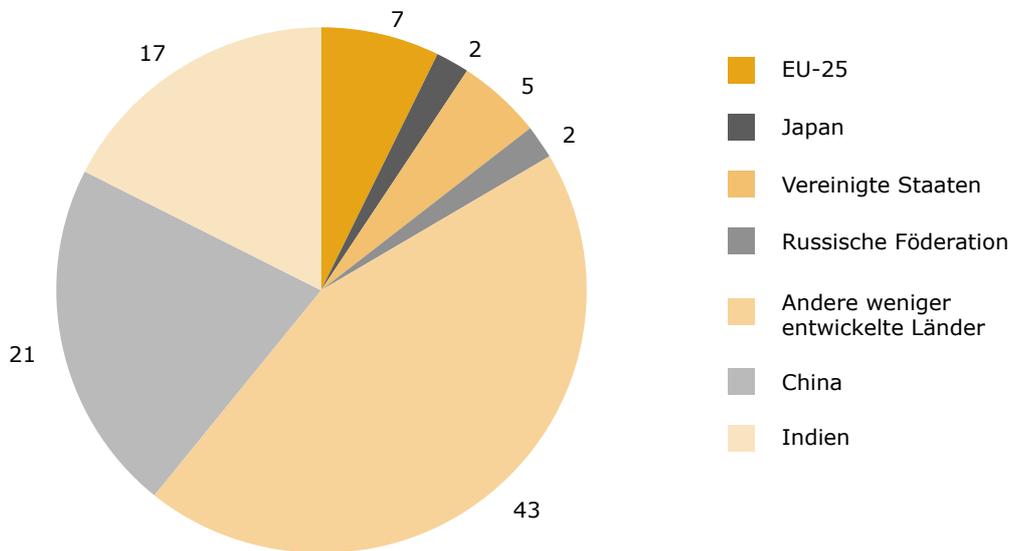


2



Weltbevölkerung im Jahr 2002

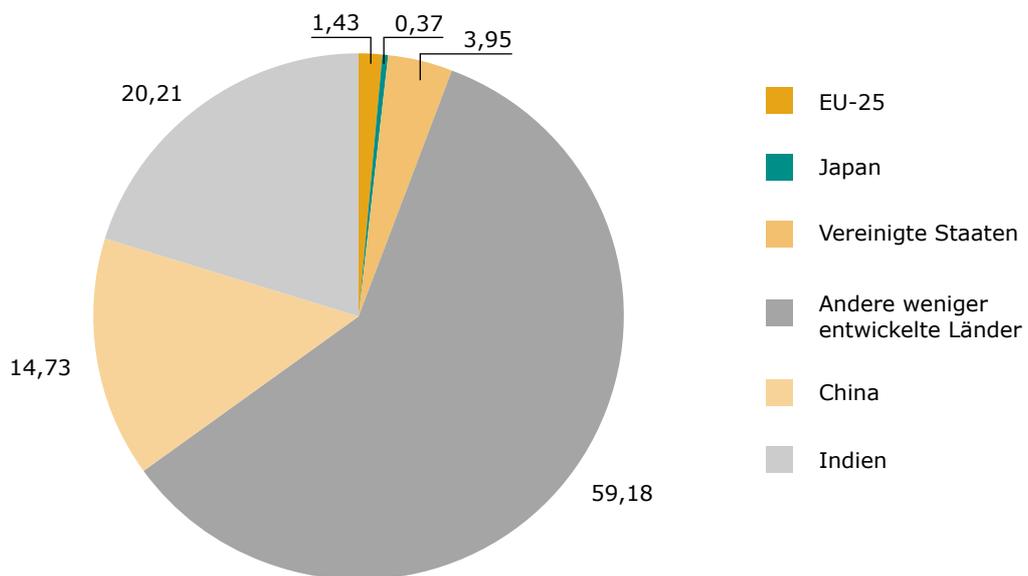
In %



2

Anteil am Wachstum der Weltbevölkerung, 2002 gegenüber 1990

In %



Die Russische Föderation trug - 0,32 % zur Entwicklung der Weltbevölkerung bei.

Familien und Geburten

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Eheschließung der Ledigen nach Geschlecht und Alter
- Eheschließung nach vorherigem Familienstand und Geschlecht
- Scheidungen nach erreichter Ehedauer
- Eheschließungs- und Ehescheidungsziﬀern
- Eheschließung und Lebendgeburten nach Monat
- Lebendgeburten nach Familienstand und Alter der Mutter
- Lebendgeburten nach Folge
- Fruchtbarkeitsziﬀern nach Alter
- Fruchtbarkeitsziﬀern
- Schwangerschaftsabbrüche

Weniger und spätere Eheschließungen; mehr Ehescheidungen

Im Jahr 2002 wurden nur fünf Ehen je 1 000 Einwohner in der EU geschlossen, 1970 waren es noch fast acht. Das Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung ist für Männer von 26 Jahren (1980) auf über 30 Jahre, bei Frauen von 23 auf 28 Jahre angestiegen. Bei den 1960 geschlossenen Ehen liegt der geschätzte Anteil der Ehescheidungen bei 15 %, bei den 1985 geschlossenen Ehen bei 30 %.

Weniger und später im Leben geborene Kinder

Seit Mitte der 60er Jahre ist die endgültige Kinderzahl der Nachkriegsgenerationen kontinuierlich gesunken; die Gesamtgeburtensziﬀer hingegen ist mit fast 1,5 stabil geblieben. Die endgültige Kinderzahl verändert sich im Lauf der Zeit sehr viel langsamer und liegt mit zurzeit 1,7 noch immer deutlich unter der Reproduktionsrate (2,1 Kinder).

Anstieg der außerehelichen Geburten

Die steigende Beliebtheit nichtehelicher Lebensgemeinschaften spiegelt sich unter anderem auch im Anteil der außerehelichen Ge-



burten, der im Zeitraum 1970-2002 von 6 % auf über 30 % angestiegen ist. In Schweden hatten sogar 56 % der im Jahr 2002 geborenen Kinder nicht verheiratete Eltern.

Eheschließungen

Je 1 000 Personen

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	5,77	5,63	5,38	5,24	5,17	5,08	5,09	:	5,15	5,14	:	:
EU-15	5,64	5,54	5,33	5,2	5,14	5,07	5,08	:	5,12	5,13	:	:
Eurozone	5,59	5,45	5,25	5,12	5,08	5,03	5,06	:	5,13	5,11	4,85	:
Belgien	6,07	5,79	5,37	5,14	5,07	4,98	4,69	4,35	4,32	4,4	4,09	:
Tschechische Republik	6,96	7,18	6,39	5,66	5,32	5,22	5,61	5,35	5,2	5,39	5,12	:
Dänemark	6,03	6,22	6,1	6,78	6,64	6,83	6,48	6,55	6,66	7,19	6,82	:
Deutschland	5,68	5,62	5,45	5,41	5,27	5,22	5,15	5,09	5,25	5,09	4,72	:
Estland	6,59	5,79	5,18	5,04	4,88	3,9	3,99	3,92	4,06	4,01	4,14	:
Griechenland	6,39	4,69	5,94	5,38	6,02	4,24	5,62	5,12	5,62	4,48	5,2	:
Spanien	5,6	5,57	5,14	5,09	5,1	4,92	4,97	5,22	5,22	5,39	5,08	:
Frankreich	4,92	4,74	4,44	4,4	4,4	4,83	4,88	4,65	4,88	5,18	5,13	:
Irland	4,93	4,68	4,7	4,63	4,32	4,45	4,26	:	4,93	5,04	4,98	:
Italien	5,5	5,49	5,3	5,1	5,06	4,85	4,83	4,86	4,86	4,86	4,54	:
Zypern	10,46	8,04	9,71	9,7	10,25	8,71	10,71	11,4	13,22	13,37	15,07	14,48
Lettland	8,43	7,23	5,69	4,59	4,46	3,92	3,98	4	3,93	3,88	3,93	:
Litauen	9,24	8,14	6,44	6,38	6,1	5,67	5,26	5,21	5,07	4,83	4,53	:
Luxemburg	6,7	6,4	5,98	5,84	5,08	5,08	4,78	4,8	4,85	4,92	4,49	:
Ungarn	5,9	5,5	5,22	5,23	5,18	4,75	4,56	4,37	4,44	4,71	4,28	:
Malta	7,1	6,58	6,79	6,75	6,26	6,36	6,43	6,51	6,28	6,52	5,58	:
Niederlande	6,3	6,17	5,77	5,39	5,27	5,48	5,45	5,54	5,66	5,53	4,97	:
Österreich	5,69	5,83	5,69	5,45	5,4	5,31	5,2	4,91	4,94	4,9	4,26	:
Polen	6,1	5,66	5,4	5,39	5,37	5,27	5,3	5,42	5,68	5,46	5,05	:
Portugal	7,24	7,01	6,84	6,6	6,56	6,33	6,52	6,57	6,75	6,23	5,67	:
Slowenien	4,09	4,57	4,53	4,18	4,14	3,8	3,78	3,8	3,89	3,62	3,48	:
Slowakei	6,19	6,39	5,78	5,27	5,13	5,11	5,19	5,1	5,07	4,81	4,42	:
Finnland	4,93	4,67	4,87	4,89	4,65	4,77	4,56	4,66	4,7	5,05	4,79	:
Schweden	4,27	4,29	3,9	3,9	3,81	3,79	3,65	3,57	4,03	4,5	4,02	:
Vereinigtes Königreich	6,05	6,14	5,87	5,67	5,5	5,33	5,26	5,15	5,06	5,12	:	:
Island	4,79	4,75	4,62	4,92	4,63	5,02	5,46	5,58	5,62	6,32	5,21	:
Liechtenstein	6,27	14,19	7,48	12,98	13,18	14,16	12,56	:	:	:	:	:
Norwegen	4,66	4,49	4,51	4,75	4,97	5,29	5,41	5,27	5,26	5,65	5,09	:
Vereinigte Staaten	:	:	:	:	:	:	:	:	8,38	:	:	:

Quelle: Eurostat/US Bureau of the Census.

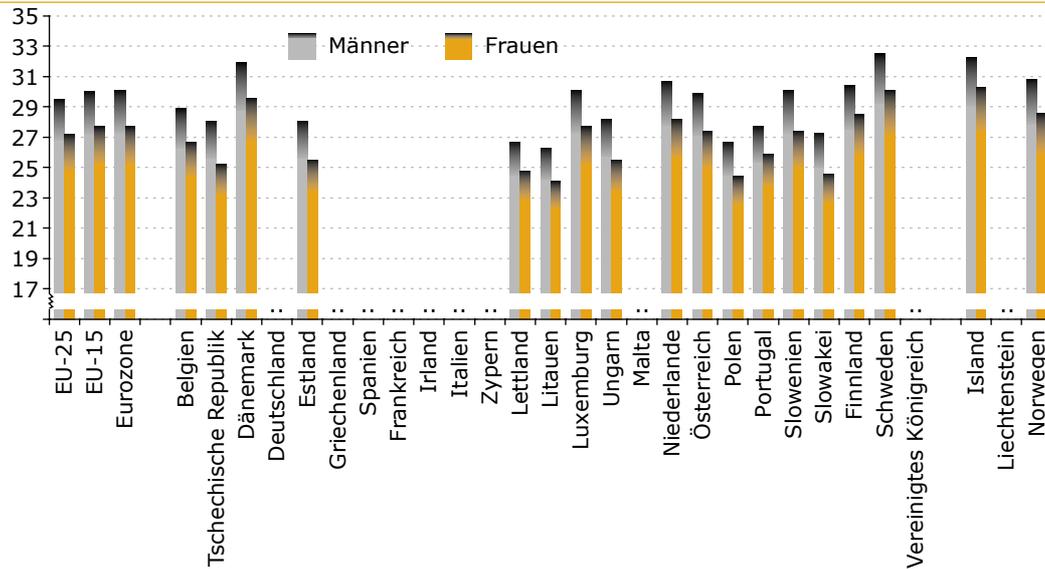
In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Heiratsziffer je 1 000 Einwohner in EU-15 von knapp 8 zu Beginn der 80er Jahre auf rund 6 am Ende dieses Jahrzehnts verringert, bis 2001 ging sie auf fast 5 zurück. Diese Entwicklung könnte zum Teil auf die Zunahme nicht ehelicher Lebensgemeinschaften zurückzuführen sein. Niedrige Heiratsziffern melden Slowenien,

Lettland, Schweden und Belgien (rund 4). In Zypern liegt die Heiratsziffer dagegen bei 15.

Neben dem Rückgang der Heiratsziffern ist der Anstieg des durchschnittlichen Erstheiratsalters ein weiteres Merkmal des demografischen Wandels. 2002 waren sowohl Männer als auch Frauen bei der Eheschließung durchschnittlich zwei Jahre älter als 1991.


Durchschnittsalter bei der ersten Eheschließung im Jahr 2002

Jahre



2

Scheidungen

Je 1 000 Personen

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU-15	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1,9	:
Eurozone	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1,7	:
Belgien	2,1	2,2	2,1	2,2	3,5	2,8	2,6	2,6	2,6	2,6	2,8	3
Tschechische Republik	2,8	2,8	2,9	3	3	3,2	3,2	3,1	2,3	2,9	3,1	3,1
Dänemark	2,5	2,5	2,5	2,6	2,5	2,4	2,4	2,5	2,5	2,7	2,7	2,8
Deutschland	1,7	1,7	1,9	2	2,1	2,1	2,3	2,3	2,3	2,4	2,4	:
Estland	3,7	4,3	3,9	3,8	5,2	4	3,8	3,2	3,3	3,1	3,2	3
Griechenland	0,6	0,6	0,7	0,7	1	1	1,1	0,7	0,9	1	1	1,1
Spanien	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	:	:	1	0,9	:
Frankreich	1,9	1,9	1,9	2	2,1	2	2	2	2	:	1,9	:
Irland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	0,7	0,7	:
Italien	0,5	0,5	0,4	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7
Zypern	0,5	0,7	0,8	0,9	1,2	1,1	1,3	1,3	1,7	1,7	1,7	1,9
Lettland	4,2	5,6	4	3,3	3,1	2,5	2,5	2,6	2,5	2,6	2,4	2,5
Litauen	4,1	3,8	3,8	3	2,8	3,1	3,2	3,3	3,2	3,1	3,2	3
Luxemburg	2	1,8	1,9	1,7	1,8	2	2,4	2,4	2,4	2,4	2,3	2,4
Ungarn	2,4	2,1	2,2	2,3	2,4	2,2	2,4	2,5	2,5	2,3	2,4	2,5
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	1,9	2	2	2,4	2,2	2,2	2,2	2,1	2,1	2,2	2,3	2,1
Österreich	2,1	2,1	2,1	2,1	2,3	2,3	2,3	2,2	2,3	2,4	2,6	2,4
Polen	0,9	0,8	0,7	0,8	1	1	1,1	1,2	1,1	1,1	1,2	1,2
Portugal	1,1	1,2	1,2	1,4	1,2	1,3	1,4	1,5	1,7	1,9	1,8	2,6
Slowenien	0,9	1	1	1	0,8	1	1	1	1	1,1	1,1	1,2
Slowakei	1,5	1,5	1,5	1,6	1,7	1,7	1,7	1,7	1,8	1,7	1,8	2
Finnland	2,6	2,6	2,5	2,7	2,7	2,7	2,6	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6
Schweden	2,3	2,5	2,5	2,5	2,6	2,4	2,4	2,3	2,4	2,4	2,4	2,4
Vereinigtes Königreich	3	3	3,1	3	2,9	2,9	2,7	2,7	2,7	2,6	2,6	:
Island	2,1	2	2	1,8	1,8	2	1,9	1,8	1,7	1,9	1,9	1,8
Liechtenstein	1,2	1,1	1,3	1,3	1,2	1,4	2,1	:	:	:	2,8	3
Norwegen	2,4	2,4	2,5	2,5	2,4	2,3	2,3	2,1	2	2,2	2,3	:
Japan	:	:	:	:	1,6	1,6	:	:	:	:	:	:
Vereinigte Staaten	:	:	:	:	:	:	:	:	4,2	:	:	:

Endgültige Kinderzahl Nach Generation

	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
EU-15	1,77	1,74	1,7	:	:	:	:	:	:	:	:
Eurozone	1,73	1,7	1,66	:	:	:	:	:	:	:	:
Belgien	1,85	1,82	1,81	1,79	:	:	:	:	:	:	:
Tschechische Republik	2,01	1,99	1,96	1,94	1,93	1,91	1,88	1,86	1,82	1,78	1,73
Dänemark	1,91	1,92	1,92	1,93	1,92	1,92	1,92	:	:	:	:
Deutschland	1,63	1,61	1,58	1,56	1,53	1,49	1,46	:	:	:	:
Estland	1,98	1,94	1,91	1,9	1,87	1,84	1,83	1,8	1,76	:	:
Griechenland	1,89	1,83	1,8	1,76	1,72	1,7	:	:	:	:	:
Spanien	1,71	1,66	1,66	1,64	1,59	:	:	:	:	:	:
Frankreich	2,1	2,08	2,06	2,04	2,02	2	:	:	:	:	:
Irland	2,35	2,31	2,27	2,23	2,18	2,14	:	:	:	:	:
Italien	1,63	1,6	1,57	1,52	1,49	:	:	:	:	:	:
Lettland	1,92	1,88	1,83	1,79	1,77	1,77	1,76	1,73	1,69	1,62	:
Litauen	1,83	1,78	1,74	1,72	1,72	1,71	1,71	1,72	1,72	1,69	1,64
Luxemburg	1,77	1,79	1,81	1,81	1,82	1,85	1,82	:	:	:	:
Ungarn	2,03	2,02	2	1,98	1,97	1,96	1,93	1,89	1,84	1,8	:
Malta	2,08	2,07	2,06	2,03	2	1,95	1,89	1,81	:	:	:
Niederlande	1,84	1,82	1,81	1,79	1,77	1,76	1,75	:	:	:	:
Österreich	1,68	1,67	1,66	1,65	1,64	1,62	1,6	1,57	:	:	:
Polen	2,14	2,11	2,07	2,03	2	1,98	1,96	1,91	1,85	1,79	:
Portugal	1,87	1,86	1,84	1,82	1,82	1,81	1,78	1,74	:	:	:
Slowenien	1,85	1,84	1,81	1,79	1,77	1,75	1,73	1,7	1,67	:	:
Slowakei	2,17	2,14	2,11	2,07	2,04	2,01	1,99	1,95	1,91	1,85	1,79
Finnland	1,95	1,94	1,93	1,92	1,91	1,89	1,87	:	:	:	:
Schweden	2,03	2,02	2,01	2	1,98	1,96	1,94	:	:	:	:
Vereinigtes Königreich	1,94	1,92	1,9	1,89	1,87	1,86	:	:	:	:	:
Island	2,43	2,4	2,38	2,4	2,36	2,34	2,32	:	:	:	:
Norwegen	2,1	2,09	2,08	2,07	2,06	2,05	2,04	2,02	:	:	:
Japan	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Vereinigte Staaten	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:

Quelle: Eurostat/US Bureau of the Census.

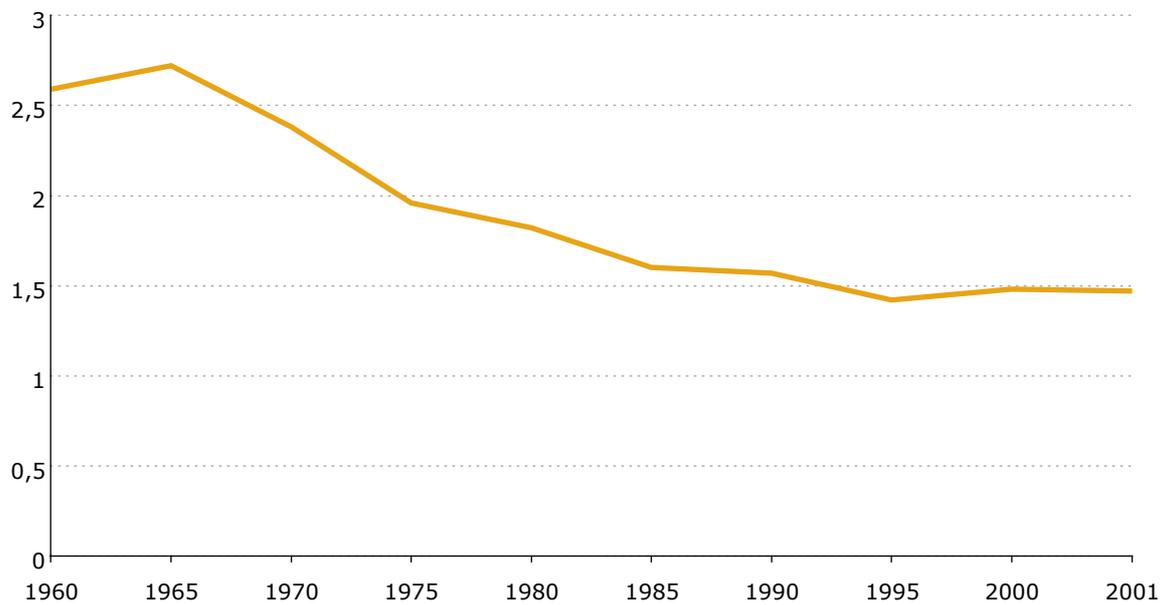
Mittlere Zahl der Kinder, die von Frauen einer bestimmten Geburtskohorte bis zum Ende ihres Gebärfähigkeitsalters geboren wurden. Errechnet wird dies durch Addition der in aufeinander folgenden Jahren zu verzeichnenden altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der Mutter, wenn die Kohorte das betreffende Alter erreicht hat (im Allgemeinen wird lediglich ein Alter von 15-49 Jahren berücksichtigt). In der Praxis können die Fruchtbarkeitsziffern für ältere Frauen unter Verwendung der Ziffern geschätzt werden, die bei den vorangegangenen Geburtskohorten verzeichnet wurden, ohne dass man warten müsste, bis die betreffende Kohorte das Ende des fortpflanzungsfähigen Alters erreicht hat.



In EU-15 lag die endgültige Kinderzahl der zu Beginn der 60er Jahre geborenen Frauen bei 1,8, also deutlich unter der Reproduktionsrate. Die zusammengefasste Geburtenziffer, die einen Vergleich der Fruchtbarkeit einer Bevölkerung in unterschiedlichen Meldejahren ermöglicht, ist von 2,7 im Jahr 1965 auf unter 1,5 im Jahr 1995 gesunken und seither unverändert geblieben.



Gesamfruchtbarkeitsrate in EU-15



Die mittlere Anzahl lebend geborener Kinder, die eine Frau im Verlauf ihres Lebens gebären würde, wenn sie im Laufe ihres Gebärfähigkeitsalters den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern der betreffenden Jahre entsprechen würde. Es handelt sich somit um die endgültige Kinderzahl einer hypothetischen Geburtskohorte, die sich durch die Addition der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern eines bestimmten Jahres ermitteln lässt (dabei geht man davon aus, dass die Zahl der Frauen in den verschiedenen Altersgruppen gleich groß ist). Die Gesamfruchtbarkeitsrate wird auch als Reproduktionsmaß verwendet; es wird davon ausgegangen, dass in den Industrieländern bei 2,1 Kindern je Frau der Erhalt der Bevölkerung gesichert ist.



Migration und Asyl

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Abwanderung aus und Zuwanderung in die EU
- In der EU wohnhafte Nicht-EU-Bürger
- EU-Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat leben
- Einbürgerungen in einen EU-Mitgliedstaat
- Asylanträge
- Anerkennung des Flüchtlingsstatus und andere Formen des internationalen Schutzes

Migration: ein wichtiges Element des Bevölkerungswandels

Der Themenbereich Migration und Asyl ist von großer politischer Bedeutung. Diese Statistiken dienen der Kommission zur Erarbeitung und Überwachung einer gemeinsamen Asylpolitik und einer harmonisierten Einwanderungspolitik der Union.

Diese Informationen sind auch für andere wichtige Bereiche der Sozial- und Wirtschaftspolitik von großer Bedeutung. In vielen Mitgliedstaaten stellt die Migration die wichtigste Komponente der Bevölkerungsentwicklung dar. Dieser Aspekt ist wichtig für die Betrachtung der Auswirkungen, die der demografische Alterungsprozess z. B. auf die zukünftige Nachhaltigkeit der Gesundheits- und Sozialschutzsysteme mit sich bringt. Des Weiteren spielen Migrationsstatistiken bei Untersuchungen zur sozioökonomischen Eingliederung von Migranten und zum Erfolg von Antidiskriminierungsmaßnahmen eine wichtige Rolle.

Messung der Migration

Eurostat produziert eine ganze Reihe von Statistiken zu Fragestellungen im Zusammenhang mit Migration und Asyl. Die zugrunde liegenden Daten werden auf monatlicher, vierteljährlicher und jährlicher Basis von den nationalen statistischen Ämtern und den Justiz- und Innenministerien geliefert. Ein großer Teil dieser Daten wird Eurostat im Rahmen der gemeinsamen Datenerfassung zur Migration übermittelt, die Eurostat in Kooperation mit der statistischen Abteilung der UN, der UN-Wirtschaftskommission für Europa, dem Europarat und dem International Labour Office organisiert.

Wie Wanderungsstatistiken erstellt werden und wer als Migrant betrachtet wird, ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich. In einigen Ländern basieren Wanderungsstatistiken auf Verwaltungsdaten, die beispielsweise dem System für die Aufenthaltsgenehmigung oder einem Bevölkerungsregister entnommen sind. Andere Länder verwenden Daten aus Erhebungen. Diese Unterschiede in den Datenquellen und Definitionen führen zu Problemen, wenn man die Zahl der Migranten in den einzelnen Ländern vergleichen möchte.

Die Europäische Union bleibt für Einwanderer attraktiv

Wanderungsbewegungen werden durch das Zusammenspiel wirtschaftlicher, politischer und sozialer Faktoren beeinflusst. Diese Faktoren können im Herkunftsland oder im Zielland wirken („Push-Faktoren“ und „Pull-Faktoren“). Wichtige Pull-Faktoren sind der relativ hohe wirtschaftliche Wohlstand und die politische Stabilität der Europäischen Union. Darüber hinaus werden Wanderungsströme in vielen Teilen der Welt nach wie vor in erheblichem Maße durch Push-Faktoren bestimmt.

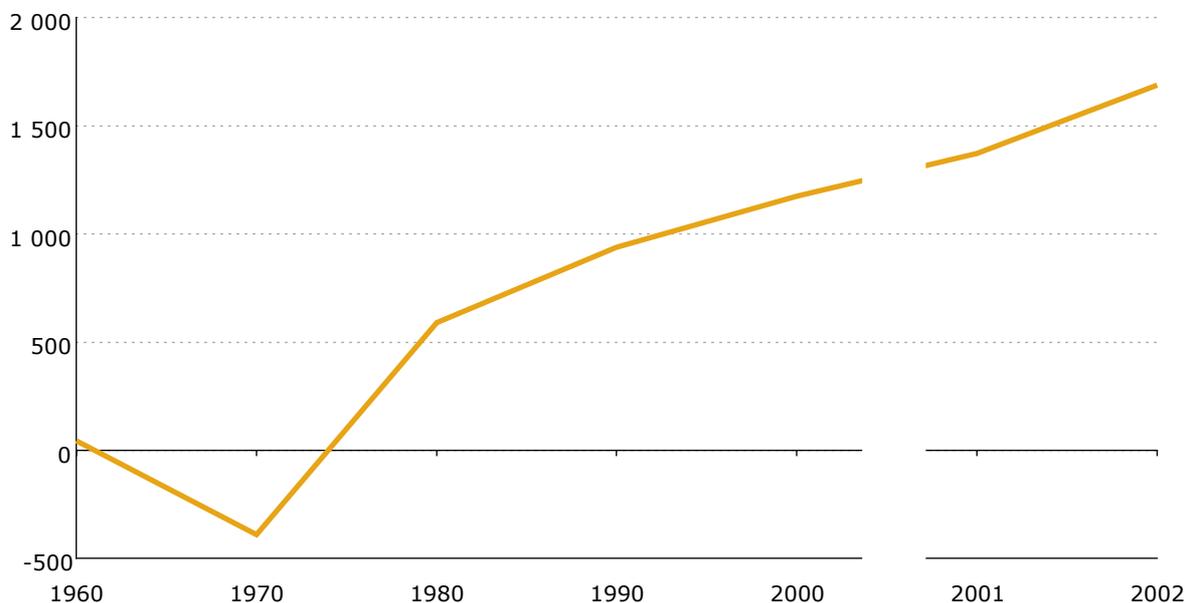
Staatsangehörigkeit

Der Erwerb der Staatsbürgerschaft wird manchmal als Maß der formalen Integration der Zuwanderer im Aufnahmeland angesehen und ist oft daran gebunden, dass sich die Person seit einer bestimmten Zeit legal im Land aufhält. Außerdem spielen andere Kriterien wie die Beherrschung der Landessprache eine Rolle.



Nettowanderung (1), EU-15

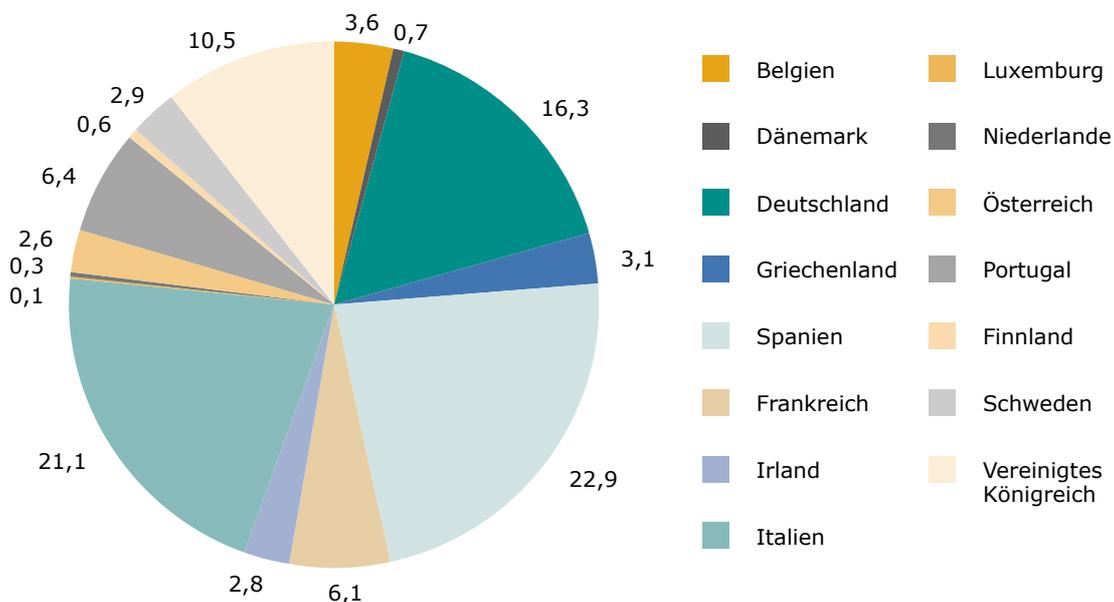
In 1 000



(1) Einschließlich der Korrekturen aufgrund von Volkszählungen, Registerzählungen usw., die nicht unter Geburten, Sterbefällen oder Wanderungen eingeordnet werden können.

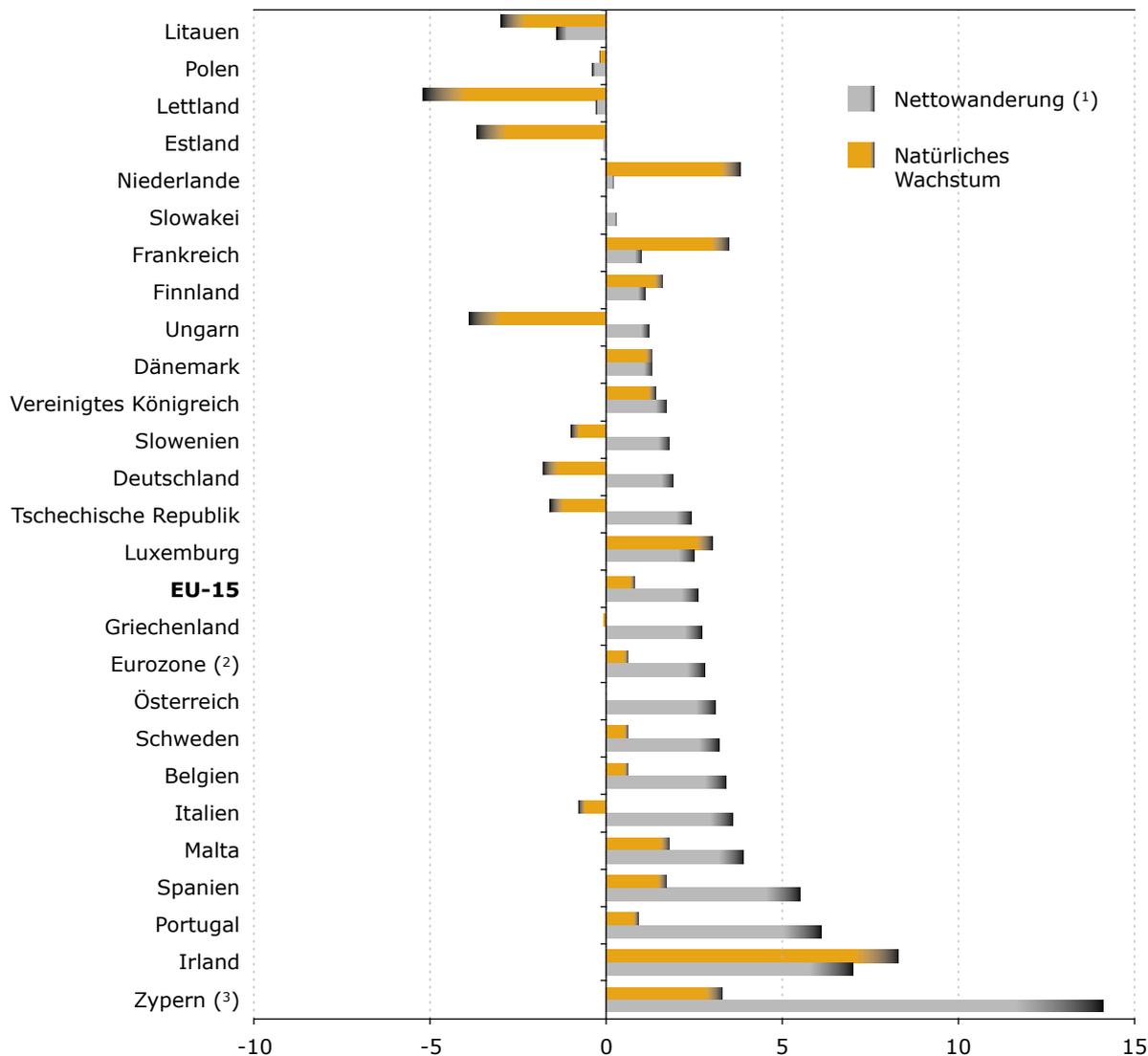
Nettozuwanderung nach EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2003

In %



2

Gesamtwachstumsrate der Bevölkerung im Jahr 2003



1) einschließlich der Korrekturen aufgrund von Volkszählungen, Registerzählungen usw., die nicht unter Geburten, Sterbefällen oder Wanderungen eingeordnet werden können

2) Gesamtzahl für die zwölf EU-Länder, die seit dem 1.1.2001 der Eurozone angehören (Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal and Finnland).

3) staatlich kontrolliertes Gebiet

Im Jahr 2003 verzeichneten die EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedliche Bevölkerungswachstumsraten. Die Bevölkerung Irlands nahm weiterhin deutlich zu, während das Bevölkerungswachstum in Deutschland geringer ausfiel. In vielen Ländern sind die interna-

len Wanderungsbewegungen eine wichtige Komponente der Bevölkerungsentwicklung: Ohne Zuwanderung wäre es in Deutschland, Griechenland und Italien zu einem Bevölkerungsrückgang gekommen.



Einbürgerungen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EU-15	192 706	234 556	276 217	290 491	329 946	:	:	:	:	:	:	:
Eurozone	114 547	141 881	198 277	195 199	244 729	252 999	:	:	:	:	:	:
Belgien	8 658	8 470	46 485	16 379	25808	26 149	:	:	:	24 196	:	62 160
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	7 309	:	:
Dänemark	3 028	5 484	5 104	5 037	5736	5 260	7 283	5482	10 262	12 416	18 811	11 902
Deutschland	20 078	27 162	37 000	45 016	61625	31 797	86 356	83 027	106 790	143 120	186 688	180 349
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	9 969	4 534	3 425	3 090
Griechenland	1 090	886	1 204	1 803	383	1 258	716	930	807	:	:	:
Spanien	7 033	3 752	5 226	8 348	7802	6 756	8 433	9 801	12 550	16 384	16 743	16 743
Frankreich	54 381	59 684	59 252	60 013	77515	92 410	63 055	83 676	81 449	94 002	:	:
Irland	179	188	150	133	175	355	:	:	1 474	1 433	1 143	2 817
Italien	555	349	539	6 469	5993	7 442	:	:	:	:	:	:
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	:	97	296	:
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	12 914	13 482	9 947
Litauen	:	:	:	:	:	:	825	:	562	567	490	507
Luxemburg	893	748	739	800	293	270	305	761	631	549	684	496
Ungarn	:	:	:	:	:	:	12 126	:	6 203	6 066	5 393	8 430
Niederlande	12 794	29 112	36 237	43 069	49448	71 445	82 690	59 831	59 173	62 090	49 968	46 667
Österreich	8 980	11 137	11 656	14 131	15275	15 627	15 627	15 792	17 786	:	24 320	31 731
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1 070
Portugal	97	43	117	2	144	80	1 154	1 364	519	584	1 143	1 419p
Slowenien	:	:	:	:	1451	1 973	981	:	3 321	2 337	2 102	1 346
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	2 886
Finnland	899	1 236	876	839	651	668	981	1 439	4 017	4 730	2 977	2 720
Schweden	16 770	27 663	29 389	42 659	35065	:	25 549	28 875	46 520	37 777	43 474	36 399
Vereinigtes Königreich	57 271	58 642	42 243	45 793	44033	40 516	43 069	37 010	53 934	54 902	82 210	89 785
Island	105	165	155	177	205	229	308	289	352	288	328	:
Liechtenstein	82	64	55	65	69	:	:	:	:	567	:	:
Norwegen	4 757	5 055	5 132	5 538	8 778	11 778	12 237	12 037	9 244	7 988	9474	10 838

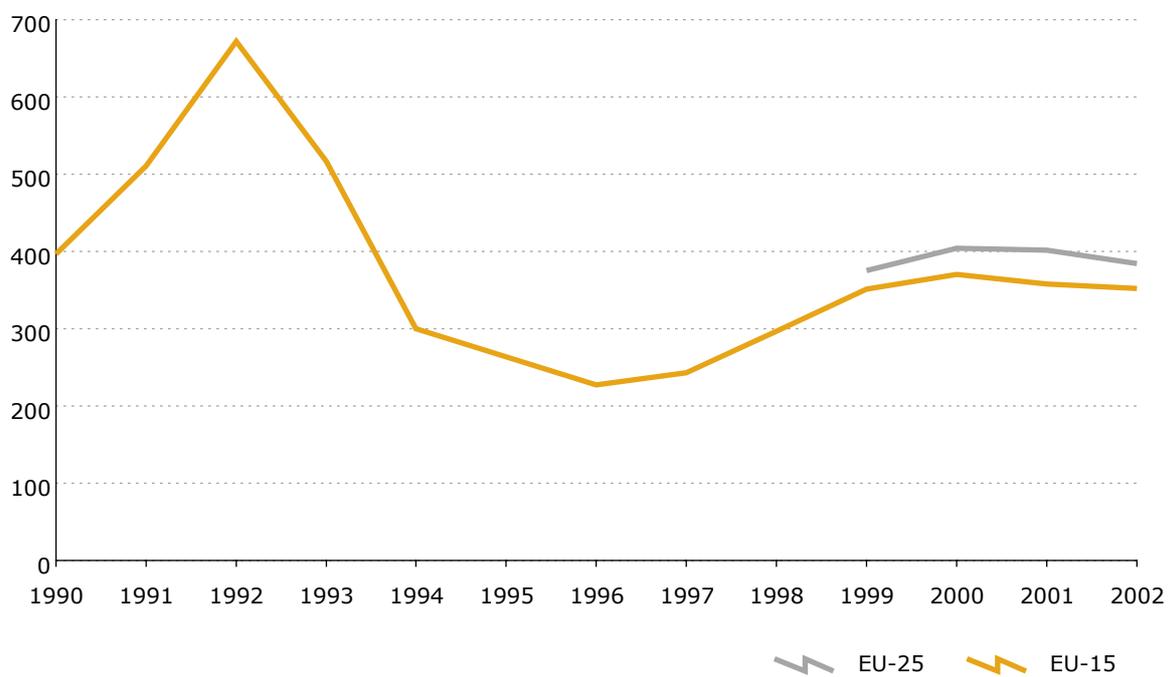
Die Zahlen beziehen sich auf die Einbürgerung der Personen, die die Staatsbürgerschaft des Meldelandes erwerben, nachdem sie zuvor staatenlos oder Staatsbürger eines anderen Landes waren.





Asylanträge in EU-15 und EU-25

In 1 000



2

Lebenserwartung und Sterblichkeit

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

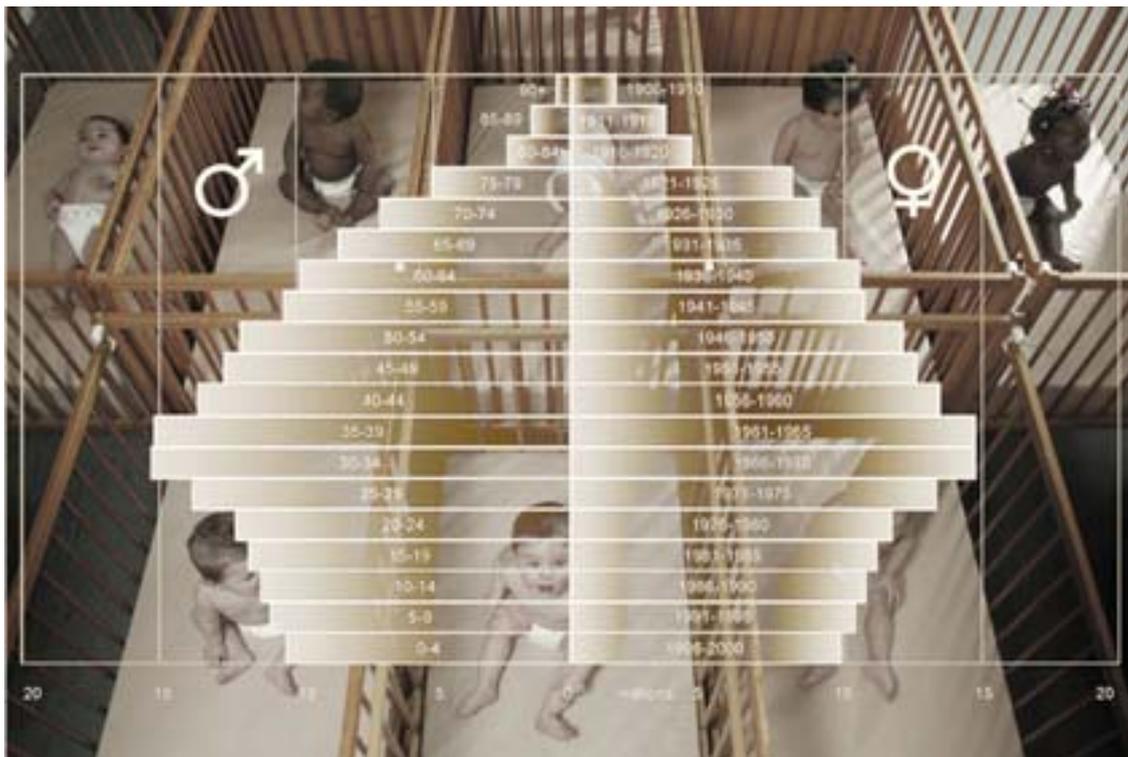
- Lebenserwartung nach Geschlecht und Alter
- Sterblichkeit nach Geschlecht und Alter
- Sterbefälle nach Monat
- Säuglingssterblichkeit (absolute Zahlen und Raten)

Sinkende Sterbeziffern und steigende Lebenserwartung

Für die EU-Bevölkerung ist eine hohe Lebenserwartung bei der Geburt kennzeichnend, die in den letzten 40 Jahren für beide Geschlechter um acht Jahre angestiegen ist. Zwar liegt die Lebenserwartung der Frauen aufgrund der durchweg höheren Männersterblichkeit in allen Altersstufen ungefähr sechs Jahre über der der Männer, doch geht dieser Unterschied jetzt zurück, da die Lebenserwartung der Männer in den vergangenen zehn Jahren in den meisten Mitgliedstaaten stärker angestiegen ist als die der Frauen.

Die Lebenserwartung beider Geschlechter konvergiert, was sich im der Anpassung der Mortalitätsraten von Männern und Frauen in allen Altersstufen widerspiegelt. Dies liegt möglicherweise daran, dass sich die Lebensumstände von Männern und Frauen nicht mehr so stark unterscheiden wie in der Vergangenheit.

Infolge der gestiegenen Lebenserwartung und der Veränderung der Fruchtbarkeitsziffern wird die Bevölkerung in der EU immer älter. Diese Alterung bedeutet, dass die Zahl der älteren Menschen steigt, während der Anteil der Erwerbspersonen (im Alter von 15 bis 64 Jahren) sinkt. Diese demografischen Entwicklungen haben wirtschaftliche und soziale Auswirkungen in vielen Bereichen, auch auf die Gesundheitssysteme.

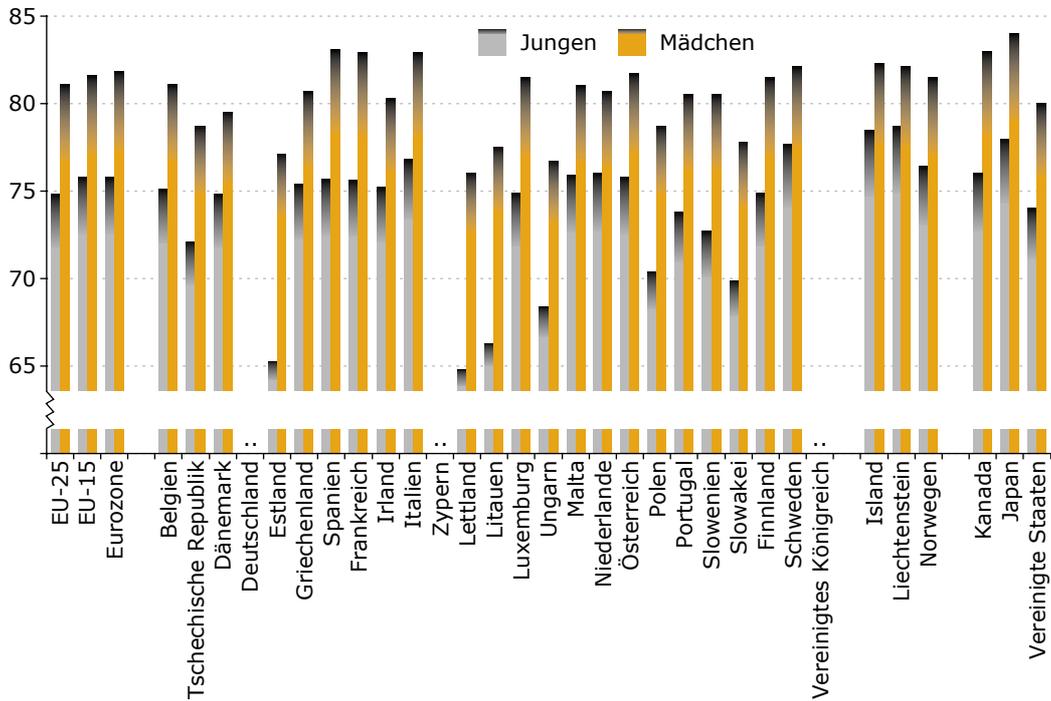




2

Lebenserwartung bei der Geburt im Jahr 2002

Jahre



Quelle: Eurostat/US Bureau of the Census.

EU-25, EU-15, Eurozone, Spanien, Italien: geschätzte Werte; Griechenland, Frankreich, Island: vorläufige Werte. Kanada, Japan, Vereinigte Staaten: 2001.

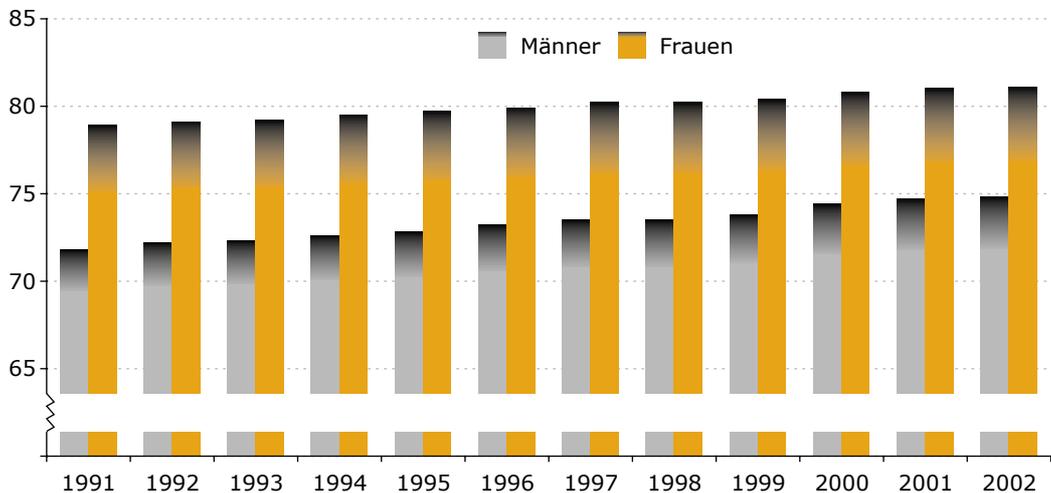
Mittlere Zahl der Jahre, die ein Neugeborenes voraussichtlich lebt, wenn die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Sterbebedingungen während seines ganzen Lebens bestehen bleiben (altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit).

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Lebenserwartung bei der Geburt in den 25 heutigen EU-Ländern um nahezu drei Jahre erhöht. 2002 betrug sie 75 Jahre für Männer und 81 Jahre für Frauen. Sie lag damit höher als in den

Vereinigten Staaten (2002: 74 Jahre für Männer und 80 für Frauen), jedoch niedriger als in Japan (2001: 78 Jahre für Männer und 84 für Frauen) und Kanada (2001: 76 Jahre für Männer und 83 für Frauen).

Lebenserwartung bei der Geburt in EU-25

Jahre

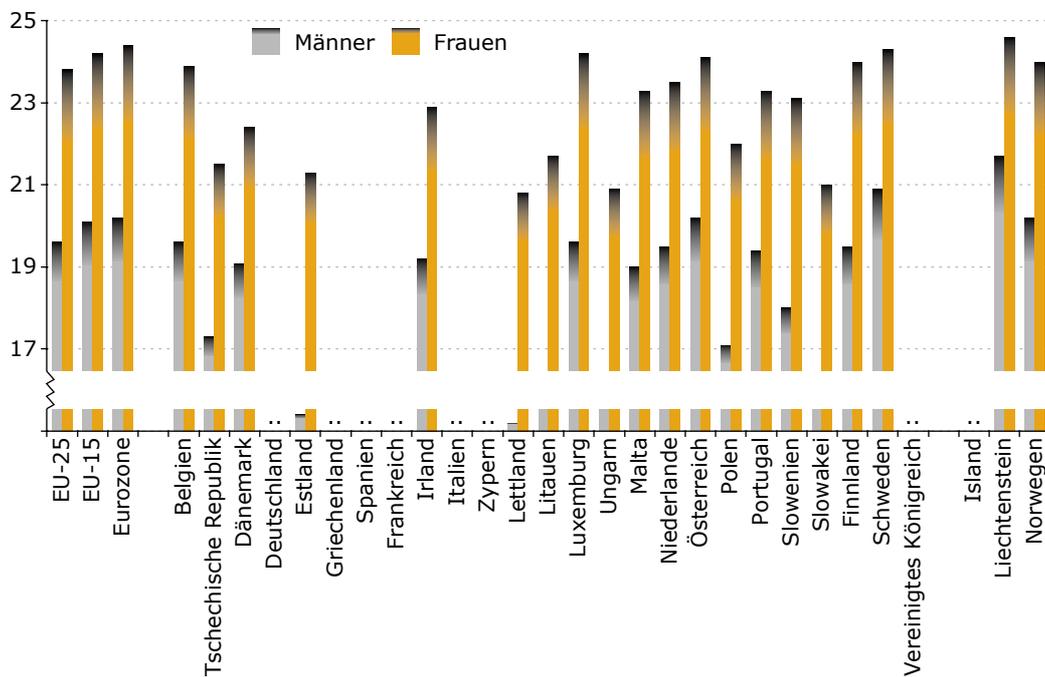


Geschätzte Werte.



Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren im Jahr 2002

Jahre



EU-25, EU-15, Eurozone: geschätzte Werte.

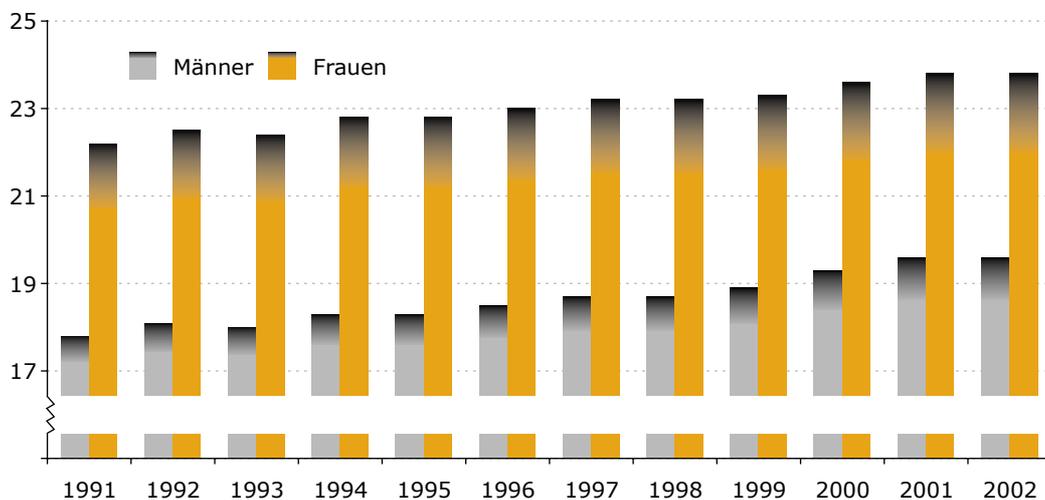
Mittlere Zahl der Jahre, die eine Person im Alter von 60 Jahren leben wird, wenn die zu diesem Zeitpunkt herrschenden Sterbebedingungen während der verbleibenden Lebensdauer dieser Person bestehen bleiben (altersspezifische Sterbewahrscheinlichkeit).

Die Lebenserwartung mit 60 Jahren war 2002 in den 25 heutigen EU-Ländern für beide Geschlechter um fast zwei Jahre höher als 1991. Der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen von 60 Jahren (vier

Jahre mehr für die Frauen) ist geringer als der Unterschied in der Lebenserwartung von Jungen und Mädchen bei der Geburt (sechs Jahre mehr für die Mädchen).

Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren in der EU-25

Jahre



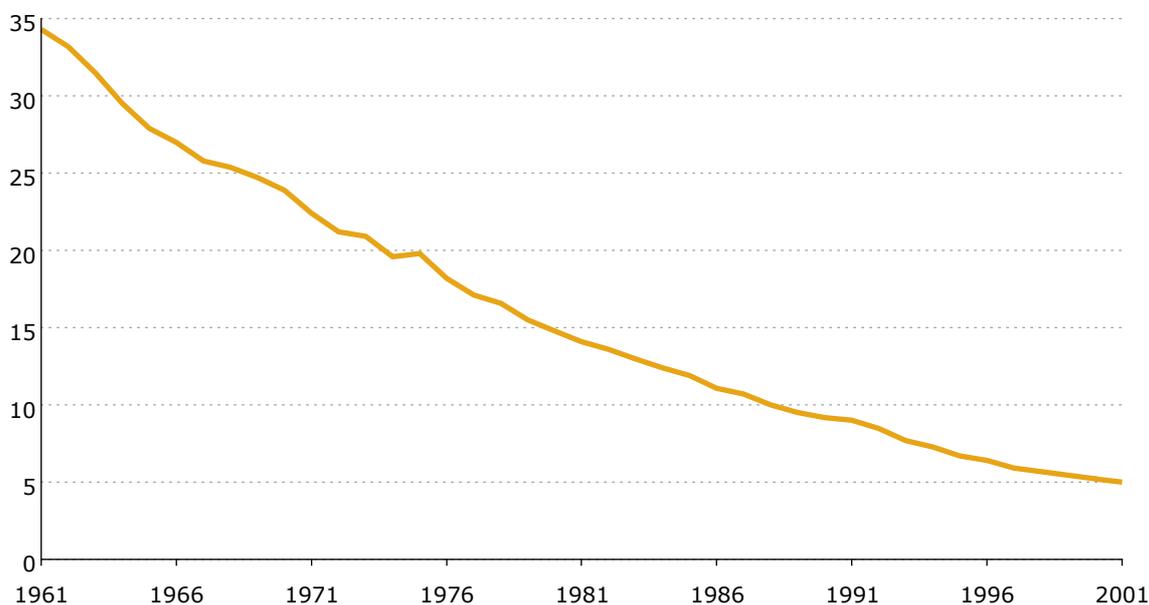
Geschätzte Werte.



2

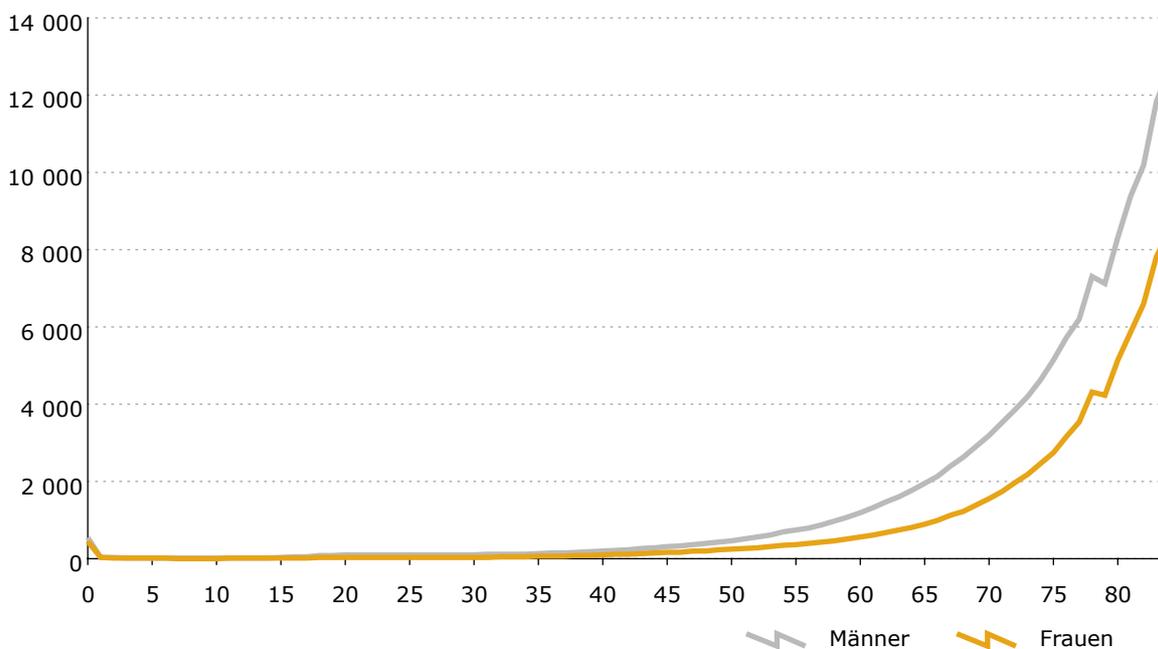
Säuglingssterblichkeitsrate in EU-15

Pro 1 000 Lebendgeburten



Todesfälle pro 100 000 Personen in der EU-15 in 1998

Nach Alter



Sterbewahrscheinlichkeit nach Alter: die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person eines bestimmten Alters in dem betreffenden Zeitraum stirbt. Bei einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten stellt die Größe der Geburtskohorte von Frauen (oder Männern), die im betreffenden Jahr das Alter von n erreichen, den Nenner dar, während der Zähler von der Anzahl der Frauen (oder Männern) dieser Geburtskohorte gebildet wird, die zwischen dem Alter von n und dem Alter von n + 1 sterben. Einige dieser Sterbefälle ereignen sich während des betreffenden Jahres, während andere im folgenden Jahr zu verzeichnen sind. Die einjährige Sterbewahrscheinlichkeit nach Alter unterscheidet sich daher von der jährlichen Sterbeziffer nach Alter, weil im letztgenannten Fall die Jahresdurchschnittsbevölkerung dieses Alters den Nenner und die Anzahl der Personen dieses Alters, die im Laufe des Jahres sterben, den Zähler bilden (beim Alter kann es sich entweder um das im betrachteten Kalenderjahr erreichte Alter oder um das Alter beim letzten Geburtstag handeln).



Säuglingssterblichkeitsrate

Pro 1 000 Lebendgeburten

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	8,5	7,7	7,3	6,7	6,4	5,9	5,7	:	5,2	5	:
EU-15	6,9	6,4	6	5,6	5,5	5,2	5,1	:	4,7	4,6	:
Eurozone	7	6,5	6,1	5,6	5,4	5,1	5	:	4,5	4,5	:
Belgien	8,2	6,7	6,3	5,9	5	5,4	5,2	4,9	4,8	4,5	5
Tschechische Republik	9,9	8,5	7,9	7,7	6,1	5,9	5,2	4,6	4,1	4	4,1
Dänemark	6,6	5,4	5,5	5,1	5,6	5,2	4,7	:	5,3	4,9	4,4
Deutschland	6,2	5,8	5,6	5,3	5	4,9	4,7	4,5	4,4	4,3	4,3
Estland	15,7	15,6	14,4	14,9	10,5	10	9,3	9,6	8,4	8,8	5,7
Griechenland	8,4	8,5	7,9	8,1	7,2	6,4	6,7	6,2	5,9	5,1	5,9
Spanien	7,1	6,7	6	5,5	5,5	5	4,9	4,5	3,9	3,5	:
Frankreich	6,8	6,5	5,9	4,9	4,8	4,7	4,6	4,3	4,4	4,5	:
Irland	6,5	6,1	5,7	6,4	6	6,1	5,9	5,9	6,2	5,8	5,1
Italien	7,9	7,1	6,6	6,2	6,2	5,6	5,5	:	4,5	4,7	:
Zypern	11,1	9,9	9,8	9,7	9,5	9	7	:	5,6	4,9	4,7
Lettland	17,6	16,2	15,7	18,8	15,9	15,4	15	11,3	10,4	11	9,9
Litauen	16,5	15,7	14,2	12,5	10,1	10,3	9,3	8,7	8,6	7,9	7,9
Luxemburg	8,6	5,9	5,3	5,6	4,9	4,2	5	4,6	5,1	5,8	5,1
Ungarn	14,1	12,5	11,5	10,7	10,9	9,9	9,7	8,4	9,2	8,1	7,2
Malta	10,7	8,2	9,2	8,9	10,8	6,5	5,2	7,2	6	4,4	6,1
Niederlande	6,3	6,3	5,6	5,5	5,7	5	5,2	5,2	5,1	5,4	5,1
Österreich	7,5	6,5	6,3	5,4	5,1	4,7	4,9	4,4	4,8	4,8	4,1
Polen	17,5	15,4	15,1	13,6	12,2	10,2	9,5	8,9	8,1	7,7	7,5
Portugal	9,3	8,7	8,1	7,5	6,9	6,4	6	5,8	5,5	5	5
Slowenien	8,9	6,8	6,5	5,5	4,7	5,2	5,2	4,5	4,9	4,2	3,8
Slowakei	12,6	10,6	11,2	11	10,2	8,7	8,8	8,3	8,6	6,2	7,6
Finnland	5,2	4,4	4,7	3,9	4	3,9	4,2	3,6	3,8	3,2	3
Schweden	5,4	4,8	4,4	4,1	4	3,6	3,6	3,4	3,4	3,7	3,3
Vereinigtes Königreich	6,6	6,3	6,2	6,2	6,1	5,9	5,7	5,8	5,6	5,5	5,2
Island	4,8	4,8	3,4	6	3,7	5,5	2,6	2,4	3	2,7	2,3
Liechtenstein	10	0	5	0	7,5	20	7,5	:	:	0	2,5
Norwegen	5,8	5	5,2	4	4	4,1	4	3,9	3,8	3,9	3,5

Säuglingssterblichkeitsrate: Verhältnis der Zahl der Säuglinge, die im ersten Lebensjahr sterben, zur Zahl der Lebendgeburten im gleichen Jahr. Die Angabe erfolgt pro 1 000 Lebendgeburten.

Die Fortschritte in der medizinischen Versorgung schlagen sich in einer rückläufigen Säuglingssterblichkeit nieder. In den vergangenen

40 Jahren ist die Sterbeziffer bei Säuglingen in EU-15 von mehr als 34 je 1 000 Lebendgeburten (1961) auf 5 (2002) gesunken.

**Anteil der über 64-Jährigen**

In % an der Gesamtbevölkerung

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	14,3	14,4	14,6	14,8	15	15,2	15,4	15,5	15,7	15,9	16,1	16,3
EU-15	14,9	15	15,2	15,4	15,6	15,8	15,9	16,1	16,3	16,4	16,6	16,8
Eurozone	14,6	14,8	15	15,3	15,6	15,8	16	16,2	16,4	16,6	16,9	17,1
Belgien	15,2	15,4	15,6	15,8	16	16,3	16,5	16,6	16,8	16,9	16,9	17
Tschechische Republik	12,8	12,9	13	13,1	13,3	13,5	13,6	13,7	13,8	13,9	13,9	13,9
Dänemark	15,6	15,5	15,4	15,3	15,1	15	14,9	14,9	14,8	14,8	14,8	14,8
Deutschland	15	15	15,2	15,4	15,6	15,7	15,8	15,9	16,2	16,6	17,1	17,5
Estland	12	12,4	12,8	13,1	13,4	13,8	14,1	14,3	15	15,2	15,5	15,9
Griechenland	14,3	14,6	15	15,4	15,8	16,2	16,5	16,9	17,3	:	:	:
Spanien	14,1	14,4	14,8	15,1	15,5	15,9	16,2	16,5	16,8	16,9	17,1	:
Frankreich	14,4	14,6	14,8	15	15,3	15,5	15,7	15,9	16	16,1	16,2	16,3
Irland	11,4	11,4	11,4	11,4	11,4	11,4	11,4	11,3	11,2	11,2	11,1	11,1
Italien	15,5	15,7	16,1	16,4	16,8	17,2	17,4	17,7	18	18,2	:	:
Zypern	:	11	11	11	11,1	11,1	11,2	11,2	11,2	11,3	11,7	11,8
Lettland	12,3	12,7	13,1	13,4	13,7	14	14,3	14,5	14,8	15,2	15,5	15,9
Litauen	11	11,2	11,5	11,8	12,1	12,4	12,7	13,1	13,7	14,1	14,4	14,7
Luxemburg	13,5	13,6	13,8	13,9	14,4	14,2	14,3	14,3	14,3	13,9	13,9	14
Ungarn	13,6	13,8	13,9	14,1	14,3	14,5	14,7	14,8	15	15,1	15,3	15,4
Malta	:	:	:	11	11,4	11,6	:	12	12,1	12,3	12,6	:
Niederlande	13	13	13,1	13,2	13,3	13,4	13,5	13,5	13,6	13,6	13,7	13,7
Österreich	14,9	14,9	15	15,1	15,2	15,3	15,4	15,5	15,4	15,4	15,5	15,5
Polen	10,3	10,5	10,7	10,9	11,2	11,5	11,7	11,9	12,1	12,3	12,5	12,8
Portugal	13,8	14	14,2	14,5	14,9	15,2	15,5	15,8	16,1	16,4	16,5	16,7
Slowenien	11,1	11,4	11,7	12,1	12,5	12,9	13,2	13,6	13,9	14,1	14,5	14,8
Slowakei	10,4	10,5	10,7	10,8	10,9	11,1	11,3	11,3	11,4	11,4	11,4	11,6
Finnland	13,6	13,8	13,9	14,1	14,3	14,5	14,6	14,7	14,8	15	15,2	15,3
Schweden	17,7	17,7	17,6	17,5	17,5	17,4	17,4	17,4	17,3	17,2	17,2	17,2
Vereinigtes Königreich	15,7	15,8	15,7	15,7	15,7	15,7	15,7	15,7	15,6	15,6	:	:
Island	10,8	10,9	11	11,1	11,3	11,5	11,6	11,6	11,6	11,6	11,6	11,7
Liechtenstein	10,1	10,2	10,5	11,3	10,3	10,3	10,2	10,3	10,5	10,5	10,5	10,8
Norwegen	16,3	16,2	16,1	16	15,9	15,8	15,7	15,5	15,3	15,1	14,9	14,8

Die Bevölkerung wird allmählich immer älter. Zwischen 1993 und 2003 ist der Anteil der Personen im Alter von 65 Jahren und darüber an der Gesamtbevölkerung auf dem Gebiet der heutigen EU-25 um etwa zwei Prozentpunkte gestiegen. In einigen süd-, mittel- und osteu-

ropäischen Ländern, in denen diese Werte durchweg vorher niedriger waren, betrug der Anstieg sogar drei Prozentpunkte. Am höchsten waren die Bevölkerungsanteile der Personen ab 65 Jahre im Jahr 2001 in Italien, Schweden, Spanien, Belgien und Deutschland.

Gesundheit und Sicherheit

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Beschäftigte im Gesundheitswesen
- Ambulante und medizinische Behandlungen
- Krankenhäuser
- Lebensstilarten und Gesundheitsverhalten
- Gesundheitszustand der Bevölkerung
- Morbidität
- Invalidität
- Arbeitsunfälle
- Berufskrankheiten
- Todesursachen

Die Agenda der europäischen Gesundheitspolitik

Die Gesundheitspolitik berührt zwei wichtige Aspekte der Strategie von Lissabon, nämlich die Europäische Sozialagenda und die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung.

Im Mai 2000 unterbreitete die Kommission einen Vorschlag für eine neue Gesundheitsstrategie, in der ein integrierter Ansatz für die Zusammenarbeit in diesem Bereich auf Gemeinschaftsebene gefördert wird. Auf dieser Grundlage wurde 2002 ein Aktionsprogramm im Bereich der öffentlichen Gesundheit für den Zeitraum 2003-2008 angenommen. Das Programm hat drei vorrangige Ziele:

- Verbesserung des Informations- und Wissensstandes im Interesse der Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitswesens;
- Verbesserung der Fähigkeit zur schnellen und koordinierten Reaktion auf Gesundheitsgefahren;
- Gesundheitsförderung und Prävention von Krankheiten durch Berücksichtigung gesundheitsrelevanter Faktoren in allen Politiken und Tätigkeiten.

Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

Den Themen Arbeitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz kommt in der europäischen Sozialpolitik ein hoher Stellenwert zu. Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist nicht nur auf die Verhinderung von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf das körperliche, seelische und soziale Wohlbefinden, die für die Qualität der Arbeit und der Produktivität der Beschäftigten eine wichtige Rolle spielen. Es wurde eine neue Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Si-

cherheit am Arbeitsplatz für den Zeitraum 2002-2006 entwickelt, die dem Wandel von Gesellschaft und Arbeitswelt Rechnung trägt. Sie beruht auf einem Gesamtkonzept für das Wohlbefinden am Arbeitsplatz auf der Grundlage von Präventivmaßnahmen und der Bildung von Partnerschaften in den Bereichen Beschäftigung, Gesundheit und Sicherheit.

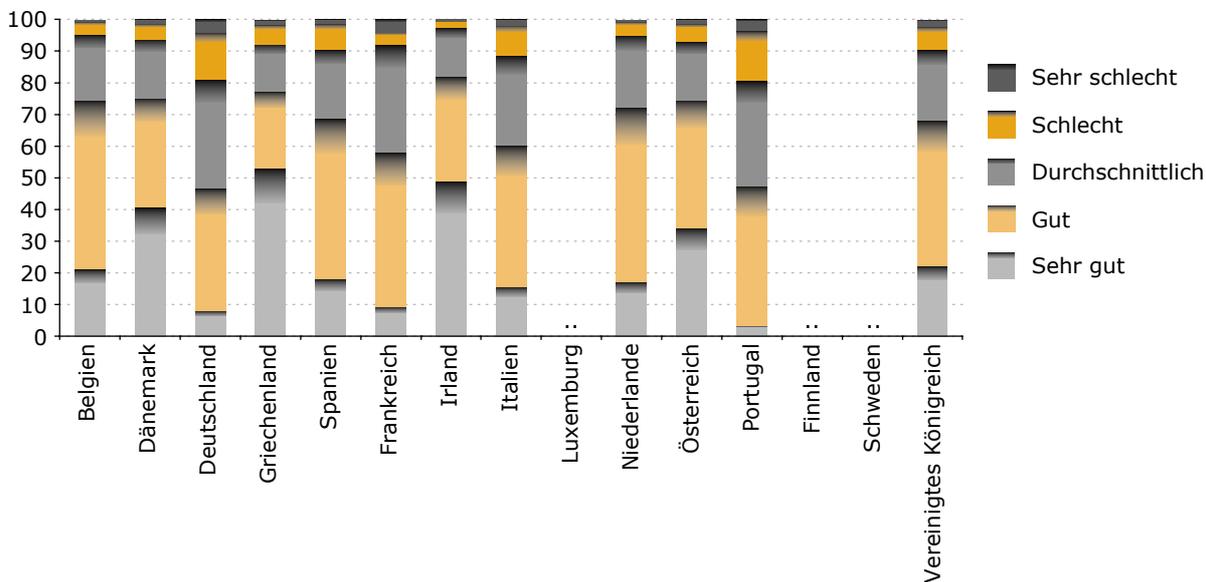
Datensammlung zu Gesundheit und Sicherheit

Mit der Datensammlung zu Gesundheit und Sicherheit reagiert Eurostat auf die spezifischen Anforderungen, die sich aus dem Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit 2003-2008 (Beschluss Nr. 1786/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002) ergeben. Die Daten decken die Bereiche Gesundheitszustand, Gesundheitsdeterminanten und Gesundheitsressourcen ab. Die europäischen Statistiken zu Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten dienen zur Erfüllung der Anforderungen im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsstrategie für Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz 2002-2006 (Entschließung des Rates vom 3. Juni 2002 2002/C 161/01). Der allgemeine Schwerpunkt liegt zum einen auf der Infrastruktur für das Basissystem von Statistiken zur öffentlichen Gesundheit, Sicherheit am Arbeitsplatz und Ernährungssicherheit, zum anderen auf der Harmonisierung der Konzepte, Definitionen und Klassifikationen für den gesamten Bereich der Gesundheitsinformationen sowie auf der Verbesserung der Vergleichbarkeit vorhandener Daten.

Diese Tätigkeiten werden in Zusammenarbeit mit den für das Gesundheitswesen zuständigen internationalen Organisationen (WHO, OECD, ILO) durchgeführt.



Einschätzung der eigenen Gesundheit im Jahr 2001
15 Jahre und älter; in %



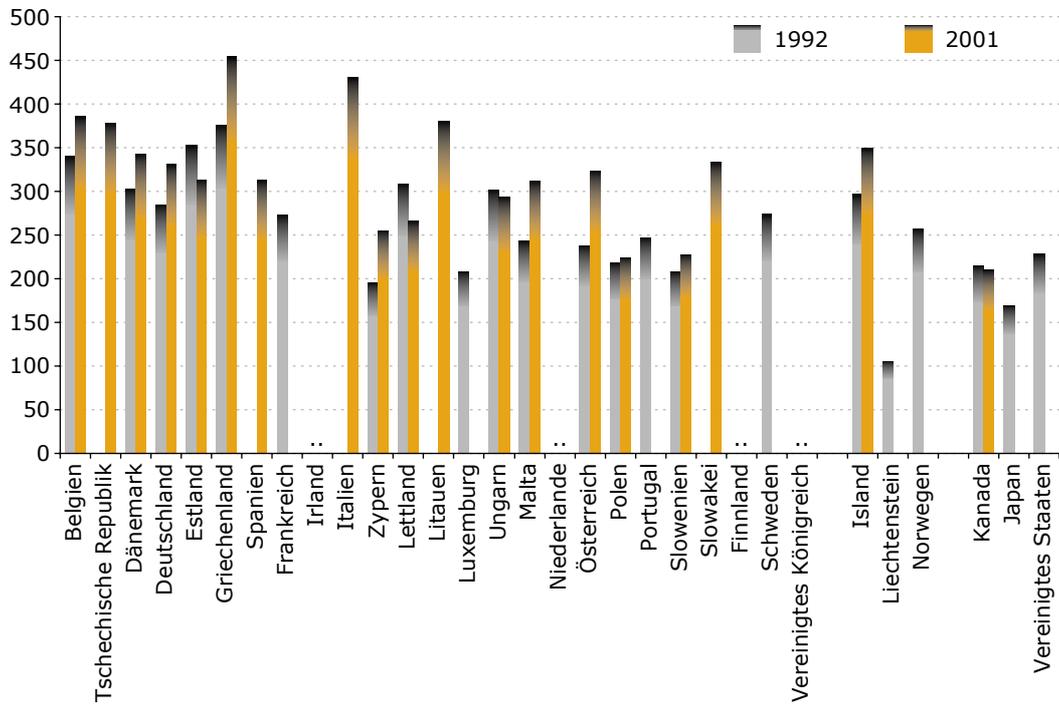
Eine der Methoden, die die Staaten zur Beurteilung der positiven gesundheitlichen Aspekte verwenden, besteht darin, den Gesundheitszustand der Bevölkerung anhand deren eigener Einschätzung zu messen. Der subjektive, auf eigenen Angaben basierende Gesundheitszustand ist kein Ersatz für objektivere Indikatoren, sondern stellt vielmehr eine Ergänzung dar: Mit den eigenen Angaben der Betroffenen über ihre Gesundheit fließt die Perspektive der Verbraucher in die Überwachung der Volksgesundheit ein, und es können Dimensionen des Themas „Gesundheit“ aufgezeigt werden, die mit herkömmlichen Messverfahren möglicherweise nicht zu erfassen sind.

Aus dem auf die Selbsteinschätzung der Gesundheit bezogenen Teil des Haushaltspanels der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) geht hervor, dass die höchsten Prozentsätze von Befragten, die ihre eigene Gesundheit als „sehr

gut“ oder „gut“ einstufen, in Irland (82 %), Griechenland (77 %), Dänemark, Belgien und Österreich (jeweils 75 %) zu finden sind. 4,1 % der Befragten in Deutschland und Frankreich halten ihren Gesundheitszustand für „sehr schlecht“.

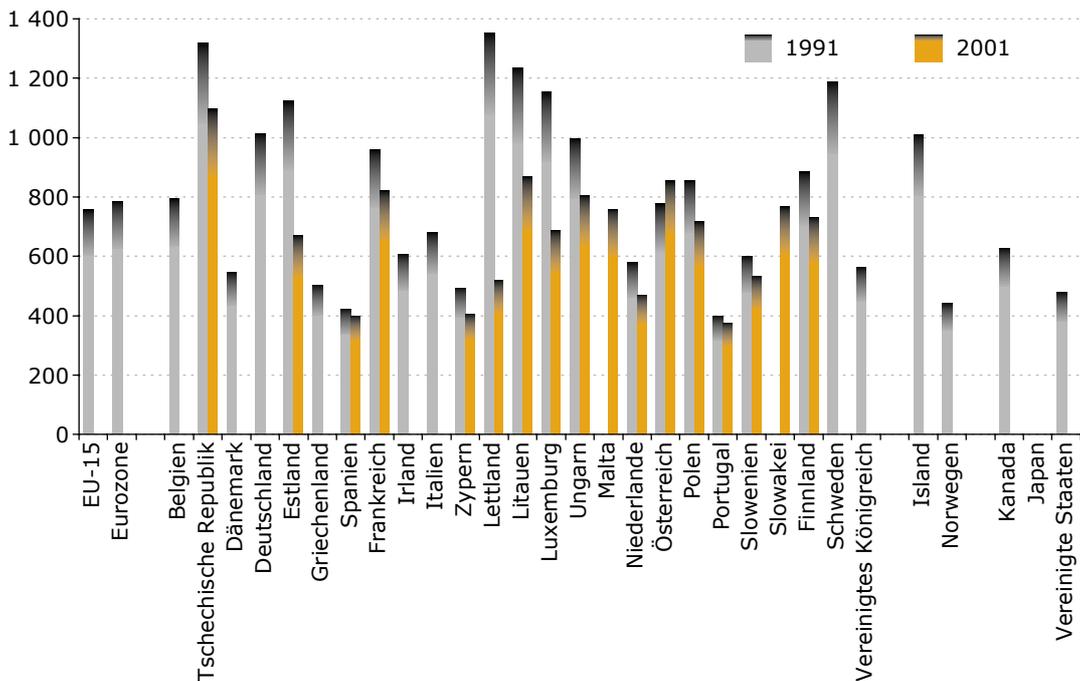


Praktizierende oder zugelassene Ärzte
Auf 100 000 Einwohner



Ärzte können als „approbiert“, „wirtschaftlich aktiv“ oder „behandelnd tätig“ klassifiziert werden. In den meisten Mitgliedstaaten liegen Daten zu zwei oder mehr Begriffskonzepten vor. Behandelnd tätige Ärzte behandeln Patienten in einem Krankenhaus, in einer Praxis oder an anderen Orten.

Krankenhausbetten
Auf 100 000 Einwohner

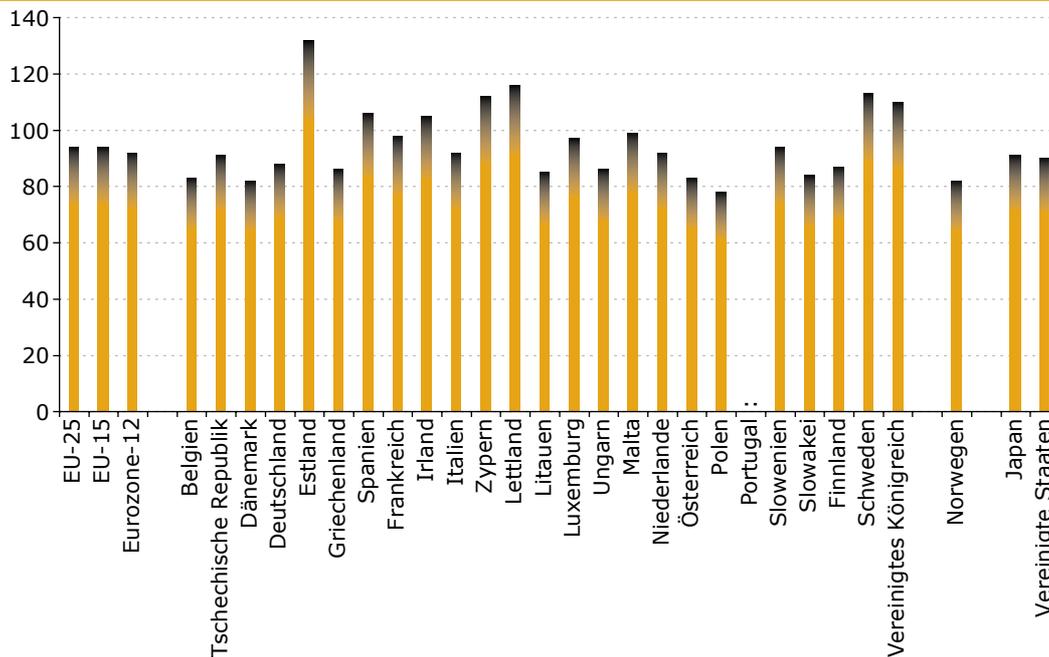


Betten für Patienten, die offiziell in einer stationären Versorgungseinrichtung oder einer Einrichtung, die auch stationäre Versorgung anbietet, aufgenommen wurden und dort mindestens eine Nacht verbringen. Stationäre Versorgung wird von Krankenhäusern, Krankenpflege- und Pflegeheimen sowie von anderen Einrichtungen geleistet, die aufgrund ihrer Haupttätigkeit zu den ambulanten Versorgungseinrichtungen gerechnet werden, aber als Nebentätigkeit auch stationäre Versorgung anbieten.



Ernsthafte Arbeitsunfälle im Jahr 2001

1998 = 100

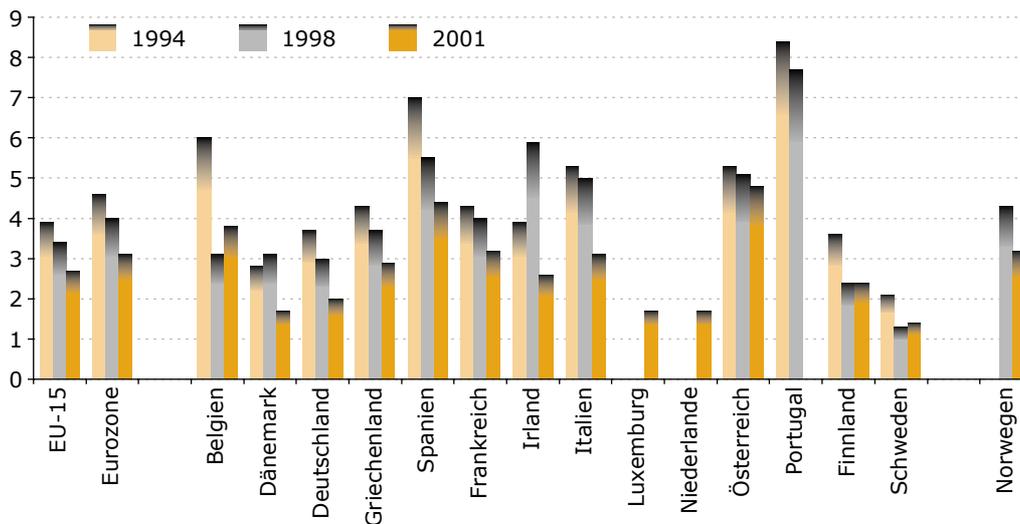


2001 EU-25, EU-15, Eurozone-12: vorläufige Werte.

Der Index zeigt die Entwicklung der Inzidenzrate von ernsten Arbeitsunfällen im Vergleich zu 1998 (= 100). Inzidenzrate = (Anzahl von Arbeitsunfällen mit über drei Tagen Abwesenheit, die jährlich vorkommen/Anzahl von beschäftigten Personen in der Referenzbevölkerung) x 100 000. Ein Arbeitsunfall ist definiert als ein während der Arbeit eintretendes deutlich abzugrenztes Ereignis, das zu einem physischen oder psychischen Schaden führt. Dies schließt Unfälle im Arbeitsablauf außerhalb des Betriebsgeländes sowie Fälle akuter Vergiftung und bewusste Handlungen Dritter ein, nicht jedoch Unfälle auf dem Weg zur und von der Arbeit, Unfälle mit rein medizinischer Ursache und Berufskrankheiten.

Tödliche Arbeitsunfälle: Inzidenzrate

Pro 100 000 Beschäftigte



2001 EU-15, Eurozone: geschätzte Werte.

Inzidenzrate = (Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle im Jahr/Zahl der Beschäftigten in der Referenzpopulation) x 100 000. Ein tödlicher Arbeitsunfall ist als ein während der Arbeit eintretendes, deutlich abgrenzbares Ereignis definiert, das zu einem physischen oder psychischen Schaden und innerhalb eines Jahres nach dem Unfall zum Tod führt. Ausgenommen sind Unfälle auf dem Weg zur und von der Arbeit, Unfälle mit rein medizinischer Ursache und Berufskrankheiten. Um Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Verteilung der Arbeitskräfte auszugleichen, erfolgt eine Standardisierung der Inzidenzrate, indem jedem Wirtschaftszweig auf nationaler Ebene das gleiche Gewicht gegeben wird wie auf der Ebene der Europäischen Union insgesamt.

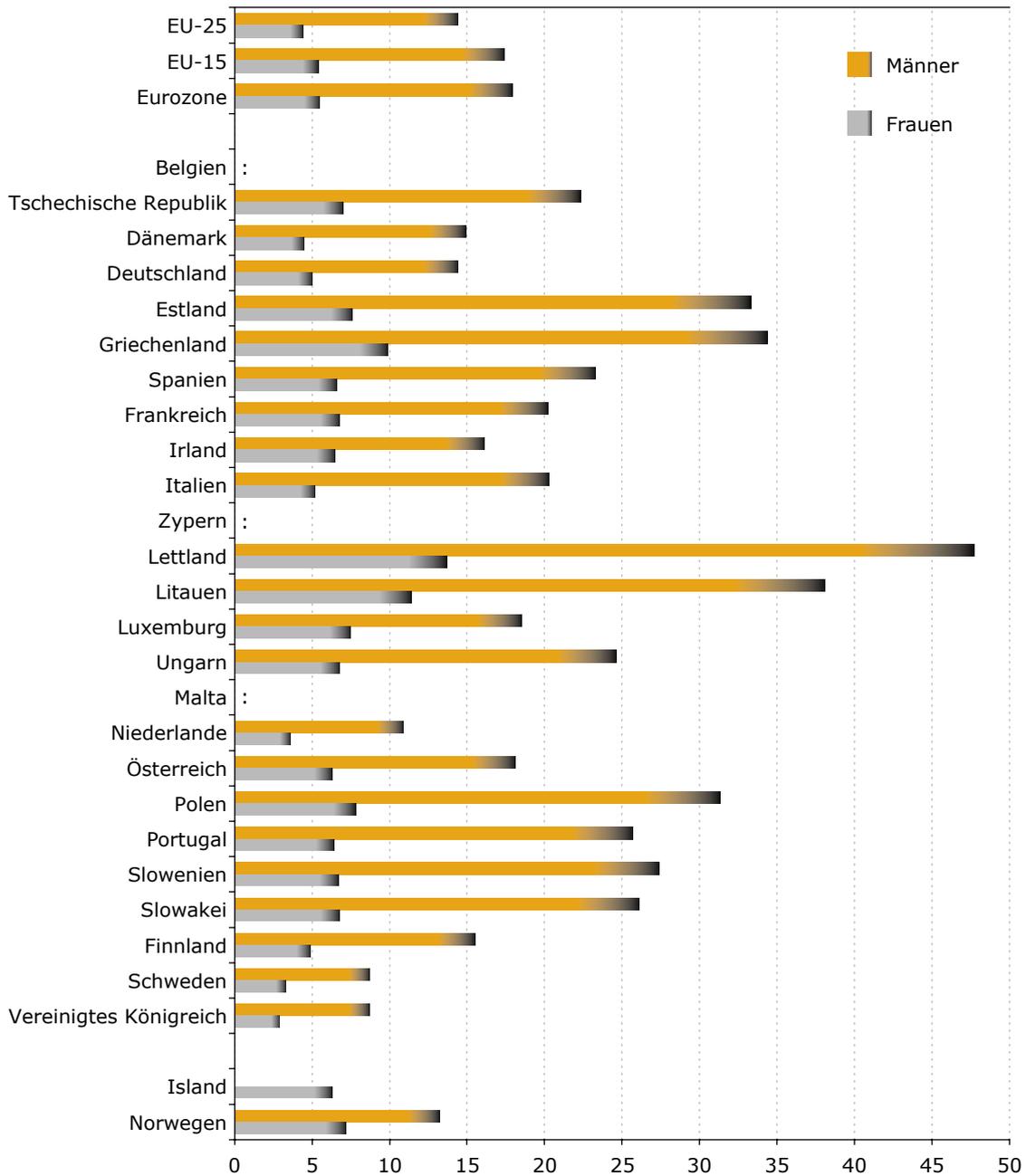


Von 1998 bis 2001 ist die Inzidenzrate schwerer Arbeitsunfälle in EU-25 um 6 % zurückgegangen, die Inzidenzrate tödlicher Arbeitsunfälle sogar um 20 %. Ein Arbeitsunfall ist ein während der Arbeit eintretendes Ereignis, das

zu einem physischen oder psychischen Schaden führt. Ausgenommen sind Unfälle auf dem Weg zur und von der Arbeit, Unfälle mit rein medizinischer Ursache und Berufskrankheiten.

Todesfälle durch Kraftfahrzeugunfälle im Jahr 1999

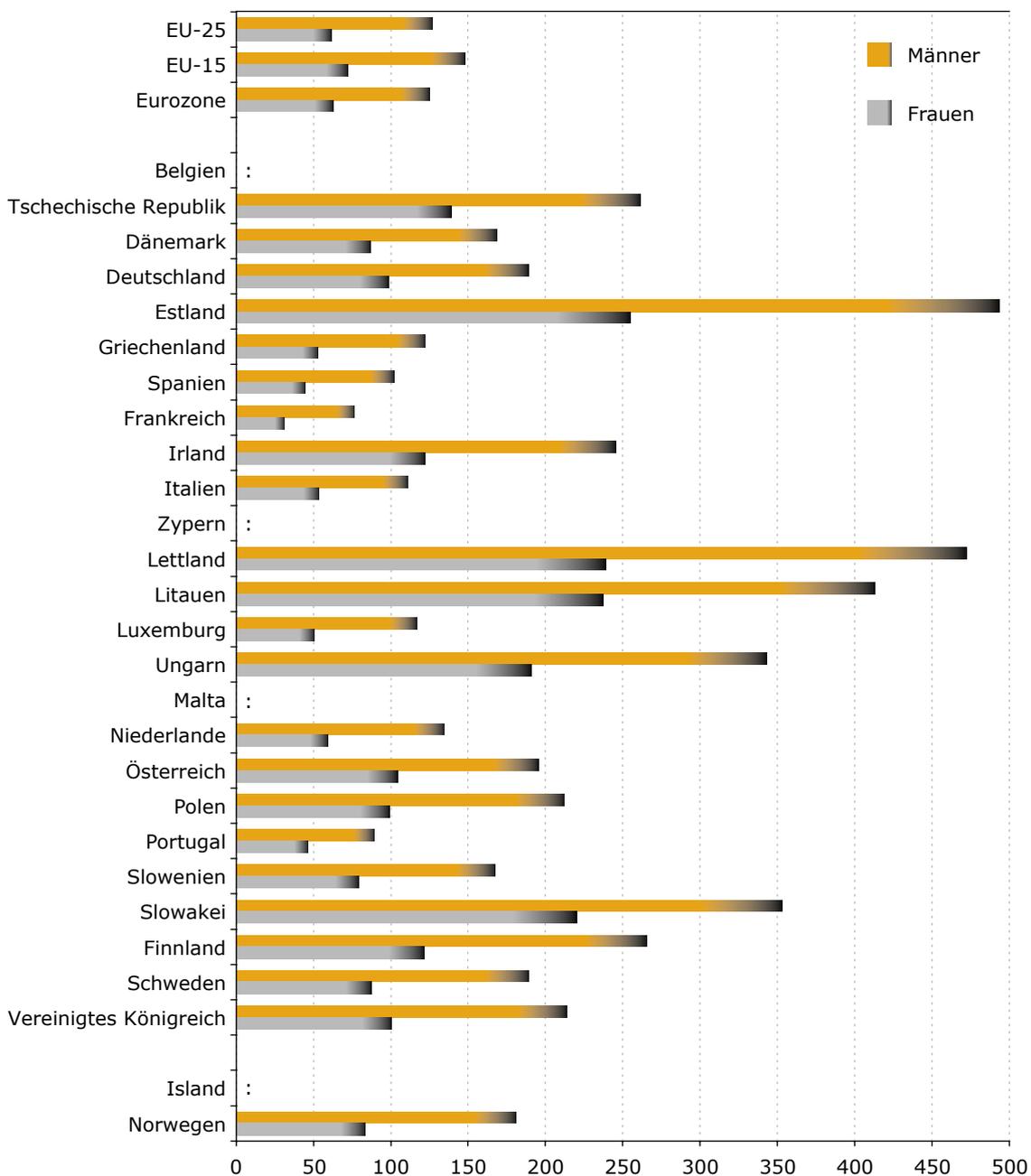
Pro 100 000 Personen





Tod durch ischämische Herzkrankheiten im Jahr 1999

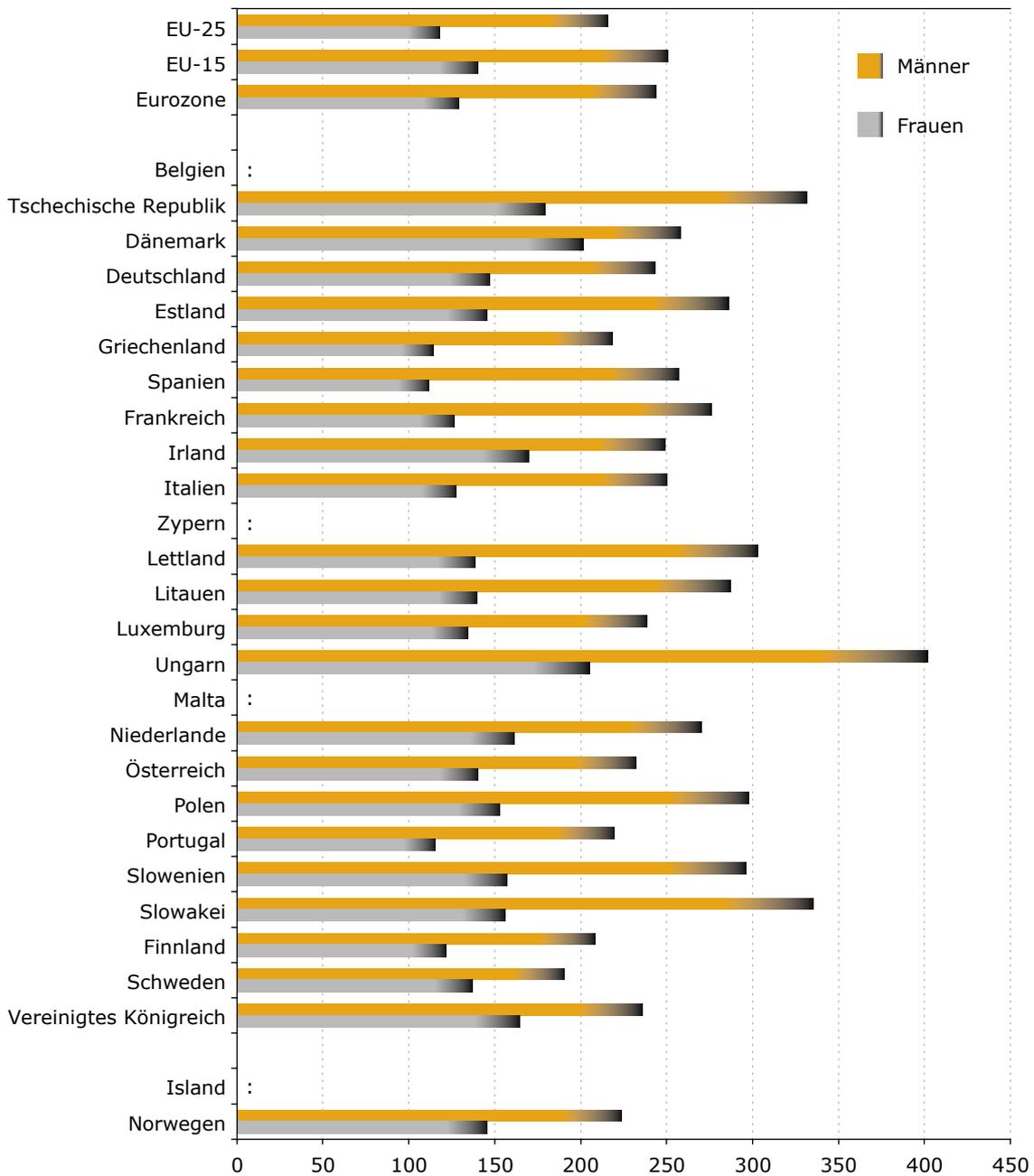
Pro 100 000 Personen



2



Tod durch Krebs im Jahr 1999
Pro 100 000 Personen



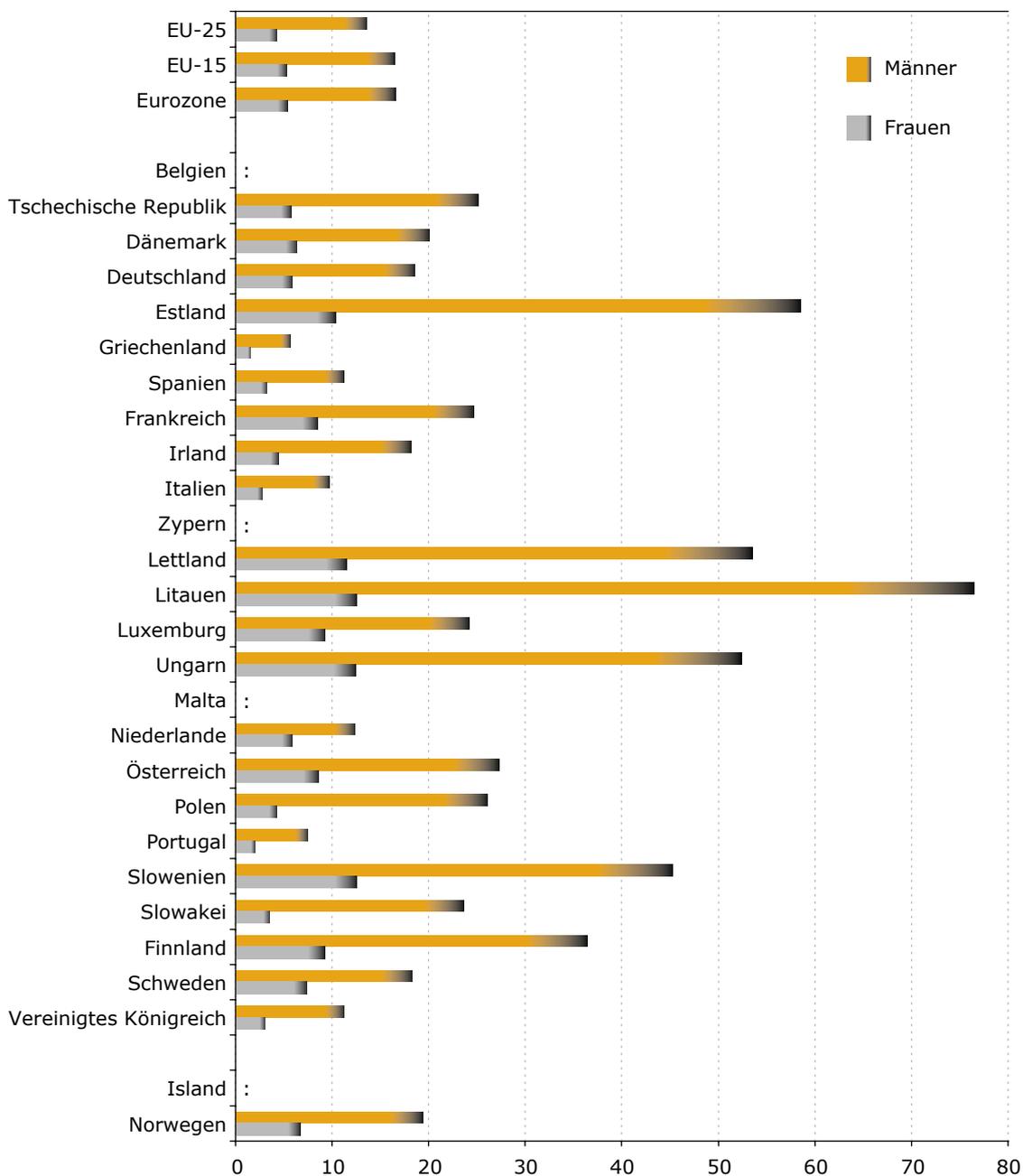
2

Ein Vergleich der Daten für 1994 und 1999 zeigt einen Rückgang der Zahl der Todesfälle durch Krebs, ischämische Herzkrankheiten, Selbstmord und Straßenverkehrsunfälle. Große Unterschiede gibt es zwischen den Sterbeziffern von Männern und Frauen. In den 25 Ländern, die die heutige EU bilden, war die Sterblichkeit durch Krebs bei Männern (1999: 216 je 100 000 Einwohner) höher als bei

Frauen (118). 1999 war die Sterblichkeit durch ischämische Herzkrankheiten bei Männern (127) mehr als doppelt so hoch wie bei Frauen (62). Bei den Todesfällen durch Selbstmord und Straßenverkehrsunfälle sind die Raten für Männer mehr als dreimal so hoch wie für Frauen (13,6 für Männer und 4,3 für Frauen bzw. 14,4 für Männer und 4,4 für Frauen).

Todesfälle durch Selbstmord im Jahr 1999

Pro 100 000 Personen



Die „Inzidenz“ gibt die Zahl der neuen Fälle einer Krankheit an, die in einer Population in einem bestimmten Zeitraum auftreten. Sie kann als die Zahl neuer Fälle einer Krankheit (oder Störung) pro 100 000 Einwohner in einem bestimmten Jahr ausgedrückt werden. Die Inzidenz von Tuberkulose ist 2001 in den meisten europäischen Ländern gegenüber 1990 zurückgegangen. Die

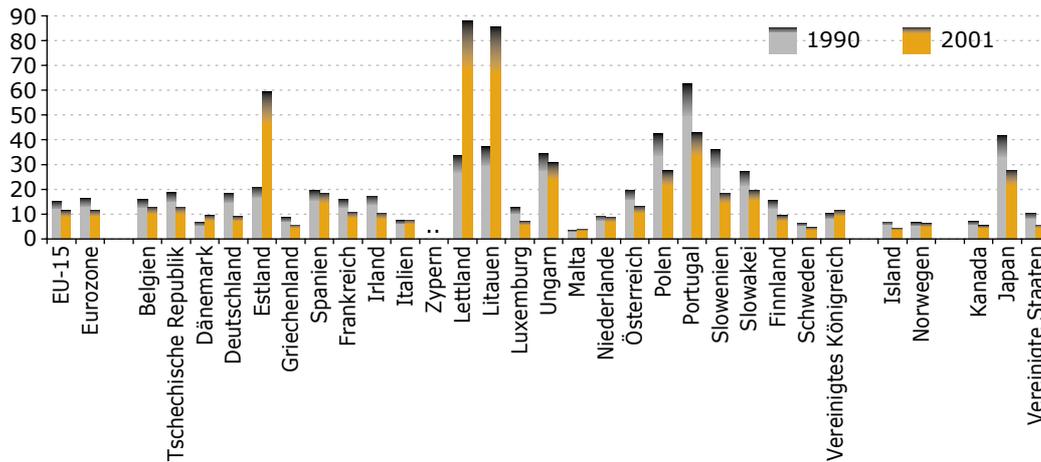
höchsten Raten der heutigen 25 EU-Länder wiesen die baltischen Länder auf: Lettland 88,0 je 100 000 Einwohner, Litauen 85,7 und Estland 59,4. Diese Werte sind mehr als doppelt so hoch wie 1990. Von den ehemaligen EU-15-Ländern verzeichnete lediglich Portugal 2001 einen hohen Wert (42,9). Der niedrigste Wert wurde in Malta gemessen (4,1).



Tuberkulose und Salmonellose sind übertragbare Krankheiten. Übertragbare Krankheiten oder Infektionskrankheiten verursachen innerhalb der Europäischen Union eine signifikante Morbidität oder Mortalität bzw. können diese verursachen. Daher kann der Informationsaustausch die Wirkung einer Frühwarnung angesichts einer Bedrohung der öffentlichen Ge-

sundheit haben. Sowohl Tuberkulose als auch Salmonellose sind Gegenstand der Entscheidung 2002/253/EG der Kommission vom 19. März 2002 zur Festlegung von Falldefinitionen für die Meldung an das Gemeinschaftsnetz. Daten über Tuberkulose werden über das EuroTB-Netz erfasst.

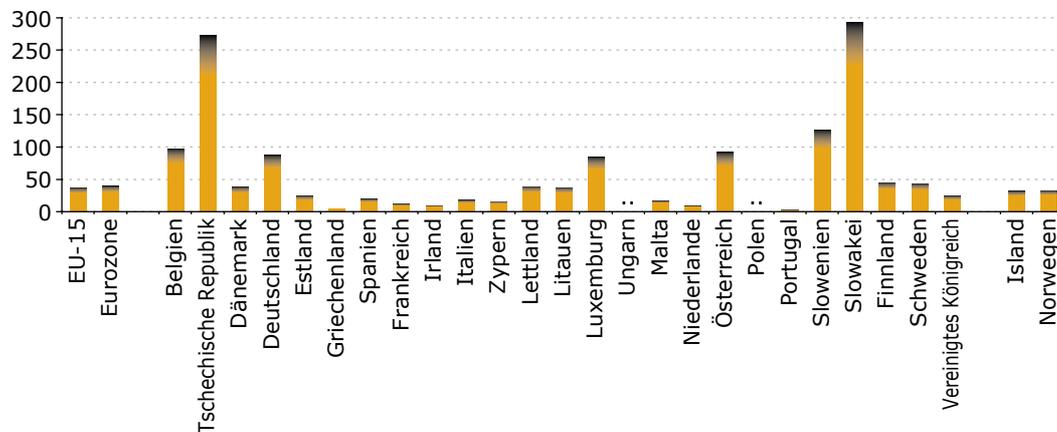
Fälle von Tuberkulose
Pro 100 000 Personen



Quelle: EuroTB, das hauptsächlich durch die Europäische Kommission (GD Gesundheit und Verbraucherschutz) finanziert und gemeinsam vom Französischen Institut zur Überwachung der Volksgesundheit (Institut de Veille Sanitaire, InVS) und der Königlichen Niederländischen Tuberkulosevereinigung (KNCV) verwaltet wird.

Krankheiten (wie Tuberkulose), die innerhalb der EU eine signifikante Morbidität oder Mortalität verursachen oder verursachen können und bei denen der Informationsaustausch als Frühwarnung vor einer Bedrohung der öffentlichen Gesundheit dienen kann, werden in den Mitgliedstaaten im Rahmen der Meldepflicht erfasst. Die Daten über Tuberkulose werden vom Netzwerk EuroTB registriert, das von der EU unterstützt wird.

Inzidenz der Salmonellose im Jahr 2002
Pro 100 000 Personen



Quelle: EU-Netz für die Überwachung übertragbarer Krankheiten.

Für Krankheiten (wie Salmonellose), die innerhalb der EU eine signifikante Morbidität und/oder Mortalität verursachen bzw. verursachen können und bei denen der Informationsaustausch eine frühzeitige Warnung vor Gefahren für die öffentliche Gesundheit ermöglicht, besteht in den Mitgliedstaaten eine gesetzliche Erfassungspflicht.

Ausbildung

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Bildungsstand der Bevölkerung
- Neuzugänge, Schüler- und Studierendenzahlen und Absolvenczzahlen nach Alter und Geschlecht
- Bildungsstufe und Art der Ausbildung
- Studienfächer
- Ausländische Studierende
- Fremdsprachenunterricht
- Beschäftigte im Bildungswesen
- Klassengrößen
- Ausgaben für Bildung
- Regionale Schüler- und Studierendenzahlen

Bildung als entscheidender Faktor

Allgemeine Bildung, berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen spielen eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen und sozialen Gesamtstrategie für die Europäische Union. Die Zielsetzungen von Lissabon können nur durch effiziente Ressourcennutzung, qualitative Verbesserungen der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und die Umsetzung einer kohärenten Strategie für das lebenslange Lernen auf nationaler Ebene erreicht werden.

Der Europäische Rat hat für die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung strategische Zielsetzungen festgelegt, die bis 2010 erreicht werden sollen. Um die Fortschritte auf diesem Weg zu messen, bedarf es einer großen Vielzahl an qualitativ hochwertigen und vergleichbaren statistischen Daten zu Bildungsstand, Teilnahme an Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen, Absolventen, Lehrpersonen, Fremdsprachenunterricht, Mobilität und Investitionen.

Die Daten des Europäischen Statistisches Systems zur allgemeinen und beruflichen Bildung dienen als Grundlage zur Erstellung von Indikatoren, mit denen die Leistungen des Bildungssektors in der Union und der Fort-

schritt auf dem Weg zu einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft im Rahmen des umfassenderen Konzepts „Lebenslanges Lernen“ gemessen werden können.

Die jüngere Generation ist höher qualifiziert

Ein Vergleich der gegenwärtigen Absolventen des Bildungssystems mit früheren Generationen ermöglicht es, die Entwicklung über einen langen Zeitraum von ca. 30 Jahren hinweg zu verfolgen.





2

Im Verlauf der letzten 30 Jahre haben sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede beim höchsten erreichten Bildungsgrad in der gesamten Union verringert. In der jüngeren Generation haben die Frauen die Männer hier sogar leicht überholt.

Eine höhere Qualifikation verringert das Risiko der Arbeitslosigkeit ...

Allgemein lässt sich feststellen, dass höhere Bildungsabschlüsse die Wahrscheinlichkeit von Arbeitslosigkeit in allen Mitgliedstaaten verringern, wenn auch in unterschiedlichem Maße.

... und erhöht das Einkommen

Den statistischen Informationen zufolge haben Höherqualifizierte bessere Aussichten auf ein höheres Einkommen. Im Durchschnitt lag das Äquivalenzeinkommen einer Person mit einem Abschluss unterhalb der Sekundarstufe II bei 90 % des nationalen Medianwerts, während

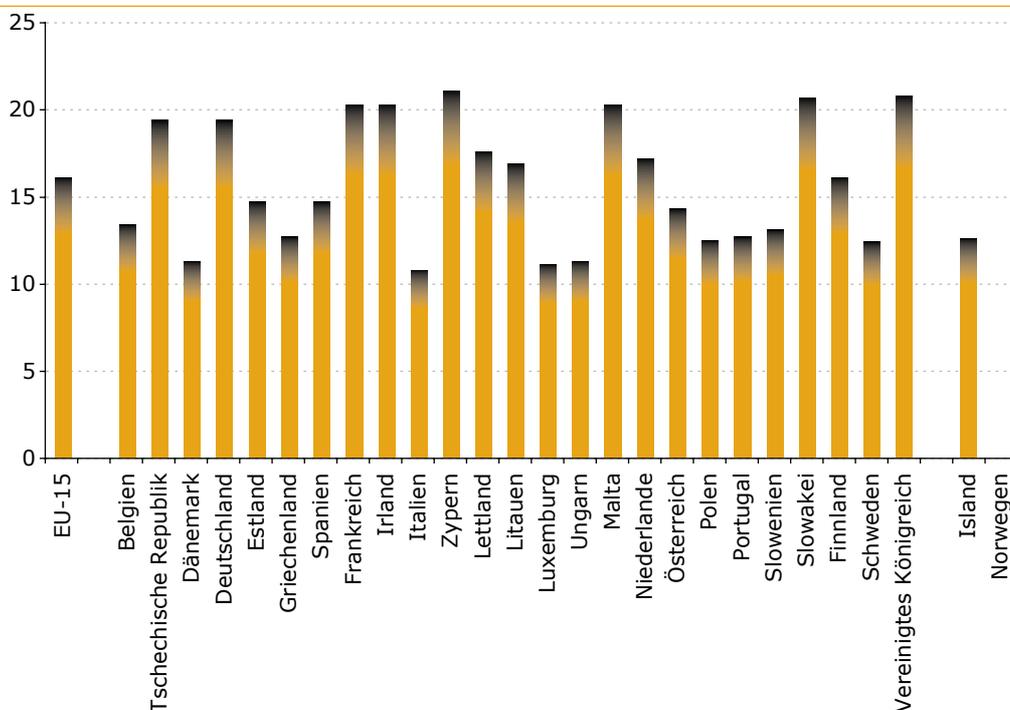
Personen mit einer Hochschulausbildung einen Wert von 147 % erzielten.

Politischer Hintergrund

„Die Gemeinschaft trägt zur Entwicklung einer qualitativ hochstehenden Bildung dadurch bei, dass sie die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten fördert und ihre Tätigkeit [...] erforderlichenfalls unterstützt und ergänzt.“
„Die Gemeinschaft führt eine Politik der beruflichen Bildung, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten [...] unterstützt und ergänzt.“ (EG-Vertrag, Titel XI, Kapitel 3, Artikel 149 Absatz 1 und Artikel 150 Absatz 1.)

In ihrer Mitteilung über die Zukunft der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) hebt die Kommission die Bekämpfung von Schulversagen und Schulabbruch und die Anhebung des Bildungsniveaus als vorrangiges Ziel der neuen Strategie hervor. Die Schaffung der Voraussetzungen für den künftigen Zugang zum lebenslangen Lernen stellt für viele derzeitige und künftige Mitgliedstaaten nach wie vor eine bedeutende Herausforderung dar.

Verhältnis Schüler/Lehrer im Primarbereich im Jahr 2001



Die Schüler-Lehrer-Quote errechnet sich aus der Zahl der Schüler und Schülerinnen in Vollzeitäquivalenten, die durch die Zahl der Lehrkräfte in Vollzeitäquivalenten in der ISCED-Stufe 1 geteilt wird. Es werden ausschließlich unterrichtende Lehrer (einschließlich Sonderpädagogen) berücksichtigt. Die Schüler-Lehrer-Quote ist nicht mit der durchschnittlichen Klassenstärke identisch, denn Letztere berücksichtigt keine besonderen Umstände wie die geringe Größe der Gruppen von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, seltene/spezialisierte Fächer oder Unterschiede zwischen den erteilten Unterrichtsstunden und den vorgesehenen Unterrichtsstunden für die Schüler, wenn eine Lehrkraft beispielsweise Schichtunterricht erteilt.



Schüler und Studenten im Alter von bis zu 29 Jahren

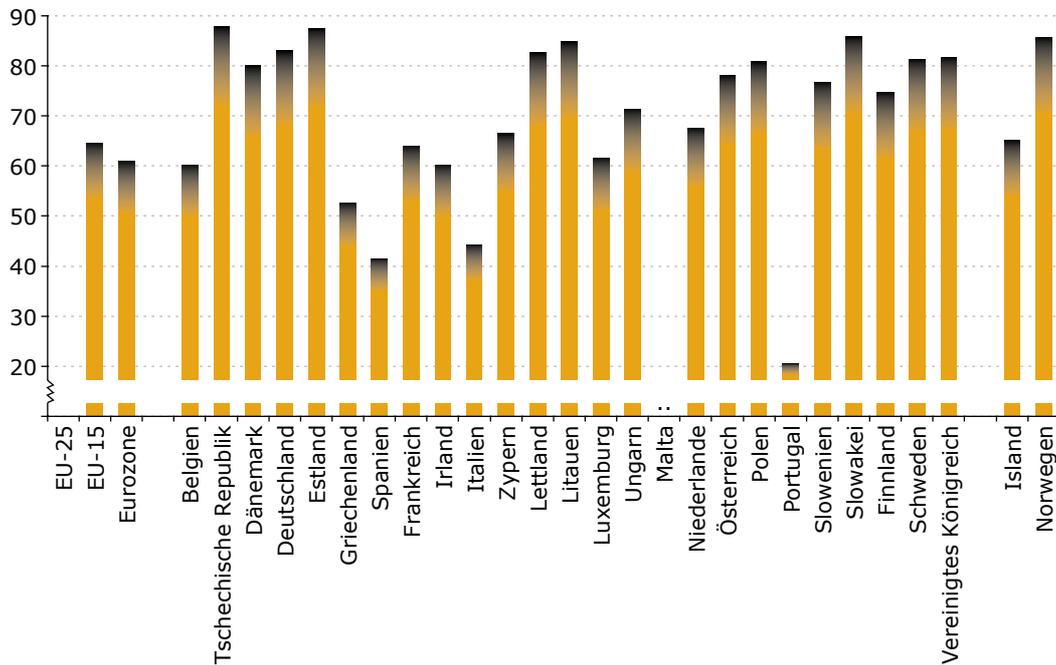
Ohne Elementarbereich; in 1 000

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	81 215,3
EU-15	67 516	70 242	70 917	72 345	73 014	73 027	73 380	73 296	64 198,8	66 285	66 204,2	65 913,1
Eurozone	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Belgien	2 072	2 056	2 033	2 087	2 113	2 153	2 160	2 168	:	1 978,3	1 988,1	2 009,8
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	1 908,6	1 903,5	1 860	1 890,9	1 912,2
Dänemark	960	948	933	938	942	943	942	955	909,6	919,5	935,7	959,3
Deutschland	10 484	13 218	13 338	13 629	13 858	14 035	14 210	14 441	14 082,2(i)	14 074,4(i)	14 058,2(i)	14 026,3(i)
Estland	:	:	:	:	:	:	:	284,2	286,5	290,7	295,9	295,9
Griechenland	1 878	1 865	1 860	1 892	1 889	1 850	1 840	1 833	1 904	1 858,8	1 881,3	1 901,1
Spanien	8 860	8 830	8 773	8 813	8 778	8 637	8 509	8 239	7 748,4	7 555,1	7 467,8	7 328,4
Frankreich	11 711	11 800	11 911	11 998	12 145	12 148	12 137	12 131	11 923,5	11 862,9	11 784,3	11 699,6
Irland	870	875	886	892	897	893	885	886	978,1	962,3	957,2	954,3
Italien	9 798	9 632	9 553	9 467	9 572	9 099	9 300	9 306	8 851,9	8 776,3	8 687,4(ip)	8 627,6
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	136	:(i)	138,0(i)	137,7(i)	139,3(i)
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	453,8	464,4	472,2	478,3	484,4
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	685,1	708,4	732,3	757	774,4
Luxemburg	49	49	49	:	:	54	57	60	:(i)	64,6(i)	66,0(i)	67,4(i)
Ungarn	:	:	:	:	:	:	:	1 809,2	1 803,8	1 832,6	1 847,5	1 854,1
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	76,9	76,6	76,7
Niederlande	3 529	3 550	3 534	3 539	3 241	3 201	3 179	3 116	2 997,7	3 027,4	3 046,8	3 078
Österreich	1 321	1 323	1 352	1 372	1 387	1 402	1 412	1 416	1 363,7	1 372,5	1 371,5	1 376,5
Polen	:	:	:	:	:	:	:	8 679	8 649,6	8 747,2	8 778,1	8 780,7
Portugal	1 974	1 970	2 024	2 099	2 145	2 166	2 134	2 085	2 002,3	1 950,7	1 950,4	1 921,4
Slowenien	:	:	:	:	:	:	:	375,8	366,6(i)	368,5(i)	373,8(i)	383,2(i)
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	1 129,7	:	:	:	1 099,8
Finnland	960	980	1 007	1 025	1 044	1 047	1 059	1 077	994,6	1 019,2	1 033,5	1 042,7
Schweden	1 361	1 359	1 377	1 623	1 656	1 698	1 753	1 814	1 677,3	1 736,9	1 753,8	1 764,1
Vereinigtes Königreich	11 688	11 786	12 289	12 931	13 298	13 700	13 802	13 232	11 561,7	12 168,1	12 229,3	12 214
Island	:	61	62	:	:	67	67	68	67,3	67,3	68,8	69,5
Liechtenstein	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	4	:
Norwegen	:	843	850	:	895	858	856	884	902,6	915,6	921,7	920,6
Kanada	6 422	6 563	6 681	7 434	7 519	6 666	6 717	6 670	6 530	8 511	:	:
Japan	23 833	:	:	:	22 842	22 408	22 346	:	:	:	:	15 928
Vereinigte Staaten	55 096	54 769	56 564	57 979	58 573	59 225	59 781	60 622	:	:	:	:

Diese Tabelle enthält die Gesamtzahl der Personen, die Einrichtungen des regulären Bildungssystems im jeweiligen Land besuchen. Sie bezieht sich auf alle Bildungsbereiche vom Primarbereich bis zum Postgraduiertenstudium. Diese Zahl entspricht der Zielbevölkerung der Bildungspolitik.

Bevölkerung mit Bildungsabschlüssen der Sekundarstufe II oder höher im Jahr 2002

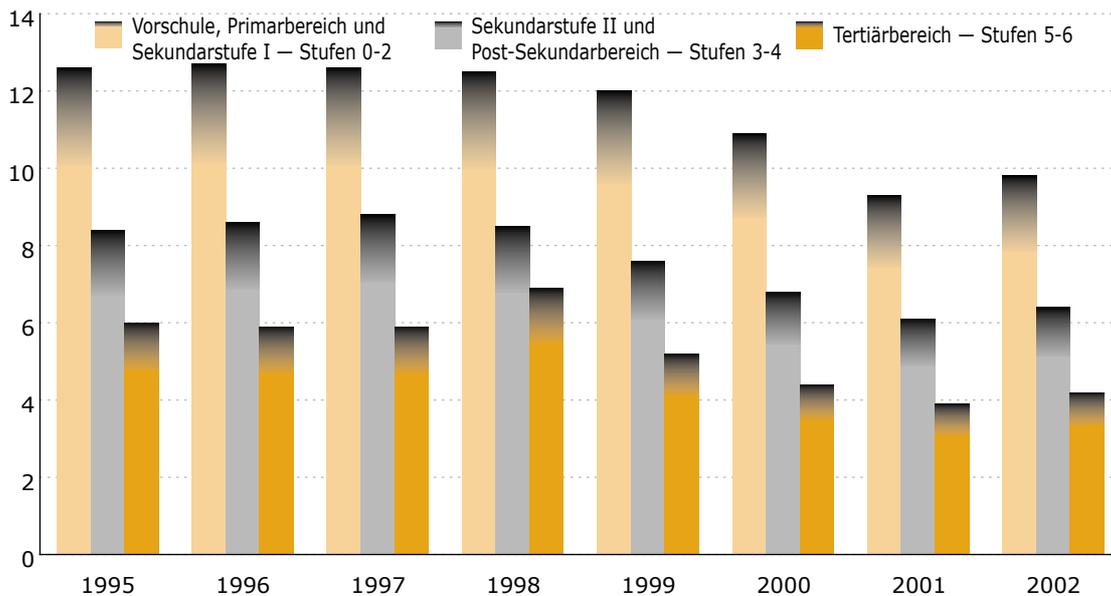
Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren; in %



Der Indikator stellt den Prozentsatz der Erwachsenenbevölkerung (25- bis 64-Jährige) mit Abschluss der Sekundarstufe II dar. Auf diese Weise soll der Bevölkerungsanteil der Personen gemessen werden, die über die notwendige Mindestqualifikationen verfügen, um aktiv am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Sekundarstufe II in den einzelnen europäischen Ländern aufgrund der unterschiedlichen nationalen Bildungssysteme nach unterschiedlich langen Ausbildungszeiten abgeschlossen wird.

Arbeitslosenquoten in EU-15 nach Bildungsniveau (*)

Bevölkerung im Alter von 25 bis 59 Jahren; in %



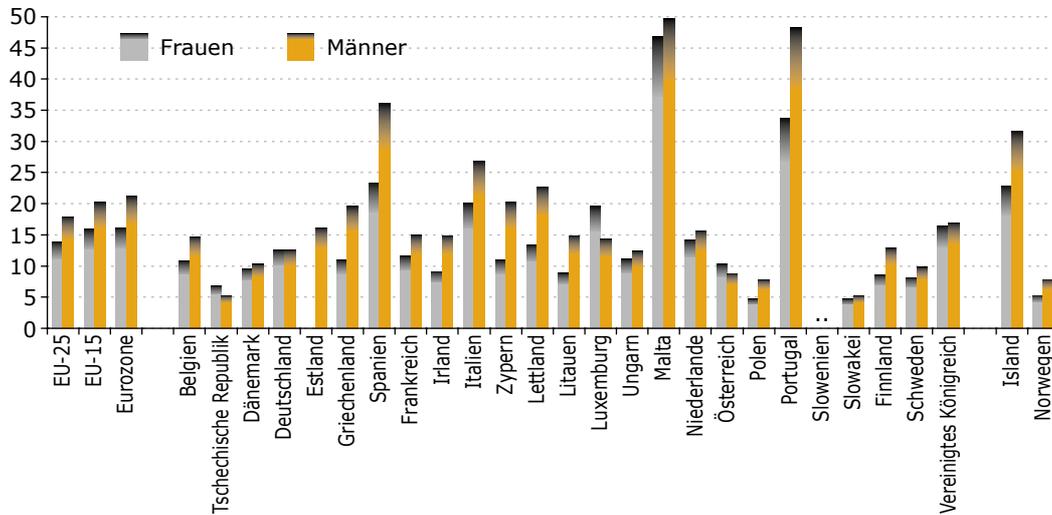
(*) Stufen nach ISCED 1997.

Die Indikatoren beziehen sich auf die Gruppe der 25- bis 59-Jährigen. Sie geben die nach Bildungsstand aufgeschlüsselte Wahrscheinlichkeit dafür an, dass eine arbeitswillige Person arbeitslos ist. Die Indikatoren liefern ein Maß für die Schwierigkeiten, mit denen Personen mit unterschiedlichen Bildungsabschlüssen auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sind, und vermitteln eine Vorstellung davon, wie sich die Bildung auf die Reduzierung des Risikos der Arbeitslosigkeit auswirkt.



Frühe Schulabgänger im Alter von 18 bis 24 Jahren im Jahr 2003

In % der Gesamtbevölkerung der gleichen Altersgruppe



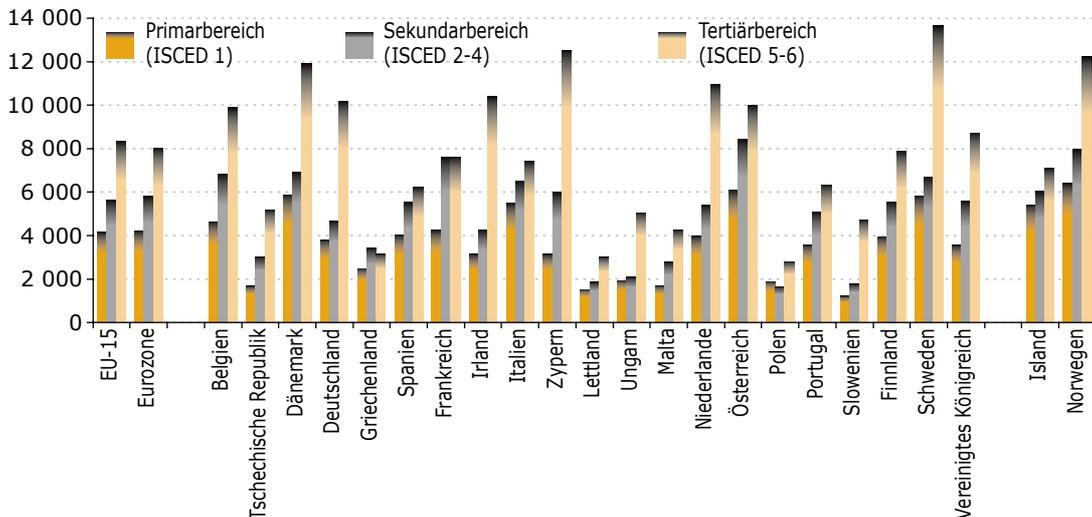
Deutschland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Vereinigtes Königreich, Island: vorläufige Werte.

Im Alter von 17 bis 19 Jahren wird in den EU-Ländern in der Regel die Sekundarstufe II abgeschlossen. Eurostat erfasst den prozentualen Anteil junger Menschen knapp über diesem Alter, die keine (abgeschlossene) Ausbildung der Sekundarstufe II haben und gegenwärtig auch nicht an einer Ausbildungsmaßnahme teilnehmen. Hier wurden 2003 die niedrigsten Werte in der Slowakei (4,9 %), der Tschechischen Republik (6,0 %) und Polen (6,3 %) gemessen. Portugal (41,1 %) und Spanien

(29,8 %) belegen bei diesem Indikator die untersten Plätze. In den letzten zehn Jahren haben sich viele Länder verstärkt darum bemüht, die Jugendlichen mit einem Mindestniveau an allgemeiner und beruflicher Bildung auszustatten. In Luxemburg ging der Anteil der Schulabbrecher von 42,2 % (1992) auf 17,0 % (2003) und im Vereinigten Königreich von 34,7 % (1992) auf 16,7 % (2003) zurück, also in beiden Fällen um mehr als die Hälfte.

Jährliche Ausgaben für öffentliche Bildungseinrichtungen pro Schüler/Student im Jahr 2000

Nach Bildungsniveau; in KKS, auf der Grundlage von Vollzeitäquivalenten



EU-15, Eurozone-12, Malta: geschätzte Werte.

Die Ausgaben pro Schüler/Studierenden in öffentlichen Bildungseinrichtungen geben an, wie viel der Staat, die Länder, die Gemeinden, die privaten Haushalte, die Religionsgemeinschaften und die Unternehmen pro Schüler/Studierenden ausgeben. Eingeschlossen sind die Personalaufwendungen, der laufende Sachaufwand und die Investitionsausgaben.



2

Studenten

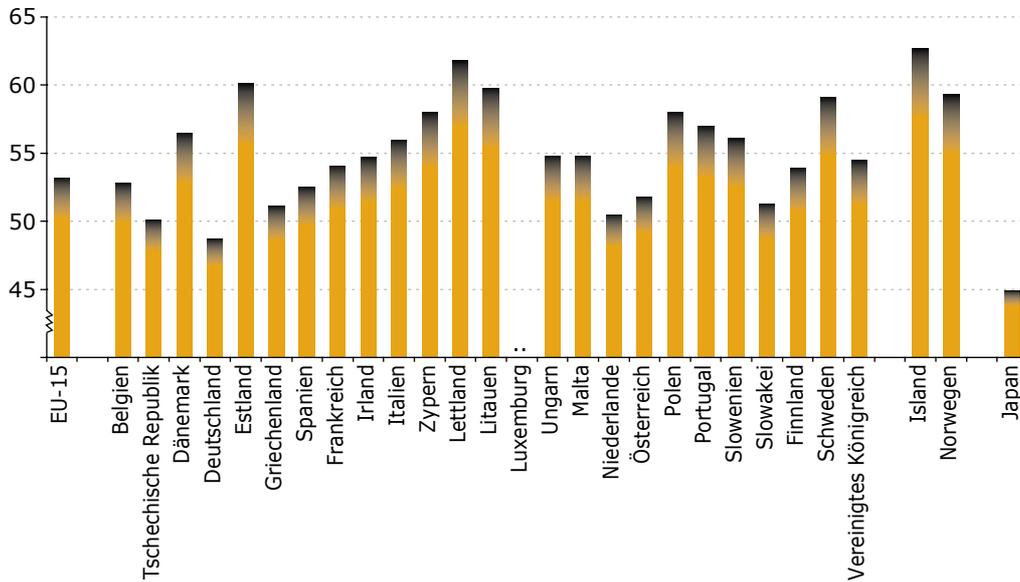
Tertiärbereich; in 1 000

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EU-15	8 816	9 614	10 114	10 854	11 528	11 790	11 934	12 266	12 329(e)	12 438	12 563,3	12 820,3
Eurozone	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Belgien	271	276	286	307	322	353	358	361	356,5(e)	352	355,7	359,3
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	196(i)	215(i)	231(i)	253,7	260
Dänemark	135	143	150	164	170	170	167	180	183	190	189,2(i)	190,8
Deutschland	1 720	2 049(i)	2 034(i)	2 113(i)	2 148(i)	2 156(i)	2 144(i)	2 132(i)	2 097,7(i)	2 087(i)	2 054,8(i)	2 083,9(i)
Estland	:	:	:	:	:	:	:	39	43	49	53,6	57,8
Griechenland	194	195	200	299	314	296	329	363	374	388	422,3	478,2
Spanien	1 166	1 222	1 302	1 371	1 469	1 527	1 592	1 684	1 746	1 787	1 829	1 833,5
Frankreich	1 585	1 699	1 840	1 952	2 083	2 073	2 092	2 063	2 027	2 012	2 015,3	2 031,7
Irland	85	90	101	108	118	122	128	135	143	151	160,6	166,6
Italien	1 373	1 452	1 533	1 615	1 770	1 792	1 775	1 893	1 869	1 797	1 770	1 812,3
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	10(i)	11(i)	11(i)	10,4(i)	11,9(i)
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	62	70	82	91,2	102,8
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	84	96	107	121,9	135,9
Luxemburg	1(i)	1(i)	1(i)	:	:	:	2(i)	2(i)	1,8(i)	2,7(i)	2,4(i)	2,5(i)
Ungarn	:	:	:	:	:	:	:	203	255	279	307,1	330,5
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	6	6,3	7,4
Niederlande	437	479	494	507	532	503	492	469	461	470	487,6	504
Österreich	200	206	217	221	227	234	239	241	248	253	261,2	264,7
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	1 191	1 399	1 579,6	1 775
Portugal	131	186	191	248	276	301	320	351	352	357	373,7	387,7
Slowenien	:	:	:	:	:	:	:	53	68	79	83,8	91,5(i)
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	102	113	123	135,9	143,9
Finnland	155	166	174	188	197	205	214	226	250	263	270,2	279,6
Schweden	185	193	207	223	234	246	261	275	281	335,1(i)	346,9(i)	358
Vereinigtes Königreich	1 178	1 258	1 385	1 528	1 664	1 813	1 821	1 891	1 938	1 994	2 024,1(i)	2 067,3
Island	:	5	6	:	:	7	7	8	8	9	9,7(i)	10,2
Liechtenstein	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	0,5	:
Norwegen	:	142	154	:	177	173	180	185	183	188	190,9	189,9
Kanada	1 822	1 898	1 943	2 633	2 662	1 784	1 763	1 717	1 179	1 193	:	:
Japan	2 683	:	:	:	3 841	3 918	3 945	:	3 964	3 941	:	3 972,5
Vereinigte Staaten	13 539	13 065	14 359	14 486	14 305	14 279	14 262	14 300	13 284	13 769	:	:

Diese Tabelle enthält die Gesamtzahl der Personen, die eine Einrichtung des Tertiärbereichs (Hochschule oder sonstige Einrichtung des Tertiärbereichs) im Rahmen des regulären Bildungssystems des betreffenden Landes besuchen. Sie bezieht sich auf die Zielbevölkerung der Bildungspolitik für den Tertiärbereich und liefert Angaben zur Zahl der Personen, die Zugang zur Tertiärbildung haben und voraussichtlich ihre Ausbildung abschließen, so dass sie zu einer Verbesserung des erreichten Bildungsstands der Bevölkerung im betreffenden Land beitragen, falls sie nach dem Ende der Ausbildung in diesem Land leben und arbeiten.



Anteil der weiblichen Studierenden im Tertiärbereich im Jahr 2001
 Naturwissenschaften, Mathematik, Informatik, Ingenieurwissenschaften,
 Fertigungstechnik und Bauwesen insgesamt; in %

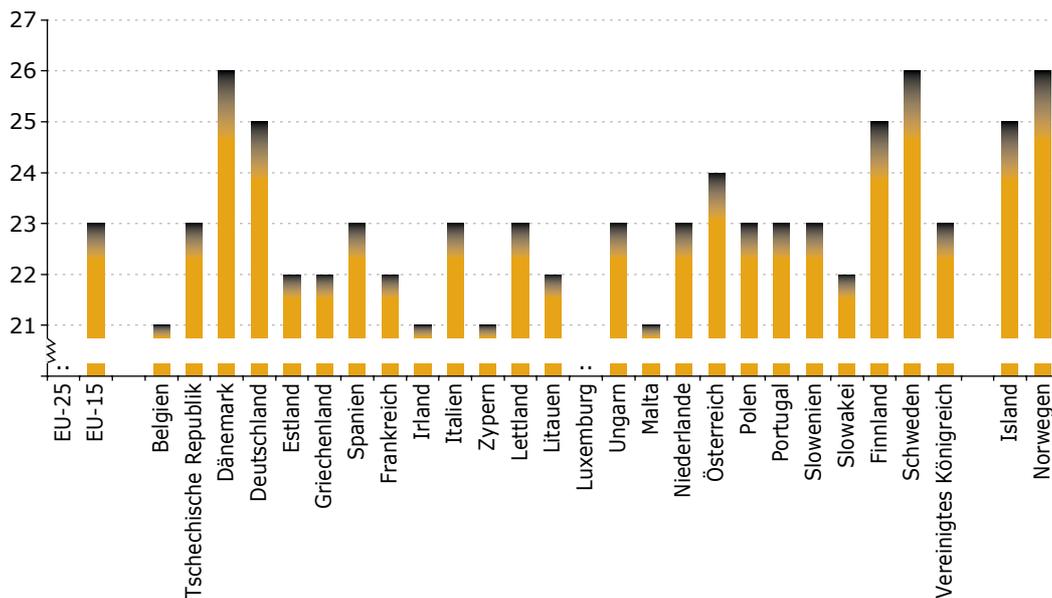


Der Indikator stellt den prozentualen Anteil der Frauen an den Studierenden im Tertiärbereich für alle Bildungsbereiche und an den Studierenden der Fachrichtung „Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik“ sowie der Fachrichtung „Ingenieurwesen, verarbeitende Industrie und Bauindustrie“ dar. Die verwendeten Bildungsstufen und Fachrichtungen beziehen sich auf die 1999er Ausgabe der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED 97) und das Eurostat-Handbuch der Ausbildungsfelder (1999).

In fast der gesamten Europäischen Union studieren mehr Frauen als Männer an den Hochschulen. Eine Ausnahme bildet Deutschland, wo die männlichen Studenten gegenüber den weiblichen geringfügig in der Überzahl sind,

sowie die Niederlande und die Tschechische Republik, wo das Verhältnis ausgewogen ist. In Japan ist die Zahl der männlichen Studierenden deutlich höher als die der weiblichen.

Durchschnittsalter im Tertiärbereich im Jahr 2001
 Jahre



Das Medianalter einer gegebenen Population ist das Alter, das diese Gruppe in zwei gleich große Hälften teilt. Im vorliegenden Fall bedeutet dies, dass die eine Hälfte der Population, d. h. Personen in der Tertiärausbildung (ISCED 5 und 6), jünger und die andere Hälfte älter als das Medianalter ist.



Öffentliche Ausgaben für Bildung im Jahr 2001

In % des BIP



Griechenland	3,51	Japan	3,59	Luxemburg	3,84	Slowakei	4,03	Tschechische Republik	4,28	Irland	4,36	Spanien	4,42	Deutschland	4,53	Vereinigtes Königreich	4,54	Malta	4,73	Italien	4,98	Niederlande	4,99	Ungarn	5,15	Vereinigte Staaten	5,16	Polen	5,42	Zypern	5,69	Frankreich	5,77	Österreich	5,82	Portugal	5,89	Litauen	6,03	Belgien	6,12	Finnland	6,25	Lettland	6,39	Estland	6,83	Norwegen	7,07	Schweden	7,32	Denmark	8,38
--------------	------	-------	------	-----------	------	----------	------	-----------------------	------	--------	------	---------	------	-------------	------	------------------------	------	-------	------	---------	------	-------------	------	--------	------	--------------------	------	-------	------	--------	------	------------	------	------------	------	----------	------	---------	------	---------	------	----------	------	----------	------	---------	------	----------	------	----------	------	---------	------

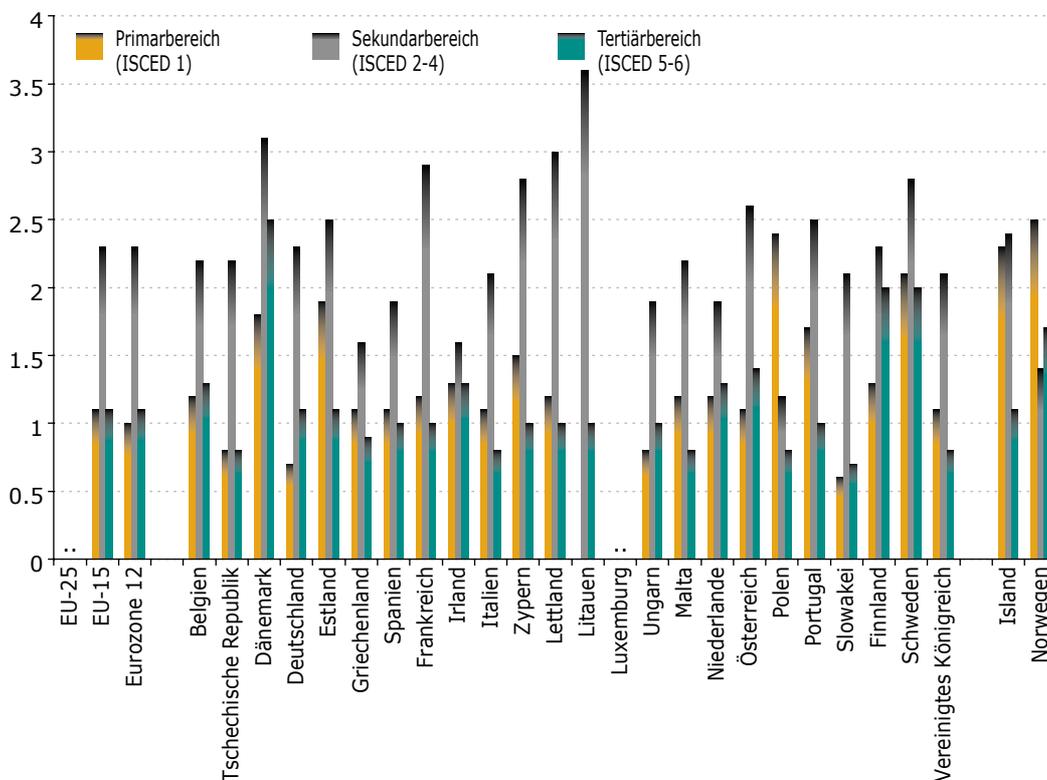
2

Vorläufige Werte. Dänemark, Deutschland, Italien: 2000.

Üblicherweise finanziert die öffentliche Hand das Bildungswesen – entweder durch direkte Übernahme der laufenden Ausgaben und der Investitionsausgaben der Bildungseinrichtungen (direkte Ausgaben für Bildungseinrichtungen) oder durch Unterstützung von Studierenden und deren Familien mittels Stipendien und staatlichen Darlehen sowie durch den Transfer von staatlichen Beihilfen für die Erbringung von Bildungsleistungen an private Unternehmen oder Organisationen ohne Erwerbscharakter (Transfers an private Haushalte und Unternehmen). Beide Arten von Transaktionen zusammengenommen sind als öffentliche Bildungsausgaben ausgewiesen.

Gesamte öffentliche Ausgaben für Bildung im Jahr 2000

Nach Bildungsniveau; in % des BIP



Quelle: Datenerfassung durch Unesco/OECD/Eurostat. EU-15, Eurozone-12: geschätzte Werte.

Üblicherweise finanziert die öffentliche Hand das Bildungswesen durch die direkte Übernahme der laufenden Ausgaben und der Investitionsausgaben der Bildungseinrichtungen (direkte Ausgaben für Bildungseinrichtungen) oder durch Unterstützung der Studierenden und ihrer Familien mittels Stipendien und staatlicher Darlehen sowie durch den Transfer staatlicher Beihilfen für die Erbringung von Bildungsleistungen an private Unternehmen oder Organisationen ohne Erwerbscharakter (Transfers an private Haushalte und Unternehmen). Beide Arten von Transaktionen zusammengenommen werden als öffentliche Gesamtausgaben für Bildung ausgewiesen.

Lebenslanges Lernen

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Berufliche Bildungspolitik und Organisation der beruflichen Weiterbildung
- Weiterbildungskurse und „sonstige“ Formen der Weiterbildung
- Weiterbildende und nicht weiterbildende Unternehmen
- Teilnahme an Weiterbildungskursen
- Arbeitszeitaufwand für die berufliche Weiterbildung
- Kosten und Finanzierung von Weiterbildungskursen
- Sachgebiete und Anbieter von Weiterbildungskursen
- Evaluation der beruflichen Weiterbildung
- Einführung neuer Technologien und Weiterbildungsmaßnahmen

Entwicklung des Humankapitals

Indikatoren über Investitionen in Humankapital erlangen eine wachsende Bedeutung, denn sie geben Aufschluss über die persönlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Bemühungen, die Qualifikationen der Belegschaft auf dem neuesten Stand zu halten. Die Weiterentwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten im Rahmen einer kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung ist ein wesentlicher Bestandteil des lebenslangen Lernens und reflektiert gleichzeitig die Bedeutung, die die Unternehmen der Qualifikation ihrer Mitarbeiter beimessen.

Politischer Hintergrund

„Die Tätigkeit der Gemeinschaft hat folgende Ziele: [...] Erleichterung der Aufnahme einer beruflichen Bildung [...], Förderung der Zusammenarbeit in Fragen der beruflichen Bildung zwischen Unterrichtsanstalten und Unternehmen“ (EG Vertrag, Titel XI, Kapitel 3, Artikel 150 Absatz 2).

In Absatz 1.1 ihrer Mitteilung vom November 2001 mit dem Titel „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“ stellt die Kommission fest: „Der Europäische Rat von Lissa-

bon bekräftigte die Rolle des lebenslangen Lernens als Kernelement des europäischen Gesellschaftsmodells.“ Lernen beschränkt sich nicht mehr nur auf den Bereich der allgemeinen Bildung, sondern gilt auch in den Bereichen Beschäftigung und soziale Sicherheit sowie wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit als wesentlicher Faktor, und zwar über die gesamte Lebensdauer hinweg. Diese Einsicht ist Ausdruck der langfristigen Strategie des Gipfels von Lissabon zur Verbesserung der Be-





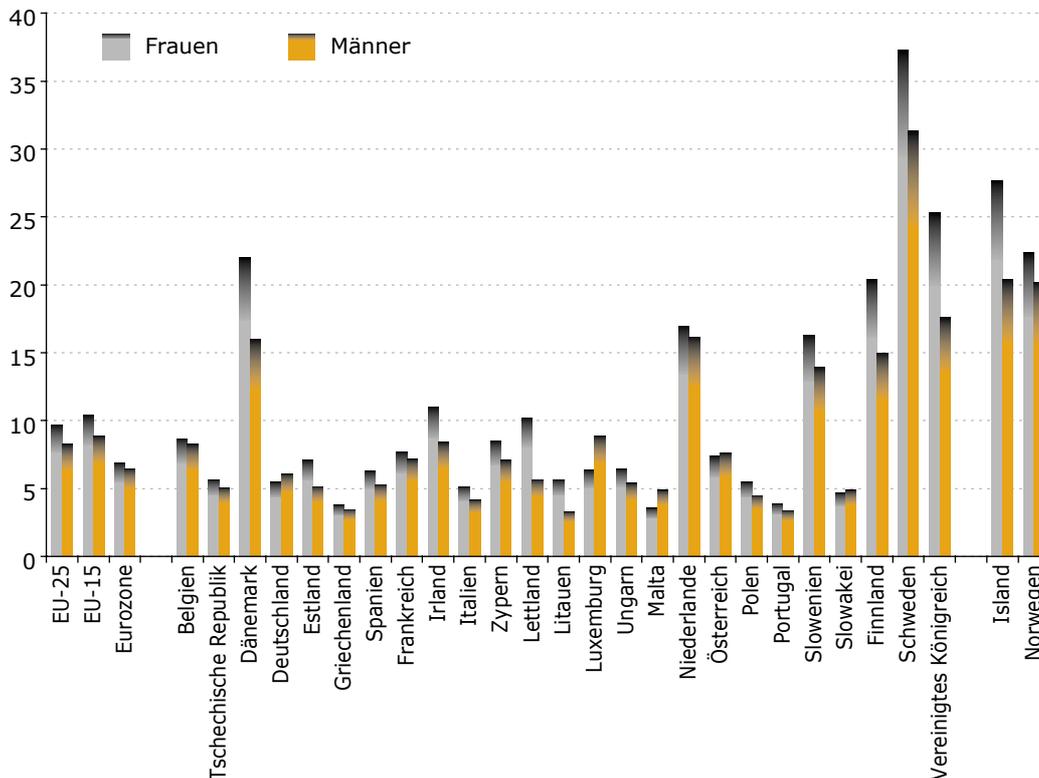
schäftigungslage und des sozialen Zusammenhalts in einer wissensbasierten Gesellschaft und Volkswirtschaft.

In der EntschlieÙung des Rates vom 24. Juni 2003 zum Sozial- und Humankapital wird die Bedeutung des Lernens und der Bildung am Arbeitsplatz für den Aufbau von Sozial- und Humankapital in der Wissensgesellschaft betont. Insbesondere wird hervorgehoben, „[...] wie wichtig es ist, dass alle Arbeitnehmer innerhalb ihrer jeweiligen Unternehmen und Organisationen umfassend [...] einbezogen und in geeigneter Weise [...] geschult werden, was zur Förderung des Wandels beitragen kann, und sich somit bewusst sind, dass dies Vorteile in Form verbesserter Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität am Arbeitsplatz bringt.“ Ferner wird auf das Problem hingewiesen, „[...] dass gut ausgebildete und geschulte Menschen einen besseren Zugang zu Bildungsmöglichkeiten haben und diesen tatsächlich auch besser nutzen als weniger gut ausgebildete und geschulte Menschen, die davon am meisten profitieren würden, wie z. B. Frauen und ältere Arbeitnehmer [...]“.

Die neue Europäische Beschäftigungsstrategie vom 22. Juli 2003 wurde überarbeitet, um den Erfordernissen einer erweiterten Europäischen Union besser gerecht zu werden, auf die Herausforderungen an einen modernen Arbeitsmarkt besser zu reagieren und die Strategie von Lissabon besser umzusetzen. In zwei spezifischen Leitlinien trägt die Europäische Beschäftigungsstrategie der Notwendigkeit Rechnung, das Qualifikationsniveau durch lebenslanges Lernen zu steigern. So werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Arbeitskräftemangel und Qualifikationsengpässen entgegenzuwirken. Ferner werden sie aufgefordert, umfassende Strategien des lebenslangen Lernens umzusetzen, um allen Arbeitskräften die heute im Erwerbsleben erforderlichen Qualifikationen zu vermitteln und das Ungleichgewicht zwischen Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage auf dem Arbeitsmarkt abzubauen. In den Leitlinien werden Maßnahmen vorgeschlagen, die auf eine Erhöhung der Investitionen in Humanressourcen abzielen, insbesondere durch eine beträchtliche Steigerung der Investitionen von Unternehmen in die Erwachsenenbildung.

Lebenslanges Lernen im Jahr 2003

Prozentualer Anteil der weiblichen/männlichen Erwachsenen (25 bis 64 Jahre), die an der Aus- und Weiterbildung teilnehmen



Deutschland, Luxemburg, Österreich, Island: vorläufige Werte.


Lebenslanges Lernen

Prozentualer Anteil der Erwachsenen (25 bis 64 Jahre), die an einer Aus- und Weiterbildung teilnehmen



	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	7,9(e)	8	9,0(b)
EU-15	:	:	:	:	5,7(e)	5,8(e)	:	8,2(e)	8,5(e)	8,4(e)	8,5	9,7(b)
Eurozone	:	:	:	:	:	:	:	5,7(e)	5,7(e)	5,5(e)	5,5	6,7(b)
Belgien	2,3	2,7	2,7	2,8	2,9	3	4,4	6,9(b)	6,8	7,3	6,5	8,5
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	5,9	5,4
Dänemark	16,2	15,6	15,1	16,8	18	18,9	19,8	19,8	20,8	17,8	18,4	18,9(b)
Deutschland	:	:	:	:	5,7	5,4	5,3	5,5	5,2	5,2	5,8	5,8(p)
Estland	:	:	:	:	:	4,3	6,3	6,5	6	5,2	5,2	6,2
Griechenland	1,2	1,1	1	0,9	0,9	0,9	1	1,2	1,1	1,4	1,2	3,7(b)
Spanien	3,4	3,5	3,9	4,3	4,4	4,5	4,3	5,1	5,1	4,9	5	5,8
Frankreich	2,9	3	2,9	2,9	2,7	2,9	2,7	2,6	2,8	2,7	2,7	7,4(b)
Irland	3,4	3,5	3,9	4,3	4,8	5,2	:	:	:	:	7,7	9,7(b)
Italien	2,9	3,4(b)	3,7	4	4,4	4,9	4,8	5,5	5,5	5,1	4,6	4,7
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	2,6	3,1	3,4	3,7	7,9(b)
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	8,2	8,1
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	4	2,8	3,6	3,3(b)	4,5
Luxemburg	2,9	2,6	3,3	2,9	2,9	2,8	5,1(b)	5,3	4,8	5,3	7,7	7,7(p)
Ungarn	:	:	:	:	:	2,9	3,3	2,9	3,1	3	3,2	6,0(b)
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	4,4	4,2
Niederlande	15,1	14,3	13,6	13,1	12,5	12,6	12,9	13,6	15,6	16,3	16,4	16,5
Österreich	:	:	:	7,7	7,9	7,8	:	9,1	8,3	8,2	7,5	7,5(p)
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	4,8	4,3	5
Portugal	3,6	3,2	3,5	3,3	3,4	3,5	3,0(b)	3,4	3,4	3,3	2,9	3,6
Slowenien	:	:	:	:	:	:	:	:	:	7,6	9,1	15,1(b)
Slowakei	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	9	4,8(b)
Finnland	:	:	:	:	16,3	15,8	16,1	17,6	19,6(b)	19,3	18,9	17,6(b)
Schweden	:	:	:	:	26,5	25	:	25,8	21,6	17,5(b)	18,4	34,2(b)
Vereinigtes Königreich	12,5	10,8	11,5	:	:	:	:	19,2	21,1	21,7	22,3	21,3
Island	:	:	:	14,1	15,7	16,5	19,3	20,2	23,5	23,5	24	24,0(p)
Norwegen	:	:	:	:	16,5	16,4	:	:	13,3	14,2	13,3	21,3(b)

Lebenslanges Lernen bezieht sich auf Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die angegeben haben, sie hätten vier Wochen vor der Erhebung an einer Ausbildung bzw. einem Unterricht teilgenommen (Zähler). Der Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse und schließt diejenigen aus, die auf die Frage „Teilnahme an Ausbildung bzw. Unterricht“ nicht geantwortet haben. Zähler und Nenner stammen beide aus der EU-Arbeitskräfteerhebung. Die Informationen beziehen sich lediglich auf Ausbildung und Unterricht insgesamt, unabhängig von der Relevanz der gegenwärtigen bzw. künftigen Beschäftigung der Befragten.

Alter ist kein Hindernis für den Bildungserwerb. Die nordischen Länder verzeichneten 2003 die höchsten Anteile von 25- bis 64-Jährigen, die an einer Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme teilnahmen: In Schweden (34,2 %) waren dies mehr als drei Mal so viel wie im Durchschnitt

von EU-15. Es folgten das Vereinigte Königreich (21,3 %) und Dänemark (18,9 %). Gering ist der Anteil der Personen im Alter von 25 bis 64 Jahren, die eine Ausbildung absolvieren in Portugal (3,6 %), Griechenland (3,7 %), Malta (4,2 %), Litauen (4,5 %) und Italien (4,7 %).

Arbeit und Arbeitsmarkt

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Erwerbstätigkeit nach Hauptmerkmalen (Wirtschaftszweig, Beruf, Stellung im Beruf, Alter und Geschlecht)
- Geleistete Arbeitsstunden
- Vollzeit- und Teilzeitarbeit
- Befristete Arbeitsverhältnisse
- Zu sozial unverträglichen Stunden geleistete Arbeit
- Arbeitslosigkeit nach Hauptmerkmalen (Dauer, Merkmale der letzten Tätigkeit, Alter, Geschlecht, Bildungsgrad)
- Erwerbs- und Arbeitslosenquoten
- Arbeitsmarkt und Haushaltszusammensetzung

Arbeitsmarktstatistiken im Blickfeld der EU-Politik

Die Beschäftigung ist für die Europäische Union immer von hoher politischer Bedeutung. Arbeitsmarktstatistiken stehen daher im Blickfeld vieler Politikbereiche der EU.

In den Vertrag von Amsterdam (1997) wurde ein spezielles Kapitel zur Beschäftigung aufgenommen. Im November 1997 wurden auf der Sondertagung des Europäischen Rates in Luxemburg europäische Leitlinien für die Beschäftigungspolitik angenommen, die darauf abzielten, die Arbeitslosigkeit zu verringern, die Beschäftigungsquoten dauerhaft zu heben und die geschlechtsspezifischen Unterschiede abzubauen.

Auf dem Lissabonner Gipfel (Frühjahr 2000) wurden Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze auf die europäische Tagesordnung gesetzt. Für das Jahr 2010 wurden die folgenden Quoten als Zielvorgaben festgelegt:

- 70 % Gesamterwerbsquote;
- 60 % Frauenerwerbsquote.

Auf dem Gipfel von Stockholm (Frühjahr 2001) wurde zusätzlich eine Erwerbsquote für Menschen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren festgelegt, die bis 2010 bei 50 % liegen soll. Außerdem wurde als Zwischenziel vereinbart, bis 2005 die Gesamter-

werbsquote auf 67 % und die Erwerbsquote der Frauen auf 57 % anzuheben.

Die Arbeitskräfteerhebung: ein unverzichtbares Instrument zur Beobachtung des Arbeitsmarkts

In diesem Zusammenhang spielt die Erhebung über Arbeitskräfte in der Europäischen Union eine ständig wachsende Rolle. Sie ist inzwischen ein von allen Seiten anerkanntes, unverzichtbares Instrument, um die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten und die geeigneten





politischen Maßnahmen zu ergreifen. Die Arbeitskräfteerhebung stellt in diesen Bereichen die einzige Informationsquelle dar, die Daten liefert, die sich tatsächlich miteinander vergleichen lassen. Die Definitionen und Verfahren sind für alle Mitgliedstaaten harmonisiert. Die Arbeitskräfteerhebung ist die wichtigste Datenquelle für diesen Abschnitt.

Vergleichbare Daten über den europäischen Arbeitsmarkt

Ein Ziel der Arbeitskräfteerhebung ist die Erfassung der erwerbsfähigen Bevölkerung der Europäischen Union (Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren), die sich aus Erwerbstätigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen zusammensetzt.

Die Arbeitskräfteerhebung liefert umfassende Informationen über diese drei Personengruppen. Zur Beschreibung der Situation der Beschäftigten werden Daten über eine Reihe von Merkmalen erhoben, z. B. über Bildung, Wirtschaftszweig und Beruf sowie über Teilzeitarbeit, befristete/unbefristete Arbeitsverhältnisse und Stellensuche. Die Daten im Eurostat-Jahrbuch beziehen sich auf die Situation im Frühjahr.

Die umfangreichen Informationen aus der Arbeitskräfteerhebung sind Gegenstand zahlreicher Ausgaben der Reihe Statistik kurz gefasst. Die vollständige Liste der insgesamt über 100 Variablen zur Arbeitskräfteerhebung findet sich in der Publikation Labour force survey – Methods and Definitions, Ausgabe 2001.

Erwerbstätige Jahresdurchschnitt; in 1 000

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU-15	157 911	155 448	155 328	156 404	157 370	158 900	161 643	164 441	167 732	169 807	170 548	170 960
Eurozone	120 243	118 257	117 915	118 647	119 231	120 322	122 462	124 686	127 481	133 198	133 888	134 093
Belgien	3 853	3 828	3 812	3 839	3 851	3 886	3 957	4 011	4 088	4 149	4 136	4 115
Tschechische Republik	:	:	:	4 959	4 968	4 933	4 863	4 761	4 728	4 724	4 760	4 731
Dänemark	2 600	2 562	2 599	2 642	2 652	2 675	2 718	2 776	2 784	2 792	2 782	2 755
Deutschland	37 878	37 365	37 304	37 382	37 270	37 208	37 616	38 077	38 752	38 917	38 668	38 248
Estland	:	:	:	634	619	619	608	581	572	577	584	593
Griechenland	3 807	3 838	3 834	3 820	3 805	3 784	3 940	3 941	3 935	3 921	3 914	3 966
Spanien	13 772	13 381	13 318	13 572	13 745	14 147	14 698	15 209	15 744	16 107	16 343	16 646
Frankreich	22 742	22 449	22 483	22 682	22 767	22 867	23 215	23 680	24 308	24 720	24 888	24 934
Irland	1 155	1 170	1 220	1 274	1 324	1 408	1 522	1 617	1 692	1 741	1 765	1 797
Italien	22 920	22 348	22 017	21 993	22 130	22 215	22 448	22 698	23 128	23 581	24 008	24 286
Zypern	:	:	:	:	288	287	290	294	302	:	:	:
Lettland	1 294	1 205	1 083	1 046	1 018	1 037	1 043	1 038	1 038	:	:	:
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	:	1 585	1 522	1 411	1 442
Luxemburg	201	204	209	214	220	226	237	248	262	277	286	292
Ungarn	:	:	:	3 623	3 605	3 611	3 675	3 792	3 829	3 845	3 856	3 969
Malta	:	:	:	:	:	:	132	131	134	138	137	:
Niederlande	6 986	6 986	7 036	7 143	7 308	7 544	7 742	7 946	8 124	8 274	8 349	8 316
Österreich	3 959	3 934	3 929	3 928	3 904	3 924	3 965	4 020	4 050	4 076	4 066	4 079
Polen	:	:	:	14 791	14 969	15 177	15 354	14 757	14 526	14 207	13 782	13 617
Portugal	4 602	4 545	4 570	4 567	4 629	4 744	4 868	4 928	5 029	5 098	5 107	5 064
Slowenien	:	:	:	:	:	:	:	:	900	905	899	898
Slowakei	:	:	:	2 107	2 156	2 129	2 120	2 063	2 025	2 037	2 016	2 061
Finnland	2 177	2 047	2 018	2 056	2 084	2 154	2 197	2 253	2 304	2 338	2 360	2 350
Schweden	:	4 077	4 041	4 103	4 069	4 015	4 078	4 163	4 264	4 345	4 352	4 341
Vereinigtes Königreich	26 933	26 714	26 940	27 191	27 614	28 104	28 446	28 876	29 267	29 472	29 526	29 771

Der Indikator „Erwerbstätige (Männer und Frauen)“ bezieht sich auf alle Personen, die gegen Bezahlung oder zur Erzielung eines Gewinns gearbeitet oder eine vorhandene Erwerbstätigkeit vorübergehend nicht ausgeübt haben. Dazu zählen auch mithelfende Familienangehörige.

Im Jahr 2002 gab es in den damaligen 15 EU-Mitgliedstaaten mehr als 170 Millionen Beschäftigte.

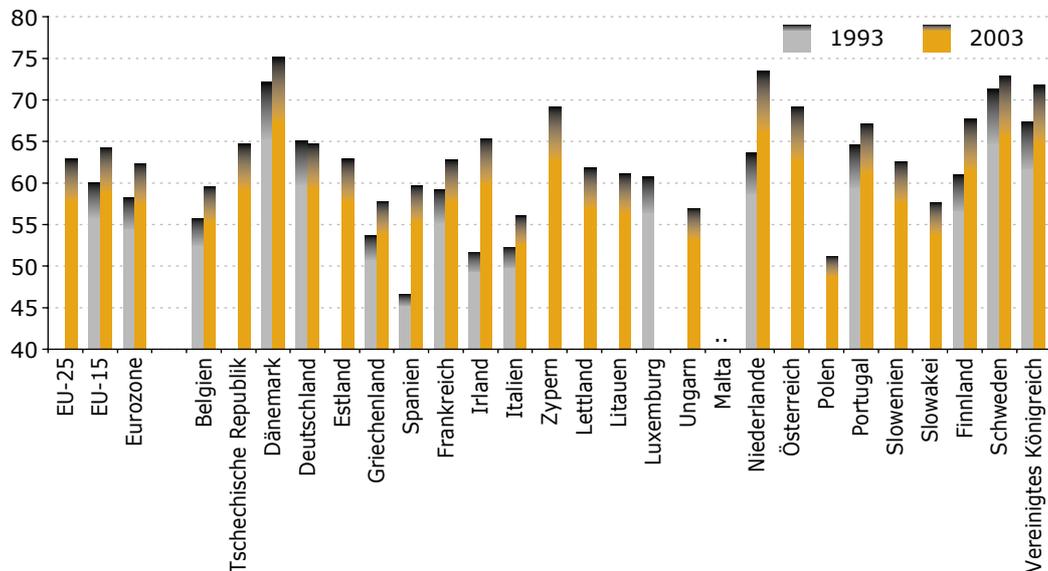


2003 belief sich die Beschäftigungsquote in den 25 heutigen EU-Ländern auf 62,9 %. Die Werte der einzelnen Länder lagen zwischen 51,2 % in

Polen und 75,1 % in Dänemark. Die Beschäftigungsquote der Frauen (55 %) war niedriger als die der Männer (71 %).

Beschäftigungsquote insgesamt

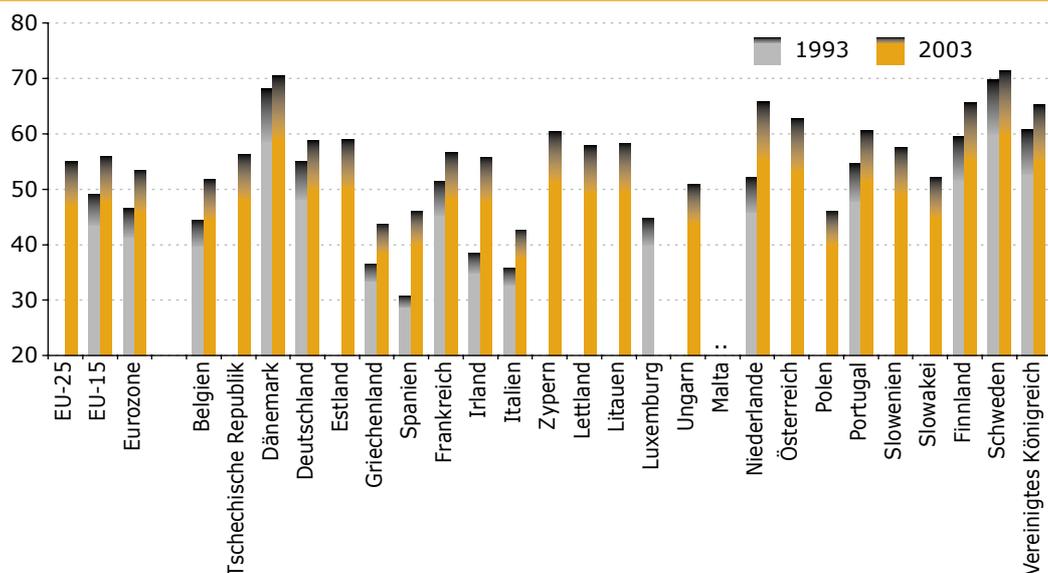
In %



Die Erwerbsquote ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren durch die Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Der Indikator bezieht sich auf die EG-Arbeitskräfteerhebung. Sie deckt die in privaten Haushalten lebende Bevölkerung ab, schließt jedoch kollektive Haushalte wie Pensionen, Studentenwohnheime und Krankenhäuser aus. Die Erwerbsbevölkerung besteht aus Personen, die während der Referenzwoche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend waren.

Beschäftigungsquote für Frauen

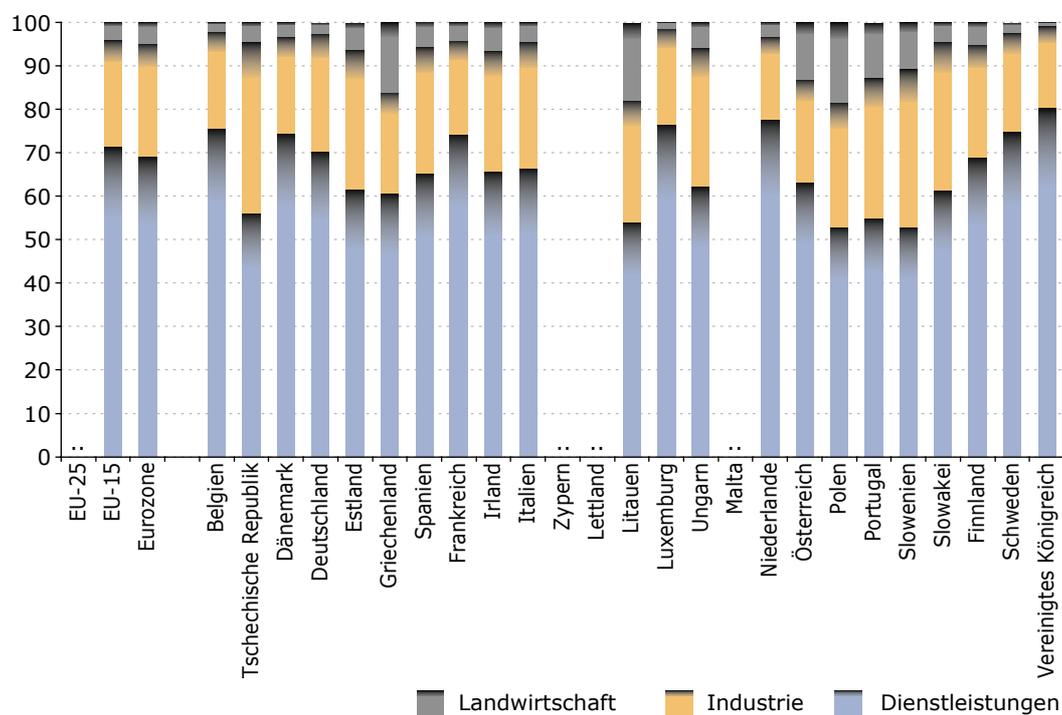
In %



Die weibliche Erwerbsquote ergibt sich aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen Frauen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren durch die weibliche Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Der Indikator bezieht sich auf die EG-Arbeitskräfteerhebung. Sie deckt die in privaten Haushalten lebende Bevölkerung ab, schließt jedoch kollektive Haushalte wie Pensionen, Studentenwohnheime und Krankenhäuser aus. Die Erwerbsbevölkerung besteht aus Personen, die während der Referenzwoche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend waren.

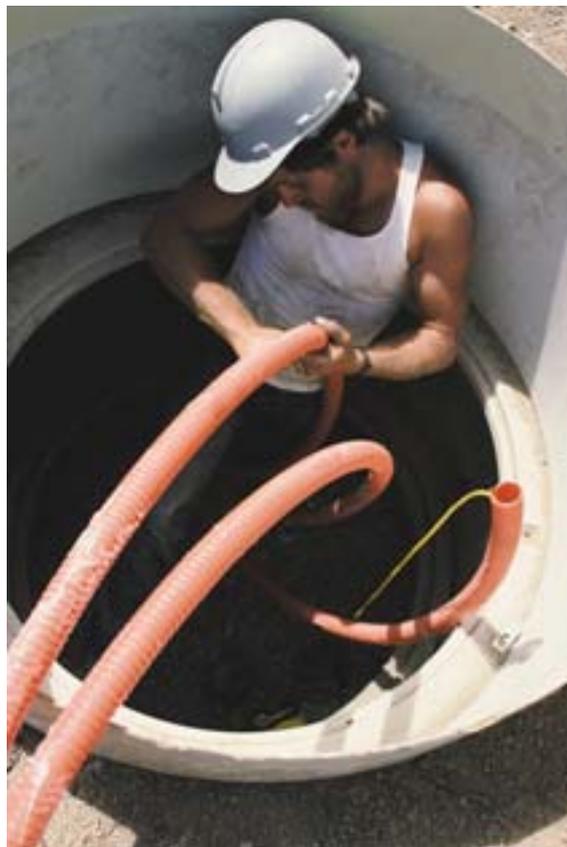
Beschäftigung in den verschiedenen Wirtschaftssektoren im Jahr 2003

Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %



Erwerbstätige nach Sektoren als Anteil an allen Erwerbstätigen. Erwerbstätige sind Personen, die gegen Bezahlung oder zur Erzielung eines Gewinns gearbeitet oder eine vorhandene Erwerbstätigkeit vorübergehend nicht ausgeübt haben. Dazu zählen auch mithelfende Familienangehörige.

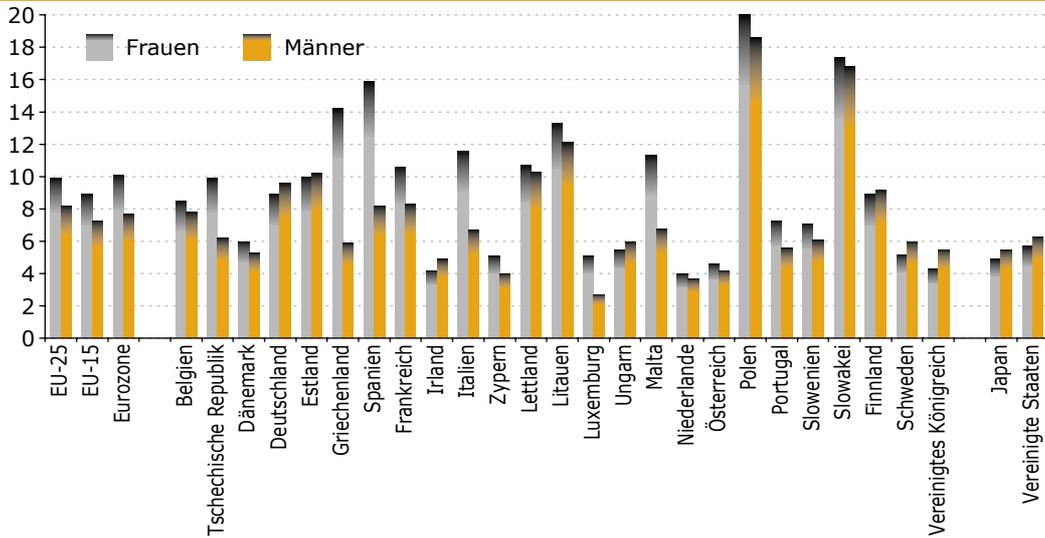
Erhebliche Unterschiede sind in der Beschäftigungsstruktur der EU-Länder festzustellen: 2003 lag die Beschäftigung in der Landwirtschaft über der 10%-Marke in Polen (18 %), Litauen (18 %), Griechenland (16 %), Österreich (13 %), Portugal (13 %) und Slowenien (11 %), während sie in vielen anderen Ländern nur etwa 5 % oder weniger betrug. Den höchsten Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungssektor wiesen das Vereinigte Königreich (80 %), die Niederlande (78 %), Luxemburg (77 %) und Belgien (76 %) auf.





Arbeitslosenquote der Männer und Frauen im Jahr 2003

Prozentualer Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung



2

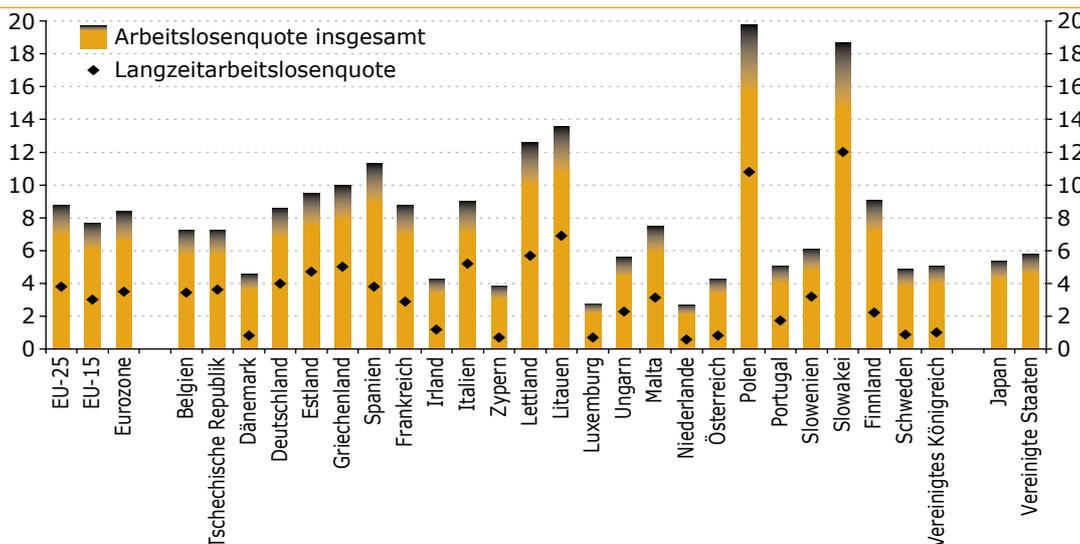
Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbsbevölkerung ist die Summe der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen. Zu den Arbeitslosen zählen alle Personen von 15 bis 74 Jahren, a) die während der Berichtswoche ohne Arbeit waren; b) die gegenwärtig für eine Beschäftigung verfügbar waren, d. h. Personen, die innerhalb der zwei auf die Berichtswoche folgenden Wochen für eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit verfügbar waren; c) die aktiv auf Arbeitssuche waren, d. h. Personen, die innerhalb der letzten vier Wochen (einschließlich der Berichtswoche) spezifische Schritte unternommen haben, um eine abhängige Beschäftigung oder eine selbständige Tätigkeit zu finden oder die einen Arbeitsplatz gefunden haben, die Beschäftigung aber erst später, d. h. innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Monaten aufnehmen.

Die Arbeitslosigkeit ist in der Europäischen Union nach wie vor ein Problem: Im Jahr 2002 lag die Arbeitslosenquote in den 25 Ländern, die heute die Europäische Union bilden, bei 8,8 %. 3,9 % der Erwerbsbevölkerung waren

„Langzeitarbeitslose“, d. h. länger als ein Jahr ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote bei den Frauen (2003: 9,9 %) ist höher als bei den Männern (2003: 8,2 %).

Gesamt- und Langzeitarbeitslosigkeit im Jahr 2002

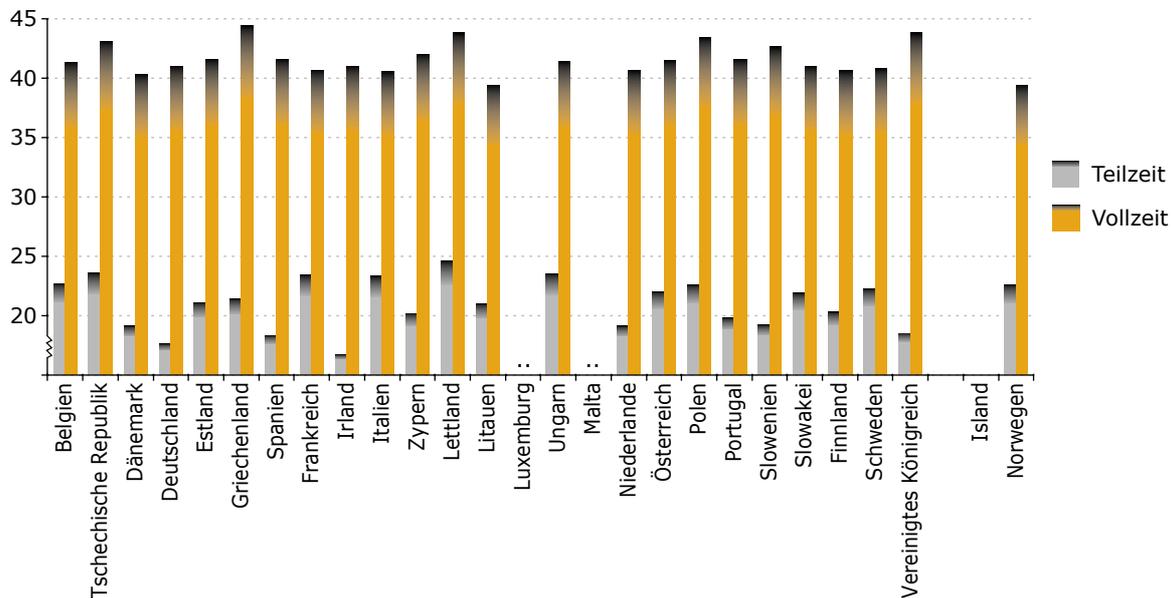
Prozentualer Anteil der (Langzeit-)Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung insgesamt



Langzeitarbeitslose Personen (zwölf Monate und mehr) sind mindestens 15 Jahre alt und leben nicht in kollektiven Haushalten; sie sind in den nächsten zwei Wochen weiter arbeitslos, sind imstande, eine neue Arbeit in den zwei nächsten Wochen anzutreten und suchen Arbeit (haben in den vorigen vier Wochen intensiv Arbeit gesucht oder suchen nicht mehr, weil sie bereits eine Arbeitsstelle, die sie später antreten werden, gefunden haben). Die gesamte Erwerbsbevölkerung ergibt sich aus der Gesamtzahl der beschäftigten und unbeschäftigten Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeitsdauer ist definiert als der Zeitraum, in welchem Arbeit gesucht wird, oder als abgelaufene Periode seit der letzten Tätigkeit (wenn diese Periode kürzer ist als der Zeitraum, in welchem Arbeit gesucht wird).

Arbeitsstunden pro Woche im Jahr 2003

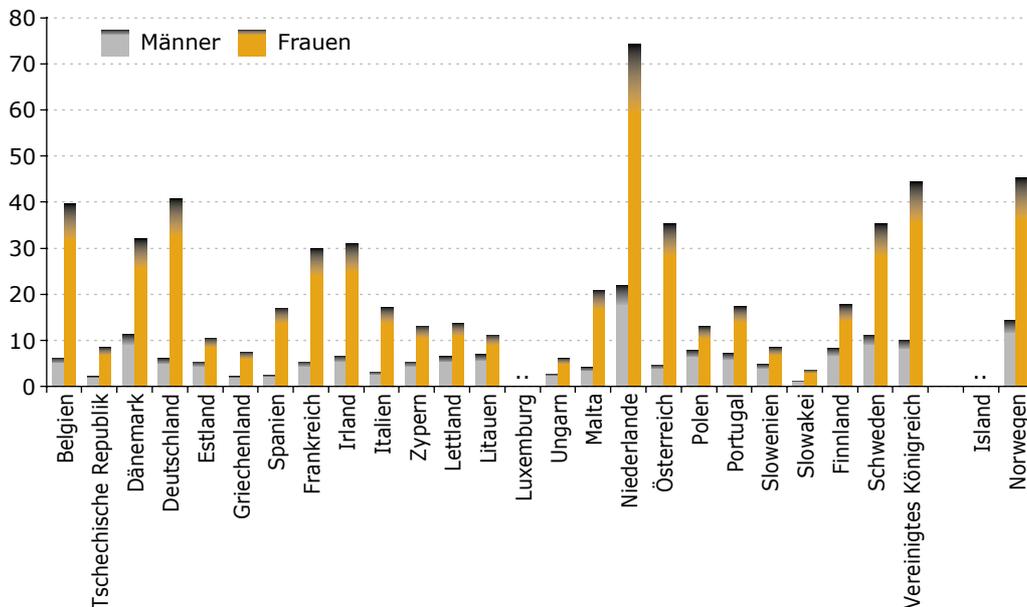
Frühjahr



Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden ist die Zahl der normalerweise geleisteten Arbeitsstunden. Dazu zählen alle Arbeitsstunden einschließlich der normalerweise geleisteten (bezahlten oder unbezahlten) Überstunden. Nicht eingeschlossen sind die Fahrzeiten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz sowie die Haupt-Essenspausen (normalerweise zur Mittagszeit). Die Unterscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeittätigkeit wird anhand der spontanen Antworten der Befragten getroffen.

Teilzeitbeschäftigte im Jahr 2003

Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %; Frühjahr



Erwerbstätige sind Personen, die während der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Bezahlung oder zur Erzielung eines Gewinns gearbeitet oder eine vorhandene Erwerbstätigkeit vorübergehend nicht ausgeübt haben. Dazu zählen auch mithelfende Familienangehörige. Die Unterscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeittätigkeit wird anhand der spontanen Antworten der Befragten getroffen. Eine genauere Unterscheidung zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung ist nicht möglich, weil die Arbeitszeiten je nach Mitgliedstaat und Wirtschaftszweig unterschiedlich sind.

Teilzeitbeschäftigung ist bei Frauen nach wie vor deutlich weiter verbreitet als bei Männern.

Daten zur Arbeitsmarktpolitik

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Arbeitsmarktpolitik – Gesamtausgaben
- Arbeitsmarktpolitik – Ausgaben nach Kategorie
- Arbeitsmarktpolitik – Ausgaben nach Empfänger der Transfers
- Detaillierte Arbeitsmarktausgaben nach Kategorie und Land
- Gesamtzahl der Teilnehmer (Bestände) an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Kategorie
- Gesamtzahl der Teilnehmer (Zugänge) an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Kategorie
- Detaillierte Angaben zu Teilnehmern an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Kategorie und Land

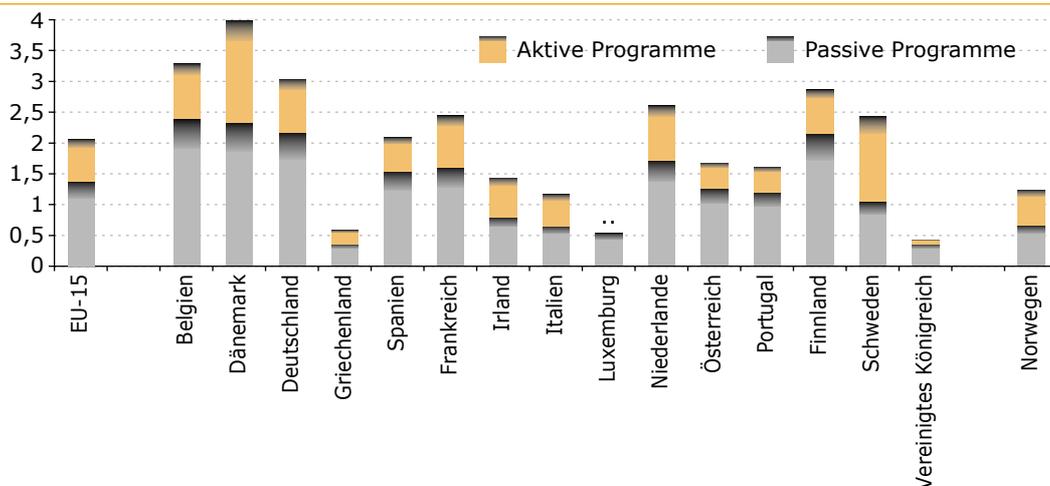
2

Arbeitsmarktpolitik

Arbeitsmarktpolitik (AMP) hat definitionsgemäß einen begrenzten Wirkungskreis und umfasst nur diejenigen Maßnahmen der Politik, die sich an Arbeitslose und andere Gruppen von Personen richten, denen es besonders schwer fällt, in den Arbeitsmarkt einzutreten oder dort ihre Stellung zu behaupten. Die wichtigste Zielgruppe sind die bei den öffentlichen Arbeitsverwaltungen registrierten Arbeitslosen. Öffentliche Ausgaben für AMP sollten jedoch nicht einzig und allein als Ausdruck des politischen Willens zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit interpretiert werden. Vielmehr ist die unterschiedliche Höhe der Ausgaben auch durch Faktoren wie die

demografische Situation und das Pro-Kopf-BIP der einzelnen Länder bedingt. Ausgaben für gezielte Programme für Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatztausch/Jobsharing, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, direkte Beschäftigungsschaffung und Gründungsinitiativen gelten gewöhnlich als aktive Ausgaben, Ausgaben für die Einkommensunterstützung für Arbeitslose und den Vorruhestand als passive Ausgaben. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die Wahrung des Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung in den vergangenen Jahren verstärkt an individuelle Aktivitäten der Arbeitssuche gebunden wurde und auch aktive Maßnahmen der öffentlichen Arbeitsverwaltungen beinhalten kann.

Öffentliche Ausgaben für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in EU-15 im Jahr 2002
In % des BIP

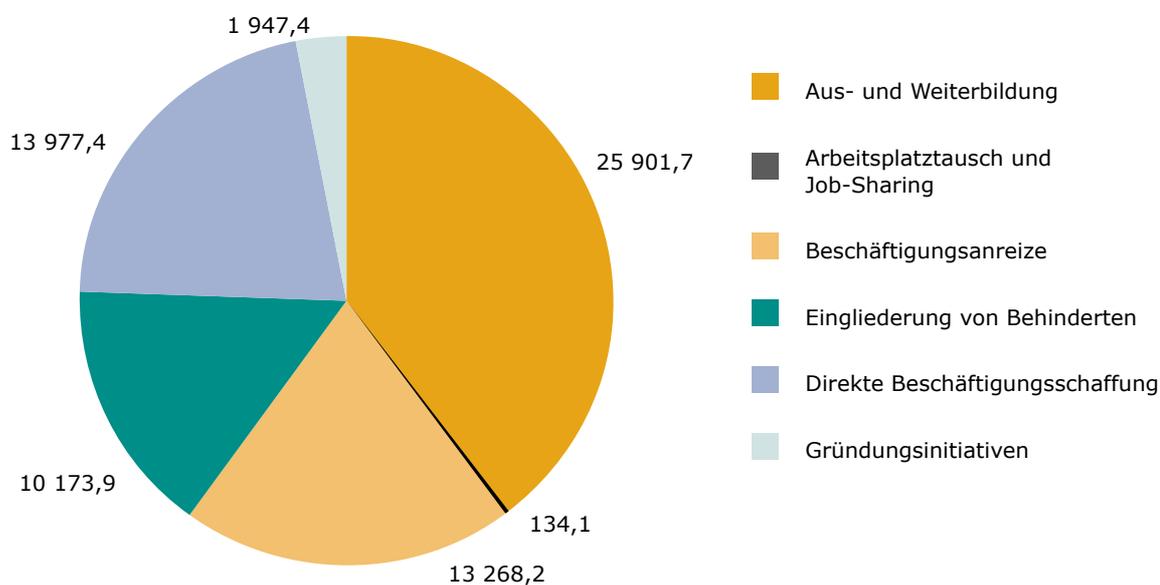


EU-15, aktive Programme: geschätzte Werte.

Staatliche Ausgaben für Arbeitsmarktmaßnahmen richten sich gezielt an Arbeitslose, von der Arbeitslosigkeit bedrohte Personen und Nichterwerbspersonen, die in den Arbeitsmarkt eintreten möchten. Die Gesamtausgaben umfassen zwei Gruppen von Maßnahmen: Kategorien 2-7 - Ausgaben für aktive Arbeitsmarktprogramme mit Bezug zu Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatztausch und Job-Sharing, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, direkte Beschäftigungsbeschaffung und Gründungsinitiativen und Kategorien 8-9 - Ausgaben für passive Arbeitsmarktprogramme wie Einkommensunterstützung für Arbeitslose (vorwiegend Arbeitslosenleistungen) und Vorruhestand.

Ausgaben für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in EU-15 im Jahr 2002

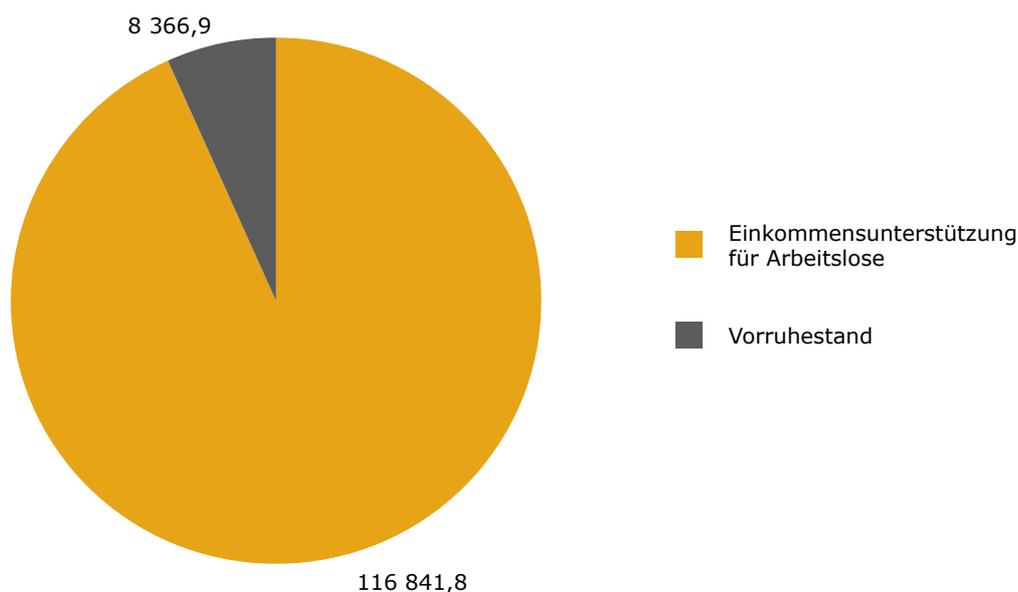
In Mio. EUR



Die arbeitsmarktpolitischen Gesamtausgaben für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen umfassen die staatlichen Ausgaben für Programme für Arbeitslose, von der Arbeitslosigkeit bedrohte Personen und Nichterwerbspersonen. Eingeschlossen sind sechs Maßnahmenkategorien: Aus- und Weiterbildung, Arbeitsplatztausch und Job-Sharing, Beschäftigungsanreize, Eingliederung von Behinderten, direkte Beschäftigungsschaffung und Gründungsinitiativen.

Ausgaben für passive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in EU-15 im Jahr 2002

In Mio. EUR



Die arbeitsmarktpolitischen Gesamtausgaben für passive Arbeitsmarktmaßnahmen umfassen die staatlichen Ausgaben für Einkommensunterstützung für Arbeitslose (vorwiegend Arbeitslosenleistungen und sonstige Programme, mit denen Lohn- und Gehaltseinbußen ausgeglichen werden sollen) und Vorruhestand (Programme, die den vollständigen oder teilweisen Eintritt von älteren Arbeitskräften in den Vorruhestand fördern sollen).

Konsumausgaben der privaten Haushalte

Daten von Eurostat

Eurostat liefert ein breites Spektrum an Daten zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte, die nach Verwendungszweck untergliedert sind:

- Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren
- Bekleidung und Schuhe
- Wohnung (einschließlich Mieten)
- Gesundheit
- Verkehr
- Nachrichtenübermittlung
- Freizeit und Kultur
- Bildung
- Restaurants und Hotels
- Sonstiges (Körperpflege, Sozialschutz, Versicherungen usw.)

Mehr Transparenz bei der Untersuchung des privaten Verbrauchs

Für alle, die mehr über den privaten Verbrauch in der Europäischen Union erfahren wollen, stellt sich die grundlegende Frage: Wie entwickeln sich sein Volumen und die Anteile seiner Komponenten?

Das Jahrbuch von Eurostat gibt Antwort auf diese Frage. Hier finden sich Daten über die Konsumausgaben der privaten Haushalte für die so genannten „Verwendungszwecke“ des Verbrauchs (Märkte). Die Daten im Jahrbuch sind nach der „Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums“ (Coicop) untergliedert. Diese Klassifikation ist zugänglich unter

<http://europa.eu.int/comm/eurostat/ramon/> (Option „Klassifikationen“), Zeile 59 „Coicop“.

Zuverlässige Quelle, harmonisierte Definitionen

Die Daten über die Konsumausgaben der privaten Haushalte stammen aus den Statistiken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von Eurostat.

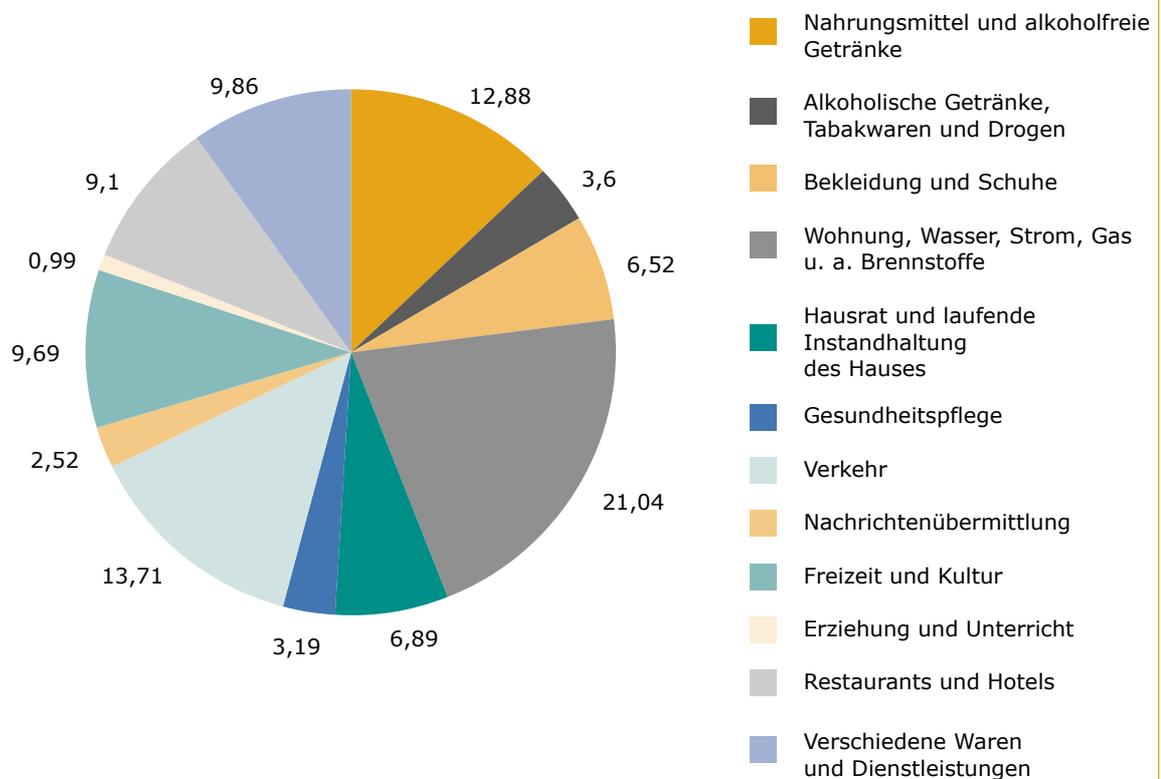


Der private Verbrauch ist der Wert der Waren und Dienstleistungen zur unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen. Darunter fallen der Kauf von Waren und Dienstleistungen, der Eigenverbrauch (z. B. von Gartenerzeugnissen) und die unterstellten Mieten für Wohnungen, die von den Eigentümern selbst genutzt werden.

Der im ESVG 95 verwendete Begriff „Konsumausgaben“ bezieht sich explizit auf die von privaten Haushalten direkt getätigten Ausgaben; der vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (NPISHs) finanzierte Teil des Verbrauchs bleibt unberücksichtigt.

Konsumausgaben der privaten Haushalte in EU-15 im Jahr 2001

In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt



Geschätzte Werte.

Im Jahr 2001 wendeten die privaten Haushalte in EU-15 ein Fünftel ihrer Gesamtausgaben für Wohnen, Wasser und die Energieversorgung der Wohnung auf (21 %). Dies ist mit Abstand der größte Posten aller Konsumausgaben. In den einzelnen Ländern lag er zwischen 29 % in

Schweden und weniger als 10 % in Zypern und Malta.

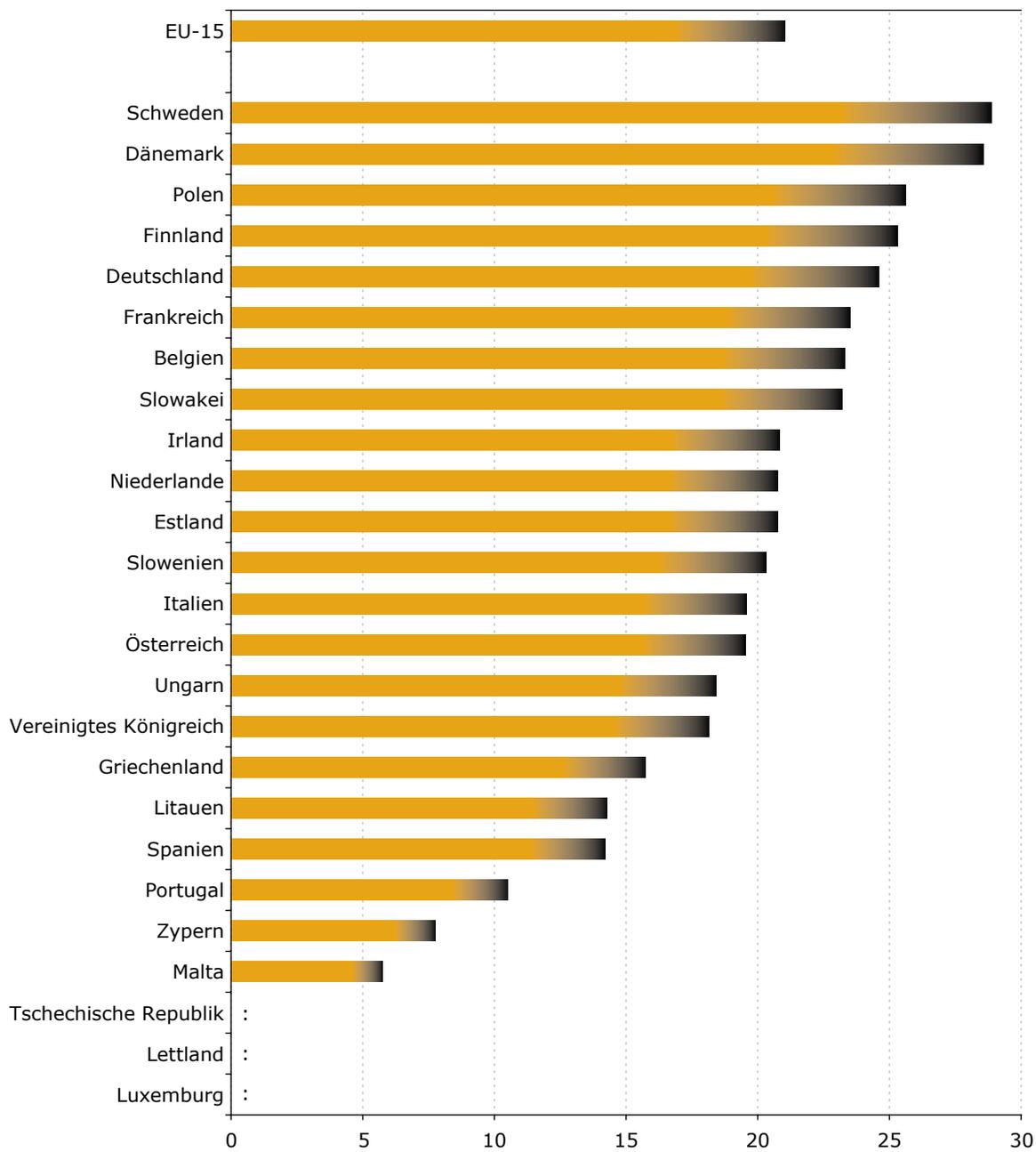
Rund 14 % der Konsumausgaben der privaten Haushalte entfielen auf den Bereich Verkehr.



Konsumausgaben der privaten Haushalte in EU-15 im Jahr 2001:

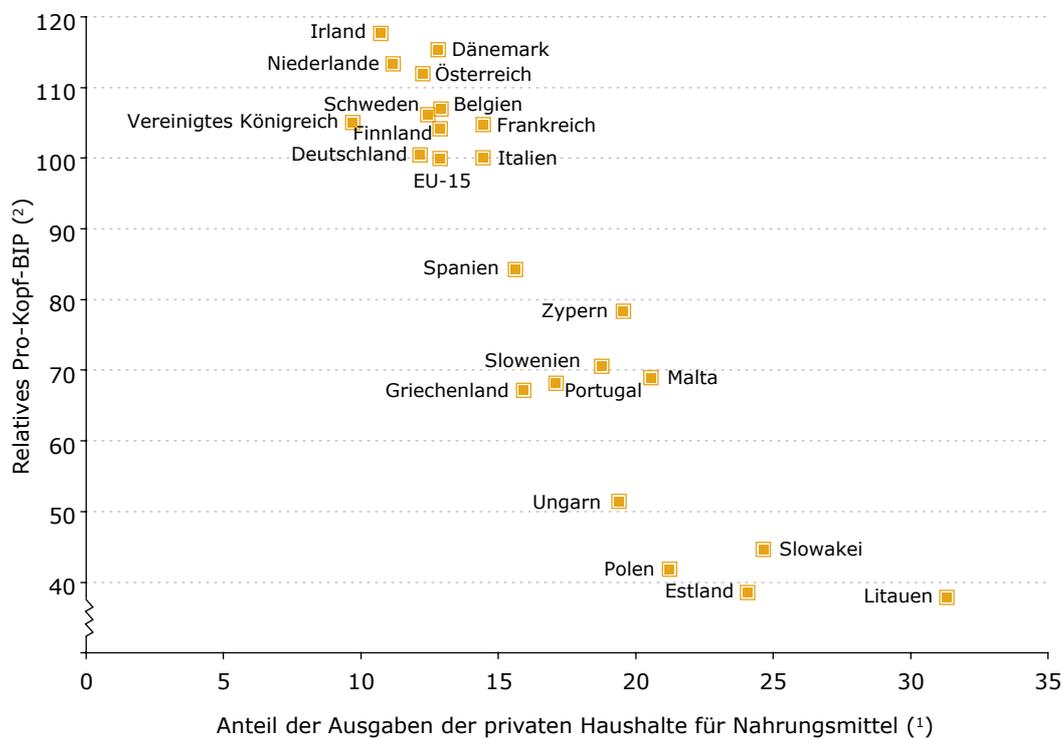
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe

In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt



Zu jeweiligen Preisen.

Ausgaben der privaten Haushalte für Nahrungsmittel ⁽¹⁾ im Verhältnis zum Pro-Kopf-BIP ⁽²⁾ im Jahr 2001



(¹) Anteil der Konsumausgaben der privaten Haushalte für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke an den Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt, in %, zu laufenden Preisen.
 (²) Bruttoinlandsprodukt in KKS pro Einwohner; EU-15 = 100.

Etwa 13 % wurden für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke aufgewendet. Dieser Anteil ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich

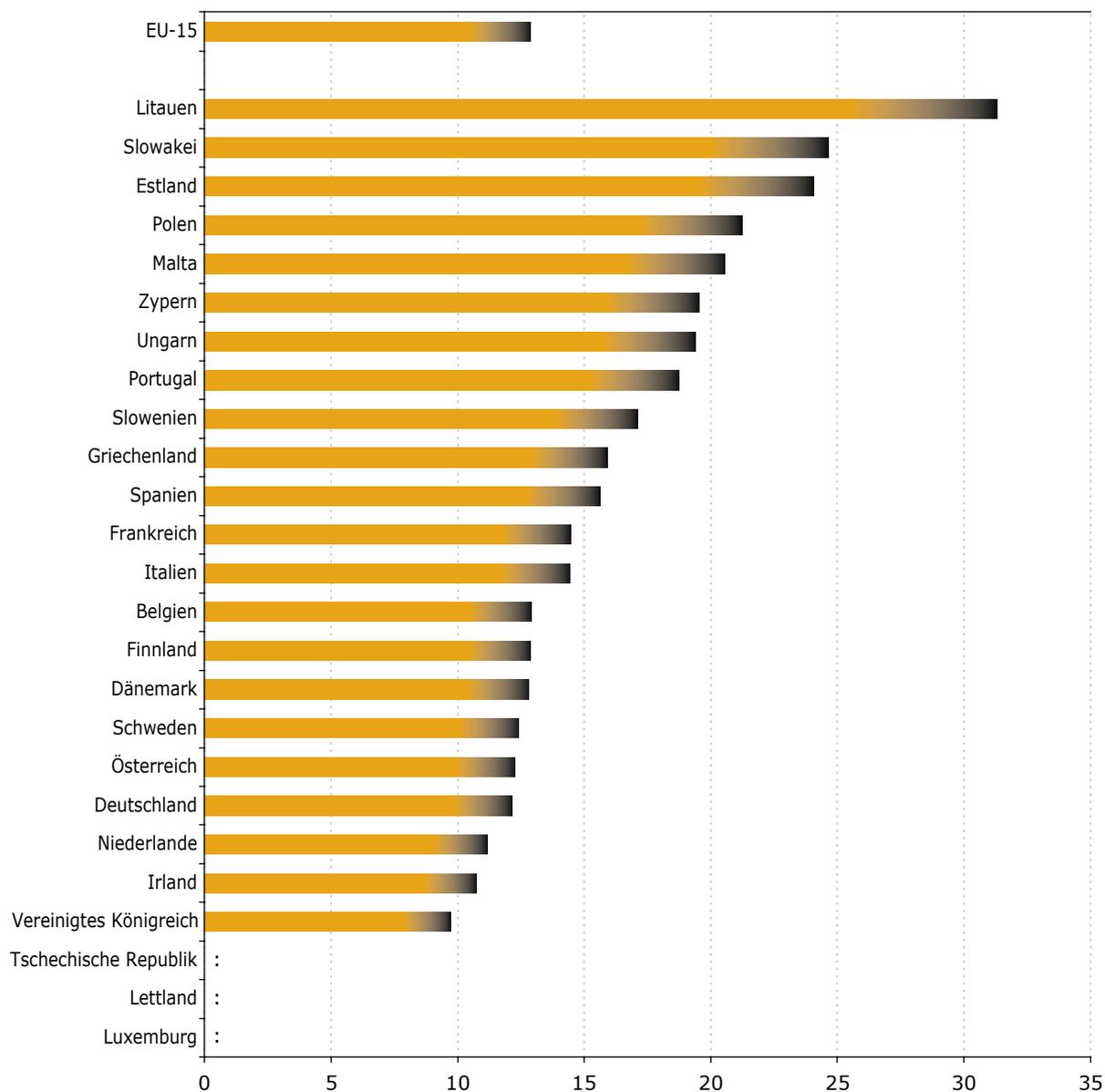
und variiert dem BIP pro Kopf: Je geringer das Pro-Kopf-BIP eines Landes, desto höher der Anteil der Nahrungsmittelausgaben.





Konsumausgaben der privaten Haushalte in EU-15 im Jahr 2001: Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke

In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt

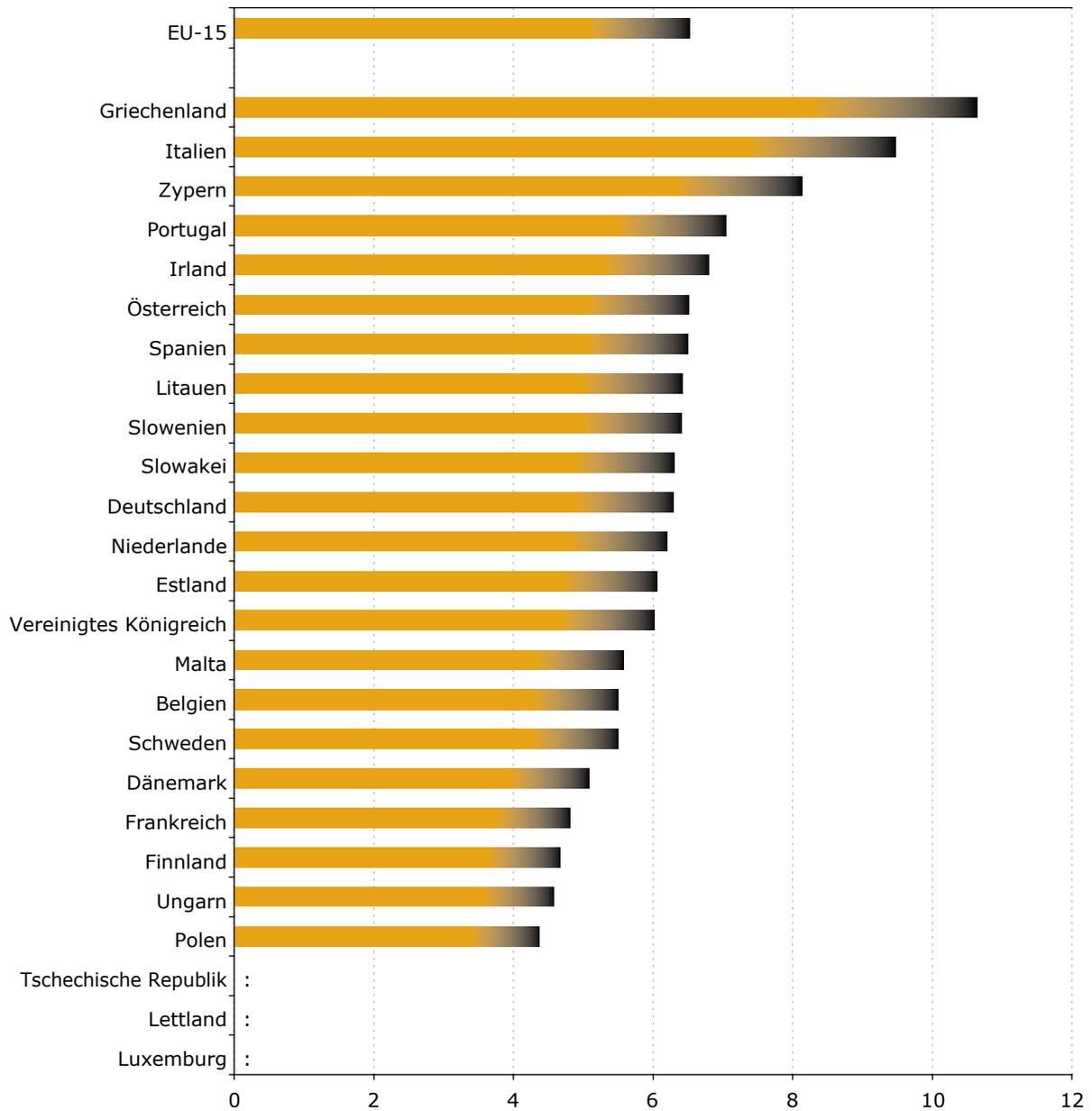


Zu jeweiligen Preisen.



Konsumausgaben der privaten Haushalte in EU-15 im Jahr 2001: Bekleidung und Schuhe

In % der Konsumausgaben der privaten Haushalte insgesamt



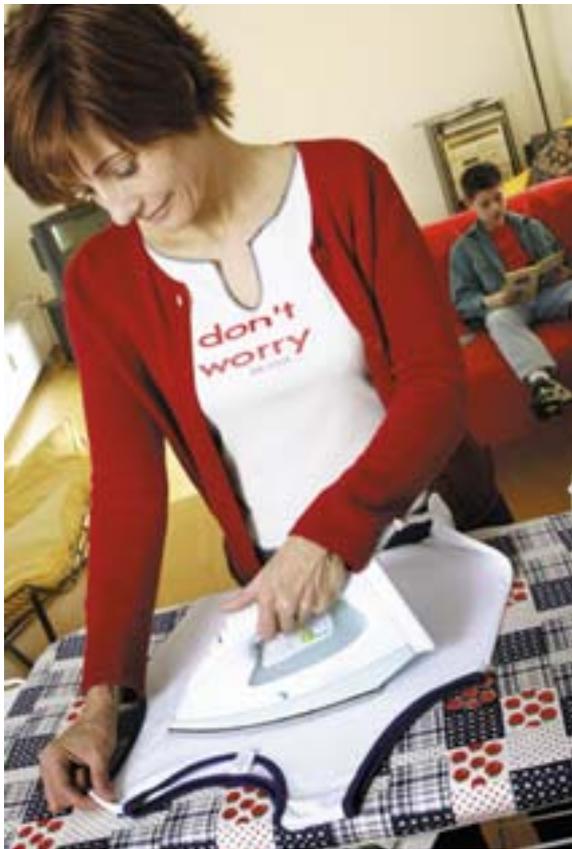
Zu jeweiligen Preisen.

Einkommen und Lebensbedingungen

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Situation der privaten Haushalte
- Ungleichheit der Einkommensverteilung
- Armutsgefährdungsquoten
- Erwerbslose Haushalte



Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung: Die Statistik beantwortet viele Fragen

Wie hoch ist das mittlere Einkommen? Sind einige Bestandteile wichtiger als andere? Besteht eine Kluft zwischen Armen und Reichen, und wenn ja, wie groß ist sie? Sind bestimmte Bevölkerungsgruppen eher von Armut bedroht als andere? Sind sie weniger gut in die Gesellschaft integriert? Ist ihr erreichter Bildungsgrad niedriger? Oder ihre Gesundheit schlechter? Oder sind ihre Familien größer?

Oder ist ihr Einkommen weniger sicher? Haben sie Zugang zu einem umfassenden Angebot an Waren und Dienstleistungen? Verändert sich ihre Situation im Laufe der Zeit? Bestehen Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern?

Seit einigen Jahren besteht ein erhöhter Bedarf an Informationen dieser Art, nachdem das sozialpolitische Kapitel in den Vertrag von Amsterdam (1997) aufgenommen wurde, das sich zur treibenden Kraft für die Erstellung der EU-Sozialstatistiken entwickelt hat. Dieser Einfluss wurde durch mehrere Tagungen des europäischen Rates verstärkt, so dass die soziale Dimension weiterhin hoch oben auf der politischen Tagesordnung steht. Eine wirksame Überwachung ist ein wichtiges Element bei der Durchführung der Strategien, die im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode vereinbart wurden.

Die statistischen Indikatoren

Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung sind multidimensionale Probleme. Um sie auf europäischer Ebene wirkungsvoll überwachen zu können, wurde im Rahmen der Strukturindikatoren, die für den jährlichen Frühjahrsbericht der Kommission an den Rat erstellt werden, eine Reihe so genannter „Indikatoren für sozialen Zusammenhalt“ entwickelt.

Woher stammen die Daten?

Zur Berechnung der Indikatoren für die EU-Mitgliedstaaten hat Eurostat in den letzten Jahren vornehmlich Mikrodaten aus dem Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaft (ECHP) verwendet. Nachdem diese Datenquelle acht



Jahre lang genutzt worden war, wurde sie 2003 durch ein neues Instrument ersetzt, die EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Einer der Hauptgründe für diesen Wechsel war die Notwendigkeit, Inhalt und Aktualität der Datenerstellung an den laufenden politischen Bedarf anzupassen.

Das ECHP ist eine „Längsschnitterhebung“ auf der Basis jährlicher Befragungen der teilnehmenden Haushalte (etwa 80 000 in der EU; die Stichproben sollen für die jeweiligen Länder repräsentativ sein). So lassen sich dieselben Teilnehmer über mehrere Jahre verfolgen und Angaben über die soziale Dynamik (z. B. den Übergang von der Ausbildung ins Erwerbsleben oder vom Erwerbsleben ins Rentenalter) erfassen, was bei einer typischen Querschnitterhebung (jährlich neue Stichproben) nicht möglich ist.

EU-SILC soll die EU-Referenzquelle für vergleichende Statistiken über Einkommensverteilung und soziale Ausgrenzung werden; dabei werden vorrangig hohe Qualität, insbesondere Vergleichbarkeit und Aktualität, und Flexibilität angestrebt. Die Statistik umfasst primär eine Querschnittsdimension, daneben auch eine Längsschnittdimension. Es wird stärker auf vorhandene einzelstaatliche Datenquellen

zurückgegriffen, um so anstelle der Eingabedaten die Ergebnisse zu harmonisieren und die Aktualität zu verbessern.

Während der Übergangsperiode trägt Eurostat die Daten von den besten verfügbaren nationalen Quellen zusammen (typischerweise Erhebungen über das Budget der Haushalte), die zum Zweck maximaler Vergleichbarkeit ex post harmonisiert werden. Dennoch sind aufgrund von Unterschieden der zugrunde liegenden Datenquellen die Ergebnisse nicht vollständig vergleichbar.

Kurze Beschreibung der Methodik

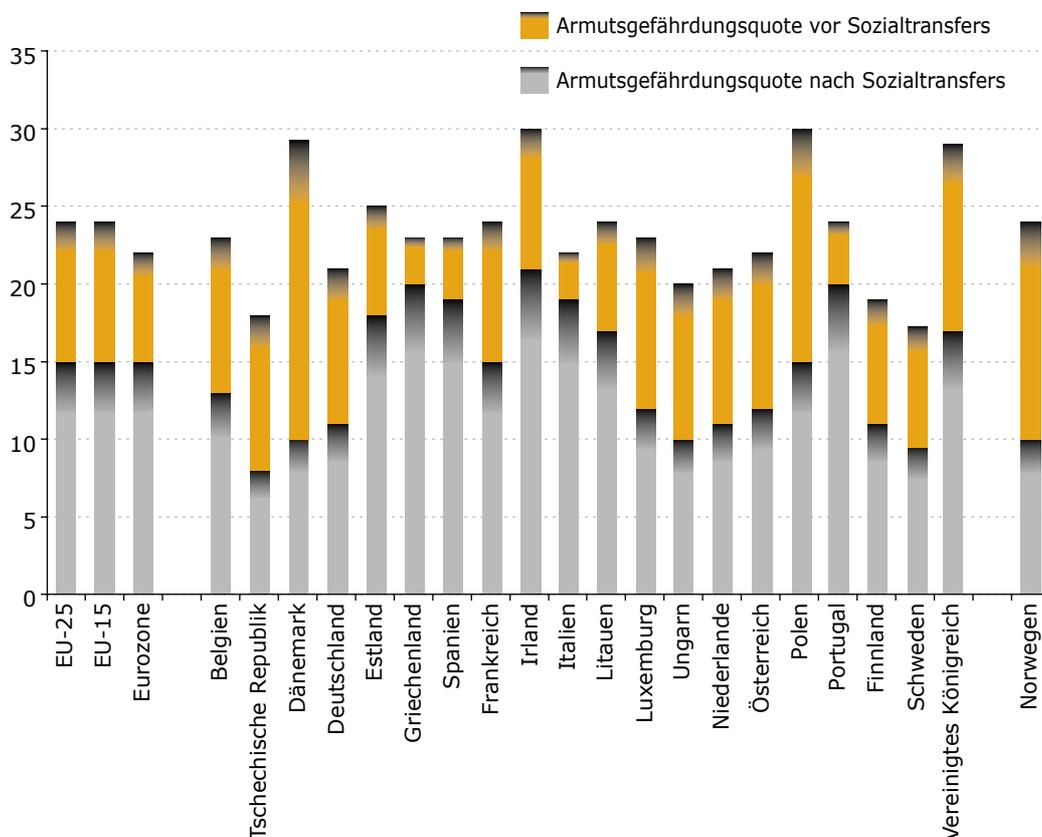
Das Haushaltseinkommen wird berechnet als Summe des gesamten monetären Einkommens, das alle Haushaltsmitglieder aus allen Quellen erhalten (einschließlich Einkünften aus Arbeit, Investmenterträgen und Sozialleistungen), abzüglich Steuern und Sozialbeiträgen. Um die Unterschiede in der Haushaltsgröße und -zusammensetzung zu berücksichtigen, wird der Gesamtbetrag unter Verwendung einer Standardskala (der so genannten „modifizierten OECD-Skala“) durch die Zahl der „Erwachsenenäquivalente“ dividiert; das Ergebnis wird dann den einzelnen Mitgliedern des Haushalts zugeordnet. Die EU-Schätzwerte werden als populationsgewichtete Durchschnitte der verfügbaren einzelstaatlichen Werte berechnet.





Armutsgefährdungsquote im Jahr 2001

Vor und nach Sozialtransfers; in %



Es liegen keine Daten für Zypern, Lettland, Malta, Slowenien und die Slowakei vor.

Quelle: Eurostat; EU-15: ECHP.USB 8. Welle (1994-2001) Version 2003, außer Dänemark: Law Model Database und Schweden: HEK-Erhebung; NMS-10: 2. Runde des Pilotprojektes, Übergangserhebung 2003; Norwegen: nationale Quelle.

Anteil von Personen mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen, vor Sozialtransfers, unter der Armutsgefährdungsschwelle, die auf 60 % des nationalen verfügbaren Median-Äquivalenzeinkommens (nach Sozialtransfers) festgelegt ist. Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung werden als Einkommen vor Sozialtransfers und nicht als Sozialtransfers verwendet.

Um den Anteil der armutsgefährdeten Personen zu messen, wird eine Schwelle von 60 % des nationalen Medianeinkommens zugrunde gelegt. Unterhalb dieser Schwelle gilt eine Person als armutsgefährdet. Die jeweiligen Anteile werden vor und nach Sozialtransfers berechnet. 2001 waren in den 25 heutigen Ländern der Europäischen Union 15 % der Bevölkerung von Armut bedroht.

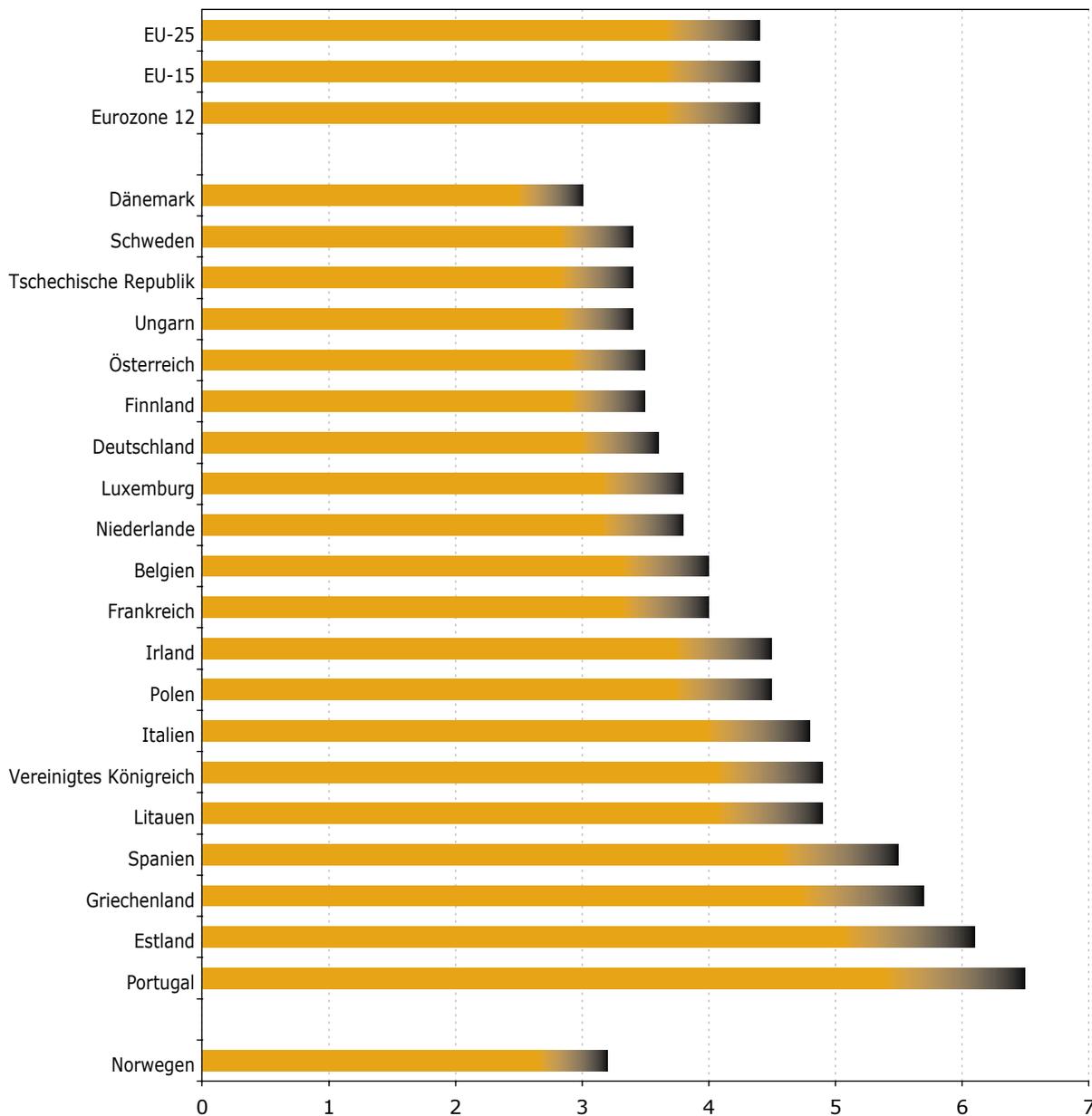
Diese Zahl weist beachtliche Unterschiede zwischen den Ländern auf: Die Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers war am höchsten in Irland (21 %), dem Vereinigten Königreich und südlichen Ländern. Sie war am niedrigsten in zentraleuropäischen und skandi-

navischen Ländern, insbesondere in der Tschechischen Republik (8 %).

Ohne Sozialtransfers wäre rund ein Viertel der Bevölkerung in der Europäischen Union von Armut gefährdet (24 %). Die Wirkung von Sozialtransfers ist am größten (Reduzierung um über 40 %) in skandinavischen und zentraleuropäischen Ländern, besonders in Dänemark (65 %). Es ist am wenigsten deutlich (Reduktion unter 20 %) in südlichen Ländern. Es ist zu beachten, dass diese Untersuchung sich nur auf Sozialtransfers ohne Pensionen bezieht. Pensionen spielen in allen Ländern eine große Rolle.

Ungleiche Einkommensverteilung im Jahr 2001

Verteilungsquintil



Bei den Aggregaten handelt es sich um Schätzwerte von Eurostat. Es liegen keine Daten für Zypern, Lettland, Malta, Slowenien und die Slowakei vor.

Quelle: Eurostat; EU-15: ECHP.USB 8. Welle (1994-2001) Version 2003, außer Dänemark: Law Model Database und Schweden: HEK-Erhebung; NMS-10: 2. Runde des Pilotprojektes, Übergangserhebung 2003; Norwegen: nationale Quelle.

Verhältnis des Gesamteinkommens von den 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberstes Quintil) zum Gesamteinkommen von den 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen (unterstes Quintil). Unter Einkommen wird das verfügbare Äquivalenzeinkommen verstanden.

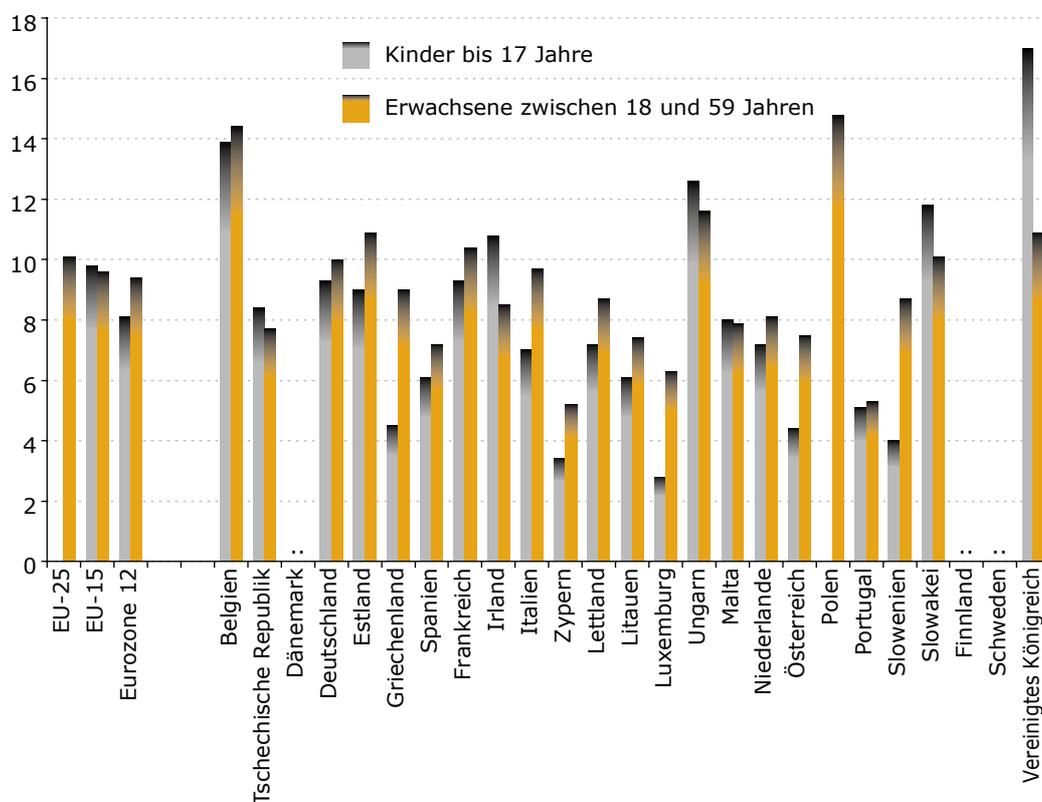
Die Ungleichheit des Einkommens ist ein heikles Thema und eine nur schwer messbare Größe. Eurostat berechnet die folgende Verhältniszahl für den Vergleich zwischen „reich“ und „arm“: das Gesamteinkommen der 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen im Verhältnis zum Gesamteinkommen der 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Ein-

kommen. In EU-25 haben 2001 die 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen mehr als vier Mal so viel Einkommen bezogen wie die 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen. Von Land zu Land variiert dieser Indikator allerdings stark; er reicht von 3,0 in Dänemark bis hin zu 6,5 in Portugal.



In erwerbslosen Haushalten lebende Personen im Jahr 2003

Kinder bis 17 Jahre und Erwachsene zwischen 18 und 59 Jahren



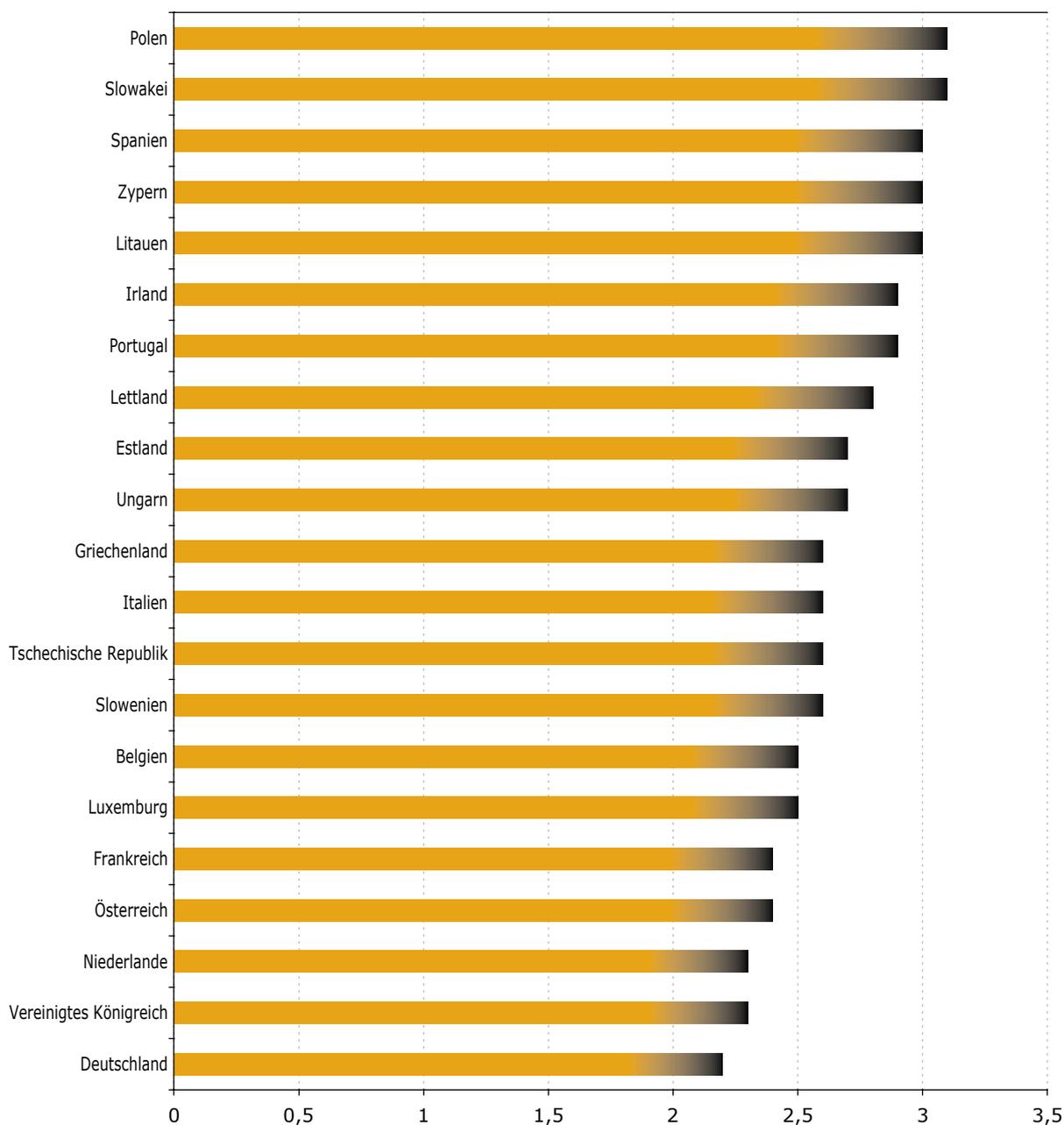
Bei den Aggregaten handelt es sich um Schätzwerte.

Die „in erwerbslosen Haushalten lebende Bevölkerung“ errechnet sich als Anteil der Personen im entsprechenden Alter in Haushalten, in denen kein Mitglied einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Studenten im Alter von 18-24 Jahren in Haushalten, die ausschließlich aus Studenten derselben Altersklasse bestehen, werden weder im Zähler noch im Nenner mitgezählt. Sowohl die Zähler als auch die Nenner stammen aus der EU-Arbeitskräfteerhebung.

Rund 10 % der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 59 Jahren lebten 2003 in EU-15 in erwerbslosen Haushalten. Bei Kindern (bis 17 Jahre) war dieser Anteil ebenso hoch.



Durchschnittliche Personenzahl pro privatem Haushalt im Jahr 2002



Es liegen keine Daten für Dänemark, Finnland und Schweden vor.

Zahl der Personen, die in privaten Haushalten leben, geteilt durch die Zahl der privaten Haushalte. Ausgeschlossen sind kollektive Haushalte wie Pensionen oder Krankenhäuser und die darin lebenden Personen.

Wohnen

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Art der Wohnung bei verschiedenen Haushaltsgruppen
- Wohnbesitzverhältnisse der Haushalte nach sozioökonomischem Status
- Fehlende Grundausstattung nach wirtschaftlichem Status der Haushalte
- Wohnungsprobleme verschiedener Haushaltsgruppen
- Beengte Wohnverhältnisse (mehr als eine Person je Raum)
- Gebrauchsgüter und ihre Erschwinglichkeit für die Haushalte
- Unzufriedenheit der Haushalte mit ihrer Wohnung
- Finanzielle Belastung der Haushalte durch die Wohnkosten

Wohnverhältnisse

Sind die Art der Wohnung oder die Wohnbesitzverhältnisse ein Indikator für das Wohlergehen eines Haushalts?

Bei der Art der Wohnung der europäischen Haushalte lassen sich zwei Tendenzen erkennen. In den südlichen Ländern scheinen Haushalte mit geringem Einkommen (Haushaltseinkommen unter 60 % des tatsächlichen laufenden Medianeinkommens) überwiegend in Häusern zu wohnen, während die Haushalte mit höherem Einkommen (Haushaltseinkommen über 140 % des tatsächlichen laufenden Medianeinkommens) vorrangig in Wohnungen leben. In den nördlichen Ländern ist die Tendenz gegenläufig.

Die Gründe für diese Unterschiede lassen sich nur schwer fassen. Die Verteilung der Haushalte auf Häuser oder Wohnungen steht im Zusammenhang mit dem Grad der Verstädterung im jeweiligen Land und der Qualität des Wohnraums.

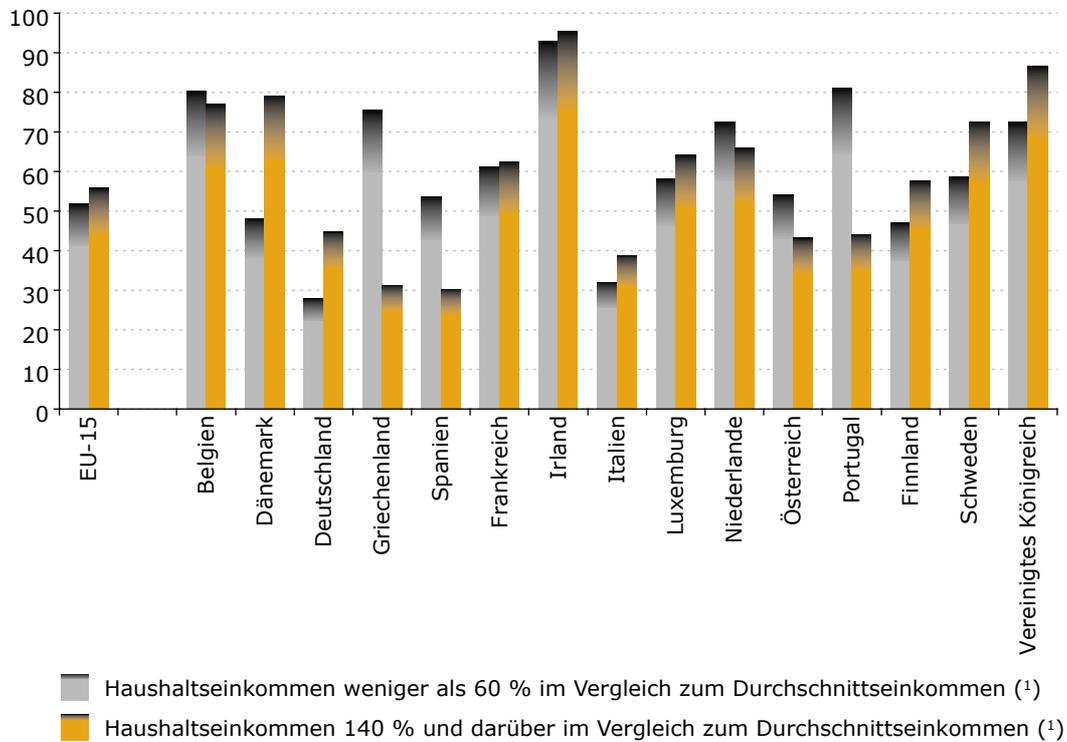
Die eigenen vier Wände

Der Anteil der Wohnungseigner ist in den südlichen Ländern höher als in den nördlichen Ländern, wo die Einkommenshöhe einen weitaus größeren Einfluss darauf hat, ob der Haushalt in seinem eigenen Haus bzw. seiner eigenen Wohnung lebt. In Anbetracht der Tatsache, dass es in den südlichen Ländern mehr Wohneigentum gibt, darf man davon ausgehen, dass viele Eigentümer dort weniger Wohnraum haben.





Anteil der Haushalte, die in einem Einfamilienhaus leben, EU-15 im Jahr 2001
In %



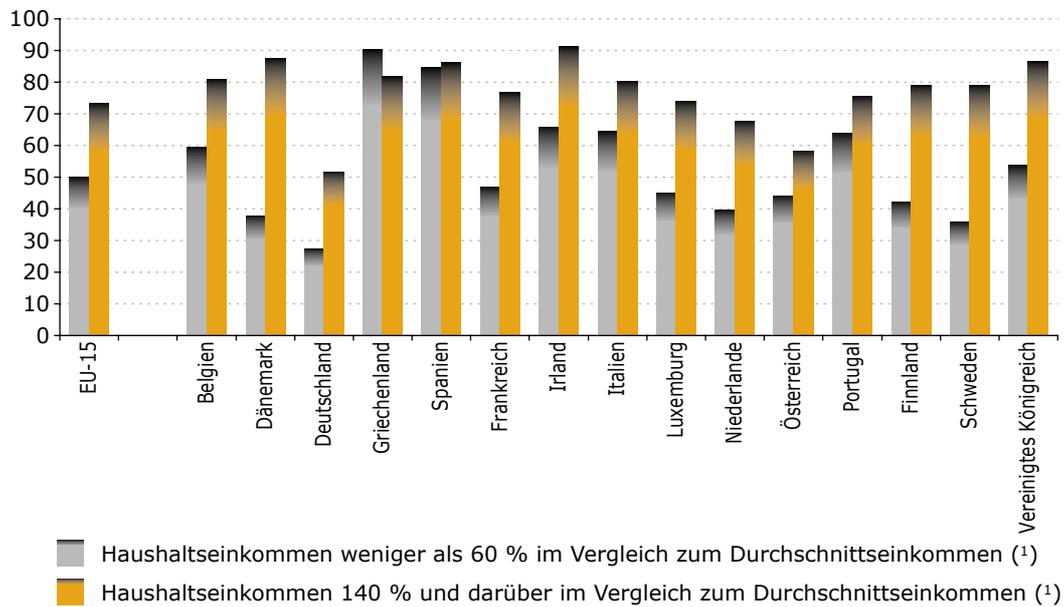
(¹) Effektives laufendes Durchschnittseinkommen (Median).

Der Indikator gibt den Anteil der Haushalte an, die ein frei stehendes Haus oder ein Reihenhaus bewohnen, nicht jedoch eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus oder eine sonstige Unterkunft. Es gibt vier Einkommensgruppen: weniger als 60 % des Medianeinkommens aller Haushalte; 60 % bis 100 %; 100 % bis 140 %; mehr als 140 %.



Anteil der Haushalte mit Wohneigentum, EU-15 im Jahr 2001

In %

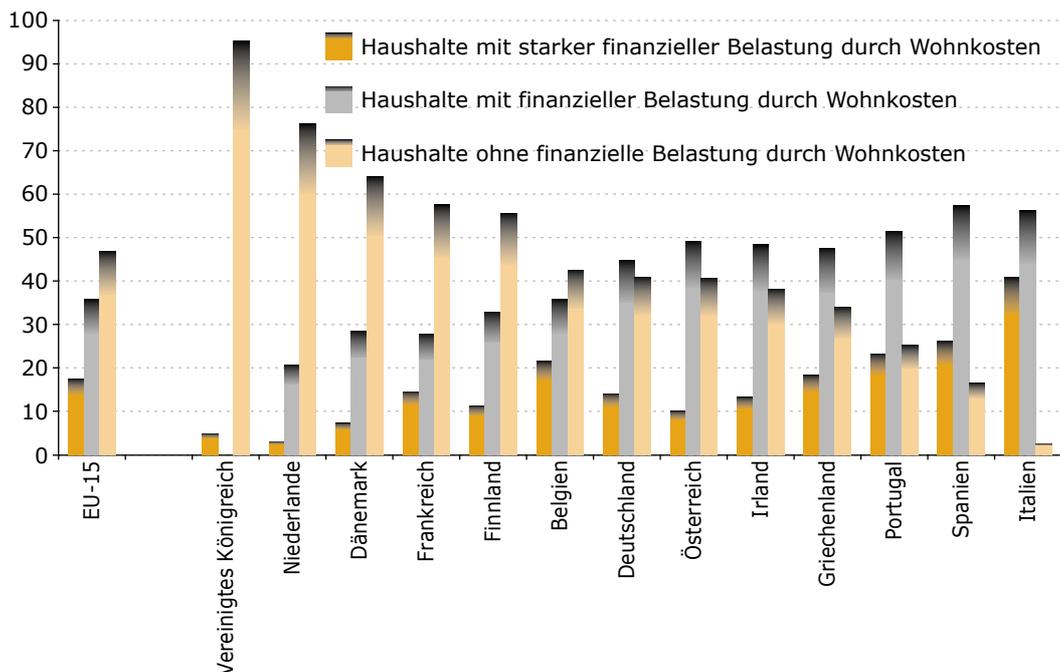


(¹) Effektives laufendes Durchschnittseinkommen (Median).

Der Indikator gibt den Anteil der Haushalte an, die Eigentümer ihres Hauses oder ihrer Wohnung sind. Es gibt vier Einkommensgruppen: weniger als 60 % des Medianeinkommens aller Haushalte; 60 % bis 100 %; 100 % bis 140 %; mehr als 140 %.

Anteil der Haushalte, in denen die Wohnkosten eine/keine finanzielle Belastung darstellen, EU-15 im Jahr 2001

In %

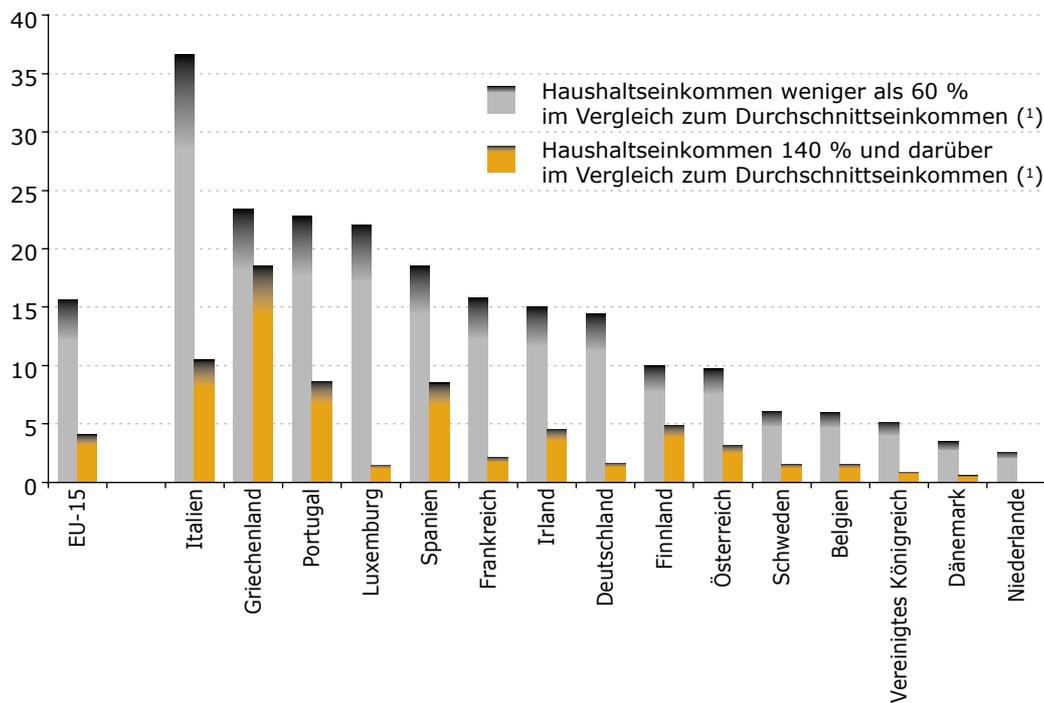


Es liegen keine Daten für Luxemburg und Schweden vor.

Der Indikator gibt den Anteil der Haushalte an, für die die Wohnkosten eine finanzielle Belastung, eine sehr schwere finanzielle Belastung oder keine finanzielle Belastung darstellen.

Prozentualer Anteil der privaten Haushalte, die in überbelegten Wohnungen wohnen, EU-15 im Jahr 2001

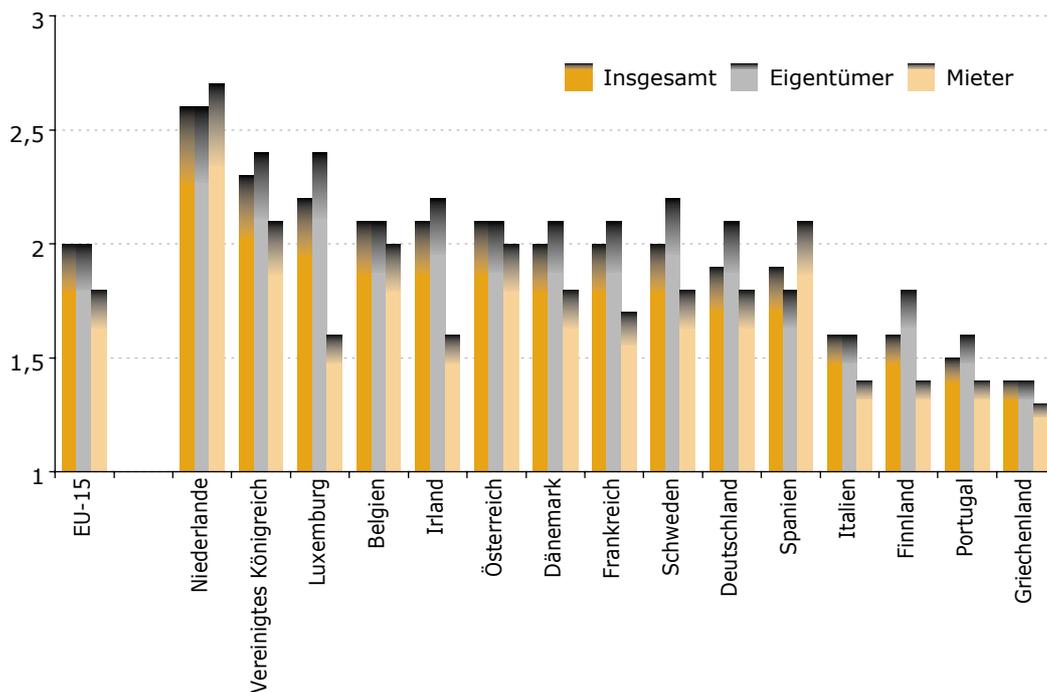
In %



(¹) Effektives laufendes Durchschnittseinkommen (Median).

Indikator gibt den Anteil der Personen an, die in überbelegten Unterkünften (mehr als eine Person pro Zimmer) leben. Es gibt vier Einkommensgruppen: weniger als 60 % des Medianeinkommens aller Haushalte; 60 % bis 100 %; 100 % bis 140 %; mehr als 140 %.

Zimmer pro Person, EU-15 im Jahr 2001
Nach Besitzverhältnis



Der Indikator gibt die Zahl der Räume an, die für jede Person im Haushalt zur Verfügung stehen, aufgeschlüsselt nach den Besitzverhältnissen der Haushalte.

Sozialschutz

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Sozialschutzausgaben
- Sozialschutzeinnahmen nach Art
- Sozialleistungen nach „Funktionen“

Sozialschutz: Verringerung der Lasten

Sozialschutz umfasst alle Eingriffe öffentlicher oder privater Stellen zur Verringerung der Lasten, die privaten Haushalten oder Einzelpersonen durch bestimmte Risiken oder Bedürfnisse im Zusammenhang mit Alter, Krankheit, Mutterschaft und Familie, Invalidität oder Behinderung, Arbeitslosigkeit usw. entstehen.



Die acht „Funktionen“ des Sozialschutzes

Die Ausgaben des Sozialschutzes umfassen Sozialleistungen, Verwaltungskosten und sonstige Ausgaben (z. B. an Banken zu zahlende Zinsen). Der wichtigste Ausgabenbereich des Sozialschutzes ist die Gewährung von Leistungen. Ausgaben für Bildung bleiben unberücksichtigt.

Sozialleistungen sind direkte Geld- oder Sachtransfers von Sozialschutzsystemen an private Haushalte und Einzelpersonen zur Verringerung der Lasten, die durch bestimmte Risiken oder Bedürfnisse entstehen. Ausgenommen sind steuerliche Vergünstigungen.

Die Leistungen werden nach den acht „Funktionen“ des Sozialschutzes untergliedert:

1. Die Leistungen der Funktion **„Krankheit/Gesundheitsversorgung“** betreffen in erster Linie Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall, medizinische Versorgung und Versorgung mit Arzneimitteln.
2. Die Leistungen der Funktion **„Invalidität/Gebrechen“** umfassen hauptsächlich Invalidenrenten und die Versorgung von Behinderten mit Waren und Dienstleistungen (ohne medizinische Versorgung).
3. Die Leistungen der Funktion **„Alter“** umfassen vorwiegend Altersruhegeld und die Versorgung älterer Menschen mit Waren und Dienstleistungen (außer medizinische Versorgung).
4. Die Leistungen der Funktion **„Hinterbliebene“** beinhalten die finanzielle Unterstützung und Hilfe im Zusammenhang mit einem Todesfall in der Familie, wie z. B. Hinterbliebenenrenten.
5. Die Leistungen der Funktion **„Familie/Kinder“** betreffen (außer medizinische Versorgung) Kosten, die im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt, Erziehung und Betreuung von anderen Familienmitgliedern anfallen.
6. Unter die Leistungen der Funktion **„Arbeitslosigkeit“** fallen auch durch öffentli-



che Stellen finanzierte Berufsausbildungsmaßnahmen.

- 7. Die Leistungen der Funktion „**Wohnen**“ umfassen Maßnahmen staatlicher Behörden, die private Haushalte bei der Aufbringung der Wohnkosten unterstützen.
- 8. Die Leistungen der Funktion „**soziale Ausgrenzung**“ umfassen Einkommensbeihilfen, Wiedereingliederung von Alkohol- und Drogenabhängigen und sonstige Leistungen (außer medizinische Versorgung).

stellte Beiträge). Die Sozialbeiträge der Versicherten umfassen die von Arbeitnehmern, Selbständigen, Rentnern und sonstigen Personen gezahlten Beiträge.

Sozialleistungen werden vor Abzug der von den Empfängern auf sie zu entrichtenden Steuern oder sonstigen Pflichtabgaben erfasst. „Steuerliche Leistungen“ (Steuervergünstigungen für Haushalte im Rahmen des Sozialschutzes) sind in der Regel ausgenommen.

2

Die Finanzierung des Sozialschutzes

Die für den Sozialschutz zuständigen Stellen werden auf unterschiedliche Weise finanziert. Die Einnahmen umfassen Sozialbeiträge von Arbeitgebern und Versicherten, Beiträge des Staates und sonstige Einnahmen. Die sonstigen Einnahmen stammen aus einer Vielzahl von Quellen, z. B. Zinsen, Dividenden, Mieten und Forderungen gegenüber Dritten.



Sozialbeiträge werden von den Arbeitgebern und den Versicherten gezahlt.

Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind alle Aufwendungen der Arbeitgeber zur Sicherstellung der Ansprüche ihrer Beschäftigten auf Sozialleistungen. Dazu gehören alle Zahlungen der Arbeitgeber an Sozialschutzsysteme (tatsächliche Beiträge) sowie direkt von Arbeitgebern an Arbeitnehmer gezahlte Sozialleistungen (unter-

Essoss: das statistische Instrument zum Vergleich der Sozialpolitik

Die Daten zu den Sozialschutzausgaben und -einnahmen sind nach dem Europäischen System der integrierten Sozialschutzstatistik (Essoss) harmonisiert. Essoss, das auf dem Konzept der Sozialschutzfunktionen und einer gemeinsamen Methodik aufbaut, ist ein einzigartiges Instrument zum Vergleich der Sozialpolitik der verschiedenen europäischen

Länder. Beispielsweise kann verglichen werden, in welcher Weise die sozialen Bedürfnisse oder Risiken gedeckt werden bzw. welche Maßnahmen die Länder ergreifen, um sie zu decken. Darüber hinaus ermöglicht Essoss eine Analyse der Organisation des Sozialschutzes, da ihm die „statistischen Einheiten“ zugrunde liegen, die die privaten Haushalte oder die Einzelpersonen mit den verschiedenen Sozialleistungen versorgen.



Gesamtausgaben für den Sozialschutz

Zu laufenden Preisen; in % des BIP

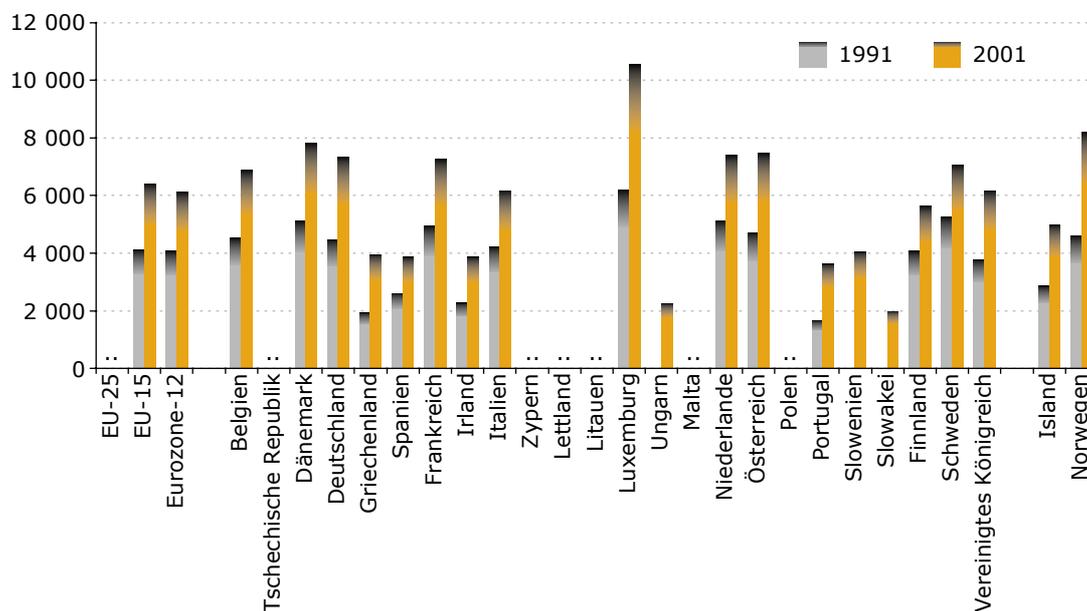
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU-15	25,4	26,4	27,7	28,7	28,4	28,2	28,4	28	27,5	27,4(p)	27,3(e)	27,5(e)
Euro-zone	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Belgien	26,4	27	27,7	29,3	28,7	28,1	28,6	27,9	27,6	27,3(p)	26,8(e)	27,5(e)
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Dänemark	28,7	29,7	30,3	31,9	32,8	32,2	31,4	30,4	30,2	30	29,2	29,5
Deutschland	25,4	26,1	27,6	28,4	28,3	28,9	29,9	29,5	29,3	29,6	29,6	29,8(p)
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland	22,9	21,5	21,2	22	22,1	22,3	22,9	23,3	24,2	25,5	26,3	27,2
Spanien	19,9	21,2	22,4	24	22,8	22,1	21,9	21,2	20,6	20,2(p)	20,2(p)	20,0(p)
Frankreich	27,9	28,4	29,3	30,7	30,5	30,7	31	30,8	30,5	30,2	29,8	30,0(p)
Irland	18,4	19,6	20,3	20,2	19,7	18,9	17,8	16,6	15,4	14,7	14,1	14,6(p)
Italien	24,7	25,2	26,2	26,4	26	24,8	24,8	25,5	25	25,2	25,2(p)	25,6(p)
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Luxemburg	21,4	22	22,5	23,3	22,9	23,7	24,1	22,8	21,7	21,7	20,3	21,2(p)
Ungarn	:	:	:	:	:	:	:	:	:	20,9(p)	20,3(p)	19,9(p)
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	18,8	18,4	17,9	18,3
Niederlande	31,1	31,2	31,9	32,3	31,7	30,9	30,1	29,4	28,4	28	27,4	27,6(p)
Österreich	27	27,3	27,8	29,1	29,9	29,8	29,8	28,7	28,3	28,9	28,4	28,4
Polen												
Portugal	16,3	17,2	18,4	21	21,3	22,1	21,2	21,4	22,1	22,6	23	23,9(p)
Slowenien	:	:	:	:	:	:	24,7	25,2	25,3	25,2	25,4	25,6(p)
Slowakei	:	:	:	:	:	18,7	19,8	20	20,2	20,2	19,5	19,1(p)
Finnland	25,1	29,8	33,6	34,5	33,8	31,7	31,6	29,2	27,2	26,8	25,5	25,8
Schweden	33,1	34,3	37,1	38,2	36,7	34,6	33,9	33	32,2	31,8	30,7	31,3(p)
Vereinigtes Königreich	22,9	25,7	27,9	29	28,6	28,2	28	27,5	26,9	26,4	27,1	27,2(p)
Island	16,8	17,6	18,2	18,8	18,4	19	18,8	18,9	18,9	19,5	19,8	20,1
Norwegen	26,2	27	28,2	28,2	27,6	26,7	26	25,3	27,1	27,1	24,6	25,6

Die Sozialschutzausgaben umfassen die Sozialleistungen, die aus Geld- oder Sachübertragungen an private Haushalte oder Einzelpersonen bestehen. Sie decken die Lasten, die den Begünstigten durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen, sowie die Verwaltungskosten, die den Sozialschutzsystemen durch die Verwaltung und Betriebsführung entstehen, und die sonstigen Ausgaben, die aus verschiedenen Aufwendungen der Sozialschutzsysteme bestehen (z. B. Zahlung von Vermögenssteuern).

2001 wurden in EU-15 27,5 % des BIP für den Sozialschutz ausgegeben, das waren 1,1 Prozentpunkte mehr als 1991. Am höchsten war der Anteil in Schweden mit 31,3 %, am niedrigsten in Irland mit 14,6 %.

Gesamtausgaben für den Sozialschutz pro Kopf der Bevölkerung

In KKS



2001 EU-15, EU-25: geschätzte Werte.

Die Sozialschutzausgaben umfassen die Sozialleistungen, die aus Geld- oder Sachübertragungen an private Haushalte oder Einzelpersonen bestehen. Sie decken die Lasten, die den Begünstigten durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen, sowie die Verwaltungskosten, die den Sozialschutzsystemen durch die Verwaltung und Betriebsführung entstehen, und die sonstigen Ausgaben, die aus verschiedenen Aufwendungen der Sozialschutzsysteme bestehen (z. B. Zahlung von Vermögenssteuern).

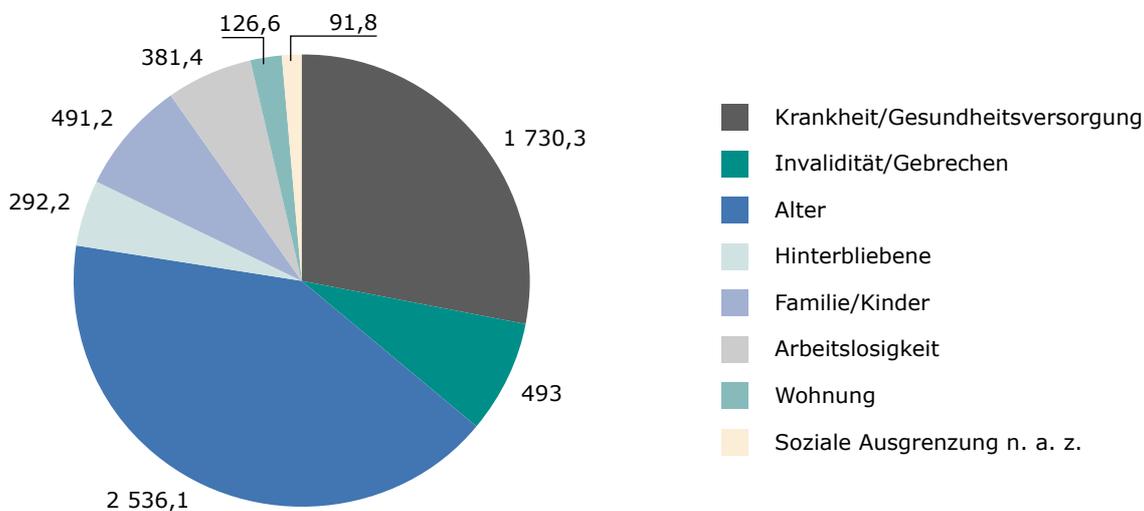
Die Sozialschutzausgaben wurden auch je Einwohner berechnet. Als Einheit wurden dabei Kaufkraftstandards (KKS) verwendet, die einen Ländervergleich ohne Verzerrungen ermöglichen. 2001 beliefen sich die Sozialschutzausgaben pro Kopf in EU-15 auf rund 6 405 KKS.

Am höchsten waren sie mit 10 559 KKS in Luxemburg, am niedrigsten mit 3 644 KKS in Portugal. Zehn Jahre zuvor waren die Pro-Kopf-Ausgaben für den Sozialschutz in EU-15 um rund ein Drittel geringer gewesen als 2001.



Sozialleistungen pro Kopf der Bevölkerung nach Funktionen: EU-15 im Jahr 2001

In KKS



Geschätzte Werte.

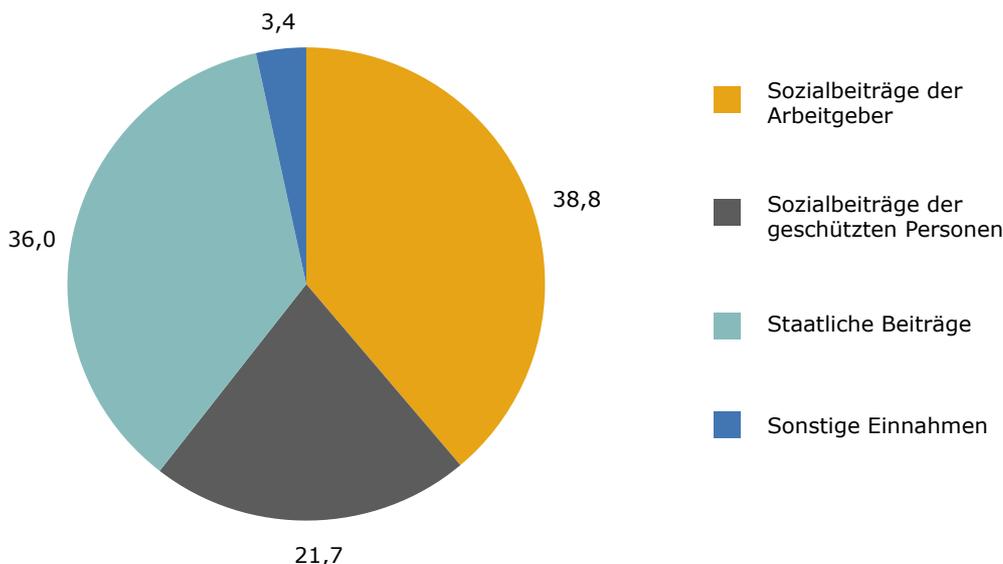
Die Sozialleistungen sind Geld- oder Sachübertragungen, die von den Sozialschutzsystemen an private Haushalte oder Einzelpersonen erbracht werden, um die Lasten zu decken, die ihnen durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen.

Die Sozialleistungen pro Kopf werden nach den vorstehend genannten Funktionen dargestellt. Der höchste Ausgabenposten ist der für ältere Menschen (2 536 KKS in EU-15 im Jahr 2001), gefolgt von den Leistungen für Krankheit und

Gesundheitsversorgung (1 730 KKS in EU-15 2001). Rund 38,8 % der Sozialschutzeinnahmen wurden von den Arbeitgebern finanziert, 36,0 % vom Staat und 21,7 % von den Versicherten selbst.

Sozialbezüge nach Arten: EU-15 im Jahr 2001

In % der Gesamtbezüge



Geschätzte Werte.

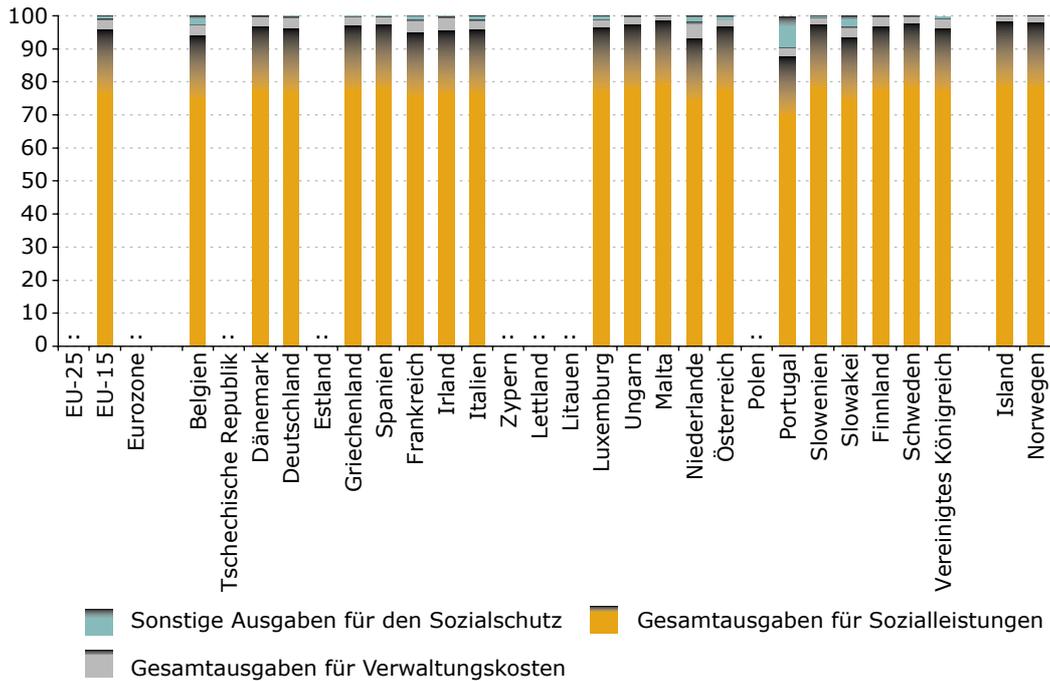
Die Einnahmen der Sozialschutzsysteme umfassen Sozialbeiträge, staatliche Zuweisungen und sonstige Einnahmen. Die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sind die von den Arbeitgebern erbrachten Aufwendungen zur Begründung der Anspruchsberechtigung auf Sozialleistungen für Arbeitnehmer, ehemalige Arbeitnehmer und ihre Unterhaltsberechtigten. Die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer untergliedern sich in tatsächliche und unterstellte Beiträge. Sie können von gebietsansässigen oder gebietsfremden Arbeitgebern gezahlt werden.



Der größte Teil der Sozialschutzausgaben entfällt dabei auf die Sozialleistungen (2001 in EU-15 95,9 % der Gesamtausgaben).

Gesamtausgaben für den Sozialschutz nach Arten im Jahr 2001

In % der Gesamtausgaben für den Sozialschutz



EU-15, Belgien: geschätzte Werte.

Die Sozialleistungen sind Geld- oder Sachübertragungen, die an private Haushalte oder Einzelpersonen erbracht werden, um die Lasten zu decken, die ihnen durch eine festgelegte Zahl von Risiken oder Bedürfnissen entstehen. Die Sozialschutzausgaben umfassen die Sozialleistungen sowie die Verwaltungskosten, die den Sozialschutzsystemen durch die Verwaltung und Betriebsführung entstehen, und die sonstigen Ausgaben, die aus verschiedenen Aufwendungen der Sozialschutzsysteme bestehen (z. B. Zahlung von Vermögenssteuern).

The background features a collage of various Euro banknotes (10, 20, 50, 100, 200, 500) scattered across the page. On the right side, there is a semi-transparent grey rectangular area containing a white outline map of Europe and a large white number '3'.

Wirtschaft

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 117-136

Preise und Löhne 137-148

Zahlungsbilanz 149-160

Internationaler Warenhandel 161-166

3

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen



Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Mittel zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

Die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) bieten einen umfassenden und konsistenten Rahmen zur Beurteilung von Niveau und Struktur der wirtschaftlichen Aktivität. Dieser Rahmen von Konten und Buchungen stellt eine Reihe zentraler makroökonomischer Statistiken bereit, darunter das Bruttoinlandsprodukt (BIP), Produktion, Einkommen, Konsum, Ausfuhren und Einfuhren.

Die Gesamtrechnungen beleuchten sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite einer Volkswirtschaft. Sie werden auf Ebene von Regionen, Mitgliedstaaten und der Europäischen Union insgesamt erstellt. Die VGR zeigen, welche Sektoren der Wirtschaft von besonderer Bedeutung für das BIP und das Wirtschaftswachstum sind, welcher Teil des in ökonomischen Prozessen erwirtschafteten Einkommens in Unternehmen verbleibt und welcher Betrag Haushalten und dem Staat zur Verfügung steht, in welchen Anteilen das verfügbare Ein-

kommen auf Konsumgüter und Investitionen verwendet wird und wie hoch das Sparvolumen ist.

Diese Eigenschaften machen die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen insbesondere für ökonomische Analyse, Entscheidungsunterstützung und Politikfindung bedeutsam.

ESVG 95 – ein gemeinsamer Standard für die VGR in Europa

In Europa werden die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gemäß vollständig harmonisierten Normen erstellt, die im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 95) dargelegt sind. Das ESVG 95 ist Gegenstand der Verordnung 2223/96 des Rates, welche 1996 in Kraft trat und damit rechtlich verbindlichen Charakter für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat. Diese einheitliche Methodik gewährleistet volle Vergleichbarkeit der VGR zwischen verschiedenen Wirtschaftsräumen, und alle VGR-Daten in dieser Veröffentlichung folgen diesem Standard. Das ESVG 95 ist die europäische Version der entsprechenden weltweiten Empfehlungen, des System of National Accounts (SNA93). Das SNA93 wurde gemeinsam erstellt und veröffentlicht von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, dem Internationalen Währungsfonds, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Abteilung Statistik des früheren Department for Economic and Social Information and Policy Analysis und den regionalen Ausschüssen des Sekretariats der Vereinten Nationen sowie der Weltbank.

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in KKS
Zu jeweiligen Preisen

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
EU-25	:	:	:	:	18 470	19 400	20 630	21 300	21 990	22 280 (f)	23 160 (f)	24 120 (f)
EU-15	17 060	17 680	18 530	19 460	20 330	21 340	22 660	23 340	24 040	24 360	25 690 (f)	27 160 (f)
Eurozone	17 220	17 840	18 640	19 480	20 380	21 370	22 650	23 010	23 630	23 800 (f)	24 660 (f)	25 580 (f)
Belgien	18 510	19 190	19 870	20 750	21 430	22 470	24 110	24 970	25 620	25 900 (f)	26 830 (f)	27 860 (f)
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	13 530	14 100	14 820 (f)	15 410 (f)	16 230 (f)	17 190 (f)
Dänemark	19 210	19 940	21 100	22 260	23 050	24 710	26 180	26 930	27 000 (f)	27 310 (f)	28 400 (f)	29 440 (f)
Deutschland	18 520	19 060	19 850	20 450	21 130	21 990	23 120	23 460	23 950 (f)	24 080 (f)	24 900 (f)	25 770 (f)
Estland	5 260	5 510	5 980	6 810	7 280	7 510	8 490	9 020	9 650 (f)	10 560 (f)	11 480 (f)	12 840 (f)
Griechenland	11 340	11 520	12 000	12 750	13 260	13 930	14 950	15 680 (f)	16 990 (f)	17 760 (f)	18 880 (f)	19 870 (f)
Spanien	13 420	13 970	14 730	15 510	16 460	17 820	18 900	19 670	20 710 (f)	21 250 (f)	22 190 (f)	23 260 (f)
Frankreich	17 890	18 400	19 150	20 240	21 160	22 180	23 530	24 460	25 240 (f)	25 280 (f)	26 150 (f)	27 180 (f)
Irland	14 350	15 870	17 360	19 910	21 600	23 720	26 080	27 480	30 160 (f)	29 360 (f)	30 370 (f)	31 950 (f)
Italien	17 670	18 420	19 270	19 940	20 990	21 750	22 960	23 370 (f)	23 680 (f)	23 900 (f)	24 600 (f)	25 560 (f)
Zypern	13 130	13 320	13 740	14 230	14 960	15 900	17 280	18 290	18 380	18 840 (f)	19 550 (f)	20 500 (f)
Lettland	4 530	4 640	5 010	5 630	6 050	6 430	7 140	7 790	8 370 (f)	8 940 (f)	9 680 (f)	10 490 (f)
Litauen	4 740	5 640	6 070	6 710	7 340	7 440	8 109	8 850	9 570 (f)	10 630 (f)	11 610 (f)	12 620 (f)
Luxemburg	28 120	28 540	29 810	32 610	35 620	40 370	45 080	45 330	45 630 (f)	46 370 (f)	47 920 (f)	50 100 (f)
Ungarn	7 900	7 930	8 280	8 910	9 510	10 200	11 050	12 020	12 830 (f)	13 370 (f)	14 130 (f)	14 940 (f)
Malta	:	:	:	:	:	15 050	16 110	16 110	16 530 (f)	16 690 (f)	17 170 (f)	17 780 (f)
Niederlande	18 460	19 200	20 190	21 370	22 380	23 410	25 100	26 460	26 800 (f)	26 630 (f)	27 270 (f)	27 970 (f)
Österreich	19 660	20 240	21 280	22 050	22 960	24 260	25 920	26 140	26 680 (f)	26 990 (f)	27 910 (f)	28 990 (f)
Polen	:	6 810	7 250	7 350	8 210	8 920	9 460	9 770	10 010	10 340 (f)	10 940 (f)	11 600 (f)
Portugal	11 070	11 670	12 260	13 070	13 920	14 980	15 950	16 480	17 050 (f)	16 740 (f)	17 110 (f)	17 680 (f)
Slowenien	10 670	10 950	11 670	12 580	13 250	14 340	15 160	15 920	16 710 (f)	17 200 (f)	18 070 (f)	19 090 (f)
Slowakei	7 740	7 120	7 730	8 370	8 820	9 160	9 920	10 430	11 340 (f)	11 740 (f)	12 240 (f)	12 860 (f)
Finnland	16 149	16 890	17 750	19 570	20 980	21 660	23 590	24 320	24 490 (f)	24 580 (f)	25 500 (f)	26 420 (f)
Schweden	17 980	18 890	19 740	20 540	21 240	22 980	24 720	24 790	25 190 (f)	25 410 (f)	26 260 (f)	27 220 (f)
Vereinigtes Königreich	16 960	17 660	18 740	20 160	21 010	21 980	23 560	24 540	25 840 (f)	26 490 (f)	27 820 (f)	29 010 (f)
Island	19 870	19 960	21 470	22 370	23 730	24 830	26 000	26 750	26 250 (f)	26 140 (f)	27 510 (f)	29 420 (f)
Norwegen	20 090	21 170	23 490	25 070	24 670	27 460	33 320	33 700	32 810 (f)	32 970 (f)	34 080 (f)	35 000 (f)
Kanada	19 630	20 440	21 960	23 230	23 900	24 870	27 510 (f)	27 910 (f)	28 270 (f)	29 230 (f)	30 290 (f)	31 490 (f)
Japan	20 370	20 930	22 550	23 430	23 470	22 680	24 050	24 350 (f)	24 220 (f)	24 820 (f)	26 060 (f)	27 090 (f)
Vereinigte Staaten	25 080	25 710	26 730	28 340	29 640	30 480	32 280	32 560	33 010 (f)	33 740 (f)	35 320 (f)	36 660 (f)

(f): Prognose.

Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) ist ein Indikator für die wirtschaftliche Lage eines Landes. Es entspricht dem Gesamtwert der produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich des Werts der Waren und Dienstleistungen, die bei ihrer Produktion als Vorleistungen verwendet werden. Wird das BIP in KKS (Kaufkraftstandards) ausgedrückt, so werden die Unterschiede der Preisniveaus zwischen den Ländern ausgeschaltet, und Berechnungen auf Pro-Kopf-Basis ermöglichen den Vergleich von Volkswirtschaften von erheblich unterschiedlicher absoluter Größe.

Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) ist ein Indikator für die wirtschaftliche Lage eines Landes. Es ist gleich dem Wert aller Waren und Dienstleistungen die entweder konsumiert, investiert, auf Lager gelegt oder exportiert wurden, abzüglich des Wertes importierter Waren und

Dienstleistungen. Um Volkswirtschaften unterschiedlicher Größe und mit unterschiedlichen Preisniveaus vergleichen zu können, hat Eurostat den Indikator „BIP je Einwohner in Kaufkraftstandards“ berechnet.

Gesamtwirtschaftliche Leistung

Daten von Eurostat

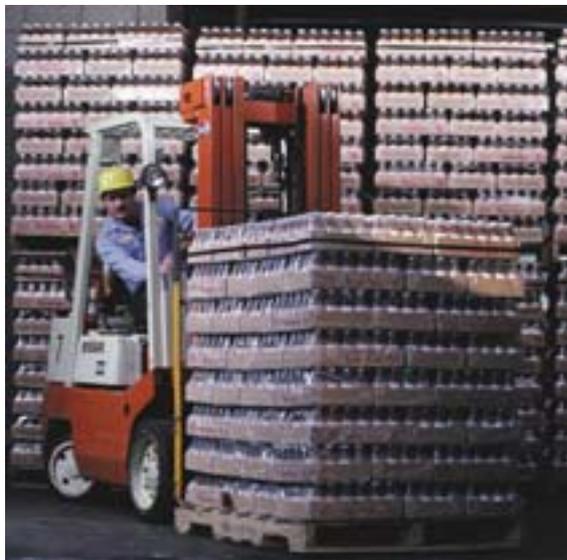
Eurostat liefert ein breites Angebot von Informationen zur gesamtwirtschaftlichen Leistung, untergliedert nach den einzelnen Wirtschaftszweigen:

- Landwirtschaft, Jagd und Forstwirtschaft
- Fischerei und Fischzucht
- Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
- Herstellung von Waren
- Energie- (Elektrizität, Gas usw.) und Wasserversorgung
- Bau
- Dienstleistungen (Handel, Instandhaltung und Reparatur, Beherbergungs- und Gaststätten, Verkehr, Lagerei, Nachrichtenübermittlung, Finanzwesen, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung, unternehmensbezogene Dienstleistungen, öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen usw.)
- Sonstiges (öffentliche und persönliche Dienstleistungen usw.)

Das BIP: Ergebnis der gesamten Produktionstätigkeit

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen ist ein Maß für das Ergebnis der Produktionstätigkeit der gebietsansässigen produzierenden Einheiten. Es lässt sich auf drei Wegen ermitteln:

- Das BIP ist gleich der Summe der Bruttowertschöpfung der institutionellen Sektoren oder Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen (die nicht nach Sektoren und Wirtschaftsbereichen aufgliedert werden).
- Das BIP ist gleich der gesamten letzten Verwendung von Waren und Dienstleistungen durch gebietsansässige institutionelle Einheiten (Konsum und Bruttoinvestitionen) zuzüglich der Exporte und abzüglich der Importe



von Waren und Dienstleistungen (Ausgabenkonzept).

- Das BIP ist gleich der Summe aus Arbeitnehmerentgelt, Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen, Bruttobetriebüberschuss und Selbständigeneinkommen der gesamten Volkswirtschaft (Einkommenskonzept) (ESVG 95, 8.89).

In den hier aufgeführten Tabellen entspricht das BIP dem volkswirtschaftlichen Produktionswert von Waren und Dienstleistungen abzüglich Vorleistungen zuzüglich der Differenz aus Importabgaben und Imports subventionen auf Produkte. Bewertung zu konstanten Preisen heißt, dass Strom- und Bestandsgrößen einer Periode zu Preisen einer Referenzperiode bewertet werden (ESVG 95, 1.56).

Das Pro-Kopf-BIP

Das BIP, insbesondere das BIP pro Kopf, ist einer der wichtigsten Indikatoren für die Wirtschaftsanalyse sowie für räumliche und/oder zeitliche internationale Vergleiche.

Um diese internationalen Vergleiche zu vereinfachen, wird das in nationaler Währung des jeweiligen Mitgliedstaats angegebene BIP mit Hilfe des amtlichen Wechselkurses in eine gemeinsame Währung umgerechnet (bis 1998 Ecu, ab Anfang 1999 Euro). Die Wechselkurse spiegeln jedoch nicht zwangsläufig die tatsächliche Kaufkraft der einzelnen Landeswährungen im jeweiligen Wirtschaftsgebiet wider.

Um die Unterschiede im Preisniveau zu beseitigen, werden Kaufkraftparitäten (KKP) errechnet und als Umrechnungsfaktor verwendet (Wechselkurs von der Landeswährung zu den

KKS). Diese Paritäten erhält man aus dem gewichteten Durchschnitt der Preisrelationen eines homogenen Waren- und Dienstleistungskorbs, der für alle Mitgliedstaaten vergleichbar und repräsentativ ist.

Die auf diese Weise ermittelten „vergleichbaren“ Volumenwerte des BIP werden somit in Kaufkraftstandards (KKS) ausgedrückt, die eine von nationalen Währungen unabhängige Einheit darstellen.

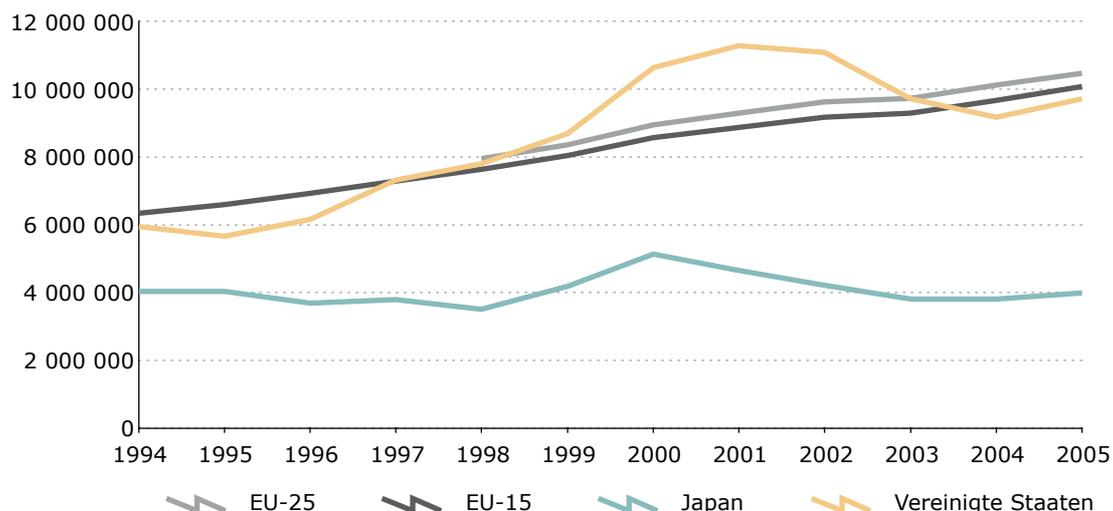
Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung wird zu Herstellungspreisen ausgewiesen. Sie ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Produktionswert zu

Herstellungspreisen und den Vorleistungen zu Anschaffungspreisen (ESVG 95, 9.23). Der Herstellungspreis ist der Betrag, den der Produzent je Einheit der von ihm produzierten Waren und Dienstleistungen vom Käufer erhält, abzüglich der auf die produzierten oder verkauften Güter zu zahlenden Steuern (also ohne Gütersteuern) und zuzüglich aller empfangenen Subventionen, die auf die produzierten oder verkauften Güter gewährt werden (also einschließlich Gütersubventionen). Vom Produzenten getrennt in Rechnung gestellte Transportkosten zählen nicht dazu. Dagegen zählen im Preis enthaltene Transportkosten zum Herstellungspreis, selbst wenn sie auf der Rechnung getrennt ausgewiesen werden (ESVG 95, 3.48).

3

Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Marktpreisen
In Mio. ECU/EUR

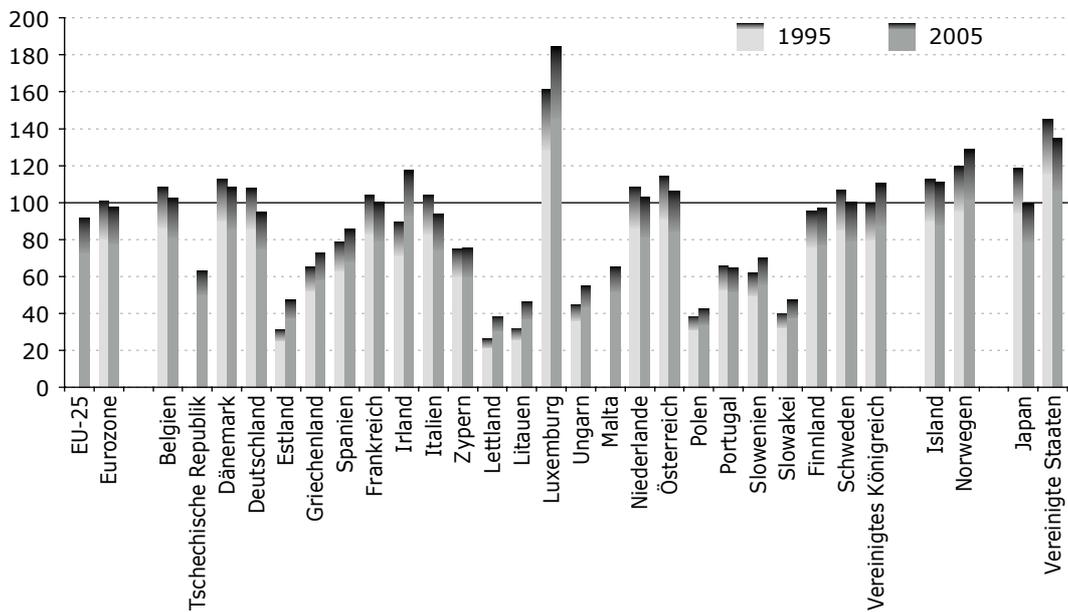


2004 und 2005: Prognose ; 2003 EU-15 und Japan: Prognose.

Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) ist ein Indikator für die wirtschaftliche Lage eines Landes. Es entspricht dem Gesamtwert der produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich des Werts der Waren und Dienstleistungen, die bei ihrer Produktion als Vorleistungen verwendet werden. Wird das BIP in KKS (Kaufkraftstandards) ausgedrückt, so werden die Unterschiede der Preisniveaus zwischen den Ländern ausgeschaltet, und Berechnungen auf Pro-Kopf-Basis ermöglichen den Vergleich von Volkswirtschaften von erheblich unterschiedlicher absoluter Größe.



BIP pro Kopf in KKS 1995 und 2005
EU-15 = 100

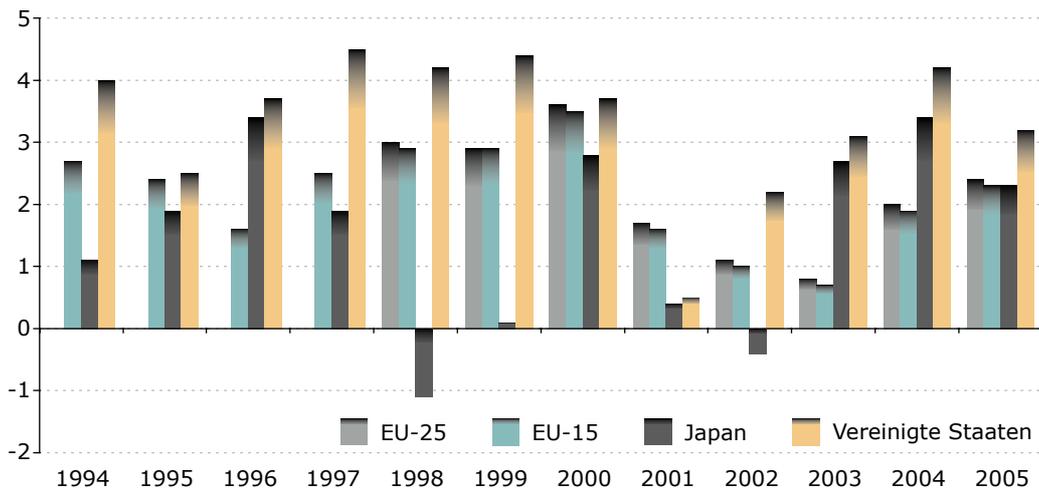


2005: Prognose

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Der Volumenindex des BIP in Kaufkraftstandards (KKS) pro Kopf wird relativ zum Durchschnitt der Europäischen Union (EU-15), der zu 100 gesetzt ist, ausgedrückt. Ist der Indexwert eines Landes größer als 100, so hat dieses Land ein BIP pro Kopf über dem EU-Durchschnitt (und umgekehrt). Die zugrunde liegenden Zahlen sind in KKS ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveauunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt. Man beachte, dass dieser Index EU-15 = 100 auf der Basis von KKS primär für Vergleiche zwischen Ländern und nicht für Periodenvergleiche gedacht ist.

Reale Wachstumsrate des BIP

Wachstumsrate des BIP in konstanten Preisen (1995) – Veränderung in Prozent des Vorjahres

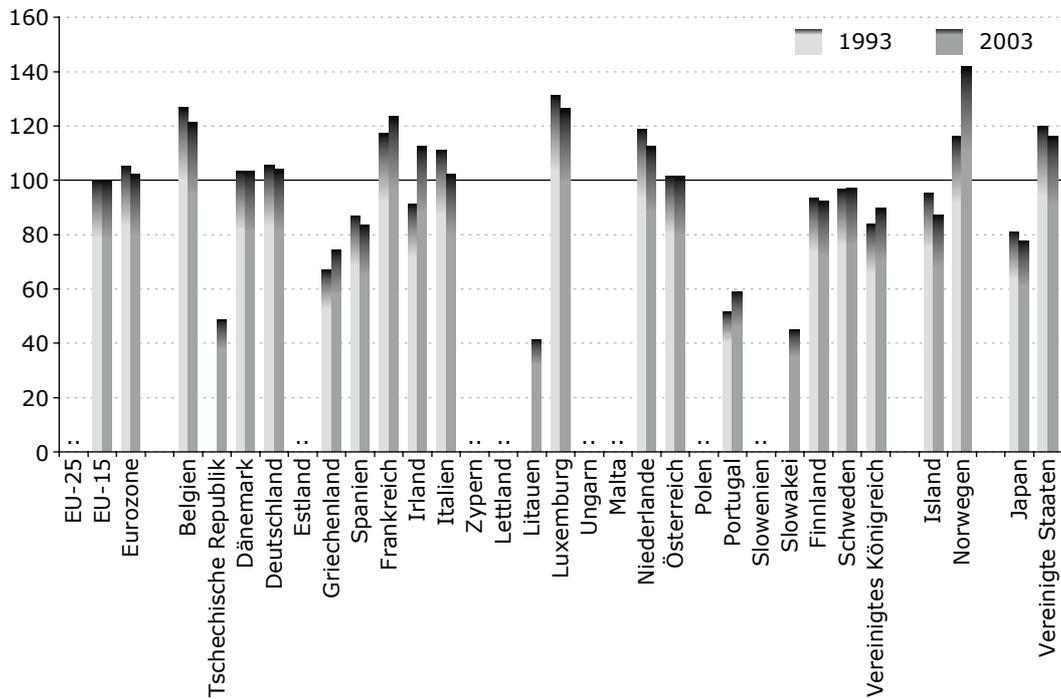


2004 und 2005: Prognose; 2003 EU-25 und Japan: Prognose.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Wertes aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Die Jahreswachstumsrate des BIP zu konstanten Preisen soll einen Eindruck von der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl über die Zeit als auch im Vergleich von Volkswirtschaften unterschiedlicher Größe geben. Die Wachstumsrate wird auf Grundlage von Angaben in konstanten Preisen berechnet, da diese die reine Volumenentwicklung widerspiegeln, also nicht durch Preisänderungen (Inflation) aufgebläht werden.

Arbeitsproduktivität in den Jahren 1993 und 2003

BIP in Kaufkraftstandards (KKS) pro Arbeitsstunde im Verhältnis zu EU-15 (= 100)



1993: Schätzwerte, 2003: Prognose

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Tätigkeit in einer Volkswirtschaft. Es ist definiert als Wert aller neu geschaffenen Waren und Dienstleistungen, abzüglich des Werts aller dabei als Vorleistungen verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Das BIP in Kaufkraftstandards (KKS) je geleistete Arbeitsstunde wird relativ zum Durchschnitt der Europäischen Union (EU-15) ausgedrückt. Ist der Indexwert eines Landes größer als 100, so hat dieses Land ein BIP je geleistete Arbeitsstunde über dem EU-Durchschnitt (und umgekehrt). Die zugrunde liegenden Zahlen sind in KKS ausgedrückt, einer einheitlichen Währung, die Preisniveauunterschiede zwischen Ländern ausgleicht und damit aussagekräftige BIP-Volumenvergleiche erlaubt. Produktivität pro geleistete Arbeitsstunde auszudrücken bereinigt dieses Maß um Unterschiede in Häufigkeit von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung.

Verbrauchsausgaben

Daten von Eurostat

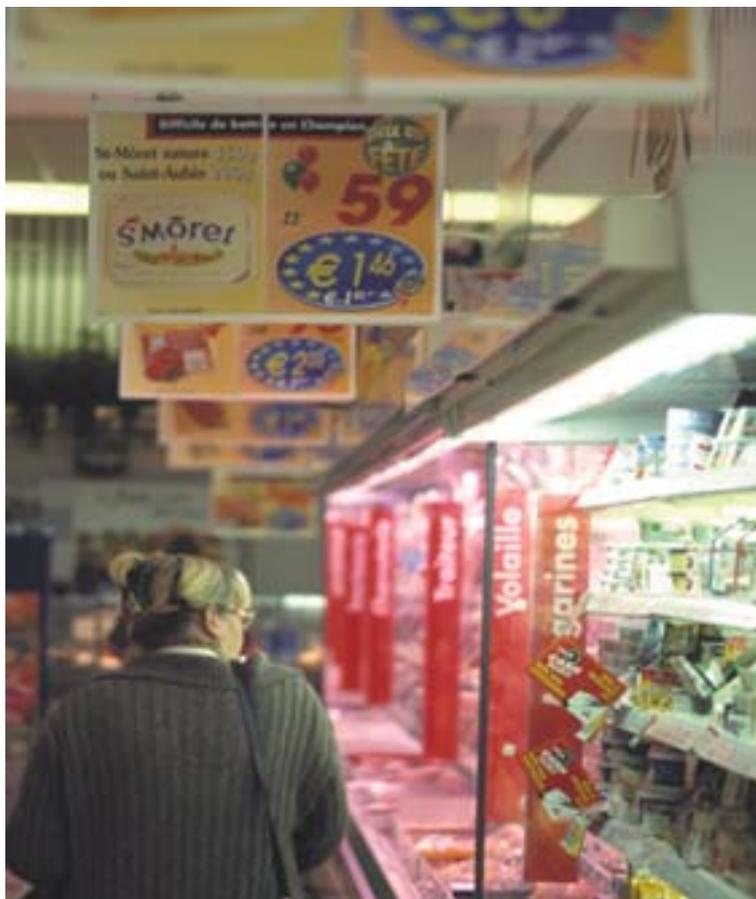
Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Private Konsumausgaben, d. h. die Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck
- Konsumausgaben des Staates
- Bruttoanlageinvestitionen einschließlich einer Untergliederung der Investitionsprodukte
- Vorratsveränderungen
- Außenbeitrag, d. h. die Differenz zwischen Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen

Zentraler Stellenwert für Struktur- und Konjunkturanalysen der Wirtschaft

Die Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu den Verbrauchsausgaben dienen der Europäischen Zentralbank und den Dienststellen der Kommission, insbesondere der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen,

als wichtiges Instrument für strukturelle Wirtschaftsanalysen und politische Entscheidungen. Die entsprechenden vierteljährlichen Zeitreihen sind für Konjunkturanalysen und sich daraus ergebende politische Entscheidungen unverzichtbar. Auch im privaten Sektor sind die Reihen von großem Wert für unternehmerische Entscheidungen, insbesondere im Bereich der Finanzmärkte.



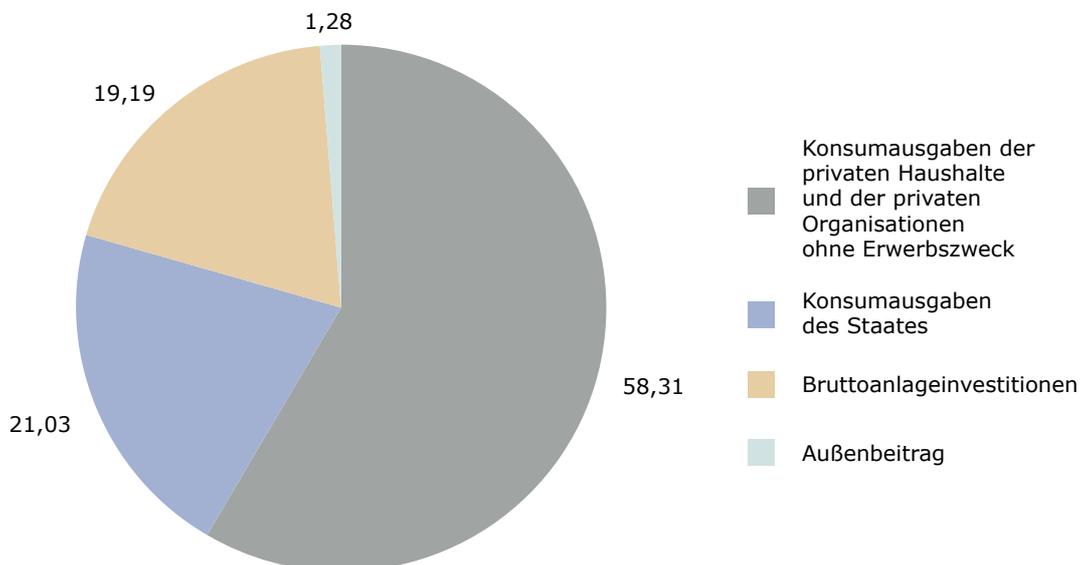
Konsum: Wie das BIP „ausgegeben“ wird

Dem Verwendungsansatz folgend zeigen die Tabellen in diesem Abschnitt, unterteilt nach groben Kategorien, wofür das BIP verwendet worden ist. Die zentralen binnenländischen Verwendungskategorien sind Konsum auf der einen und Investition auf der anderen Seite; darüber hinaus kann inländische Produktion auch exportiert werden. Gegenstück zu den Exporten sind die Importe, die konsumiert oder investiert werden können ohne Ergebnis inländischer Produktionsprozesse zu sein. Exporte minus Importe, also der Außenbeitrag, ist der Nettobeitrag des Außenhandels zum BIP.

– **Private Konsumausgaben** enthalten die Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (NPISHs), d.h. Ausgaben für Waren und Dienstleistungen, die der unmittelbaren Befriedigung individueller Bedürfnisse dienen. Die NPISHs umfassen Organisationen ohne Erwerbszweck mit eigener Rechtspersönlichkeit, die als private sonstige Nichtmarktproduzenten privaten Haushalten dienen. Ihre Hauptmittel stammen, von etwaigen Verkaufserlösen abgesehen, aus freiwilligen Geld- oder Sachbeiträgen, die private Haushalte in ihrer Eigenschaft als Konsumenten leisten, aus Zahlungen des Staates sowie aus Vermögenseinkommen.

- **Konsumausgaben des Staates** (ESVG 95, 3.79) umfassen zwei Ausgabenkategorien. Sie enthalten zum einen den Wert der Güter und Dienstleistungen, die vom Staat selbst produziert werden, jedoch ohne selbsterstellte Anlagen und Verkäufe, und zum anderen vom Staat auf dem Markt gekaufte Güter, die ohne irgendwelche Umwandlungen als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten zur Verfügung gestellt werden.
- **Bruttoanlageinvestitionen** (ESVG 95, 3.102) umfassen den Erwerb abzüglich der Veräußerungen von Anlagegütern durch gebietsansässige Produzenten in einem festgelegten Zeitraum zuzüglich bestimmter Werterhöhungen an nichtproduzierten Vermögensgütern durch produktive Tätigkeiten. Zum Anlagevermögen zählen produzierte Sachanlagen und produzierte immaterielle Anlagegüter, die wiederholt oder kontinuierlich länger als ein Jahr in der Produktion eingesetzt werden.
- **Vorratsveränderungen** (ESVG 95, 3.117) erfassen den Wert der Vorratzzugänge abzüglich des Wertes der Abgänge (einschließlich regelmäßiger Verluste) vom Vorratsbestand.
- **Außenbeitrag** (ESVG 95, 8.68): Importe werden auf der Aufkommenseite, Exporte auf der Verwendungsseite des Kontos gebucht. Die Differenz zwischen Aufkommen und Verwendung ist der Kontensaldo, der als Außenbeitrag bezeichnet wird.

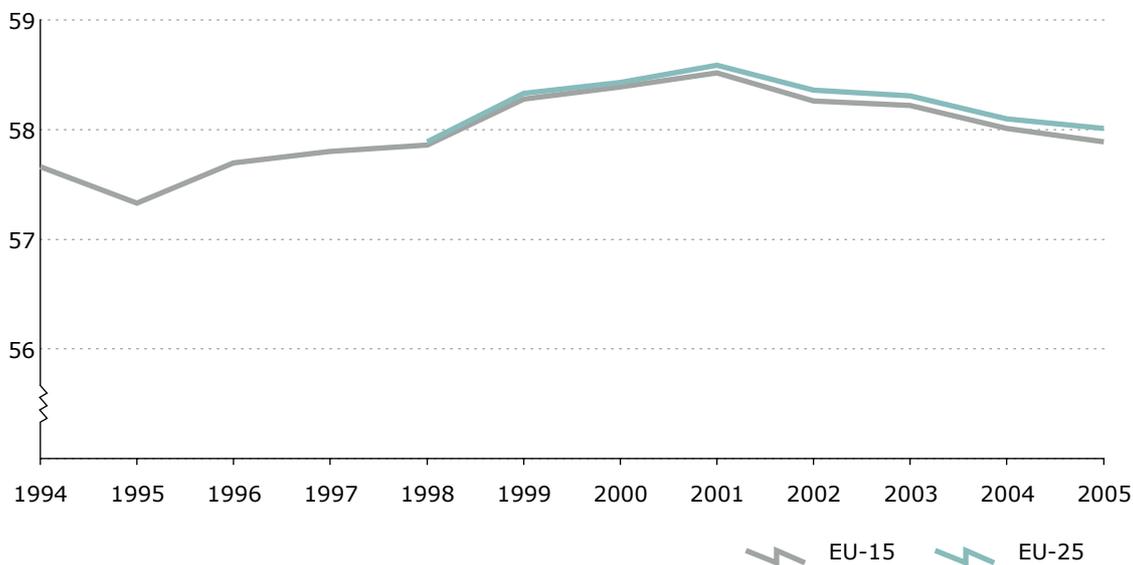
Verwendungen des BIP in der EU-25 in 2003
In % des BIP insgesamt



Im Jahr 2003 gab es in der EU-25 eine negative Veränderung der Vorratsveränderungen von rund 0,2 % des BIP. Geschätzte Werte.



Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck
Anteil am BIP in %



2004 und 2005: Prognose; EU-25 2003: Prognose.

2003 wurden 58,3 % des BIP der heutigen EU-25 von den privaten Haushalten für Konsumzwecke ausgegeben. Zwei Jahre zuvor hatte

dieser Anteil 58,6 % des BIP erreicht; bis zum Jahr 2005 wird mit einem Rückgang auf etwa 58 % gerechnet.

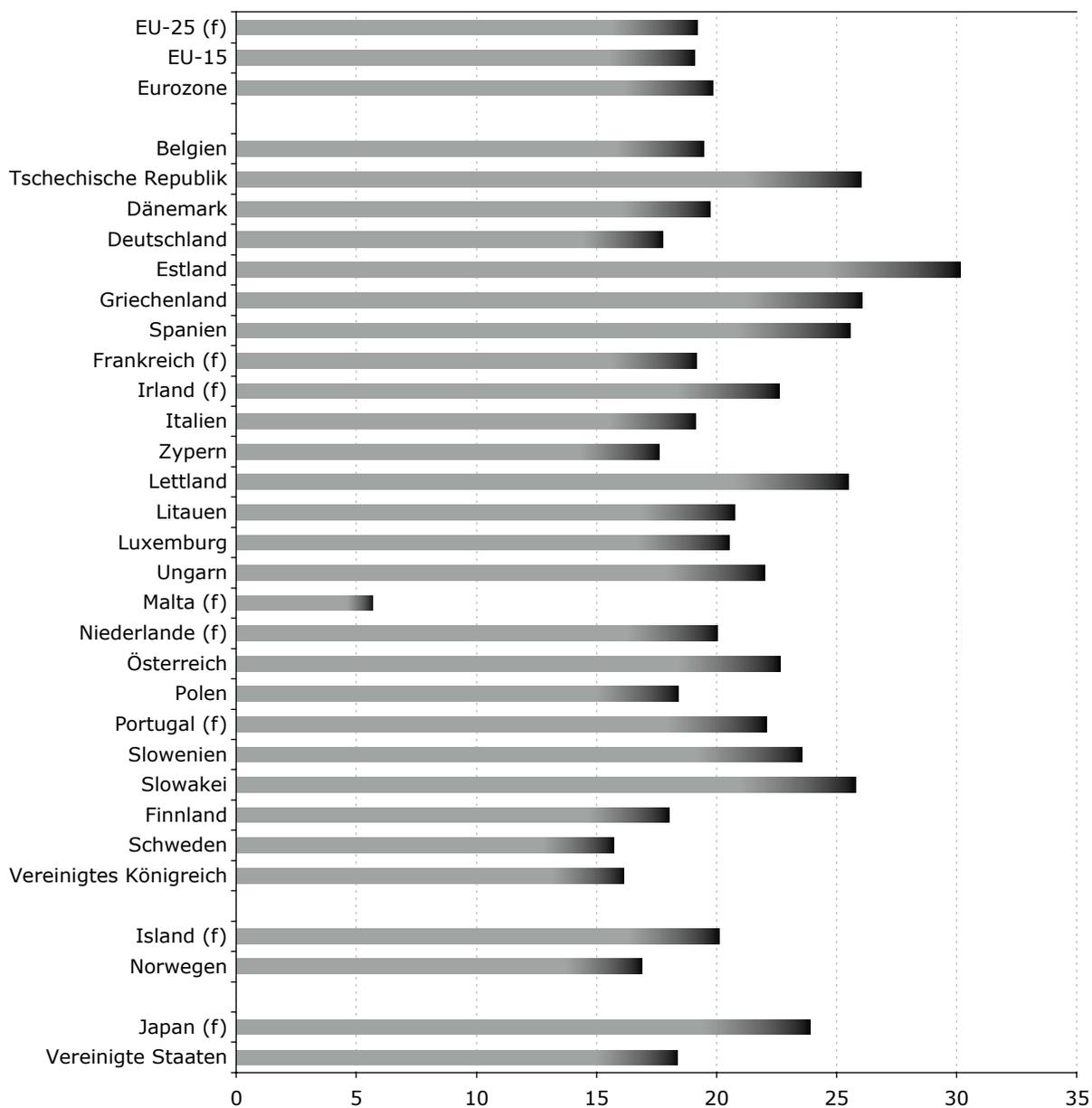
Konsumausgaben des Staates
Anteil am BIP in %



2004 und 2005: Prognose; EU-25 2003: Prognose.

Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2003

Anteil am BIP in %



(f): Prognose.

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen den Erwerb abzüglich der Veräußerungen von Sachanlagen und immateriellen Anlagegütern durch gebietsansässige Produzenten. Dazu zählen insbesondere Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Wohnbauten und sonstige Bauten.

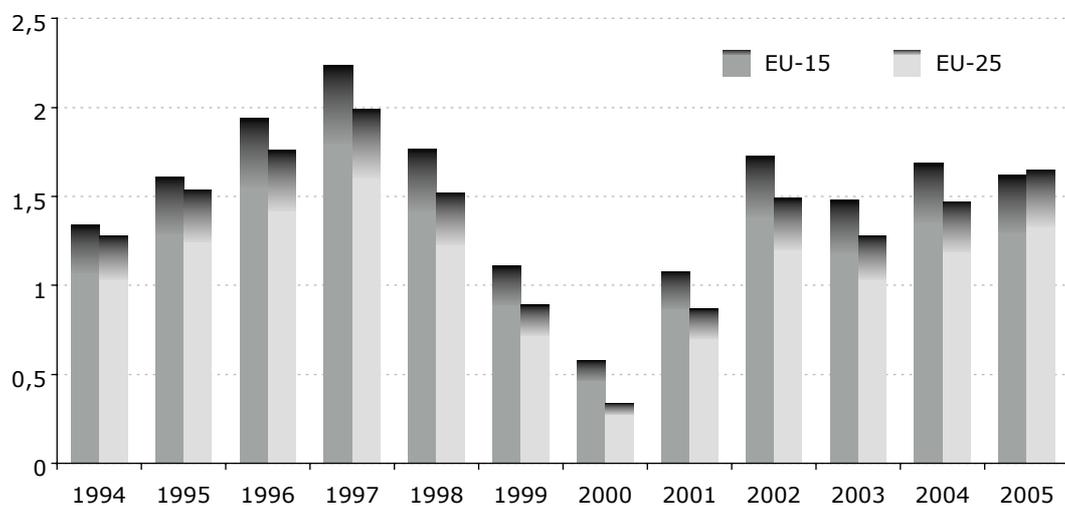
2003 entfielen rund 21,0 % des BIP von EU-25 auf Konsumausgaben des Staates, während etwa 19,2 % investiert wurden. Im Jahr 2000 hatte der Investitionsanteil des BIP mit 20,8 % einen Höchststand erreicht und überstieg die Konsumausgaben des Staates, die damals nur rund 19,9 % betragen. Die Europäische Kommission rechnet damit, dass sich der gegen-

wärtige Trend der zunehmenden Staatsausgaben und rückläufigen Investitionsausgaben umkehren wird: Für das Jahr 2005 wird ein neuerlicher Anstieg der Investitionen bis auf etwa 19,5 % des BIP bei einer gleichzeitigen Begrenzung der Staatsausgaben auf deutlich weniger als den Wert von 2003 vorausgeschätzt.



Außenbeitrag der Waren und Dienstleistungen

Anteil am BIP in %



2004 und 2005: Prognose; EU-25 2003: Prognose.

Der Außenbeitrag von EU-25 ist positiv und belief sich 2003 auf knapp 1,3 % des BIP; bis 2005 wird ein Anstieg auf mehr als 1,6 % erwartet.

Einkommen der Produktionsfaktoren

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Arbeitnehmerentgelt einschließlich Untergliederung nach Wirtschaftszweig
- Löhne und Gehälter einschließlich Untergliederung nach Wirtschaftszweig
- Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen
- Produktions- und Importabgaben
- Bruttonationaleinkommen
- Abschreibungen
- Verfügbares Einkommen
- Nettoersparnis der Volkswirtschaft
- Netto-Finanzierungsdefizit der Volkswirtschaft

Entscheidende Bedeutung für Wirtschaftsanalysen

Eurostat-Daten zum Einkommen der Produktionsfaktoren sind für Wirtschaftsanalysen innerhalb und außerhalb der Europäischen Kommission von großer Bedeutung. Typische Beispiele für die Verwendung dieser Daten sind Studien zur Wettbewerbsfähigkeit, zur Ungleichheit der Einkommensverteilung und zu langfristigen wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen. Zu den Nutzern außerhalb der Kommission gehören insbesondere wissenschaftliche Einrichtungen und Finanzinstitute.



Faktoreinkommen: Wie das BIP „erwirtschaftet“ wird

Voraussetzung für die Entstehung des BIP sind „Input-Faktoren“ wie Arbeit und Kapital, die bezahlt werden müssen. Das Einkommenskonzept zeigt das BIP, wie es auf die einzelnen Teilnehmer am Produktionsprozess aufgeteilt ist. Das BIP wird also dargestellt als die Summe aus:

- **Arbeitnehmerentgelt:** Dazu gehören sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von einem Arbeitgeber an einen Arbeitnehmer erbracht werden, und zwar als Entgelt für die von diesem im Bezugszeitraum geleistete

Arbeit (ESVG 95, 4.02). Das Arbeitnehmerentgelt untergliedert sich in: 1. Bruttolöhne und -gehälter (in Form von Geld- und Sachleistungen); 2. Sozialbeiträge der Arbeitgeber (tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge);

- **Bruttobetriebsüberschuss der gesamten Volkswirtschaft:** Dabei handelt es sich um den Überschuss (oder das Defizit) aus den Produktionstätigkeiten vor Zinsen, Pachten, Entschädigungen, die die Produktionseinheit leistet oder empfängt;
- **Selbständigeneinkommen der gesamten Volkswirtschaft:** Dabei handelt es sich um die Vergütung für die vom Eigentümer von

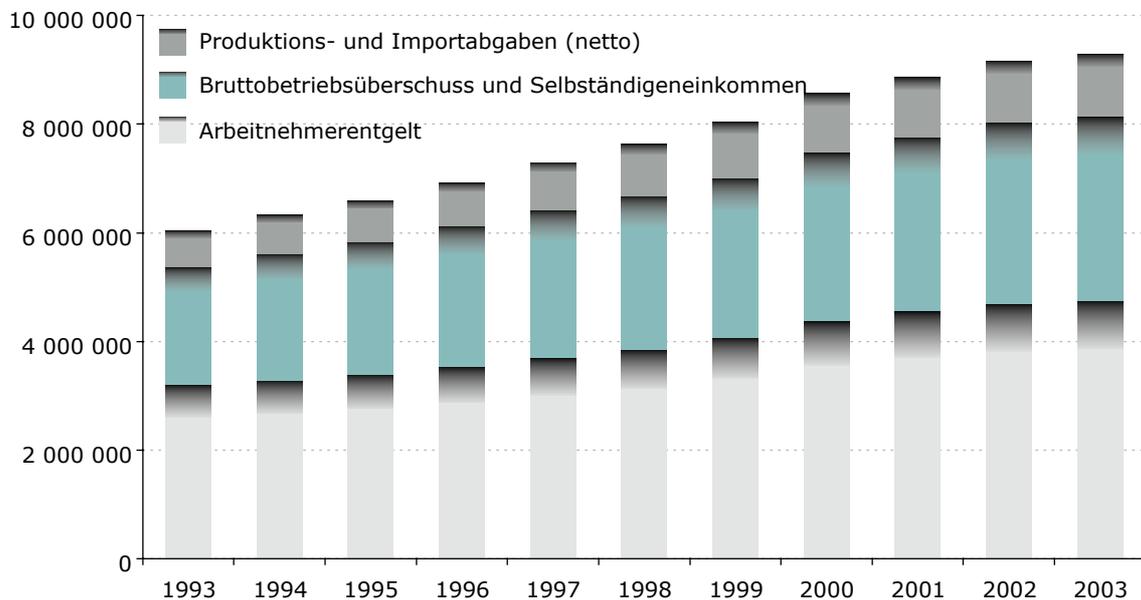
Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (oder von Mitgliedern seiner Familie) geleistete Arbeit. Man spricht von Selbständigeneinkommen, da es sich nicht vom unternehmerischen Gewinn der Eigentümer unterscheiden lässt;

– **Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen:** Dabei handelt es

sich um Zwangsabgaben an den Staat oder die Institutionen der Europäischen Union ohne Gegenleistung auf die Produktion und die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, die Beschäftigung von Arbeitskräften oder das Eigentum an oder den Einsatz von Grundstücken, Gebäuden oder anderen im Produktionsprozess eingesetzten Aktiva.

Einkommen der Produktionsfaktoren, EU-15

In Mio. ECU/EUR; zu laufenden Preisen



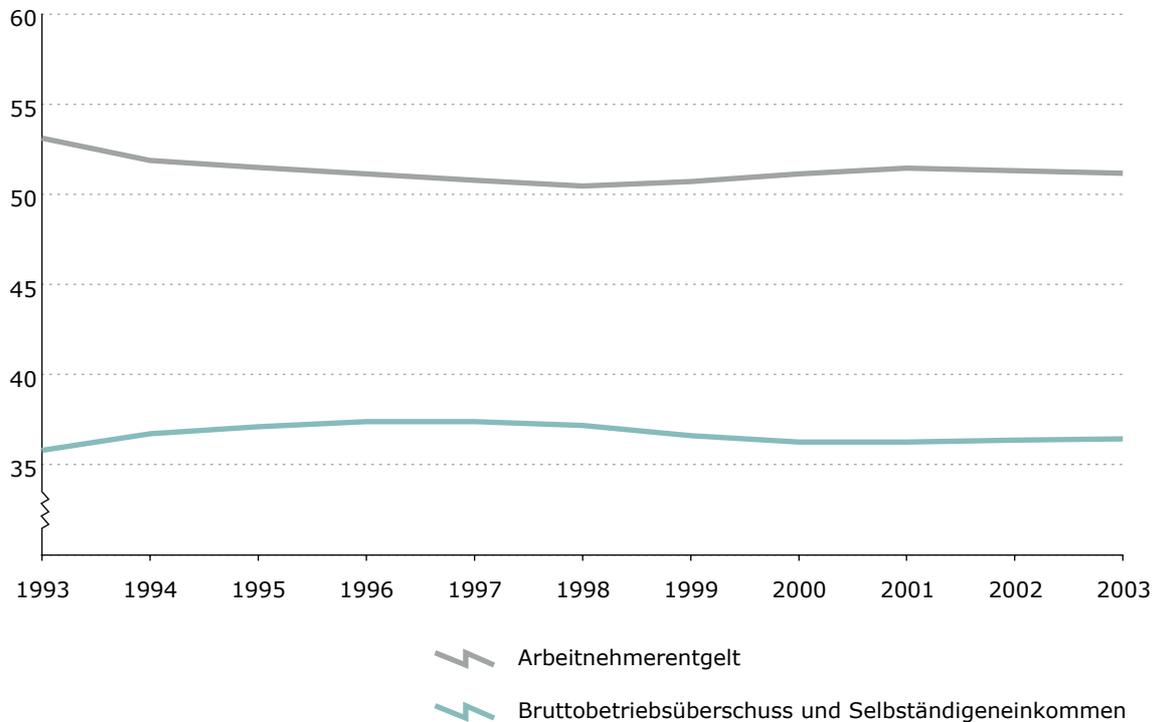
Je größer die Produktionsleistung („Output“) einer Volkswirtschaft ist, desto mehr Einkommen kann an die Faktoren verteilt werden, die den „Input“ für diese Produktion geliefert haben. Zwischen 1993 und 2003 ist das BIP von EU-15 (gemessen in jeweiligen Preisen) um mehr als die Hälfte gewachsen (54 %). Das Ge-

samteinkommen sowohl der Arbeitnehmer als auch der Kapitaleigner ist ungefähr in gleichem Umfang gestiegen. Der Zuwachs beim „Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen“ fiel indessen höher aus (+ 56 %) als beim „Arbeitnehmerentgelt“ (+ 48 %).



Arbeitnehmerentgelt gegenüber Bruttobetriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen

Anteil am BIP der EU-15 in %



Zu jeweiligen Preisen.

Das Arbeitnehmerentgelt umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von einem Arbeitgeber an einen Arbeitnehmer erbracht werden, und zwar als Entgelt für die von diesem geleistete Arbeit. Es umfasst insbesondere auch die vom Arbeitgeber geleisteten Sozialbeiträge.

Der Bruttobetriebsüberschuss ist der Überschuss (oder das Defizit) aus Produktionstätigkeit vor Berücksichtigung von gezahlten oder erhaltenen Zinsen und Mieten für die Verwendung von Vermögenswerten. Selbständigeneinkommen ist die Vergütung für die Arbeitsleistung des Eigentümers eines Unternehmens ohne eigene Rechtspersönlichkeit oder seiner Familienmitglieder. Das Selbständigen-einkommen kann jedoch nicht von den in der Eigenschaft als Unternehmer erzielten Gewinnen unterschieden werden.

Eine genauere Analyse zeigt, dass der Anteil des „Arbeitnehmerentgelts“ zwischen 1993 und 1998 von rund 53 % auf 50,5 % zurückgegangen und anschließend bis 2003 wieder auf 51 % angestiegen ist. Hingegen hat sich der Anteil

des „Betriebsüberschusses und Selbständigeneinkommens“ zunächst kräftig erhöht, nämlich von 36 % im Jahr 1993 auf 37 $\frac{1}{2}$ % im Jahr 1997, danach bis 2003 aber wieder auf unter 36 $\frac{1}{2}$ % verringert.

Öffentliche Finanzen

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Überschuss/Defizit des Staates
- Gesamteinnahmen des Staates
- Produktions- und Importabgaben
- Einkommen- und Vermögensteuern
- Sozialbeiträge
- Gesamtausgaben des Staates
- Subventionen
- Monetäre Sozialleistungen (ohne soziale Sachtransfers)
- Konsumausgaben
- Bruttoanlageinvestitionen



Messung der öffentlichen Finanzen in der Europäischen Union und in der Eurozone...

Die EU-Mitgliedstaaten in der Eurozone sind sich darüber einig, dass die öffentlichen Finanzen auf einer soliden und dauerhaft tragfähigen Grundlage stehen müssen. Die Mitgliedstaaten sind dazu angehalten, „übermäßige öffentliche Defizite“ zu vermeiden, d. h., das geplante oder tatsächliche öffentliche Defizit darf nicht mehr als 3 % und der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen (es sei denn, es handelt sich um eine außergewöhnliche oder vorübergehende Überschreitung, oder die Quoten sind erheblich und kontinuierlich zurückgegangen). Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt (Amsterdam, 1997)

wurden die Vorschriften für die Haushaltsdisziplin verdeutlicht und verschärft.

Im „Verfahren bei einem übermäßigen Defizit“ ist vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten ihre Statistiken über das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand der Europäischen Kommission jeweils am 1. März und am 1. September eines jeden Jahres übermitteln.

Eurostat erfasst die Daten und sorgt dafür, dass die Daten aus allen Mitgliedstaaten den einschlägigen Vorschriften entsprechen.

... mehr als nur eine Frage von Überschuss oder Defizit

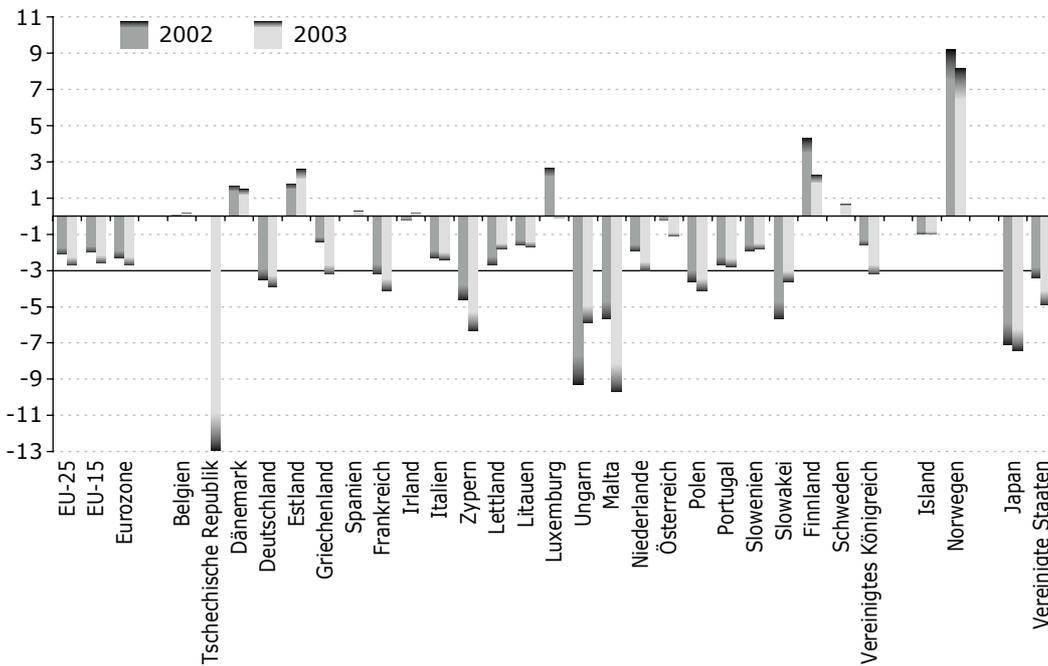
Statistiken über die öffentlichen Finanzen bieten eine Fülle weiterer Informationen über den Sektor Staat. Einige Beispiele finden sich im Kasten „Daten von Eurostat“ am Anfang dieses Abschnitts.

Gemäß dem Übermittlungszeitplan des ESVG 95 liefern die Mitgliedstaaten Eurostat zweimal jährlich (im März und August) die Daten zu den Hauptaggregaten für den Sektor Staat.

Eine ausführliche Begriffserläuterung findet sich im Glossar.

Öffentlicher Finanzierungssaldo

Nettofinanzierungssaldo des Staates in Prozent des BIP

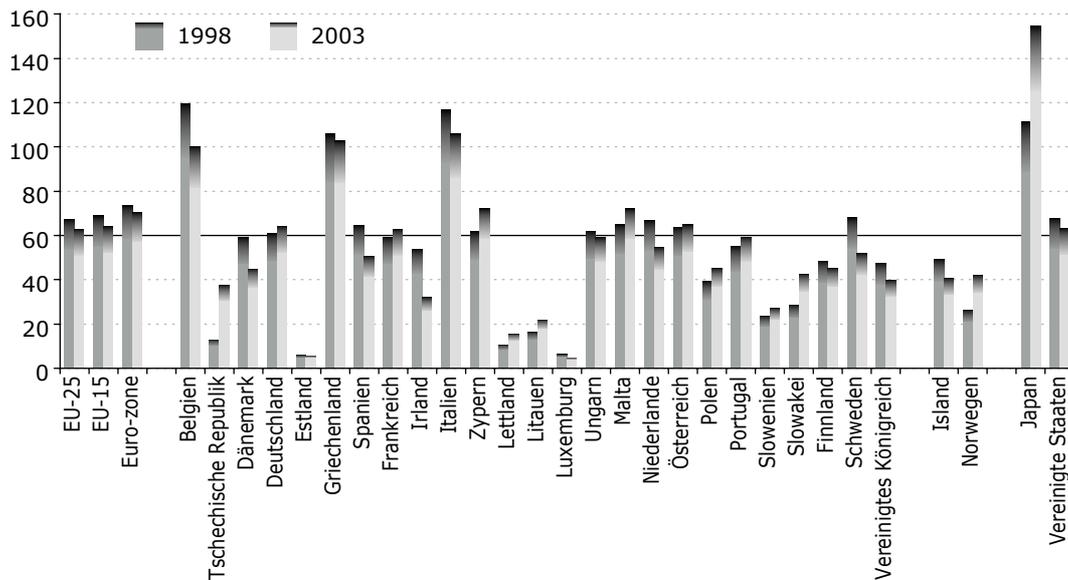


Quelle: Eurostat /OECD.

Der Finanzierungssaldo (+/-) des Staates ist die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates. Der Sektor Staat gliedert sich in die Teilsektoren Bund (Zentralstaat), Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen. Das als gemeinsamer Nenner verwendete BIP ist das Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Marktpreisen.

Öffentlicher Schuldenstand

Konsolidierter Bruttoschuldenstand des Staates in Prozent des BIP



Quelle: Eurostat, OECD (Japan, USA).

Der Sektor Staat gliedert sich in die Teilsektoren Bund (Zentralstaat), Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen. Das als gemeinsamer Nenner verwendete BIP ist das Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Marktpreisen. Als Schuldenstand gilt der Nominalwert (Nennwert), Fremdwährungsschulden werden zu Jahresend-Devisenmarktkursen in die Landeswährung umgerechnet (mit gesonderten Bestimmungen für Verträge). Die nationalen Daten für den Sektor Staat sind zwischen den Untersektoren konsolidiert. Die Grunddaten liegen in Landeswährung vor und werden anhand der von der Europäischen Zentralbank gelieferten Wechselkurse zum Jahresende in Euro umgerechnet. Die Berechnung der Daten erfolgt nach ihrer Fälligkeit.



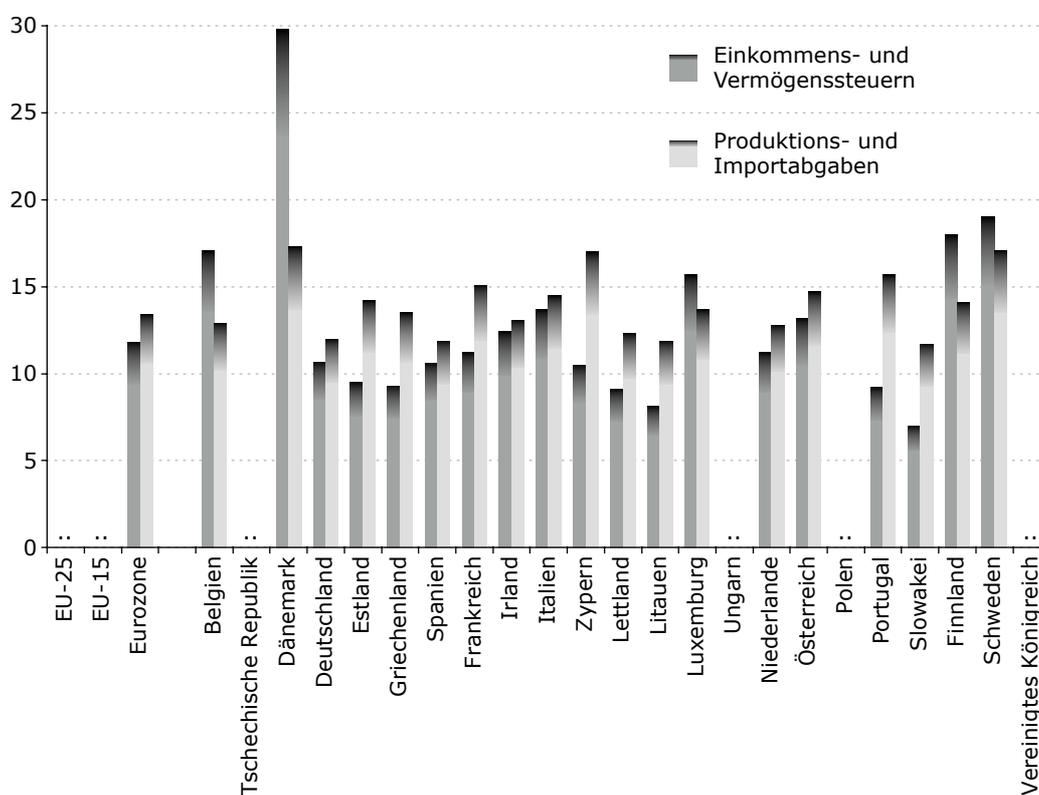
Das in Relation zum BIP gemessene öffentliche Defizit von EU-25 hat sich zwischen 2002 und 2003 von 2,1 % auf 2,7 % erhöht. Innerhalb der Eurozone hatten insbesondere Frankreich und Deutschland bereits 2002 Defizite über 3 % ausgewiesen, die sich in 2003 auf 4,1 % in Frankreich und 3,9 % in Deutschland ausweiteten. In Griechenland lag das öffentliche Defizit 2003 bei 3,2 % des BIP.

Die Entwicklung des konsolidierter Bruttoschuldenstands des Staates in Prozent des BIP verlief in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich. Einige der „alten“ Mitgliedstaaten,

die 1998 einen besonders hohen öffentlichen Schuldenstand zu verbuchen hatten, konnten diesen verringern, wenngleich der Wert von 2003 noch immer deutlich über der 60%-Marke liegt. Dies gilt für Belgien (1998: 119,6 %; 2003: 100,5 %), Italien (1998: 116,7 %; 2003: 106,2 %) und Griechenland (1998: 105,8 %; 2003: 103,0 %). Weiter erhöht hat sich dagegen der öffentliche Schuldenstand in Deutschland (1998: 60,9 %; 2003: 64,2 %), Frankreich (1998: 59,5 %; 2003: 63,0 %, und Portugal (1998: 55,0 %; 2003: 59,4 %).

Einkommens- und Vermögenssteuern sowie Produktions- und Importabgaben

An den Staat 2003 zu entrichtende Steuern; in % des BIP



Die Einkommens- und Vermögenssteuern (Code D.5 ESVG 95) umfassen alle laufenden Zwangsabgaben in Form von Geld- oder Sachleistungen, die regelmäßig vom Staat und von der übrigen Welt ohne Gegenleistung auf Einkommen und Vermögen von institutionellen Einheiten erhoben werden. Eingeschlossen sind einige regelmäßig zu entrichtende Steuern, die weder auf das Einkommen noch auf das Vermögen erhoben werden. Nach dem ESVG 95 untergliedern sich die Einkommens- und Vermögenssteuern in Einkommenssteuern und sonstige direkte Steuern und Abgaben.

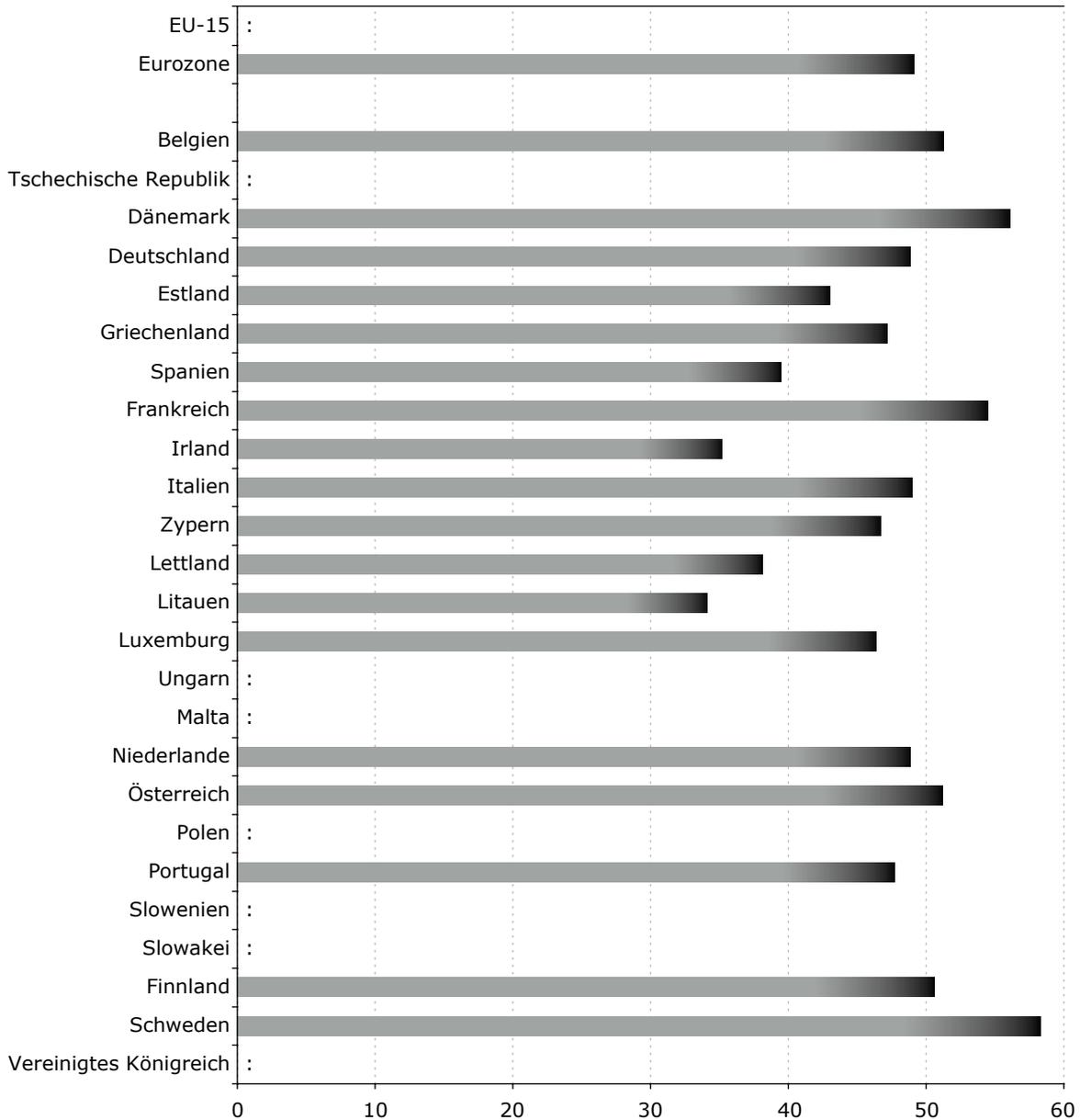
Produktions- und Importabgaben (Code D.2 ESVG 95) sind Zwangsabgaben in Form von Geld- oder Sachleistungen, die der Staat oder die EU-Institutionen ohne Gegenleistung auf die Produktion und die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, die Beschäftigung von Arbeitskräften oder das Eigentum an oder den Einsatz von Grundstücken, Gebäuden oder anderen im Produktionsprozess eingesetzten Aktiva erheben. Nach dem ESVG 95 untergliedern sich die Produktions- und Importabgaben in Gütersteuern und sonstige Produktionsabgaben.

Der Anteil der Einkommen- und Vermögensteuern sowie der Produktions- und Importabgaben am BIP variiert beträchtlich zwischen den Mitgliedstaaten. Im Jahr 2003 meldeten fünf der heutigen Mitgliedstaaten von EU-25 ein höhe-

res Aufkommen an Einkommen- und Vermögensteuern als an Produktions- und Importabgaben (Belgien, Dänemark, Luxemburg, Finnland und Schweden).

Gesamtausgaben des Staates im Jahr 2003

In % des BIP



Die Ausgaben des Staates werden in einem neuen Absatz 8.99 (a) vom ESVG 95 wie folgt definiert: Vorleistungen, Bruttoinvestitionen, Arbeitnehmerentgelt, sonstige Produktionsabgaben, Subventionen, zu leistende, Vermögenseinkommen, Einkommens- und Vermögensteuern, monetäre Sozialleistungen, soziale Sachtransfers, die Ausgaben für Güter entsprechen, die von Marktproduzenten direkt an private Haushalte geliefert werden, sonstige laufende Transfers, Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Vermögenstransfers, zu leistende und Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern.

Auch der Indikator der Gesamtausgaben des Staates am BIP war 2003 in den heutigen EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich; er reichte

von 34,1 % in Litauen und 35,2 % in Irland bis zu 56,1 % in Dänemark und 58,3 % in Schweden.

Verbraucherpreise

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (HVPI)
- Preisstabilität
- Preiskonvergenz
- Europäischer Verbraucherpreisindex (EVPI) – EU
- Verbraucherpreisindex der Europäischen Währungsunion (VPI-EWU) – Eurozone
- Konvergenzkriterien des Vertrags von Maastricht

HVPI: eine vergleichbare Messgröße für die Inflation in der Europäischen Union

Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (HVPI) bieten eine optimale Grundlage für statistische Vergleiche der Verbraucherpreisinflation in der Europäischen Union. Durch die verwendete Methodik ist gewährleistet, dass die Daten aus den einzelnen Mitgliedstaaten miteinander vergleichbar sind. Die HVPI werden von Eurostat monatlich, etwa 18 Tage nach Ende des Berichtsmonats veröffentlicht. Die HVPI-Zeitreihe beginnt mit dem Index für Januar 1995. Um Vergleiche zu erleichtern, werden die HVPI mit einem gemeinsamen Basisjahr (1996 = 100) dargestellt.

Mit der Erweiterung der Europäischen Union im Mai 2004 werden auch Informationen zu den HVPI der neuen Mitgliedstaaten erhoben, so dass vergleichbare Preisindizes für die gesamte EU vorliegen.

Erläuterungen zur Methodik sind auf der Internet-Seite von Eurostat abrufbar (<http://europa.eu.int/comm/eurostat> oder <http://forum.europa.eu.int/Public/irc/dsis/hiocp/library>).

Erfassungsbereich der HVPI

Die HVPI erfassen praktisch alle Arten von Haushaltsausgaben für Waren und Dienstlei-



stungen (Konsumausgaben der privaten Haushalte). Ihr Erfassungsbereich folgt dem internationalen Klassifizierungssystem Coicop (Systematik des individuellen Verbrauchs nach Verwendungszwecken), das speziell an die Erfordernisse der HVPI angepasst wurde.

Aggregierte Indizes

Auf der Basis der HVPI werden drei aggregierte Indizes erstellt: der Verbraucherpreisindex der Europäischen Währungsunion (VPI-EWU) für die Eurozone, der Europäische Verbraucherpreisindex (EVPI) für alle Mitgliedsstaaten und der Verbraucherpreisindex des Europäischen Wirtschaftsraums (VPIEWR), in den zusätzlich Daten aus Island und Norwegen einfließen.

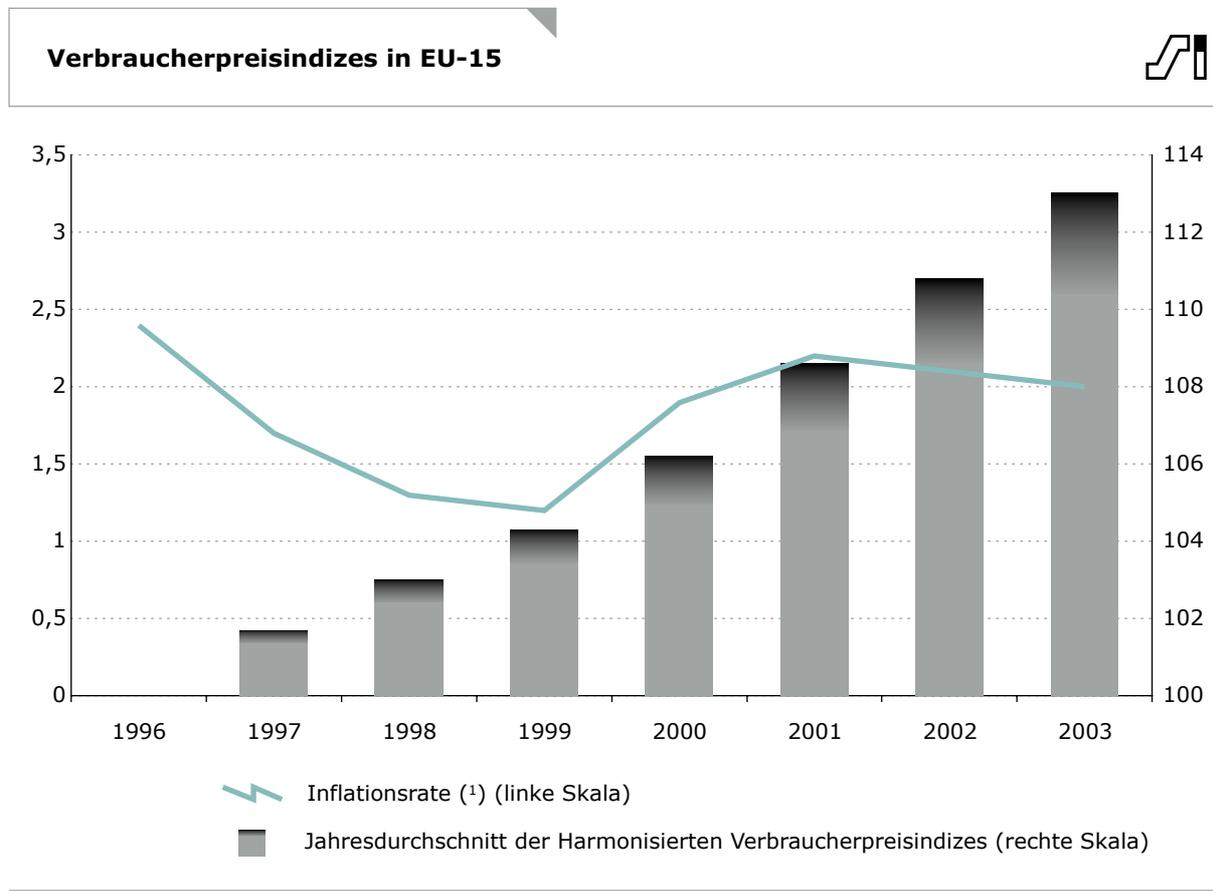
Die HVPI-Methodik bietet die Möglichkeit, die Ländergewichte jedes Jahr zu ändern: Für den VPIEWR dient als Ländergewicht der Anteil der

Konsumausgaben der privaten Haushalte des betreffenden Mitgliedstaats am EWU-Gesamtwert; für den EVPI und den VPI-EWR dient als Ländergewicht der Anteil der Konsumausgaben der privaten Haushalte des betreffenden Mitgliedstaats (Angabe in Euro) am Gesamtwert für die EU bzw. für den EWR. Bei den beiden letztgenannten Indizes werden die Ausgaben in Landeswährung anhand der Kaufkraftparitäten entsprechend umgerechnet. Der HVPI wird als jährlicher Kettenindex berechnet. Seit 1999 wird der VPI-EWU innerhalb des EVPI als eine Einheit behandelt.

Preisstabilität in der Eurozone

Seit der Einführung des Euro im Januar 1999 ist der VPI-EWU die Messgröße für die Beobachtung der Inflation in der EWU und für die Bewertung der Inflationskonvergenz. Da das vorrangige Ziel des Europäischen Systems der Zentralbanken die Preisstabilität ist, verwendet die Europäische Zentralbank (EZB) den VPI-EWU als einen wichtigen Indikator für geldpolitische Maßnahmen in der Eurozone. Nach der Definition der EZB ist Preisstabilität dann gegeben, wenn die jährliche Steigerungsrate im HVPI für die Eurozone mittelfristig nahe bei, aber noch unter 2 % liegt.

3



(¹) Jahresdurchschnitt der Änderungsrate der Harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI)

Die Harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPI) sind für internationale Vergleiche der Verbraucherpreisinflation konzipiert. Sie werden beispielsweise von der Europäischen Zentralbank zur Überwachung der Inflation in der Wirtschafts- und Währungsunion und zur Bewertung des Konvergenzkriteriums für die Inflation nach Artikel 121 des Vertrags von Amsterdam verwendet.

Die Mitgliedstaaten der EU haben sich erfolgreich bemüht, ihre Inflation unter Kontrolle zu bringen. Die anhand der jährlichen durchschnittlichen Veränderungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex für die EU Mit-

gliedsstaaten gemessene Inflation war in den 90er Jahren rückläufig und lag 1999 bei 1,2 %. Im Jahr 2000 zog die Inflation dann wieder an und stabilisierte sich 2003 / Anfang 2004 auf einem Niveau von rund 2 %.



Kaufkraftparitäten

Kaufkraftparitäten (KKP) werden zur Schätzung von Unterschieden im Preisniveau zwischen den Ländern herangezogen. Sie ermöglichen die Berechnung aussagefähiger Volumen- oder Preisniveauindikatoren, die für Ländervergleiche benötigt werden. KKP sind aggregierte Preisrelationen, die anhand eingehender Vergleiche der Preise von zahlreichen Produkten berechnet werden.

KKP dienen als

- Währungsumrechnungsfaktoren zur Berechnung von Volumenmaßen, mit denen das Niveau der wirtschaftlichen Leistung, des Wohlstands, des Verbrauchs, der Investitionen, der Gesamtproduktivität sowie ausgewählter Staatsausgaben verglichen werden kann, oder als
- Preismaße, mit denen Preisniveaus, Preiskonvergenz und Wettbewerbsfähigkeit verglichen werden können.

Eurostat erstellt mit Hilfe der KKP drei Datenreihen:

- **Niveaus und Indizes der realen Konsumausgaben:** Dies sind Volumenmaße, die den relativen Umfang der verglichenen Produktgruppen oder Aggregate angeben. Auf BIP-Ebene werden sie zum Vergleich der wirtschaftlichen Größe der Länder verwendet.
- **Niveaus und Indizes der realen Konsumausgaben pro Kopf:** Dies sind standardisierte Volumenmaße, die das relative Niveau der verglichenen Produktgruppen oder Aggregate angeben, nachdem die Unterschiede zwischen den Bevölkerungszah-

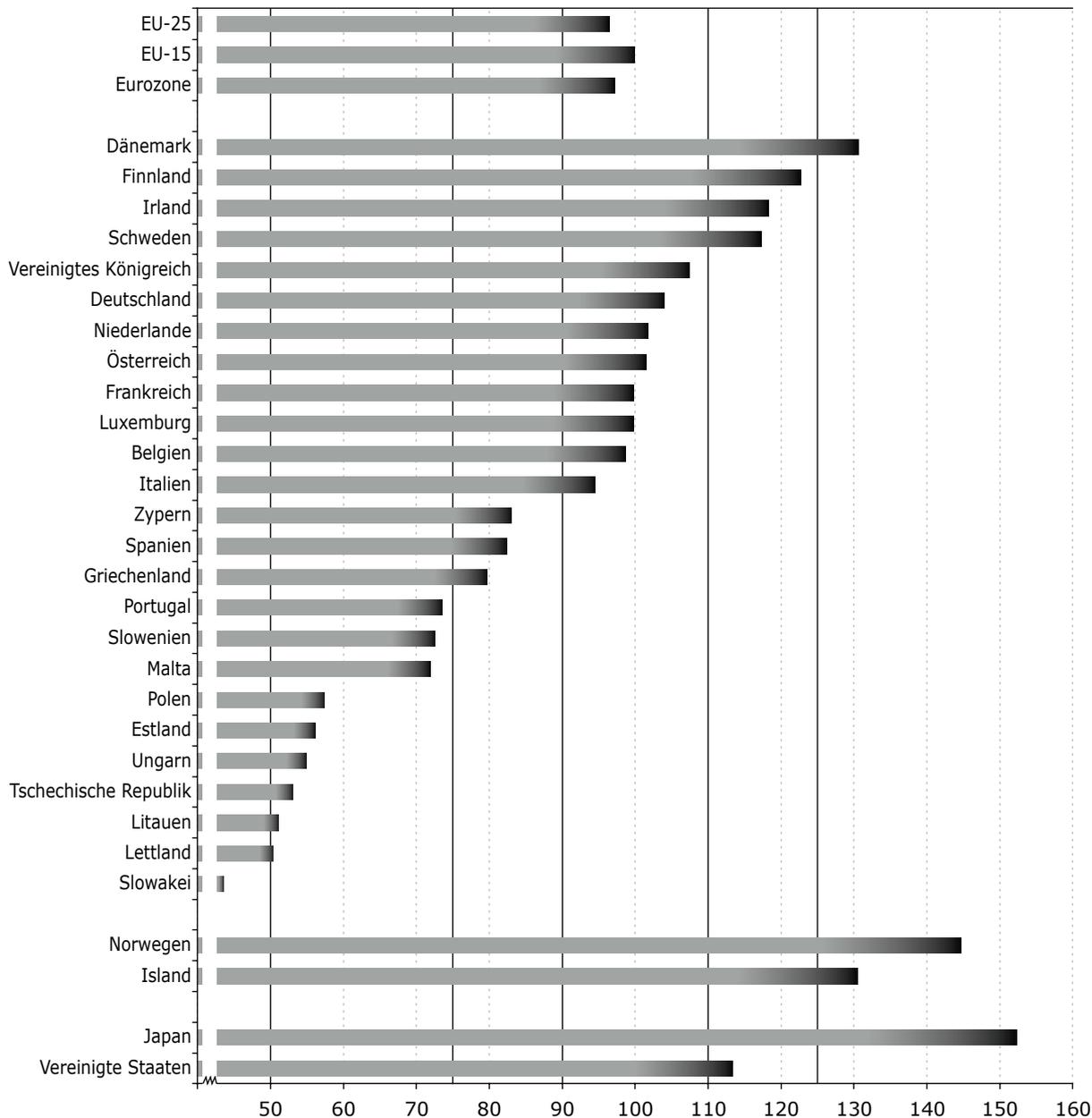


len der einzelnen Länder herausgerechnet wurden. Auf BIP-Ebene werden sie oft zum Vergleich des wirtschaftlichen Wohlstand der Bevölkerung verwendet.

- **Komparative Preisniveaus:** Dies sind die Relationen KKP/Wechselkurse. Da die KKP in einer gemeinsamen Währungseinheit ausgedrückt werden, liefern sie ein Maß für die Unterschiede im Preisniveau zwischen den Ländern, indem sie für eine jeweilige Produktgruppe angeben, wie viele Einheiten einer gemeinsamen Währung benötigt werden, um in jedem Land die gleiche Menge der Produktgruppe zu kaufen. Auf BIP-Ebene liefern sie ein Maß für die Unterschiede im allgemeinen Preisniveau der Länder. Darüber hinaus kann anhand der komparativen Preisniveaus die Entwicklung der Preisniveaus im Zeitverlauf beobachtet werden. Der Variationskoeffizient des komparativen Preisniveaus wird als Indikator für die Konvergenz zwischen den EU-Mitgliedstaaten verwendet.

Vergleichende Preisniveaus im Jahr 2002

Vergleichende Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte einschließlich indirekter Steuern (EU-15 = 100)



Vorläufige Werte.

Vergleichende Preisniveaus sind das Verhältnis zwischen Kaufkraftparitäten und Devisenmarktkurs für jedes Land. Kaufkraftparitäten sind Umrechnungskurse, die die in nationalen Währungen ausgedrückten Wirtschaftsindikatoren in eine gemeinsame Währung umrechnen (Kaufkraftstandard – KKS), damit die Kaufkraft zwischen nationalen Währungen aufschlussreich verglichen werden kann. Das Verhältnis wird gegenüber dem EU-Durchschnitt (EU-15 = 100) angegeben. Wenn der Index des vergleichenden Preisniveaus für ein Land höher (geringer) als 100 ist, ist dieses Land im EU-Vergleich relativ teuer (billig).

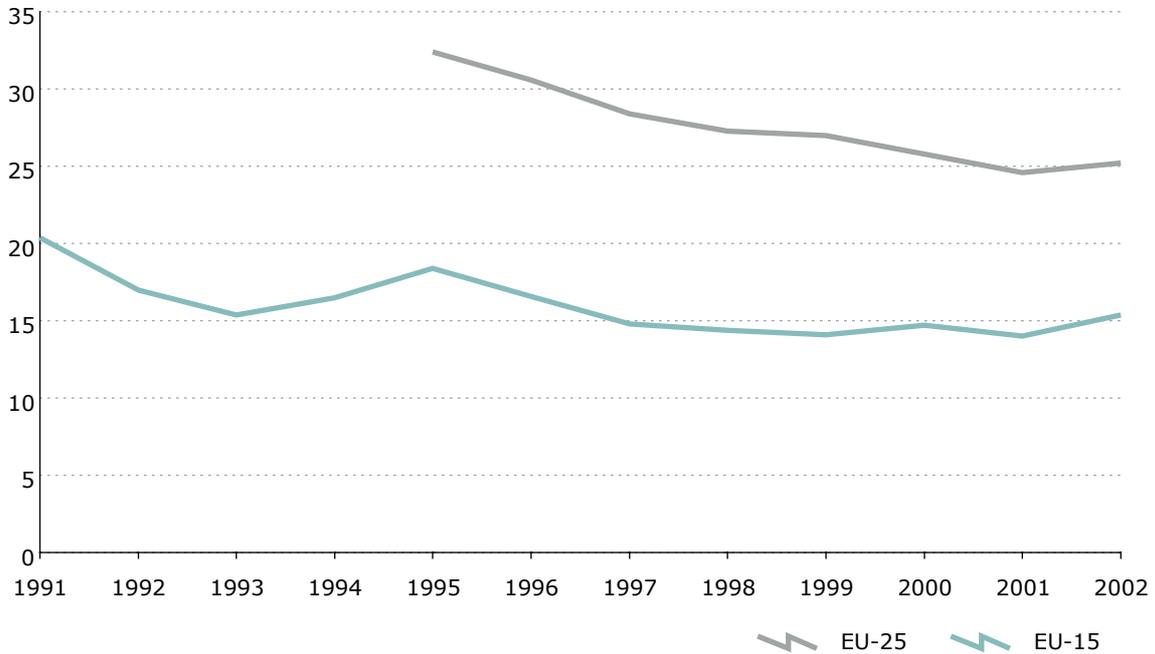
Die Preisniveaus für die Konsumausgaben der privaten Haushalte weisen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union beträchtliche Unterschiede auf. Setzt man den Durchschnitt von EU-15 auf 100, so reichen die komparativen

Preisniveaus in den 25 Ländern, die die heutige Europäische Union bilden, von 131 in Dänemark bis 44 in der Slowakei. Der Vergleichswert für Japan lag bei 152, für die USA bei 113.



Annäherung des Preisniveaus in den EU-Mitgliedstaaten

Variationskoeffizient der vergleichenden Preisniveaus des Endverbrauchs der privaten Haushalte einschließlich indirekter Steuern



2002: vorläufige Werte; EU-25 1996 to 1999: geschätzte Werte.

Vergleichende Preisniveaus sind das Verhältnis zwischen Kaufkraftparitäten und Devisenmarktkurs für jedes Land. Kaufkraftparitäten sind Umrechnungskurse, die die in nationalen Währungen ausgedrückten Wirtschaftsindikatoren in eine gemeinsame Währung umrechnen (Kaufkraftstandard – KKS), damit die Kaufkraft zwischen nationalen Währungen verglichen werden kann. Wenn der Variationskoeffizient der Preisniveaus im EU-Vergleich sinkt (steigt), dann konvergieren (divergieren) die nationalen Preisniveaus in den jeweiligen Mitgliedstaaten.

Bei diesen Unterschieden ist indessen auch zu berücksichtigen, dass in EU-15 in den 90er Jahren eine Konvergenz der Preisniveaus stattgefunden hat. Diese ist heute zwischen den 15 „alten“ Mitgliedstaaten wesentlich weiter vorangeschritten (15,4 im Jahr 2002) als zwischen

EU-25 insgesamt, also „alten“ und „neuen“ Mitgliedstaaten zusammengenommen (25,2 im Jahr 2003). (Hinweis: Je niedriger der Wert, desto größer die Konvergenz der Preisniveaus.)

Löhne und Arbeitskosten

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst
- Jahresnettoverdienst im verarbeitenden Gewerbe
- Verdienststrukturen
- Arbeitskosten
- Steuerquote im verarbeitenden Gewerbe
- Mindestlöhne
- Arbeitskostenindex



Arbeitskosten

Informationen über die Arbeitskosten sind von großer Bedeutung für Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, politische Parteien, Wirtschaftswissenschaftler und andere Nutzer, die sich für die Höhe und die Struktur der Arbeitskosten interessieren.

Der Begriff „Arbeitskosten“ umfasst die Ausgaben, die den Arbeitgebern bei der Beschäftigung von Arbeitnehmern zwangsläufig entstehen.

Auf der Grundlage einer alle vier Jahre durchgeführten Arbeitskostenerhebung (letztes verfügbares Bezugsjahr: 2000) liefert Eurostat detaillierte Informationen zu den Arbeitskosten. Des Weiteren werden auf jährlicher Basis Informationen zu den folgenden Schlüsselzahlen erstellt: Arbeitskosten pro Stunde und pro Monat sowie Zusammensetzung der Arbeitskosten. Mit diesen Ergebnissen lassen sich die gesamten Arbeitskosten zwischen verschiedenen Ländern bzw. verschiedenen Industriezweigen eines Landes vergleichen. Bei den Arbeits-

kosten werden die Unterschiede bei der Arbeitsproduktivität nicht berücksichtigt.

Bruttojahresverdienst – Hauptanteil der Arbeitskosten insgesamt

Der Bruttojahresverdienst umfasst die den Beschäftigten direkt ausgezahlten Bruttolöhne und -gehälter in Form von Geldleistungen vor Abzug der Steuern und Sozialbeiträge. Eurostat liefert Angaben zum Verdienst von Vollzeit-Arbeitskräften untergliedert nach Wirtschaftszweig und Geschlecht. Zusätzlich wird der Verdienst von Frauen als Anteil des Verdienstes von Männern dargestellt.

Nettoverdienst

Der Nettoverdienst ist der Teil des Entgelts, der den Arbeitnehmern tatsächlich zur Verfügung steht. Im Gegensatz zum Bruttoverdienst umfasst er keine Steuern und Sozialbeiträge, schließt aber Familienbeihilfen ein.

Nationale Mindestlöhne in 18 Mitgliedstaaten

In 18 EU-Mitgliedstaaten und drei Beitrittsländern beruhen die Tarifverhandlungen auf einem gesetzlich festgelegten nationalen Mindestlohn. Dieser gilt in der Regel für die Beschäftigten aller Wirtschaftszweige und Berufe. Der Anteil der Vollzeitbeschäftigten, deren Einkommen dem nationalen Mindestlohn entspricht, ist in den einzelnen Ländern, für Männer wie für Frauen, unterschiedlich hoch. Dennoch kann man allgemein sagen, dass der Prozentsatz der Frauen mit Mindestlohn etwa doppelt so hoch liegt wie derjenige der Männer.

Niedriglohnpfänger: Steuerlast und Arbeitslosigkeitsfalle

Einer der Strukturindikatoren der Kommission ist die „Steuerquote von Niedriglohnpfängern“, die sich aus zwei Subindikatoren zusammensetzt.

- Mit dem Sub-Indikator „Steuerlast auf Arbeitskosten“ wird die relative Steuerlast eines Niedriglohnpfängers erfasst.
- Der Sub-Indikator „Arbeitslosigkeitsfalle“ misst, welcher Anteil des Bruttoeinkommens (nach Aufnahme einer Beschäftigung) durch Wegfall von Arbeitslosigkeits- und anderen Sozialleistungen einerseits und höhere Steuern und Sozialversicherungsbeiträge andererseits verloren geht.

Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst in der Industrie und im Dienstleistungssektor

Vollzeitbeschäftigte insgesamt. Unternehmen mit mindestens zehn Arbeitnehmern. In ECU/EUR

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-15	:	:	:	22 142	23 080	25 527	26 288	:
Eurozone	:	:	20 421	20 970	21 499	22 413	23 081	:
Belgien	28 945	29 131	28 901	29 616	30 701	31 644	33 109	34 330
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:
Dänemark	:	36 376	36 235	37 209	39 515	40 962	41 661	43 577
Deutschland	34 584	35 254	35 093	36 033	36 862	37 253	38 204	39 440
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland	11 291	11 917	12 605	13 209	13 926	14 721	15 431	16 278
Spanien	:	16 043	16 192	16 528	17 038	17 432	17 874	18 462
Frankreich	23 952	24 292	24 798	25 519	25 947	26 521	27 319	:
Irland	:	:	:	:	:	:	:	:
Italien	:	:	:	:	:	:	:	:
Zypern	:	12 980	14 021	14 709	15 161	16 335	16 948	17 740
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:
Litauen	1 385	1 597	2 286	2 799	3 017	:	:	:
Luxemburg	:	:	32 746	33 462	34 534	35 910	37 801	38 551
Ungarn	3 062	3 158	3 543	3 686	3 770	4 172	4 898	5 871
Malta	8 747	9 287	10 114	10 713	11 581	12 553	13 320	13 460
Niederlande	27 966	28 140	28 061	29 189	30 426	31 901	33 900	35 200
Österreich	:	:	:	:	:	:	:	:
Polen	:	3 076	:	4 156	5 310	:	7 509	7 172
Portugal	:	:	:	:	:	12 620	13 338	:
Slowenien	:	:	:	:	:	:	:	:
Slowakei	:	:	3 179	3 292	3 125	3 583	3 837	4 582
Finnland	23 584	23 883	24 005	24 944	25 739	27 398	28 555	:
Schweden	:	:	:	:	:	31 621	30 467	31 164
Vereinigtes Königreich	:	:	:	29 370	32 269	37 677	39 233	40 553
Island	:	:	:	:	32 311	37 638	34 101	36 764
Norwegen	:	:	:	:	:	:	38 604	43 736

Der Bruttoverdienst besteht aus den Barentlohnungen (Löhne und Gehälter), die dem Arbeitnehmer direkt gezahlt werden, vor Abzug der Lohnsteuer und der Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung. Die Daten beziehen sich auf Vollzeitbeschäftigte in der Industrie und im Dienstleistungssektor.

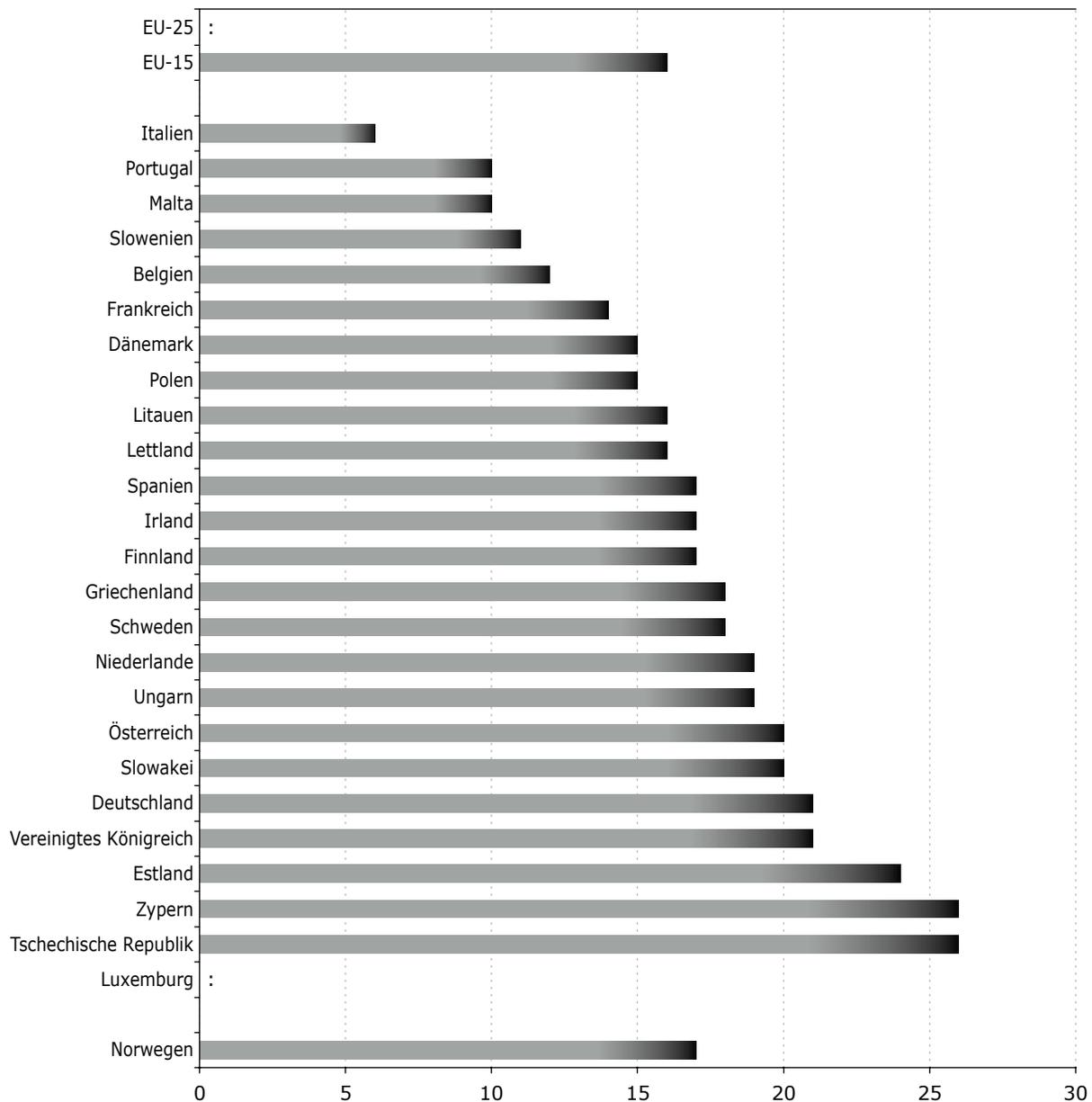
Bei den Verdiensten (durchschnittliche Bruttojahresverdienste in der Industrie und im Dienstleistungssektor in Euro) gibt es ausge-

prägte Unterschiede zwischen den einzelnen EU-Ländern.



Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied im Jahr 2001

Ohne Anpassungen; in %



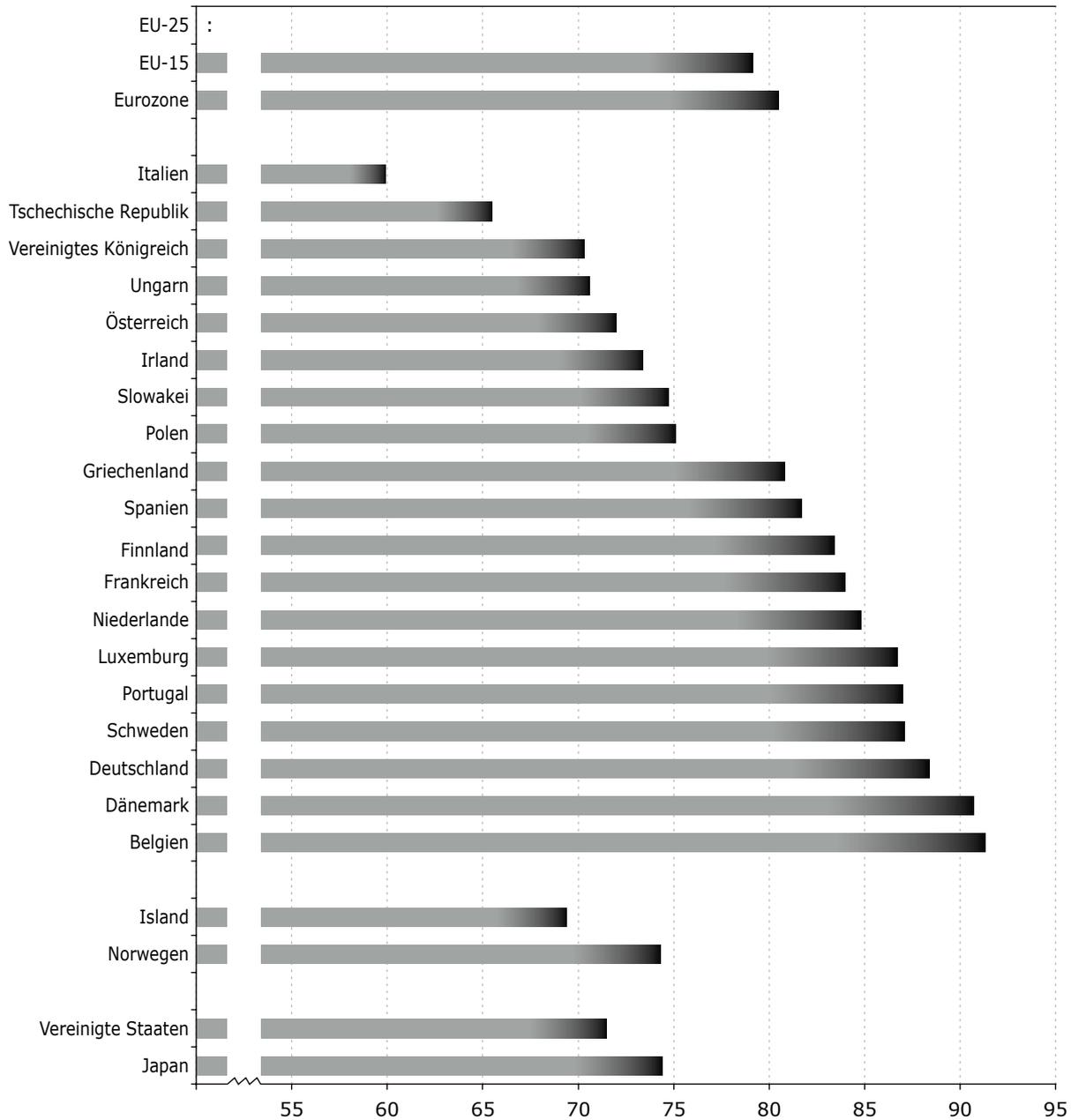
Der Indikator „Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied“ wird als der Unterschied zwischen den durchschnittlichen Brutto-Stundenverdiensten der männlichen Beschäftigten und der weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Brutto-Stundenverdienste der männlichen Beschäftigten dargestellt. Die Population umfasst alle Beschäftigten im Alter von 16-64 Jahren, die mindestens 15 Stunden pro Woche arbeiten. Die Daten für die übrigen Länder stammen aus dem Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaften (ECHP), einer Erhebung basierend auf der jährlichen Befragung eines repräsentativen Panels an Haushalten und Einzelpersonen mittels eines standardisierten Fragebogens, der ein breites Themenspektrum abdeckt. Daten für CZ, EE, FR, CY, LV, LT, HU, MT, NL, PL, SI, SK, SE und NO stammen aus nationalen Quellen.

Das geschlechtsspezifische Lohngefälle bezeichnet den Unterschied zwischen dem Brutto-Stundenverdienst männlicher und weiblicher Arbeitnehmer im Verhältnis zum Verdienst

männlicher Arbeitnehmer. Im Jahr 2001 betrug es in EU-15 rund 16 %. In den 25 heutigen EU-Ländern lag der Wert zwischen 6 % in Italien und 26 % in der Tschechischen Republik.

Steuersatz für Niedriglohnempfänger: Arbeitslosigkeitsfalle im Jahr 2002

In %



Die Arbeitslosigkeitsfalle misst, welcher Prozentsatz des Bruttoeinkommens (bei Aufnahme einer Beschäftigung) durch den Wegfall von Sozialleistungen einerseits und höhere Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen andererseits „verloren gehen“.

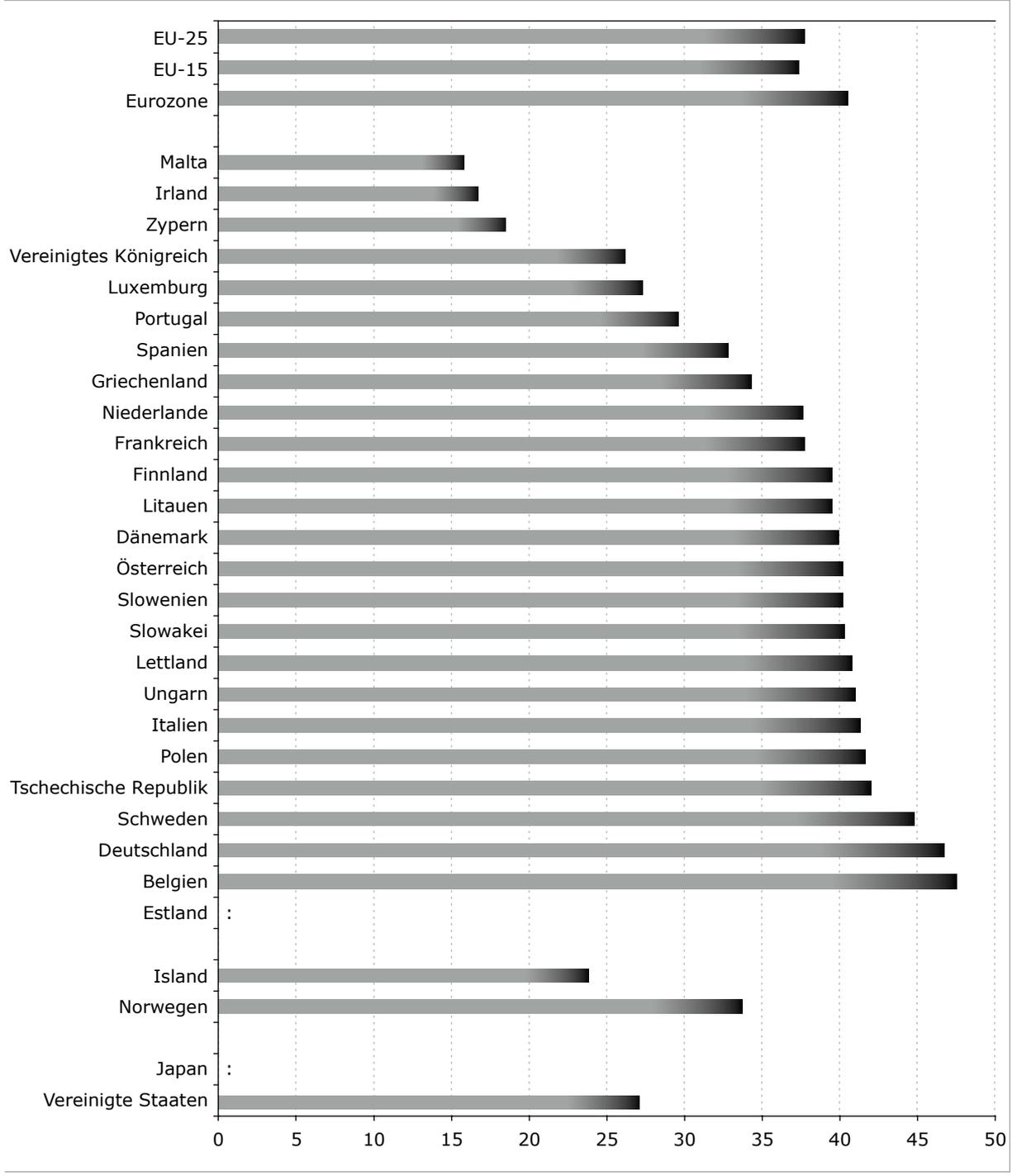
Wenn ein Arbeitsloser eine Erwerbstätigkeit aufnimmt, geht ein Teil seines neu verdienten Bruttoeinkommens durch den Wegfall von Sozialleistungen einerseits und höhere Steuern und Sozialbeiträge andererseits verloren. Die Höhe dieses „weggesteuerten“ Teils wird als

„Arbeitslosigkeitsfalle“ bezeichnet: Sie lag 2002 in EU-15 bei 79 %, d. h., der finanzielle Gewinn beim Übergang von der Arbeitslosigkeit in die Erwerbstätigkeit betrug für den neuen Arbeitnehmer rund 21 % seines Bruttoverdienstes.



Steuersatz für Niedriglohnempfänger (Steuerkeil bei den Arbeitskosten) im Jahr 2003

Relative Steuerlast für einen Niedriglohnempfänger; in %



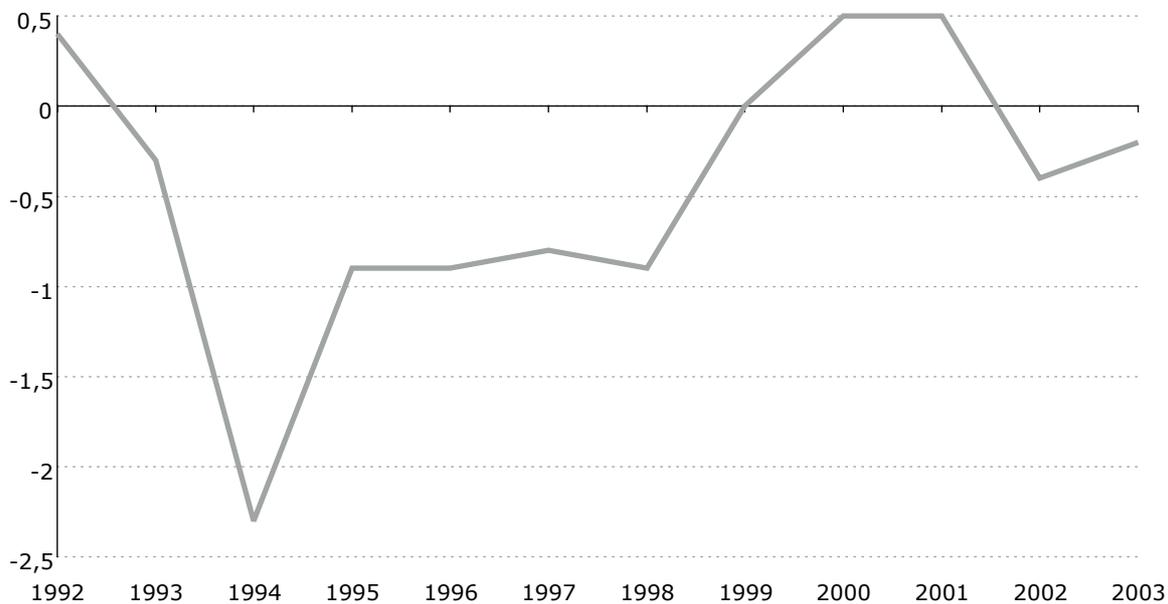
3

Die steuerliche Belastung der Arbeitskosten (d. h. die relative Steuerlast für einen Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen) lag 2003 in

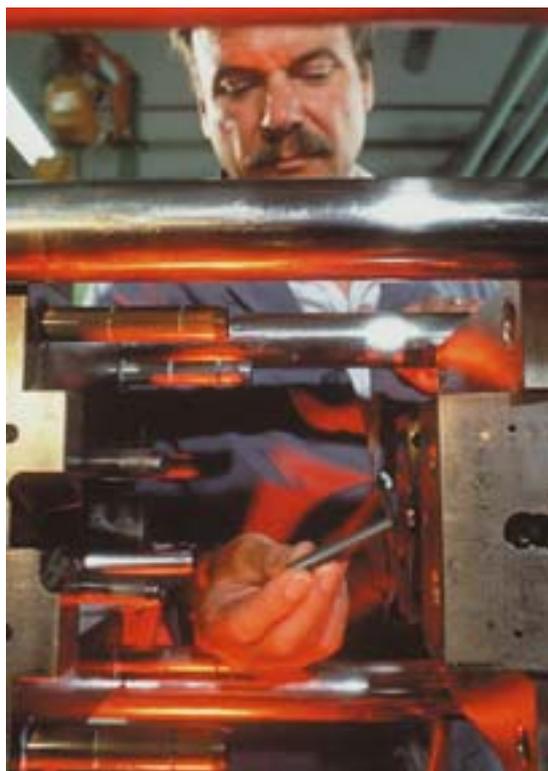
elf Ländern aus der EU-25 bei mehr als 40 %, in drei Ländern unter 20 %.

Wachstum der Lohnstückkosten in EU-15

Zuwachsrates des Verhältnisses: Entgelt pro Arbeitnehmer (in jeweiligen Preisen), dividiert durch das BIP (in jeweiligen Preisen) in Bezug auf die Beschäftigung insgesamt



Dieser abgeleitete Indikator vergleicht das Entgelt (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) und die Produktivität (BIP je Beschäftigtem), um aufzuzeigen, wie sich das Arbeitnehmerentgelt zur Produktivität ihrer Arbeit verhält. Es ist zu beachten, dass die Variablen im Zähler sich nur auf Arbeitnehmer beziehen, während die im Nenner sich auf alle Beschäftigten beziehen, was Selbstständige mit einschließt.



Leistungsbilanz

Eurostat-Daten

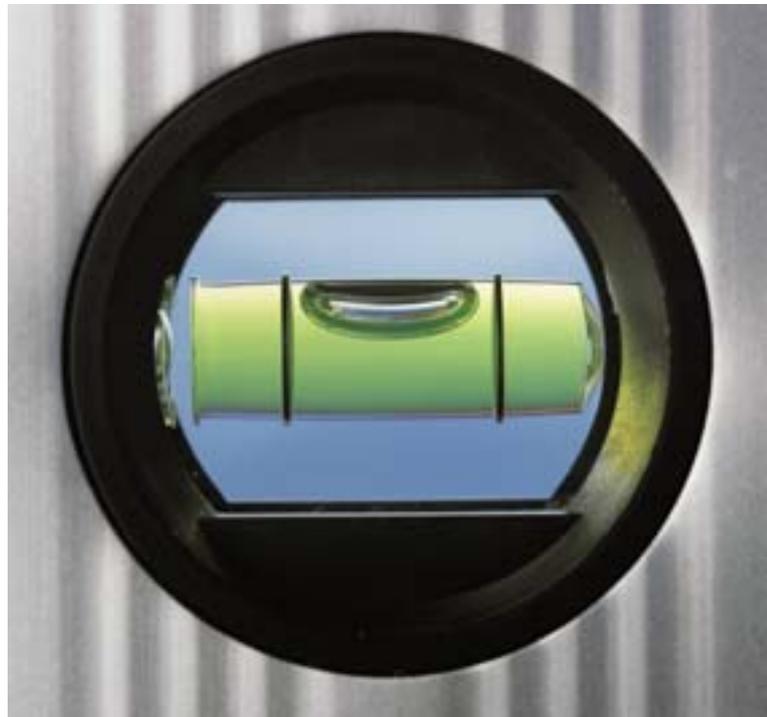
Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Internationale Warentransaktionen
- Internationale Dienstleistungstransaktionen
- Internationale Einkommenstransaktionen
- Laufende Übertragungen
- Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz

Die Stellung eines Landes in der Weltwirtschaft bewerten

Die Leistungsbilanz umfasst sämtliche Transaktionen (außer den Transaktionen, die in der Kapitalbilanz verbucht werden) zwischen gebietsansässigen und gebietsfremden Einheiten. Innerhalb der Leistungsbilanz werden vier Hauptarten von Transaktionen jeweils getrennt ausgewiesen:

- Die Warenhandelsbilanz umfasst den allgemeinen Warenhandel, Waren für die Weiterverarbeitung, Reparatur von Waren, von Frachtschiffen in Häfen bezogene Waren und Gold zu nichtmonetären Zwecken. Die Warenein- und -ausfuhr wird auf der Grundlage fob/fob erfasst, d. h. zu Marktpreisen einschließlich Versicherungsprämien und Transportleistungen bis zur Zollgrenze des Exportlandes.
- Die Dienstleistungsbilanz umfasst: die Transportleistungen von gebietsansässigen EU-Einheiten für gebietsfremde EU-Einheiten oder umgekehrt – einschließlich Personen- und Güterverkehr, Vermietung von Frachtschiffen mit Mannschaft sowie Nebentätigkeiten und Hilfsdienste –, den Reiseverkehr, d. h. hauptsächlich Waren und Dienstleistungen, die aus der EU stammende Reisende bei gebietsfremden EU-Einheiten erwerben oder umgekehrt, sowie die übrigen Dienstleistungen, unter die Dienstleistungen wie Kommunikationsdienste sowie Versicherungs- und Finanzdienstleistungen usw. fallen.
- Die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen umfasst zwei Arten von Transaktio-

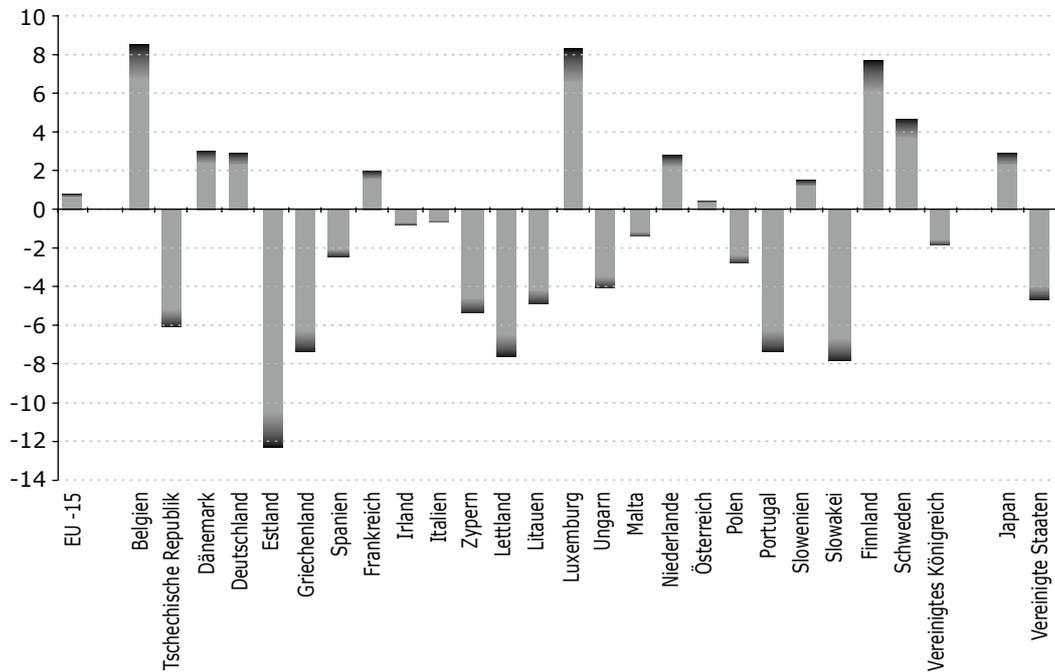


nen: die an gebietsfremde Arbeitnehmer gezahlten oder von gebietsfremden Arbeitgebern empfangenen Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie Vermögenseinkommen, die aufgrund von finanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland entstanden sind.

- Die Bilanz der laufenden Übertragungen umfasst die laufenden Übertragungen des Staates, d. h. die Kapitaltransfers im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit der Staaten, die Zahlung laufender Einkommen- und Vermögensteuern usw., sowie übrige laufende Übertragungen, z. B. Überweisungen von Gastarbeitern, Versicherungsprämien – abzüglich Dienstleistungsgebühren – und Forderungen an Sachversicherer.

Leistungsbilanz im Jahr 2002

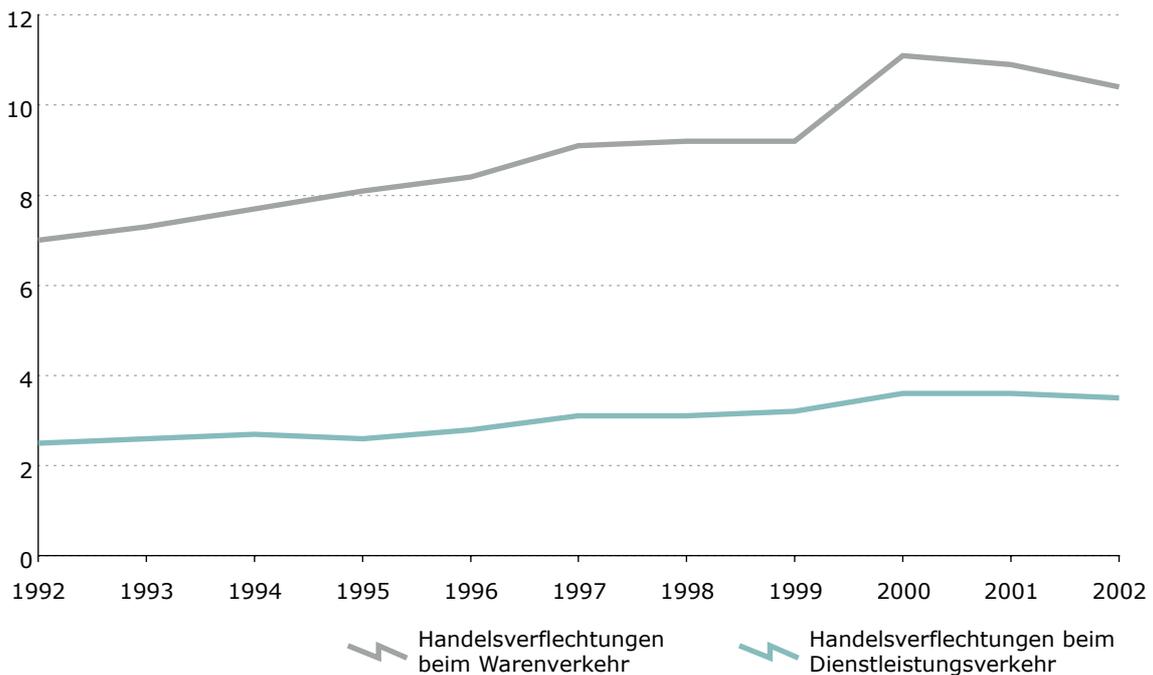
In % des BIP



Die Zahlungsbilanz setzt sich aus Leistungs-, Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz zusammen. Die Leistungsbilanz gliedert sich ihrerseits nach Waren, Dienstleistungen, Einkommen und laufenden Übertragungen; sie misst den Wert der Ausfuhren (Kreditseite) und Einfuhren (Debetseite). Aus der Differenz der beiden Werte ergibt sich der Saldo der laufenden Transaktionen eines jeden Mitgliedstaats mit allen anderen Ländern sowie der EU-Transaktionen mit den nicht zur EU gehörenden Ländern.

Handelsverflechtung der EU-15 beim Waren- und Dienstleistungsverkehr

Durchschnittswert der Einfuhren und Ausfuhren, geteilt durch das BIP und multipliziert mit 100

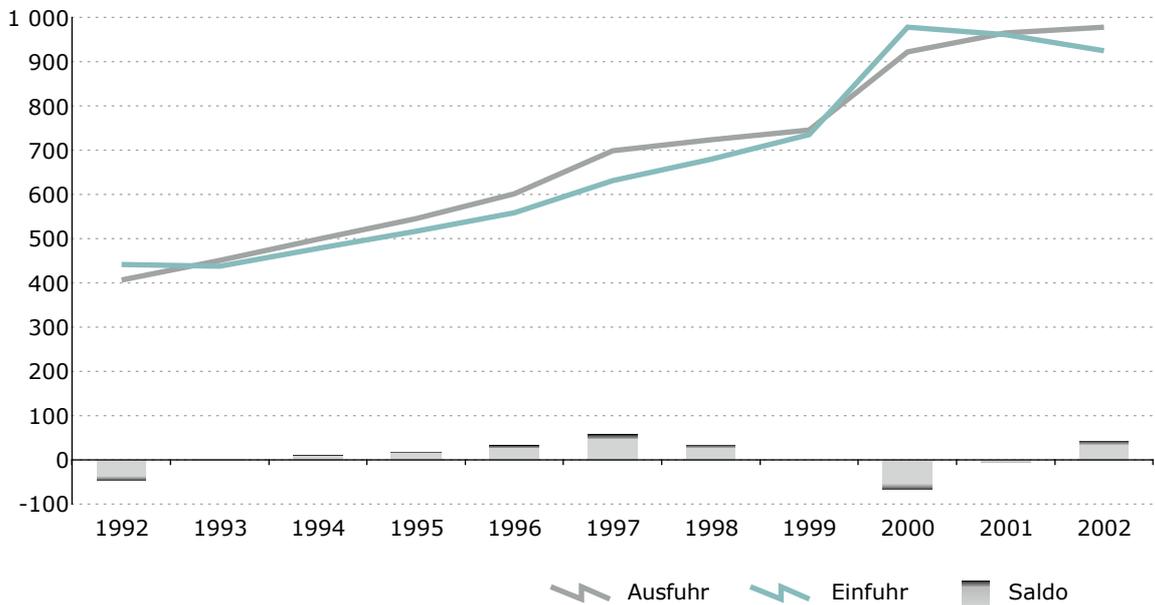


Ein steigender Index lässt darauf schließen, dass zwischen der EU und der internationalen Wirtschaft immer engere Verflechtungen bestehen.



Leistungsbilanztransaktionen von Waren in der EU-15

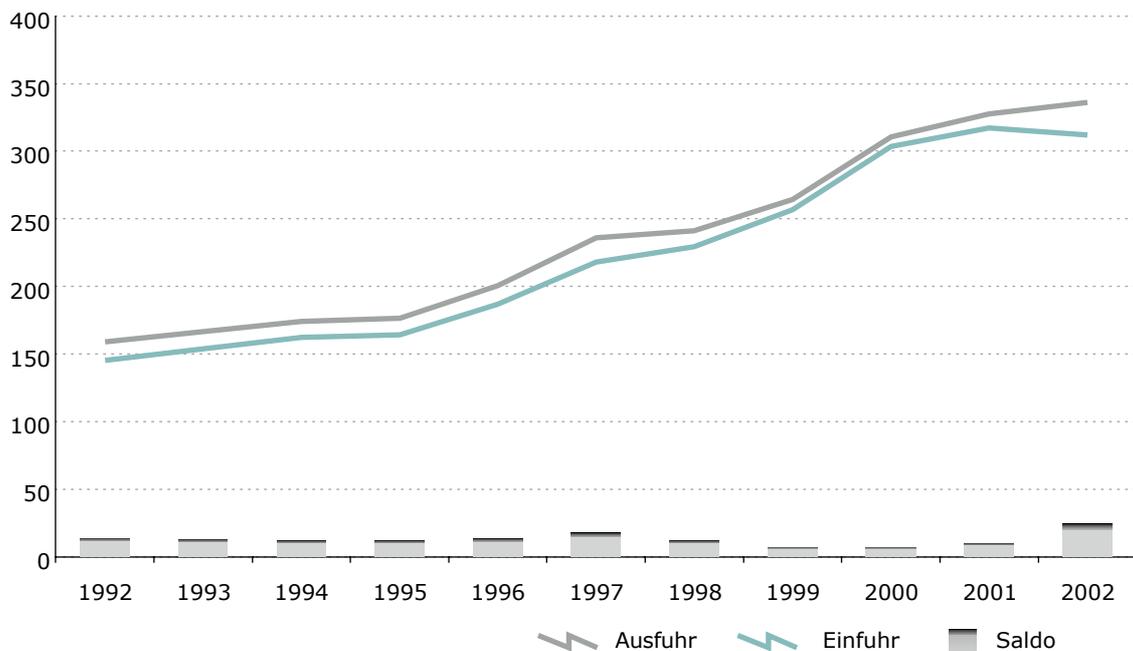
In Mrd. ECU/EUR



Die Zahlungsbilanz stellt die internationalen Transaktionen eines Landes mit der übrigen Welt dar. Sie setzt sich aus Leistungs-, Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz zusammen. Die Leistungsbilanz gliedert sich ihrerseits nach Waren, Dienstleistungen, Einkommen und laufenden Übertragungen; sie misst den Wert der Ausfuhren (Credit) und Einfuhren (Debet). Aus der Differenz der beiden Werte ergibt sich der Saldo.

Leistungsbilanztransaktionen von Dienstleistungen in den EU-15

In Mrd. ECU/EUR



Die Zahlungsbilanz stellt die internationalen Transaktionen eines Landes mit der übrigen Welt dar. Sie setzt sich aus Leistungs-, Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz zusammen. Die Leistungsbilanz gliedert sich ihrerseits nach Waren, Dienstleistungen, Einkommen und laufenden Übertragungen; sie misst den Wert der Ausfuhren (Credit) und Einfuhren (Debet). Aus der Differenz der beiden Werte ergibt sich der Saldo.

Handelspartner

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Internationale Transaktionen mit einzelnen Ländern
- Internationale Transaktionen mit Erdteilen
- Internationale Transaktionen mit Wirtschaftsräumen

Europas Handelspartner in der Welt

Eurostat liefert ausführliche Informationen über die geografische Gliederung der Leistungsbilanz der Europäischen Union. Dabei wird unterschieden zwischen:

- Transaktionen im Intra-EU-Handel, entsprechend der Summe der von EU-Mitgliedstaaten gemeldeten Transaktionen mit anderen EU-Mitgliedstaaten, und
- Transaktionen im Extra-EU-Handel, entsprechend den von EU-Mitgliedstaaten gemeldeten Transaktionen mit Ländern außerhalb der Europäischen Union. Diese werden weiter nach dem Standort der Handelspartner aufgeschlüsselt: nach einzelnen Ländern (z. B. Ungarn, Vereinigte Staaten oder Japan), nach Wirtschaftsräumen (z. B. OECD-Länder, AKP-Staaten) und nach Erdteilen (z. B. Amerika oder Asien).

Die weltweiten Transaktionen entsprechen der Summe der Transaktionen, die innerhalb der Europäischen Union und mit Drittländern getätigt werden, zuzüglich einer Restgröße, die sich nicht zuordnen lässt.

Gesucht: der Unternehmenssitz

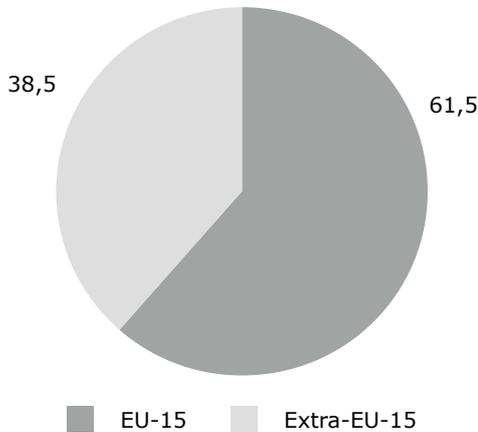
Maßgebend für die geografische Aufschlüsselung der EU-Leistungsbilanz in der Zahlungsbilanzstatistik ist der Unternehmenssitz des jeweiligen Handelspartners. Wenn keine genauen Informationen über den Unternehmenssitz vorliegen, besteht die Möglichkeit, den Herkunfts- oder Bestimmungsort mit Hilfe der Währung zu bestimmen, in der die Transaktionen verbucht werden. Die Zuordnung anhand des Unternehmenssitzes entspricht somit der Zuordnung nach „Herkunftsändern“ (bei Einfuhren) und „Bestimmungsändern“ (bei Ausfuhren).

Für die Wareneinfuhr gilt jedoch seit 1997 ein anderes Prinzip der geografischen Gliederung. Alle von einem EU-Mitgliedstaat aus Drittländern eingeführten Waren, die zum Bestimmungsort auf dem Transitweg über einen anderen EU-Mitgliedstaat gelangen, sind in der geografischen Gliederung nicht dem Herkunftsland, sondern dem Transitland zuzuordnen.



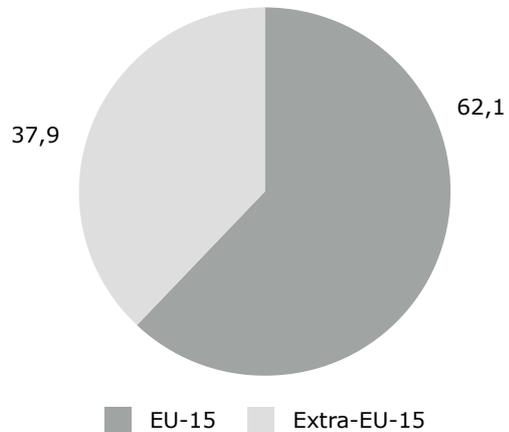
Kreditseite der Leistungsbilanz der EU-15 im Jahr 2002

Anteil der gesamten Kredittransaktionen der EU in %



Debetseite der Leistungsbilanz der EU-15 im Jahr 2002

Anteil der gesamten Debettransaktionen der EU in %

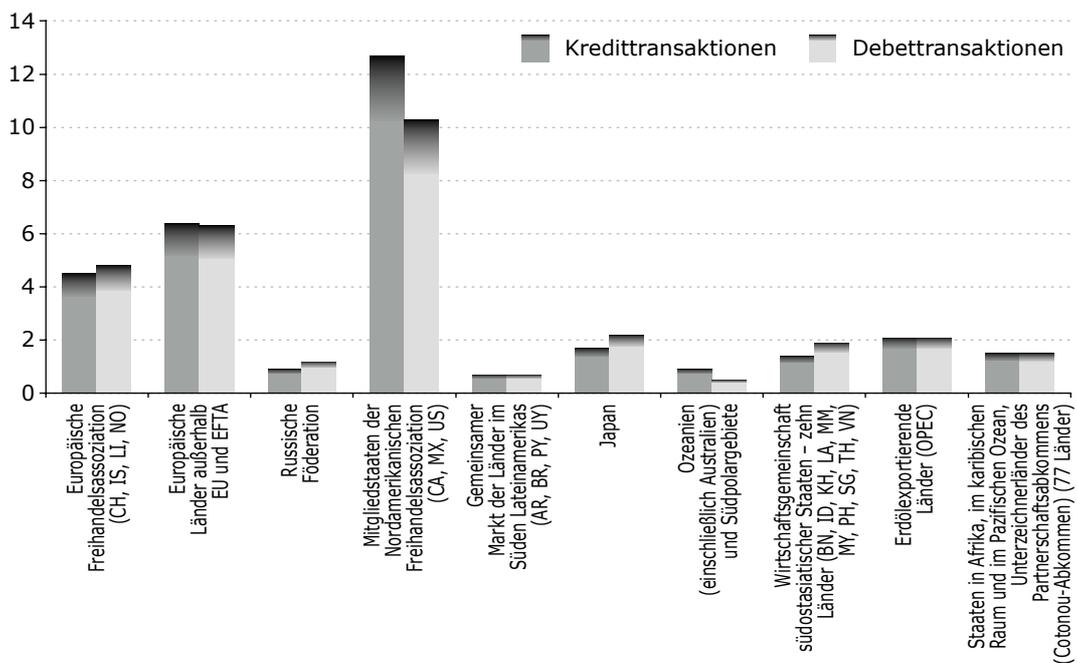


In der Zahlungsbilanz finden alle außenwirtschaftlichen Transaktionen eines Landes mit der übrigen Welt ihren Niederschlag. Sie setzt sich zusammen aus der Leistungsbilanz und der Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz. Die Leistungsbilanz ist wiederum in Waren, Dienstleistungen, Einkommen und laufende Übertragungen unterteilt und erfasst den Wert der Ausfuhren (Kreditseite) und Einfuhren (Debetseite).

In der Zahlungsbilanz finden alle außenwirtschaftlichen Transaktionen eines Landes mit der übrigen Welt ihren Niederschlag. Sie setzt sich zusammen aus der Leistungsbilanz und der Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz. Die Leistungsbilanz ist wiederum in Waren, Dienstleistungen, Einkommen und laufende Übertragungen unterteilt und erfasst den Wert der Ausfuhren (Kreditseite) und Einfuhren (Debetseite).

Leistungsbilanz der EU-15 im Jahr 2002 nach ausgewählten Partnerzonen

Anteil der gesamten Kredit-/Debettransaktionen der EU-15 in %

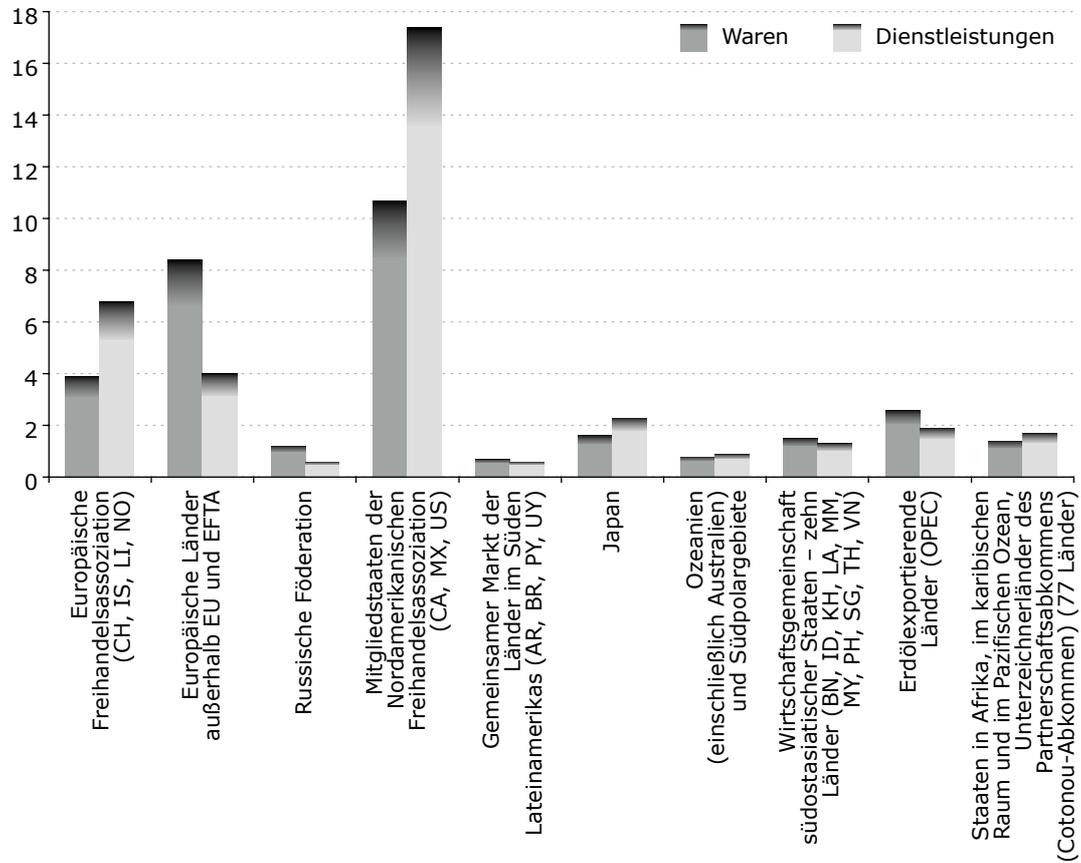


In der Zahlungsbilanz finden alle außenwirtschaftlichen Transaktionen eines Landes mit der übrigen Welt ihren Niederschlag. Sie setzt sich zusammen aus der Leistungsbilanz und der Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz. Die Leistungsbilanz ist wiederum in Waren, Dienstleistungen, Einkommen und laufende Übertragungen unterteilt und erfasst den Wert der Ausfuhren (Kreditseite) und Einfuhren (Debetseite).



Ausfuhren der EU-15 im Jahr 2002 nach ausgewählten Partnerzonen

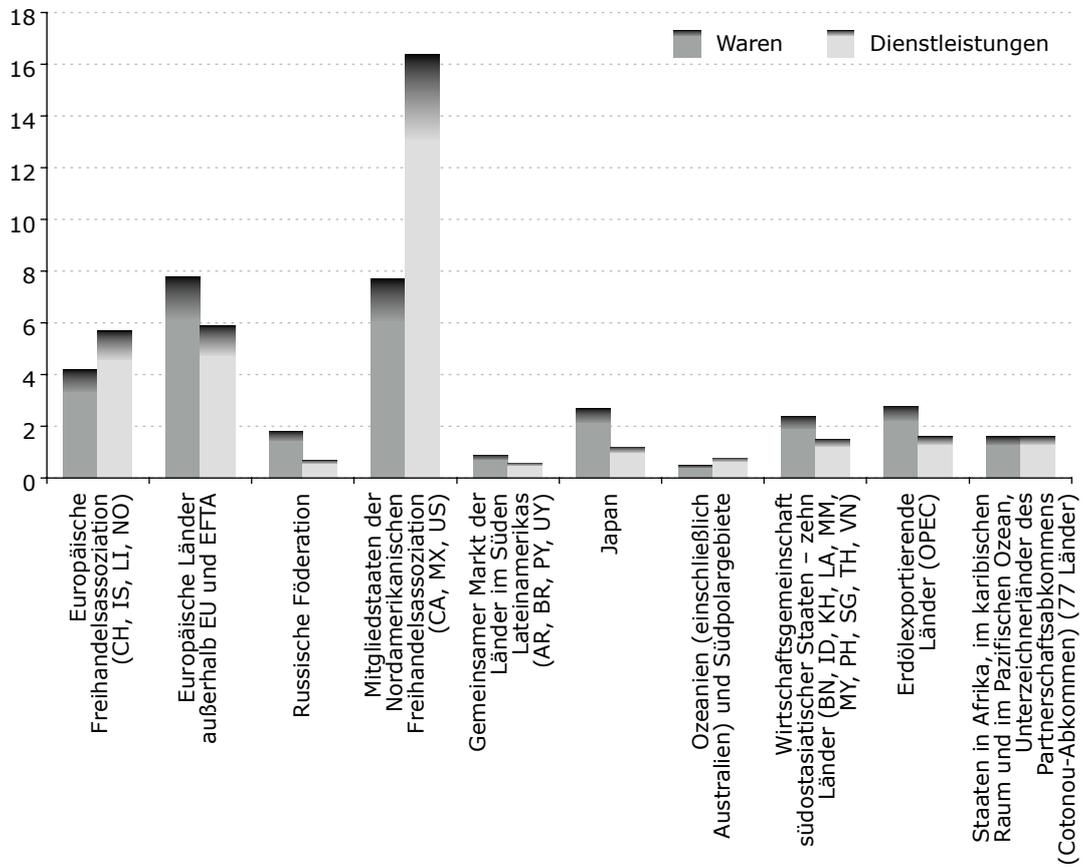
Anteil der Gesamtausfuhren der EU-15 in %



In der Zahlungsbilanz finden alle außenwirtschaftlichen Transaktionen eines Landes mit der übrigen Welt ihren Niederschlag. Sie setzt sich zusammen aus der Leistungsbilanz und der Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz. Die Leistungsbilanz ist wiederum in Waren, Dienstleistungen, Einkommen und laufende Übertragungen unterteilt und erfasst den Wert der Ausfuhren (Kreditseite) und Einfuhren (Debetseite).

Einfuhren der EU-15 im Jahr 2002 nach ausgewählten Partnerzonen

Anteil der Gesamteinfuhren der EU-15 in %



In der Zahlungsbilanz finden alle außenwirtschaftlichen Transaktionen eines Landes mit der übrigen Welt ihren Niederschlag. Sie setzt sich zusammen aus der Leistungsbilanz und der Vermögensübertragungs- und Kapitalbilanz. Die Leistungsbilanz ist wiederum in Waren, Dienstleistungen, Einkommen und laufende Übertragungen unterteilt und erfasst den Wert der Ausfuhren (Kreditseite) und Einfuhren (Debetseite).

Direktinvestitionen

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Direktinvestitionsströme (Zuflüsse und Abflüsse)
- Direktinvestitionsbestände
- Investorenländer (Herkunftsländer)
- Empfängerländer (Bestimmungsländer)

Die Verbuchung von Kapitaltransaktionen in der Kapitalbilanz

In der Kapitalbilanz werden finanzielle Transaktionen erfasst. Dazu zählen Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen, übriger Kapitalverkehr und Transaktionen in Währungsreserven.

Die jährlichen Statistiken der Europäischen Union über Direktinvestitionen (DI) geben einen detaillierten Überblick über Direktinvestitionsströme und -bestände und zeigen an, in welchen Ländern und Sektoren die einzelnen Mitgliedstaaten investieren.

Ein Unternehmen, das seine Produkte im Ausland verkaufen möchte, kann dies auf verschiedene Weise tun: über Exporte, Lizenzen oder Handelsvertreter, um nur einige Beispiele zu nennen. Bisher geschieht dies am häufigsten auf dem Weg der direkten Ausfuhr, wobei Direktinvestitionen (Produktion und Verkauf direkt in dem gewählten Land) inzwischen eine immer stärkere Verbreitung finden. Es gibt zwei Arten der Direktinvestition:

- Schaffung von Produktionsvermögen durch Ausländer („Greenfield-Investment“) und

- Erwerb bestehenden Vermögens durch Ausländer (Kauf, Fusionen, Übernahmen usw.).

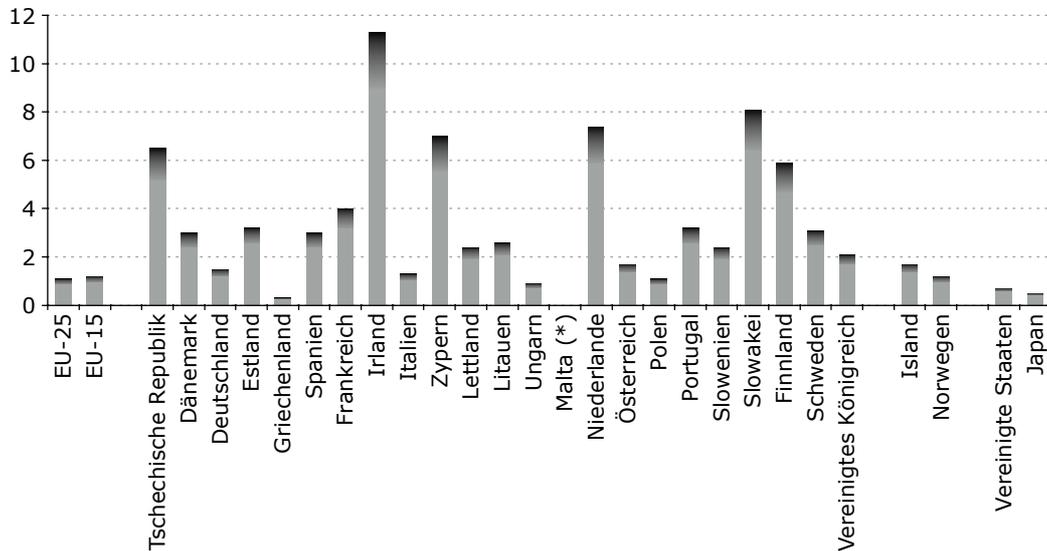
DI unterscheiden sich von Wertpapieranlagen, da sie mit der Absicht getätigt werden, die Geschäftspolitik eines Unternehmens entscheidend beeinflussen zu können und eine langfristige Beteiligung zu erlangen. Direktinvestitionen umfassen nicht nur den ursprünglichen Erwerb von Beteiligungskapital, sondern auch spätere Kapitaltransaktionen zwischen dem ausländischen Investor einerseits und den inländischen und verbundenen Unternehmen andererseits.

Eurostat erfasst DI-Statistiken für vierteljährliche und jährliche Ströme sowie für Bestände zum Ende des Jahres. Die DI-Bestände (Forderungen und Verbindlichkeiten) sind Bestandteil des Auslandsvermögensstatus einer Volkswirtschaft zum Ende des Jahres.

Für das Eurostat-Jahrbuch wurde die folgende Darstellungsform gewählt, um die verschiedenen Datensätze (Ströme und Bestände) zu unterscheiden: Eine Investition wird immer mit einem Pluszeichen, eine Desinvestition mit einem Minuszeichen versehen.

Intensität der Direktinvestitionen im Jahr 2002

Durchschnittswert der Zu- und Abflüsse von Direktinvestitionen, geteilt durch das BIP und multipliziert mit 100



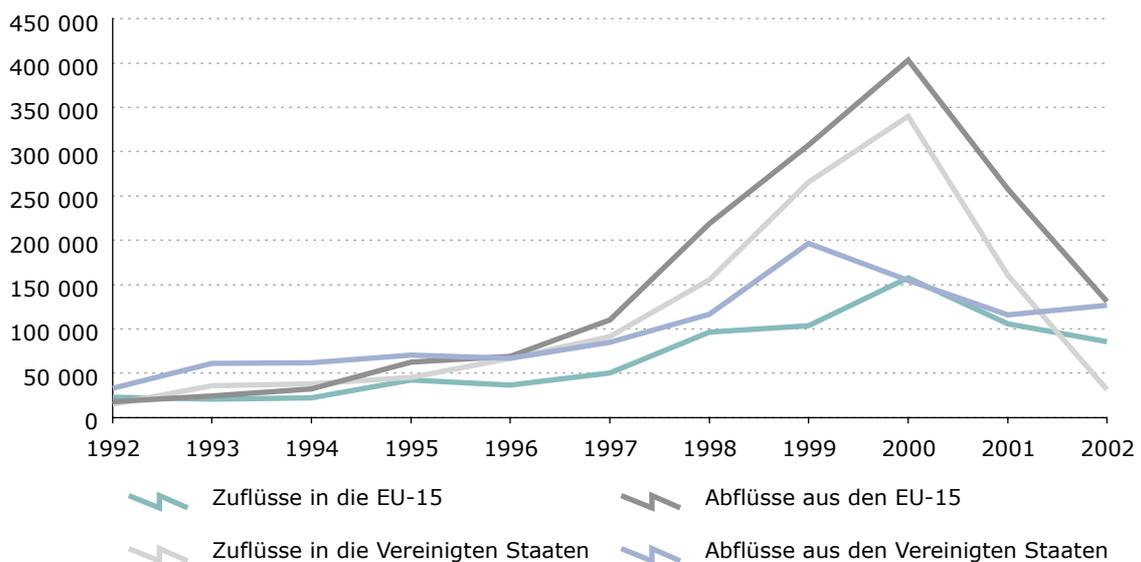
Malta wies 2002 negative Investitionen auf, d.h. einen „negativen Zufluss“ von Investitionen aus dem Rest der Welt. Daher lag sein Wert für die Intensität der Direktinvestitionen bei - 5,2. Der Index für Belgien und Luxemburg (BLEU) betrug im Jahr 2002 insgesamt 51,4, was hauptsächlich auf den besonders hohen Wert für Luxemburg zurückzuführen ist.

Die Intensität der Direktinvestitionen ist die Summe der durchschnittlichen Zu- und Abflüsse von Direktinvestitionen (DI), geteilt durch das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Mithilfe des Indexes wird der Grad der Investitionsverflechtungen in der internationalen Wirtschaft gemessen.

Die Partner einzelner Länder sind die „übrige Welt“, die der EU-15 die „Extra-EU-15“ und die der EU-25 die „Extra-EU-25“.

Direktinvestitionsströme

In Mio. EUR/ECU



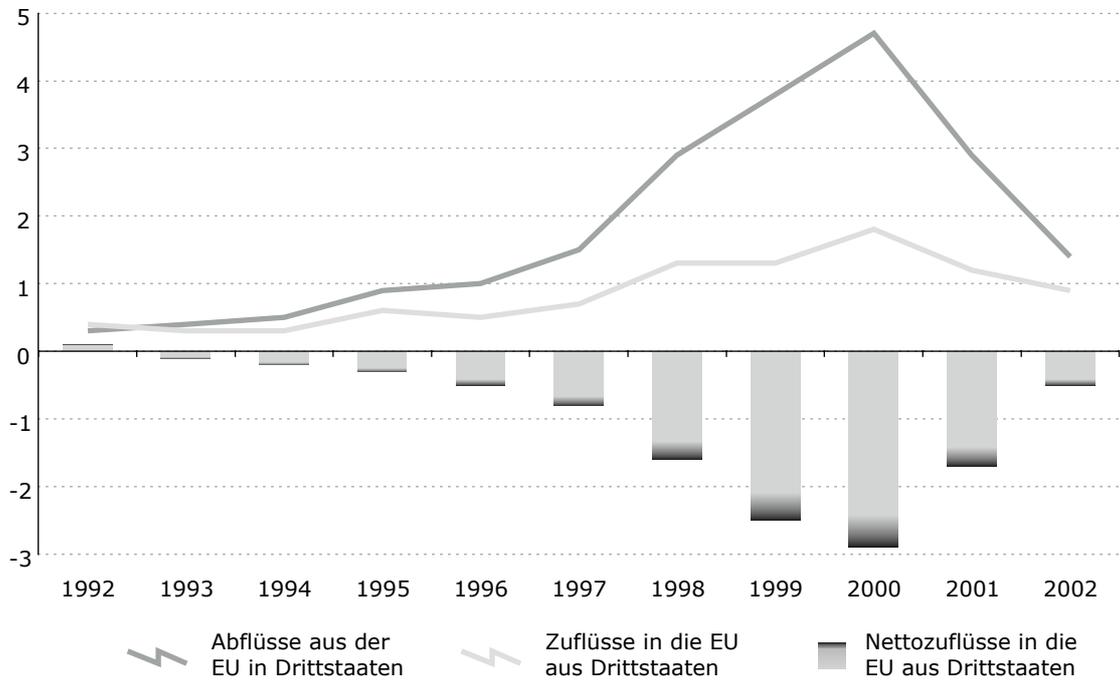
Die Partner der EU-15 sind die „Extra-EU-15“, die der USA sind die „übrige Welt“.

Eine Direktinvestition ist eine Investition, die von einer gebietsansässigen Einheit (der Direktinvestor) getätigt wird, um eine langfristige Beteiligung an einer gebietsansässigen Einheit einer anderen Volkswirtschaft (dem Unternehmen, das Gegenstand einer Direktinvestition ist) zu erwerben.



Direktinvestitionsströme der EU-15

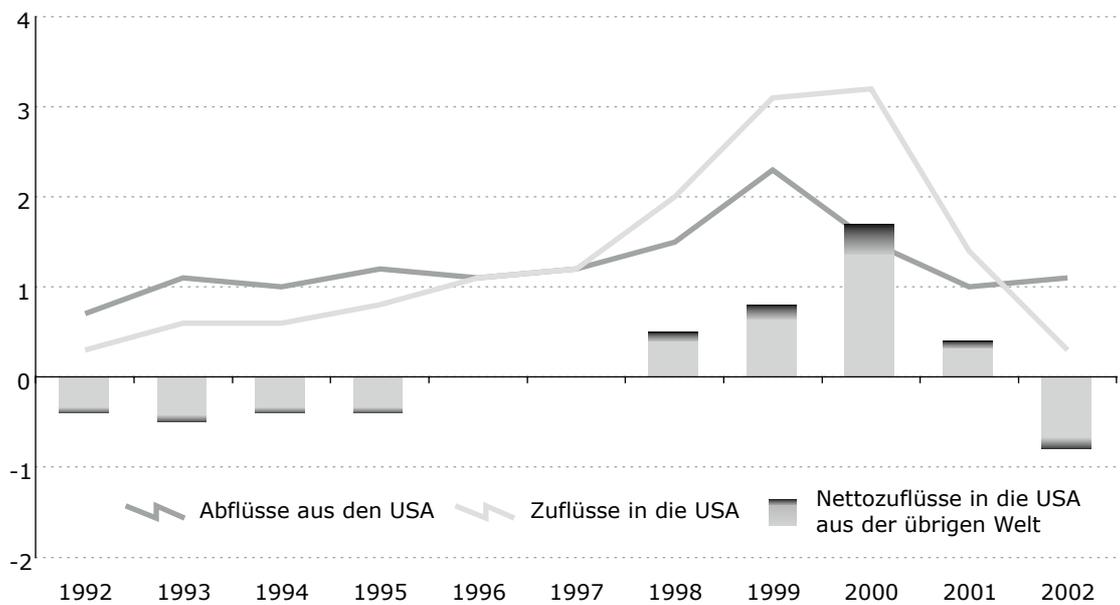
In % des BIP



Eine Direktinvestition ist eine Investition, die von einer gebietsansässigen Einheit (der Direktinvestor) getätigt wird, um eine langfristige Beteiligung an einer gebietsansässigen Einheit einer anderen Volkswirtschaft (dem Unternehmen, das Gegenstand einer Direktinvestition ist) zu erwerben.

Direktinvestitionsströme der USA

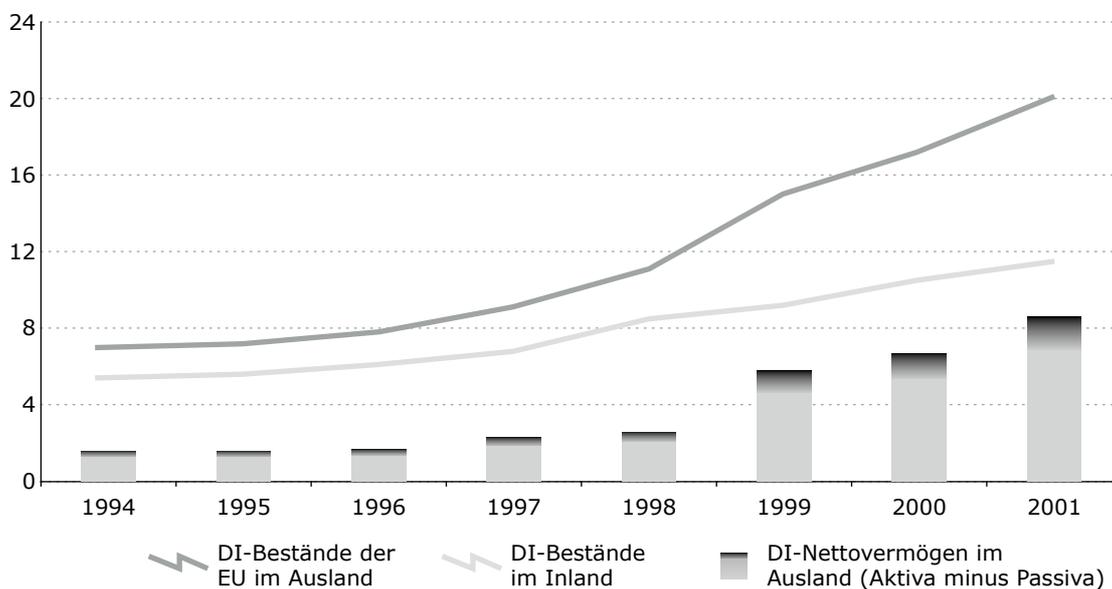
In % des BIP



Eine Direktinvestition ist eine Investition, die von einer gebietsansässigen Einheit (der Direktinvestor) getätigt wird, um eine langfristige Beteiligung an einer gebietsansässigen Einheit einer anderen Volkswirtschaft (dem Unternehmen, das Gegenstand einer Direktinvestition ist) zu erwerben.

Direktinvestitionsbestände der EU-15

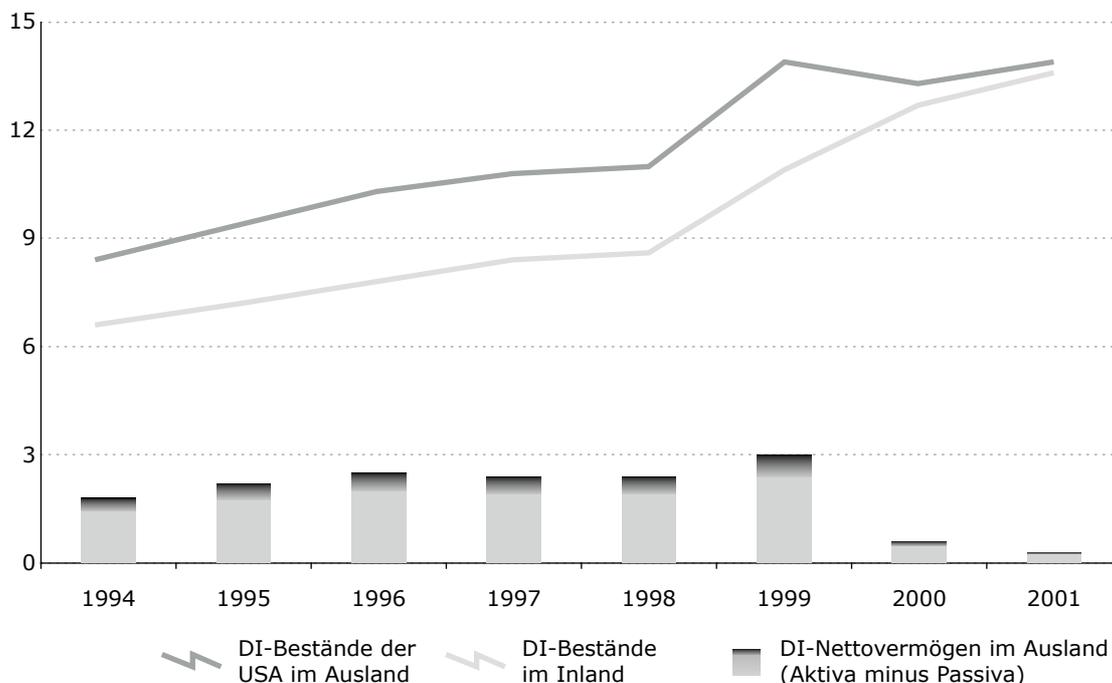
In % des BIP



Eine Direktinvestition (DI) ist eine Investition, die von einer gebietsansässigen Einheit (der Direktinvestor) getätigt wird, um eine langfristige Beteiligung an einer gebietsansässigen Einheit einer anderen Volkswirtschaft (dem Unternehmen, das Gegenstand einer Direktinvestition ist) zu erwerben. DI-Bestände sind die Differenz aus den DI-Aktiva (für die DI-Bestände im Ausland) und den DI-Passiva (für die DI-Bestände im Inland) nach Ablauf des Berichtszeitraums.

Direktinvestitionsbestände der USA

In % des BIP



Eine Direktinvestition ist eine Investition, die von einer gebietsansässigen Einheit (der Direktinvestor) getätigt wird, um eine langfristige Beteiligung an einer gebietsansässigen Einheit einer anderen Volkswirtschaft (dem Unternehmen, das Gegenstand einer Direktinvestition ist) zu erwerben. DI-Bestände sind die Differenz aus den DI-Aktiva (für die DI-Bestände im Ausland) und den DI-Passiva (für die DI-Bestände im Inland) nach Ablauf des Berichtszeitraums.

Internationaler Warenhandel

Eurostat-Daten

Ausführlichere Informationen über die Handelsströme der EU-Mitgliedstaaten stehen auf der Eurostat-Website zur Verfügung.

- Meldeländer: EU, Eurozone und alle Mitgliedstaaten.
- Handelspartner: alle Länder der Welt.
- Art der Waren: mehr als 10 000 Produkte der Kombinierten Nomenklatur sowie Produktaggregate auf der Grundlage anderer Systematiken wie z. B. des Internationalen Verzeichnisses für den Außenhandel (SITC). Auch Gesamtwerte sind erhältlich.
- Zeiträume: alle Monate seit Januar 1988.

Einfuhr-, Ausfuhr- und Handelsbilanzdaten stehen in Werten und Mengen zur Verfügung.

Wesentliche Informationen in einer immer offeneren Weltwirtschaft

Der internationale Warenhandel bildet einen immer größeren Teil der Weltwirtschaft. Er muss daher zuverlässig messbar sein, und die Handelsdaten müssen weiten Kreisen zugänglich und leicht verständlich sein.

Die internationale Handelsstatistik ist eine wichtige Primärquelle für die meisten Entscheidungsträger aus dem öffentlichen und privaten Sektor. Sie hilft europäischen Unternehmen z. B. bei der Erforschung des Marktes und der Entwicklung von Handelsstrategien. Die gemeinschaftlichen Behörden können anhand dieser Daten multi- und bilaterale Verhandlungen im Rahmen der gemeinsamen Handelspolitik vorbereiten und die Fortschritte des Binnenmarkts bzw. die Integration der europäischen Volkswirtschaften bewerten. Außerdem ist die Handelsstatistik eine wesentliche Quelle für die Zahlungsbilanzstatistik, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Untersuchungen der Konjunkturzyklen.

Die harmonisierte Statistik des internationalen Warenverkehrs ...

Die rechtliche Grundlage für die Erstellung der Handelszahlen findet sich in einer Reihe von



Verordnungen des Rates und der Kommission. Die eigentliche Arbeit wird gemeinsam von Eurostat und den entsprechenden Stellen in den Mitgliedstaaten geleistet, die für die Erfassung und Verarbeitung der Grunddaten zuständig sind.

Eurostat ist verantwortlich für die Harmonisierung der gemeinschaftlichen Rechtstexte im

Bereich der Statistik der Warenverkehrs und für die korrekte Anwendung dieser Rechtsvorschriften. Die an Eurostat gelieferten Statistiken basieren also auf Rechtstexten, die in den Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbar sind, sowie auf Definitionen und Verfahren, die weitgehend harmonisiert wurden.

... erfasst alle grenzüberschreitenden Handelsbewegungen

Allgemein gesagt soll die internationale Handelsstatistik alle Waren erfassen, die zum Warenbestand eines Landes durch Einfuhr in das Staatsgebiet hinzugefügt bzw. durch Ausfuhr weggenommen werden. Das heißt, die internationale Handelsstatistik befasst sich mit beweglichen Gütern.



Die wichtigsten Elemente der internationalen Handelsstatistik betreffen Geschäfte mit Eigentumsübertragung (tatsächlich oder beabsichtigt) und mit Gegenleistung. Dennoch finden sich in der Handelsstatistik auch Güterbewegungen ohne Eigentumsübertragung, etwa Warensendungen zur bzw. nach Lohnveredelung oder Reparatur.

Einige Anmerkungen zur Methodik

Wertbestimmung der Ein- und Ausfuhren

In der Außenhandelsstatistik werden die Ausfuhren zum fob-Wert (fob = free on board, „frei an

Bord“) erfasst, Einfuhren dagegen zum cif-Wert („cost, insurance, freight“, „Kosten, Versicherung, Fracht“). Daher umfassen die Einfuhrwerte, im Gegensatz zur Zahlungsbilanzstatistik, Kosten, wie etwa Beförderung und Versicherung, die sich auf den Teil der Strecke beziehen, der außerhalb des statistischen Gebiets des Einfuhrlandes liegt. Die Ausfuhrwerte entsprechen dem Warenwert zum Zeitpunkt und an dem Ort, an dem die Waren das statistische Gebiet des Ausfuhrlandes verlassen.

Handel von Ländergruppen

Die Aggregate für EU-15, EU-25, die Eurozone und den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) werden als Gesamthandel abzüglich des Intra-EU-Handels (EU-15, EU-25 und Eurozone) bzw. des Intra-EWR-Handels berechnet.

Handel nach Produkten

Agrarnahrungsmittel sind Nahrungsmittel aus der Landwirtschaft, wie sie gemäß den Bestimmungen der Abschnitte 0 und 1 des Internationalen Verzeichnisses für den Außenhandel (SITC), Rev. 3, bestimmt werden.

Der Handel mit Rohstoffen umfasst die Abschnitte 2 und 4 des SITC.

Der Handel mit Brennstoffen umfasst die in Abschnitt 3 des SITC aufgeführten Produkte.

Der Handel mit chemischen Erzeugnissen umfasst die in Abschnitt 5 des SITC aufgeführten Produkte.

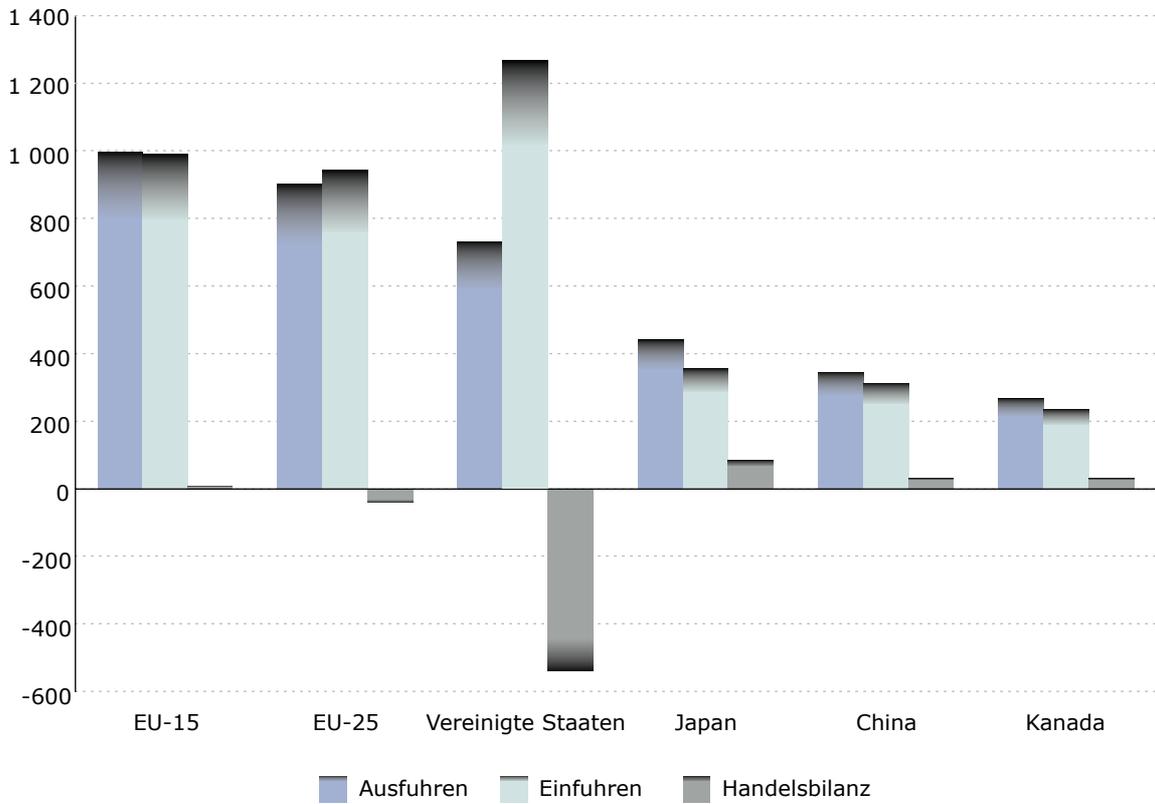
Der Handel mit Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und des Fahrzeugbaus umfasst die in Abschnitt 7 des SITC aufgeführten Produkte.

Weitere Begriffe und Definitionen

Von der Eurostat-Website können Sie die Veröffentlichungen „Statistics on the Trading of Goods – User Guide“ (nur in Englisch verfügbar) oder „Geonomenklatur“ herunterladen.

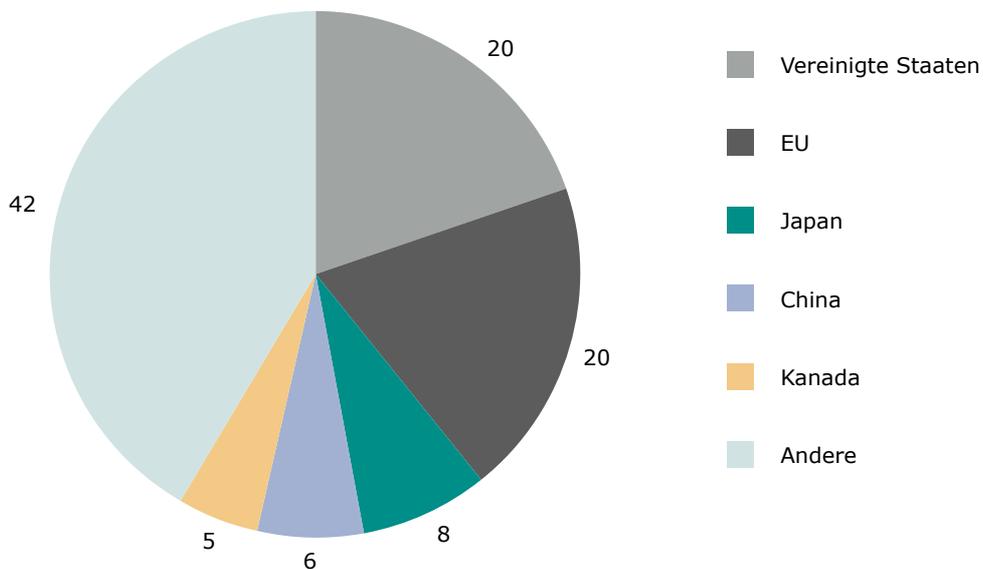


Internationaler Warenhandel im Jahr 2002: die EU und sonstige Hauptakteure
In Mrd. EUR



3

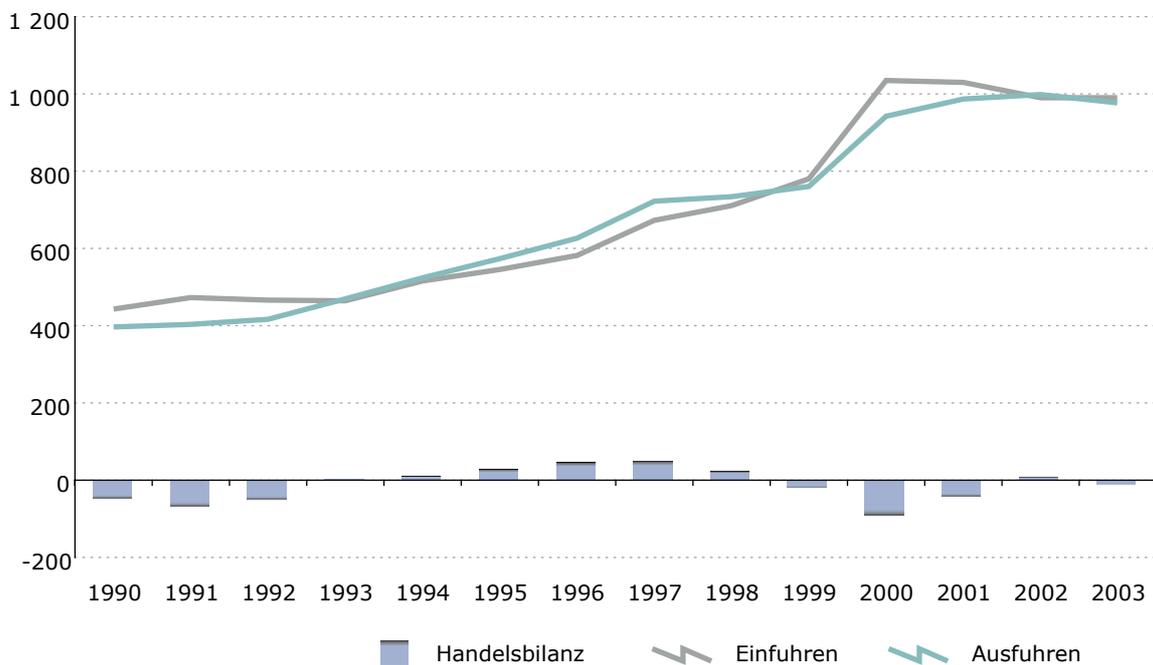
Anteil der EU-15 am Welthandel (*) im Jahr 2002
In %



(*) Einfuhren + Ausfuhren.

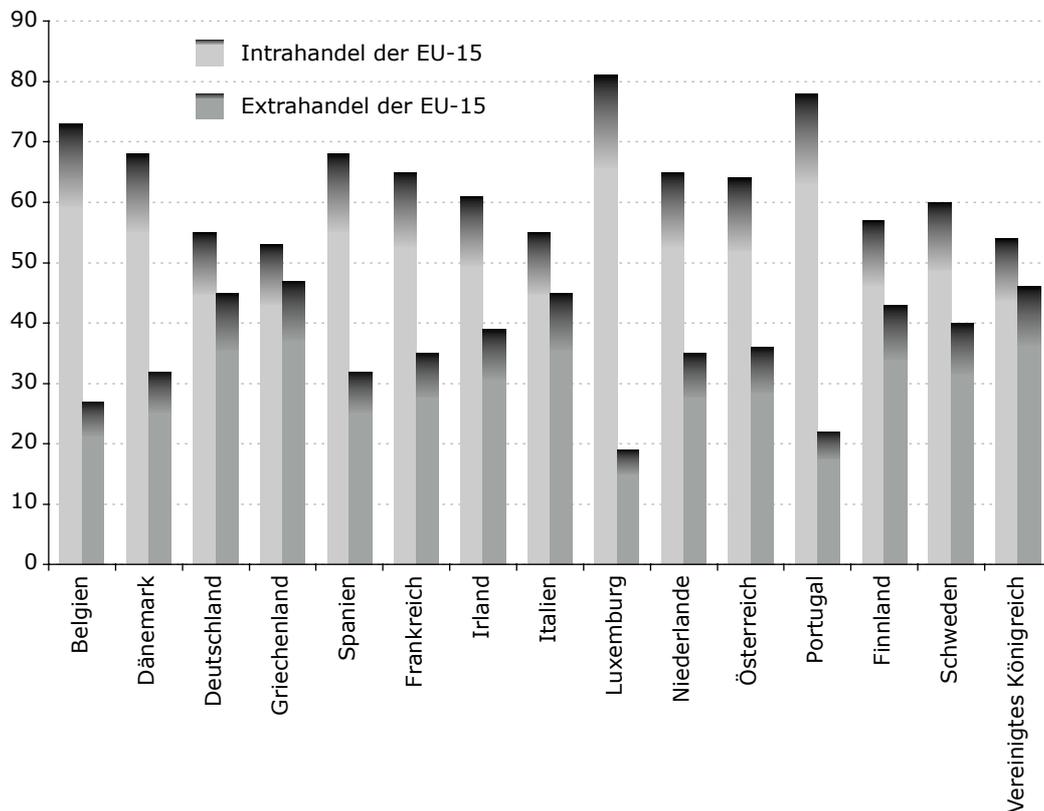
Entwicklung des Handels der EU-15 von 1990 bis 2003

In Mrd. ECU/EUR



Anteil des Intra- und Extrahandels der EU-15 am Gesamthandel im Jahr 2003

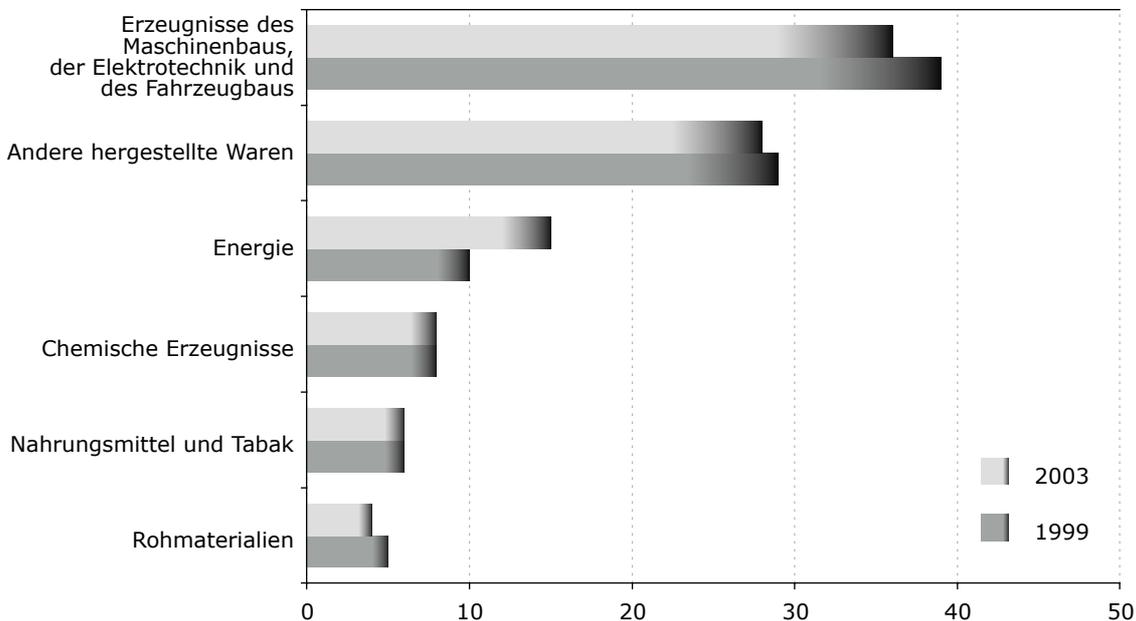
In %





Anteil der wichtigsten Erzeugnisse an den Gesamteinfuhren der EU-15

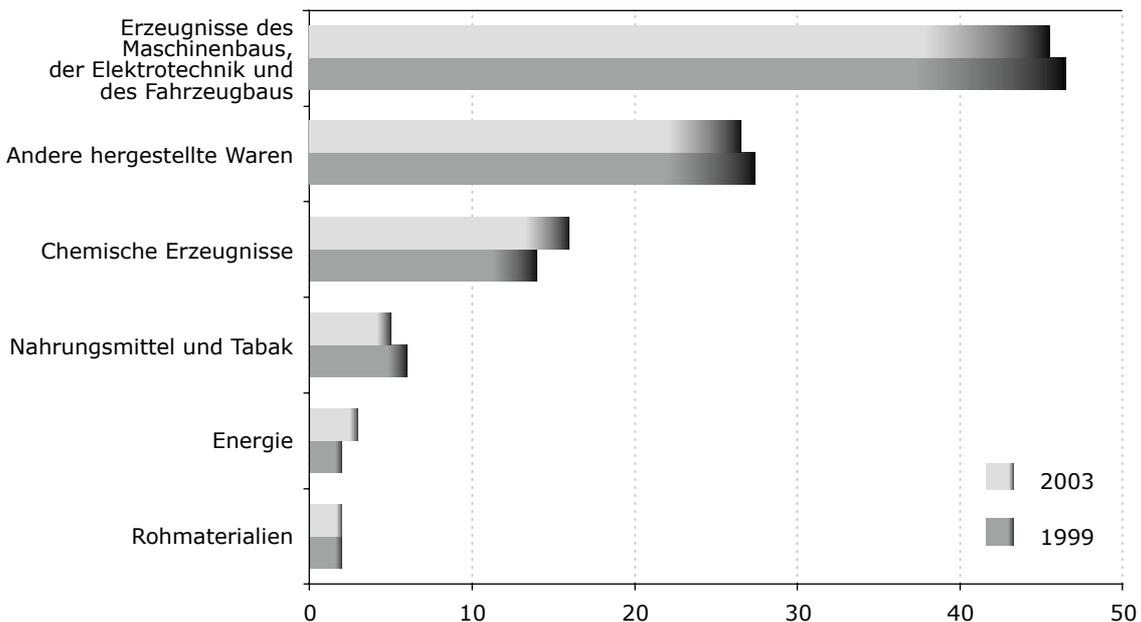
In %



3

Anteil der wichtigsten Erzeugnisse an den Gesamtausfuhren der EU-15

In %



Gesamthandel der EU-15, EU-25 und der Mitgliedstaaten im Jahr 2003

In Mrd. EUR

	Ausfuhren			Einfuhren			Handelsbilanz	
	2003	2002	Veränderung in %	2003	2002	Veränderung in %	2003	2002
EU-15	976,7	997,2	-2	988,9	989,2	0	-12,2	8,0
EU-25	880,4	903,3	-3	936,3	942,0	-1	-55,9	-38,7
Belgien	225,7	228,6	-1	208,1	210,3	-1	17,6	18,3
Tschechische Republik	43,0	40,7	6	45,2	43,0	5	-2,2	-2,3
Dänemark	59,6	60,8	-2	51,1	53,2	-4	8,5	7,6
Deutschland	661,6	651,3	2	531,9	518,5	3	129,6	132,8
Estland	4,0	3,6	10	5,7	5,1	13	-1,7	-1,4
Griechenland	11,7	10,9	7	39,2	33,1	19	-27,5	-22,1
Spanien	134,1	132,9	1	177,7	174,6	2	-43,6	-41,7
Frankreich	341,9	350,8	-3	345,2	348,2	-1	-3,4	2,6
Irland	82,0	93,3	-12	47,2	55,4	-15	34,8	37,9
Italien	258,2	269,1	-4	257,1	261,2	-2	1,1	7,8
Zypern	0,4	0,4	-6	3,6	3,9	-8	-3,2	-3,5
Lettland	6,1	5,5	11	8,4	8,0	6	-2,3	-2,4
Litauen	2,6	2,4	6	4,6	4,3	8	-2,1	-1,9
Luxemburg	11,8	10,8	9	14,4	13,8	4	-2,6	-3,0
Ungarn	37,7	36,5	3	42,1	39,9	6	-4,5	-3,4
Malta	2,0	2,1	-5	2,9	2,8	2	-0,8	-0,7
Niederlande	260,0	258,1	1	232,3	231,9	0	27,6	26,2
Österreich	84,7	83,2	2	86,7	82,8	5	-1,9	0,4
Polen	47,5	43,5	9	60,4	58,5	3	-12,8	-15,0
Portugal	27,7	28,1	-1	39,9	42,4	-6	-12,1	-14,3
Slowenien	11,3	11,0	3	12,2	11,6	6	-1,0	-0,6
Slowakei	19,3	15,2	27	19,9	17,5	14	-0,6	-2,3
Finnland	46,8	47,7	-2	37,1	36,2	3	9,7	11,6
Schweden	89,5	86,2	4	73,1	70,8	3	16,4	15,4
Vereinigtes Königreich	269,3	296,3	-9	345,5	366,2	-6	-76,2	-69,9

Beitrag der Mitgliedstaaten zum Gesamthandel der EU-25 im Jahr 2003

	Ausfuhren		Einfuhren		Handelsbilanz
	Mrd EUR	%	Mrd EUR	%	Mrd EUR
Extra EU-25	880,4	100	936,3	100	-55,9
Belgien	51,5	6	55,1	6	-3,6
Tschechische Republik	5,8	1	12,9	1	-7,1
Dänemark	17,7	2	13,6	1	4,1
Deutschland	237,8	27	182,9	20	55,0
Estland	0,7	0	2,0	0	-1,3
Griechenland	5,3	1	17,2	2	-11,9
Spanien	34,5	4	56,8	6	-22,3
Frankreich	117,3	13	106,4	11	10,9
Irland	30,9	4	17,7	2	13,2
Italien	104,4	12	101,5	11	2,9
Zypern	0,2	0	1,4	0	-1,3
Lettland	0,5	0	1,1	0	-0,6
Litauen	2,3	0	3,6	0	-1,3
Luxemburg	1,3	0	3,3	0	-2,0
Ungarn	7,1	1	15,5	2	-8,4
Malta	1,1	0	0,9	0	0,1
Niederlande	51,9	6	105,8	11	-53,9
Österreich	22,2	3	16,8	2	5,5
Polen	9,0	1	18,5	2	-9,5
Portugal	5,4	1	8,6	1	-3,2
Slowenien	3,7	0	3,0	0	0,8
Slowakei	3,0	0	5,1	1	-2,1
Finnland	18,7	2	11,9	1	6,8
Schweden	37,0	4	20,5	2	16,4
Vereinigtes Königreich	111,1	13	154,1	16	-43,0



Umwelt

167-178

4

Wasser

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Wasserressourcen
- Wasserentnahme
- Wasserversorgung
- Abwasserbehandlung



Wasser: lebenswichtig und immer knapper

Für viele Regionen stellen die Qualität und die Verfügbarkeit von Wasserressourcen ein großes Problem dar. Die Wasserreserven sind begrenzt und die Wasserqualität wird von menschlichen Tätigkeiten, wie der industriellen Produktion, der Ablagerung von Haushaltsmüll, Ackerbau und Viehzucht usw. beeinträchtigt.

Wasser ist jedoch für das menschliche Leben und menschliche Tätigkeiten unentbehrlich. Qualität und Menge der verfügbaren Wasserreserven werden durch die wirtschaftliche Entwicklung und das Bevölkerungswachstum in zu-

nehmendem Maße beeinträchtigt. An vielen Plätzen auf der Erde werden die Süßwasserreserven schneller verbraucht als die Natur sie ersetzen kann. Die Verschmutzung von Flüssen, Seen und Grundwasserbeständen verursacht auf der ganzen Welt Besorgnis.

Richtlinie zum Wasserschutz

Da die Qualität des verfügbaren Wassers sich verschlechtert und die Menge begrenzt ist, müssen die Nutzung der verschiedenen Wasserquellen und die Nachfrage neu überdacht werden. Dies ist der Hintergrund für die Rahmenrichtlinie 2000/60/EG im Bereich Wasserpolitik. Darin wird festgehalten, dass eine nachhaltige Bewirtschaftung der Süßwasserressourcen auf einem integrierten Management von Wasser im

Rahmen eines Einzugsgebiets basieren muss. Außerdem wird durch die Richtlinie ein „kombiniertes Konzept“ gefördert, d. h. Begrenzung der Verschmutzung durch die Vorgabe von Emissionsgrenzwerten und Qualitätsstandards, Festlegung angemessener Preise und Einbeziehung der Bürger in Fragen des Wassermanagements.

Strenge Überwachung des Wassers

Wasserstatistiken werden in allen europäischen Ländern anhand des Abschnitts „Binnengewässer“ des gemeinsamen Fragebogens von Eurostat und OECD erfasst, der laufend an die

Wasserpolitik der EU angepasst wird. Der Fragebogen umfasst folgende Daten:

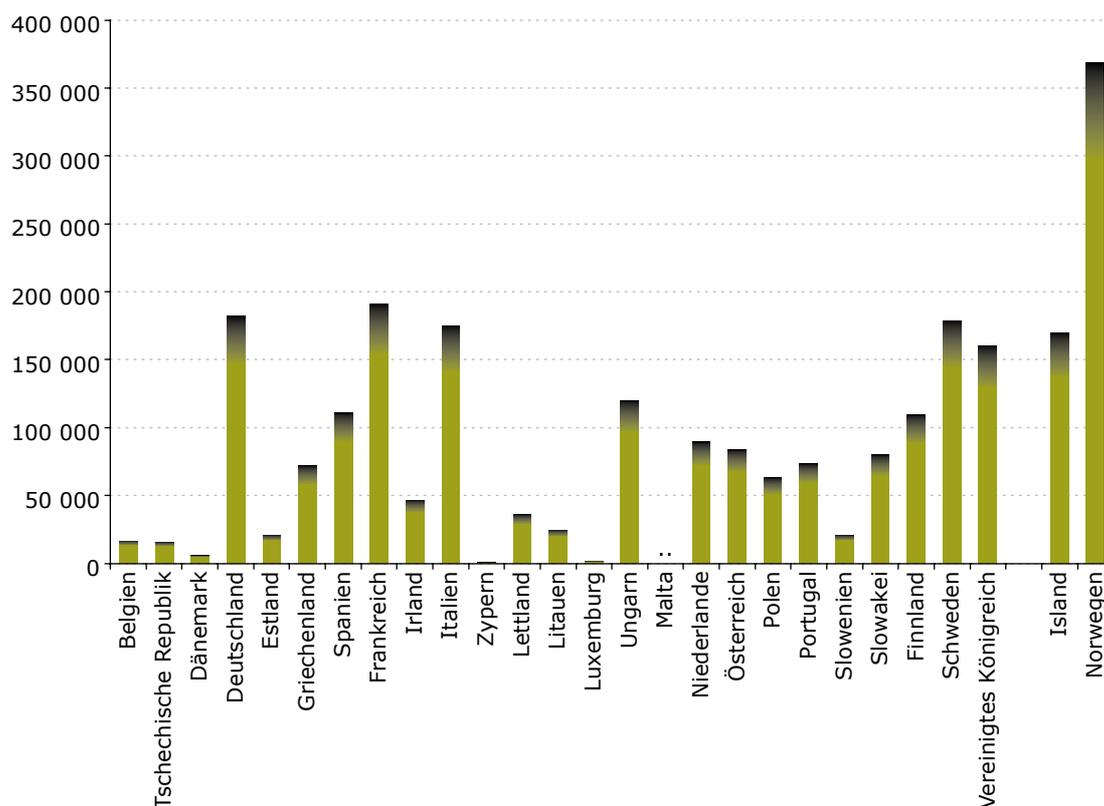
- **Süßwasserressourcen in Grund- und Oberflächenwasser:** Diese können durch Niederschläge und Zuflüsse von außen erneuert werden.
- **Wasserentnahme nach Quellen:** Durch Wasserentnahme werden die Ressourcen erheblich belastet, wenngleich ein Großteil des Wassers, das (für private Haushalte, die Industrie einschließlich Energieerzeugung oder die Landwirtschaft) entnommen wurde, wieder in die Umwelt und die Gewässer eingeleitet wird, allerdings oft als Abwasser in schlechterer Qualität.
- **Wassernutzung nach Art der Versorgung und nach gewerblichen Tätigkeiten.**
- **Durchsatz der Kläranlagen und Anteil der an Kläranlagen angeschlossenen**

Bevölkerung: Diese Angaben vermitteln einen Überblick über den Stand der qualitativen und quantitativen Entwicklung der Infrastrukturen, die zum Schutz der Umwelt vor Verschmutzung durch Abwasser zur Verfügung stehen.

- **Klärschlammaufkommen und -entsorgung:** Im Prozess der Abwasserbehandlung fällt unvermeidlich Klärschlamm an. Seine Auswirkungen auf die Umwelt hängen davon ab, welche Verfahren für seine Aufbereitung und Entsorgung angewandt werden.
- **Aufkommen und Ableitung von Abwasser:** Die im Abwasser vorhandenen Schadstoffe stammen aus unterschiedlichen Quellen. Auch die Effizienz der Schadstoffbehandlung ist je nach dem angewandten Verfahren unterschiedlich.

Süßwasserressourcen: langjährige Durchschnittsmengen

In Mio. m³



Irland, Luxemburg: geschätzte Werte.

Der minimale Zeitraum, der für die Berechnung langfristiger jährlicher Durchschnitte herangezogen wird, ist 20 Jahre. Aktuelle Evapotranspiration ist dasjenige Wasservolumen, welches durch Verdunstung und durch die Transpiration der Pflanzen vom Boden (einschließlich der Oberflächen von Binnengewässern) in die Atmosphäre transportiert wird. Interner Fluss ist das Gesamtvolumen der Abflüsse und der Grundwasserneubildung, welches unter natürlichen Bedingungen ausschließlich vom Niederschlag in einem Gebiet erzeugt wird. Der interne Fluss ist gleich dem Niederschlag abzüglich der aktuellen Evapotranspiration. Tatsächlicher externer Zufluss ist das Gesamtvolumen des tatsächlichen Zuflusses aus angrenzenden Gebieten in oberirdischen Gewässern und Grundwasser. Gesamte Süßwasserressourcen sind das Gesamtvolumen von Wasser, das durch interne Flüsse und externe Zuflüsse zusätzlich verfügbar wird. Tatsächlicher Gesamtanfluss ist der tatsächliche Anfluss aus Flüssen und Grundwasser ins Meer sowie in angrenzende Gebiete.

Abfall

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Abfallerzeugung
- Abfallbehandlung
- Recycling
- Gefährliche Abfälle

Entkopplung von Abfallerzeugung und Wirtschaftswachstum

Abfallerzeugung bedeutet zum einen einen Verlust an Rohstoffen und Energie. Zum anderen verursacht die Abfalllagerung erhebliche Umweltprobleme, z. B. Klimaveränderungen, und eine Verschlechterung der Qualität der Oberflächengewässer und des Grundwassers, beeinträchtigt aber auch die Landschaft. Das Abfallaufkommen kann zudem die menschliche Gesundheit gefährden (etwa durch die Freisetzung von gefährlichen Stoffen, die in manchen Abfällen enthalten sind, in die Umwelt).

Das Sechste Umweltaktionsprogramm hat sich die Abkopplung des Wirtschaftswachstums von der Abfallerzeugung zum Ziel gesetzt. Eine signifikante Verringerung des Gesamtabfallvolumens soll durch bessere Initiativen zur Abfallvermeidung, eine rationellere Ressourcennutzung und nachhaltigere Verbrauchsmuster erreicht werden.

Wer erzeugt Abfall ...

Kommunale Abfälle stellen etwa 15 % des Gesamtabfallaufkommens dar; sie sind der zuverlässigste Indikator für einen Ländervergleich.

Die Wirtschaftszweige, die einen hohen Anteil an der Abfallerzeugung haben, sind das Baugewerbe, die Landwirtschaft, der Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe. Abfallströme wie Bau- und Abbruchabfälle oder Klärschlamm (ein Rückstand bei der Behandlung von kommunalen

und Industrieabwässern) werfen eine Reihe von Entsorgungsproblemen auf und wirken sich unterschiedlich auf die Umwelt aus.

... und was soll damit geschehen?

Die Lagerung in Deponien, Abfallverbrennung (mit oder ohne Energiegewinnung) und Recycling sind die häufigsten Behandlungsmethoden für den Haushaltsmüll. Eines der für die Umwelt vorteilhaftesten Behandlungsverfahren ist das Recycling, das durch mehrere Richtlinien und politische Maßnahmen in der Europäischen Union gefördert wird.

Ständige Verbesserung der Abfallstatistik

Abfallstatistiken gehen aus allen europäischen Ländern anhand des Abschnitts „Abfall“ des gemeinsamen Fragebogens von Eurostat und OECD ein.

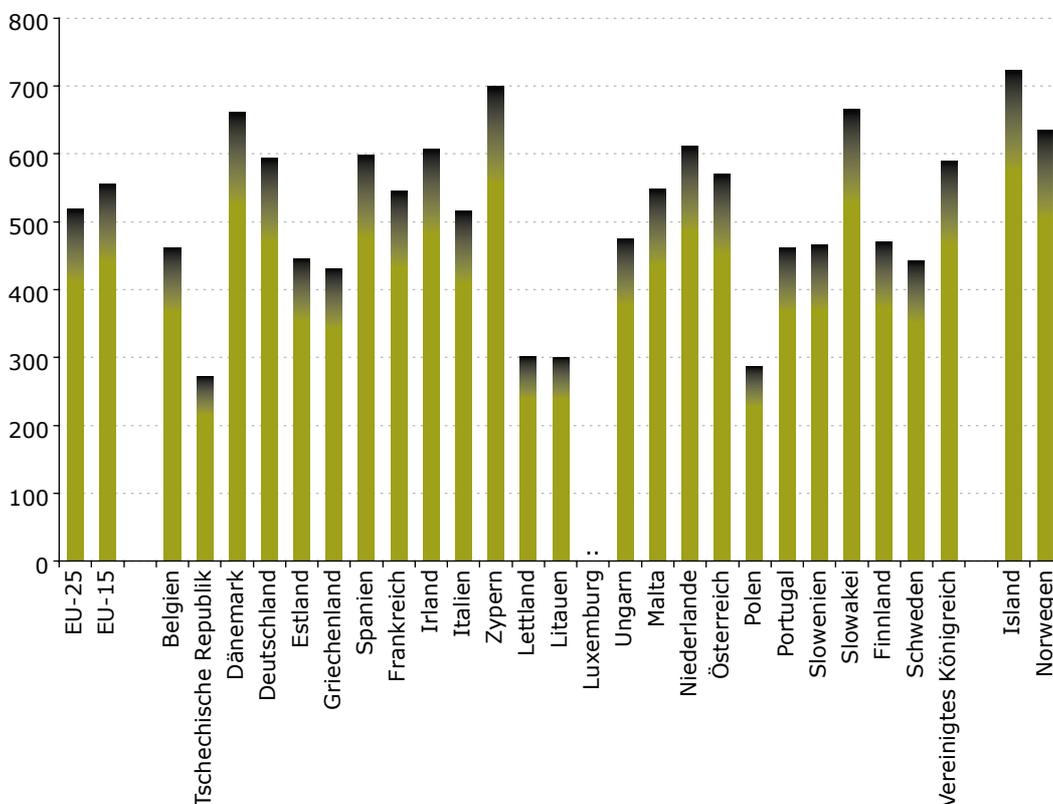


Es ist allgemein bekannt, dass die unterschiedlichen Verfahren der Datenerstellung in den einzelnen Ländern sowie die unterschiedliche Auslegung der Definitionen und Abfallkategorien einen Vergleich der Daten aus den einzelnen Ländern schwierig machen. Die kürzlich verabschiedete Verordnung über die Abfallstatistik dürfte, sobald sie in vollem Umfang durchgeführt wird, zu einer signifikanten Verbesserung der Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit der Daten über Abfallerzeugung und -behandlung führen.

4

Kommunale Abfälle gesammelt im Jahr 2001

In kg je Einwohner und Jahr



Schätzwerte für EU-25, EU-15, Belgien, Österreich, Norwegen

Dieser Indikator zeigt die durch oder für kommunale Behörden gesammelte und durch das Entsorgungssystem verarbeitete Abfallmenge. Die Abfallmenge stammt zum größten Teil aus Haushalten, wobei „ähnliche“ Abfälle aus Handel, Büros und öffentlichen Institutionen eingeschlossen sind. Die eingesammelte Menge wird in kg pro Kopf der Bevölkerung pro Jahr angegeben.

Luftverschmutzung und Klimawandel

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Treibhausgasemissionen
- Luftverschmutzung durch Ozon
- Luftverschmutzung durch Partikelemissionen

Klimaveränderung

Die durchschnittliche Oberflächentemperatur der Erde ist im 20. Jahrhundert um rund 0,6 °C gestiegen, und die Wissenschaft ist sich darüber einig, dass ein Großteil der Erwärmung während der letzten 50 Jahre auf verstärkte Konzentrationen von Treibhausgasen in der Atmosphäre zurückzuführen ist, die das Ergebnis menschlicher Tätigkeiten wie der Verbrennung fossiler Brennstoffe und der Abholzung der Wälder sind. Die daraus resultierende erhöhte Energie im Klimasystem wird voraussichtlich in bestimmten Regionen zu verstärkten Stürmen und Regenfällen, in anderen möglicherweise zu Dürren führen.

Im Protokoll von Kyoto (1997) hat sich die EU verpflichtet, von 2008 bis 2012 die Treibhausgasemissionen um 8 % gegenüber dem Ausgangsniveau von 1990 zu reduzieren. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, wurden für die einzelnen EU-Mitgliedstaaten individuelle Zielvorgaben für den Zeitraum 2008-2012 festgelegt. Nach dieser so genannten „Lastenteilungsvereinbarung“ können einige EU-Länder ihre Emissionen erhöhen, vorausgesetzt, dieser Anstieg wird durch Emissionsverringerungen in der übrigen EU ausgeglichen. Das Europäische Programm zur Klimaveränderung wurde ins Leben gerufen, um gemeinsame und koordinierte Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene zu entwickeln, damit gewährleistet wird, dass die EU die ihr gesetzten Ziele erreicht.

Eine eingehendere Analyse enthält die Veröffentlichung „Analysis of greenhouse gas emission trends and projections in Europe“ der Europäischen Umweltagentur (EUA), 2003.

Luftverschmutzung

Die Luft, die wir einatmen, enthält Gase und Schwebstoffe (Partikel), die durch Heizölverbrennung, industrielle Prozesse und andere Tätigkeiten in die Atmosphäre eingebracht werden. Einige dieser Stoffe sind schädlich für die menschliche Gesundheit und können zu verschiedenen Umweltproblemen wie Über-



säuerung von Böden und Wasser, Beschädigung von Gebäuden, Eutrophierung und Bildung von Ozon in der Troposphäre führen.

Troposphärisches Ozon

Troposphärisches Ozon entsteht, wenn bestimmte Schadstoffe in der Luft, wie Stickstoffoxide und flüchtige organische Verbindungen (VOC), unter dem Einfluss von Sonnenlicht reagieren. Es wirkt sich nachteilig auf die menschliche Gesundheit aus, indem es die Atemwege schädigt. Zwar gibt es auch Stickstoffoxide aus natürlichen Quellen, sie sind jedoch unbedeutend im Vergleich zu den durch menschliche Tätigkeiten wie dem Verbrennen von fossilen Brennstoffen und Biomasse verursachten Emissionen. Troposphärisches Ozon entsteht vor allem in Gegenden mit hoher Verkehrsdichte.

Städtische Gebiete

Da viele dieser Emissionen mit menschlichen Tätigkeiten und hoher Verkehrsdichte zusammenhängen, sind die in städtischen Gebieten

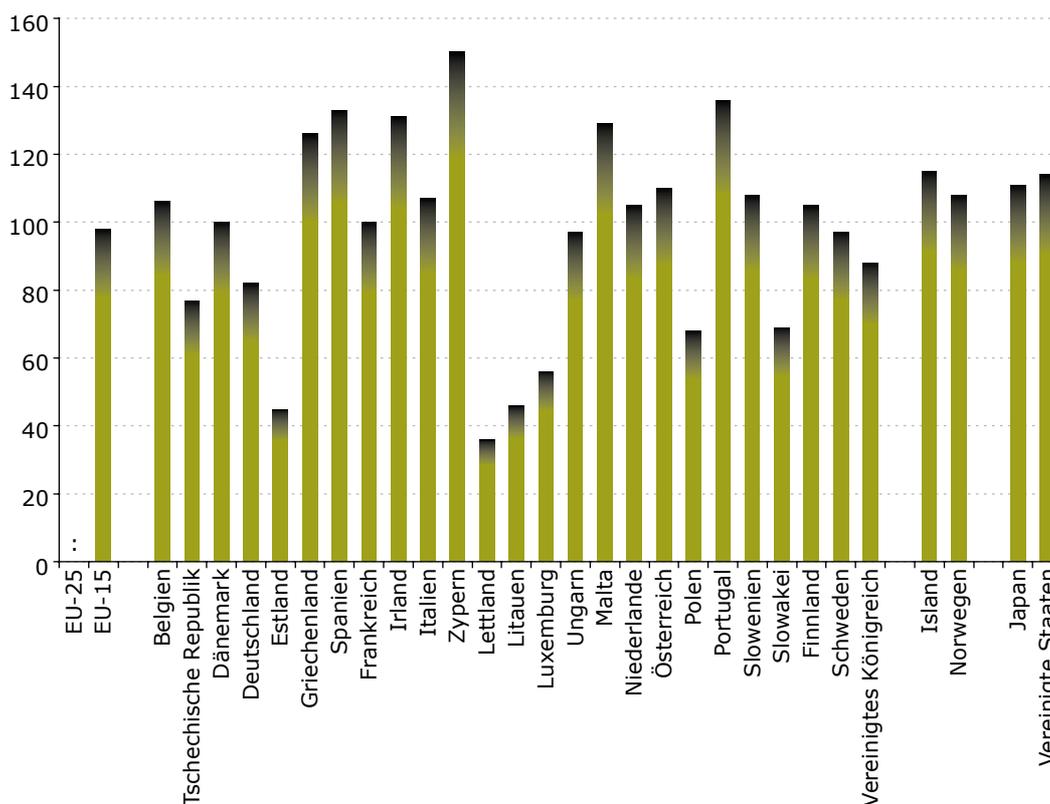
lebenden Menschen am stärksten gefährdet. Troposphärisches Ozon wurde bereits erwähnt; eine Gefahr für die menschliche Gesundheit geht aber auch von hohen Konzentrationen von Partikeln aus, insbesondere Partikeln mit einer Größe unter 10 µm, die tief in die Lungen eintreten. Die Folge sind höhere Sterberaten bei denjenigen, die unter Herz- und Lungenkrankheiten leiden. Bei Partikeln mit einer Größe von weniger als 2,5 µm handelt es sich überwiegend um Ruß, insbesondere um Holzrauch und Abgase aus Dieselfahrzeugen. Sie können sich lange Zeit in der Luft halten und über weite Entfernungen transportiert werden. Größere Partikel entstehen überwiegend bei mechanischen Vorgängen im Bergbau, in Steinbrüchen und anderen Industrieprozessen sowie durch Reifen- und Bremsabrieb im Straßenverkehr.

Daten über Luftemissionen und Luftqualität

Die Europäische Umweltagentur (EUA) und ihr Europäisches Themenzentrum für Luft und Klimawandel erstellen Daten über Treibhausgasemissionen, Emissionen von Luftschadstoffen und Luftqualität für die EU und die Kandidatenländer. Diese Länder übermitteln der EUA dieselben Daten, die sie offiziell im Rahmen von internationalen Konventionen (z. B. der UN-Klimarahmenkonvention UNFCCC und des Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung CLRTAP) sowie verschiedenen EU-Richtlinien und -Verordnungen vorlegen. Anhand dieser Daten erstellt die EUA Berichte und Bewertungen, die regelmäßig auf ihrer Website veröffentlicht werden (<http://www.eea.eu.int>).

Treibhausgasemissionen im Jahr 2001

Basisjahr = 100



Quelle: Europäische Umweltagentur, Europäisches Themenzentrum für Luft- und Klimaänderung.

Unter dem Kioto-Protokoll hat die EU einer Reduzierung um 8 % seiner Treibhausgasemissionen bis 2008-2012 im Vergleich zum Basisjahr 1990 zugestimmt. Die Reduzierungen für jedes der EU-15-Länder sind unter der so genannten EU-Lastenteilungsvereinbarung zusammengefasst, die es einigen Ländern gestattet, Emissionen zu erhöhen, vorausgesetzt, diese werden durch Reduzierungen in anderen Mitgliedstaaten ausgeglichen. ACCs haben andere Reduzierungsziele und andere Basisjahre gewählt, so wie es im Protokoll zugelassen ist. Diese und die Lastenteilungsziele für 2008-2012 werden in der Tabelle als Jahr 2010 angezeigt. Die Emissionen der sechs Treibhausgase, die durch das Protokoll abgedeckt werden, werden ihren globalen Erwärmungspotenzialen (GWPs) entsprechend gewichtet und zusammengefasst, um Gesamtemissionen in CO₂-Äquivalenten zu bekommen. Die Gesamtemissionen werden als Indizes mit dem Basisjahr = 100 dargestellt.

Ausgaben für Umweltschutz

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Umweltausgaben
- Umweltinvestitionen
- Umweltsteueraufkommen

Ermutigung zum Umweltschutz, einschlägige Verordnungen und das Verursacherprinzip

In der Allgemeinheit wächst das Bewusstsein dafür, dass die Umwelt vor Verschmutzungen geschützt werden muss. Umweltschutz ist inzwischen fester Bestandteil aller politischen Bereiche, die auf die Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung abzielen.

Um Firmen und private Haushalte zu Umweltschutzmaßnahmen zu ermutigen, kann der Staat Vorschriften erlassen oder spezielle Umweltafgaben erheben. Eine weitere Waffe im Kampf gegen Umweltschäden ist das so genannte Verursacherprinzip, wonach die Verhütung oder Beseitigung von Umweltschäden von dem zu bezahlen ist, der sie verursacht. Die Daten über die Aufwendungen für den Umweltschutz sind ein Indikator dafür, wie eine Gesellschaft auf das Umweltproblem reagiert.

Umweltschutz hilft der Wirtschaft

Umweltschutzmaßnahmen kosten zwar Geld, doch es lassen sich auch Einkünfte damit erzielen. Immer häufiger werden solche Maßnahmen

freiwillig getroffen, z. B. um den Erwartungen von Kunden oder Interessengruppen gerecht zu werden, um Marktanteile zu erhöhen oder das Firmenimage zu verbessern. Gleichzeitig schaffen Umweltschutzmaßnahmen neue Märkte für

umweltorientierte Waren und Dienstleistungen, die die Ausfuhr und die Beschäftigung fördern.

In allen Wirtschaftszweigen werden Ausgaben für den Umweltschutz getätigt. Der öffentliche Sektor und die Industrie sind die Wirtschaftszweige, für die in den meisten Mitgliedstaaten Daten verfügbar sind.

Statistische Daten über Aufwendungen für Umweltschutz

Der Rechtsrahmen für statistische Daten über die Umweltausgaben der Industrie ist die Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates über die strukturelle Unternehmensstatistik, die am 16. Dezember 1996 verabschiedet wurde. Durch diese Verordnung wurde der Weg für regelmäßige Datenerhebungen über Variablen und Wirtschaftstätigkeiten von höchstem politischem Interesse in den kommenden Jahren bereitet.



Die Gesamtausgaben sind die Summe der Investitionen und der laufenden Ausgaben. Um zu aussagekräftigen Schlussfolgerungen zu gelangen, muss Folgendes beachtet werden:

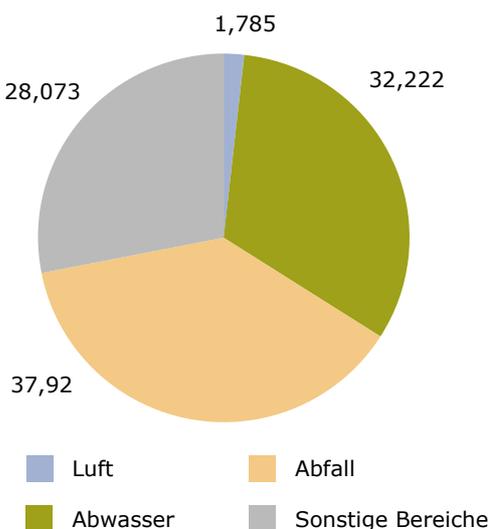
- Grund für ein hohes Ausgabeniveau in einem Land können z. B. neuere, noch striktere politische Maßnahmen sein oder aber die Tatsache, dass längere Zeit gar keine Ausgaben getätigt wurden.

- Der Anteil der Ausgaben des öffentlichen Sektors im Verhältnis zur Industrie kann in den einzelnen Ländern davon abhängen, in welchem Umfang grundlegende Umweltschutzaktivitäten, wie z. B. Abfallbeseitigung, Abfall- und Abwasserbehandlung, privatisiert sind.

Daten zu den Aufwendungen für Umweltschutz werden anhand des gemeinsamen Fragebogens von Eurostat und OECD erhoben.

Umweltschutzausgaben des staatlichen Sektors in EU-15

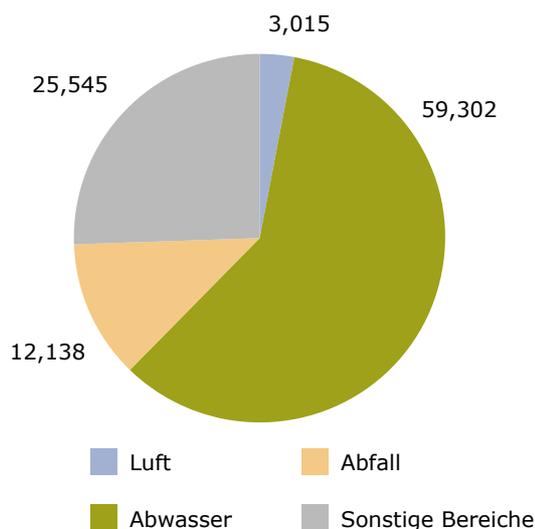
Letztes aktuell verfügbares Jahr



Schätzwerte.

Investitionen des staatlichen Sektors in den Umweltschutz in EU-15

Letztes aktuell verfügbares Jahr



Schätzwerte.

Landwirtschaft und Umwelt

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Verkauf und Einsatz von Pestiziden
- Einsatz von Handelsdünger
- Ökologischer Landbau

Agriculture and the environment: a multifaceted relationship

Zwischen der Vielfalt der natürlichen Umwelt und landwirtschaftlichen Produktionsverfahren bestehen komplexe Beziehungen. Im Laufe der Jahrhunderte hat die Landwirtschaft zur Schaffung und Erhaltung einer Vielzahl wertvoller naturnaher Lebensräume beigetragen. Viele dieser Lebensräume werden durch extensive Landwirtschaft erhalten, so dass das Überleben zahlreicher wildlebender Tierarten gesichert ist, doch können landwirtschaftliche Produktionsverfahren sich auch negativ auf die natürlichen Ressourcen auswirken. Unangemessene landwirtschaftliche Produktionsverfahren und Formen der Bodennutzung können zu Verschmutzung von Boden, Wasser und Luft, zur Fragmentierung von Lebensräumen sowie zum Verlust von Pflanzen und Tieren führen. Die EU-Politik, insbesondere die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), ist daher in zunehmendem Maße darauf ausgerichtet, die Gefahr von Umweltschädigungen abzuwenden, wobei sie gleichzeitig die Landwirte dazu ermutigt, weiterhin eine positive Rolle bei der Erhaltung der Landschaft und der Umwelt zu spielen.

Ökologischer Landbau

Der ökologische Landbau ist ein Beispiel für nachhaltige Landwirtschaft. Seine Bedeutung hat aufgrund des wachsenden Bewusstseins der Verbraucher

für ökologisch angebaute Produkte und der staatlichen Förderung der Umstellung auf ökologische Wirtschaftsweisen weltweit zugenommen. Seit die erste EU-Verordnung über den ökologischen Landbau [Verordnung (EWG) Nr. 2092/91] eingeführt wurde, haben sich viele landwirtschaftliche Betriebe in der gesamten Europäischen Union auf ökologische Produktionsverfahren umgestellt. In dieser Verordnung wird festgelegt, welche Daten die Mitgliedstaaten über den ökologischen Landbau an die Europäische Kommission melden müssen.

Einsatz von Düngemitteln

Der intensive Einsatz von Düngemitteln kann sich negativ auf die Umwelt auswirken. Um ein gesundes Gleichgewicht zwischen den Nährstoffen,

die dem Boden zugefügt werden, und denjenigen, die dem Boden z. B. in Form von Ernteerträgen entnommen werden, aufrechtzuerhalten, ist es nötig, den optimalen Einsatz von Ressourcen zu gewährleisten und die Umweltverschmutzung, z. B. die Schädigung von Grund- und Oberflächenwasser insbesondere aufgrund von überschüssigem Stickstoff und Phosphaten, zu begrenzen.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen erfasst Daten über Handelsdünger. Daten auf Länderebene werden erhoben anhand von speziellen jährlichen Fragebogen, von Dateien und Zugriff auf



Websites der jeweiligen Länder, von nationalen und internationalen Veröffentlichungen, von Besuchen in den Ländern durch Statistiker der FAO sowie von Berichten der FAO-Vertreter in den Mitgliedstaaten.

Einsatz von Pestiziden

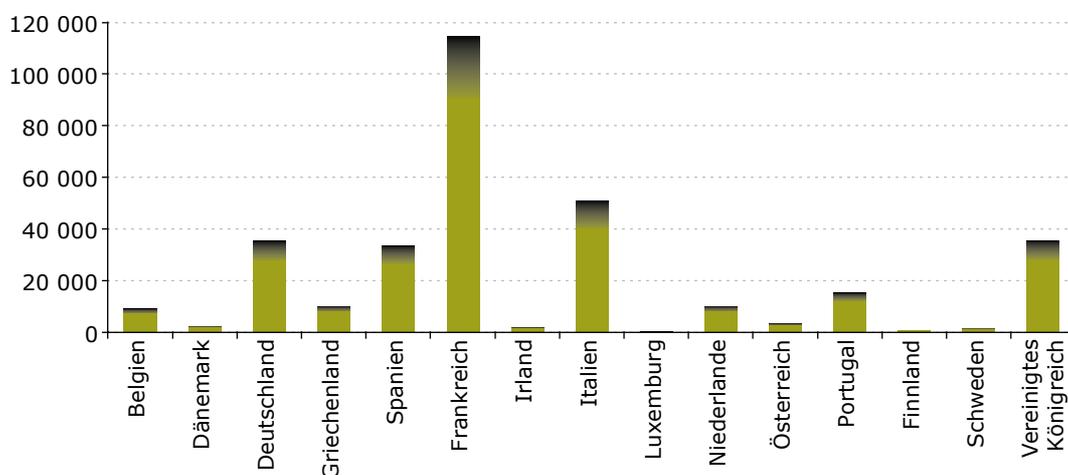
Der intensive Einsatz von Pestiziden, d. h. von Pflanzenschutzmitteln, kann sich negativ auf

die biologische Vielfalt auswirken und erhöht das Risiko, dass diese Mittel ins Trinkwasser und in die Nahrungskette gelangen.

Eurostat erhebt Daten über die Verkäufe von Pflanzenschutzmitteln in den Mitgliedstaaten, und der Europäische Pflanzenschutzverband (European Crop Protection Association) erstellt für Eurostat Daten über die geschätzten Einsatzmengen von Pflanzenschutzmitteln.

Gesamtabsatz von Pestiziden im Jahr 1999

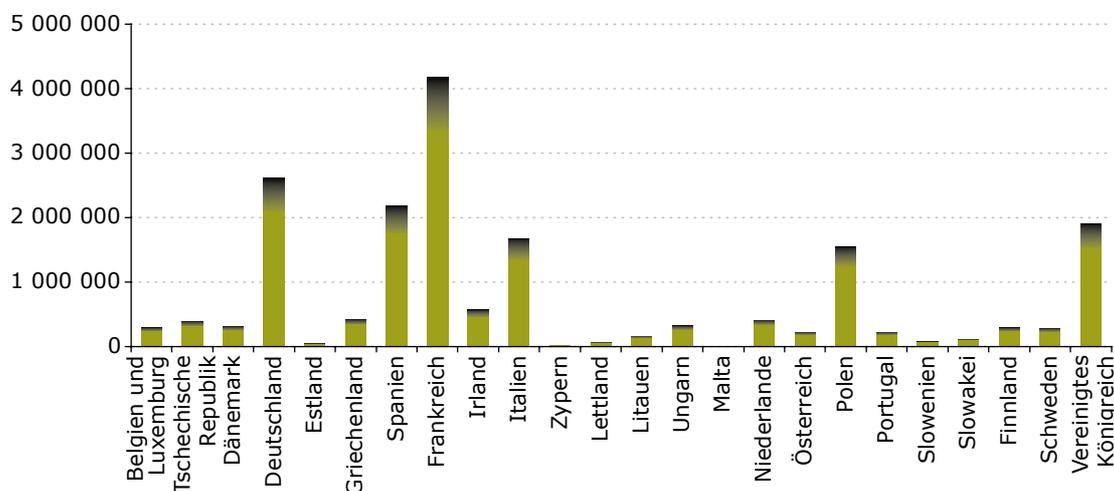
In Tonnen Wirkstoffe



Der Gesamtbetrag ist die Summe der verkauften Fungizide, Herbizide, Insektizide und sonstigen Pestizide.

Düngemittel in der Landwirtschaft im Jahr 1999

Gesamtmengen an Nitrogen (N), Phosphat (P2O5) und Kali (K2O); metrische Tonne an Pflanzennährstoffen



Quelle: FAO.



Wissenschaft und Technik

Forschung und Entwicklung 181-188

Die Informationsgesellschaft 189-196

5

Forschung und Entwicklung

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Innovation
- Humanressourcen in Wissenschaft und Technologie
- Patentanmeldungen am Europäischen Patentamt
- Patenzulassungen durch das Patentamt der USA (USPTO)
- FuE-Ausgaben
- Staatliche FuE-Mittelzuweisungen (GBAORD)
- Wissenschaftliches und technisches Personal in FuE
- Beschäftigung in Hochtechnologiebranchen

Forschung und Entwicklung: ein Wachstumsmotor

Forschung und Entwicklung (FuE) ist eine Triebkraft für das wirtschaftliche Wachstum, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Entwicklung neuer innovativer Produkte und die allgemeine Erhöhung der Produktqualität sowie auch für Verbesserungen im Gesundheitswesen und für den Umweltschutz. Auf dem Gipfel von Lissabon im März 2000 hat der Europäische Rat für die kommende Dekade das klare strategische Ziel vorgegeben, die Union zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Volkswirtschaft der Welt zu machen.

Eurostat unterstützt dieses ehrgeizige Ziel durch Bereitstellung zuverlässiger und sachdienlicher statistischer Informationen über FuE und Innovationen sowie zum Thema Wissenschaft und Technologie. Dies geht einher mit der Berechnung verschiedener Indikatoren und der Erstellung von Daten für tiefer gehende analytische Untersuchungen. Die meisten Indikatoren werden jährlich berechnet und sind auf nationaler und regionaler Ebene verfügbar (für die meisten Länder auf der Ebene NUTS 2). Je nach Indikator findet man nicht nur Daten für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sondern auch für die Länder des Europäischen Wirtschaftsraums, die Kandidatenländer, Japan oder die Vereinigten Staaten.

FuE-Input

Daten zu den Ausgaben und zum Personal im FuE-Bereich sowie zu der staatlichen Mittelzuweisung für Forschung und Entwicklung (engl. Government Budget Allocations or Outlays for Research and Development: Gbaord) werden

jährlich in erster Linie von den einzelstaatlichen statistischen Ämtern erhoben.

Die Aufwendungen sind ein wichtiger Indikator für das Engagement in Forschung und Entwicklung. Die Messung erfolgt nach dem Prinzip der internen Aufwendungen („intra muros“), d. h. sie umfasst die Gesamtheit der Ausgaben, die sich auf die innerhalb einer statistischen Einheit oder eines Wirtschaftszweigs ausgeführte FuE-Arbeit beziehen, unabhängig von der Herkunft der Mittel. Von den verschiedenen verfügbaren Indikatoren ist die FuE-Intensität (d. h. die FuE-Ausgaben als Prozentsatz des BIP) der Indikator, der für internationale Vergleichszwecke empfohlen wird und der für einen Ver-



gleich der FuE-Anstrengungen der einzelnen Länder von großer Bedeutung ist.

Die FuE-Intensität für EU-15 wies in den 90er Jahren einen Rückgang auf, stabilisierte sich jedoch gegen Ende des Jahrzehnts. Damit hinkt die Europäische Union im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und Japan hinterher, doch liegt dies vor allem an den Unterschieden im Unternehmenssektor. Innerhalb der Europäischen Union ist die FuE-Intensität in Finnland und Schweden am höchsten, die bessere Leistungen erzielen als die Länder mit den volumemäßig höchsten FuE-Aufwendungen (Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich). Portugal, Dänemark und Irland verzeichnen bei den FuE-Ausgaben die höchste reale Wachstumsrate.

Für internationale Vergleiche zum Einsatz der Humanressourcen im FuE-Bereich eignen sich Daten über das wissenschaftliche und technische Personal. Zu statistischen Zwecken werden die Indikatoren zum FuE-Personal nach Kopfzahl, nach Vollzeitäquivalenten oder nach Mannjahren erstellt und nach Geschlecht aufgeschlüsselt. Auf EU-Ebene ist der Anteil der FuE-Beschäftigten an der Erwerbsbevölkerung in absoluten Zahlen während des letzten Jahrzehnts geringfügig angestiegen, wobei die skandinavischen Länder führend sind.

Die staatlichen Mittelzuweisungen (Gbaord) umfassen den gesamten Betrag, den staatliche Stellen für die FuE-Tätigkeit bereitstellen. Ein Ländervergleich der Gbaord vermittelt einen Eindruck von der relativen Bedeutung, die der aus öffentlichen Mitteln finanzierten FuE beigemessen wird. Gbaord-Statistiken ergänzen die im Nachhinein erhobenen Daten über die „staatlich finanzierten“ Bruttoinlandsaufwendungen für Forschung und Entwicklung (engl. Government-Financed Gross Expenditure on Research and Development: GERD) und machen bei einer Aufschlüsselung nach sozioökonomischen Zielen deutlich, welche Bereiche die Regierungen für derzeitige und künftige politische Maßnahmen als wichtig erachten. Setzt man diese Zahlen ins Verhältnis zum BIP, dann zeigt sich, dass Japan seit Ende der 80er Jahre den Abstand sowohl zur Europäischen Union als auch zu den Vereinigten Staaten erheblich verringern konnte. Wie die Daten belegen, nähern sich die staatlichen FuE-Mittelzuweisungen nunmehr einander an.

FuE-Output

Patente spiegeln den Erfindungsgeist in einem Land wider und zeigen die Fähigkeit eines Landes auf, Wissen zu nutzen und wirtschaft-

lich auszuwerten. In diesem Zusammenhang werden Indikatoren, die auf Patentstatistiken beruhen, häufig als Maß für FuE-Output herangezogen und dienen dazu, die schöpferische Leistung von Ländern, Regionen oder Industriezweigen zu bewerten. Die im Eurostat-Jahrbuch veröffentlichten Daten zu Patenten stammen vom Europäischen Patentamt (EPA) und vom Patent- und Markenamt der Vereinigten Staaten (USPTO).

Die Daten des Europäischen Patentamts beziehen sich auf Patentanmeldungen, die gemäß dem Europäischen Patentübereinkommen bzw. dem Patentszusammenarbeitsvertrag beim EPA eingereicht wurden. Auch wenn nicht alle Patente erteilt werden, stellt jede Anmeldung für sich eine technische Leistung des Erfinders dar und eignet sich daher als Messgröße für das Innovationspotenzial. In absoluten Zahlen liegt Deutschland an der Spitze der beim EPA eingereichten Patentanmeldungen. Gemessen an der Zahl der Patentanmeldungen je 1 Million Einwohner liegt Schweden an erster Stelle, gefolgt von Finnland. Diese beiden Länder nehmen ebenfalls die Spitzenstellung bei den Patenten im Bereich der Hochtechnologie ein und weisen eine hohe Spezialisierung im Bereich der Kommunikationstechnik auf.

FuE-Personal

Die Bedeutung der Hochtechnologiesektoren ist in den letzten Jahren beträchtlich angestiegen; dies hat sich auch deutlich auf die Struktur und die Organisation der Beschäftigung in Europa ausgewirkt. Um eine Analyse der wissens- und technologieintensiven Wirtschaftszweige zu ermöglichen, erfasst Eurostat Daten über die Beschäftigung in den Mittel- und Hochtechnologiebereichen des verarbeitenden Gewerbes, in wissensintensiven Dienstleistungssektoren, in Hightech-Dienstleistungsbranchen, in sonstigen Teilbereichen und in Referenzsektoren (siehe Glossareintrag „Hochtechnologiesektoren“).

Angaben zur Beschäftigung in den Hochtechnologiebranchen und abgeleitete Indikatoren werden auf der Grundlage von Daten der Arbeitskräfteerhebung der Gemeinschaft erstellt; Daten sind auf nationaler und regionaler Ebene verfügbar. Innerhalb Europas verzeichnen einige Regionen des Vereinigten Königreichs und Finnland eine hohe Beschäftigungsrate in den Mittel- und Hochtechnologiebranchen. Bei der Beschäftigung im Bereich der wissensintensiven Dienstleistungssektoren gehört Griechenland zu den dynamischsten Ländern.

**Forscher**

Vollzeitäquivalent; alle institutionellen Sektoren

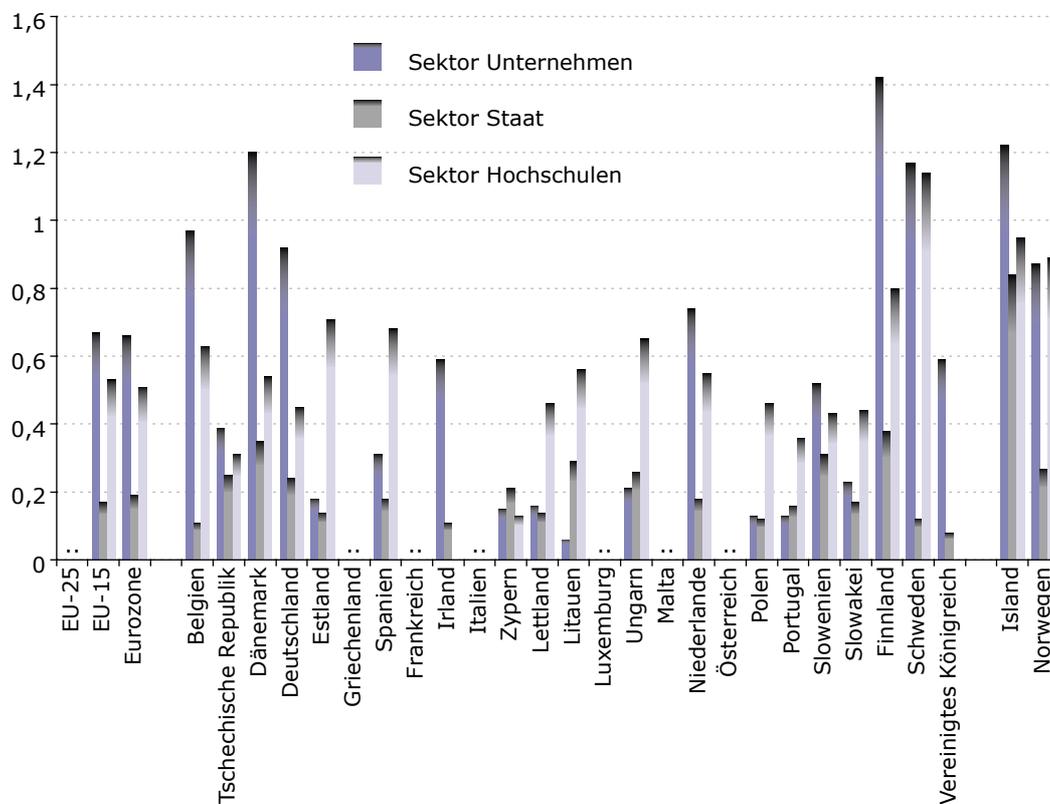
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EU-25	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
EU-15	739 390(s)	774 743(s)	787 066(s)	814 410(s)	830 565(s)	845 212(s)	851 627(s)	886 053(s)	923 459(s)	954 675(s)	981 209(s)
Euro-zone	570 163(s)	598 294(s)	603 738(s)	621 713(s)	628 571(s)	647 304(s)	650 556(s)	671 083(s)	704 824(s)	741 723(s)	763 369(s)
Belgien	18 104(s)	:	20 839(e)	22 773(e)	23 491(e)	24 477(e)	25 579(e)	28 149(e)	30 219(e)	30 395(er)	32 298(er)
Tschechische Republik	:	20 084(i)	13 627(i)	13 325(i)	11 935(b)	12 963(i)	12 580(i)	12 566(i)	13 535(i)	13 852	14 987
Dänemark	12 049	:	13 611	:	15 955	16 699(bi)	17 511(i)	:	18 439	:	19 453
Deutschland	241 869(b)	:	229 839	:	231 128(e)	:	235 791	237 712	255 261(e)	257 874(e)	259 597(e)
Estland	:	:	:	:	:	:	:	2 978	3 002	2 666	2 631
Griechenland	6 230	:	8 015	:	9 706	:	10 964(r)	:	14 828(i)	:	:
Spanien	40 641	41 687	43 368	47 868	47 344	51 632	53 883	60 269	61 568	76 670(e)	80 081
Frankreich	112 993(b)	142 198	145 824	148 638	149 824	152 533	152 740	155 006	:	170 628(r)	177 374
Irland	5 137(s)	5 561(s)	6 425(s)	:	:	:	:	:	8 217(e)	8 516	:
Italien	7 5238	74 422	74 434	75 722	75 536	76 441	:	64 230	64 886	66 110	:
Zypern	135(i)	147(i)	:	:	:	:	:	236	278	303	333
Lettland	:	:	3 999	3 010	3 072	2 839	2 610	2 557	2 626	3 814(r)	3 497
Litauen	:	:	:	:	:	7 532	7 800	8 436	7 777	8 075	:
Luxemburg	:	:	:	:	:	:	:	:	:	1 625	:
Ungarn	14 471	12 311	11 818	11 752	10 499	10 408(i)	11 154(i)	11 731(i)	12 579(i)	14 406(i)	14 666(i)
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	:	:	32 200(b)	34 200	34 038	34 012	38 055(i)	39 081(i)	40 640	41 896	45 328
Österreich	:	:	12 821	:	:	:	:	18 715	:	:	:
Polen	:	41 440(i)	:	47 433	50 426	52 474	55 602	56 179	56 433	55 174	56 918
Portugal	:	:	:	:	11 586	:	13 580	:	15 752	:	17 724(e)
Slowenien	:	:	3 745(i)	4 767(i)	4 897(i)	4 489	4 022	4 285	4 427	4 336	4 497
Slowakei	:	:	:	10 249	9 711	10 010	9 993	10 145	9 204	9 955	9 585
Finnland	16 937	:	18 589	:	20 857	:	26 412	30 431	32 677	:	:
Schweden	26 515	:	30 495	:	33 665	:	36 878	:	39 921(i)	:	:
Vereinigtes Königreich	124 226	135 064	139 183	145 792	152 331(s)	145 863	146 541(s)	158 586(s)	:	:	:
Island	688(s)	709(s)	815(s)	846(s)	1 076(s)	890(s)	1 456	1 533	1 577	:	1 869
Norwegen	13 460	:	14 763	:	15 928	:	17 490	:	18 295	:	19 722
Japan	598 333(i)	622 410(i)	641 083(i)	658 866(i)	673 421(i)	617 365b(i)	625 442(i)	652 845(i)	658 910(i)	647 572(i)	675 898(i)
Vereinigte Staaten	981 659(i)	:	1 013 772b(i)	:	1 035 995(i)	:	1 159 908(i)	:	1 261 227(i)	:	:

Forscher (RSE) sind Wissenschaftler oder Ingenieure, die neue Erkenntnisse, Produkte, Verfahren, Methoden und Systeme konzipieren oder schaffen und die betreffenden Projekte leiten. Darunter fallen Manager und Verwaltungspersonal, die an der Planung und Leitung der wissenschaftlichen und technischen Aspekte der Arbeit eines Forschers beteiligt sind, sowie FuE-Aufbaustudenten. Ein Vollzeitäquivalent (VZÄ) kann man sich als ein Personenjahr vorstellen. So ist eine Person, die normalerweise 40 % ihrer Zeit in FuE arbeitet und den Rest mit anderen Tätigkeiten (wie Lehre, Hochschulverwaltung und Studienberatung) verbringt, mit 0,4 VZÄ zu veranschlagen – Frascati-Handbuch.



Anteil des FuE-Personals im Jahr 2001

In % der Arbeitskräfte

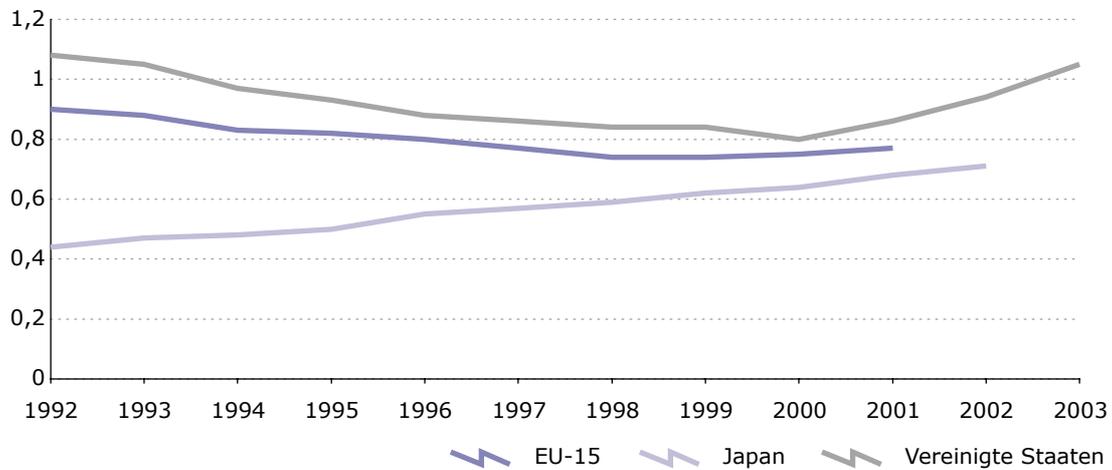


Teilweise geschätzte Werte.

Zu den FuE-Beschäftigten zählen alle direkt mit Forschungs- und Entwicklungsarbeiten (FuE) befassten Personen und das direkte Dienstleistungen erbringende Personal wie Manager und Verwaltungs- und Büroangestellte. Die Pro-Kopf-Daten geben die Zahl der Personen an, die überwiegend oder zum Teil in der FuE beschäftigt sind. Anhand der Pro-Kopf-Daten wird der Anteil der FuE-Beschäftigten an den Erwerbspersonen dargestellt (alle erwerbstätigen oder erwerbslosen Personen ab 15 Jahren ohne Nichterwerbspersonen).



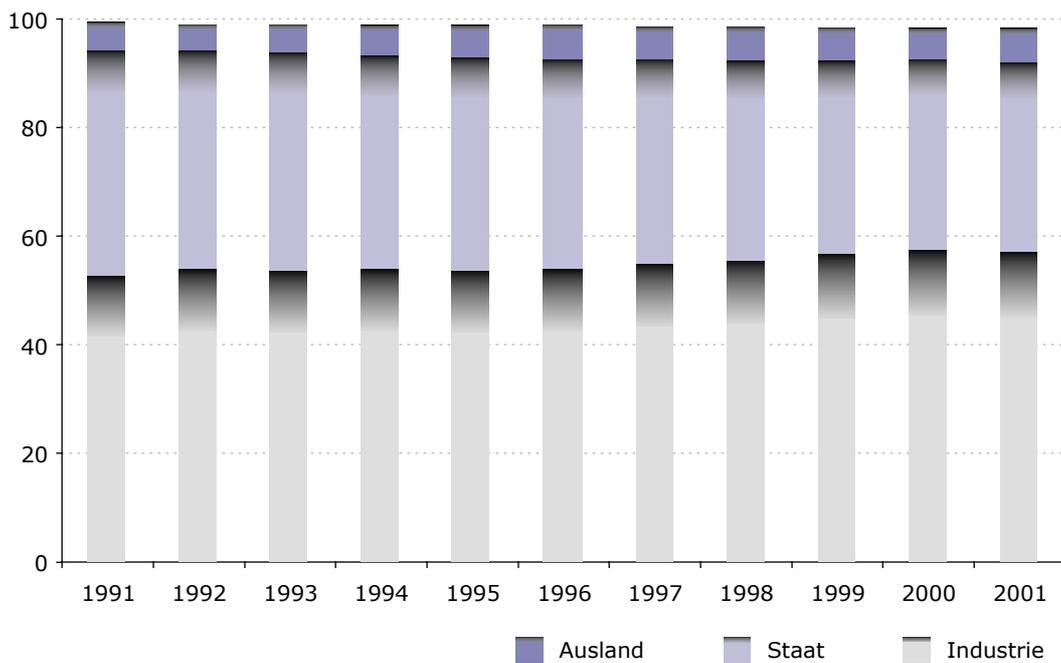
Staatliche Mittelzuweisungen oder Ausgaben für FuE
In % des BIP



EU-15, Eurozone-12 1995, 1996, 2000, 2001: geschätzte Werte; Japan, Vereinigte Staaten 2002: vorläufige Werte; Vereinigte Staaten: 2003 Prognose.

Die Daten über die staatlichen FuE-Mittelzuweisungen oder Aufwendungen (GBAORD) beziehen sich auf die Haushaltsansätze und nicht auf die tatsächlichen Aufwendungen, d. h., die GBAORD messen die staatliche FuE-Förderung anhand der den Haushalten entnommenen Daten. Mithilfe der GBAORD wird die staatliche Unterstützung der FuE-Tätigkeiten gemessen. Die GBAORD werden als prozentualer Anteil am BIP ausgedrückt.

FuE-Ausgaben in EU-15 nach Finanzquellen
In %

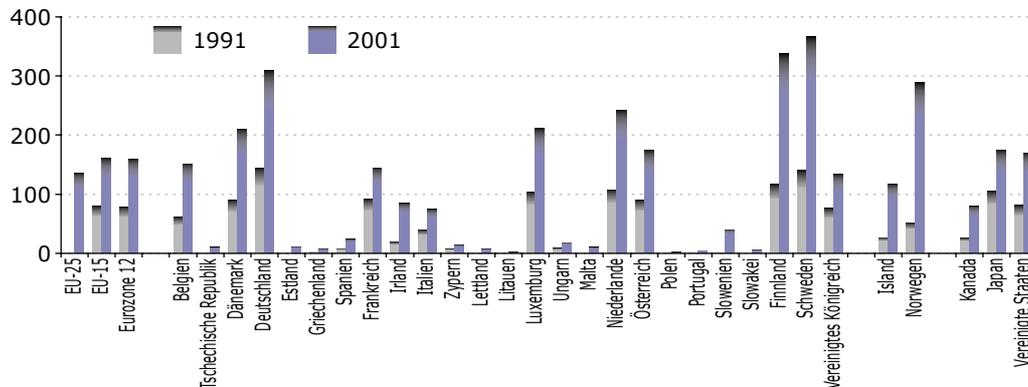


Geschätzte Werte.

Quelle: OECD.

Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (EPA)

Je eine Million Einwohner



(*) Die Werte für Liechtenstein waren 1 171 (1991) und 1 080 (2001).

Teilweise geschätzte Werte.

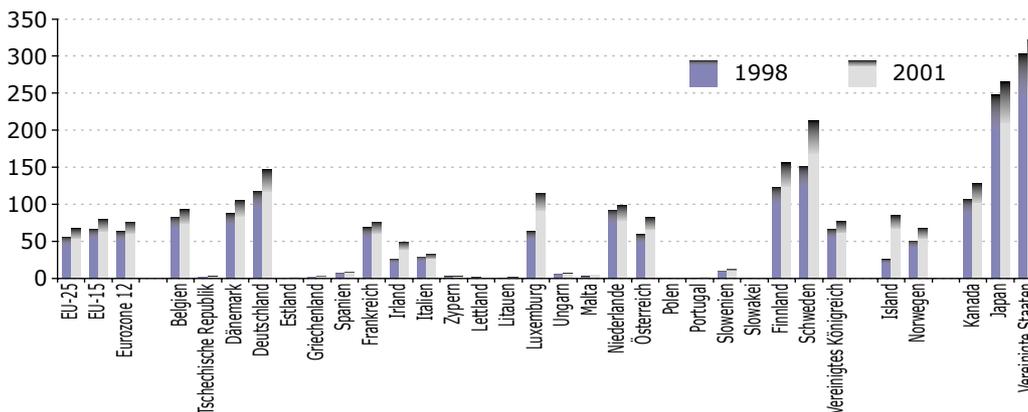
Die Daten beziehen sich auf Patentanträge, die entweder direkt oder nach dem Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens beim EPA eingereicht wurden (Euro-PCT). Patentanträge werden in dem Jahr gezählt, in welchem sie beim EPA registriert wurden, und sind mittels der Internationalen Patentklassifikation klassifiziert. Die geografische Zuordnung erfolgt anhand des Wohnsitzes des Erfinders, wobei im Falle von mehreren Erfindern oder mehreren IPK-Klassen eine anteilige Zählung vorgenommen wurde, um Mehrfachzählungen zu vermeiden.

Die Zahl der Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt (EPA) hat sich in EU-15 zwischen 1991 und 2001 in etwa verdoppelt. Die höchsten Zahlen je eine Million Einwohner verzeichneten 2001 Schweden, Finnland und Deutschland (mehr als 300 Patente). Ihre

Werte sind doppelt so hoch wie die Japans und der Vereinigten Staaten. In vielen Ländern stieg die Zahl der Patentanmeldungen zwischen 1991 und 2001 um mehr als das Doppelte, im Falle Norwegens sogar um das Fünffache.

Patentzulassungen durch das United States Patent and Trademark Office (USPTO)

Je eine Million Einwohner



Teilweise geschätzte Werte.

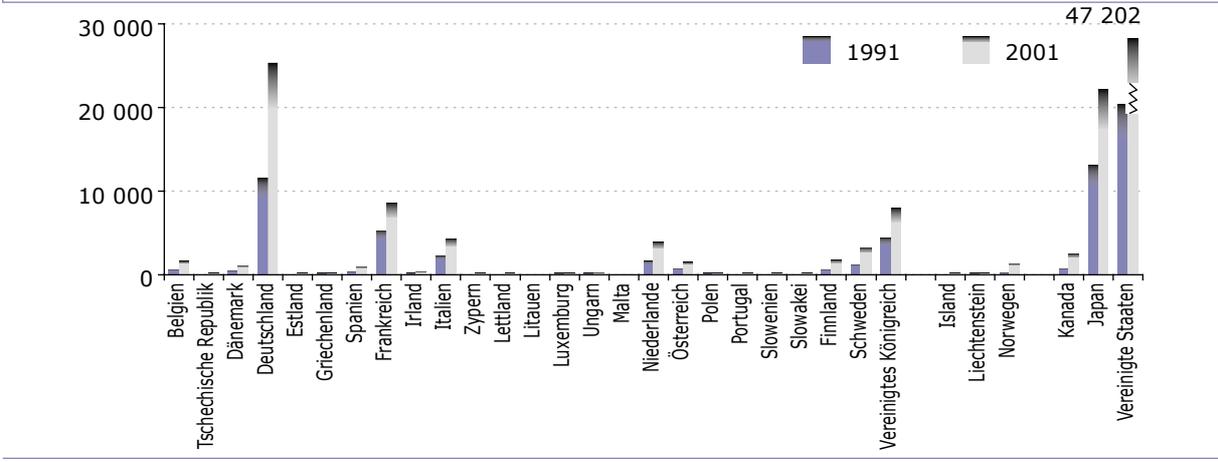
Die USPTO-Daten beziehen sich ausschließlich auf gewährte Patente; dies im Gegensatz zu den EPA-Daten, bei welchen es sich um Patentanmeldungen handelt. Die Aufschlüsselung der Daten erfolgt anhand ihres Veröffentlichungsjahres, wohingegen die EPA-Daten sich auf den Registrierungszeitpunkt beziehen. Der Grund hierfür liegt in der Tatsache, dass (zumindest in der Vergangenheit) US-Patente erst nach ihrer Gewährung veröffentlicht wurden. Die geografische Zuordnung erfolgt anhand des Wohnsitzes des Erfinders, wobei im Falle von mehreren Erfindern oder mehreren IPK-Klassen eine anteilige Zählung vorgenommen wurde, um Mehrfachzählungen zu vermeiden. Angesichts der fehlenden Harmonisierung der Methodik bedürfen Vergleiche zwischen EPA- und USPTO-Patentdaten einer sorgfältigen Interpretation.

2001 wurden vom US-Patentamt (United States Patent and Trademark Office – USPTO) die meisten Patente (je eine Million Einwohner)

in den Vereinigten Staaten, Japan, Schweden, Finnland und Deutschland erteilt.



Europäische Patentanmeldungen insgesamt



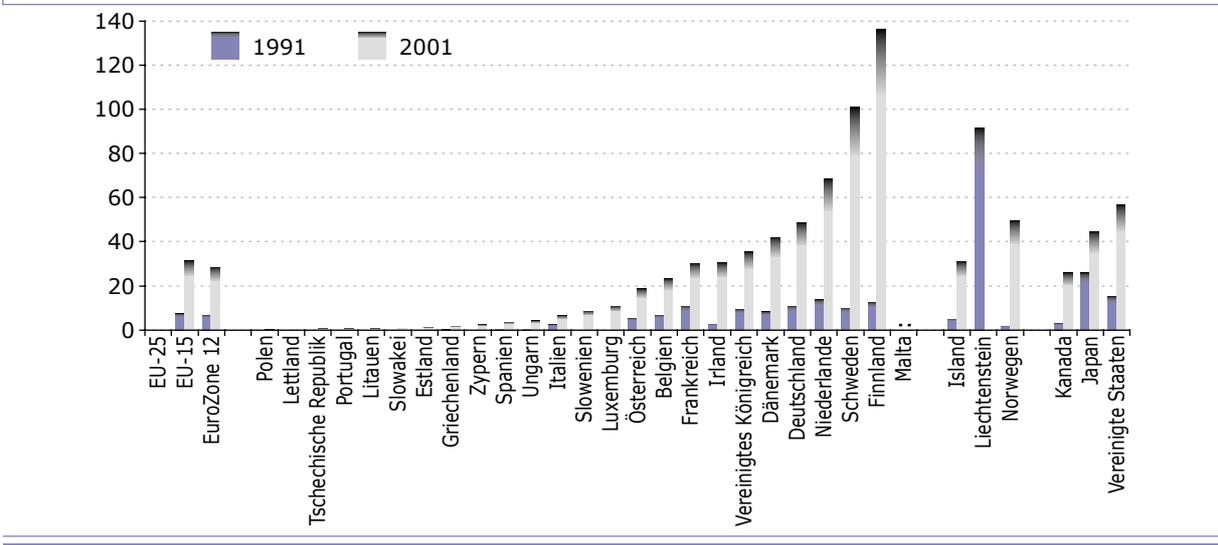
2001: vorläufige Werte.

Die Gesamtzahl der europäischen Patentanmeldungen bezieht sich auf die Anträge auf den Schutz einer Erfindung, die entweder direkt beim Europäischen Patentamt (EPA) eingereicht werden oder bei denen das EPA gemäß dem Patentszusammenarbeitsvertrag als Adressat benannt wird (Euro-PCT); dabei spielt es keine Rolle, ob dem Antrag stattgegeben wird. Die Daten geben die Gesamtzahl der Anmeldungen je Land an.

In den 25 heutigen EU-Ländern wurden 2001 fast 61 500 Patentanmeldungen eingereicht. An der Entwicklung der Zahl der Patentanmel-

dungen lässt sich die erhebliche Zunahme der Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten in Europa ablesen.

Europäische Patente im Hochtechnologiebereich Je 1 Million Einwohner



Teilweise geschätzte Werte.

Die Daten beziehen sich auf den Anteil der Patentanmeldungen im Bereich der Spitzentechnologie je 1 Million Einwohner eines Landes, die direkt beim Europäischen Patentamt (EPA) eingereicht werden oder bei denen das EPA gemäß dem Patentszusammenarbeitsvertrag als Adressat benannt wird (Euro-PCT). Für die Definition der Patentanmeldungen im Bereich der Spitzentechnologie werden spezifische Unterklassen der Internationalen Patentklassifikation (IPK) benutzt, die im Trilateralen Statistischen Bericht von EPA, JPO und USPTO definiert sind.

Die Zahl der Patentanmeldungen (bezogen auf die Bevölkerungszahl) in Hochtechnologie-sektoren spiegelt das Ergebnis der Bemühungen um die Förderung von Forschung und Entwicklung wider. Die zehn Spitzenreiter bei den

Hochtechnologiepatenten waren 2001 Finnland, Schweden, die Niederlande, die Vereinigten Staaten, Norwegen, Deutschland, Japan, Dänemark, das Vereinigte Königreich und Island.

Ausgaben für FuE insgesamt

In % des BIP



	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	:	:	:	1,86(s)	1,84(s)	1,83(s)	1,83(s)	1,88(s)	1,91(s)	1,93(s)	:	:
EU-15	1,92(s)	1,94(s)	1,91(s)	1,89(s)	1,88(s)	1,87(s)	1,88(s)	1,92(s)	1,95(s)	1,98(s)	1,99(s)	:
Eurozone	1,86(s)	1,89(s)	1,84(s)	1,83(s)	1,82(s)	1,81(s)	1,82(s)	1,87(s)	1,89(s)	1,91(s)	1,92(s)	:
Belgien	:	1,70(e)	1,69(e)	1,72(er)	1,80(er)	1,87(er)	1,90(er)	1,96(er)	2,04(er)	2,17(er)	:	:
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	1,23	1,22	:	:
Dänemark	1,68(e)	1,74	:	1,84	1,85(e)	1,94	2,06(ei)	2,10(r)	2,27(er)	2,4	:	:
Deutschland	2,40(eir)	2,33(ir)	2,24(eir)	2,25(ir)	2,25(eir)	2,29(r)	2,31(eir)	2,44(r)	2,49(eir)	2,51(r)	2,51(eir)	:
Estland	:	:	:	:	:	:	0,61	0,75	0,66	0,78	:	:
Griechenland	:	0,47	:	0,49	:	0,51	:	0,67(e)	:	0,64(e)	:	:
Spanien	0,88	0,88	0,81	0,81	0,83(e)	0,82	0,89(e)	0,88	0,94(er)	0,95(r)	:	:
Frankreich	2,38	2,4	2,34	2,31	2,3	2,22	2,17	2,18	2,18(b)	2,23	2,20(e)	:
Irland	1,04(e)	1,17(e)	1,31(e)	1,34(e)	1,32(e)	1,28(e)	1,25(ei)	1,20(e)	1,15	1,17	:	:
Italien	1,18	1,13	1,05	1	1,01	1,05(br)	1,07(r)	1,04(r)	1,07	1,11	:	:
Zypern	:	:	:	:	:	:	0,23	0,25	0,25	0,27	:	:
Lettland	0,59	0,49	0,42	0,53	0,47	0,42	0,45	0,4	0,48	0,44	:	:
Litauen	:	:	0,52	0,46	0,52(b)	0,56	0,56	0,52	0,6	0,69	:	:
Luxemburg	:	:	:	:	:	:	:	:	1,71(r)	:	:	:
Ungarn	1,05(i)	0,98(i)	0,89(i)	0,73(i)	0,65(i)	0,72(i)	0,68(i)	0,69(i)	0,80(i)	0,95(i)	:	:
Niederlande	1,9	1,93(b)	1,97	1,99	2,03	2,04	1,94	2,02(r)	1,90(r)	1,89(r)	:	:
Österreich	1,45(e)	1,47	1,54(ei)	1,56(ei)	1,60(ei)	1,71(ei)	1,78	1,86(ei)	1,84(ei)	1,90(eip)	1,93(eip)	:
Polen	:	:	:	:	:	:	:	0,7	0,66	0,64	0,59	:
Portugal	0,61	:	:	0,57(r)	:	0,62	:	0,75(r)	:	0,85(e)	:	:
Slowenien	1,91	1,60(bi)	1,76(i)	1,61(i)	1,36	1,35	1,4	1,44	1,46	1,57	:	:
Slowakei	:	:	0,9	0,93	0,92	1,09	0,79	0,66	0,65	0,64	0,58	:
Finnland	2,13	2,18	2,29	2,28	2,54	2,71	2,88	3,23	3,4	3,41	3,49(f)	:
Schweden	:	2,99	:	3,35	:	3,55	3,62(e)	3,65	:	4,27	:	:
Vereinigtes Königreich	2,08	2,11	2,06	1,97	1,9	1,82	1,81	1,84	1,84(r)	1,89(r)	1,84(f)	:
Island	1,32(i)	1,33	1,38(i)	1,54	:	1,88	2,07	2,38	2,76(e)	3,06	3,09(f)	:
Norwegen	:	1,72	:	1,7	:	1,64	:	1,65	:	1,6	:	:
Japan	2,89(i)	2,83(i)	2,77(i)	2,90(i)	2,78(bi)	2,84(i)	2,95(i)	2,96(i)	2,99(i)	3,07(i)	:	:
Vereinigte Staaten	2,62(i)	2,50(i)	2,40(i)	2,49(i)	2,53(i)	2,56(i)	2,59(i)	2,63(i)	2,70(i)	2,72(i)	2,64(ip)	2,59(ip)

Der verwendete Indikator ist GERD als Prozentsatz des BIP. „Forschung und experimentelle Entwicklung (FuE) umfassen kreative Arbeit, die auf systematischer Grundlage vorgenommen wird, um den Bestand an Wissen, darunter das Wissen über den Menschen, die Kultur und die Gesellschaft, auszubauen und diesen Bestand an Wissen zur Entwicklung neuer Anwendungen zu verwenden“ (Frascati-Handbuch, Auflage 2002, § 63). FuE ist eine Tätigkeit, bei der bedeutende Mittelübertragungen zwischen Einheiten, Organisationen und Sektoren stattfinden und bei der es wichtig ist, die FuE-Finanzierungsströme aufzuzeigen.

Gesamte FuE-Ausgaben im Jahr 2001

In % des BIP



Schweden	4,27	3,41	3,07	3,06	2,72	2,51	2,40	2,23	2,17	1,93	1,90	1,89	1,89	1,60	1,57	1,22	1,17	1,11	0,95	0,95	0,85	0,78	0,69	0,64	0,64	0,64	0,44	0,27	
Finnland																													
Japan																													
Island																													
Vereinigte Staaten																													
Deutschland																													
Dänemark																													
Frankreich																													
Belgien																													
EU-25																													
Österreich																													
Niederlande																													
Vereinigtes Königreich																													
Norwegen																													
Slowenien																													
Tschechische Republik																													
Irland																													
Italien																													
Spanien																													
Ungarn																													
Portugal																													
Estland																													
Litauen																													
Griechenland																													
Polen																													
Slowakei																													
Lettland																													
Zypern																													

EU-25, Belgien, Griechenland, Österreich, Portugal: geschätzte Werte.

Diese vier Indikatoren sind GERD (Gross domestic expenditure on R&D – Bruttoinlandsaufwendungen für FuE) als Prozentanteil des BIP, Prozentanteil von industriefinanziertem GERD, Prozentanteil von regierungsfinanziertem GERD und Prozentanteil von auslandsfinanziertem GERD. Unter Forschung und Entwicklung (FuE) wird eine kreative Tätigkeit auf einer systematischen Basis verstanden, mit dem Ziel, neue Kenntnisse – einschließlich Menschen-, Landes- und Gesellschaftskunde – zu gewinnen, sowie den Kenntnisbestand für neue Anwendungen zu nutzen (Frascati Manual, 2002 edition, § 63). FuE ist eine Tätigkeit, in der wichtige Transfers zwischen Einheiten, Organisationen und Sektoren stattfinden; dabei ist es wichtig, FuE-Fonds zu verfolgen.

Die Informationsgesellschaft

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Zugang der Haushalte zur Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
- Zugang der Unternehmen zu IKT
- IKT-Ausgaben
- Elektronischer Geschäftsverkehr (eCommerce)
- Strukturen der verschiedenen Marktsegmente im Telekommunikationsbereich
- Preise einiger typischer Telekommunikationsdienste

Die Informationsgesellschaft: eine Chance für Europa...

Die Informationstechnologie entwickelt sich in rasantem Tempo und bringt täglich Neuerungen hervor. Dennoch ist die Informationsgesellschaft, deren Wohlstand und Wachstum auf einer effizienten Informationsverarbeitung beruhen, nicht nur ein technisches Phänomen, denn sie verändert die Art, in der wir kommunizieren und Geschäfte tätigen, und sie bewirkt einen Wandel unserer Lebensweise. Die Informationsgesellschaft bietet Europa und seinen Bürgern eine Fülle von Chancen und Möglichkeiten.



den verschiedenen Gruppen von Datennutzern zusammen.

... und eine Herausforderung für die Statistiker

Die Beobachtung der durch das Internet und andere neue Informations- und Kommunikationsmittel ausgelösten schnellen Veränderungen ist eine Herausforderung, der sich die Statistiker sehr wohl bewusst sind. Sie machen sich darüber Gedanken, wie sie ihr statistisches Instrumentarium erneuern und optimal einsetzen können, damit sie den neuen Datenanforderungen bezüglich aller Aspekte der Informationsgesellschaft gerecht werden. Um den entstandenen Bedarf beurteilen und koordinieren zu können, arbeiten die Statistiker eng mit

Die Informationsgesellschaft im Eurostat-Jahrbuch

Die im Jahr 2000 erschienene Ausgabe des Eurostat-Jahrbuchs enthielt erstmals einen neuen Abschnitt über die Informationsgesellschaft, in dem grundlegende Merkmalsvariablen dieses Phänomens dargestellt wurden, insbesondere Internet-Hosts, Internetnutzer und Mobiltelefone.

- **Internet-Hosts** sind an das Internet angeschlossene Rechner, die andere Computer mit Daten und Dienstleistungen versorgen. Automatische Zählungen der Hosts werden auf Länderebene durchgeführt und beschränken sich in zahlreichen Statistiken auf



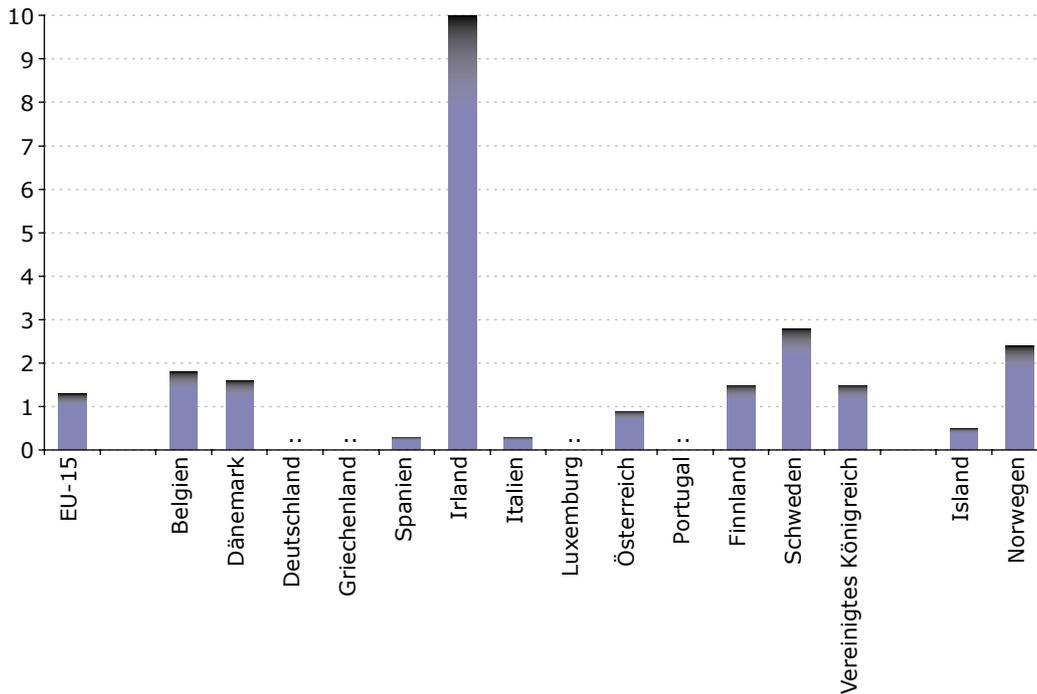
die Ländercodes der höchsten Ebene des Domainnamensystems (Domainnamen wie „.de“, „.uk“ oder „.fr“). Dies gilt auch für die in diesem Abschnitt enthaltenen Zahlenangaben. In manchen Statistiken werden auch

generische Domain-Codes (wie „.com“ und „.org“) auf Grundlage ihrer Registrierung bestimmten Ländern zugeordnet. Dies führt dann zu höheren Ergebnissen als die ausschließliche Zählung der länderspezifischen Top-Level-Domains.

- Die **Internet-Zugangsdichte** wird getrennt für private Haushalte und Unternehmen erhoben.
- **Mobiltelefone** wurden zu Beginn der 80er Jahre in Europa eingeführt. Aufgrund ihres Gewichts und des Energieverbrauchs beschränkte sich ihr Einsatzbereich anfangs vorwiegend auf das Auto. Je leichter, billiger und technisch ausgereifter die Mobiltelefone wurden, desto stärker wuchs der Markt, insbesondere in der zweiten Hälfte der 90er Jahre.

Elektronischer Handel

Prozentualer Anteil des elektronischen Handels am Gesamtumsatz der Unternehmen im Jahr 2003

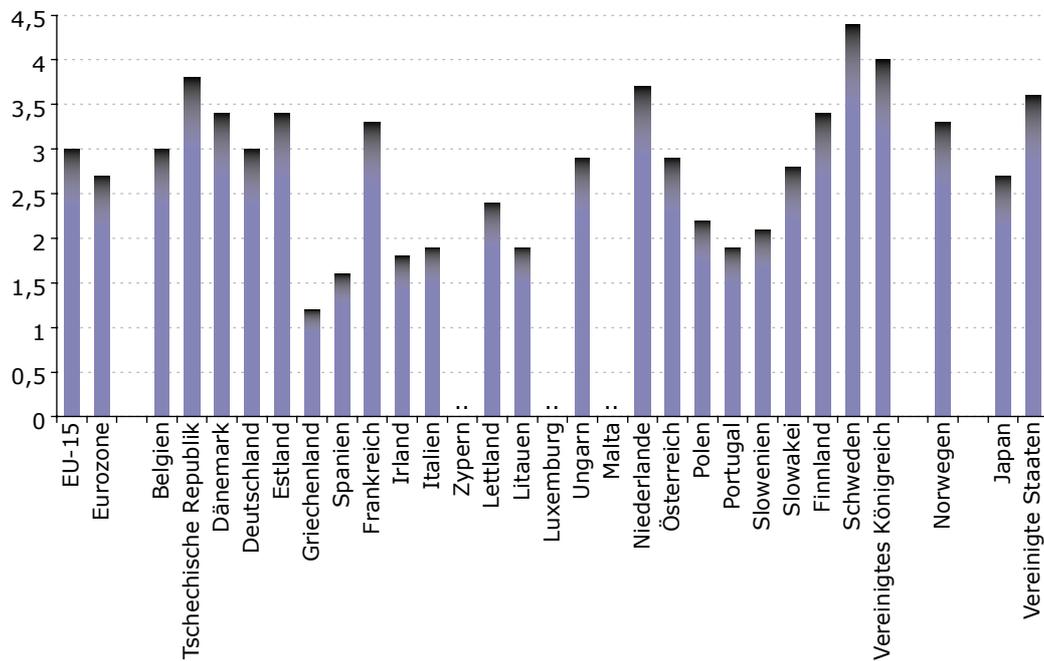


Die Information stammt aus der Erhebung der Nationalen Statistischen Ämter zur Nutzung von Informations- und Telekommunikationstechnologien (IKT) in Unternehmen. Der Indikator wird berechnet als Prozentanteil des über das Internet realisierten Umsatzes am Gesamtumsatz von Unternehmen. Umsätze durch andere Geschäftsbeziehungen wie beispielsweise Umsätze durch EDI (Electronic Data Interchange) sind nicht inbegriffen. Abgedeckt sind nur Unternehmen mit zehn oder mehr Beschäftigten.



IKT-Ausgaben – Informationstechnologie im Jahr 2003

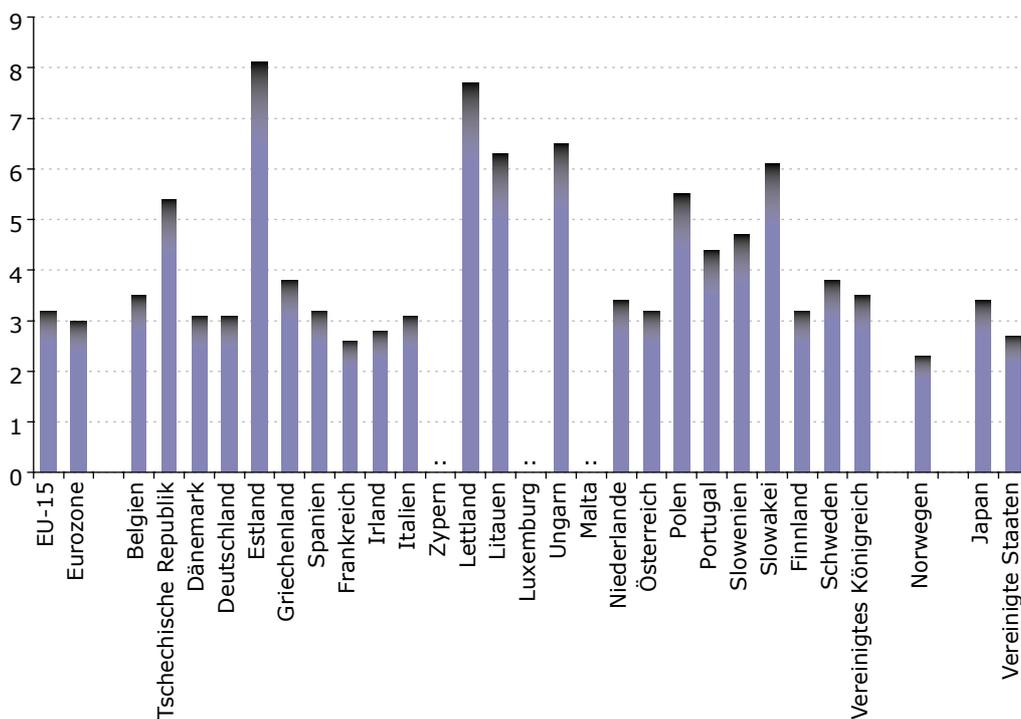
In % des BIP



Jährliche Daten über Ausgaben für IT-Ausstattung, Software und weitere Dienstleistungen als Prozentanteil des BIP (BIP = Bruttoinlandprodukt).

IKT-Ausgaben – Telekommunikationstechnologie im Jahr 2003

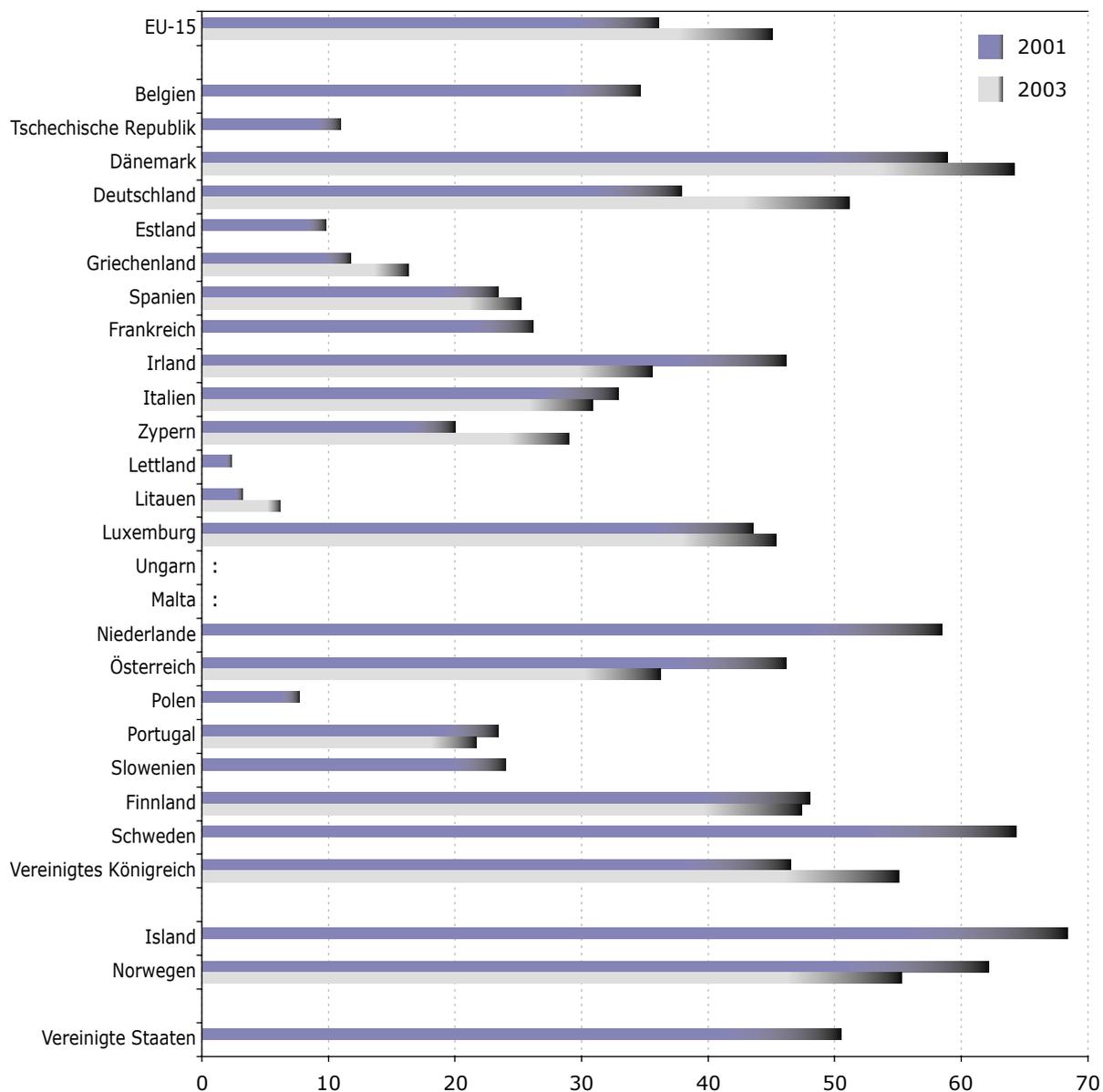
In % des BIP



Jährliche Daten über Ausgaben für Ausstattung in Telekommunikation, Software und weitere Dienstleistungen als Prozentanteil des BIP (BIP = Bruttoinlandprodukt).

Internetzugang: Haushalte

In %



Prozentsatz der Privathaushalte mit Internet-Zugang. Einschließlich sämtlicher Formen der Internetnutzung. Bevölkerung im Alter von 15 Jahren oder älter.

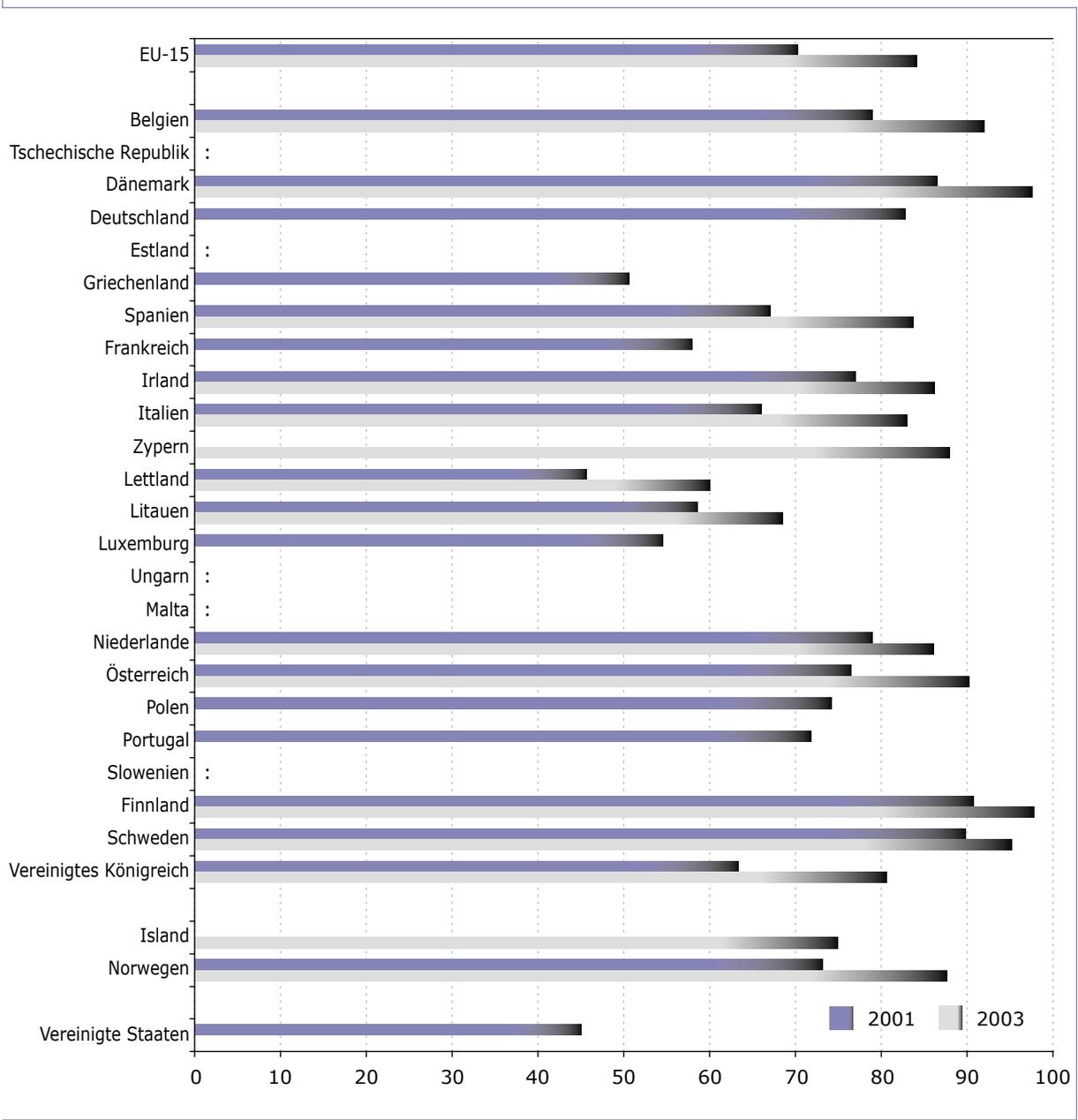


Sowohl in privaten Haushalten als auch in Unternehmen hat sich der Internetzugang ausgebreitet. Im Jahr 2003 hatten 45 % aller Haushalte in EU-15 Zugang zum Internet. Bei den Unternehmen ist dieser Anteil höher, er liegt in einigen Ländern sogar bei mehr als 90 % aller Unternehmen (mit mehr als 9 Beschäftigten).

So erreicht die Rate des Internetzugangs bei Unternehmen 2003 in Finnland und Dänemark 98 %, in Schweden 95 %, in Belgien 92 % und in Österreich 90 %. In allen übrigen Ländern der heutigen EU-25, aus denen Daten vorliegen, lag dieser Wert über 60 %.

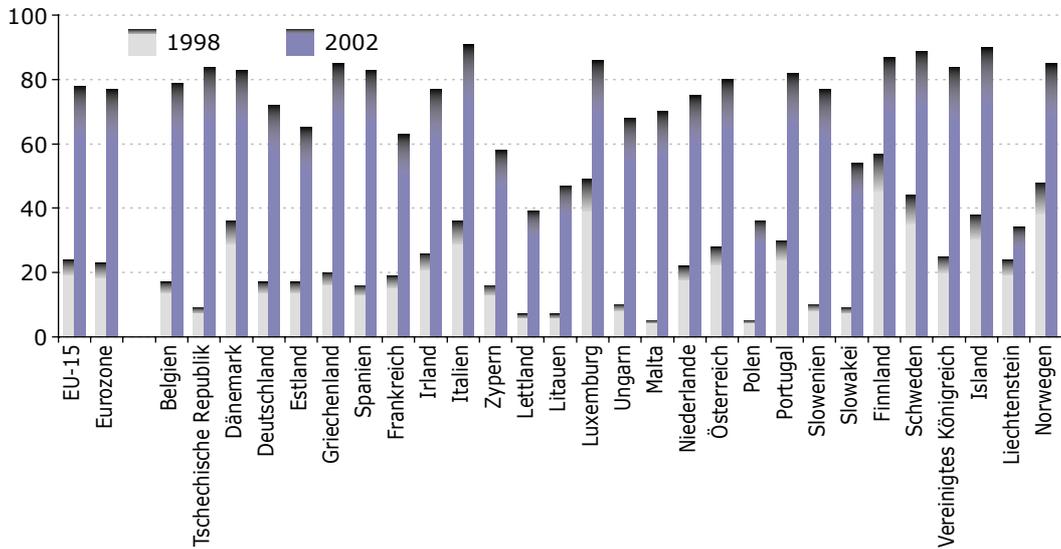
Internetzugang: Unternehmen

In %



Nur Unternehmen mit mehr als neun Beschäftigten sind eingeschlossen. NACE-Sektionen D, G-K sind abgedeckt. Daten werden von den nationalen Ämtern für Statistik bereitgestellt, im Rahmen der Eurostat-Erhebung über IuK-Nutzung in Unternehmen.

Mobilfunkteilnehmer
Je 100 Einwohner

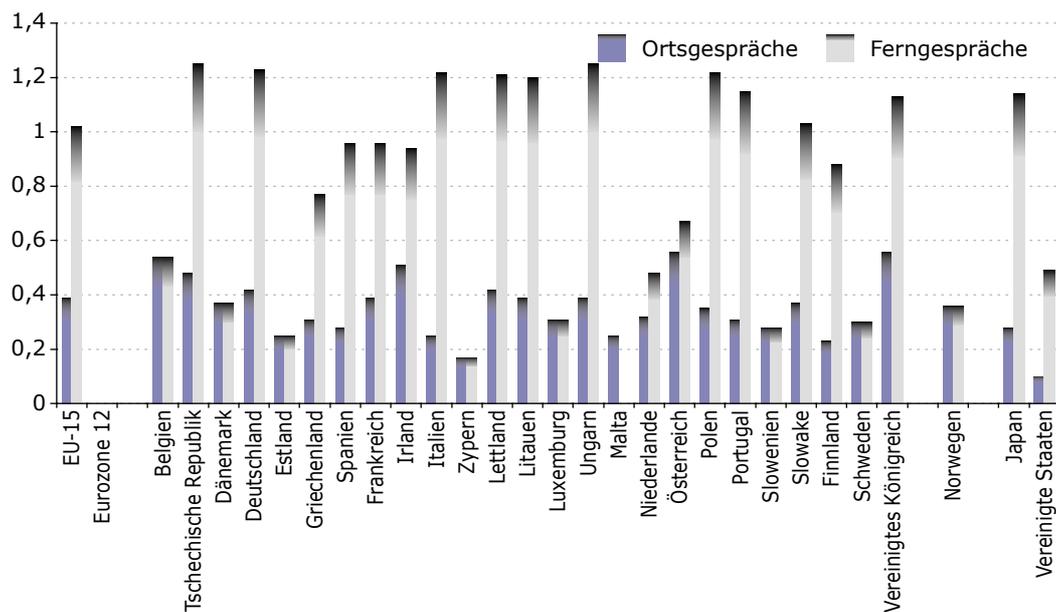


Der Indikator gibt die Zahl der Verträge mit öffentlichen Telekommunikationssystemen, die die Zellulartechnik benutzen, in Bezug auf die Bevölkerung an. Die Gesamtzahl der Mobiltelefonverträge in einem Land wird durch die Zahl der Einwohner des Landes geteilt und mit 100 multipliziert. Aktive Prepaid-Karten werden als Verträge behandelt. Eine Person kann mehrere Verträge haben.

Im Zeitraum 1991-2002 ist die Zahl der Mobilfunkteilnehmer kontinuierlich gestiegen: Bis 1993 lag ihre Zahl je 100 Einwohner in vielen europäischen Ländern unter 10, 2002 beträgt

sie oft mehr als 80. An der Spitze lagen Italien, Schweden, Finnland, Luxemburg und Griechenland. Die Zahl der genutzten Mobiltelefone entspricht ungefähr der Zahl der Anschlüsse.

Preise für Telekommunikation im Jahr 2002
In EUR



Der Indikator zeigt den Preis in Euro eines 10-minütigen Anrufs um 11 Uhr morgens an einem Wochentag (einschließlich MwSt.) für ein Ortsgespräch (3 km) oder ein Ferngespräch (200 km). Die Preise beziehen sich auf den Monat August eines jeden Jahres. Es werden normale Gebühren angegeben.



Preise für Telekommunikation – Auslandsgespräche in die USA

In EUR

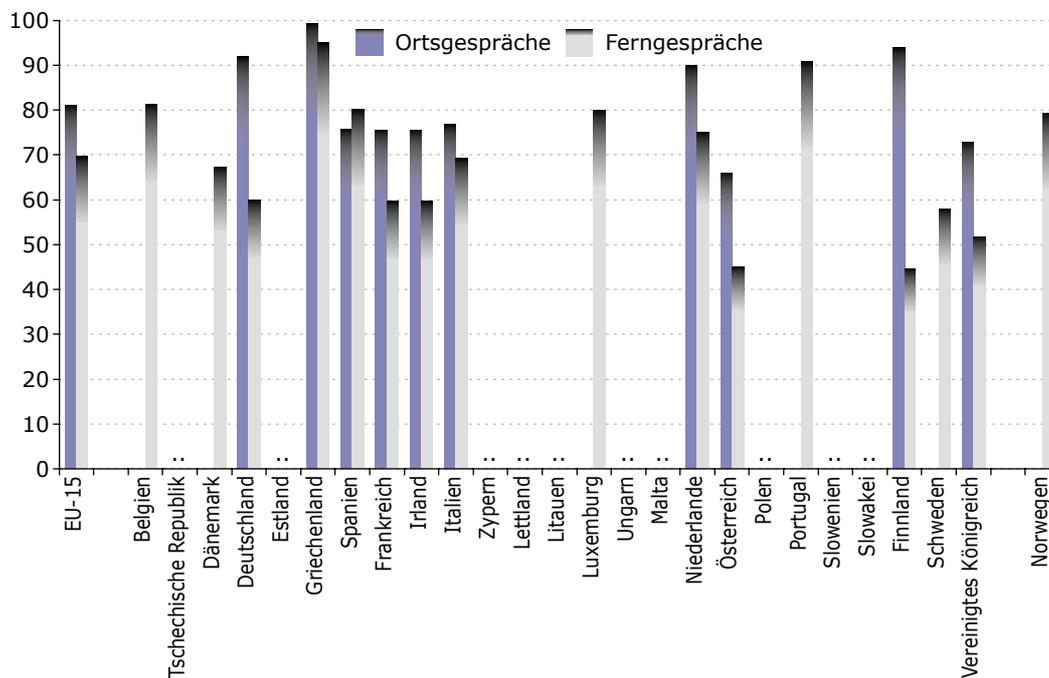


	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-15	6,63	4,49	3,48	3,09	2,63	2,22	2,13
Belgien	7,5	6	5,95	5,95	1,84	1,83	1,94
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	3,4	:
Dänemark	6,72	5,27	4,73	4,73	2,73	2,73	2,39
Deutschland	7,41	4,32	2,45	2,45	1,23	1,23	1,23
Estland	:	:	:	:	:	2,6	:
Griechenland	7	5,82	5,82	3,26	2,91	2,95	2,95
Spanien	6,17	6,08	4,53	4,25	4,25	2,21	1,53
Frankreich	6,78	3,44	3,05	2,97	2,97	2,34	2,34
Irland	4,61	3,68	2,92	2,92	1,91	1,91	1,91
Italien	7,26	4,99	3,63	2,79	2,79	2,24	2,12
Zypern	:	:	:	:	:	1,7	:
Lettland	:	:	:	:	:	6,9	:
Litauen	:	:	:	:	:	8,1	:
Luxemburg	7,37	5,67	2,74	2,06	1,44	1,44	1,44
Ungarn	:	:	:	:	:	3,8	:
Malta	:	:	:	:	:	12,7	:
Niederlande	8,48	2,77	0,9	0,78	0,78	0,76	0,85
Österreich	9,21	5,76	6,08	4,32	4,32	3,77	3,77
Polen	:	:	:	:	:	10,5	:
Portugal	8,25	6,14	4,23	3,68	2,89	2,94	2,94
Slowenien	:	:	:	:	:	1,9	:
Slowakei	:	:	:	:	:	2,7	:
Finnland	8,31	7,43	5,65	5,68	4,8	4,84	4,84
Schweden	5,4	4,9	4,9	1,12	1,12	1,12	1,12
Vereinigtes Königreich	3,92	3,37	3,37	3,37	3,37	3,37	3,37
Norwegen	5,68	3,48	2,1	1,21	1,18	0,92	0,86
Japan	13,49	15,94	6,07	4,86	4,86	4,86	4,86

Der Indikator zeigt den Preis in Euro eines 10-minütigen Anrufs um 11 Uhr morgens an einem Wochentag (einschließlich MwSt.) für ein Auslandsgespräch (in die USA). Die Preise beziehen sich auf den Monat August eines jeden Jahres. Es werden normale Gebühren angegeben.

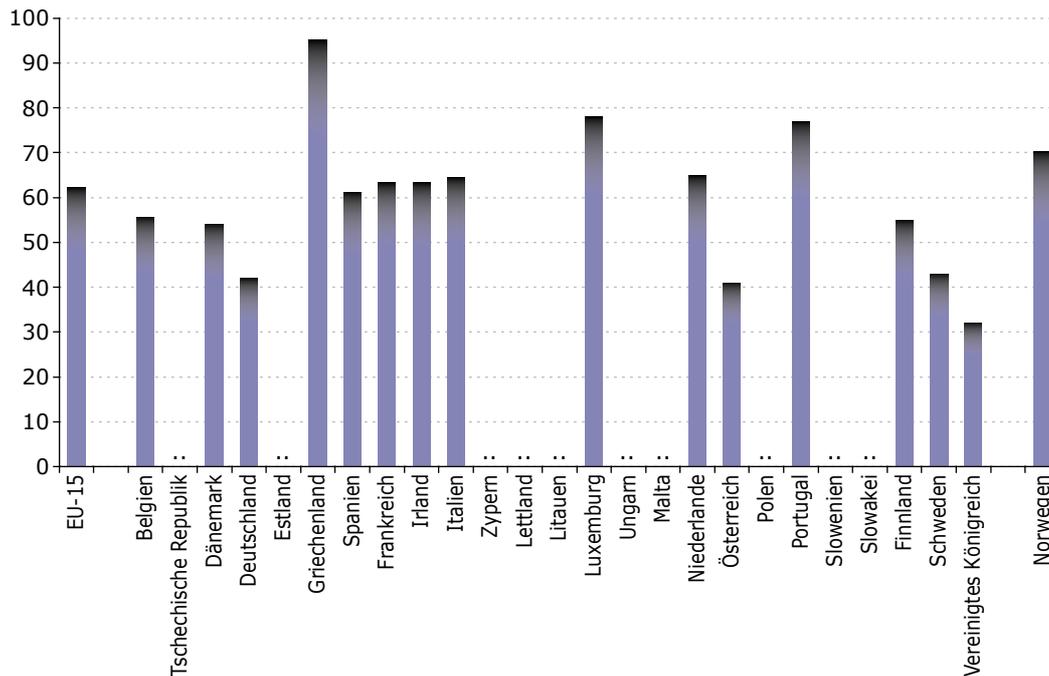


Marktanteil des etablierten Anbieters im Festnetz im Jahr 2002



Der etablierte Anbieter wird definiert als Unternehmen, das unmittelbar vor der Liberalisierung auf dem Markt tätig ist. Der Marktanteil wird als der Anteil der Einzelhandelseinnahmen des etablierten Anbieters am gesamten Markt berechnet. Ein Ortsgespräch ist ein Gespräch innerhalb der Ortsnetze. Ein Ferngespräch ist ein Gespräch von einem in ein anderes Ortsnetz.

Marktanteil des etablierten Anbieters im Festnetz: Auslandsgespräche im Jahr 2002



Der etablierte Betreiber ist das Unternehmen, welches vor der Liberalisierung auf dem Markt tätig war. Der Marktanteil wird als Anteil der Einzelhandelseinnahmen dieses Betreibers am Gesamtmarkt errechnet.



Wirtschaftszweige und Unternehmen

Unternehmensstrukturen auf einen Blick	199-202
Industrie und Baugewerbe	203-204
Handel	205-206
Finanzmarkt	207-209
Verkehr	211-218
Tourismus	219-222
Energie	223-230

6

Unternehmensstrukturen auf einen Blick

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Umsatz
- Bruttowertschöpfung
- Beschäftigte
- Personalaufwendungen
- Investitionen
- Sektoren der Volkswirtschaft
- Kleine und mittlere Unternehmen

Der Hintergrund für unternehmerische Tätigkeit

Eurostat gibt einen umfassenden Überblick über die Struktur der europäischen Unternehmen und bietet somit eine ausführliche Beschreibung der Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit. Die Daten zur strukturellen Unternehmensstatistik veranschaulichen Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftszweigen sowie Strukturveränderungen in der Volkswirtschaft insgesamt. Ohne diese Hintergrundinformationen wäre es schwierig, konjunkturstatistische Daten zu interpretieren.



Diese Daten werden von Unternehmen genutzt, die ihre Chancen in einem neuen Markt oder ihre eigenen Leistungen objektiv beurteilen wollen, sowie von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Marktforschungsinstituten und in Politik und Verwaltung.

Produktion und Arbeit

Die strukturelle Unternehmensstatistik beschreibt die Wirtschaft, indem sie die Einheiten beobachtet, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Dabei geht es u. a. um die Beantwortung der folgenden Fragen: Wie groß ist die Wertschöpfung in einem bestimmten Wirtschaftszweig? Wie viele Arbeitskräfte werden dazu benötigt? Wie entwickelt sich der Wirtschaftszweig? Leistet der Wirtschaftszweig einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum? Wird in diesen Wirtschaftszweig investiert?

Die im Eurostat-Jahrbuch enthaltenen Strukturdaten beziehen sich im Wesentlichen auf die Bereiche Produktion oder Beschäftigung. Aus der Reihe von Variablen zur Beschreibung der Input- und Output-Seite der wirtschaftlichen Tätigkeit werden ausgewählte Basisindikatoren vorgestellt:

- Der **Umsatz** entspricht der Summe aller Verkäufe (ohne MwSt.) von Waren und Dienstleistungen, die von den Unternehmen eines Sektors im Berichtsjahr getätigt wurden.
- Die **Bruttowertschöpfung** zu Faktorkosten entspricht der Differenz zwischen dem Wert der Produktion und den in die Produktion einfließenden Vorleistungen, korrigiert um Produktionssubventionen und Kosten sowie sonstige gleichgestellte Produktionsabgaben. Sie lässt sich als der von den Unternehmen eines Sektors geschaffe-

ne Wert interpretieren, der zur Entlohnung der Produktionsfaktoren herangezogen wird (Bruttobetriebsüberschuss für den Produktionsfaktor Kapital und Personalaufwendungen für den Produktionsfaktor Arbeit).

- Die **Personalaufwendungen** sind definiert als die Gesamtsummen, die von den Unternehmen eines Sektors an die Beschäftigten der Unternehmen für die während des Berichtsjahrs von ihnen geleistete Arbeit gezahlt werden. Sie umfassen Löhne und Gehälter sowie die von den Arbeitgebern gezahlten Sozialbeiträge.
- Die **Zahl der Beschäftigten** ist definiert als die Gesamtzahl der Personen, die für die Unternehmen des Sektors arbeiten, unabhängig davon, ob sie für diese Arbeit bezahlt werden oder nicht. Leiharbeiter bleiben jedoch unberücksichtigt.

Die Datenbank SUS

Die Daten stammen aus der Eurostat-Referenzdatenbank für die strukturelle Unternehmensstatistik (SUS-Datenbank). Sie sind dort in absoluten Zahlen und in Form von einfachen

Verhältniszahlen dargestellt, so dass es z. B. möglich ist, Größenvergleiche zwischen Ländern anzustellen oder den Anteil eines Wirtschaftszweigs an der Gesamtwirtschaft zu berechnen.

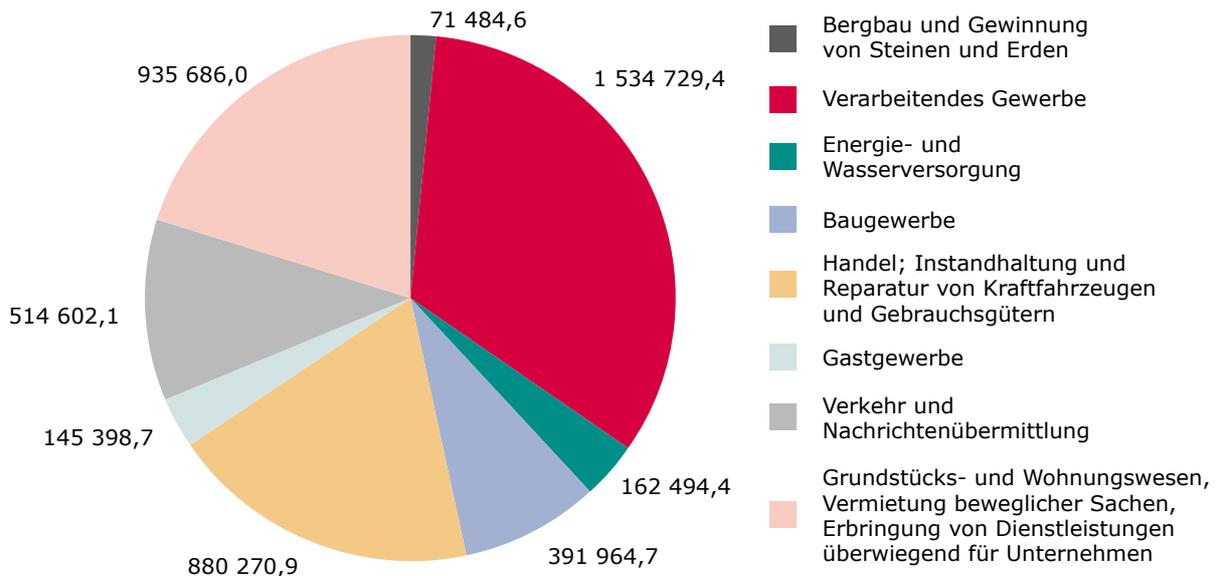
Ein harmonisierter Rechtsrahmen

Mit der Verordnung des Rates über die strukturelle Unternehmensstatistik wurde ein harmonisierter Rechtsrahmen für die jährliche Erhebung von Strukturdaten bei den Unternehmen in der Europäischen Union geschaffen. Diese Verordnung legt die zu verwendenden Systematiken (NACE Rev. 1.1, NUTS) und statistischen Einheiten, den Erfassungsbereich (ohne größenspezifische Schwellenwerte) und die einzuhaltenden Fristen und Qualitätskriterien fest.

Die Verordnung gilt für alle marktbestimmten Tätigkeiten (ohne Landwirtschaft), die den Sektoren Industrie, Baugewerbe, Handel und Dienstleistungen zugeordnet werden (Abschnitte C bis K der NACE Rev. 1.1). Im Bereich SUS der Datenbank NewCronos sind Daten enthalten, die weitaus tiefer gegliedert sind als die Angaben im Eurostat-Jahrbuch.

Wertschöpfung ⁽¹⁾ in EU-25 im Jahr 2001

In Mio. EUR



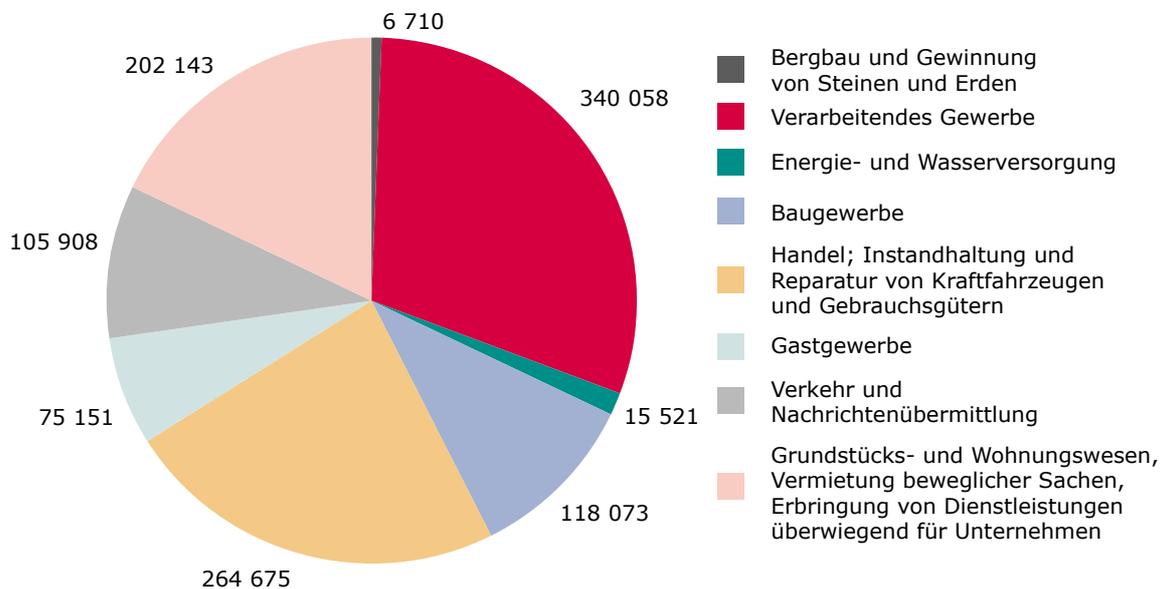
⁽¹⁾ Zu Faktorkosten.

Die Wertschöpfung ist die Differenz zwischen dem Wert der Produktion und den in die Produktion einfließenden Vorleistungen, abzüglich der Produktionssubventionen, Kosten, Steuern und Abgaben.



Beschäftigte in EU-25 im Jahr 2001

In 100



Die Zahl der Beschäftigten ist definiert als die Gesamtzahl der in den verschiedenen Wirtschaftszweigen tätigen Personen: Lohn- und Gehaltsempfänger, unbezahlte Arbeitskräfte (z. B. mithelfende Familienangehörige, Lieferpersonal) mit Ausnahmen von Leiharbeitern. Die Europäischen Aggregate (EU-25, EU-15, NMS10) werden in 100 ausgedrückt.

Einige Ergebnisse

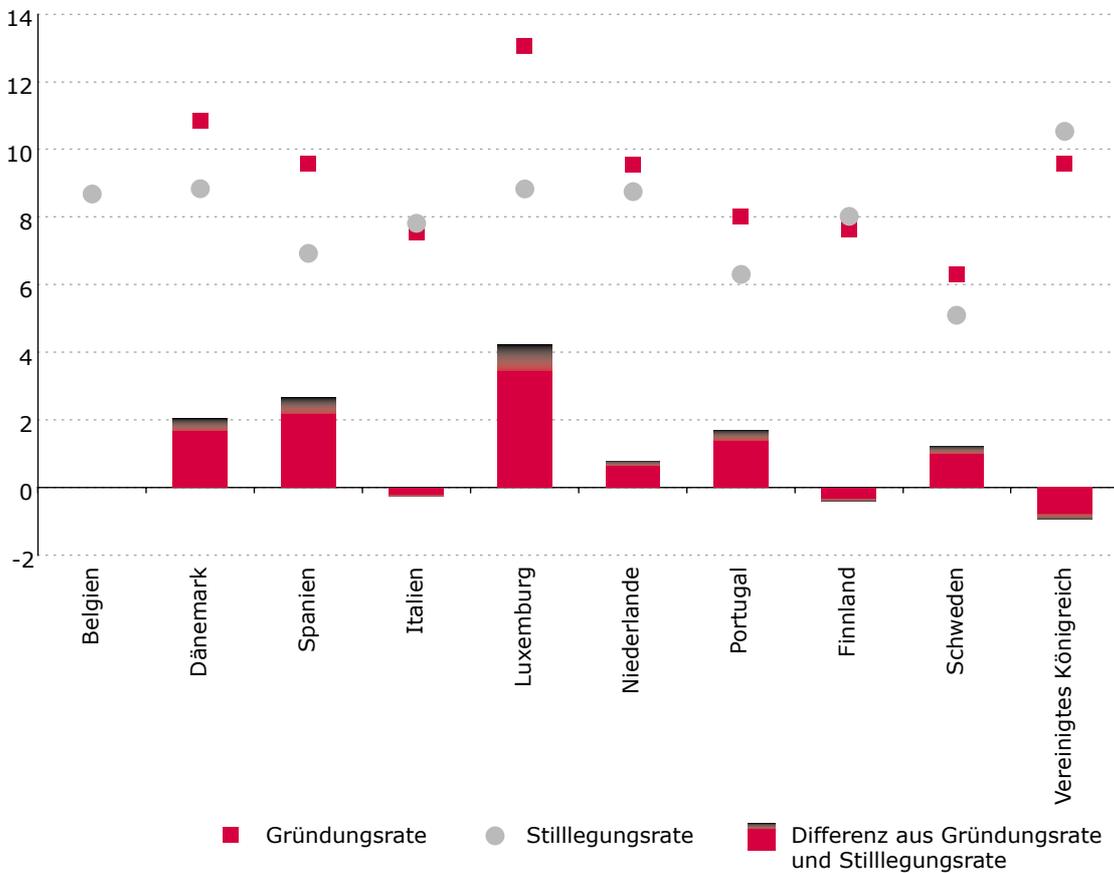
Im Jahr 2001 wurde in den 25 Ländern der heutigen Europäischen Union rund ein Drittel der gesamten Wertschöpfung der Sektoren Industrie, Baugewerbe, Handel und Dienstleistungen vom Verarbeitenden Gewerbe erwirtschaftet (33 %), wo rund 30 % aller Arbeitnehmer beschäftigt waren. 18 % der Beschäftigten

waren im Sektor „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ tätig, der 20 % der Wertschöpfung erwirtschaftete. Der Sektor Handel und Reparatur ist ebenfalls arbeitsintensiv, mit 23 % der Beschäftigten und einem Wertschöpfungsanteil von 19 %.



Unternehmensdemografie im Jahr 1999

Gründungs- und Stilllegungsrate für Unternehmen; in %



Es liegen keine Daten für Deutschland, Griechenland, Frankreich, Irland, Österreich vor.

Eine tatsächliche Unternehmensgründung führt zu einer Bildung von einer Kombination von Produktionsfaktoren, mit der Einschränkung, dass kein anderes Unternehmen daran beteiligt ist. Tatsächliche Unternehmensgründungen schließen keine neuen Unternehmen ein, die auf Fusionen, Zerschlagungen, Abspaltungen oder Umstrukturierung einer Gruppe von Unternehmen beruhen. Sie schließt keine Zugänge zu einer Untergruppe von Unternehmen aufgrund einer Änderung des Tätigkeitsbereiches ein. Eine tatsächliche Unternehmensgründung tritt dann auf, wenn ein Unternehmen von Grund auf aufgebaut wird und seine Tätigkeit aufnimmt. Eine Unternehmensgründung kann dann als tatsächliche Gründung angesehen werden, wenn neue Produktionsfaktoren, insbesondere neue Beschäftigung, erzeugt werden. Wenn eine ruhende Einheit innerhalb von zwei Jahren reaktiviert wird, wird dieser Vorgang nicht als tatsächliche Unternehmensgründung angesehen.

Eine tatsächliche Unternehmensschließung führt zu einer Auflösung von Produktionsfaktoren, mit der Einschränkung, dass keine anderen Unternehmen daran beteiligt sind. Tatsächliche Unternehmensschließungen umfassen keine Schließungen, die auf Fusionen, Übernahmen, Zerschlagungen oder der Umstrukturierung eine Gruppe von Unternehmen beruhen. Sie beinhalten keine Abgänge aus einer Untergruppe von Unternehmen aufgrund einer Änderung des Tätigkeitsbereiches. Ein Unternehmen wird nur unter den tatsächlichen Unternehmensschließungen erfasst, wenn es nicht innerhalb von zwei Jahren reaktiviert wird. Ebenso wird eine Reaktivierung innerhalb von zwei Jahren nicht als tatsächliche Unternehmensgründung gezählt.

Eurostat erstellt Daten über die Unternehmensdemografie, d. h. über die Entstehung und Schließung von Unternehmen. Die neu gegründeten und aufgelösten Unternehmen werden zu allen Unternehmen, die im jeweiligen Jahr aktiv waren, ins Verhältnis gesetzt. Für das Jahr 1999 konnte eine solche Messung nur für einige Länder vorgenommen werden. Die Ergebnisse zeigen jedoch, dass sich hinter der absoluten Zahl der Unternehmen ein-

druckvolle Entwicklungen verbergen, die die Innovation und den Wettbewerb in den europäischen Volkswirtschaften widerspiegeln. In den Niederlanden z. B. war die Zunahme der Gesamtzahl der Unternehmen um rund 0,8 % darauf zurückzuführen, dass der negative Effekt von 8,8 % Unternehmensschließungen durch 9,6 % Unternehmensneugründungen mehr als wettgemacht wurde.

Industrie und Baugewerbe

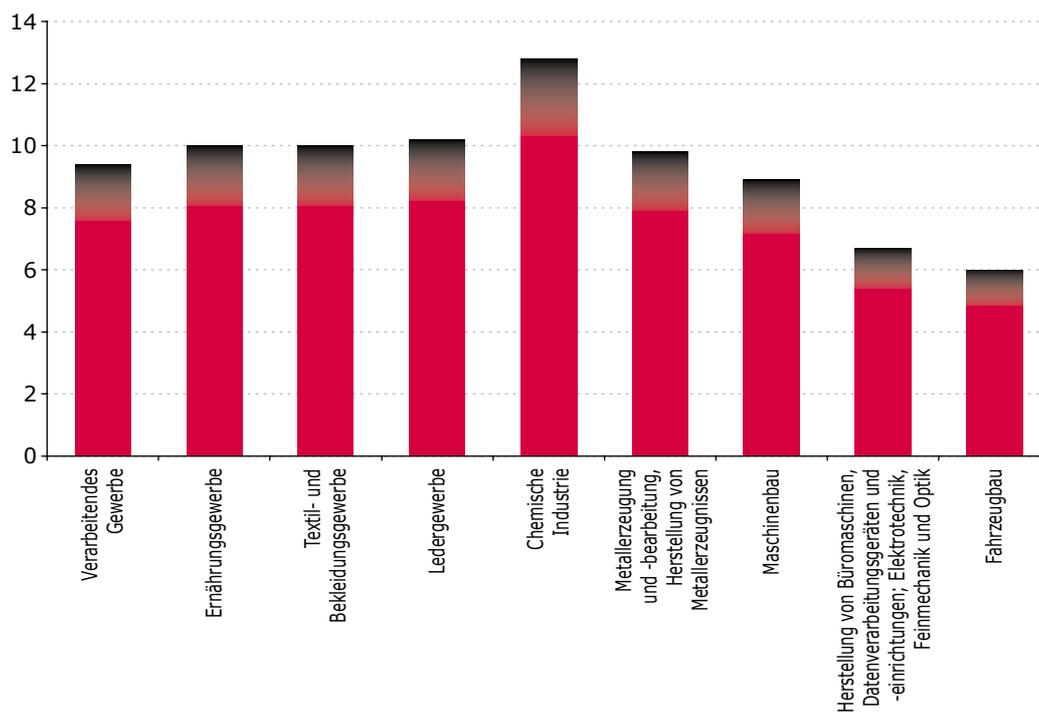
Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Index der Industrieproduktion
- Index der Beschäftigung in der Industrie
- Arbeitsproduktivität
- Bruttobetriebsüberschuss
- Personalaufwendungen
- Wertschöpfung
- Index der Erzeugerpreise
- Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Anteil des Bruttobetriebsüberschusses an der Wertschöpfung in EU-25, 2001

In %



Aus der Wertschöpfung werden die Produktionsfaktoren entlohnt, d. h. der Produktionsfaktor Kapital durch den Bruttobetriebsüberschuss und der Produktionsfaktor Arbeit durch die Personalaufwendungen. Der Anteil des Bruttobetriebsüberschusses an der Wertschöpfung ist je nach Sektor unterschiedlich. Je kapitalintensiver ein Sektor ist, desto größer ist der Wertschöpfungsanteil des Bruttobetriebsüberschusses.

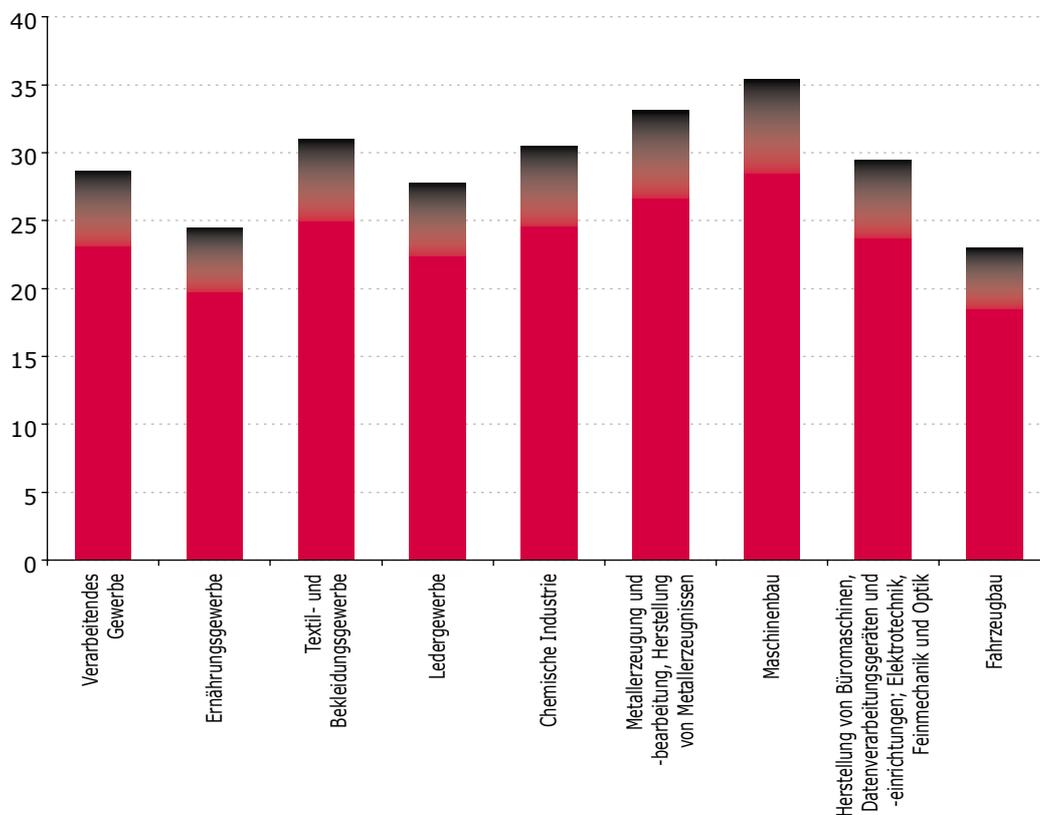
Statistiken über Industrie und Baugewerbe: einige Indikatoren

Anteil der Bruttowertschöpfung am Umsatz: Der Umsatz wird zur Entlohnung der Produktionsfaktoren herangezogen (Bruttobetriebsüberschuss für den Produktionsfaktor Kapital und Personalaufwendungen für den

Produktionsfaktor Arbeit). Der Anteil des Bruttobetriebsüberschusses am Umsatz ist von Sektor zu Sektor unterschiedlich: je kapitalintensiver der Sektor, desto höher der Anteil des Bruttobetriebsüberschusses an der Wertschöpfung. In EU-25 betrug dieser Indikator 2001 in der chemischen Industrie knapp 13 %, im Sektor Fahrzeugbau rund 6 %.

Anteil der Wertschöpfung an der Produktion in EU-25, 2001

In %



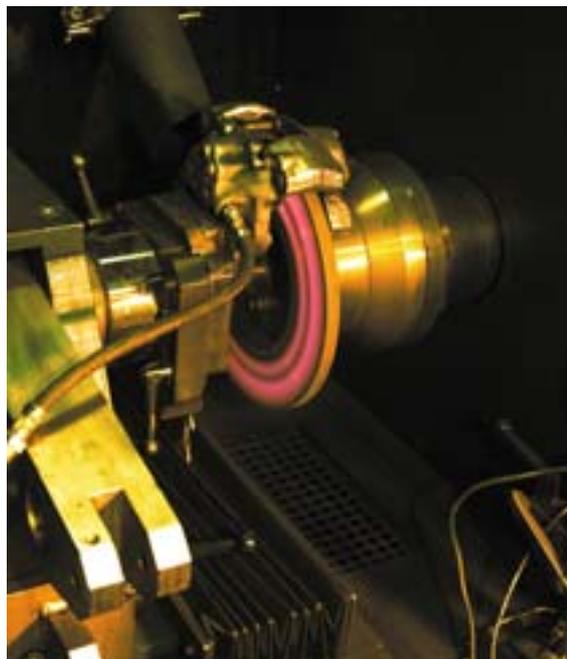
1990: Schätzwerte

Der Anteil der Wertschöpfung an der Produktion ist ein Indikator für den Grad der Integration der Unternehmen eines Sektors. Ein geringer Wertschöpfungsanteil in einem Sektor ist Ausdruck eines Produktionsprozesses, auf den nur ein geringer Teil aller Veränderungen entfällt, die an den Produkten vorgenommen werden; dies deutet auf eine starke Interaktion zwischen den Unternehmen hin. Die Kennzahl ist im Zeitablauf relativ konstant; zwischen den verschiedenen Tätigkeiten bestehen dagegen größere Unterschiede.

6

Anteil der Wertschöpfung an der Produktion:

Diese Größe setzt die Wertschöpfung in Beziehung zum Produktionswert. Sie ist ein Indikator für den Grad der Integration der Unternehmen eines Sektors: Eine niedrige Verhältniszahl für einen bestimmten Sektor deutet auf einen Herstellungsprozess hin, der nur einen geringen Anteil an der Gesamtverarbeitung der Erzeugnisse hat; dies weist auf eine starke Interaktion verschiedener Unternehmen hin. Diese Größe ist über die Zeit recht stabil (EU-25 im Jahr 2001: 28,7 %). Ausgeprägter sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen: Im Maschinenbau betrug der Wertschöpfungsanteil 35,4 %, in der Herstellung von Nahrungsmitteln und Getränken 24,5 % und im Fahrzeugbau sogar nur 23,0 %.



Handel

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Einzelhandel
- Großhandel
- Fahrzeughandel
- Umsatz
- Beschäftigung

Strukturelle Daten, aber auch Konjunkturdaten

Seit 1995 werden für den Handel strukturelle Unternehmensstatistiken gemäß dem harmonisierten Rahmen der SUS-Verordnung erhoben. Die Erhebung von Konjunkturindikatoren auf EU-Ebene begann mit dem Berichtsjahr 1998.

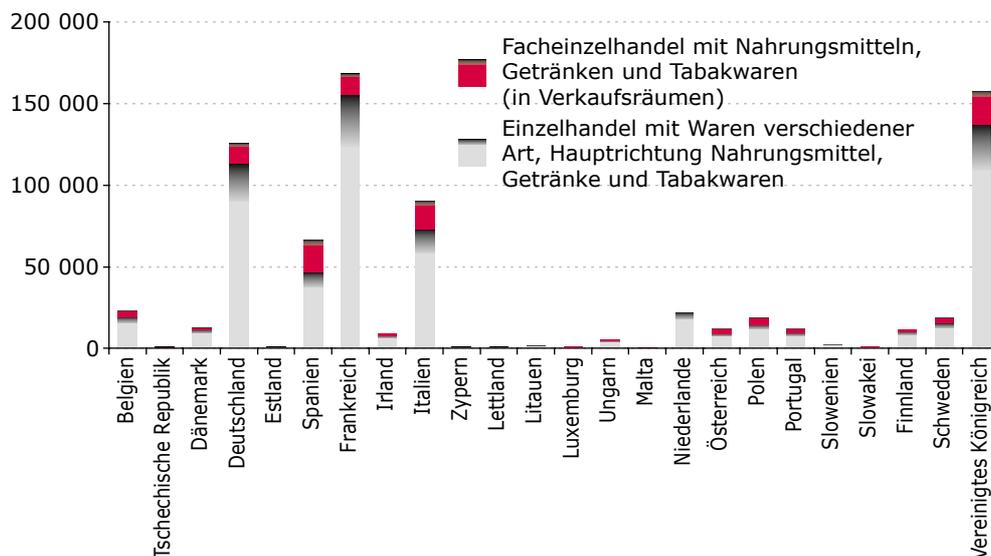
Der Einzelhandel mit Nahrungsmitteln findet entweder in Fachgeschäften statt, oder er erfolgt in Verkaufsstellen, die Waren verschiedener Art anbieten. Bezogen auf EU-15 als Ganzes werden rund 86 % der Nahrungsmittel in Geschäften verkauft, die nicht dem Fachhandel zuzurechnen sind, wie z. B. in Supermärkten. Der Umsatzan-

teil dieser Verkaufsstellen ist am niedrigsten in Spanien (70 %) und am höchsten in Frankreich (93 %).

Die strukturelle Unternehmensstatistik liefert u. a. grundlegende Informationen über die relative Größe von Wirtschaftszweigen, die anhand des Umsatzes und der Beschäftigung gemessen wird. Auf den Einzelhandel entfallen dabei mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze im Handel, aber weniger als ein Drittel des Umsatzes. Daran zeigt sich, dass der Pro-Kopf-Umsatz im Einzelhandel niedriger ist als im Handel insgesamt. Genau umgekehrt verhält es sich in der durch einen hohen Konzentrationsgrad gekennzeichneten Branche des Großhandels.

Umsatz im Einzelhandel mit Nahrungsmitteln im Jahr 2001, in spezialisierten und nichtspezialisierten Geschäften

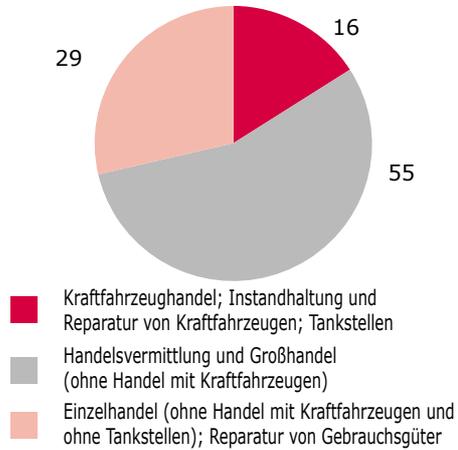
In Mio. EUR



Nahrungsmittelprodukte werden vom Einzelhandel in nicht spezialisierten Geschäften (Supermärkte) oder Fachgeschäften (z. B. Obst- und Gemüsehandel) verkauft. Ein höherer Anteil der Verkäufe in Fachgeschäften ist ein Zeichen für traditionellere Handelsmethoden.

Anteile am Umsatz des Handels insgesamt, EU-25 im Jahr 2001

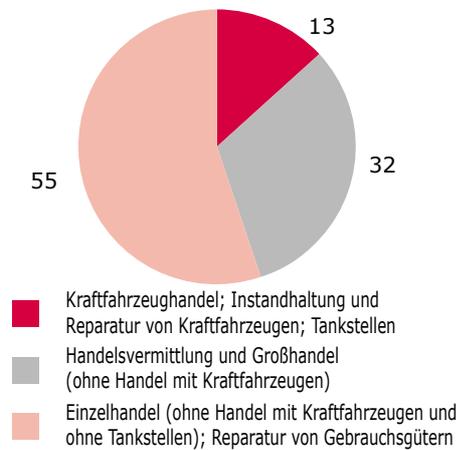
In %



Der Sektor Handel besteht aus Großhandel, Kraftfahrzeughandel und Einzelhandel, der den größten Teil ausmacht. Der Kraftfahrzeughandel umfasst neben dem Verkauf von Kraftfahrzeugen auch die Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen. Der Großhandel steht im Zentrum des Warenhandels zwischen den Unternehmen und verbindet Hersteller und Verbraucher im weitesten Sinne. Zum Einzelhandel zählt der Verkauf in Fachgeschäften und nicht spezialisierten Geschäften (Supermärkte).

Anteile an der Beschäftigung im Handel insgesamt, EU-25 im Jahr 2001

In %

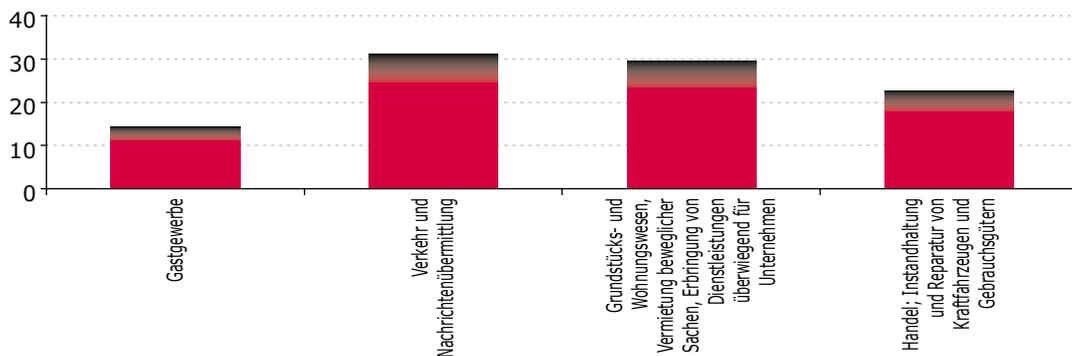


Der Sektor Handel besteht aus Großhandel, Kraftfahrzeughandel und Einzelhandel, der den größten Teil ausmacht. Der Kraftfahrzeughandel umfasst neben dem Verkauf von Kraftfahrzeugen auch die Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen. Der Großhandel steht im Zentrum des Warenhandels zwischen den Unternehmen und verbindet Hersteller und Verbraucher im weitesten Sinne. Zum Einzelhandel zählt der Verkauf in Fachgeschäften und in nicht spezialisierten Geschäften (Supermärkte).



Personalkosten je Beschäftigten im Dienstleistungsbereich in der EU-25 im Jahr 2001

In 1 000 ECU/EUR



Die Personalaufwendungen je Beschäftigten sind die durchschnittlichen Kosten eines Beschäftigten im jeweiligen Sektor. Hohe Personalaufwendungen je Beschäftigten sind einerseits ein Zeichen für hohe Arbeitskosten. Sie können aber auch auf hochqualifiziertes Personal hinweisen und damit auf eine hohe Produktivität.

Finanzmarkt

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

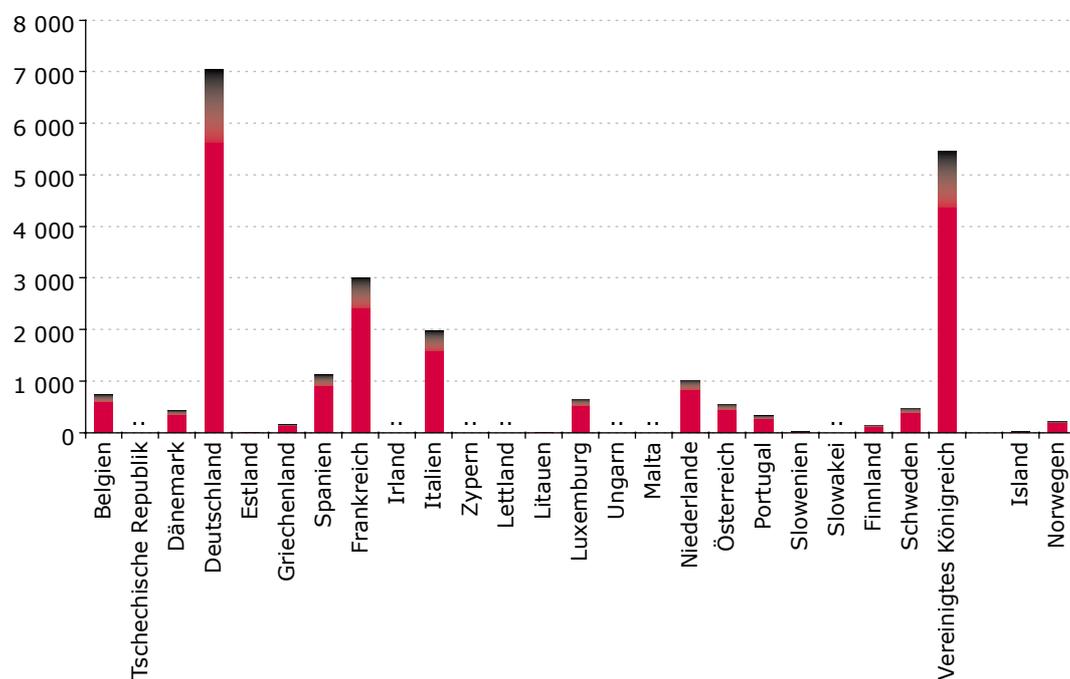
- Versicherung (Lebens- und Schadenversicherung, Rückversicherung), Kreditinstitute und Pensionsfonds
- Zahl der Unternehmen
- Zahl der Beschäftigten
- Bilanz
- Investitionen
- Pensionsfonds



Im Rahmen der strukturellen Unternehmensstatistik erhebt Eurostat auch Daten über Kreditinstitute, Versicherungsdienstleistungen und Pensionsfonds. Ausführliche Daten liegen zu Gewinn- und -Verlust-Rechnungen, Bilanzposten, geografischen Untergliederungen und Versicherungsprodukten vor. Die Tabellen mit den Bilanzsummen für Kreditinstitute und die Tabelle mit den Gesamtinvestitionen in Pensionsfonds geben Aufschluss über die relative Bedeutung dieser Einrichtungen.

Bilanz der Kreditinstitute im Jahr 2000

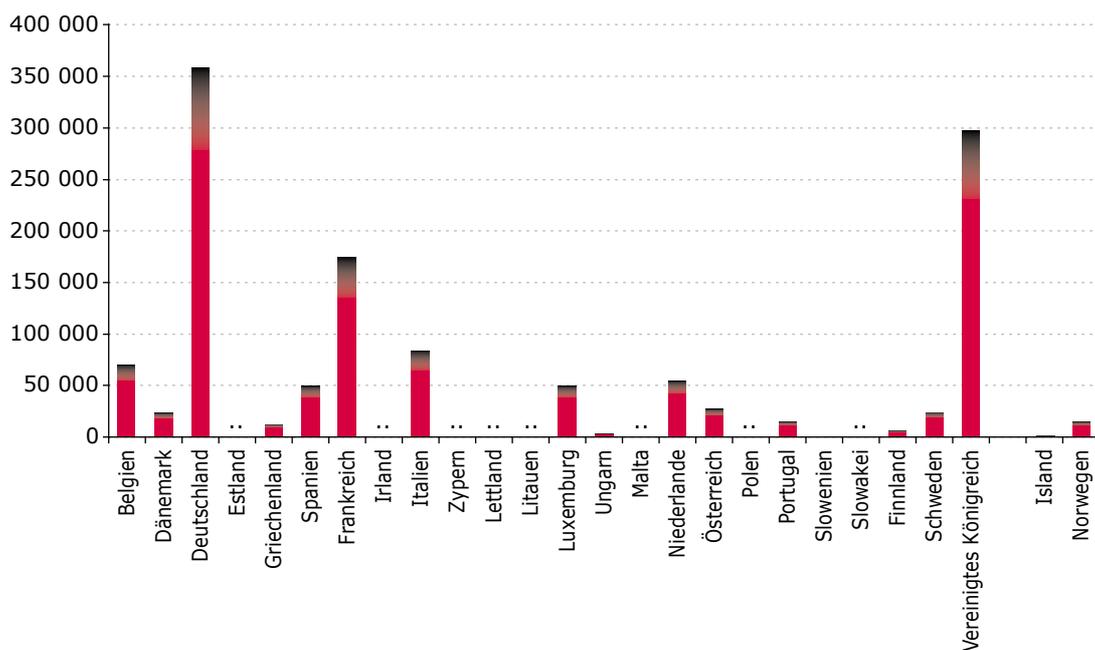
In Mrd. EUR



Diese Variable besteht aus der Summe aller Posten auf der Aktivseite oder der Summe aller Posten auf der Passivseite. Der Indikator vermittelt einen Überblick über die wirtschaftliche Bedeutung der Kreditinstitute.

Zinserträge und ähnliche Erträge der Kreditinstitute im Jahr 2000

In Mio. EUR

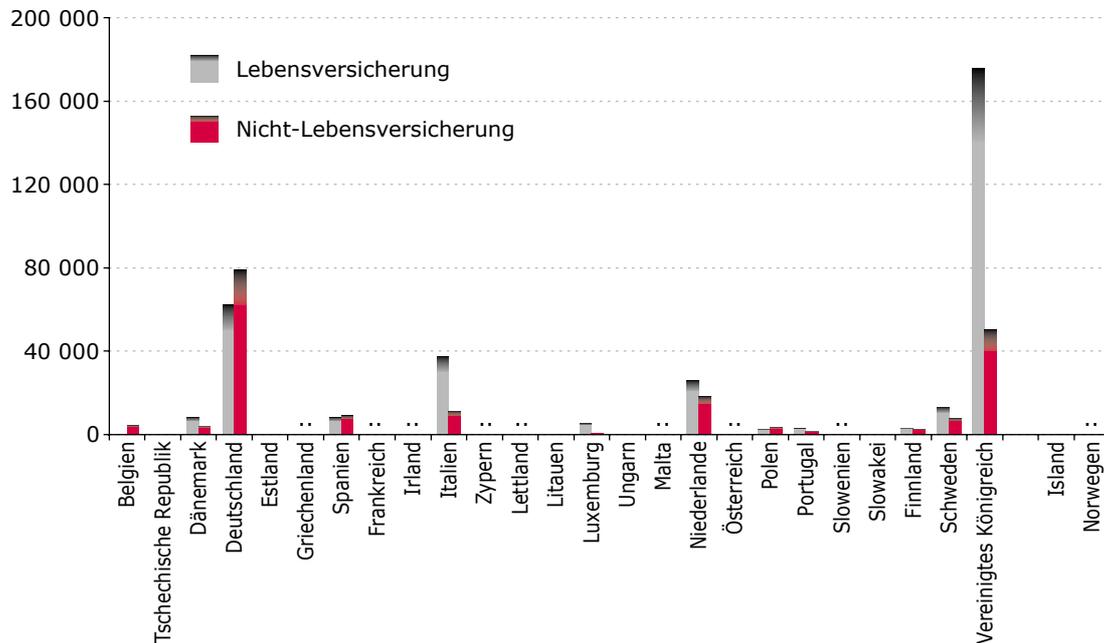


Gesamteinkommen der Kreditinstitute, das sich aus Aktiva wie Forderungen, Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnlichen Wertpapieren zusammensetzt. Dazu zählen auch Gebühren und Provisionen mit Zinscharakter, die nach dem Zeitablauf oder nach der Höhe der Forderung bzw. der Verbindlichkeit berechnet werden.



Gebuchte Bruttobeiträge der Lebens- und Nicht-Lebensversicherungsunternehmen im Jahr 2000

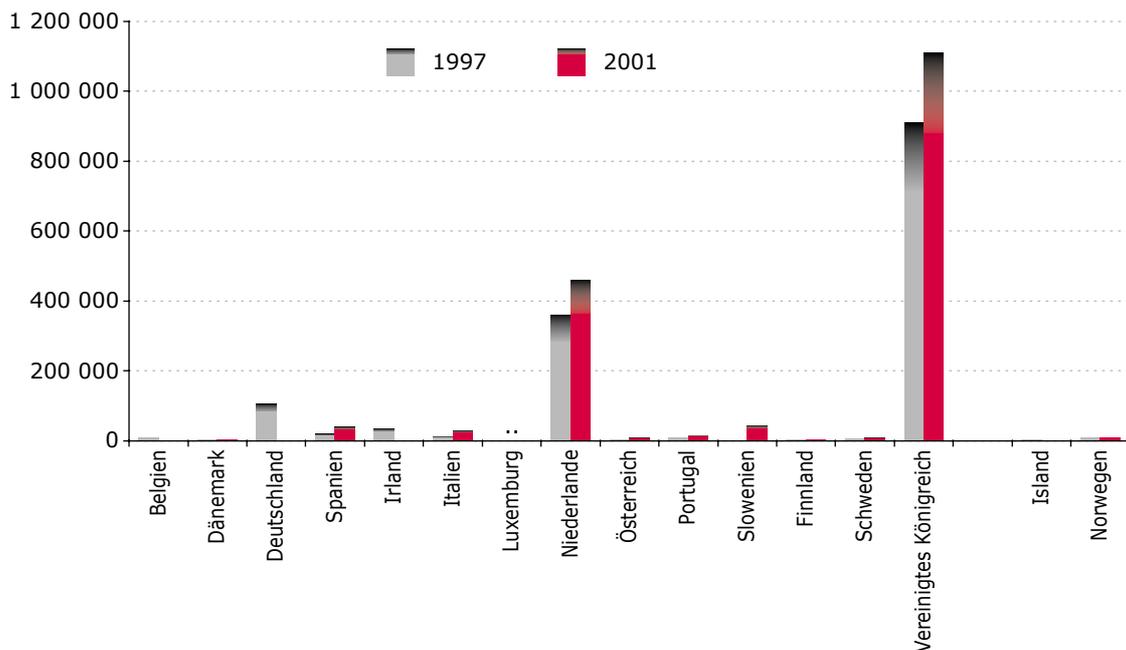
In Mio. EUR



Die gebuchten Bruttobeiträge umfassen alle während des Geschäftsjahres für die Versicherungsverträge fällig gewordenen Beiträge, unabhängig davon, ob sich diese Beiträge ganz oder teilweise auf ein späteres Geschäftsjahr beziehen. Dazu gehören u. a. Rückversicherungsbeiträge von anderen Versicherungsunternehmen. Diese Beträge verstehen sich ohne Steuern und steuerähnliche Abgaben, die mit den einzelnen Beiträgen bzw. auf die Gesamtbeiträge erhoben werden.

Gesamtinvestitionen von Pensionsfonds

In Mio. EUR



Diese Variable ist die Summe der folgenden Aktiva: Grundstücke und Bauten + Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen + Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere + Einheiten des Organismus für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren + Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere + Anteile an gemeinschaftlichen Kapitalanlagen + Anleihen garantiert aus Hypotheken und andere Anleihen, die anderweitig nicht erfasst sind + andere Kapitalanlagen.

Verkehr

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Verkehrsinfrastruktur
- Fahrzeugbestand
- Unternehmen und Beschäftigung im Verkehrswesen
- Personenbeförderung
- Gütertransport
- Energieverbrauch und Schadstoffemissionen
- Sicherheit

Eine kurze Reise von der Vergangenheit in die Zukunft

„Der Sieg ist eine schöne, farbenprächtige Blüte. Der Transport ist der Stil dieser Blüte, ohne den sie sich niemals hätte entfalten können.“ (Sir Winston Churchill).

Man könnte diesen Satz auch auf die Erfolge bei der Anhebung des Lebensstandards in Europa beziehen, an denen das Verkehrswesen maßgeblich beteiligt war.

Im Laufe der letzten 100 Jahre kam es neben einem gewaltigen Anstieg des Verkehrsaufkommens auch zu Verschiebungen der Anteile, die auf die einzelnen Beförderungsarten entfallen. Zwar spielen Wasserstraßen und Eisenbahnen nach wie vor noch eine bedeutende Rolle, doch ist heute der Straßenverkehr eindeutig die vorherrschende Beförderungsart. Rund 80 % der gesamten Beförderungsmenge im Gütertransport (etwa 45 % der tkm) und etwa der gleiche Anteil der Personenkilometer entfallen heute auf den Straßenverkehr. Auch der Luftverkehr steigt rapide an. Bis heute ist die Zahl der Pkw auf mehr als 170 Millionen angewachsen. Der Nachteil dieser Entwicklung sind die Verkehrsunfälle, die trotz des rückläufigen Trends bei den Verkehrstoten nach wie vor ein Problem darstellen; jedes Jahr kommen immer noch etwa 50 000 Personen in EU-25 durch Verkehrsunfälle ums Leben.

Verkehrsstatistik: Festhalten, wo sich etwas bewegt

Die Verkehrsstatistiken von Eurostat dienen der Beschreibung der wichtigsten Merkmale des Verkehrswesens in der Europäischen Union. Sie enthalten Angaben über die Mengen an beförderten Gütern und Fahrgästen und den Einsatz an Fahrzeugen und Infrastruktur, und

sie geben zugleich Auskunft über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Verkehrssektors. Das Verkehrswesen ist nicht nur für das persönliche Leben und für die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit unerlässlich, sondern es stellt selbst einen wichtigen Dienstleistungssektor dar, in dem ca. 4 % der gesamten Erwerbsbevölkerung der Europäischen Union beschäftigt sind.

Die Datenerhebung für diese und für andere Veröffentlichungen von Eurostat zum Verkehr beruht auf mehreren Rechtsakten, laut denen die Mitgliedstaaten zur Übermittlung von statistischen Daten verpflichtet sind. Außerdem werden auf freiwilliger Basis zusätzliche Daten geliefert. Daneben werden in einigen Fällen Drittquellen herangezogen.

Eine Verkehrspolitik für die Bürger Europas

Die Europäische Kommission hat sich das Ziel gesetzt, die europäische Verkehrspolitik in den nächsten zehn Jahren auf die Nachfrage und den Bedarf der Bürger auszurichten. Mit der Verabschiedung des Weißbuchs „Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft“ stellt sie die Bedürfnisse der Nutzer in den Mittelpunkt ihrer Strategie und schlägt dafür 60 Maßnahmen vor. Zunächst sollen bis 2010 durch Revitalisierung des Schienenverkehrs, Förderung von See- und Binnenschifffahrt und Ausbau des intermodalen Verkehrs ausgewogenere Verkehrsträgeranteile geschaffen werden. Die Europäische Kommission möchte sicherstellen, dass der Ausbau des europäischen Verkehrssystems für alle Bürger Effizienz, Qualität und Sicherheit gleichermaßen gewährleistet. Dieses Weißbuch mit seinen Vorschlägen ist der erste konkrete Beitrag zur Strategie für eine nachhaltige Entwicklung.

Autobahnstrecken insgesamt

In km

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EU-25	:	:	:	:	47 497	48 658	50 016	51 796	53 432	54 434	55 641
Belgien	1 650	1 667	1 686	1 665	1 666	1 674	1 679	1 682	1 691	1 702	1 727
Tschechische Republik	:	:	:	:	414	423	485	499	499	499	517
Dänemark	653	696	737	786	796	832	855	873	892	953	971
Deutschland	10 955	11 013	11 080	11 143	11 190	11 246	11 309	11 427	11 515	11 712	11 786
Estland	:	:	:	:	64	66	68	74	87	93	93
Griechenland	225	280	330	380	420	470	500	500	500	707	742
Spanien	5 235	6 486	6 577	6 485	6 962	7 295	7 750	8 269	8 893	9 049	9 571
Frankreich	7 080	7 408	7 614	9 000	8 275	8 596	8 864	9 303	9 626	9 766	9 934
Irland	32	32	50	56	72	80	94	103	103	103	125
Italien	6 301	6 289	6 401	6 401	6 435	6 465	6 469	6 478	6 478	6 478	6 478
Zypern	:	:	:	:	168	194	199	204	216	240	257
Lettland	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Litauen	:	:	:	:	394	404	410	417	417	417	417
Luxemburg	78	95	100	121	115	115	115	115	115	115	115
Ungarn	:	:	:	:	335	365	381	448	448	448	448
Malta	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	2 118	2 134	2 167	2 200	2 208	2 208	2 336	2 225	2 291	2 289	2 291
Österreich	1 532	1 554	1 567	1 589	1 596	1 607	1 613	1 613	1 634	1 633	1 645
Polen	:	:	:	:	246	258	264	268	317	358	398
Portugal	474	520	579	587	687	710	797	1 252	1 441	1 482	1 659
Slowenien	:	:	:	:	293	310	330	369	399	427	435
Slowakei	:	:	:	:	198	215	219	292	295	296	296
Finnland	249	318	337	388	394	431	444	473	512	549	602
Schweden	968	1 005	1 061	1 142	1 262	1 350	1 423	1 439	1 484	1 506	1 529
Vereinigtes Königreich	3 211	3 246	3 252	3 286	3 307	3 344	3 412	3 473	3 579	3 612	3 605
Island	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Liechtenstein	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Norwegen	:	:	:	94	107	106	109	128	144	143	173
Kanada	15 983	16 571	:	:	16 571	:	:	:	:	:	:
Japan	:	5 054	5 410	5 568	5 700	5 900	:	:	:	:	:
Vereinigte Staaten	85 258	86 818	87 447	8 814	88 035	88 588	88 704	88 892	89 232	89 426	:

Quelle: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

6

Die Kommission regt mit ihrem neuen Weißbuch zur Verkehrspolitik einen Aktionsplan an, der die Qualität und Leistungsfähigkeit des Verkehrs in Europa wesentlich verbessern soll. Sie schlägt darüber hinaus eine Strategie vor, die ständige Verkehrszunahme und das Wirtschaftswachstum zu entkoppeln, um den Druck auf die Umwelt und die Verkehrsüberlastung abzubauen, ohne die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu beeinträchtigen.

Obwohl die Autobahnen nur einen kleinen Teil des gesamten Straßennetzes ausmachen, hat sich ihre Länge in den letzten 30 Jahren mehr als verdreifacht. Im Jahr 2001 wies Deutschland das ausgedehnteste Autobahnnetz in EU-25 auf, gefolgt von Frankreich und Spanien.





Eisenbahnstrecken insgesamt In km

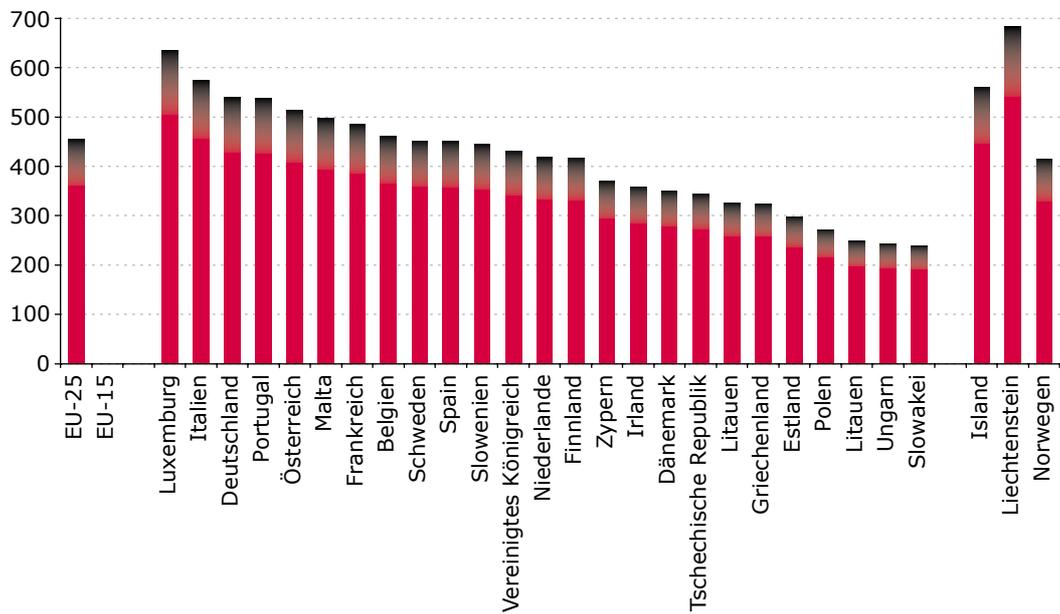
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EU-25	:	:	:	:	207 894	206 418	203 716	202 982	202 473	201 010	199 147
EU-15	159 521	157 912	155 876	156 764	160 450	159 044	157 291	159 784	156 542	156 353	:
Belgien	3 466	3 432	3 410	3 396	3 368	3 380	3 422	3 470	3 472	3 471	3 454
Tschechische Republik	:	:	:	:	9 430	9 430	9 430	9 430	9 444	9 444	9 523
Dänemark	2 344	2 344	2 349	2 349	2 349	2 349	2 248	2 264	2 756	2 768	2 768
Deutschland	41 113	40 815	40 397	41 401	41 718	40 826	38 385	38 126	37 525	36 588	35 986
Estland	:	:	:	:	1 021	1 020	1 018	968	968	968	967
Griechenland	2 484	2 484	2 474	2 474	2 474	2 474	2 503	2 299	2 299	2 385	2 377
Spanien	12 570	13 041	12 601	12 646	12 280	12 284	12 303	12 303	12 319	12 310	12 310
Frankreich	33 990	33 555	32 579	32 275	31 940	31 852	31 821	31 770	31 735	31 397	31 385
Irland	1 944	1 944	1 944	1 944	1 945	1 954	1 908	1 909	1 919	1 919	1 919
Italien	16 066	16 112	15 942	16 002	16 005	16 014	16 030	16 080	16 092	16 147	16 035
Zypern	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Lettland	:	:	:	:	2 413	2 413	2 413	2 413	2 413	2 413	2 413
Litauen	:	:	:	:	2 002	1 997	1 997	1 997	1 905	1 905	1 696
Luxemburg	271	275	275	275	275	274	274	274	274	274	274
Ungarn	:	:	:	:	7 632	7 619	7 593	7 642	7 651	7 668	7 680
Malta	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	2 780	2 753	2 757	2 757	2 813	2 813	2 805	2 808	2 808	2 802	2 809
Österreich	5 623	5 605	5 600	5 636	5 672	5 672	5 672	5 643	5 618	5 563	5 980
Polen	:	:	:	:	23 986	23 420	23 328	23 210	22 891	22 560	21 119
Portugal	3 117	3 054	3 063	3 070	3 065	3 071	3 038	2 794	2 814	2 814	2 814
Slowenien	:	:	:	:	1 201	1 201	1 201	1 201	1 201	1 201	1 229
Slowakei	:	:	:	:	3 665	3 673	3 673	3 665	3 665	3 665	3 665
Finnland	5 874	5 874	5 885	5 880	5 859	5 860	5 865	5 867	5 836	5 854	5 850
Schweden	10 970	9 781	9 746	9 661	9 782	9 821	9 798	9 855	9 884	9 900	9 900
Vereinigtes Königreich	16 909	16 843	16 854	16 998	16 999	17 001	16 991	16 994	16 984	16 994	16 994
Island	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Liechtenstein	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19	19
Norwegen	4 027	4 027	4 023	4 023	4 023	4 021	4 021	4 021	4 021	4 179	4 178
Kanada	85 563	85 191	84 648	83 351	90 326	:	:	:	:	:	:
Japan	:	30 201	30 190	30 178	30 178	:	:	:	:	:	:
Vereinigte Staaten	187 691	:	177 712	175 953	174 234	170 304	164 426	161 917	160 082	159 792	:

Quelle: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

Im letzten Jahrzehnt hat die Gesamtlänge der Verkehrsinfrastrukturen in der Europäischen Union für alle Binnenverkehrszweige zugenom-

men, mit Ausnahme des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt, der einen leichten Rückgang aufwies.

Pkw im Jahr 2001
Je 1 000 Einwohner

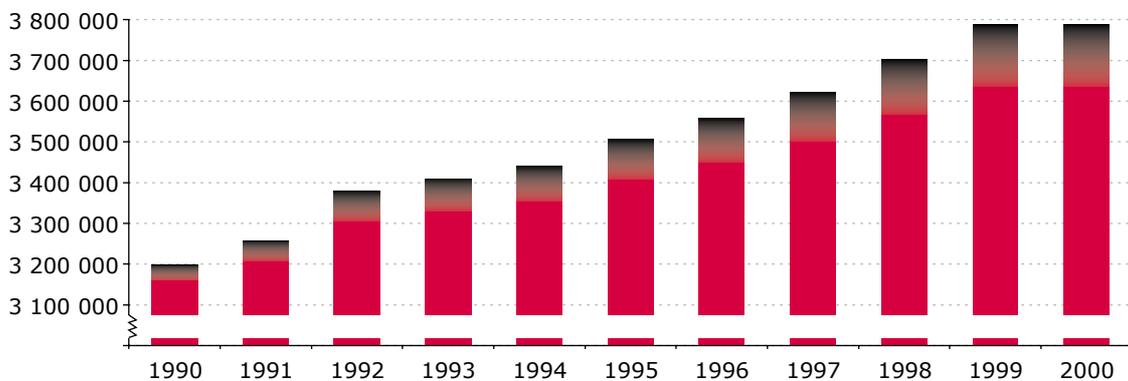


Quelle: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

Die Kraftfahrzeugdichte in der EU hat sich in den letzten 25 Jahren verdoppelt und beträgt im Jahr 2001 in den heutigen 25 EU-Ländern 454 Fahrzeuge je 1 000 Einwohner. Dieser Wert liegt deutlich unter der Fahrzeugdichte in den USA. Die Zahl der Pkw je 1 000 Einwohner wird zu-

weilen als Indikator für den Lebensstandard interpretiert. Die Kehrseite der Medaille sind die negativen Folgen für die Umwelt und die fast 50 000 Personen, die jährlich im Straßenverkehr der EU-25 getötet werden.

Pkw-Verkehr in den EU-15
In Mio. Personenkilometern



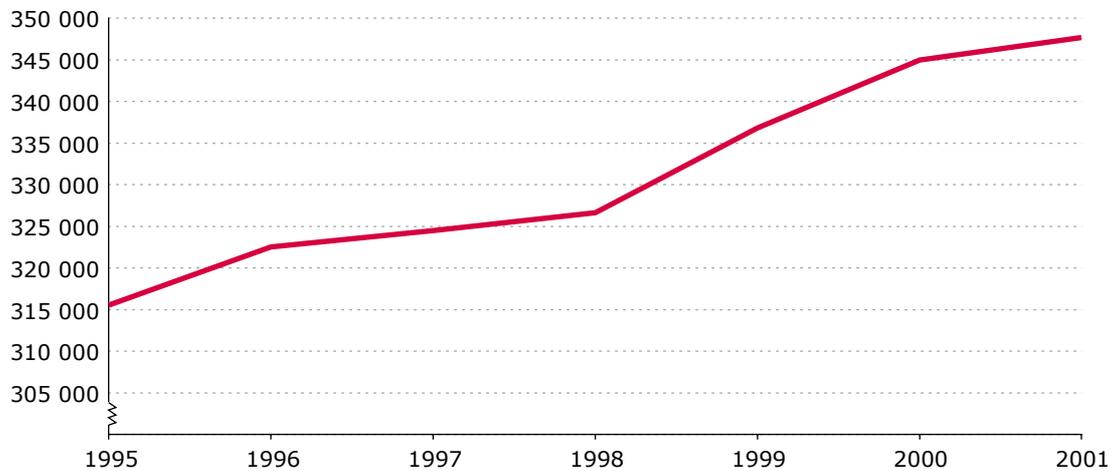
Quelle: Eurostat/GD Energie und Verkehr

Der steigende Mobilitätsbedarf wird hauptsächlich durch Personenkraftwagen gedeckt, auf die rund drei Viertel aller Fahrten entfallen.



Fahrgastaufkommen im Eisenbahnverkehr in der EU-25

In Mio. Personenkilometern



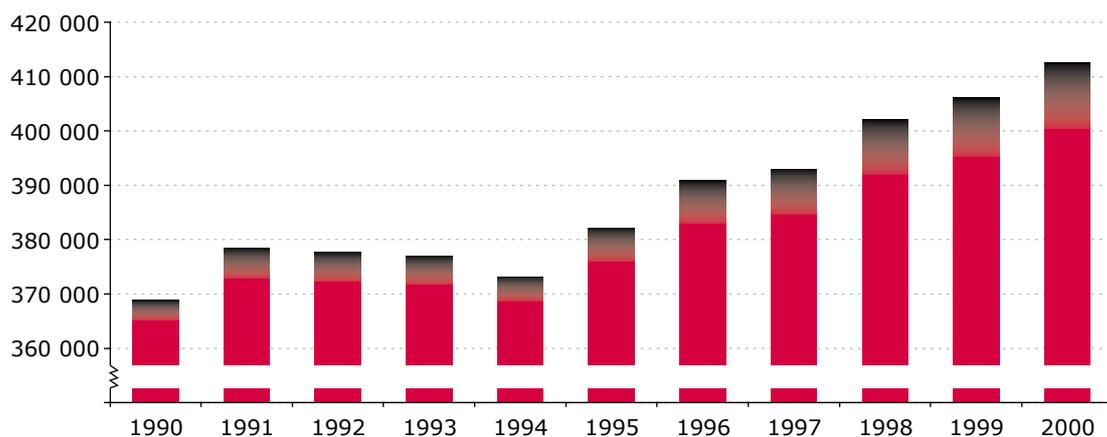
Quelle: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

Im Vergleich zu den anderen Verkehrszweigen verzeichnete die Beförderungsleistung des Eisenbahnverkehrs nur ein geringes Wachstum. Seit Anfang der 90er Jahre wurde in den meisten Ländern nur ein langsamer Anstieg und in einigen Ländern sogar ein Rückgang beobachtet. Dennoch liegt der EU-Durchschnitt

der pro Person und pro Tag zurückgelegten Kilometer bei mehr als zwei. Die Tatsache, dass diese Zunahme trotz der Verkleinerung des Schienennetzes und des Fahrzeugbestands stattfand, deutet auf eine erhöhte Effizienz hin.

Fahrgastaufkommen im Busverkehr in der EU-15

In Mio. Personenkilometern



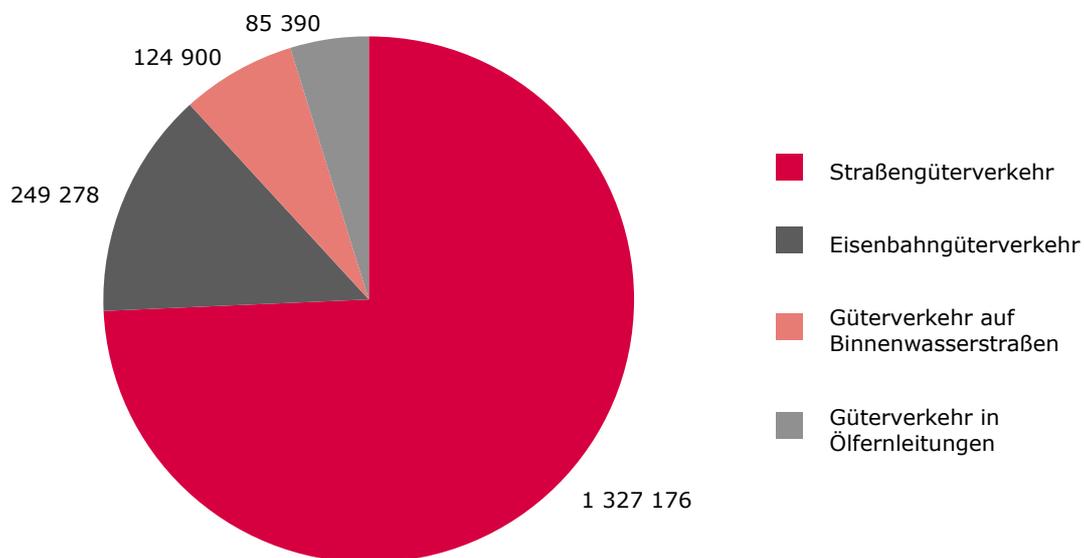
Quelle: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

Im Zeitraum 1970-2000 hat der Busverkehr in EU-15 durchschnittlich um rund 50 % zugenommen. Damit wurde eine Beförderungsleistung von mehr als 412 Mrd. Personenkilometern erreicht. In absoluten Zahlen ist Italien mit mehr

als 94 Mrd. Personenkilometern der Spitzenreiter in der EU. Am meisten von allen EU-15-Ländern fahren aber die Menschen in Dänemark, Luxemburg und Griechenland mit dem Bus, mit Werten zwischen 5,5 bis 6 km pro Person und pro Tag.

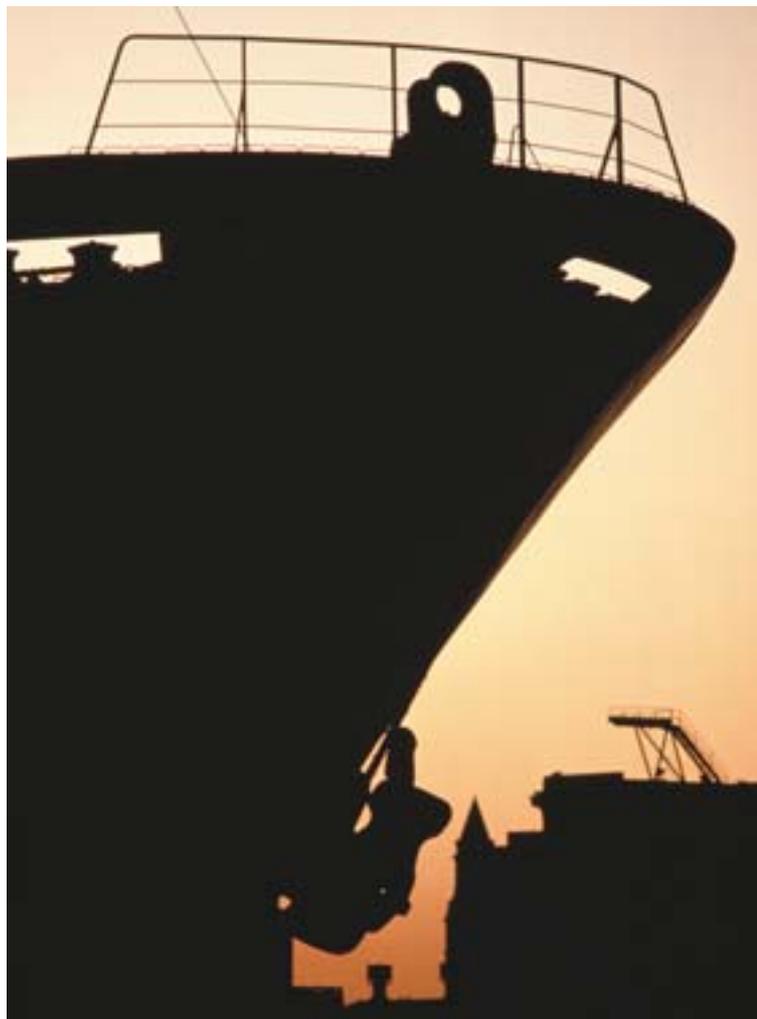
Güterverkehr in EU-15 im Jahr 2000

In Millionen tkm



Quelle: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

6





Seegüterverkehr

In Mio. tkm

	1997	1998	1999	2000	2001
EU-25	3 071	3 147	3 135	3 167	3 219
EU-15	2 911	2 984	2 969	:	:
Belgien	162	171	166	179	174
Tschechische Republik	-	-	-	-	-
Dänemark	124	105	97	97	94
Deutschland	213	217	222	243	246
Estland	23	27	34	40	41
Griechenland	101	111	113	128	113
Spanien	271	280	296	235	315
Frankreich	305	319	315	337	318
Irland	36	40	43	45	46
Italien	459	476	463	447	445
Zypern	7	6	6	7	7
Lettland	51	52	49	52	57
Litauen	16	15	16	23	22
Luxemburg	-	-	-	-	-
Ungarn	-	-	-	-	-
Malta	3	4	4	4	7
Niederlande	402	405	396	406	406
Österreich	-	-	-	-	-
Polen	51	51	50	48	48
Portugal	55	58	59	56	56
Slowenien	7	8	8	9	9
Slowakei	-	-	-	-	-
Finnland	75	77	77	81	96
Schweden	150	156	156	159	153
Vereinigtes Königreich	558	568	565	573	566
Island	5(e)	:	:	:	:
Liechtenstein	-	-	-	-	-
Norwegen	270(e)	:	:	:	:

Quelle: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

Die Beförderungsleistung des Seegüterverkehrs lässt sich, da keine Angaben über Tonnenkilometer vorliegen, nicht ohne weiteres mit der der übrigen Verkehrszweige vergleichen. Aus den Daten wird jedoch immerhin das Gesamtvolumen der in allen großen Seehäfen der EU umgeschlagenen Güter ersichtlich. Der

Gesamtgüterumschlag wird für 2001 auf mehr als 3,2 Mrd. t geschätzt. Ein Großteil des im Laufe der Jahre verzeichneten Zuwachses geht auf die gestiegenen Einfuhren von Erdöl und Erdölzerzeugnissen zurück.

Luftfrachtbeförderung

In 1 000 t

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Belgien	518	585	:	:	584	:
Tschechische Republik	:	:	:	:	36	34
Dänemark	:	:	:	:	12	10
Deutschland	2 019	1 948	2 054(b)	2 554	2 441	2 525
Estland	:	:	:	:	5	4
Griechenland	106	101	105(b)	156	:	:
Spanien	309	309	340(b)	479	577	564
Frankreich	1 025	1 030	1 034(b)	1 282	1 535	1 643
Irland	70	59	66(b)	86	79	49
Italien	454	446	413(b)	551	:	506
Zypern	:	:	:	:	32	31
Lettland	:	:	:	:	5	7
Litauen	:	:	:	:	15	14
Luxemburg	340	383	448(b)	501	510	550
Ungarn	:	:	:	:	45	46
Malta	:	:	:	:	12e	12
Niederlande	1 163	1 174	1 182(b)	1 268	1 217	1 279
Österreich	109	111	122(b)	130	115	127
Polen	:	:	:	:	43	:
Portugal	105e	:	:	178	152	149
Slowenien	:	:	:	:	7	7
Slowakei	:	:	:	:	5	7
Finnland	92	94	88(b)	111	96	96
Schweden	227e	:	:	:	:	:
Vereinigtes Königreich	1847	1 990	2 091(b)	2 336	2 153	2 203
Island	4e	:	:	:	:	:
Liechtenstein	-	-	-	-	-	-
Norwegen	44	47	46	133	127	:

Quelle: Eurostat/GD Energie und Verkehr.

Im Vergleich zum Seeverkehr werden im Luftfracht- und Luftpostverkehr nur geringe Mengen befördert. Obwohl jedoch die Beförderungsmengen im Vergleich zu den anderen Verkehrszweigen gering sind, ist der durch-

schnittliche Wert einer Tonne Luftfracht zumeist wesentlich höher als in anderen Verkehrszweigen. Der Luftverkehr in der EU hat erheblich zugenommen.

Kommerzielle Raketenstarts weltweit

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Insgesamt	12	14	11	15	23	24	38	41	39	35	16
Vereinigte Staaten	6	6	5	5	12	11	17	22	15	7	3
Europäische Weltraumagentur	6	6	6	8	8	9	11	9	8	12	8
Russische Föderation	-	-	-	-	-	2	7	5	13	13	3
China	-	2	-	2	3	2	3	4	1	-	-
Ukraine	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
Starts auf See	-	-	-	-	-	-	-	-	2	3	2

Quelle: US Department of Transportation.

Die von Eurostat erstellten Daten über die weltweiten kommerziellen Raketenstarts vermitteln einen Überblick über die internationalen kommerziellen Satellitenstarts in der Kategorie der mittleren bis großen Trägerraketen. Das bedeutet, dass einige Starts nicht berücksichtigt

werden. Nach Angaben der NASA fanden 1999 insgesamt 70 erfolgreiche Starts statt, während hier nur 39 kommerzielle Starts aufgeführt sind. Dennoch vermitteln die Daten eine Vorstellung von der Rolle Europas in der Raumfahrtindustrie.

Tourismus

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Beherbergungseinrichtungen
- Zahl der Schlafgelegenheiten in den Beherbergungseinrichtungen
- Zahl der Touristen
- Zahl der Reisen
- Übernachtungen in den Beherbergungseinrichtungen
- Von Touristen benutzte Verkehrsmittel
- Tourismusausgaben

Europa: Top-Tourismus-Region in einer wettbewerbsgeprägten Welt

Europa ist nach wie vor die wichtigste Tourismusregion der Welt; in den letzten Jahren hat dieser Wirtschaftszweig eine dynamische Entwicklung verzeichnet. Da der Wettbewerb weltweit zugenommen hat und verstärkt um Touristen geworben wird, besteht mittlerweile auch ein großes Interesse an der volkswirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Rolle und Wirkung des Tourismus und an seinen sozialen und ökologischen Auswirkungen. Damit wächst auch der Bedarf an harmonisierten und hinreichend detaillierten Statistiken, die regelmäßig zur Verfügung stehen.

Was ist Tourismus und wie kann man ihn messen?

Der Tourismus lässt sich definieren als die Aktivitäten von Personen, die zu Orten außerhalb ihres gewöhnlichen Lebensumfelds reisen und sich dort maximal für die Dauer eines Jahres zu Urlaubs-, geschäftlichen oder sonstigen Zwecken aufhalten. Auf der Angebotsseite finden sich Un-

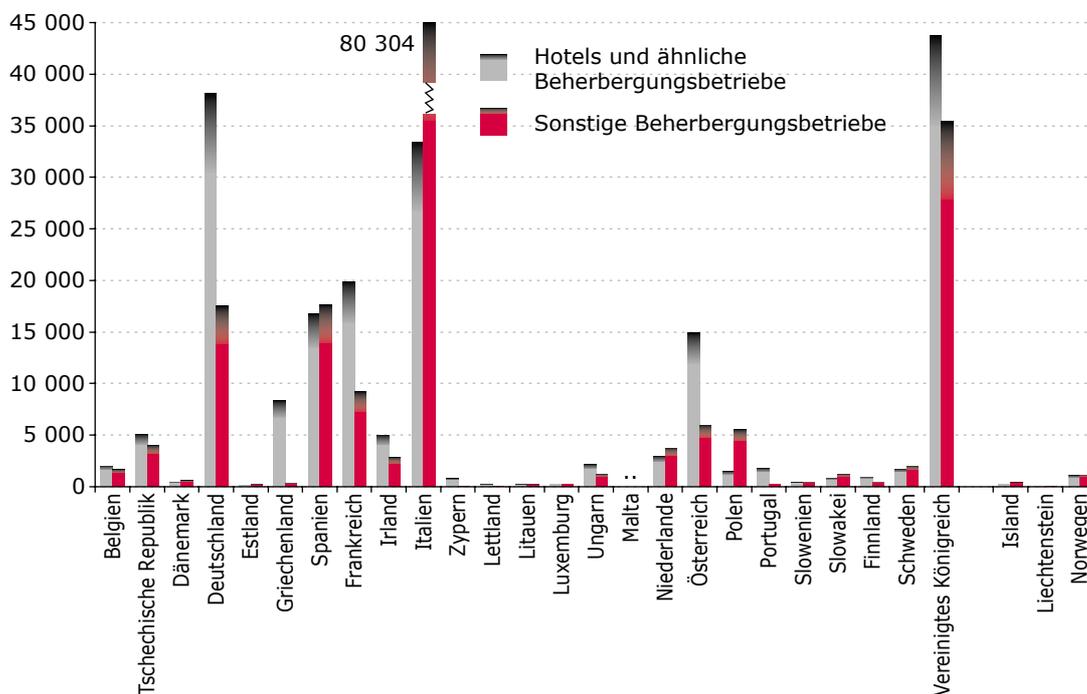
ternehmen aus verschiedenen Wirtschaftssektoren; ihr Tätigkeitsspektrum umfasst die Bereitstellung von Übernachtungsmöglichkeiten, Speisen und Getränken, Transportmitteln und -dienstleistungen sowie von Unterhaltung.

Die Beherbergungsbetriebe sind in zwei NACE-Gruppen erfasst: zur Gruppe 55.1 gehören Hotels, Gasthöfe und Pensionen ohne die Vermietung von langfristigen Übernachtungsmöglichkeiten und den Verkauf von Teilzeitznutzungsrechten an Immobilien; Gruppe 55.2 umfasst Campingplätze und andere kurzfristige Übernachtungsmöglichkeiten einschließlich Ferienwohnungen oder -häuser mit Selbstversorgung.

Reiseleistungen umfassen die Organisation der Beförderung, Beherbergung und Verpflegung von Touristen. Zur NACE-Gruppe 63.3 gehören Unternehmen, die die folgenden Leistungen anbieten: Bereitstellung von Reiseinformationen, Beratung und Planung, Zusammenstellung individueller Reisen, Organisation von Unterkunft und Beförderung, Verkauf von Fahrscheinen und Tickets, Verkauf von Pauschalreisen sowie Leistungen von Reiseveranstaltern und Fremdenführern.



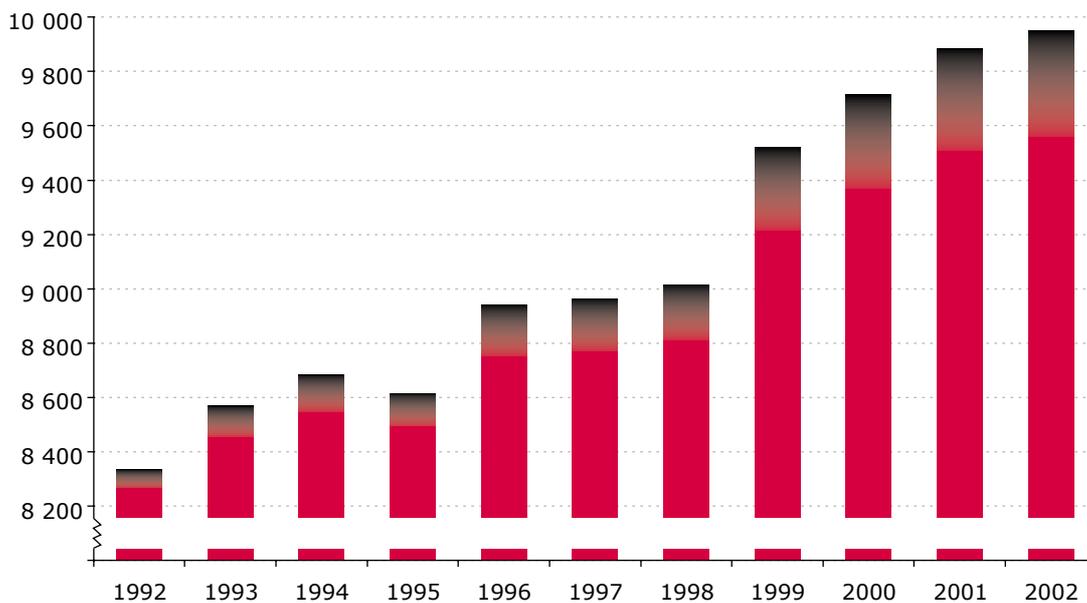
Beherbergungsbetriebe im Jahr 2002



Die Zahl der Schlafgelegenheiten in einem Beherbergungsbetrieb ist definiert als die Zahl der Personen, die in regulären Betten in dem Betrieb übernachten können, wobei vom Gast verlangte Zusatzbetten nicht berücksichtigt werden. Zu den sonstigen Beherbergungsbetrieben zählen Ferienhäuser, Ferienwohnungen, Campingplätze, Jugendherbergen, Gruppenbeherbergungsbetriebe, Schülerwohnheime und ähnliche Einrichtungen.

Bettzahl in Hotels und ähnlichen Betrieben in der EU-15

In 1 000



1992, 1993: geschätzte Werte.


Touristen
In 1 000

	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Belgien	:	:	5 216	:	4 364	3 430	:	3 517	3 476
Dänemark	:	:	3 180	2 944	2 706	2 903	3 307	2 711	2 671
Deutschland	:	:	:	56 700	62 800	50 700	53 490	55 236	46 665(p)
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	295
Griechenland	3 334	3 449	6 878	5 813	5 160	2 320	:	:	:
Spanien	:	:	:	:	:	21 658	27 988	15 930	17 825
Frankreich	:	:	:	29 088	29 011	28 992	28 556	28 573	:
Irland	:	:	:	:	2 291	:	:	:	27 569
Italien	:	:	:	22 719	21 965	21 508	22 834	23 730	24 199
Luxemburg	:	:	:	340	387	396	412	425	430
Niederlande	:	:	:	:	8 801	8 835	8 768	8 841	8 892
Österreich	:	:	3 116	:	3 132	3 214	3 605	3 479	3 104
Portugal	:	:	:	:	:	2 657	2 626	2 863	2 875
Finnland	2 114	2 066	1 970	2 241	2 114	2 156	2 216	2 297	2 308
Schweden	:	:	:	5 624	:	:	:	:	:
Vereinigtes Königreich	:	:	27 540	28 070	35 410	29 010	21 609	21 703	30 690
Norwegen	:	:	:	:	:	2 551	2 525	2 568	2 527

Zahl der Besucher (Inländer), die am besuchten Ort oder im besuchten Land mindestens einmal in einem Beherbergungsbetrieb oder einer Privatunterkunft übernachteten.

Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Beherbergungsbetrieben: Übernachtungen von Inländern
In 1 000

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-15	:	:	:	587 164	587 074	601 624	608 823	660 744	733 539	:	:	:
Eurozone	:	:	:	468 230	467 128	474 129	494 718	533 658	559 698	:	:	:
Belgien	2 593	2 648	2861	3 054	3 140	3 338	3 498	3 652	4 045	4 057	4 091	4 062(p)
Tschechische Republik	3 773	4 103	5386	6 952	9 908	10 737	9 919	10 608	12 358	8 515(p)	10 476(p)	9 779(p)
Dänemark	5 378	5 655	6038	3 908	4 200	4 171	4 339	4 417	4 599	4 589	4 743	4 631
Deutschland	146 118	142 491	141307	145 147	144 747	144 497	147 274	154 419	163 429	164 197	157 391	156 673(p)
Estland	:	188	282	325	292	333	413	439	459	489	450	536(p)
Griechenland	12 001	11 931	11701	11 908	12 178	13 609	13 029	13 477	13 656	:	:	:
Spanien	54 363	54 971	56876	58 281	58 043	61 298	66 552	81 504	83 382	85 261	86 549	91 037(p)
Frankreich	91 604	90 160	89501	90 349	90 721	92 666	96 696	108 774	114 059	115 576	114 454	115 559(p)
Irland	:	:	:	6 698	5 647	5 583	6 667	6 938	6 786	7 792	7 395(s)	:
Italien	129 000	122 000	124943	123 467	122 918	122 223	126 178	128 238	136 392	138 559	133 295	134 708(p)
Zypern	294	391	356	346	480	524	570	585	597	727	868	:
Lettland	:	:	:	600	544	580	551	583	669	638	674	666(p)
Litauen	:	371	363	331	293	322	364	319	303	293	331	:
Luxemburg	105	118	97	89	91	83	81	67	67	72	78	80
Ungarn	:	3 213	3853	3 972	4 135	4 334	4 714	5 196	5 479	5 321	5 574	:
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	6 787	7 640	7912	8 798	9 074	10 739	12 622	13 829	14 027	13 608	13 593	:
Österreich	16 162	15 954	16090	16 302	15 892	16 088	16 491	17 241	18 031	18 468	18 356	18 667
Polen	5 097	:	:	4 038	4 633	9 359	10 169	7 674	9 353	8 297	8 382	8 813(p)
Portugal	7 437	7 424	7361	7 580	8 101	8 499	9 164	9 397	9 693	9 985	9 983	10 409(p)
Slowenien	1 844	2 016	2019	2 066	2 004	1 787	1 728	1 852	1 860	1 715	1 714	1 725
Slowakei	1 713	1 460	2038	2 180	3 103	2 205	2 830	2 997	2 843	2 953	3 953	3 796(p)
Finnland	7 539	7 686	7943	8 464	8 755	9 115	9 494	9 600	9 786	9 882	9 552	9 511(p)
Schweden	11 345	11 890	13898	14 771	14 668	14 815	15 643	16 192	16 586	16 737	16 143	16 253(p)
Vereinigtes Königreich	77 978	73 407	81381	88 346	88 900	94 900	81 093	93 000	139 000	134 420	130 560	126 780(p)
Island	226	217	229	246	260	290	309	321	291	274	290	:
Liechtenstein	1	1	1	1	2	3	3	3	3	3	2	:
Norwegen	9 023	9 447	9643	9 862	10 261	10 680	11 252	11 319	11 398	11 599	11 482	11 262

Als Übernachtung eines Inländers oder Nichtinländers gilt jede Nacht, die ein Gast in einem Hotel oder ähnlichen Betrieb verbringt bzw. für die er dort gemeldet ist; die tatsächliche Anwesenheit ist dabei nicht von Belang.

Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Beherbergungsbetrieben: Übernachtungen von Nichtinländern

In 1 000

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-15	:	:	494 067	477 215	481 892	500 542	516 665	567 992	582 767	:	:	:
Eurozone	:	:	365 962	376 451	380 873	393 418	413 575	462 139	478 367	:	:	:
Belgien	7 415	7 324	7 879	7 900	8 695	9 267	9 483	9 749	10 184	10 011	10 410	10 176(p)
Tschechische Republik	4 815	5 562	6 597	8 386	10 858	11 726	11 547	11 921	12 811	13 647(p)	13 327(p)	13 688(p)
Dänemark	6 178	5 913	5 932	4 146	4 473	4 505	4 462	4 350	4 611	4 551	4 483	4 507
Deutschland	28 378	26 069	26 368	27 184	27 435	28 608	29 735	30 913	34 641	32 876	32 580	33 294(p)
Estland	:	506	573	608	693	835	926	1 045	1 253	1 423	1 887	2 027(p)
Griechenland	36 900	36 547	40 331	37 474	35 102	40 220	38 354	41 408	41 979	:	:	:
Spanien	77 341	83 132	97 792	101 000	100 000	105 435	111 803	149 036	143 762	143 421	136 122	13 6834(p)
Frankreich	59 635	55 454	57 143	54 339	54 994	60 624	66 330	71 768	77 014	75 652	77 602	69 338(p)
Irland	9 333	9 556	10 018	11 348	12 978	13 220	13 712	14 327	17 374	17 475	17 321	:
Italien	63 415	64 574	76 173	84 566	87 905	85 377	87 192	90 236	97 221	100 322	97 837	93 567(p)
Zypern	14 114	12 192	14 265	14 181	12 689	13 148	14 430	16 110	16 790	18 066	15 235	:
Lettland	:	:	637	662	675	744	725	718	691	837	:	954(p)
Litauen	:	714	474	418	492	536	639	600	579	672	719	:
Luxemburg	1 007	1 065	1 017	1 051	947	1 026	1 089	1 163	1 196	1 174	1 167	1 144
Ungarn	:	6 387	6 887	6 894	7 449	7 619	7 714	7 539	8 062	8 405	8 260	:
Malta	8 030	8 230	8 600	7 632	7 328	7 694	8 079	8 235	7 016	7 475	:	:
Niederlande	8 424	7 973	8 733	9 581	9 923	12 444	14 262	15 224	15 695	14 955	14 922	:
Österreich	64 189	61 996	59 126	56 198	55 126	53 396	53 503	53 123	53 617	54 086	55 167	55 200
Polen	4 581	:	:	3 161	3 391	5 595	5 325	3 973	4 945	4 918	4 999	5 450(p)
Portugal	17 877	16 176	18 785	20 357	19 962	20 851	23 241	23 331	24 102	23 578	22 437	23 349(p)
Slowenien	1 697	1 706	2 089	2 059	2 167	2 500	2 478	2 267	2 758	2 879	3 049	3 166
Slowakei	884	1 327	1 836	2 340	2 446	2 144	2 401	2 557	2 761	3 101	3 572	3 560(p)
Finnland	2 243	2 503	2 928	2 926	2 907	3 171	3 226	3 271	3 562	3 675	3 721	3 707(p)
Schweden	2 804	2 984	3 320	3 694	3 930	4 051	4 409	4 516	4 679	4 927	4 868	4 847(p)
Vereinigtes Königreich	66 284	71 033	78 522	55 451	57 514	58 347	55 865	55 580	53 131	49 781	48 377	51 704(p)
Island	437	444	516	598	636	702	791	862	895	907	970	:
Liechtenstein	147	133	128	127	118	117	120	122	131	120	106	:
Norwegen	4 275	4 557	5 041	4 985	5 050	5 039	5 168	5 208	4 967	4 817	4 706	4 375

Als Übernachtung eines Inländers oder Nichtinländers gilt jede Nacht, die ein Gast in einem Hotel oder ähnlichen Betrieb verbringt bzw. für die er dort gemeldet ist; die tatsächliche Anwesenheit ist dabei nicht von Belang.

Energie

Eurostat-Daten

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Jährliche Daten über Rohöl, Erdölerzeugnisse, Erdgas, Strom, feste Brennstoffe und erneuerbare Energiequellen, die das gesamte Spektrum der Positionen der Energiebilanzen abdecken, von der Versorgung über die Verarbeitung bis hin zum Endenergieverbrauch nach Sektoren und Brennstoffarten.
- Monatliche Daten über Rohöl, Erdölerzeugnisse, Erdgas, Strom und feste Brennstoffe, die hauptsächlich die Versorgungsseite abdecken.
- Halbjährliche Daten über Strom- und Erdgaspreise sowohl für industrielle Endverbraucher als auch für private Haushalte; außerdem Preise an der Zapfsäule für unverbleites Superbenzin 95 ROZ und Dieselkraftstoff.
- Ausgewählte Energieindikatoren, die zu größeren Datenkollektionen wie den „Strukturindikatoren“ oder den „Euroindikatoren“ gehören.

Die Antriebskraft für das tägliche Leben

Ohne Energie gäbe es keine Industrie, keinen Verkehr und keine Heizung. Kaum ein Bereich des täglichen Lebens ist nicht auf die eine oder andere Weise mit der Nutzung von Energie verbunden. Versorgungsengpässe und schwankende Energiepreise wirken sich auf die gesamte Volkswirtschaft aus, und die Frage, wie wir Energie nutzen, hat weit reichende Konsequenzen für die Umwelt. Aus diesen Gründen ist die Energiepolitik eines der wichtigsten Politikfelder der Europäischen Union.

Die Europäische Union muss sich in diesem Bereich vor allem den folgenden Herausforderungen stellen:

- Die EU ist in erheblichem Maße auf Lieferungen aus Drittländern angewiesen, da sie nur etwa die Hälfte der von ihr verbrauchten Energie selbst erzeugt (Versorgungssicherheit).
- Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung ist die Gewährleistung wettbewerbsfähiger Energiepreise mehr und mehr erforderlich. Erreichen lässt sich dies vor allem durch die Liberalisierung der Märkte für Strom und Gas und die Entwicklung transeuropäischer Energienetze (Liberalisierung der Versorgungswirtschaft).

- Der Energiesektor muss stärker mit umweltpolitischen Zielsetzungen in Einklang gebracht werden. Diese Aufgabe ergibt sich insbesondere aus den Verpflichtungen, die die Europäische Union im Rahmen des Kyoto-Protokolls eingegangen ist (Klimaveränderung).

Energie-Monitoring

Um den zunehmenden Anforderungen des Energie-Monitorings gerecht zu werden und die Elemente, die einen Einfluss auf energiepolitische Entscheidungen haben, zu quantifizieren, hat Eurostat ein kohärentes und harmonisiertes System von Energiestatistiken entwickelt.

Die im Eurostat-Jahrbuch enthaltene repräsentative Auswahl von Tabellen und Grafiken gibt



einen Einblick in das breite Spektrum der Energiestatistiken.

Erfassungsbereich der Daten des Eurostat-Jahrbuchs

Im Allgemeinen decken die jährlichen Datenreihen die gesamte Bandbreite der 25 EU-Mit-

gliedstaaten, der EWR-Länder Island und Norwegen sowie der Kandidatenländer Bulgarien, Rumänien und Türkei ab, wobei die Zeitreihen bis 1985 zurückreichen (im Falle einiger neuer Mitgliedstaaten und Kandidatenländer nur bis 1990).

Den gleichen geografischen Erfassungsbereich haben die monatlichen Mengendaten.

Gesamterzeugung von Primärenergie In 1 000 tRÖE

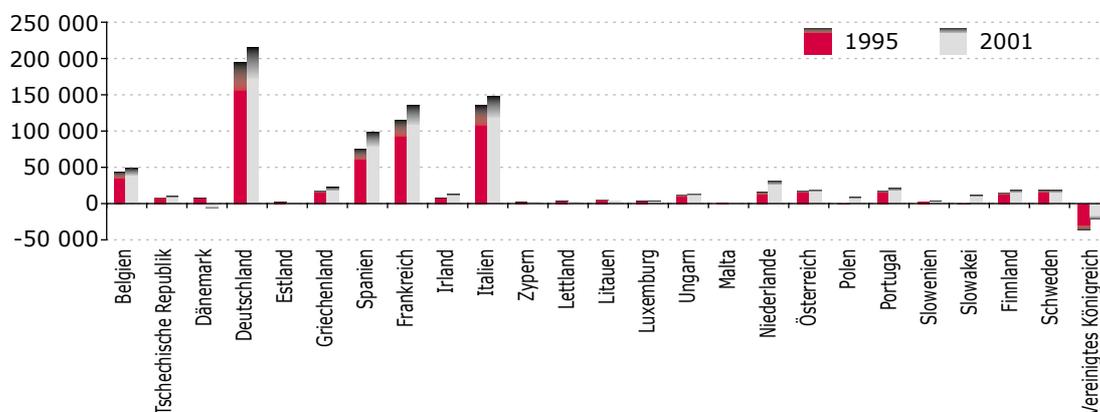
	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EU-25	874 199	867 633	858 721	865 621	875 301	891 770	921 990	912 762	892 473	899 809	891 762	892 826
EU-15	705 353	705 923	700 817	707 200	720 409	734 696	760 426	754 225	748 021	762 043	756 118	753 890
Eurozone	451 168	442 869	438 399	436 234	426 658	428 806	439 671	430 474	415 696	418 803	420 123	435 284
Belgien	11 971	11 753	11 531	10 948	10 706	10 939	11 275	12 552	12 033	13 274	13 065	12 637
Tschechische Republik	38 321	36 301	35 538	35 017	32 475	31 477	32 184	32 308	30 421	27 619	29 452	30 090
Dänemark	10 673	12 524	13 527	14 500	15 218	15 741	17 689	20 172	20 322	23 697	27 607	27 025
Deutschland	185 839	164 921	159 669	148 137	141 338	140 233	138 328	138 377	131 597	134 535	132 095	131 363
Estland	5 470	4 825	4 515	3 346	3 476	3 350	3 720	3 632	3 243	2 976	3 168	3 420
Griechenland	9 152	9 060	8 972	8 797	9 146	9 702	10 136	9 924	10 038	9 463	9 946	9 942
Spanien	33 648	33 347	32 293	32 156	31 903	31 207	31 962	30 651	31 289	30 305	31 245	32 860
Frankreich	107 996	114 387	114 777	121 873	119 324	122 699	125 632	123 910	120 716	122 845	130 561	131 293
Irland	3 474	3 294	3 082	3 470	3 628	4 256	3 614	2 843	2 479	2 611	2 111	1 730
Italien	25 463	26 096	27 313	28 378	29 617	29 273	30 137	30 220	30 058	28 914	26 780	25 649
Zypern	6	6	6	5	12	12	11	9	9	44	45	44
Lettland	437	341	298	314	373	318	238	332	383	1 497	1 259	1 718
Litauen	4 482	4 526	3 982	3 363	2 202	3 288	3 834	3 387	4 434	3 482	3 161	4 118
Luxemburg	47	46	48	47	51	47	40	47	50	46	57	50
Ungarn	13 638	13 390	12 834	12 633	12 380	12 844	12 632	12 281	11 467	11 378	11 127	10 751
Malta	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	60 257	67 117	67 054	68 209	66 111	65 909	73 717	65 520	62 684	59 209	56 912	60 634
Österreich	7 928	8 150	8 325	8 566	8 173	8 492	8 370	8 502	8 629	9 255	9 380	10 165
Polen	98 460	94 699	93 328	96 359	96 086	97 990	101 318	99 081	86 775	82 829	78 441	79 362
Portugal	2 808	2 774	2 302	2 629	2 819	2 602	3 157	3 045	3 036	2 656	3 109	3 895
Slowenien	2 902	2 928	3 038	2 870	2 968	3 020	2 963	2 962	3 036	2 861	3 036	3 105
Slowakei	5 130	4 694	4 365	4 513	4 919	4 776	4 663	4 546	4 683	5 078	5 953	6 327
Finnland	11 737	10 984	12 005	11 821	12 989	13 150	13 440	14 805	13 125	15 153	14 809	15 065
Schweden	29 723	31 476	29 252	29 129	30 907	31 512	31 637	32 170	33 178	33 257	30 144	33 685
Vereinigtes Königreich	204 637	209 994	210 666	218 540	238 480	248 934	261 292	261 484	268 787	276 823	268 299	257 896
Island	1 456	1 359	1 369	1 404	1 369	1 390	1 616	1 682	1 814	2 191	2 306	2 451
Norwegen	120 053	130 405	146 355	154 070	170 114	181 635	207 610	212 181	206 141	209 145	224 491	227 959

Als Primärerzeugung wird jede Gewinnung von Energieprodukten aus natürlichen Quellen bezeichnet, als deren Ergebnis diese Produkte in verwendbarer Form vorliegen, so z. B. die Ausbeutung natürlicher Quellen wie Kohleminen, Rohölfelder, Wasserkraftanlagen und die Erzeugung von Biobrennstoffen. Die Umwandlung der Energie von einer Form in eine andere, z. B. die Strom- bzw. Wärmeerzeugung in Wärmekraftwerken oder die Koksproduktion in Koksöfen, ist keine Primärerzeugung.



Nettoeinfuhren von Primärenergie

In 1 000 tRÖE

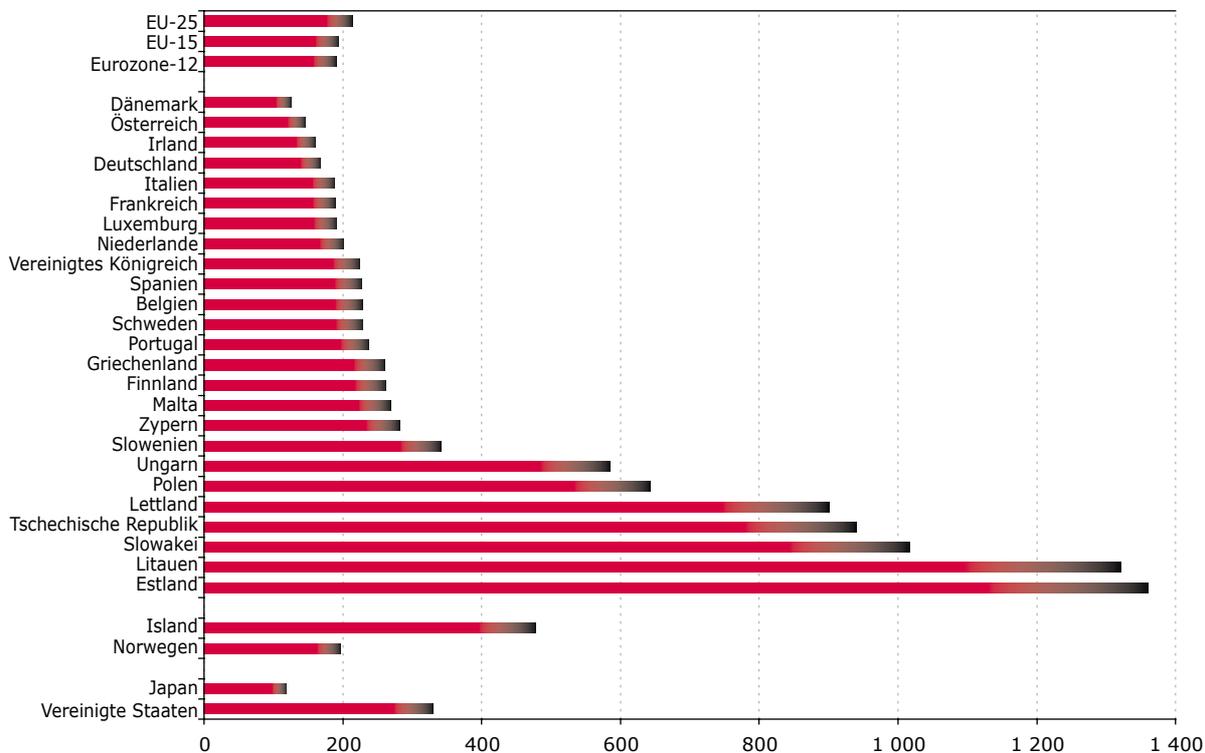


Die Nettoeinfuhren werden als Einfuhren minus Ausfuhren berechnet. Die Einfuhren umfassen die in das Hoheitsgebiet eines Landes eingeführte Gesamtenergiemenge, nicht aber den Transit vor allem über Gas- und Erdölföhrleitungen; die elektrische Energie stellt eine Ausnahme dar. Ihr Transit wird immer unter Außenhandel aufgenommen. Die Ausfuhren umfassen entsprechend die aus dem Hoheitsgebiet eines Landes ausgeführte Gesamtenergiemenge.

Norwegen hatte Nettoausfuhren von Primärenergie: 157 Mio tRÖE (1995); 202 Mio tRÖE (2001).

Energieintensität der Wirtschaft in 2001

In kg RÖE pro 1 000 EUR

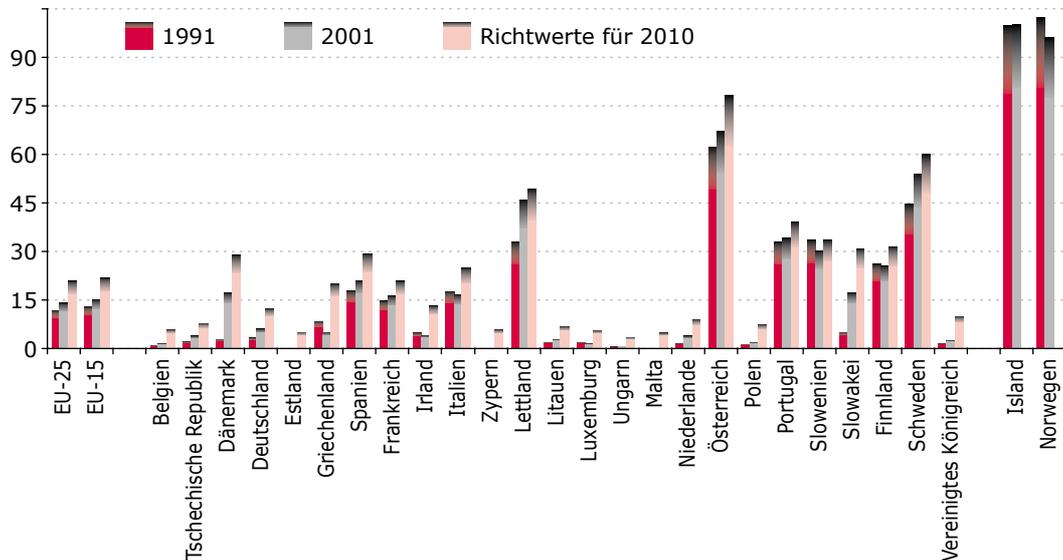


EU-25, EU-15, Eurozone-12, Deutschland, Spanien, Italien, Niederlande: vorläufige Werte.

Dieser Indikator ist das Verhältnis zwischen dem Bruttoinlandsverbrauch an Energie und dem Bruttoinlandsprodukt (BIP), berechnet für ein Kalenderjahr. Er misst den Energieverbrauch einer Volkswirtschaft und ihre Gesamtenergieeffizienz. Der Bruttoinlandsverbrauch an Energie wird durch Addition der Verbrauchswerte für die fünf Energiearten (Kohle, Elektrizität, Öl, Erdgas und erneuerbare Energien) ermittelt. Um Auswirkungen der Inflation zu vermeiden, werden BIP-Zahlen zu konstanten Preisen verwendet; Basisjahr 1995 (ESA 1995). Zur Ermittlung des Energienutzungsgrads wird der Bruttoinlandsverbrauch durch das BIP dividiert. Da der Bruttoinlandsverbrauch in kg RÖE (Kilogramm Rohöleinheiten) und das BIP in 1 000 EUR gemessen wird, ergibt sich der Nutzungsgrad in kg RÖE pro 1 000 EUR.

Anteil der Elektrizität aus erneuerbaren Energien

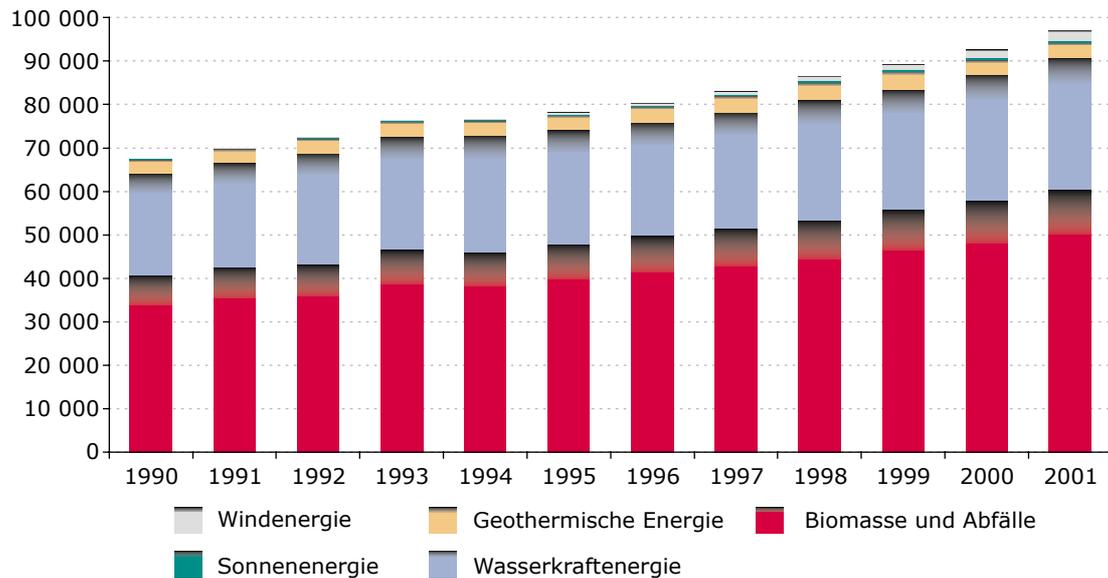
Einschließlich Richtwerte für 2010, in %



Dieser Indikator ist das Verhältnis zwischen der aus erneuerbaren Energiequellen erzeugten Strommenge und dem nationalen Bruttostromverbrauch für das Kalenderjahr. Er drückt den Beitrag des aus erneuerbaren Energiequellen gewonnenen Stroms zum nationalen Stromverbrauch aus. Aus erneuerbaren Energiequellen gewonnener Strom umfasst die Stromerzeugung in Wasserkraftwerken (mit Ausnahme von Pumpspeicherwerken), Windkraft- und Solaranlagen, in geothermischen Kraftwerken und Biomasse- sowie Abfallverbrennungsanlagen. Nationaler Bruttostromverbrauch entspricht der nationalen Bruttogesamterzeugung aus allen Quellen (einschließlich Eigenproduktion), zuzüglich Einfuhren, abzüglich Ausfuhren.

Primärerzeugung von erneuerbarer Energie: Biomasse, Wasserkraft, Erdwärme, Wind- und Sonnenenergie, EU-25

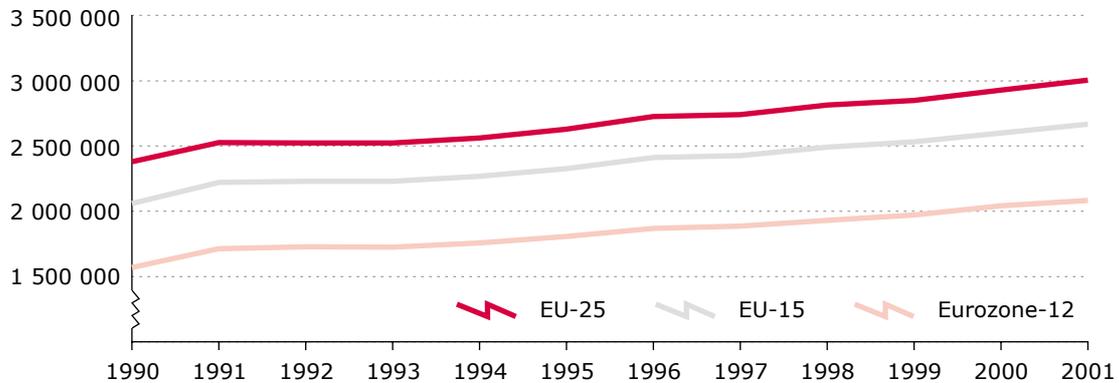
In 1 000 tRÖE



Primärerzeugung: Biomasse; Wasserkraft (ohne Elektrizität aus Pumpstauungen); geothermische Energie; Windkraft; Sonnenenergie.

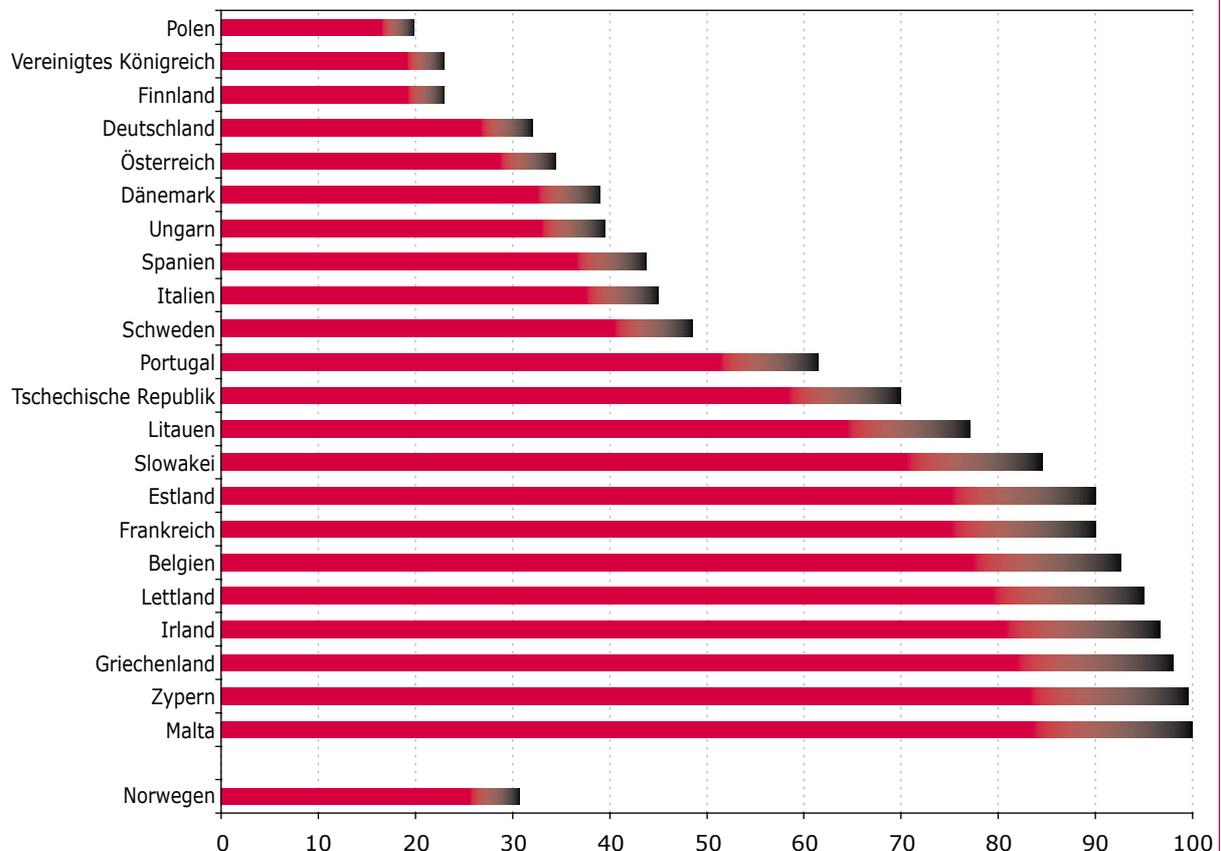


Bruttostromerzeugung insgesamt In GWh



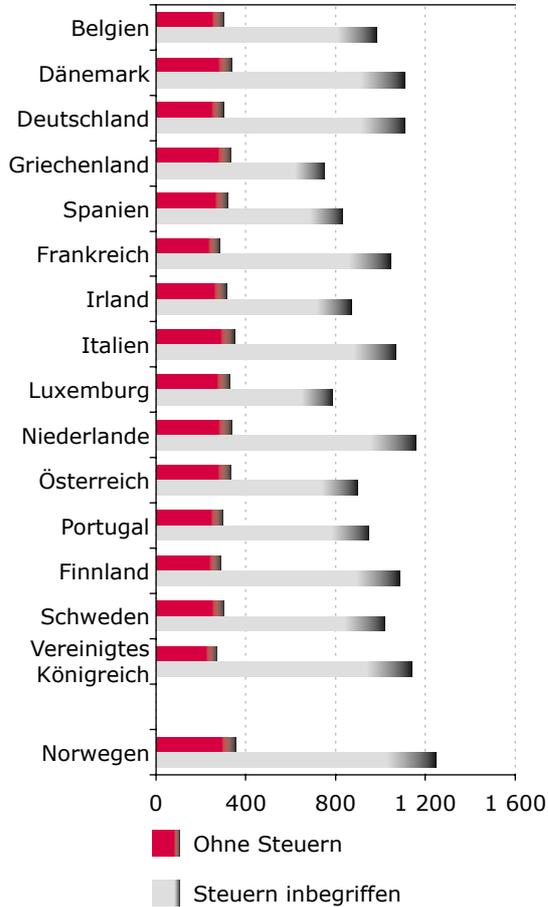
„Bruttostromerzeugung insgesamt“ umfasst die Bruttostromerzeugung in sämtlichen Kraftwerkstypen. Auf der Ebene des einzelnen Kraftwerks ist die Bruttostromerzeugung definiert als die am Ausgang der Haupttransformatoren gemessene Elektrizitätsmenge, d. h. der Stromverbrauch der Hilfsaggregate und Transformatoren.

Marktanteil des größten Erzeugers im Strommarkt in 2001 In %



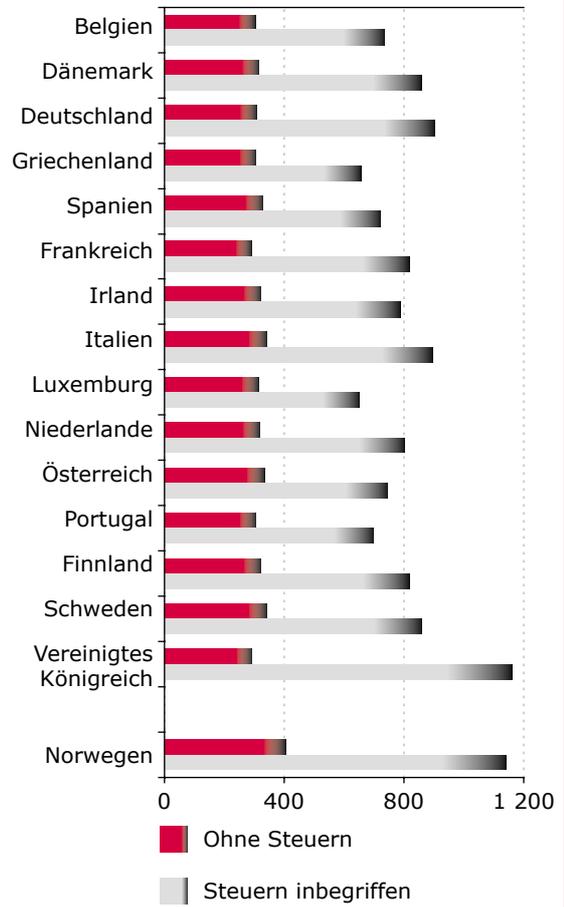
Der Indikator gibt den Marktanteil des größten Stromerzeugers eines jeden Landes wieder. Zur Berechnung dieses Indikators wird die gesamte Nettostromerzeugung eines jeden Bezugsjahres herangezogen. Die von den Stromerzeugern selbst verbrauchte Elektrizität wird dabei nicht berücksichtigt. Sodann werden anhand der Nettoerzeugung eines jeden Stromerzeugers im gleichen Jahr die entsprechenden Marktanteile berechnet. Nur der größte Marktanteil wird unter diesem Indikator ausgewiesen.

Preise für unverbleites Superbenzin 95 ROZ, Januar 2003
In EUR je 1 000 Liter



Dieser Indikator stellt die Tankstellendurchschnittspreise für bleifreies Superbenzin (Euro-super 95) dar, die den Verbrauchern berechnet werden. Die Preise werden der Generaldirektion Energie und Verkehr der Kommission von den Mitgliedstaaten als die am häufigsten angewandten am 15. Tag des Monats gemeldet.

Preise für Dieselöl im Januar 2003
In EUR je 1 000 Liter



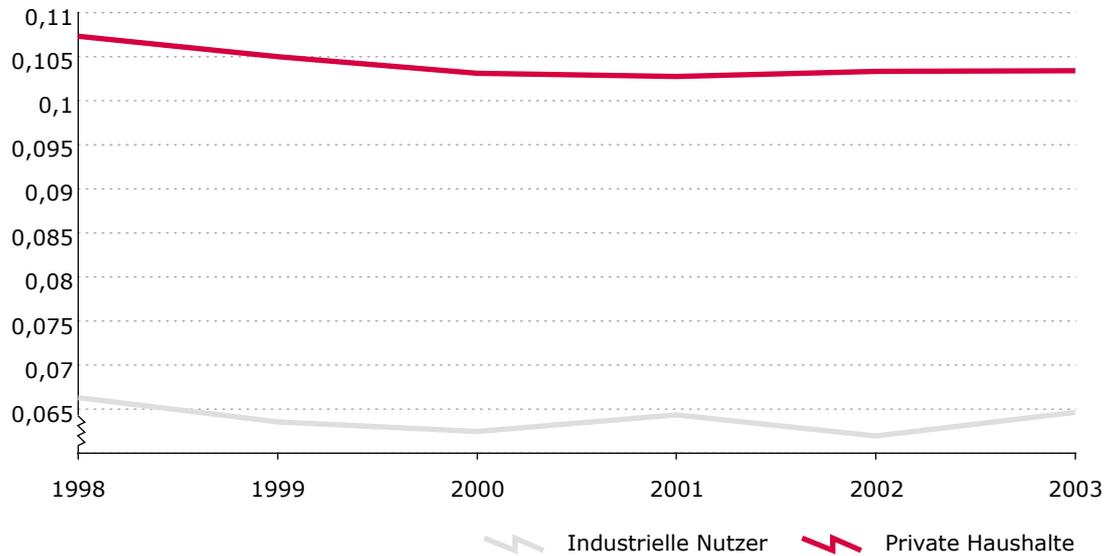
Dieser Indikator stellt die Tankstellendurchschnittspreise für Dieseldieselkraftstoff dar, die den Verbrauchern berechnet werden. Die Preise werden der Generaldirektion Energie und Verkehr der Kommission von den Mitgliedstaaten als die am häufigsten angewandten am 15. Tag des Monats gemeldet.





Strompreise in EU-15

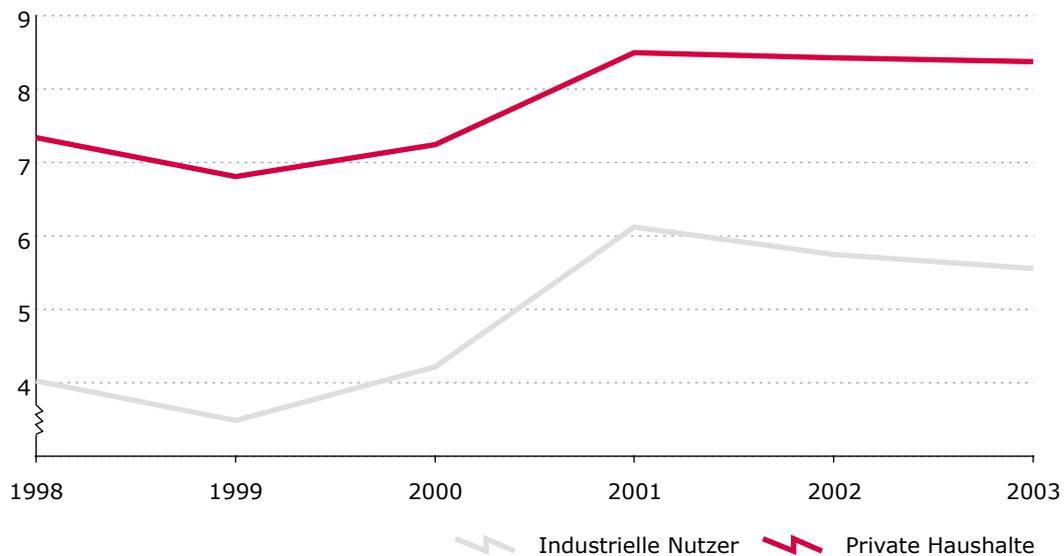
In EUR/kWh



Strompreise für industrielle Nutzer: Dieser Indikator stellt die Strompreise dar, die den industriellen Endverbrauchern berechnet werden die wie folgt definiert werden: Jahresverbrauch von 2 000 MWh, Höchstabnahme 500 kW, jährliche Benutzungszeit 4 000 Stunden. Die Preise werden in Euro (ohne Steuern) pro kWh angegeben und jährlich zum 1. Januar erhoben. Strompreise für private Haushalte: Dieser Indikator stellt die Strompreise dar, die den Endverbrauchern berechnet werden, die wie folgt definiert werden: Jahresverbrauch von 3 500 kWh, davon nachts 1 300 kWh (Standardwohnung 90 m₂). Die Preise werden in Euro (ohne Steuern) pro kWh angegeben und jährlich zum 1. Januar erhoben.

Gaspreise in den EU-15

In EUR/kWh



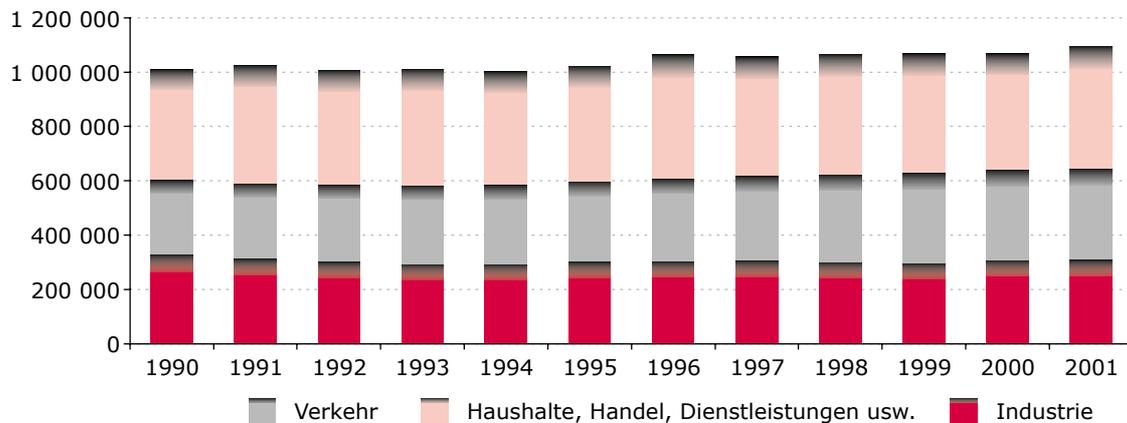
Gaspreise für industrielle Nutzer: Dieser Indikator stellt die Gaspreise dar, die den industriellen Endverbrauchern berechnet werden, die wie folgt definiert werden: Jahresverbrauch von 41 860 GJ, jährliche Benutzungszeit 200 Tage (1 600 Stunden). Die Preise werden in Euro (ohne Steuern) pro GJ angegeben und werden jährlich zum 1. Januar erhoben. Gaspreise für private Haushalte: Dieser Indikator stellt die Gaspreise dar, die den Endverbrauchern berechnet werden, die wie folgt definiert werden: Jahresverbrauch von 83,7 GJ (Ausstattung: Kochen, Warmwasserbereitung und Zentralheizung). Die Preise werden in Euro (ohne Steuern) pro GJ angegeben und jährlich zum 1. Januar erhoben.

Energieendverbrauch In 1 000 tRÖE

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
EU-25	1 010 461	1 026 233	1 008 238	1 012 878	1 002 802	1 023 738	1 065 933	1 056 723	1 067 033(p)	1 069 111(p)	1 068 813(p)	1 096 888(p)
EU-15	858 585	879 771	873 496	880 850	874 519	895 915	933 634	926 089	942 185(p)	947 205(p)	950 157(p)	972 739(p)
Eurozone	662 677	678 932	673 960	676 526	669 547	689 254	716 796	712 211	726 385(p)	729 154(p)	731 734(p)	771 867(p)
Belgien	31 277	33 030	33 769	33 102	33 889	34 489	36 383	36 529	37 092	36 931	36 922	37 211
Tschechische Republik	36 626	31 835	30 357	27 278	26 168	25 395	25 597	25 550	24 310	23 139	24 079	24 073
Dänemark	13 796	14 115	13 990	14 441	14 395	14 729	15 319	14 941	14 984	14 912	14 560	14 992
Deutschland	227 142	224 161	218 413	219 341	215 457	222 342	230 895	226 131	224 450(p)	219 934(p)	213 270(p)	215 174(p)
Estland	6 002	5 704	3 587	3 066	3 029	2 648	2 895	2 962	2 609	2 355	2 362	2 516
Griechenland	14 534	14 701	14 956	15 206	15 349	15 811	16 870	17 257	18 159	18 157	18 508	19 112
Spanien	56 647	60 081	59 952	59 365	62 279	63 536	65 259	67 986	71 750	74 378	79 411(p)	83 221
Frankreich	136 003	142 477	143 103	143 430	137 481	141 243	148 621	145 654	150 829	150 760(p)	151 564	158 622
Irland	7 113	7 096	7 155	7 207	7 795	7 748	8 266	8 658	9 306	9 858	10 463	10 675
Italien	107 096	110 007	110 311	110 446	108 845	113 695	114 401	115 309	118 622	122 998	123 036	125 990
Zypern	1 271	1 120	1 289	1 303	1 345	1 387	1 436	1 439	1 508	1 575	1 644	1 689
Lettland	3 046	5 363	4 280	3 749	3 324	2 843	3 117	2 930	2 688	2 755	2 911(p)	3 640
Litauen	9 865	9 307	6 098	4 898	4 566	4 357	4 124	4 050	4 450	3 996	3 640	3 778
Luxemburg	3 325	3 561	3 552	3 618	3 551	3 148	3 235	3 224	3 183	3 341	3 544	3 689
Ungarn	18 758	17 662	15 389	15 296	15 161	15 161	15 869	15 165	15 274	15 853	15 798	16 388
Malta	332	387	399	423	418	435	505	548	529	551	522(p)	445
Niederlande	42 632	45 566	44 853	46 474	45 761	47 431	51 413	49 103	49 307	48 470	49 745	50 775
Österreich	18 599	20 103	19 573	19 757	19 405	20 353	21 982	21 581	22 251	21 864	22 287	24 590
Polen	59 554	60 041	59 015	64 306	61 902	63 414	66 199	65 277	60 377	58 843	55 573	56 196
Portugal	11 208	11 648	12 040	12 172	12 759	13 042	13 863	14 550	15 421	15 982	16 937	18 069
Slowenien	3 368	3 330	3 288	3 577	3 756	3 940	4 359	4 470	4 272	4 352	4 523	4 526
Slowakei	13 053	11 714	11 039	8 132	8 613	8 242	8 198	8 242	8 832	8 486	7 605	10 898
Finnland	21 634	21 203	21 238	21 613	22 325	22 227	22 478	23 484	24 172	24 637	24 555	24 739
Schweden	30 514	30 830	30 746	32 406	32 966	33 685	34 621	34 143	34 215	34 065	34 534	33 134
Vereinigtes Königreich	137 064	141 193	139 844	142 269	142 261	142 436	150 028	147 536	148 443	150 917	150 821	152 746
Island	1 602	1 564	1 607	1 662	1 662	1 660	1 726	1 753	1 819	1 953	2 057	2 113
Norwegen	16 087	15 838	15 717	16 170	16 698	16 854	17 669	17 466	18 187	18 659	18 087	18 561

Der energetische Endverbrauch umfasst die für energetische Verwendungszwecke an die Endverbraucher (in Industrie, Verkehr, privaten Haushalten und anderen Sektoren) gelieferten Energiemengen. Ausgeschlossen sind die zur Umwandlung und/oder für den Eigenverbrauch der Energieerzeuger gelieferten Mengen sowie die Netzverluste.

Energieendverbrauch in der EU-25 In 1 000 tRÖE



Der energetische Endverbrauch der Industrie umfasst alle Industriesektoren wie die Stahlindustrie, die chemische Industrie, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die Textil-, Lederwaren- und Bekleidungsindustrie, die Papier- und Druckindustrie usw.; ausgenommen sind Umwandlung und/oder Eigenverbrauch der Energieerzeuger. Der energetische Endverbrauch im Verkehrssektor umfasst den Verbrauch sämtlicher Verkehrsarten, d. h. des Bahn-, Straßen- und Luftverkehrs und der Binnenschifffahrt, nicht aber die Seeschifffahrt. Der energetische Endverbrauch der privaten Haushalte, des Handels usw. umfasst die von Privathaushalten, Kleingewerbe, Handwerk und Handel, Behörden und Dienstleistungsunternehmen mit Ausnahme von Verkehrsbetrieben sowie die in der Landwirtschaft und im Fischereisektor verbrauchten Energieerzeugnisse.



Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

| Landwirtschaft 233-244

|| Forstwirtschaft 245-246

||| Fischerei 247-250

A large white number 7 is overlaid on a yellow map of Europe. The map shows the outlines of the continents and is set against a background of a cloudy sky.

Landwirtschaft

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Landwirtschaftliche Gesamtrechnung
- Landwirtschaftlicher Arbeitseinsatz
- Agrarpreise und Preisindizes
- Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe
- Bodennutzung
- Pflanzenproduktion
- Tierproduktion
- Viehbestand
- Versorgungsbilanz
- Obst- und Rebanlagen

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

Die GAP musste im Laufe ihrer Geschichte erheblich weiterentwickelt werden, um neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Zunächst bestanden ihre Zielsetzungen in der Sicherung einer angemessenen Lebenshaltung für die landwirtschaftliche Bevölkerung und der Gewährleistung einer Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen, sodann galt es, die Überschüsse in bestimmten Sektoren in den Griff zu bekommen. Anschließend wurde eine neue Richtung mit einer Kombination von Preissenkungen und Ausgleichsbeihilfen eingeschlagen.

Erhebung der Daten

Die Erhebung über die Betriebsstruktur, die etwa alle zwei Jahre in der gesamten Europäischen Union stattfindet, dient der Messung der Größe landwirtschaftlicher Betriebe (Betriebsfläche und wirtschaftliche Betriebsgröße). Die jüngste Erhebung, für die alle Angaben vorliegen, stammt aus dem Zeitraum 1999-2000.

Die in dieser Erhebung gewonnenen Informationen bieten auch die Möglichkeit einer Klassifikation der landwirtschaftlichen Betriebe nach Produktionszweigen. Der Standarddeckungsbeitrag (SDB) ermöglicht die Messung unterschiedlicher landwirtschaftlicher Betriebe anhand von gemeinsamen Kriterien. Er bezeichnet im Wesentlichen die Differenz zwischen dem Produktionswert

und bestimmten Produktionskosten. Jeder Zweig der Pflanzen- und Tierproduktion wird dabei einzeln gemessen. Spezialisierte landwirtschaftliche Betriebe sind Betriebe, die mehr als zwei Drittel ihres Standarddeckungsbeitrags aus den Hauptkategorien Ackerbau, Gartenbau, Dauerkulturen, Weidevieh oder Veredelung (Schweine und Geflügel) erwirtschaften. Bei nichtspezialisierten oder gemischten Betrieben beträgt der Anteil dieser Hauptkategorien am SDB weniger als zwei Drittel.

Die landwirtschaftliche Arbeit wird auf zwei Arten gemessen. Gemäß der Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe gelten als Arbeitskräfte alle in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, einschließlich Landwirte und deren Familienangehörige. Im Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) ist landwirtschaftliche Arbeit dagegen gleich bedeutend mit Beschäftigung in landwirtschaftlichen Tätigkeiten.



Produktion

Der mengenmäßig bedeutendste landwirtschaftliche Produktionszweig in der Gemeinschaft ist der Getreideanbau. Die Europäische Union kann ihren Eigenbedarf an Getreide decken und exportiert einen beträchtlichen Teil der Ernte. Seit 1993 sorgt die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik für eine Angleichung von Angebot und Nachfrage, da Direktzahlungen für Getreideanbaubetriebe an die Bedingung geknüpft sind, Flächen stillzulegen. Mit mehr als der Hälfte der Weltproduktion ist die Europäische Union der weltweit größte Weinproduzent. Der in der Europäischen Union hergestellte Wein wird zum überwiegenden Teil in Europa verbraucht, wengleich der Handel mit anderen Teilen der Welt (insbesondere mit Amerika und Asien) zunimmt.

Preise

In den Erzeugerpreisindizes werden die Verkäufe von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen (Output) der Landwirtschaft an die übrigen Bereiche der Volkswirtschaft erfasst. Der Anteil dieser Erzeugnisse an den landwirtschaftlichen Verkäufen insgesamt ist in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich hoch. In den Einkaufspreisindizes werden die Einkäufe landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Input) erfasst. Als Berechnungsgrundlage für die Indizes dienen die Ab-Hof-Preise ohne Mehrwertsteuer. Die Agrarpreisindizes können anhand der Verbraucherpreisindizes deflationiert werden.

Landwirtschaftliche Gesamtrechnung

Gemäß der neuen Methodik der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LGR 97) umfasst die landwirtschaftliche Erzeugung die gesamte (landwirtschaftliche) Erzeugung, die von landwirtschaftlichen Einheiten verkauft, in landwirtschaftlichen Betrieben gelagert oder von landwirtschaftlichen Erzeugern zur Weiterverarbeitung eingesetzt wird. Sie umfasst außerdem den betrieblichen Eigenverbrauch an pflanzlichen Erzeugnissen als Viehfutter, die Produktion selbsterstellter Anlagegüter und den eigenen Endverbrauch der landwirtschaftlichen Einheiten.

Die Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen errechnet sich durch Subtraktion der Vorleistungen von der Produktion des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs (die neben der Produktion an landwirtschaftlichen Erzeugnissen auch die im Rahmen nicht trennbarer nichtlandwirtschaftlicher Nebentätigkeiten produzierten Waren und Dienstleistungen umfasst). Der Indikator A für das landwirtschaftliche Einkommen ist definiert als Index des realen Faktoreinkommens in der Landwirtschaft je Jahresarbeitseinheit. Er entspricht der realen Nettowertschöpfung zu Faktorkosten der Landwirtschaft bezogen auf die Gesamtzahl der Jahresarbeitseinheiten. Die Nettowertschöpfung zu Faktorkosten berechnet man durch Subtraktion der Abschreibungen von der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen und Addition des Wertes der (sonstigen) Subventionen abzüglich der Produktionsabgaben.

Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe

In 1 000

	1990	1993	1995	1997	2000
EU-15	:	:	7 370	6 989	6 771
Belgien	85	76	71	67	62
Dänemark	81	74	69	63	58
Deutschland	654	606	567	534	472
Griechenland	850	819	802	821	817
Estland	1 594	1 384	1 278	1 208	1 287
Frankreich	924	801	735	680	664
Irland	171	159	153	148	142
Italien	2 665	2 488	2 482	2 315	2 154
Luxemburg	4	3	3	3	3
Niederlande	125	120	113	108	102
Österreich	:	:	222	210	199
Portugal	599	489	451	417	416
Finnland	:	:	101	91	81
Schweden	:	:	89	90	81
Vereinigtes Königreich	243	243	235	233	233

Die kleinsten landwirtschaftlichen Betriebe (mit einem Anteil von weniger als 1 % an der nationalen landwirtschaftlichen Tätigkeit) müssen nicht erfasst werden.



Regelmäßig in der Landwirtschaft beschäftigte Arbeitskräfte In 1 000 Personen

	1990	1993	1995	1997	2000
EU-15	:	:	15 244	14 757	13 511
Belgien	141	132	122	117	107
Dänemark	139	142	141	130	103
Deutschland	1 776	1 478	1 325	1 231	1 137
Griechenland	1 543	1 774	1 567	1 596	1 431
Estland	2 839	2 571	2 543	2 497	2 439
Frankreich	1 859	1 610	1 507	1 404	1 320
Irland	313	320	293	282	258
Italien	5 287	4 762	4 773	4 601	3 964
Luxemburg	9	8	7	7	7
Niederlande	289	290	276	282	276
Österreich	:	:	547	513	527
Portugal	1 561	1 263	1 173	1 070	1 064
Finnland	:	:	232	224	184
Schweden	:	:	164	169	157
Vereinigtes Königreich	659	651	572	636	539

Zu den Arbeitskräften zählen alle Personen ab dem gesetzlichen Mindestalter, die in den letzten 12 Monaten landwirtschaftliche Arbeiten im oder für den landwirtschaftlichen Betrieb verrichtet haben. Als regelmäßig beschäftigte Arbeitskräfte gelten alle Familienmitglieder des Betriebsinhabers (einschließlich des Betriebsinhabers), die im landwirtschaftlichen Betrieb arbeiten.

Regelmäßig in der Landwirtschaft beschäftigte weibliche Arbeitskräfte In 1 000 Personen

	1990	1993	1995	1997	2000
EU-15	:	:	5 601	5 436	4 976
Belgien	48	48	44	41	37
Dänemark	41	40	38	37	0
Deutschland	647	534	466	429	416
Griechenland	648	810	678	698	593
Estland	900	786	769	757	784
Frankreich	658	560	520	476	434
Irland	93	99	87	81	70
Italien	2 101	1 808	1 838	1 802	1 540
Luxemburg	4	3	3	2	2
Niederlande	86	89	87	94	92
Österreich	:	:	230	214	229
Portugal	728	588	548	502	499
Finnland	:	:	87	82	66
Schweden	:	:	54	55	51
Vereinigtes Königreich	199	193	153	168	161

Zu den Arbeitskräften zählen alle Personen ab dem gesetzlichen Mindestalter, die in den letzten 12 Monaten landwirtschaftliche Arbeiten im oder für den landwirtschaftlichen Betrieb verrichtet haben. Als regelmäßig beschäftigte Arbeitskräfte gelten alle Familienmitglieder des Betriebsinhabers (einschließlich des Betriebsinhabers), die im landwirtschaftlichen Betrieb arbeiten.

Betriebsinhaber als natürliche Personen

In 1 000 Personen

	1990	1993	1995	1997	2000
EU-15	:	:	7 269	6 869	6 486
Belgien	85	75	70	65	59
Dänemark	81	73	68	63	57
Deutschland	646	600	561	518	440
Griechenland	850	819	802	821	817
Estland	1 568	1 354	1 241	1 168	1 236
Frankreich	910	786	718	662	538
Irland	170	159	153	148	141
Italien	2 647	2 475	2 471	2 302	2 138
Luxemburg	4	3	3	3	3
Niederlande	122	116	110	104	95
Österreich	:	:	217	206	195
Portugal	594	484	445	411	409
Finnland	:	:	101	91	76
Schweden	:	:	83	84	76
Vereinigtes Königreich	227	228	225	223	206

Der Betriebsinhaber ist die juristische oder natürliche Person, die von der landwirtschaftlichen Tätigkeit profitiert. Es werden nur Einzelbetriebsinhaber berücksichtigt; Inhaber von Gruppenbetrieben sind ausgeschlossen.





Betriebsinhaber unter 35 Jahren

In 1 000 Personen

	1990	1993	1995	1997	2000
EU-15	:	:	571	522	528
Belgien	10	9	11	9	7
Dänemark	9	7	7	7	5
Deutschland	101	103	98	86	73
Griechenland	74	59	49	44	71
Estland	113	88	77	69	111
Frankreich	121	104	92	79	53
Irland	22	24	21	18	18
Italien	138	133	110	119	111
Luxemburg	0	0	0	0	0
Niederlande	11	12	10	7	6
Österreich	:	:	40	35	31
Portugal	40	23	19	15	17
Finnland	:	:	16	13	9
Schweden	:	:	7	6	5
Vereinigtes Königreich	17	15	14	13	11

Der Betriebsinhaber ist die juristische oder natürliche Person, die von der landwirtschaftlichen Tätigkeit profitiert. Es werden nur Einzelbetriebsinhaber berücksichtigt; Inhaber von Gruppenbetrieben sind ausgeschlossen.

Betriebsinhaber über 64 Jahre

In 1 000 Personen

	1990	1993	1995	1997	2000
EU-15	:	:	2022	1950	1867
Belgien	17	16	12	12	12
Dänemark	16	16	16	13	11
Deutschland	47	42	42	41	26
Griechenland	216	241	249	281	253
Estland	384	364	371	368	347
Frankreich	126	116	110	106	97
Irland	39	32	33	32	28
Italien	851	851	912	828	826
Luxemburg	1	1	1	1	1
Niederlande	19	19	19	20	18
Österreich	:	:	21	21	20
Portugal	171	161	157	155	155
Finnland	:	:	7	5	5
Schweden	:	:	18	18	16
Vereinigtes Königreich	50	51	55	50	52

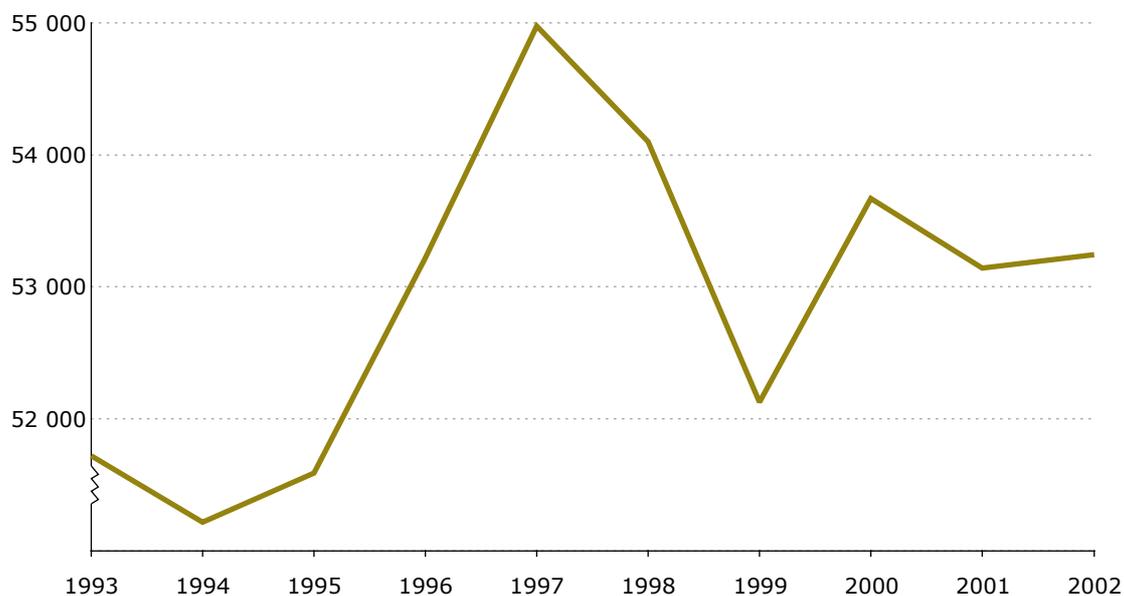
Getreideanbaufläche

In 1 000 ha

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-25	51 719	51 218	51 589	53 220	54 977	54 100	52 126	53 671	53 141	53 242	:
EU-15	35 487	35 167	35 950	37 319	38 476	37 790	36 739	37 722	36 951	37 864	36 830
Eurozone	28 504	28 201	28 975	29 881	30 850	30 265	29 667	30 453	29 862	30 673	29 860
Belgien	312	309	309	295	301	320	282	314	287	310	308
Tschechische Republik	1 607	1 660	1 580	1 586	1 686	1 678	1 591	1 650	1 624	1 562	1 460
Dänemark	1 438	1 406	1 454	1 545	1 535	1 535	1 497	1 500	1 538	1 528	1 485
Deutschland	6 224	6 235	6 527	6 707	7 014	7 042	6 635	7 016	7 046	6 941	6 862
Estland	375	320	304	289	327	354	321	329	274	259	268
Griechenland	1 360	1 345	1 235	1 318	1 308	1 287	1 283	1 213	1 372	1 303	1 284
Spanien	6 426	6 490	6 693	6 767	6 988	6 632	6 696	6 807	6 437	6 728	6 565
Frankreich	8 500	8 121	8 246	8 783	9 140	9 153	8 842	9 075	8 936	9 328	8 953
Irland	285	270	274	293	310	301	290	279	286	299	303
Italien	4 080	4 104	4 225	4 222	4 197	4 068	4 173	4 134	4 133	4 284	4 148
Zypern	69	64	61	60	43	59	59	51	56	58	58
Lettland	694	486	408	446	483	466	416	420	444	415	429
Litauen	1 268	1 195	1 027	1 079	1 162	1 108	1 013	980	936	918	864
Luxemburg	30	30	29	30	29	29	28	29	28	29	29
Ungarn	2 695	2 884	2 739	2 795	2 954	2 835	2 421	2 764	3 081	2 953	:
Malta	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Niederlande	187	195	199	206	207	211	190	226	236	233	234
Österreich	825	821	808	833	848	840	810	830	824	814	810
Polen	8 579	8 481	8 571	8 720	8 899	8 844	8 701	8 814	8 820	8 294	8 163
Portugal	712	681	689	670	703	517	594	578	493	515	454
Slowenien	111	103	100	99	95	95	92	103	105	99	:
Slowakei	835	860	848	828	853	871	774	838	851	820	:
Finnland	923	945	978	1 075	1 113	1 152	1 128	1 167	1 156	1 190	1 194
Schweden	1 152	1 172	1 104	1 217	1 268	1 283	1 153	1 208	1 165	1 116	1 145
Vereinigtes Königreich	3 033	3 043	3 181	3 359	3 515	3 420	3 140	3 348	3 014	3 245	3 056

Getreideanbaufläche in EU-25

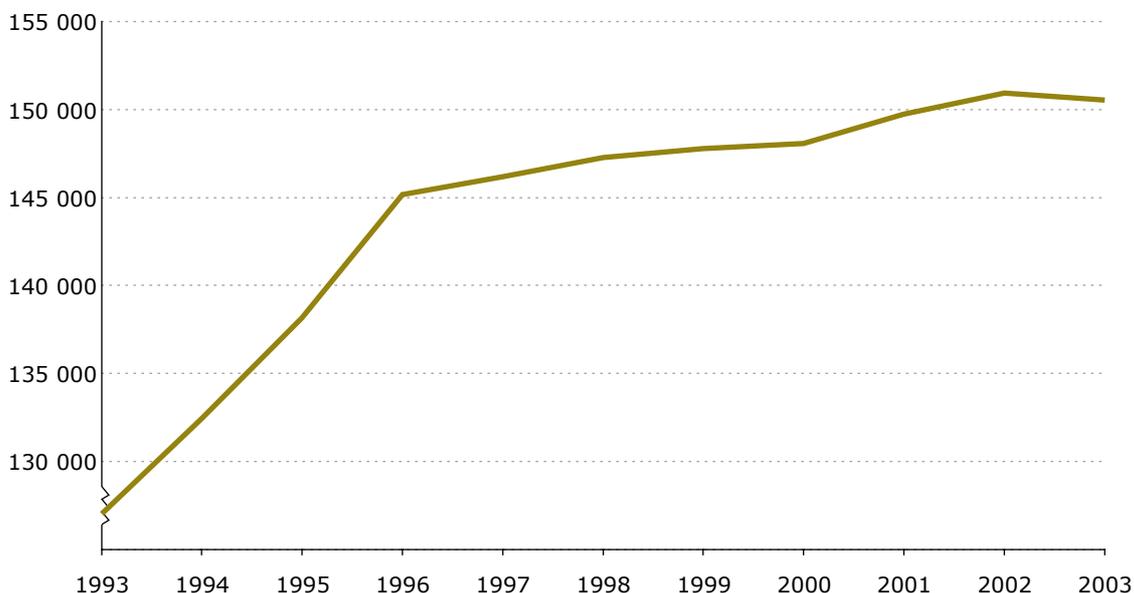
In 1 000 ha





Pflanzliche Erzeugung in EU-15

In Mio. ECU/EUR



2001: vorläufige Daten; 2002, 2003: Schätzungen.

Die pflanzliche Erzeugung wird zu Herstellungspreisen bewertet. Der Herstellungspreis ist der Betrag, den der Erzeuger erhält, abzüglich aller Gütersteuern und zuzüglich aller Gütersubventionen. Der Begriff der Erzeugung umfasst Verkäufe, Vorratsveränderungen sowie pflanzliche Erzeugnisse, die als Futtermittel, für die Verarbeitung oder für den Eigenverbrauch der Erzeuger bestimmt sind.

Tierische Erzeugung in EU-15

In Mio. ECU/EUR

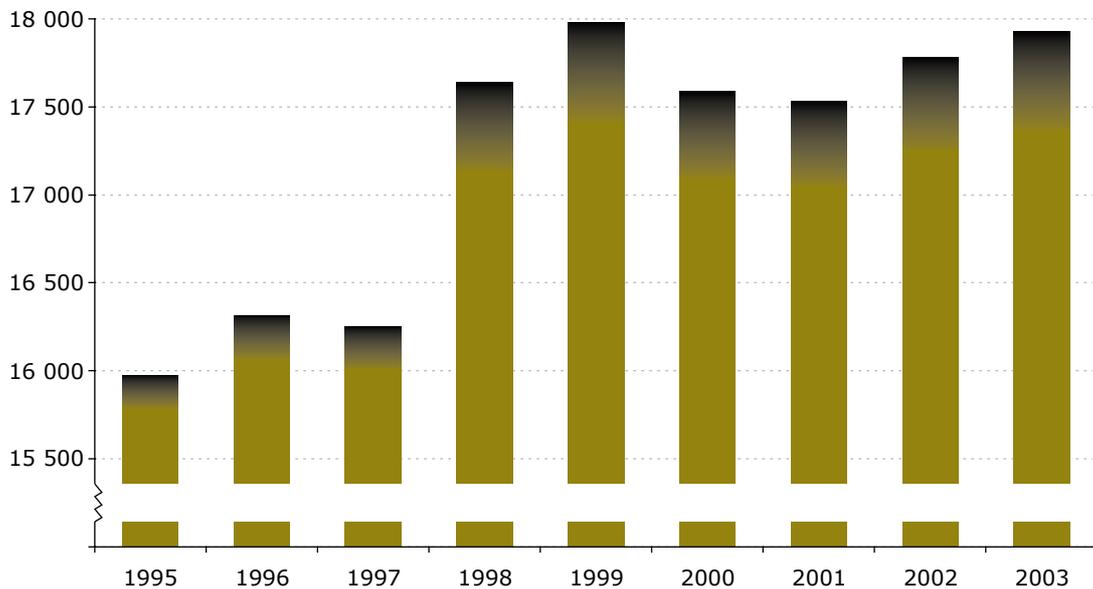


2001: vorläufige Daten; 2002, 2003: Schätzungen.

Die tierische Erzeugung wird zu Herstellungspreisen bewertet. Der Herstellungspreis ist der Betrag, den der Erzeuger erhält, abzüglich aller Gütersteuern und zuzüglich aller Gütersubventionen. Der Begriff der Erzeugung umfasst Verkäufe, Vorratsveränderungen sowie Erzeugnisse, die für die Verarbeitung oder für den Eigenverbrauch der Erzeuger bestimmt sind.

Fleischerzeugung in EU-15: Schweine

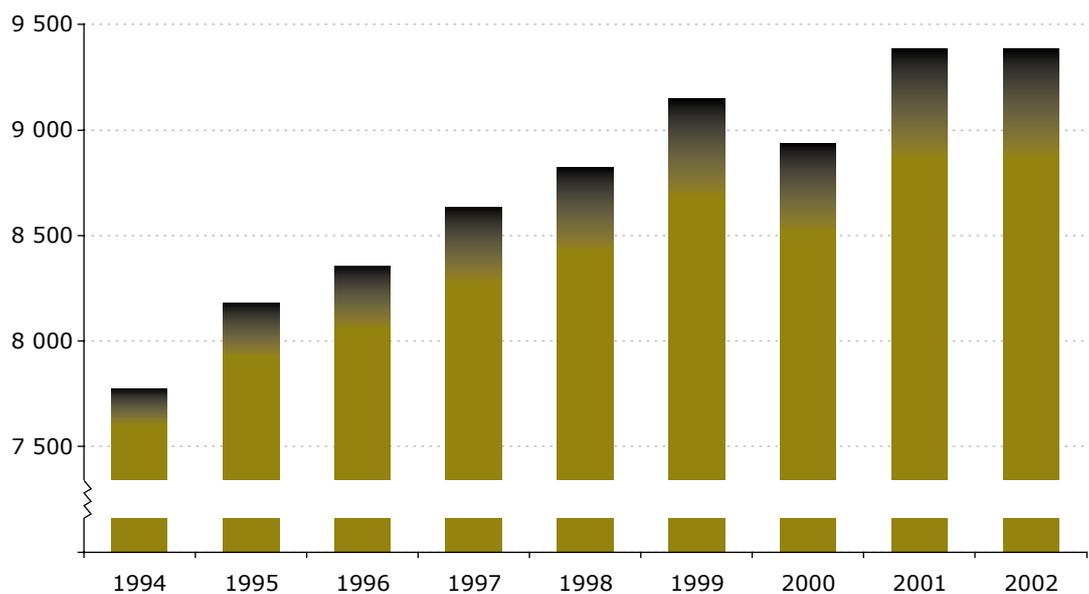
In 1 000 t



Der Indikator stellt das Gesamtschlachtgewicht von Schweinen dar, die in Schlachthäusern oder landwirtschaftlichen Betrieben geschlachtet wurden und deren Fleisch als genusstauglich eingestuft wurde.

Fleischerzeugung in EU-15: Geflügel

In 1 000 t

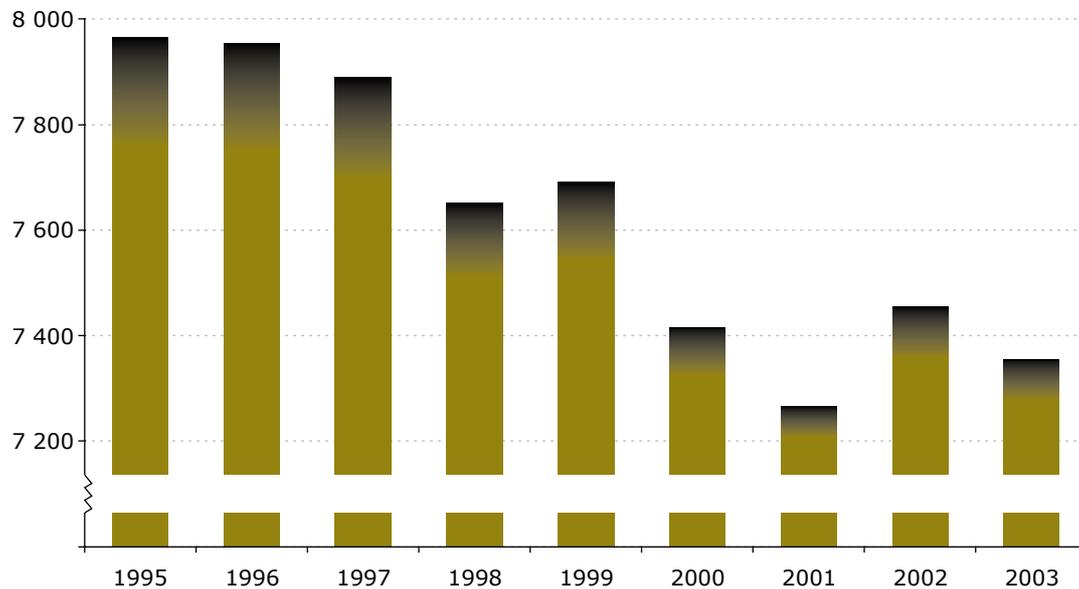


Gesamtschlachtgewicht von geschlachtetem Geflügel, dessen Fleisch als genusstauglich eingestuft wurde. Die folgenden Geflügelarten sind erfasst: Hühner, Hähnchen, Enten, Truthühner, Perlhühner, Gänse. Der Indikator bezieht sich vorwiegend auf die Erzeugung von Hühnervögeln einschließlich Masthähnchen.



Fleischerzeugung in EU-15: Rinder

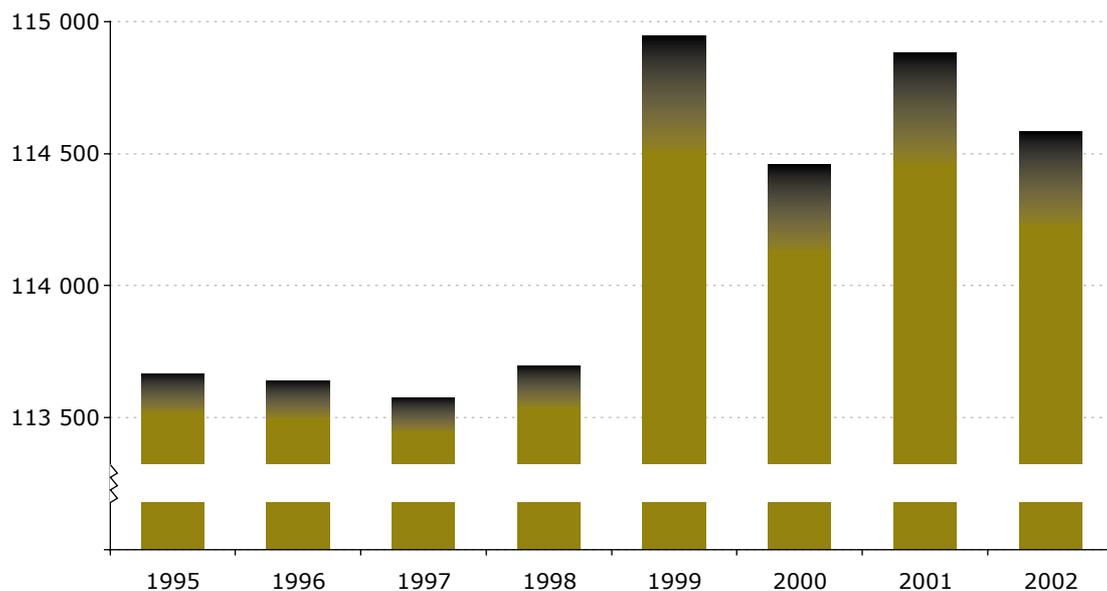
In 1 000 t



Der Indikator bezieht sich auf das Schlachtgewicht von Rindern (Kälber, Ochsen, Bullen, Färsen und Kühe), die in Schlachthäusern oder landwirtschaftlichen Betrieben geschlachtet wurden und deren Fleisch als genusstauglich eingestuft wurde.

Kuhmilchaufnahme in EU-15

In 1 000 t



Die Daten beziehen sich auf Kuhmilch, die in den landwirtschaftlichen Betrieben von zugelassenen Molkereien aufgenommen wird. Dabei ist zwischen der Milchaufnahme durch die Molkereien und der Milcherzeugung in den landwirtschaftlichen Betrieben zu unterscheiden. Die Milchaufnahme ist lediglich ein Teil der gesamten Milchverwendung im landwirtschaftlichen Betrieb. Zu den anderen Verwendungsarten zählen in der Regel der Eigenverbrauch, der Direktverkauf und die Viehfütterung.

Indizes der Erzeugerpreise für die landwirtschaftliche Erzeugung

1995 = 100; deflationiert

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-15	:	:	100	99	96,3	91,5	86,4	87,6	89,8	85,3	:
Eurozone-12	:	:	100	99,1	97,7	93,6	88,4	89,9	91,7	87,3	:
Belgien	:	:	100	101,4	101,2	94,2	85,4	91,8	91,8	83,7	86,1
Tschechische Republik	105,3	101,4	100	99,6	94,5	87,3	75,5	79,3	82,7	:	:
Dänemark	:	:	100	101,7	99,8	86,6	81,1	88,1	92,4	81,6	76,8
Deutschland	:	:	100	98,3	97,8	92,5	86,3	90,4	94	86,9	86,1
Estland	:	:	100	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland	:	:	100	99	96	91,1	89,6	90,6	92,9	94,5	99,2
Spanien	:	:	100	98,8	93,9	89,8	84,9	85,8	87,2	82,6	82,9
Frankreich	:	:	100	97,7	96,7	95,9	92,3	92,2	93,7	87,9	88,4
Irland	:	:	100	93,4	86,6	84,1	78,6	79,5	79,9	73	69,8
Italien	:	:	100	100,4	99	93,9	88,1	87,9	90,2	89,1	91,3
Zypern	:	:	100	95,9	100,1	99,1	:	:	:	:	:
Lettland	:	:	100	95,9	84,2	75,3	62,4	65,2	65	70	:
Litauen	140,4	93,4	100	96,2	83,4	74,2	68,3	64,3	67,8	:	:
Luxemburg	:	:	100	94,3	95,2	94,3	90,7	88,1	88	84	82,5
Ungarn	:	:	100	108,3	99,8	89,8	83,8	93,3	89,9	85,2	:
Niederlande	:	:	100	101,5	105,9	98,7	91,2	96	96,6	91,1	91,1
Österreich	:	:	100	99,9	101,2	93,3	87,1	91,1	95	88,6	:
Polen	98,1	101,3	100	101,8	97,3	85,7	75,6	79,9	79,1	:	:
Portugal	:	:	100	99,1	97,9	96,9	90,4	92,2	94	86,7	86,8
Slowenien	101,4	100,3	100	102,3	102,5	95,3	89,4	87,3	87,6	:	:
Slowakei	108,9	106,4	100	99,6	99,2	92,7	82,3	78,8	79,1	:	:
Finnland	:	:	100	104,1	96,5	93,8	87,8	89,5	91,7	88,1	82,5
Schweden	:	:	100	94,7	91,3	89	87,3	85,1	87,2	83,3	81,8
Vereinigtes Königreich	98	95,7	100	97,4	83,1	73,5	69,4	67,4	71,8	68,4	73

Die Indizes in dieser Tabelle liefern Angaben über die Entwicklung der Erzeugerpreise für die landwirtschaftliche Erzeugung insgesamt. Die Teilindizes wurden mit dem Wert der Verkäufe des Jahres 1995 gewichtet. Die nominalen Indizes wurden mit Hilfe des harmonisierten Verbraucherpreisindex deflationiert.

Index der Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel

1995 = 100; deflationiert

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-15	:	:	100	101,8	101,1	96,6	94,1	96,3	97,6	95,7	:
Eurozone-12	:	:	100	102,1	102	97,8	95,2	97,6	98,5	96,7	:
Belgien	:	:	100	102,1	102,7	98,3	96,6	100,3	100,4	99,3	98
Tschechische Republik	:	102,4	100	101,1	100,4	90,2	82,7	87,7	88,5	:	:
Dänemark	:	:	100	100,9	101,9	99,1	95,5	95,6	99,9	97,3	93,5
Deutschland	:	:	100	101,6	101,5	98,1	96,9	101,2	102,4	100,9	100,8
Estland	:	:	100	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland	:	:	100	99,7	96,8	94,4	94,1	96,5	95,3	94,3	94,6
Spanien	:	:	100	100,9	101,7	99,4	96	97,7	97,5	95,2	93,6
Frankreich	:	:	100	101,3	101,5	98,7	97,3	99,6	100,5	99	98,1
Irland	:	:	100	101,6	99,3	96	95,1	95,7	96,5	94	92,5
Italien	:	:	100	104,6	105,2	97,1	91,4	92,5	94	92,7	92,1
Zypern	:	:	100	101,7	105,4	99,8	:	:	:	:	:
Lettland	:	:	100	109,5	113,8	111,7	111,1	110,8	109,6	109,9	:
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Luxemburg	:	:	100	100,7	100,3	99	98,8	99,5	100,6	99,5	98,3
Ungarn	:	:	100	108,8	106,9	101	100,6	106,2	110,8	107,8	:
Niederlande	:	:	100	103,7	102,3	98,1	95,8	99,2	101,1	98,4	98,1
Österreich	:	:	100	100,6	100,8	97,9	97,2	98,4	98,3	96,6	:
Polen	109,4	103,5	100	99	98,9	98,1	100,6	103,8	105	:	:
Portugal	:	:	100	100,1	97	92,3	90,4	91,3	93,8	87,2	87,9
Slowenien	109,8	109,7	100	116	115,5	106,1	101,4	104,8	111,2	:	:
Slowakei	107,3	101,8	100	101	105,3	102,7	96,6	94,2	95,9	:	:
Finnland	:	:	100	100,4	101,1	98,4	97	99,6	98,1	96,5	96,7
Schweden	:	:	100	104,3	103,5	100,8	100,3	102,8	105,9	106	105,8
Vereinigtes Königreich	97,5	95,7	100	98,9	93,6	86,6	84	85,6	88,2	86,7	87,6

Die Indizes in dieser Tabelle liefern Angaben über die Entwicklung der Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel insgesamt. Die Teilindizes wurden mit dem Wert der Einkäufe des Jahres 1995 gewichtet. Die nominalen Indizes wurden mit Hilfe des harmonisierten Verbraucherpreisindex deflationiert.



Indikator A für das Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit 1995 = 100

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-15	85,6	93,9	100,0	103,5	103,9	100,2	100,6	106,5	111,3(p)	105,3(e)	:
Eurozone-12	86,3	94,8	100,0	104,6	107,2	105,4	105,3	110,1	116,8(e)	111,8(e)	:
Belgien	109,6	111,1	100,0	109,6	113,8	107,5	99,5	108,0	116,9(e)	113,7(e)	125,5(e)
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Dänemark	74,6	85,1	100,0	100,8	97,1	76,3	75,3	91,0	102,3	81,8(e)	73,2(e)
Deutschland	86,2	92,2	100,0	113,4	116,4	104,6	102,9	126,3	150,7(e)	118,9(e)	1038 140(e)
Estland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Griechenland	85,2	95,8	100,0	95,2	95,6	95,1	95,4	96,9	100,4	100,0(e)	101,8(e)
Spanien	90,0	100,4	100,0	112,3	113,5	106,0	103,4	121,5	123,7(p)	114,4(e)	116,7(e)
Frankreich	83,0	94,2	100,0	100,5	104,0	108,6	106,4	105,8	107,5	103,4(e)	104,0(e)
Irland	89,6	93,5	100,0	102,3	99,9	96,6	92,3	107,7	110,9	103,1(e)	104,5(e)
Italien	85,3	91,1	100,0	105,7	108,3	108,2	116,7	112,5	111,4	109,7(e)	109,1(e)
Zypern	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Lettland	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Litauen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Luxemburg	90,9	88,5	100,0	103,4	95,6	104,3	100,4	100,9	94,6	96,0(e)	96,(e)
Ungarn	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Malta	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Niederlande	86,4	97,4	100,0	95,9	103,5	93,0	86,4	87,3	89,6	78,9(e)	80,0(e)
Österreich	84,5	91,0	100,0	93,3	83,7	81,0	80,9	88,5	102,3	98,1(e)	92,1(e)
Polen	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
Portugal	67,9	91,1	100,0	109,8	104,6	104,9	126,1	109,6	131,0	126,4(e)	128,9(e)
Slowenien	:	:	100,0	89,1	102,9	100,0	93,8	101,1	86,9	114,1(e)	91,8(e)
Slowakei	:	:	100,0	105,1	108,1	95,8	102,2	99,3	113,8	107,5(e)	74,8(e)
Finnland	93,7	84,3	100,0	82,8	82,1	65,6	81,4	107,6	109,3(e)	116,6(e)	110,4(e)
Schweden	83,2	83,9	100,0	98,2	104,4	107,0	94,4	105,3	118,0(e)	116,5(e)	113,0(e)
Vereinigtes Königreich	85,7	91,0	100,0	93,6	72,1	62,6	61,4	58,3	62,4	66,9(e)	79,2(e)

Der Indikator A ist die deflationierte (reale) Nettowertschöpfung zu Faktorkosten der Landwirtschaft je Jahresarbeitseinheit. Der implizite Preisindex des BIP dient als Deflator.

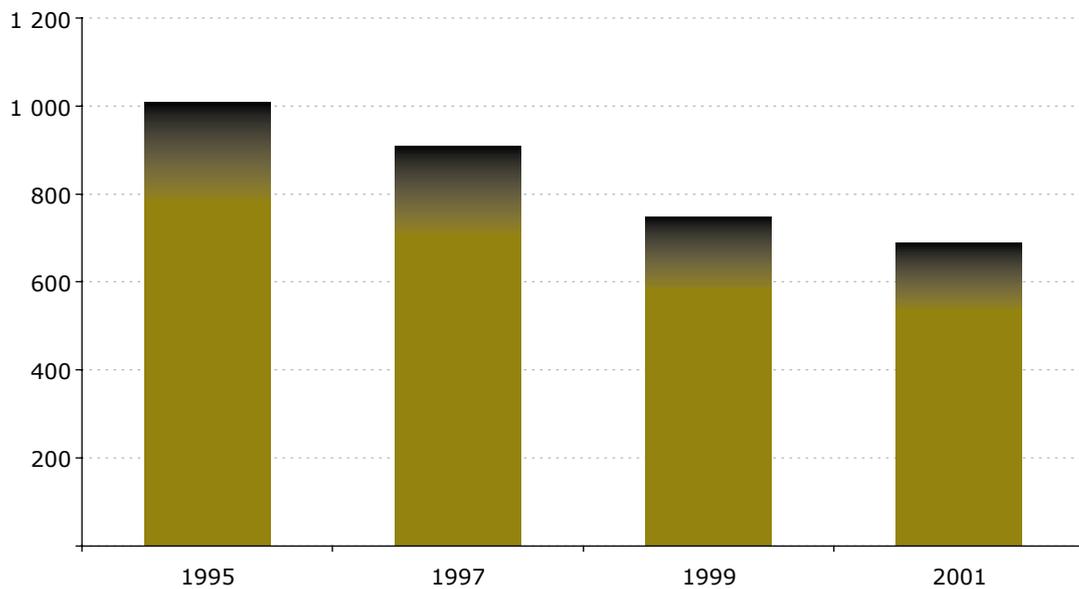
Bruttowertschöpfung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs zu Herstellungspreisen In Mio. ECU/EUR

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-15	124 919,6	132 302,6	136 178,0	143 008,2	143 534,5	141 659,1	139 710,7	144 147,0	148 992,2p	145 064,7(e)	144 629,6(e)
Eurozone-12	113 316,8	119 968,4	122 687,1	129 110,5	129 711,1	129 156,7	127 587,1	129 998,7	136 171,0(e)	132 193,3(e)	:
Belgien	2 833,1	2 946,1	2 784,4	2 852,1	2 915,3	2 785,3	2 605,9	2 795,6	2 863,6(e)	2 789,7(e)	3 000,7(e)
Tschechische Republik	:	:	:	:	:	936,8	775,4	867,9	1 064,1	952,5(e)	857,8(e)
Dänemark	3 189,5	3 423,9	3 941,9	3 992,8	3 833,3	3 123,8	3 039,6	3 508,7	3 942,6	3 288,4(e)	3 055,6(e)
Deutschland	14 011,1	14 371,1	15 700,8	16 308,6	16 104,3	15 563,1	15 471,2	17 381,0	19 218,2	16 376,3(e)	14 847,4(e)
Estland	:	:	:	:	:	174,6	150,1	163,1	183,6	130,4(e)	130,2(e)
Griechenland	7 089,1	7 945,2	8 389,1	8 181,7	8 456,9	8 169,4	8 387,8	8 243,7	8 500,7	8 513,7(e)	8 722,3(e)
Spanien	17 771,5	19 130,9	19 216,7	22 315,2	22 810,9	23 083,5	21 665,1	23 348,7	23 663,0(p)	24 013,4(e)	24 897,4(e)
Frankreich	27 148,1	29 572,1	30 910,2	30 889,7	31 059,3	32 122,2	31 664,2	31 661,2	31 874,5	31 606,3(e)	31 207,1(e)
Irland	3 013,3	3 036,7	3 082,6	3 173,8	3 141,1	2 971,1	2 710,5	2 932,8	2 851,5	2 620,9(e)	2 775,1(e)
Italien	24 229,0	24 471,2	24 020,9	27 478,4	28 533,7	28 431,5	28 877,0	28 219,6	29 258,2	29 127,9(e)	29 241,5(e)
Zypern	:	:	:	:	:	315,4	326,9	:	:	:	423,2(e)
Lettland	:	:	:	:	:	185,1	164,2	212,1	244,3	255,0(e)	229,4(e)
Litauen	:	:	322,4	510,2	643,3	476,1	410,3	373,9	324,5(e)	354,8(e)	346,4(e)
Luxemburg	122,1	120,9	135,1	123,3	110,0	124,8	133,4	132,0	129,8	126,6(e)	123,2(e)
Ungarn	:	:	:	:	:	2 044,5	1 898,3	1 887,9	2 080,1	2 102,0(e)	1 853,3(e)
Malta	:	:	:	:	:	70,6	70,1	69,0	72,7	71,5(e)	67,8(e)
Niederlande	8 428,5	9 192,1	9 666,8	9 384,8	8 835,2	9 072,3	8 701,9	9 303,0	9 618,0	9 082,0(e)	9 114,4(e)
Österreich	3 260,7	3 374,1	3 185,6	2 903,9	2 696,0	2 555,7	2 518,4	2 611,7	2 794,1	2 622,1(e)	2 465,2(e)
Polen	:	:	:	:	:	5 180,3	4 258,0	4 756,5	6 034,8	4 917,2(e)	4 000,6(e)
Portugal	2 051,2	2 513,8	2 700,2	2 858,0	2 592,6	2 467,2	2 864,8	2 690,2	3 165,7	3 264,3(e)	3 419,5(e)
Slowenien	:	:	438,7	411,8	464,6	467,1	439,7	431,2	399,4	494,4(e)	399,2(e)
Slowakei	:	:	533,7	568,7	590,1	483,2	414,8	344,6	440,0	526,6(e)	354,3(e)
Finnland	1 998,1	1 969,1	1 698,7	1 580,5	1 535,8	1 104,4	1 278,8	1 519,3	1 561,8	1 634,3(e)	1 497,5(e)
Schweden	1 638,0	1 657,0	1 655,3	1 723,7	1 742,3	1 635,5	1 423,4	1 601,3	1 531,3	1 474,7(e)	1 461,0(e)
Vereinigtes Königreich	11 397,1	11 952,4	12 275,3	12 145,7	11 863,8	11 005,1	10 887,1	10 809,9	10 813,3	11 146,2(e)	11 266,8(e)

Die Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen ist der Produktionswert (zu Herstellungspreisen) abzüglich Vorleistungen. Der Herstellungspreis ist der Betrag, den der Erzeuger erhält, abzüglich aller Gütersteuern und zuzüglich aller Gütersubventionen. Die Definition des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs beruht auf der Abteilung 01 der Systematik NACE Rev. 1.1.

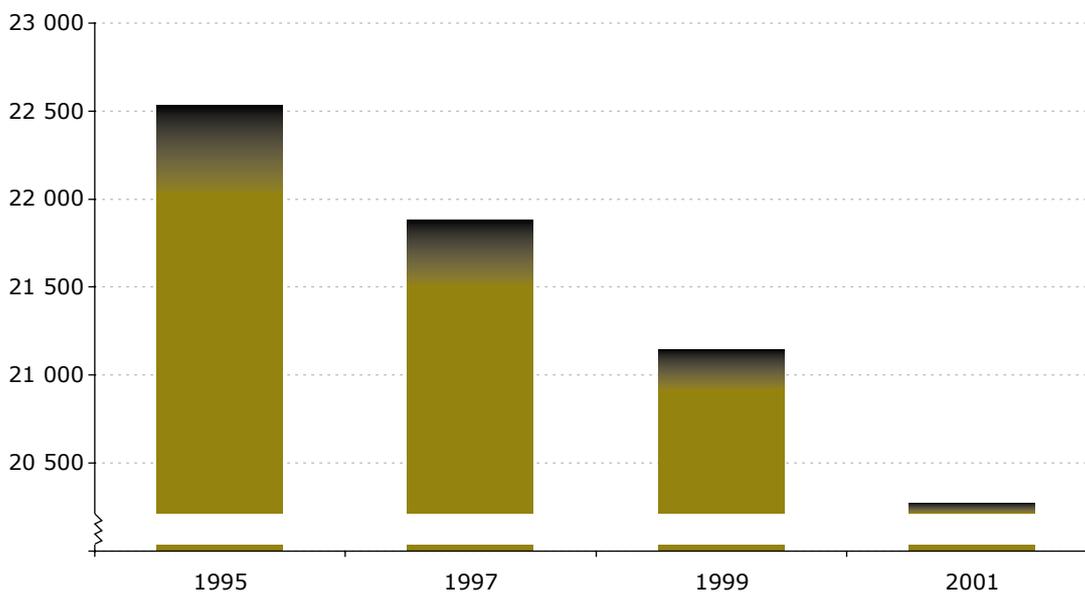
Betriebe mit Milchviehhaltung in EU-15

In 1 000



Bestand an Milchkühen in EU-15

In 1 000



7

Forstwirtschaft

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Holzentnahme nach Rundholzkategorien und -arten
- Holzentnahme nach Besitz
- Rundholz: Versorgungsbilanz, Produktion und Handel
- Die wichtigsten Produkte der Holzindustrie: Versorgungsbilanz, Produktion und Handel

Die Wälder Europas

Die Waldbestände der Erde werden auf ca. 3 870 Mio. ha geschätzt und bedecken damit 29 % der gesamten Landfläche. Die Wälder der Europäischen Union bedecken mit 136 Mio. ha ca. 36 % der gesamten Landfläche. Entgegen den Entwicklungstendenzen in anderen Gebieten der Erde steigt die Waldfläche in der EU langsam, aber stetig um ca. 0,3 % pro Jahr an und ist durch eine große Vielfalt an klimatischen, geografischen, ökologischen und sozioökonomischen Gegebenheiten gekennzeichnet. Die Wälder in der Europäischen Union wachsen in vielen verschiedenen Vegetationszonen und Ökosystemen, von den Küstenebenen bis zur alpinen Region. Auch die sozioökonomischen Bedingungen der Waldbewirtschaftung sind sehr unterschiedlich und reichen vom kleinen Familienbetrieb bis hin zu vertikal integrierten Unternehmen.

Die wichtigsten Zielsetzungen der EU im Hinblick auf die Forstwirtschaft sind:

- Förderung der nachhaltigen Entwicklung des Forstsektors als Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raums und insbesondere zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten;
- Schutz unserer natürlichen Umwelt und unseres forstlichen Erbes durch die Stärkung der Rolle, die die Wälder und der Forstsektor bei Bodenschutz, Erosionseindämmung, Wasserregulierung, Verbesserung der Luftqualität, Kohlenstoffbindung, Abmilderung der Folgen des Klimawandels und Anpassung an die Klimaveränderungen und nicht zuletzt der Erhaltung der ökologischen Vielfalt spielen;
- Verbesserung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung hinsichtlich ökologischer, ökonomischer und sozialer Aspekte im Rahmen des Gemeinsamen Marktes und in Übereinstimmung mit den internationalen Verpflichtungen der Union;
- Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Holzbe- und -verarbeitenden Industrie in der EU;

- Verbesserung der Instrumente zum Monitoring von Wäldern gemäß den Anforderungen bestehender Umweltvereinbarungen;
- verstärkte Nutzung von nachhaltig produziertem Holz und anderen forstwirtschaftlichen Erzeugnissen als umweltfreundliche und klimaneutrale Ausgangsstoffe und Energiequellen durch Förderung der Zertifizierung nachhaltiger Forstbewirtschaftung und der Kennzeichnung entsprechender Produkte;
- Förderung einer nachhaltigen und ausgewogenen Waldbewirtschaftung mit dem Ziel der Verminderung der Armut und somit als wirksamer Beitrag zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union.

Datenquellen

Eurostat pflegt schon seit Jahren eine intensive Kooperation mit den internationalen Organisationen der Gemeinsamen Sekretariats-Arbeitsgruppe für Forstwirtschaft, um Doppelarbeiten in den entsprechenden Ländern zu vermeiden.

Zur Erstellung gemeinsamer Forststatistiken haben sich Eurostat, die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) und die Internationale Tropenholzorganisation (ITTO) zur Gemeinsamen Sekreta-



riats-Arbeitsgruppe zusammengeschlossen. Auch die Generaldirektionen Landwirtschaft, Unternehmen und Umwelt der Europäischen Kommission, die Europäische Umweltagentur (EUA) und die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) sind Mitglieder der Arbeitsgruppe.

Das wichtigste Instrument zur Zusammenarbeit ist der von Eurostat/UNECE/FAO/ITTO erarbei-

tete Gemeinsame Fragebogen zur Herstellung und Handel mit Rundholz und anderen Produkten der Forstindustrie, der von allen Organisationen verwendet wird. Jede Institution erhebt die entsprechenden Daten in den Ländern, für die sie zuständig ist. Die Sekretariate tauschen die erhobenen Daten aus und verwenden sie für ihre Veröffentlichungen. In diesem Rahmen führt Eurostat die Erhebung in den Mitgliedstaaten der EU und der EFTA durch.

Rundholzerzeugung insgesamt

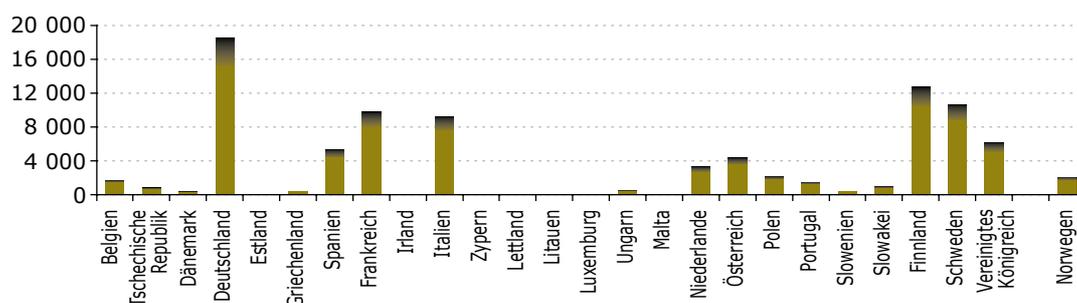
In 1 000 m²

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-15	259599	261313	254520	286017	259132	264386
Eurozone	188 317	190 229	184 584	210 039	186 760	188 065
Belgien	:	:	4 400	4 510	4 215	4 500
Tschechische Republik	13 491	13 991	14 203	14 441	14 374	14 541
Dänemark	1 817	1 538	1 538	2 952	1 613	1 446
Deutschland	38 207	39 052	37 634	53 710	39 483	42 380
Estland	5 505	6 061	6 704	8 910	10 200	10 500
Griechenland	1 783	1 692	2 215	2 245	1 916	1 591
Spanien	:	14 875	14 810	14 321	15 131	15 839
Frankreich	41 962	42 527	36 008	45 828	39 831	35 900
Irland	2 180	2 266	2 593	2 673	2 455	2 489
Italien	9 146	9 550	11 138	9 329	8 099	7 789
Zypern	40	35	36	21	18	15
Lettland	5 149	4 879	14 008	14 304	12 841	13 467
Litauen	8 922	10 028	4 924	5 500	5 700	6 300
Luxemburg	:	:	260	260	142	140
Ungarn	4 251	4 167	5 775	5 902	5 811	5 836
Malta	:	:	0	0	0	0
Niederlande	1 109	1 023	1 044	1 039	865	839
Österreich	14 725	14 033	14 083	13 276	13 467	14 845
Polen	21 635	23 107	24 268	26 025	25 016	27 170
Portugal	8 970	8 548	8 978	10 831	8 946	8 742
Slowenien	2 208	2 132	2 068	2 253	2 257	2 283
Slowakei	5 944	5 530	5 795	6 163	5 788	5 765
Finnland	51 798	53 660	53 637	54 262	52 210	53 011
Schweden	60 200	60 600	58 700	63 300	63 200	67 500
Vereinigtes Königreich	7 482	7 254	7 482	7 481	7 559	7 375
Island	:	:	:	0	0	0
Norwegen	8 346	8 172	8 424	8 156	8 996	8 649
Kanada	191 178	185 955	193 728	200 326	200 326	200 326
Vereinigte Staaten	485 880	494 016	497 641	500 174	471 028	477 821

Die Rohholzerzeugung umfasst alle Arten der Holzentnahme in Wäldern, auf sonstigen Flächen mit Bäumen und Sträuchern oder in Einschlagorten während eines bestimmten Zeitraums. Angabe in Festmetern ohne Rinde.

Herstellung von Papier und Pappe insgesamt im Jahr 2002

In 1 000 t



Die Kategorie „Papier und Pappe“ umfasst Druck- und Schreibpapier, Haushalts- und Hygieneartikel aus Zellstoff und Papier, Verpackungsmittel und sonstige Waren aus Papier, Karton und Pappe. Ausgeschlossen sind verarbeitete Erzeugnisse wie Schachteln, Kartons, Bücher, Zeitschriften usw.

Fischerei

Daten von Eurostat

Eurostat bietet eine reiche Auswahl an Daten über:

- Fänge nach Fischereigeieten
- Aquakulturproduktion
- Außenhandel mit Fischereierzeugnissen für alle Länder
- Versorgungsbilanz für Fischereierzeugnisse
- Fischereiflotte
- Anlandungen von Fischereierzeugnissen in Häfen der EU
- Beschäftigung im Fischereisektor

Gemeinsames Erbe

Fische sind eine natürliche, biologische, bewegliche, nachwachsende Ressource. Ihre Reproduktion verläuft ohne notwendige Eingriffe und ohne Kosten. Allerdings wandern Fische mitunter über enorme Entfernungen. Sie gehören niemandem, bevor sie nicht gefangen sind. Gleichzeitig geht mit jedem Fisch, der aus dem Meer entnommen wird, den übrigen Fängern ein Fisch verloren. Verhalten und Erfolg eines Fischers berühren folglich unmittelbar alle übrigen Fischer.

Diese Abhängigkeit von und die Anfälligkeit gegenüber Tätigkeiten von Dritten sind unvermeidbar. Fischbestände gelten weiterhin als Gemeinbesitz, Teil unseres gemeinsamen Erbes, das gemeinsam verwaltet werden muss. Wenn auch künftige Generationen in den Genuss dieses Erbes kommen sollen, muss daher festgelegt werden, in welchem Umfang, mit welchen Methoden und mit welchem Fanggerät gefischt werden darf.

Gemeinsame Fischereipolitik – die Kunst, Fisch der richtigen Größe in den richtigen Mengen auf die richtige Art und Weise zu fangen

Mit der Gemeinsamen Fischereipolitik verfügt die Europäische Union über ein Management-Instrument für die Fischerei, das den Interessen von Erzeugern und Verbrauchern sowie dem Schutz der Ressourcen dient.

Die Maßnahmen der Gemeinschaft betreffen vier Bereiche:

- **Bestandserhaltung** – Schutz der Fischressourcen durch Festlegung der Fischmengen, die dem Meer entnommen werden dürfen; Maßnahmen, die das Überleben einer ausreichenden Menge von Fischen im fortpflanzungsfähigen Alter garantieren; Kontrollen,

damit diese Maßnahmen auch eingehalten werden;

- **Strukturmaßnahmen** – Unterstützung von Fischwirtschaft und Aquakultur bei der Anpassung ihrer Organisationsstrukturen und Ausrüstungen an die Situationen, die sich aus den knappen Ressourcen und der Marktlage ergeben;
- **Märkte** – Aufrechterhaltung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fischereierzeugnisse und Anpassung von Angebot und Nachfrage zum Nutzen der Hersteller und Verbraucher;
- **Internationale Beziehungen** – Abschluss von Fischereiabkommen und Verhandlungen auf internationaler Ebene im Rahmen regionaler und internationaler



Fischereierorganisationen über gemeinsame Bestandserhaltungsmaßnahmen im Bereich der Hochseefischerei.

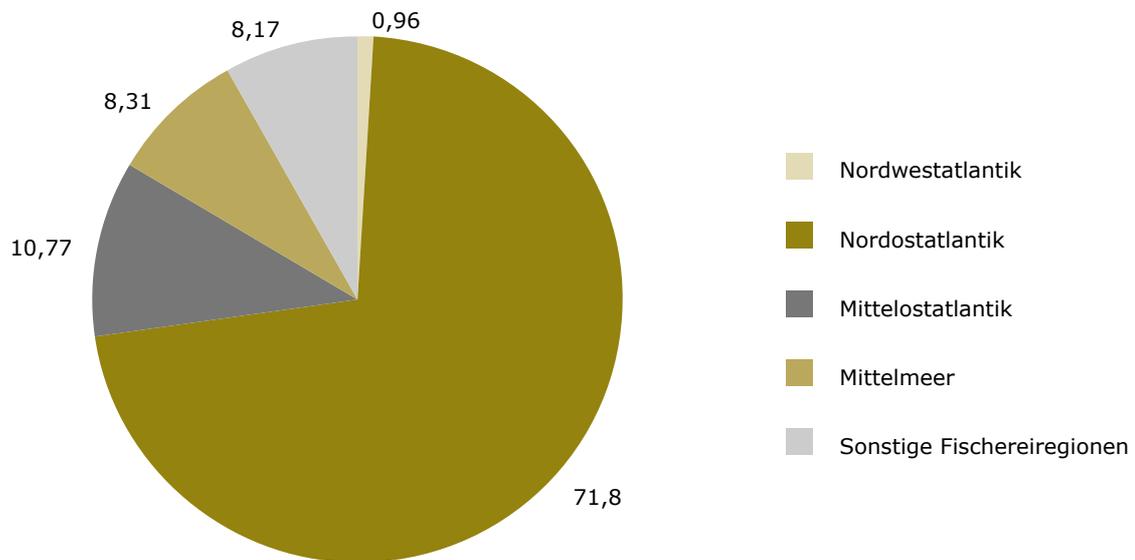
für andere Länder erfolgt dies durch andere internationale Organisationen.

Datenerhebung und Konzepte

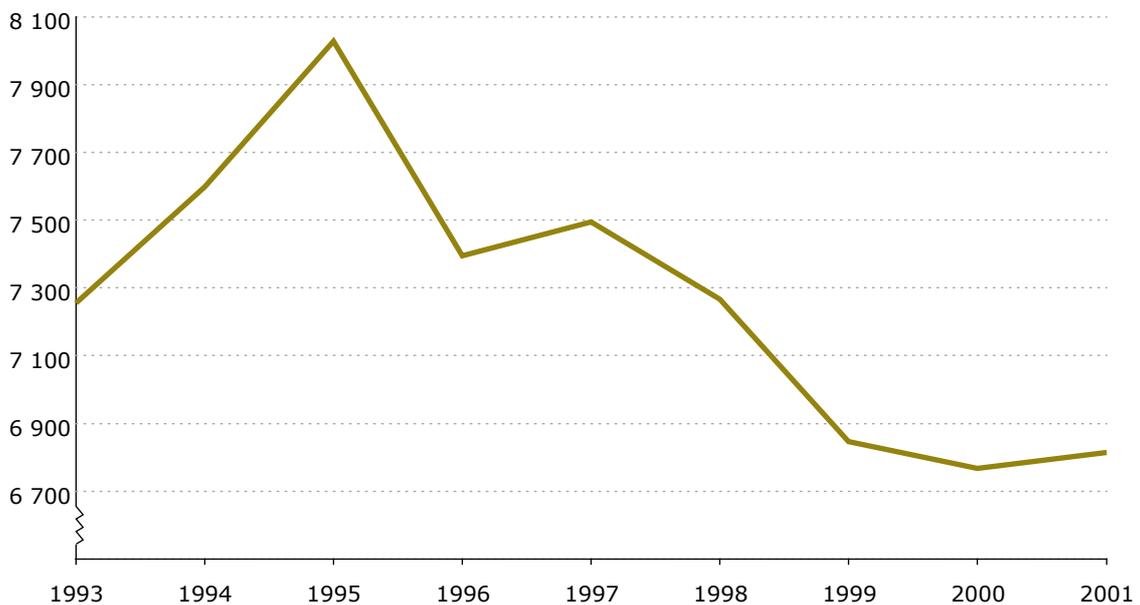
Für die EWR-Länder leitet Eurostat die Daten direkt aus den amtlichen nationalen Quellen ab,

Die Erhebung der Daten erfolgt anhand von international vereinbarten Konzepten und Definitionen, die von der Arbeitsgruppe für die Koordinierung der Fischereistatistik erstellt wurden. In dieser Arbeitsgruppe wirken neben Eurostat noch 12 weitere internationale, für Fischereistatistiken zuständige Organisationen mit.

Jährliche Fangmengen im Jahr 2001
In %; EU-25



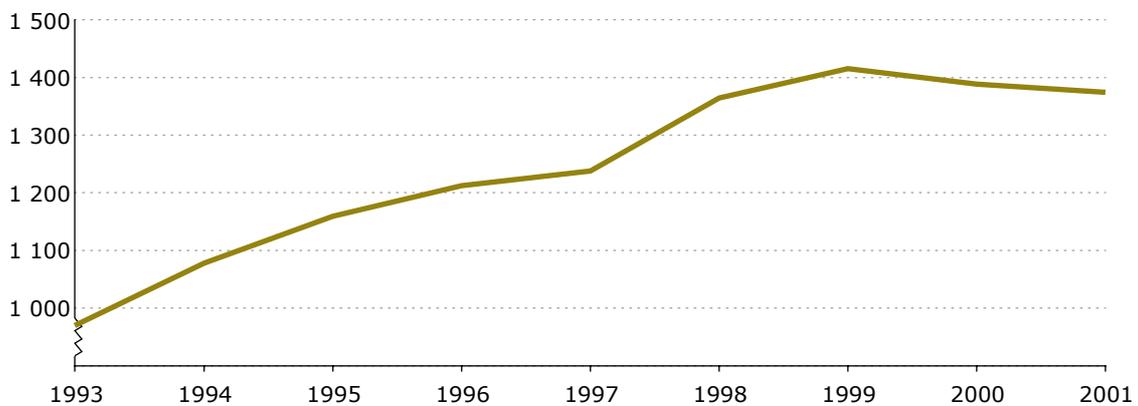
Jährliche Fangmengen in allen Regionen
In 1 000 t Lebendgewicht; EU-25





Aquakulturproduktion insgesamt in der EU-25

In 1 000 t Lebendgewicht



Aquakulturerzeugung insgesamt

In 1 000 t Lebendgewicht

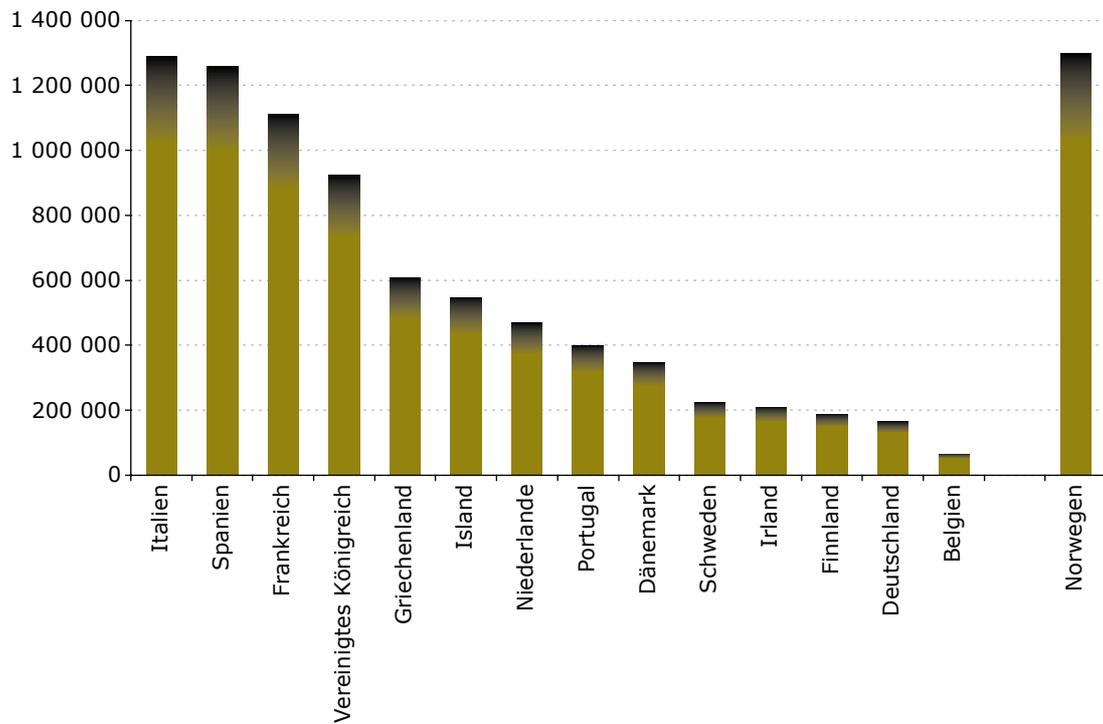
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
EU-25	:	970	1 078	1 159	1 212	1 238	1 364	1 415	1 388	1 374	:
EU-15	923	915	1 019	1 100	1 151	1 175	1 300	1 343	1 312	1 297	:
Belgien	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2
Tschechische Republik	:	20	19	19	18	18	17	19	19	20	:
Dänemark	43	40	43	45	42	40	42	43	44	42	38
Deutschland	97	70	49	64	83	65	73	80	66	53	50
Estland	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Griechenland	20	33	33	33	40	49	60	84	95	98	88
Spanien	169	126	178	224	232	239	315	321	312	313	264
Frankreich	250	277	281	281	286	287	268	265	267	252	250
Irland	27	30	29	27	35	37	42	44	51	61	:
Italien	170	166	176	215	189	196	209	210	217	221	184
Zypern	0	0	0	0	1	1	1	1	2	2	2
Lettland	1	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Litauen	4	3	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Ungarn	14	9	10	9	8	9	10	12	13	13	:
Malta	1	1	1	1	2	2	2	2	2	1	1
Niederlande	54	71	109	84	100	98	120	109	75	52	:
Österreich	3	3	3	3	3	3	3	3	3	2	2
Polen	30	19	25	25	28	29	30	34	36	35	:
Portugal	6	6	7	5	5	7	8	6	8	8	8
Slowenien	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Slowakei	:	2	2	2	1	1	1	1	1	1	:
Finnland	18	18	17	17	18	16	16	15	15	16	15
Schweden	7	6	7	8	8	7	6	6	5	7	6
Vereinigtes Königreich	57	69	86	94	110	130	137	155	152	171	:
Island	3	3	3	3	4	4	4	4	4	4	:
Norwegen	131	164	218	278	322	368	411	476	491	512	554
Kanada	45	52	55	65	72	82	91	113	128	152	:
Japan	1 397	1 359	1 420	1 390	1 349	1 340	1 290	1 315	1 292	1 314	:
Vereinigte Staaten	414	417	391	413	393	438	445	479	428	461	:

Quelle: Eurostat/FAO.

Gesamtproduktion an Fischen, Weich- und Krebstieren sowie sonstigen im Wasser lebenden Organismen durch Aquakultur (Fischzucht). Die Daten sind in Lebendgewichtäquivalenten der Produktion ausgedrückt; darunter versteht man das Gewicht des dem Wasser entnommenen Produkts. Bei Muscheln ist also das Gehäuse im Gewicht enthalten.

Fischereiflotte im Jahr 2002

Gesamtleistung in kW

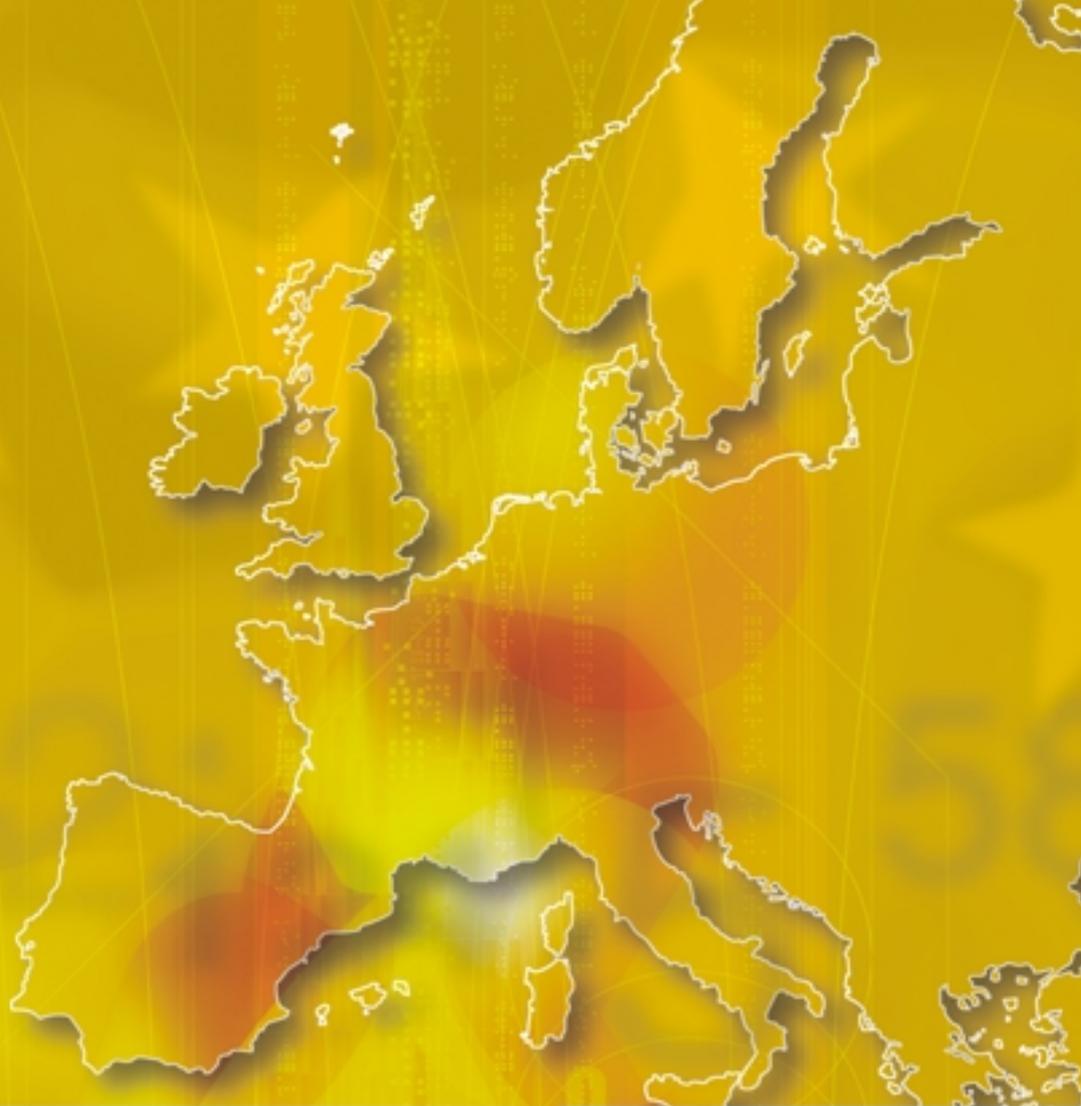


Keine Daten für Malta und Slovenien.

Quelle: Eurostat/DG Fischerei.

In Kilowatt ausgedrückte Gesamtmaschinenleistung der Fischereiflotten der EU-Mitgliedstaaten sowie der Fischereiflotten von Island und Norwegen. Die EU-Daten werden von der Generaldirektion Fischerei auf der Grundlage der Verwaltungsdatei für Fischereifahrzeuge geliefert. Die Daten für Island und Norwegen werden von den nationalen Behörden direkt an Eurostat übermittelt. Im Allgemeinen beziehen sich die Daten auf die Flottengröße zum 31. Dezember des Referenzjahrs.





Anhänge

	Glossar	253-267
	Geonomenklatur 2004	268-269
	NACE Rev. 1.1	270
	SITC Rev. 3	271-272
	Abkürzungen und Akronyme	273-275
	Hinweise zur CD-ROM	280

8

Glossar

Arbeitsunfälle Inzidenzrate

Die Inzidenzrate ist definiert als die Zahl der im Laufe des Jahres eingetretenen Arbeitsunfälle je 100 000 Erwerbstätige. Zum Ausgleich der unterschiedlichen Verteilung der Beschäftigten auf die Wirtschaftszweige mit hohem Risiko in den einzelnen Mitgliedstaaten wird eine Standardisierung vorgenommen. Dabei wird jedem Wirtschaftszweig auf nationaler Ebene das gleiche Gewicht gegeben wie auf der Ebene der Europäischen Union insgesamt. Für die Strukturindikatoren wird ein Index der Inzidenzrate als Indikator verwendet, der die Entwicklung der Inzidenzrate im Vergleich zum Jahr 1998 (= 100) aufzeigt.

Abschreibungen

Sie messen die Wertminderungen, denen die reproduzierbaren Güter des Anlagevermögens während des Rechnungszeitraums (üblicherweise ein Jahr) durch normalen Verschleiß, vorhersehbares wirtschaftliches Verhalten und Schadensfälle gewöhnlichen Ausmaßes unterliegen (Bewertung zu Wiederbeschaffungspreisen). Ausgeschlossen sind unvorhergesehenes Veralten, Katastrophen und der Abbau natürlicher Ressourcen.

Amtliche Währungsreserven

Die amtlichen Währungsreserven werden von den Währungsbehörden der einzelnen Länder gehalten, um Zahlungsbilanzdefizite auszugleichen oder um den Außenwert der jeweiligen Währung zu beeinflussen. Sie setzen sich zusammen aus Gold, Devisen, Sonderziehungsrechten (SZR) des Internationalen Währungsfonds (IWF) und Reserven, die beim IWF hinterlegt sind.

Anleihen

Vom Staat, von Unternehmen, Banken und anderen Einrichtungen begebene Wertpapiere. Sie werden gewöhnlich verzinst und am Fälligkeitstermin zu einem festen Wert zurückgezahlt.

Aquakultur

Unter Aquakultur versteht man die Zucht im Wasser lebender Pflanzen und Tiere, insbesondere von Fischen, Weichtieren, Krebstieren und Wasserpflanzen. Zucht wird betrieben, sobald in irgendeiner Form, beispielsweise durch regelmäßigen Besatz, Fütterung oder Schutz vor natürlichen Feinden, mit dem Ziel der Produktionssteigerung in den Wachstumsprozess eingegriffen wird. Kennzeichen der Zucht ist ferner, dass sich die Pflanzen oder Tiere im Besitz von Einzelpersonen oder Unternehmen befinden oder Gegenstand von Rechtsansprüchen aus vertraglichen Verpflichtungen sind.

Arbeitnehmer

Arbeitnehmer werden definiert als Personen, die für einen öffentlichen oder privaten Arbeitgeber arbeiten und dafür Lohn, Gehalt, Gratifikationen, Leistungslohn oder Naturalleistungen erhalten; auch Berufssoldaten gelten als Arbeitnehmer. In den internationalen Standardempfehlungen über Arbeitskräftestatistiken wird ein weit gefasstes Beschäftigungskonzept verwendet. Personen, die in der Arbeitskräfteerhebung als erwerbstätig gemeldet werden, haben entweder während der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Bezahlung oder zur Erzielung eines Gewinns gearbeitet oder eine vorhandene Erwerbstätigkeit vorübergehend nicht ausgeübt. Mithelfende Familieneingehörige werden mit berücksichtigt.

Arbeitnehmerentgelt

Alle Geld- und Sachleistungen von Arbeitgebern als Entgelt für die Arbeitsleistung der von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer im Laufe des relevanten Zeitraums. Hierzu gehören Bruttolöhne und -gehälter, tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber und unterstellte Sozialbeiträge (die direkt vom Arbeitgeber an die Arbeitnehmer gezahlt werden, ohne über eine Sozialversicherung, ein Versicherungsunternehmen oder einen autonomen Pensionsfonds zu laufen).

Arbeitskosten insgesamt

Gesamtheit aller von den Arbeitgebern in Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften getragenen Aufwendungen. Zu Darstellungszwecken können die Arbeitskosten insgesamt untergliedert werden in direkte Kosten und indirekte Kosten.

- Die **direkten Kosten** umfassen Bruttolöhne und -gehälter in Form von Geldleistungen (Direktverdienst und Prämien) sowie Naturalleistungen (Erzeugnisse des Unternehmens, Wohnung, Betriebswagen, Essensmarken, Kinderbetreuung usw.). Hauptbestandteil der direkten Kosten sind die Löhne und Gehälter in Form von Geldleistungen.
- Unter die **indirekten Kosten** fallen die tatsächlich vom Arbeitgeber gezahlten Sozialbeiträge (d. h. gesetzliche, tarifliche, vertragliche und freiwillige Sozialbeiträge); die unterstellten Sozialbeiträge des Arbeitgebers (überwiegend garantierte Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall oder bei Kurzarbeit sowie Entschädigungen für Entlassung und nicht eingehaltene Kündigungsfrist); Kosten für Weiterbildung; Einstellungskosten und vom Arbeitgeber gestellte Arbeitskleidung; vom Arbeitgeber gezahlte Steuern (auf der Grundlage der Lohn- und Gehaltskosten oder der Beschäftigtenzahl); abzüglich Zuschüsse zugunsten

des Arbeitgebers (die direkte Lohn- oder Gehaltszahlungen teilweise oder ganz ersetzen sollen). Hauptanteil der indirekten Kosten sind die tatsächlich vom Arbeitgeber gezahlten Sozialbeiträge, insbesondere die gesetzlichen Beiträge zur Sozialversicherung.

Arbeitskräfteerhebung (LFS)

Eine Arbeitskräfteerhebung ist eine in privaten Haushalten durchgeführte Befragung von Einzelpersonen zur Gewinnung von Informationen über den Arbeitsmarkt und damit zusammenhängende Fragen. In der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union wird die gesamte in privaten Haushalten lebende Bevölkerung erfasst; keine Berücksichtigung finden Personen, die in Gemeinschaftshaushalten leben, wie z. B. in Pensionen, Studentenwohnheimen und Krankenhäusern. Die verwendeten Definitionen sind in allen EU-Ländern gleich und beruhen auf Empfehlungen des International Labour Office (ILO).

Arbeitslose

Zu den Arbeitslosen zählen alle Personen, die die folgenden drei Bedingungen erfüllen: sie waren während der Berichtswoche ohne Arbeit; sie stehen für eine Arbeitsaufnahme innerhalb von zwei Wochen zur Verfügung; sie haben sich in den zurückliegenden vier Wochen aktiv um einen Arbeitsplatz bemüht oder haben einen Arbeitsplatz gefunden, nehmen die Beschäftigung aber erst später, d. h. innerhalb eines Zeitraums von höchstens drei Monaten auf. Die Dauer der Arbeitslosigkeit wird definiert als die Dauer der Arbeitsuche oder der seit Beendigung der letzten Tätigkeit verstrichene Zeitraum (falls dieser kürzer ist als die Dauer der Arbeitsuche).

Arbeitslosenquote

Zahl der Arbeitslosen in Prozent der Erwerbspersonen.

Asylbewerber

Personen, die einen Antrag auf Anerkennung als Flüchtling gestellt haben und auf eine entsprechende Entscheidung warten.

Auswanderer

Als Auswanderer gelten Personen, die das Land ihres üblichen Aufenthaltsorts verlassen und sich effektiv im Ausland niederlassen. Gemäß den Empfehlungen der Vereinten Nationen bezüglich der Statistiken über die internationale Wanderung (Revision 1) von 1997 ist ein Auswanderer ein Langzeitmigrant, wenn er das Land seines vorherigen üblichen Aufenthaltsortes für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten verlässt. Jedoch sind nur wenige Länder in der Lage, Statistiken auf der Grundlage dieser Definitionen zu liefern. Die Statistiken in dieser Veröffentlichung basieren im Allgemeinen auf einzelstaatlichen Definitionen, die z. T. erheblich von den Empfehlungen der UN abweichen. Statistiken über Auswanderer werden nicht in allen Ländern erhoben.

Darüber hinaus gibt es Unterschiede in Bezug auf die verwendeten Datenquellen und den Erfassungsbereich.

Beherbergungsbetriebe

Dazu gehören alle Arten der Unterbringung:

Beherbergungsbetriebe

- Hotels und ähnliche Betriebe
- sonstige Beherbergungsbetriebe (Ferienwohnungen, Campingplätze, Jachthäfen usw.)
- spezialisierte Betriebe (Betriebe mit medizinischen Einrichtungen, Ferienlager und Gruppenunterkünfte, öffentliche Verkehrsmittel, Konferenzzentren)

Private Unterkünfte

- gemietete Unterkünfte
- sonstige private Unterkünfte

Hinweis: Die Eurostat-Daten enthalten keine Informationen zu privaten Unterkünften.

Beherbergungsangebot

Zahl der Betten in einer Beherbergungseinrichtung ohne Zusatzbetten, die auf Wunsch des Gastes aufgestellt werden können.

Betriebliche Weiterbildung

Weiterbildungsmaßnahmen und -aktivitäten, die ganz oder teilweise von den Unternehmen finanziert werden und an denen Beschäftigte mit einem Arbeitsvertrag teilnehmen. Für die Zwecke der Erhebung der Europäischen Kommission bezieht sich die Bezeichnung „Arbeitnehmer“ auf die Gesamtzahl der Beschäftigten, ohne Auszubildende und Praktikanten.

Betten in der Psychiatrie

Betten für stationäre Patienten in der Psychiatrie (einschließlich Entzugstherapien), jedoch nicht die Betten für Patienten mit geistiger Behinderung, wenn das primäre Ziel der Pflegeeinrichtung nicht kurativer Art ist.

Betten in der stationären Versorgung

Betten für Patienten, die offiziell in einer stationären Versorgungseinrichtung oder einer Einrichtung, die auch stationäre Versorgung anbietet, aufgenommen wurden und dort mindestens eine Nacht verbringen. Stationäre Versorgung wird von Krankenhäusern, Krankenpflege- und Pflegeheimen sowie von anderen Einrichtungen geleistet, die nach ihrer Hauptpflegetätigkeit zu ambulanten Versorgungseinrichtungen gerechnet werden, aber als Nebentätigkeit auch stationäre Versorgung anbieten.

Bevölkerungsdichte

Zahl der Einwohner je Quadratkilometer.

Bildungsfelder der ISCED 97

Die Klassifikation umfasst 25 Bildungsfelder (auf der Zweisteller-Ebene), die auf der Dreisteller-Ebene weiter aufgegliedert werden können. Es lassen sich (auf der Einsteller-

Ebene) die folgenden neun größeren Bildungsfelder unterscheiden.

- 0 – Allgemeine Bildungsgänge
- 1 – Pädagogik
- 2 – Geisteswissenschaften und Kunst
- 3 – Sozialwissenschaften, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften
- 4 – Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik
- 5 – Ingenieurwissenschaften, Fertigung und Bauwesen
- 6 – Agrarwissenschaft und Veterinärwissenschaft
- 7 – Gesundheit und soziale Dienste
- 8 – Dienstleistungen

Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen den Erwerb abzüglich der Veräußerungen von Anlagegütern durch gebietsansässige Produzenten in einem Zeitraum zuzüglich gewisser Werterhöhungen an nichtproduzierten Vermögensgütern durch produktive Tätigkeiten von Produzenten oder institutionellen Einheiten. Zum Anlagevermögen zählen produzierte Sachanlagen und produzierte immaterielle Anlagegüter, die wiederholt oder kontinuierlich länger als ein Jahr in der Produktion eingesetzt werden.

Bruttobetriebsüberschuss

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen minus des von gebietsansässigen Arbeitgebern gezahlten Arbeitnehmerentgelts sowie der vom Staat und der übrigen Welt einschließlich EU-Institutionen erhobenen Produktionssteuern und Einfuhrabgaben abzüglich Subventionen. Der Bruttobetriebsüberschuss entspricht dem Einkommen, das den Produktionseinheiten aus der Eigennutzung ihrer Produktionsanlagen zufließt.

Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftstandards

Das mit Hilfe eines speziellen Umrechnungsfaktors, der Kaufkraftparität (KKP), in die künstliche Währungseinheit Kaufkraftstandard (KKS) umgerechnete Bruttoinlandsprodukt.

Das BIP in KKS steht für das reine Volumen, nachdem die Preisniveauunterschiede zwischen den Ländern durch den speziellen Umrechnungsfaktor KKP ausgeschaltet wurden.

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (BIPmp)

Endergebnis der Produktionstätigkeit der gebietsansässigen produzierenden Einheiten. Es entspricht dem Gesamtwert der von einer Volkswirtschaft produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich Vorleistungen.

Bruttonationaleinkommen (BNE)

Das Bruttonationaleinkommen (BNE) entspricht dem Bruttoinlandsprodukt plus dem aus dem Ausland erhaltenen Primäreinkommen (Arbeitnehmerentgelt, Vermögenseinkommen, Subventionen) abzüglich dem an das Ausland geleisteten Primäreinkommen (Arbeitnehme-

rentgelt, Vermögenseinkommen, Subventionen).

Das verfügbare Bruttonationaleinkommen setzt sich zusammen aus dem BNE plus den aus der übrigen Welt erhaltenen laufenden Transfers minus die an die übrige Welt geleisteten laufenden Transfers.

Das verfügbare Nettoeinkommen der Volkswirtschaft entspricht dem verfügbaren Bruttoeinkommen der Volkswirtschaft abzüglich Abschreibungen.

Das Konzept des BNE (ESVG 95) ersetzt das Konzept des Bruttosozialprodukts (BSP, ESVG79). Beide Konzepte sind identisch.

Bruttosozialprodukt (BSP)

Siehe „Bruttonationaleinkommen“.

Bruttoverdienst

Vom Arbeitgeber dem Arbeitnehmer in bar und direkt gezahltes Arbeitsentgelt (Löhne und Gehälter) vor Abzug von Einkommensteuer und Sozialbeiträgen.

Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen

Wert der Endproduktion (zu Herstellungspreisen) abzüglich Vorleistungen (zu Anschaffungspreisen). Die Bruttowertschöpfung kann nach Wirtschaftszweigen untergliedert werden. Für die Volkswirtschaft insgesamt liegt sie im Allgemeinen bei mehr als 90 % des BIP.

Definition von Aids-Fällen

In den einzelnen Ländern werden unterschiedliche Falldefinitionen verwendet, die von den Bevölkerungsfaktoren (Zahl der Kinder oder Erwachsenen, relatives Auftreten opportunistischer Krankheiten), der Infrastruktur der Labors und der Ausbildung abhängen; die Länder, die an der Überwachung von Aids in Europa beteiligt sind, verwenden jedoch eine einheitliche, 1993 endgültig angenommene Definition von Aids-Fällen. Die europäische Definition eines Aids-Falls unterscheidet sich von der in den Vereinigten Staaten verwendeten dadurch, dass sie nicht das Kriterium der Anzahl der CD4-Helferzellen enthält. Die von der WHO ausgearbeitete klinische Definition von Aids-Fällen wird in den Ländern verwendet, die nur begrenzte Diagnosemöglichkeiten haben.

Dienstleistungen für Unternehmen

Darunter fallen von Architektur- und Ingenieurbüros erbrachte technische Leistungen; Datenverarbeitungsdienste wie Entwurf von Software und Verwaltung von Datenbanken; sonstige fachliche Dienstleistungen wie Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatung.

Dienstleistungsgewerbe

Die Begriffe „Dienstleistung(en)“ bzw. „Dienstleistungssektor(en)“ beziehen sich in der Regel auf die Wirtschaftszweige, die unter die Abschnitte G bis K sowie M bis O der NACE Rev. 1.1 fallen, und auf die Einheiten, die entsprechende Tätigkeiten ausüben.

Direkte Arbeitskosten

Siehe „Arbeitskosten insgesamt“.

Direkte Kosten für Weiterbildungskurse

Kosten, die unmittelbar mit der Durchführung der Weiterbildungskurse in Zusammenhang stehen: Gebühren/Zahlungen an externe Weiterbildungsanbieter und externes Weiterbildungspersonal; Reisekosten, Spesen und Tagegelder; Arbeitskosten für internes Weiterbildungspersonal, das ausschließlich oder teilweise mit der Konzeption, Organisation und Durchführung der Weiterbildungskurse beschäftigt war sowie Kosten für Räume (einschließlich Ausbildungszentren).

Direktinvestitionen (DI)

Direktinvestitionen (DI) sind in der Kapitalbilanz ausgewiesene internationale Investitionen, die eine in einem Wirtschaftsgebiet ansässige Einheit tätigt, um eine langfristige Beteiligung an einem in einem anderen Wirtschaftsgebiet ansässigen Unternehmen zu erwerben. Langfristige Beteiligung bedeutet, dass zwischen dem Direktinvestor und dem Unternehmen eine dauerhafte Beziehung besteht und dass der Investor auf die Geschäftspolitik des Unternehmens einen maßgeblichen Einfluss ausübt. Nach der offiziellen Definition ist ein Unternehmen (mit oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit) Gegenstand einer Direktinvestition, wenn ein Direktinvestor mindestens 10 % der Stammaktien oder Stimmrechte (im Fall eines Unternehmens mit eigener Rechtspersönlichkeit) bzw. einen vergleichbaren Anteil (im Fall eines Unternehmens ohne eigene Rechtspersönlichkeit) besitzt.

DI-Ströme und -Bestände: Mit Hilfe von Direktinvestitionsströmen baut der Investor Direktinvestitionsbestände auf, die im Auslandsvermögensstatus der betreffenden Volkswirtschaft ausgewiesen werden. Die DI-Bestände weichen aufgrund von Bewertungseinflüssen (Preis- oder Wechselkursveränderungen) und anderen Berichtigungen, wie etwa Umschuldungen und Annullierung von Darlehen, Schuldenerlass oder Debt-Equity-Swaps, von den kumulierten Strömen ab.

ECHP (Europäisches Haushaltspanel)

Eine vom Input her harmonisierte Langzeit-Panelerhebung, für die ein gemeinsamer Satz von Definitionen und eine repräsentative Stichprobe von privaten Haushalten in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten verwendet wurde; mit der 1994 ins Leben gerufenen und 2001 ausgelaufenen Erhebung sollten Angaben zum Einkommen und den damit verbundenen sozialen Bereichen mittels Interviews erfasst werden.

Ecu

Die frühere Europäische Währungseinheit kann als Hauptelement des Europäischen Währungssystems (EWS) angesehen werden. Sie setzte sich aus einem Korb von Währungen zusammen (siehe im Folgenden). Neben dem amtlichen Gebrauch im EWS entwickelte sich ein Pri-

vatmarkt für den Ecu, der seine Verwendung für Geldgeschäfte und als Rechengröße für Finanzinstrumente, einschließlich Obligationen, ermöglichte. Der Ecu wurde am 1. Januar 1999 im Verhältnis 1:1 durch den Euro ersetzt, der die neue gemeinsame Währung der Europäischen Union ist.

Ecu-Währungskorb

Dieser Währungskorb wurde anhand von bestimmten Beträgen von zwölf Währungen der EU-Mitgliedstaaten festgelegt. Bei seiner Einführung am 13. März 1979 bestand der Ecu aus einem Korb mit festen Beträgen der damaligen neun Währungen, der mit dem Währungskorb bei der Einführung der Europäischen Rechnungseinheit (ERE) identisch war. Von November 1993 bis zur Einführung des Euro im Januar 1999 hat sich die Zusammensetzung des ECU-Währungskorbs nicht mehr verändert. Die Währungen Österreichs, Finnlands und Schwedens waren nicht am ECU-Währungskorb beteiligt, da diese Länder erst im Januar 1995 der Europäischen Union beigetreten sind.

Einkommen- und Vermögenssteuern

Die Einkommen- und Vermögenssteuern umfassen alle laufenden Zwangsabgaben in Form von Geld- oder Sachleistungen, die regelmäßig vom Staat und von der übrigen Welt ohne Gegenleistung auf Einkommen und Vermögen von institutionellen Einheiten erhoben werden. Eingeschlossen sind einige regelmäßig zu entrichtende Steuern, die weder auf das Einkommen noch auf das Vermögen erhoben werden.

Einwanderer

Als Einwanderer gelten Personen, die aus dem Ausland einreisen oder zurückkehren, um in dem betreffenden Land für eine gewisse Zeit zu wohnen, nachdem sie zuvor in einem anderen Land ansässig waren. Gemäß der Empfehlungen der Vereinten Nationen bezüglich der Statistiken über die internationale Wanderung (Revision 1) von 1997 ist ein Einwanderer ein Langzeitimmigrant, wenn er in seinem Zielland für einen Zeitraum von mindestens zwölf Monaten wohnt, nachdem er zuvor in einem anderen Land mindestens zwölf Monate ansässig war. Jedoch sind nur wenige Länder in der Lage, Statistiken auf der Grundlage dieser Definitionen zu liefern. Die Statistiken in dieser Veröffentlichung basieren im Allgemeinen auf einzelstaatlichen Definitionen, die z. T. erheblich von den Empfehlungen der UN abweichen. Angaben zur Immigration werden nicht in allen Ländern erfasst, und die Art der Erhebung ist hinsichtlich der verwendeten Quellen und des Umfangs der erhobenen Daten von Land zu Land verschieden. Außerdem gibt es einige Länder (z. B. Frankreich), in denen die eigenen Staatsangehörigen in den Einwanderungsstatistiken unberücksichtigt bleiben.

Erwerbspersonen

Siehe „Arbeitskosten insgesamt“ – Erwerbstätige und Arbeitslose.

Erwerbstätigenquote

Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung in einem bestimmten Alter.

Essoss

Das Europäische System der Integrierten Sozialschutzstatistiken (Essoss) basiert auf dem Konzept des Sozialschutzes. Dieser wird definiert als die Abdeckung genau definierter Risiken und Bedürfnisse, die sämtliche Aspekte des Sozialschutzes umfassen: Krankheit/Gesundheitsversorgung, Invalidität/Gebrechen, Alter, Familie/Kinder und Arbeitslosigkeit. Die Essoss-Statistiken erfassen die Einnahmen und Ausgaben der verschiedenen Organisationen bzw. Systeme, die im Bereich Sozialschutz tätig sind. Die Sozialleistungen werden nach Typ und Funktion aufgeschlüsselt. Beim erstgenannten Parameter wird z. B. zwischen Geld- und Sachleistung unterschieden. „Funktion“ bezieht sich auf die Bedürfnisse, die mit den Sozialleistungen gedeckt werden: So können Leistungen zur Einkommenssicherung im Fall von Krankheit bezahlt werden, aber auch bei Invalidität, Alter, Mutterschaft oder Arbeitslosigkeit. Die Untergliederung der Einnahmen erfolgt nach Typ: Sozialbeiträge, Beiträge des Staates und sonstige Einnahmen.

ESVG

Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, die Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die neue Fassung des ESGV 95 (3. Fassung) wird seit 1999 schrittweise eingeführt. Das ESGV 95 ist vollständig kompatibel mit dem von den Vereinten Nationen entwickelten System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen SNA 93.

Euro

Die dritte Stufe der Europäischen Währungsunion begann am 1. Januar 1999. Dies geschah mit der Einführung des Euro als einheitliche europäische Währung, die den Ecu im Verhältnis 1:1 ersetzt hat. Seit diesem Tag sind die Euro-Umrechnungskurse der nationalen Währungen von elf EU-Mitgliedstaaten (Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland) unwiderruflich festgelegt (s. u.). Seit dem 1. Januar 2001 gehört auch Griechenland der Eurozone an. Bis Ende 2001 existierte der Euro nur als Buchgeld (Schecks, Überweisungen und Zahlungen mit Kreditkarten), und sein Gebrauch war freiwillig (es gab keine Verpflichtung und kein Verbot). Das Euro-Bargeld wurde am 1. Januar 2002 eingeführt. Seitdem ist der Gebrauch des Euro obligatorisch; die nationalen Währungen werden schrittweise aus dem Verkehr gezogen.

Feste Umrechnungskurse (1 EUR =)

13,7603 ATS
40,3399 BEF
1,95583 DEM
166,386 ESP

5,94573 FIM
6,55957 FRF
340,750 GRD
0,787564 IEP
1 936,27 ITL
40,3399 LUF
2,20371 NLG
200,482 PTE

Der Umtausch der nationalen Währungen in Euro und umgekehrt unterliegt sehr strengen Regeln. Für jedes Wechselgeschäft müssen die amtlichen ungerundeten sechsstelligen Umrechnungskurse verwendet werden. Um in Euro umzurechnen, muss der Betrag durch den Umrechnungskurs dividiert werden; die Umrechnung in eine nationale Währung geschieht durch Multiplikation mit dem Umrechnungskurs.

Die Umrechnung von einer nationalen Währung der Eurozone in eine andere Währung der Eurozone muss über den Euro und mit Hilfe der Umrechnungskurse erfolgen.

Die Umrechnung in eine andere Währung muss ebenfalls über den Euro erfolgen, wobei in diesem Fall der gültige Wechselkurs dieser Währung gegenüber dem Euro zu verwenden ist.

Eurobarometer

Die Meinungsumfragen von Eurobarometer werden für die Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission seit Herbst 1973 in jedem Frühjahr und Herbst durchgeführt. Neben öffentlichen Meinungsumfragen führt das entsprechende Referat der GD Bildung und Kultur Befragungen bestimmter Zielgruppen durch sowie qualitative Erhebungen (Gruppendiskussionen, tief greifende Befragungen) in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und gelegentlich in Drittstaaten.

Europäische Union (EU)

Gegründet am 1. November 1993 mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht. Am 31. Dezember 1994 zählte die Europäische Union zwölf Mitgliedstaaten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und das Vereinigte Königreich. Im Januar 1995 sind drei neue Mitgliedstaaten dazugekommen: Österreich, Finnland und Schweden. Seit Mai 2004 hat die Europäische Union zehn neue Mitgliedstaaten: die Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei.

Europäisches Patentamt (EPA)

Das Europäische Patentamt (EPA) ist das Exekutivorgan der Europäischen Patentorganisation, einer zwischenstaatlichen Einrichtung, die auf der Basis des am 5. Oktober 1973 in München unterzeichneten und am 7. Oktober 1977 in Kraft getretenen Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) gegründet wurde. Der Europäischen Patentorganisation gehören die EPÜ-Vertragsstaaten an. Das EPA erteilt eu-

ropäische Patente für die Vertragsstaaten des EPÜ. Seine Tätigkeit wird vom Verwaltungsrat der Organisation überwacht, der sich aus den Delegierten der Vertragsstaaten zusammensetzt. Quelle: EPA (<http://www.european-patent-office.org>).

Eurozone: EUR-12 (ehemals EUR-11)

Sie umfasste ursprünglich jene Länder, die sich seit Januar 1999 an der Währungsunion beteiligen, nämlich Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland. Seit dem 1. Januar 2001 gehört auch Griechenland zur Eurozone. Es ergeben sich somit drei Konzepte: EUR-11 (die ursprünglichen 11 Länder), EUR-12 (EUR-11 plus Griechenland) und die Eurozone, das variable Konzept (EUR-11 bis 31. Dezember 2000, EUR-12 ab 1. Januar 2001). Zu beachten ist, dass der Buchstabe „R“ nach dem „EU“ dazu verwendet wird, die Eurozone von der Europäischen Union (für die der Kode „EU“ verwendet wird) zu unterscheiden.

EU-SILC (EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen)

Ein vom Output her harmonisiertes Datenerfassungsinstrument, das das ECHP ersetzt und die Referenzquelle für Daten über Einkommen und verwandte soziale Themen werden soll; es umfasst sowohl Querschnitts- wie Langzeitelemente; zur Verbesserung der Aktualität und der Flexibilität werden verstärkt vorhandene einzelstaatliche Quellen herangezogen.

EWR-Länder

Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR) umfasst die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Island, Liechtenstein und Norwegen. 1989 schlug der damalige Präsident der Kommission, Jacques Delors, eine neue Art der Partnerschaft vor, aus der sich das EWR-Abkommen entwickelt hat. Die EFTA-Staaten, zu diesem Zeitpunkt Österreich, Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweden und die Schweiz, begrüßten diesen Vorschlag; die offiziellen Verhandlungen begannen im Juni 1990, und das Abkommen wurde am 2. Mai 1992 in Porto unterzeichnet. Am 1. Januar 1994 trat das Abkommen, das alle EU- und EFTA-Länder mit Ausnahme Liechtensteins und der Schweiz betrifft, in Kraft. Seit dem 1. Januar 1995 gehören Österreich, Finnland und Schweden dem EWR als EU-Mitgliedstaaten an. Liechtenstein ist dem EWR am 1. Mai 1995 beigetreten. Die EU-Erweiterung hatte direkte Auswirkungen auf das EWR-Abkommen, und im Dezember 2003 bewarben sich die 10 Beitrittsländer um Mitgliedschaft im EWR. Die Verhandlungen zur Erweiterung des EWR fanden im Jahr 2003 statt, und seit dem 1. Mai 2004 gehören dem EWR 28 Länder an.

EWS (Europäisches Währungssystem)

Dieses am 13. März offiziell eingerichtete System bestand bis zum 31. Dezember 1998

und verfolgte das Ziel, „durch Einführung bestimmter Wechselkurs-, Kredit- und Mitteltransfermaßnahmen eine Zone währungspolitischer Stabilität in Europa zu schaffen“. Das EMS umfasste die folgenden drei Elemente: Ecu, Wechselkursmechanismus (WKM) und Kreditmechanismus. Am 31. Dezember 1998 waren die Währungen aller EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme derjenigen Schwedens und des Vereinigten Königreichs am Wechselkursmechanismus beteiligt.

Externe Kurse

Kurse, die von nicht dem Unternehmen angehörigen Dritten entwickelt und abgehalten werden, selbst wenn die Kurse in den Räumlichkeiten des Unternehmens stattfinden.

Extra-EU-Ströme

Alle Transaktionen zwischen EU-Ländern und Drittländern.

Fangmengen

Fang von Fischereierzeugnissen (Fische, Weichtiere, Krebstiere und andere Wassertiere, Rückstände und Wasserpflanzen) für alle Verwendungszwecke (kommerziell, industriell, als Freizeitbetätigung und für den eigenen Verbrauch) unter Einsatz aller Arten und Klassen von Fischereieinheiten (Fischer, Fischereifahrzeuge, Ausrüstungen usw.) sowohl in Binnenengewässern, Süß- und Brackwassergebieten als auch im Bereich der küstennahen, Küsten- und Hochseefischerei. Keine Berücksichtigung findet die Produktion im Bereich der Aquakultur. Die Fangmengen werden üblicherweise in Lebendgewicht angegeben; die Berechnung erfolgt auf der Grundlage des angelandeten oder Produktgewichts unter Verwendung bestimmter Umrechnungsfaktoren. Mengen, die zwar gefangen, aber aus einer Reihe von Gründen nicht angelandet werden, sind in den Fangstatistiken nicht enthalten.

Flüchtling

Flüchtlinge sind gemäß Artikel 1 der Flüchtlingskonvention der Vereinten Nationen von 1951 Personen mit wohlbegründeter Furcht vor Verfolgung aus Gründen der Rasse, der Religion, der Staatsangehörigkeit, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe oder der politischen Meinung.

Anzumerken ist, dass viele Länder Asylsuchenden dauerhaft oder zeitlich begrenzt Aufenthalt gewähren, selbst wenn diese nicht als Flüchtlinge im Sinne der Konvention von 1951 gelten. So können Asylanträge auch aus humanitären Gründen positiv beschieden werden.

Forschung und Entwicklung (FuE)

Forschung und Entwicklung bezeichnet kreative Tätigkeiten, die systematisch ausgeübt werden, um die Kenntnisse über den Menschen, die Kultur und die Gesellschaft zu erweitern und um diese Kenntnisse in neue Anwendungen einzubringen.

Gebietsansässige produzierende Einheiten

Einheiten, deren Haupttätigkeit in der Produktion von Waren und Dienstleistungen besteht und deren Schwerpunkt des wirtschaftlichen Interesses im Wirtschaftsgebiet des entsprechenden Landes liegt.

Gemeinden

Der Teilsektor Gemeinden umfasst jene öffentlichen Körperschaften, deren Zuständigkeit auf einen örtlich begrenzten Teil des Wirtschaftsgebiets beschränkt ist, mit Ausnahme lokaler Stellen der Sozialversicherung.

Gesamtausgaben des Staates

Die Gesamtausgaben des Staates umfassen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1500/2000 der Kommission vom 10. Juli 2000 die folgenden Kategorien des ESVG 95: Vorleistungen, Bruttoinvestitionen; Arbeitnehmerentgelt; sonstige Produktionsabgaben; zu leistende Subventionen; Vermögenseinkommen; Einkommen- und Vermögenssteuern; monetäre Sozialleistungen; soziale Sachtransfers in Bezug auf Ausgaben für Güter, die von Marktproduzenten direkt an Haushalte geliefert werden; sonstige laufende Transfers; Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche; zu leistende Vermögenstransfers; Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern.

Gesamtausgaben für Gesundheit

Die Gesamtausgaben für Gesundheit umfassen: Sachleistungen für Privatpersonen (von der ambulanten und stationären Behandlung bis hin zu Rettungsdiensten und pharmazeutischen Produkten) und die eigenen Gesundheitsausgaben dieser Personen, darunter Selbstbehalt und ohne Verschreibung gekaufte Arzneimittel; staatlich finanzierte Gesundheitsdienstleistungen (z. B. Schulen, Impfkampagnen), Investitionen in Kliniken, Laboratorien usw.; Verwaltungskosten; Forschung und Entwicklung; Arbeitsmedizin, Aufwendungen freiwilliger Organisationen, karitative Einrichtungen und nichtstaatliche Gesundheitspläne.

Gesamteinnahmen des Staates

Die Gesamteinnahmen des Staates umfassen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1500/2000 der Kommission vom 10. Juli 2000 die folgenden Kategorien des ESVG 95: Marktproduktion, Produktion für die Eigenverwendung; Zahlungen für die sonstige Nichtmarktproduktion; Produktions- und Importabgaben; sonstige zu empfangende Subventionen; Vermögenseinkommen; Einkommen- und Vermögenssteuern; Sozialbeiträge; sonstige laufende Transfers; Vermögenstransfers.

Gesamtkosten von Weiterbildungskursen

Diese entsprechen der Summe aus direkten Kosten, Personalausfallkosten und dem Saldo aus Beiträgen an nationale oder regionale Weiterbildungsfonds und Einnahmen aus nationalen oder anderen Finanzierungsregelungen.

Handel

Großhandelsunternehmen, Handelsvertreter, Einzelhandel und Reparatur von Gebrauchsgütern und Fahrzeugen.

Haushalt

Definitionskriterien gemäß der Erhebung über die Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte sind die gemeinsam genutzte Wohnung und die gemeinsame Wirtschaftsführung. Ein Haushalt besteht entweder aus einer allein lebenden Person oder einer Gruppe von Personen, die nicht miteinander verwandt sein müssen, aber unter derselben Anschrift wohnen und den Haushalt gemeinsam führen, d. h. wenigstens eine Mahlzeit pro Tag gemeinsam einnehmen und ein Wohnzimmer o. Ä. gemeinsam benutzen.

Herstellung von Waren

Alle Tätigkeiten des Abschnitts D der NACE Rev. 1.1 (Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft). Handwerkliche Einrichtungen und Anlagen der Großindustrie sind gleichermaßen eingeschlossen. Dabei ist zu beachten, dass großtechnische Anlagen nicht ausschließlich bei den Tätigkeiten des Abschnitts D zum Einsatz kommen. Zur Herstellung von Waren zählen Wirtschaftszweige wie etwa Herstellung von Glas- und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden; Herstellung von chemischen Erzeugnissen; Herstellung von Metall-erzeugnissen; Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, Tabakverarbeitung; Herstellung von Textilien und Bekleidung; Herstellung von Leder und Lederwaren, Herstellung von Holz; Herstellung von Möbeln, Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus einschließlich Verlags- und Druckerzeugnisse; und die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren. Nicht darunter fallen dagegen der Bergbau sowie der Hoch- und Tiefbau.

Hochtechnologiesektoren

Die Einstufung des Hochtechnologie- und Mittel-/Hochtechnologiebereichs des verarbeitenden Gewerbes basiert auf dem Begriff der FuE-Intensität (Verhältnis der FuE-Aufwendungen zum BIP). Legt man dieses Kriterium zugrunde, so gehören zum Hochtechnologiebereich die Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten sowie die Bereiche Rundfunk-, Fernseh- und Kommunikationstechnik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik sowie Optik. Zum Mittel-/Hochtechnologiebereich zählt die Herstellung von chemischen Erzeugnissen, der Maschinenbau, die Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung, die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie der sonstige Fahrzeugbau.

Einer ähnlichen Logik wie für die Herstellung von Waren folgend definiert Eurostat die folgenden Bereiche als wissensintensive Sektoren („knowledge-intensive sector“ – KIS): Schifffahrt, Luftfahrt, Nachrichtenübermittlung; Kre-

ditinstitute, Versicherungen (ohne Sozialversicherung); mit den Kreditinstituten verbundene Tätigkeiten; Grundstücks- und Wohnungswesen; Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal; Datenverarbeitung und Datenbanken; Forschung und Entwicklung; Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen; Erziehung und Unterricht; Gesundheits- und Sozialwesen; Kultur, Sport und Unterhaltung.

Von diesen Sektoren umfasst der Hochtechnologiebereich die Bereiche Nachrichtenübermittlung, Datenverarbeitung und Datenbanken sowie Forschung und Entwicklung.

ICD-Diagnose

Mit einer Krankenhauseinweisung verbundene Diagnosen und Verfahren werden gemäß der 9. Revision der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD-9) erfasst. Diese Klassifikation entstand unter der Schirmherrschaft der Weltgesundheitsorganisation WHO in enger Zusammenarbeit von vielen Staaten und Nichtregierungsorganisationen. Zunächst wurde sie für die Todesursachenstatistik eingesetzt. Später dann kam die Diagnose der Morbidität hinzu. Die klinischen Modifikationen der ICD werden beispielsweise in der Klassifizierung der Krankenhausdiagnosen verwendet. Die ICD hat sich zur internationalen Standarddiagnoseklassifikation entwickelt für alle allgemeinen Zwecke der Epidemiologie und der Verwaltung des Gesundheitswesens. Die meisten Mitgliedstaaten haben die 10. Revision der ICD-Klassifikation angenommen bzw. beabsichtigen dies. Die verwendeten Diagnosekategorien basieren auf der Hauptdiagnose, die als erste von mehreren möglichen Diagnosen im Entlassungsbogen angegeben wird. Die Hauptdiagnose entspricht dem Zustand, der nach Untersuchung als Hauptursache für die Einlieferung des Patienten zur Versorgung in das Krankenhaus festgelegt wurde.

Impliziter BIP-Preisindex

Indikator der Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die das BIP darstellen.

Indirekte Arbeitskosten

Siehe „Arbeitskosten insgesamt“.

Interne Kurse

Kurse, die vom Unternehmen selbst entwickelt und verwaltet werden, auch wenn sie nicht in den Räumlichkeiten des Unternehmens stattfinden.

Intra-EU-Ströme

Alle von EU-Ländern gemeldeten Transaktionen mit anderen Mitgliedstaaten.

ISCED

Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (International Standard Classification of Education), Unesco 1976.

ISCED 97

Die Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED) eignet sich für die Erstellung von Bildungsstatistiken auf internationaler Ebene. Erfasst werden die beiden Kreuzklassifikationsvariablen Bildungsebenen und Bildungsfelder, mit den ergänzenden Dimensionen der allgemeinen/beruflichen/berufsvorbereitenden Ausrichtung sowie der bildungs-/arbeitsmarktspezifischen Zielsetzung. In den EU-Ländern wurde die derzeit geltende ISCED 97 (siehe <http://unesco.stat.unesco.org/en/pub/pub0.htm>) erstmals bei der Datenerhebung für das Schuljahr 1997/98 angewandt.

Die Änderungen in der ISCED-Klassifikation haben Auswirkungen auf die Vergleichbarkeit der Zeitreihen; das gilt insbesondere für die Ebenen 3 (Sekundarbereich Stufe II) und 5 (Tertiärbereich). Mit der ISCED 97 wurde die neue Ebene 4 – nichttertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich – eingeführt (früher Bestandteil der Ebenen 3 und 5). Die Ebene 6 der ISCED 97 bezieht sich ausschließlich auf Studien zum Zweck der Promotion. Insgesamt werden in der ISCED 97 sieben Bildungsebenen unterschieden.

ISCED-97-Bildungsebenen

In ihrem empirischen Ansatz setzt die ISCED verschiedene Kriterien voraus, mit deren Hilfe man Bildungsgänge bestimmten Bildungsebenen zuordnen kann. Für die jeweilige Bildungsebene und die Art der Bildung sind die Kriterien hierarchisch zu ordnen: Hauptkriterien und Nebenkriterien (übliche Zugangsberechtigung, Mindestvoraussetzungen für die Zulassung, Mindestalter, Qualifikation des Personals usw.).

0: Vorschulbereich

Dieser Bereich ist definiert als die Eingangsstufe des organisierten Unterrichts. Die Betreuung der Kinder, die mindestens drei Jahre alt sein müssen, findet in Vorschulen oder entsprechenden Zentren statt.

1: Primärbereich

Das Eintrittsalter für den Primärbereich beträgt vier bis sieben Jahre. Der Schulbesuch ist in allen Ländern Pflicht und dauert in der Regel fünf bis sechs Jahre.

2: Sekundarbereich I

Der Sekundarbereich I setzt die im Primarbereich begonnene Grundbildung fort und ist in der Regel stärker fachorientiert. Mit Abschluss dieses Bereiches endet gewöhnlich auch die Schulpflicht.

3: Sekundarbereich II

Der Sekundarbereich II beginnt in der Regel am Ende des Pflichtunterrichts. Das Eintrittsalter liegt üblicherweise bei 15 bis 16 Jahren. Für den Zugang sind in der Regel bestimmte Voraussetzungen (Abschluss des Pflichtunterrichts) und andere Mindestanforderungen zu erfüllen. Der Unterricht ist häufig stärker themenorientiert als auf der Ebene ISCED 2.

ISCED 3 hat üblicherweise eine Dauer von zwei bis fünf Jahren.

4: Nichttertiäre Bildung nach dem Sekundarbereich

Diese Bildungsgänge sind zwischen dem Sekundarbereich II und dem Tertiärbereich anzusiedeln. Sie dienen der Erweiterung des bis zum Abschluss der Ebene ISCED 3 erworbenen Wissens. Typische Beispiele sind Bildungsgänge zur Vorbereitung auf die Bildungsebene 5 oder zur Vorbereitung auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt.

5: Tertiäre Bildung (erste Stufe)

Zugangsvoraussetzung für diese Bildungsgänge ist üblicherweise der erfolgreiche Abschluss von ISCED 3 oder 4. Zu diesem Bereich zählen tertiäre Bildungsgänge mit akademischer Ausrichtung (Typ A), in denen weitgehend theoretisches Wissen vermittelt wird, und tertiäre Bildungsgänge mit berufsspezifischer Ausrichtung (Typ B), die in der Regel kürzer sind als die Bildungsgänge des Bereichs 5A und hauptsächlich auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt abzielen.

6: Tertiäre Bildung (zweite Stufe)

In diesen Bereich fallen ausschließlich Studiengänge auf der tertiären Ebene, die zu einer höheren Forschungsqualifikation (Promotion) führen.

Jahresarbeitsseinheit (JAE)

Die Jahresarbeitsseinheit entspricht der von einer Vollzeitkraft in einem landwirtschaftlichen Betrieb geleisteten Arbeit.

„Vollzeit“ entspricht den nach den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften für Arbeitsverträge geltenden Mindestarbeitsstunden. Wird in diesen Vorschriften die Anzahl der Stunden nicht angegeben, so wird von 1 800 Stunden ausgegangen (225 Arbeitstage von jeweils acht Stunden).

Kaufkraftparitäten (KKP)

Wechselkurse von Währungen sollten nicht zu Vergleichen von Einkommen oder getätigten Ausgaben herangezogen werden, da sie neben Preisunterschieden in der Regel noch andere Faktoren widerspiegeln (z. B. den Umfang von Finanztransaktionen zwischen Währungen oder die in die Entwicklung der Devisenmärkte gesetzten Erwartungen).

Im Gegensatz dazu schalten Kaufkraftparitäten (KKP) die Differenzen im Preisniveau zwischen verschiedenen Ländern aus und vermitteln somit ein realistisches Bild von der unterschiedlichen Kaufkraft z. B. in privaten Haushalten. Ihre Ermittlung erfolgt durch Gegenüberstellung der Preise für einen Warenkorb, der vergleichbare und für das Verbrauchsverhalten der einzelnen Länder repräsentative Waren und Dienstleistungen enthält. Anhand der Kaufkraftparitäten wird jede in nationaler Währung angegebene Einheit in eine künstliche gemeinsame Währung konvertiert, den Kaufkraftstandard (KKS).

In ihrer einfachsten Form sind KKP bilaterale Preismesszahlen für fest definierte Posten (z. B. kostet ein Brot im UK 1,5 GBP gegenüber 2 EUR in Deutschland). Sodann werden diese bilateralen in multilaterale Messzahlen umgewandelt, auf den EU-Durchschnitt skaliert und schließlich zu immer komplexeren Gruppen (z. B. Nahrungsmittel) bis hin zum BIP aggregiert.

Kaufkraftstandards (KKS)

Der Kaufkraftstandard ist eine künstliche Währungseinheit. Für einen KKS kann man in jedem Land die gleiche Menge an Waren und Dienstleistungen erwerben, während je nach Preisniveau unterschiedliche Beträge in nationalen Währungseinheiten erforderlich sind, um diese Menge an Waren und Dienstleistungen zu kaufen.

KKS werden berechnet, indem ein volkswirtschaftliches Aggregat eines Landes in nationaler Währung durch die entsprechende KKP dividiert wird (siehe „Kaufkraftparitäten“).

KMU

Gemäß Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 zur Definition der Unternehmen nach Anzahl der Beschäftigten, Jahresumsatz und dem Kriterium der Unabhängigkeit umfassen KMU kleine und mittlere Unternehmen, die weniger als 250 Personen beschäftigen. Die KMU bilden das Rückgrat der Unternehmenskultur in EU-25, wo über 99 % aller Unternehmen weniger als 250 Personen beschäftigen.

Konsumausgaben

Konsumausgaben sind die Ausgaben gebietsansässiger institutioneller Einheiten für Waren und Dienstleistungen, die zur unmittelbaren Befriedigung individueller Bedürfnisse und Wünsche oder kollektiver Bedürfnisse der Allgemeinheit verwendet werden.

Konvergenzkriterien

Für die Europäische Währungsunion gelten die folgenden Konvergenzkriterien:

- Preisstabilität;
- Finanzlage der öffentlichen Hand;
- Wechselkurse;
- langfristige Zinssätze.

— Finanzlage der öffentlichen Hand

Die Mitgliedstaaten müssen „übermäßige öffentliche Defizite“ vermeiden, d. h., das geplante oder tatsächliche öffentliche Defizit darf nicht mehr als 3 % und der öffentliche Schuldenstand nicht mehr als 60 % des BIP ausmachen, es sei denn, es handelt sich um eine außergewöhnliche oder vorübergehende Überschreitung, oder die Verhältniszahlen sind erheblich und kontinuierlich zurückgegangen.

— Langfristige Zinssätze

Der durchschnittliche langfristige Nominalzins darf im Verlauf eines Jahres vor der Prüfung in einem Mitgliedstaat um nicht

mehr als zwei Prozentpunkte über dem entsprechenden Satz in jenen – höchstens drei – Mitgliedstaaten liegen, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben.

– Preisstabilität

Die Mitgliedstaaten müssen eine anhaltende Preisstabilität und eine während des letzten Jahres vor der Prüfung gemessene durchschnittliche Inflationsrate aufweisen, die um nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über der Inflationsrate jener – höchstens drei – Mitgliedstaaten liegt, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben.

– Wechselkurse

Die Mitgliedstaaten müssen die normalen Bandbreiten des Wechselkursmechanismus (WKM) zumindest in den letzten zwei Jahren vor der Prüfung ohne starke Spannungen eingehalten haben. Insbesondere darf ein Mitgliedstaat den bilateralen Leitkurs seiner Währung gegenüber der Währung eines anderen Mitgliedstaats innerhalb des gleichen Zeitraums nicht von sich aus abgewertet haben.

Krankenhausentlassungen

Entlassung ist die offizielle Entlassung eines stationären Patienten durch eine stationäre Versorgungseinrichtung oder eine Einrichtung zur Akutversorgung. Die Entlassungsquote wird als Anzahl je 100 000 Einwohner berechnet. Diagnosekapitel (unter Heranziehung der Hauptdiagnose) wurden auf der Grundlage der internationalen Klassifikation der Krankheiten, 9. Revision, klinische Modifikationen (ICD-9-CM) definiert.

Krankheitsinzidenz

Die Inzidenz gibt die Anzahl neuer Fälle an, die in einer Population in einem bestimmten Zeitraum auftreten. Die Inzidenz kann als die Anzahl neuer Fälle einer Krankheit (oder Störung) pro 1 000 oder 100 000 Einwohner in einem Jahr ausgedrückt werden. Die Inzidenz kann sich entweder auf das erste Auftreten einer Krankheit (d. h. neue Fälle) oder auf alle Episoden beziehen.

Krankheitsprävalenz

Die Prävalenz misst die Anzahl der Fälle einer bestimmten Krankheit zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Prävalenz gibt den Anteil der Bevölkerung an, die zu einem beliebigen Zeitpunkt des Jahres an der Krankheit leidet. Damit Prävalenzstatistiken aus verschiedenen Studien vergleichbar sind, muss der Untersuchungszeitraum gleich lang sein.

Länder

Dieser Teilsektor umfasst separate institutionelle Einheiten, die auf der Ebene unterhalb des Zentralstaates und oberhalb der örtlichen Gebietskörperschaften (Gemeinden) staatliche

Funktionen wahrnehmen, mit Ausnahme der Länderverwaltungen der Sozialversicherung.

Landwirtschaftliche Fläche bzw. landwirtschaftliche Nutzfläche

Die landwirtschaftliche Fläche bzw. die landwirtschaftliche Nutzfläche ist die bewirtschaftete Fläche; sie umfasst die Kategorien Ackerland, Dauergrünland, Dauerkulturen und Haus- und Nutzgärten.

Langfristige Zinssätze

Hier gemessen als Endfälligkeitsrenditen von zehnjährigen Staatsanleihen. Siehe auch „Konvergenzkriterien“.

Laufende Übertragungen

Laufende Übertragungen sind internationale Transaktionen, bei denen Waren, Dienstleistungen oder finanzielle Werte zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden ohne wirtschaftliche Gegenleistung übertragen werden.

Lebendgewicht von Fischereierzeugnissen

Das Lebendgewicht von Fischereierzeugnissen erhält man durch Umrechnung des angelandeten oder Produktgewichts mit Hilfe spezieller Faktoren. Es dient als Gewichtsangabe für das Fischereierzeugnis im Zustand unmittelbar nach dem Fang, d. h. bevor es verarbeitet oder in anderer Weise verändert wird.

Lebenserwartung

Durchschnittliche Zahl von Jahren, die Personen eines bestimmten Alters unter den gegebenen Sterblichkeitsverhältnissen noch zu leben haben.

Monetäre Sozialleistungen

Monetäre Sozialleistungen sind Leistungen, die von Institutionen der Sozialversicherung, von anderen staatlichen Einheiten, von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, von Arbeitgebern, die Sozialschutzsysteme ohne spezielle Deckungsmittel verwalten, von Versicherungsunternehmen, und von anderen institutionellen Einheiten, die private Sozialschutzsysteme (mit speziellen Deckungsmitteln) verwalten, an private Haushalte gezahlt werden.

NACE 70

Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften (betrifft Daten zwischen 1970 und 1990).

NACE Rev. 1.1

Überarbeitung der Allgemeinen Systematik der Wirtschaftszweige (betrifft Daten ab 1991; siehe auch den Anhang zur Systematik der Wirtschaftszweige im Folgenden).

Natürliches Bevölkerungswachstum

Geburten minus Sterbefälle.

Nettoverdienst

Bruttoverdienst abzüglich der Arbeitnehmerbeiträge zu Sozialversicherung und Einkom-

mensteuer, gegebenenfalls zuzüglich der Familienzulagen.

Nichterwerbspersonen

Personen, die nicht zur Erwerbsbevölkerung gehören. Sie sind weder erwerbstätig noch arbeitslos (Definitionen der International Labour Organisation). Erwerbstätige sind alle Personen im Alter von 15 Jahren und darüber (in Island, Spanien, Schweden und dem Vereinigten Königreich im Alter von 16 Jahren und darüber), die während der Referenzwoche mindestens eine Stunde entlohnte Arbeit geleistet haben oder die vorübergehend von ihrem Arbeitsplatz abwesend waren. Mithelfende Familienangehörige sind ebenfalls eingeschlossen. Zur Definition der „Arbeitslosen“ siehe diesen Glossareintrag.

Nichtstaatsangehörige

Personen, die nicht Staatsangehörige des Landes sind, in dem sie zurzeit leben.

NUTS

Die im Jahr 2003 von der Kommission verabschiedete Verordnung (EG) Nr. 1059/2003 zielt auf eine einheitliche und kohärente Untergliederung des Gemeinschaftsgebiets für die Erstellung von Regionalstatistiken ab. Die zurzeit gültige NUTS (Fassung 2003) untergliedert das Gebiet der Europäischen Union auf der Ebene NUTS 1 in 84 Regionen, auf der Ebene NUTS 2 in 254 Regionen und auf der Ebene NUTS 3 in 1 213 Regionen. Vom 1. Mai 2004 an umfassen diese Zahlen auch die für die zehn neuen Mitgliedstaaten definierten NUTS-Regionen. Die neuesten Informationen finden sich auf dem Klassifikationsserver RAMON von Eurostat (http://europa.eu.int/comm/eurostat/ramon/nuts/splash_regions.html).

Papier und Papp

Unter diesen Überbegriff fallen Grafikpapier, Zeitungspapier, Papier für den Hygiene- und Haushaltsbedarf, Verpackungsmaterial und weitere Arten von Papier und Papp. Ausgenommen sind Fertigwaren aus Papier, wie etwa Kisten, Kartons, Bücher und Zeitschriften.

Patent- und Markenamt der USA (USPTO)

Das Patent- und Markenamt der USA (United States Patent and Trademark Office – USPTO) ist eine nichtkommerzielle US-Bundesbehörde und eines der 14 Ämter innerhalb des Handelsministeriums (Department of Commerce – DOC). Es hat die Aufgabe, die industrielle und technologische Entwicklung in den USA zu fördern sowie durch Vollzug der Gesetze für Patente und Handelsmarken zur Stärkung der Volkswirtschaft beizutragen. Gleichzeitig berät es einerseits den Handelsminister, den Präsidenten der USA und die Regierung in Fragen des Schutzes von Patenten, Handelsmarken und Urheberrechten sowie andererseits die Regierung bezüglich der handelsbezogenen Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum.

Patente im Hochtechnologiebereich

Für die Zählung der Patente im Hochtechnologiebereich gelten die im trilateralen statistischen Bericht festgelegten Kriterien. Danach werden die folgenden technischen Fachgebiete dem Hochtechnologiebereich zugeordnet: Computer und Büroautomation; Mikrobiologie und Gentechnik; Luftfahrt; Kommunikationstechnik, Halbleitertechnik und Lasertechnik.

Produktions- und Importabgaben

Dazu zählen Zwangsabgaben in Form von Geld- oder Sachleistungen, die vom Staat oder von Institutionen der Europäischen Union ohne Gegenleistung auf die Produktion und die Einfuhr von Waren und Dienstleistungen, die Beschäftigung von Arbeitskräften und das Eigentum an oder den Einsatz von Grundstücken, Gebäuden oder anderen im Produktionsprozess eingesetzten Aktiva erhoben werden.

Reale Werte

Sie werden berechnet durch Deflationierung einer ökonomischen Variablen zu jeweiligen Preisen anhand des impliziten Preisindex einer anderen Variablen (z. B. Deflationierung des Arbeitnehmerentgelts anhand des Preisindex des Verbrauchs der privaten Haushalte). Dies ist typisch für Finanzierungs- und Einkommensströme. Zur Deflationierung eines Einkommens wird z. B. ein angemessener Preisindex auf der Grundlage eines Warenkorbs erstellt, der widerspiegelt, wie dieses Einkommen ausgegeben wird.

Reiseverkehrsbilanz

Die Debitseite enthält die Ausgaben von Gebietsansässigen, die aus beliebigen Gründen (Urlaub, Arbeit, Gesundheit oder Studium) für weniger als ein Jahr im Ausland leben. Auf der Kreditseite sind die gleichen Ausgaben von ausländischen Reisenden im Inland aufgeführt.

Rohe Sterbeziffer

Sterbefälle je 1 000 Einwohner.

Rohe Sterbeziffer (CDR)

Die nicht bereinigte Sterbeziffer ist ein gewichteter Durchschnitt der altersspezifischen Sterbeziffer. Der Gewichtungsfaktor ist die Altersverteilung der Population, deren Mortalität beobachtet wird. Bei der Gegenüberstellung der nicht bereinigten Sterbeziffer von zwei oder mehr Populationen wird eine Kombination von verschiedenen altersspezifischen Sterblichkeiten und unterschiedlichen Bevölkerungsstrukturen verglichen, die nicht die „realen“ Mortalitätsunterschiede widerspiegeln, dafür aber die Auswirkungen der Bevölkerungsstruktur auf die Gesamtzahl der Todesfälle und auf die nicht bereinigten Sterbeziffern mit berücksichtigen.

Rundholzerzeugung

Die Rundholzerzeugung (der Begriff wird als Synonym zu „Holzentnahme“ verwendet) umfasst die gesamte Holzmenge, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums aus dem Wald, von sonstigen Flächen mit Bäumen oder Sträu-

chern oder von anderen Schlagflächen entnommen wird.

Säuglingssterblichkeit

Anzahl der Sterbefälle je 1 000 lebend geborene Kinder unter einem Jahr.

Schnittholz

Dazu gehören Holzwaren, die entweder durch Längseinschnitt oder durch Profilierung hergestellt werden und im Regelfall eine Stärke von über 5 mm aufweisen.

Sozialbeiträge

Sozialbeiträge werden als freiwillige Beiträge oder Pflichtbeiträge von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Selbständigen und Nichterwerbstätigen geleistet. Es gibt zwei Arten von Sozialbeiträgen: tatsächliche Beiträge und unterstellte Beiträge.

Sozialversicherung

Dazu zählen alle institutionellen Einheiten des Zentralstaates (Bundes), der Länder und der Gemeinden, deren Haupttätigkeit in der Gewährung von Sozialleistungen besteht und die die folgenden zwei Kriterien erfüllen: 1. Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind aufgrund gesetzlicher Regelungen (mit Ausnahme der Vorschriften für Beschäftigte im öffentlichen Dienst) zur Teilnahme an dem System oder zu Beitragszahlung verpflichtet. 2. Der Staat legt die Beiträge und Leistungen fest und übernimmt insofern, unabhängig von seiner Funktion als Aufsichtsbehörde oder Arbeitgeber, die Zuständigkeit für die Verwaltung der Einrichtung.

Staat

Der Sektor Staat umfasst alle institutionellen Einheiten, deren Produktionswert für den Individual- und Kollektivkonsum bestimmt ist und die sich primär mit Zwangsabgaben von Einheiten anderer Sektoren finanzieren und/oder die Einkommen und Vermögen umverteilen. Der Sektor Staat untergliedert sich in vier Teilsektoren: Zentralstaat (Bund), Länder, Gemeinden und Sozialversicherung.

Staatliche Mittelzuweisung für Forschung und Entwicklung

Staatliche Mittelzuweisung für FuE (englisch: Government budget appropriations or outlays for research and development – Gbaord) ermöglichen die Messung der staatlichen Unterstützung für FuE-Aktivitäten; sie umfassen alle auf zentralstaatlicher oder Bundesebene genehmigten Mittel für FuE. Die in Bundesländern (oder Provinzen) veranschlagten Mittel werden nur einbezogen, sofern sie eine signifikante Größenordnung erreichen, Mittel der Gemeinden werden nicht erfasst.

Staatsangehörige

Personen, die Staatsangehörige des Landes sind, in dem sie zurzeit leben.

Staatsanleihen

Von der öffentlichen Hand zur Finanzierung von Haushaltsdefiziten und anderen Schulden ausgegebene rückzahlbare Schuldverschreibungen. Die Rendite von Staatsanleihen ist gewöhnlich die Umlaufrendite, d. h. die Rendite an dem Markt, an dem im Umlauf befindliche Papiere gehandelt werden.

Staatsschulden

Gesamte Bruttoverschuldung zum Nennwert am Jahresende, konsolidiert zwischen und innerhalb der Teilsektoren des Staates. Siehe auch „Konvergenzkriterien“.

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde für die dritte Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ausgehandelt, die am 1. Januar 1999 in Kraft trat. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Mitgliedstaaten auch nach Einführung der einheitlichen Währung ihre Bemühungen um Haushaltsdisziplin fortsetzen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt setzt sich zusammen aus einer Entschließung des Europäischen Rates, die am 17. Juni 1997 in Amsterdam angenommen wurde, sowie aus zwei Verordnungen des Rates vom 7. Juli 1997 mit technischen Modalitäten zur Umsetzung dieser Entschließung (haushaltspolitische Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken sowie Umsetzung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit).

Mittelfristig haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Vorgabe eines nahezu ausgeglichenen Haushalts weiterhin zu erfüllen und dem Rat und der Kommission bis 1. Januar 1999 ein Stabilitätsprogramm vorzulegen, das in der Folge jährlich aktualisiert werden soll. Die an der dritten Stufe der WWU nicht teilnehmenden Staaten müssen ein Konvergenzprogramm vorlegen, das entsprechenden Regeln unterworfen ist.

Im Stabilitäts- und Wachstumspakt ist vorgesehen, dass der Rat Sanktionen verhängen kann, wenn ein teilnehmender Mitgliedstaat nicht die zur Behebung des übermäßigen Defizits erforderlichen Schritte unternimmt. Zunächst soll die Hinterlegung einer unverzinslichen Einlage bei der Gemeinschaft verlangt werden, die in eine Geldbuße umgewandelt werden kann, wenn das übermäßige Defizit nicht binnen zwei Jahren beseitigt worden ist.

Standarddeckungsbeitrag

Der Deckungsbeitrag eines landwirtschaftlichen Unternehmens ist der Geldwert der Bruttoerzeugung abzüglich bestimmter Spezialkosten.

Der Standarddeckungsbeitrag (SDB) ist der Wert des Deckungsbeitrags, der der durchschnittlichen Lage einer gegebenen Region für die einzelnen landwirtschaftlichen Merkmale entspricht.

Die SDB werden anhand der Dreijahresdurchschnittswerte ermittelt. Für die Strukturerhebung 1999/2000 wurde der SDB 1996 als arith-

metisches Mittel der Jahre 1995, 1996 und 1997 berechnet.

Die Bruttoerzeugung ist die Summe der Werte der Hauptprodukte und der Nebenprodukte. Diese Werte werden durch Multiplikation der Produktion je Einheit (abzüglich aller Verluste) zu Preisen ab Hof ohne Mehrwertsteuer berechnet.

Die Bruttoerzeugung enthält die Beihilfen, die an Produkte, Flächen und/oder Vieh gebunden sind.

Standardisierte Sterbeziffer (SDR)

Altersspezifische Sterbeziffer einer Bevölkerung. Da sich die meisten Todesursachen mit dem Alter und in Abhängigkeit vom Geschlecht erheblich ändern, verbessert der Einsatz von standardisierten Sterbeziffern die Vergleichbarkeit über Zeiträume bzw. zwischen Ländern, da sie eine Messung der Sterblichkeit unabhängig von den unterschiedlichen Altersstrukturen der Bevölkerung erlauben. Die hier verwendeten standardisierten Sterbeziffern wurden von der Weltgesundheitsorganisation auf der Grundlage einer europäischen Standardbevölkerung berechnet.

Sterbeziffer

Sterbefälle je 100 000 Einwohner.

Steuerquote von Niedriglohneempfängern: Arbeitslosigkeitsfalle

Die Arbeitslosigkeitsfalle misst, welcher Prozentsatz des Bruttoeinkommens bei Aufnahme einer Beschäftigung durch den Wegfall von Arbeitslosigkeits- und anderen Sozialleistungen einerseits und höhere Steuer- und Sozialversicherungsabgaben andererseits verloren geht.

Steuerquote von Niedriglohneempfängern: Steuerlast auf Arbeitskosten

Die Steuerlast auf Arbeitskosten misst die relative steuerliche Belastung eines Niedriglohneempfängers.

Subventionen

Subventionen sind laufende Zahlungen ohne Gegenleistung, die der Staat oder die Institutionen der Europäischen Union an gebietsansässige Produzenten leisten, um den Produktionsumfang dieser Einheiten, ihre Verkaufspreise oder die Entlohnung der Produktionsfaktoren zu beeinflussen.

Tagesgeldsatz

Damit wird im Allgemeinen der Zinssatz bezeichnet, zu dem Banken untereinander auf dem Interbankmarkt innerhalb von 24 Stunden fällige Kredite gewähren oder aufnehmen. Er ist ein guter Indikator für das allgemeine Niveau der kurzfristigen Marktzinssätze. Der Tagesgeldsatz wird u. a. durch die Höhe der Leitzinsen beeinflusst.

Todesursachen

Die Analyse der Todesursachen basiert auf dem Grundleiden, wie es in Abschnitt B des Totenscheins angegeben ist. Die Todesursachen werden auf der Grundlage der internationalen

Klassifikation der Krankheiten der Weltgesundheitsorganisation definiert, die von den meisten Ländern übernommen worden ist. Obwohl die Definitionen harmonisiert sind, sind die Statistiken nicht notwendigerweise voll vergleichbar, da die Klassifikation in Fällen, in denen mehrere Ursachen zum Tode führen bzw. die Einordnung schwierig ist, unterschiedlich sein kann; zu Abweichungen kommt es auch aufgrund unterschiedlicher Meldeverfahren.

Tote bei Straßenverkehrsunfällen

Personen, die unmittelbar getötet wurden oder innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen gestorben sind. Ihre Zahl wird als standardisierte Sterbeziffer berechnet.

Übertragbare Krankheiten

Krankheiten, die innerhalb der Europäischen Union eine signifikante Morbidität oder Mortalität verursachen oder verursachen können und bei denen der Informationsaustausch die Wirkung einer Frühwarnung angesichts einer Bedrohung der öffentlichen Gesundheit haben kann. Es kann sich auch um seltene und schwere Krankheiten handeln, die auf nationaler Ebene nicht erkannt werden, für die jedoch durch eine Zusammenfassung aller Daten auf einer breiteren Wissensgrundlage eine Hypothese aufgestellt werden könnte und für die es wirksame Präventionsmaßnahmen gibt, die den Gesundheitsschutz verbessern.

Umsatz

Der Umsatz umfasst die von der Erhebungseinheit während des Berichtszeitraums insgesamt in Rechnung gestellten Beträge, die den Verkäufen von Waren und Dienstleistungen an Dritte entsprechen. Der Umsatz schließt alle Steuern und Abgaben ein, die auf den von der Einheit in Rechnung gestellten Waren oder Dienstleistungen liegen, mit Ausnahme der Mehrwertsteuer, die von der Einheit den Kunden in Rechnung gestellt wird, sowie sonstiger, in ähnlicher Weise absetzbarer, direkt mit dem Umsatz verbundener Steuern. Außerdem umfasst er alle berechneten Nebenkosten (Transport, Verpackung usw.), die an die Kunden weitergegeben werden, selbst wenn diese Kosten getrennt in Rechnung gestellt werden. Preisnachlässe, z. B. Rabatte und Boni, sowie der Wert der zurückerstatteten Verpackung sind abzuziehen. Erträge, die im Rahmen der Rechnungslegung als sonstige betriebliche Erträge, finanzielle Erträge oder außerordentliche Erträge eingestuft sind, zählen nicht als Umsatz. Nicht einbezogen werden ferner die vom Staat oder der Europäischen Union erhaltenen Betriebssubventionen. Für die NACE Rev. 1.1 Klassen 66.01 und 66.03 wird die Merkmalsbezeichnung für den Umsatz als „Gebuchte Bruttobeiträge“ festgelegt.

Verbrauch der privaten Haushalte

Wert der zur unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse der privaten Haushalte verwendeten Waren und Dienstleistungen.

Ein privater Haushalt kann aus einer allein lebenden Person oder aus einer Familie bestehen.

Zum Verbrauch der privaten Haushalte gehören Ausgaben für den Kauf von Waren und Dienstleistungen, der Eigenverbrauch (z. B. Erzeugnisse aus Hausgärten) und die unterstellte Miete von eigengenutzten Wohnungen (d.h. die Summe, die als Miete aufzubringen wäre).

Vereinte Nationen (UN)

Die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) wurde am 24. Oktober 1945 von 51 Ländern gegründet, die sich der Erhaltung des Friedens durch internationale Zusammenarbeit und kollektive Sicherheit verschrieben hatten. Inzwischen gehören fast alle Staaten der Welt der UNO an: Die Organisation zählt heute 189 Mitglieder. Staaten, die der UNO beitreten, übernehmen die Verpflichtungen der UN-Charta – ein internationales Vertragswerk, das die Grundsätze für die zwischenstaatlichen Beziehungen festlegt. Gemäß der Charta verfolgt die UNO vier Ziele: Sie soll darauf hinwirken, dass der Frieden und die Sicherheit in der Welt gewahrt bleiben; sie soll die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen ermöglichen; sie soll durch entsprechende Zusammenarbeit zur Lösung internationaler Probleme und zur besseren Achtung der Menschenrechte beitragen, und sie soll bei der Abstimmung des Handelns der einzelnen Länder eine zentrale Rolle übernehmen.

Vorleistungen

Die Vorleistungen messen den Wert der im Produktionsprozess verbrauchten, verarbeiteten oder umgewandelten Waren und Dienstleistungen. Nicht dazu gehört die Nutzung des Anlagevermögens.

Wald

Wald ist definiert als eine mehr als 0,5 ha große Landfläche, die zu mehr als 10 % von Bäumen überkront ist. Die Bäume sollen auf dem jeweiligen Standort zum Zeitpunkt ihrer Reife eine Höhe von mindestens 5 m erreichen.

Wanderungssaldo (einschließlich Korrekturen) Differenz zwischen der Zahl der Einwanderer und der Zahl der Auswanderer in einem bestimmten Gebiet. Da zur Einwanderung und Auswanderung in den meisten Ländern keine genauen und z. T. überhaupt keine Zahlen vorliegen, wird der Wanderungssaldo im Allgemeinen anhand der Differenz zwischen dem Bevölkerungszuwachs (insgesamt) und dem natürlichen Bevölkerungswachstum innerhalb eines bestimmten Zeitraums geschätzt. Somit wirken sich auf die Statistiken über den Wanderungssaldo sämtliche statistischen Ungenauigkeiten aus, die in den Bestandteilen dieser Gleichung und insbesondere in den Angaben zum Gesamtwuchs enthalten sind.

Wechselkurs

Preis einer Währungseinheit gegenüber einer anderen. Siehe auch „Konvergenzkriterien“.

Weiterbildungskurse

Veranstaltungen, die ausschließlich dem Zweck der Weiterbildung dienen, die nicht am Arbeitsplatz stattfinden, sondern beispielsweise in einem Unterrichtsraum oder Bildungszentrum, in denen eine Personengruppe in einem von den Organisatoren des Kurses vorab festgelegten Zeitraum Unterricht von Ausbildern/Tutoren/Dozenten erhält.

Wirtschaftsgebiet

Als Wirtschaftsgebiet eines Landes gilt das durch den freien Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen gekennzeichnete Staatsgebiet. Ebenfalls darunter fallen der nationale Luftraum, die Hoheitsgewässer, die Bodenschätze in internationalen Gewässern, wenn sie von gebietsansässigen Einheiten geschürft werden, territoriale Exklaven (eigene Vertretungen, eigene Militärbasen usw.), nicht jedoch extraterritoriale Enklaven (diplomatische Vertretungen ausländischer Staaten, der Organe der Europäischen Union usw.).

WKM (Wechselkursmechanismus)

Dieser Bestandteil des Europäischen Währungssystems diente der Herstellung stabiler Wechselkurse und umfasste zwei Elemente: ein Paritätengitter mit bilateralen Leitkursen und Schwankungsbreiten sowie einen Abweichungsindikator, der angab, wie weit die einzelnen Währungen vom ECU-Leitkurs abwichen. Seit Beginn der 3. Stufe der Währungsunion besteht der Wechselkursmechanismus nicht mehr.

WKM 2

Am 1. Januar 1999 trat an die Stelle des bisherigen WKM der neue Wechselkursmechanismus 2, der die noch nicht beteiligten Länder für eine Teilnahme an der Währungsunion vorbereiten und gleichzeitig zur Wechselkursdisziplin innerhalb der Europäischen Union beitragen soll. Die zentrale Währung des Systems ist der Euro. Ende 2000 beteiligten sich am WKM 2 zwei Länder, und zwar Dänemark mit einer Schwankungsbreite von $\pm 2,25\%$ und Griechenland mit einer Schwankungsbreite von $\pm 15\%$. Da Griechenland seit 1. Januar 2001 der Eurozone angehört, ist Dänemark zurzeit das einzige Land, das sich am WKM 2 beteiligt.

Wohnung

Ein Raum oder eine Reihe von Räumen, einschließlich zugehöriger Vorhallen und Flure, in einem auf Dauer errichteten Gebäude (oder in einem davon getrennten Teil), das für die ganzjährige Bewohnung durch einen privaten Haushalt gebaut, umgebaut oder umgewandelt wurde. Eine Wohnung bezeichnet entweder ein Einfamilienhaus oder die einzelne Wohneinheit in einem Wohnblock. Wohnungen umfassen auch Garagen für Wohngebäude, selbst wenn sie nicht Teil der Wohnung sind oder einem anderen Eigentümer gehören.

WWU (Wirtschafts- und Währungsunion)

Zusammenschluss von zwölf EU-Mitgliedstaaten, die den Euro als gemeinsame Währung eingeführt haben. Diesen Ländern wurde offiziell bestätigt, dass sie die Konvergenzkriterien erfüllen. Die dritte Stufe der WWU begann am 1. Januar 1999, als der Kurs der Währungen von elf Mitgliedstaaten gegenüber dem Euro unwiderruflich festgelegt wurde. Seit dem 1. Januar 2001 gilt dies auch für die griechische Drachme. Mit der Einführung des Euro-Bargelds am 1. Januar 2002 wurden die nationalen Währungen schrittweise aus dem Verkehr gezogen.

Zahlungsbilanz

Die Salden der verschiedenen Teilbilanzen (Warenbilanz, Dienstleistungsbilanz usw.) der Zahlungsbilanz ergeben sich aus der Differenz zwischen Ausfuhren (Kredit) und Einfuhren (Debit). Wenn die Ausfuhren die Einfuhren übersteigen, handelt es sich um einen Zahlungsbilanzüberschuss. Sind die Einfuhren höher als die Ausfuhren, besteht ein Zahlungsbilanzdefizit.

– Bauleistungen

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten Arbeiten auf Baustellen und Montagen, die Arbeitnehmer eines Unternehmens an Standorten außerhalb des Wirtschaftsgebiets des Unternehmens ausführen. Diese Arbeiten sind im Allgemeinen von kurzer Dauer. Auf den Baustellen eingesetzte Waren, die das Unternehmen in fremden Wirtschaftsgebieten erwirbt, werden als Bauleistungen und nicht unter der Position Waren verbucht.

– Dienstleistungen für persönliche Zwecke, für Kultur und Freizeit

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten audiovisuelle und verwandte Dienstleistungen sowie sonstige kulturelle Dienstleistungen, die Gebietsansässige für Gebietsfremde und umgekehrt erbringen.

– DV- und Informationsleistungen

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten DV-Daten- und nachrichtenbezogene Dienstleistungstransaktionen zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden.

– Einkommen

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst das Einkommen zwei Hauptposten: das Erwerbseinkommen, d. h. Löhne, Gehälter und andere Geld- oder Sachleistungen, die Einzelpersonen dafür erhalten, dass sie eine Arbeitsleistung für wirtschaftliche Einheiten erbringen, deren Sitz sich von ihrem Wohnsitz unterscheidet; und das Vermögenseinkommen, d. h. das Einkommen, das eine ge-

bietsansässige Einheit aus dem Eigentum an Finanzanlagen im Ausland bezieht, und das Einkommen, das Gebietsfremde aus ihren Finanzanlagen in der Volkswirtschaft beziehen, in der die Zahlungsbilanz erstellt wird. Dazu zählen Zinsen und Dividenden aus Direktinvestitionen, Wertpapieranlagen und sonstigen Investitionen.

– Finanzdienstleistungen

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten den Austausch von finanziellen Vermittlungs- und Nebenleistungen zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden.

– Kommunikationsleistungen

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten zwei wesentliche Kategorien im Bereich der internationalen Kommunikation zwischen Gebietsansässigen und Gebietsfremden: Telekommunikationsdienstleistungen und Post- und Kurierdienste.

– Patente und Lizenzen

Im Zahlungsbilanzsystem umfasst dieser Posten Zahlungen von Gebietsansässigen an Gebietsfremde und umgekehrt für die autorisierte Nutzung von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern und Eigentumsrechten sowie für die Verwendung von produzierten Originalen oder Prototypen (im Rahmen von Lizenzvereinbarungen).

– Regierungsleistungen, anderweitig nicht genannt

Im Zahlungsbilanzsystem stellt dieser Posten eine Restgröße dar. Darunter fallen alle vom Staat oder von internationalen und regionalen Organisationen erbrachten Dienstleistungen, die keiner anderen Dienstleistungsrubrik (Finanzdienstleistungen, Versicherungsdienstleistungen, Kommunikationsleistungen usw.) zuzuordnen sind.

– Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen

Im Zahlungsbilanzsystem fallen unter diesen Posten Transithandelserträge und sonstige Handelsleistungen, Operating-Leasing und übrige unternehmensbezogene, freiberufliche und technische Dienstleistungen.

– Versicherungsdienstleistungen

Im Zahlungsbilanzsystem fallen unter diesen Posten verschiedene Arten von Versicherungen, die Gebietsfremde mit gebietsansässigen Versicherungsunternehmen abschließen und umgekehrt.

– Zentralstaat

Alle zentralen öffentlichen Körperschaften, deren Zuständigkeit sich über das gesamte Wirtschaftsgebiet erstreckt, mit Ausnahme der Zentralverwaltung der Sozialversicherung.

AKP: Afrikanische, karibische und pazifische Unterzeichnerstaaten des Partnerschaftsabkommens (Cotonou-Abkommen)

Angola, Antigua und Barbuda, Äquatorialguinea, Äthiopien, Bahamas, Barbados, Belize, Benin, Botsuana, Burkina Faso, Burundi, Cookinseln, Côte d'Ivoire, Demokratische Republik Kongo, Dominica, Dominikanische Republik, Dschibuti, Eritrea, Fidschi, Gabun, Gambia, Ghana, Grenada, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Haiti, Jamaika, Kamerun, Kap Verde, Kenia, Kiribati, Komoren, Kongo, Kuba, Lesotho, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Marshallinseln, Mauretania, Mauritius, Föderierte Staaten von Mikronesien, Mosambik, Namibia, Nauru, Niger, Nigeria, Niue, Palau, Papua-Neuguinea, Ruanda, Sambia, Samoa, São Tomé und Príncipe, Senegal, Seychellen, Sierra Leone, Simbabwe, Solomonen, Somalia, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Südafrika, Sudan, Suriname, Swaziland, Vereinigte Republik Tansania, Timor-Leste, Togo, Tonga, Trinidad und Tobago, Tschad, Tuvalu, Uganda, Vanuatu, Zentralafrikanische Republik.

APEC: Asiatisch-pazifische wirtschaftliche Zusammenarbeit

Australien, Brunei Darussalam, Volksrepublik China, Chile, China, Hongkong, Indonesien, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Peru, Philippinen, Republik Korea, Russische Föderation, Singapur, Taiwan, Thailand, Vereinigte Staaten, Vietnam.

ASEAN: Wirtschaftsgemeinschaft südostasiatischer Länder

Brunei Darussalam, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam.

Beitrittsländer

Bulgarien, Rumänien, Türkei.

DAV: Dynamische asiatische Volkswirtschaften

Hongkong, Malaysia, Republik Korea, Singapur, Taiwan, Thailand.

EFTA: Europäische Freihandelsassoziation

Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz.

Europäische Union (EU-25) ab 1.5.2004

Belgien, Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Slowenien, Slowakei, Finnland, Schweden, Vereinigtes Königreich.

Europäische Union (EU-15) bis zum 30.4.2004

Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Finnland, Vereinigtes Königreich.

Eurozone

Die Länder, die sich an der Wirtschafts- und Währungsunion beteiligen und den Euro als einheitliche Währung einführen. Im Jahr 2001 waren dies Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Finnland.

EWR: Europäischer Wirtschaftsraum

EU, Island, Liechtenstein, Norwegen.

Extra-EU

Europäische Länder, die nicht Mitglieder der EU sind, Afrika, Amerika, Asien, Ozeanien und Polargebiete, verschiedene (nicht einzeln aufgeführte) Länder.

GUS: Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Republik Moldau, Russische Föderation, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan.

Lateinamerika

Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Haiti, Honduras, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela.

MEDA (ohne EU)

Mittelmeer-Länder in der Partnerschaft Euro-Mittelmeer Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Besetzte palästinensische Gebiete, Arabische Republik Syrien, Tunesien, Türkei.

Mercosur: Südamerikanische Freihandelszone

Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay.

Mittelmeerbecken (ohne EU)

Ägypten, Albanien, Algerien, Arabische Republik Syrien, Besetzte palästinensische Gebiete, Bosnien und Herzegowina, Ceuta, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Gibraltar, Israel, Jordanien, Kroatien, Libanon, Libysch-Arabische Dschamahirija, Marokko, Melilla, Serbien und Montenegro, Syrien, Tunesien, Türkei, Zypern.

MOEL: Mittel- und osteuropäische Staaten

Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Kroatien, Rumänien, Serbien und Montenegro.



NAFTA: Nordamerikanische Freihandelszone

Kanada, Mexiko, Vereinigte Staaten

Naher und Mittlerer Osten Asiens

Arabische Republik Syrien, Armenien, Aserbaidschan, Bahrain, Georgien, Irak, Israel, Islamische Republik Iran, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Besetzte palästinensische Gebiete, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate.

NIC: Industrielle Schwellenländer Asiens

Hongkong, Republik Korea, Singapur, Taiwan

OECD ohne EU

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ohne Länder der EU

Amerikanische Jungferninseln, Australien, Heard und McDonalbinseln, Island, Japan, Kanada, Kokosinseln (Keelinginseln), Mexiko, Neuseeland, Norfolkinsel, Norwegen, Republik Korea, Schweiz, Türkei, Vereinigte Staaten, Weihnachtsinsel.

OPEC: Organisation erdölexportierender Länder

Algerien, Indonesien, Irak, Islamische Republik Iran, Katar, Kuwait, Libysch-Arabische Dschamahirija, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

SAARC: Südasiatische Vereinigung für regionale Zusammenarbeit

Bangladesch, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka.

- A. Land- und Forstwirtschaft**
- B. Fischerei und Fischzucht**
- C. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden**
- CA. Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Bergbau auf Uran- und Thoriumerze
- CB. Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau
- D. Herstellung von Waren**
- DA. Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln, Tabakverarbeitung
- DB. Herstellung von Textilien und Bekleidung
- DC. Herstellung von Leder und Lederwaren
- DD. Herstellung von Holz sowie Holz-, Kork- und Flechtwaren (ohne Herstellung von Möbeln)
- DE. Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus, Verlags- und Druckerzeugnissen
- DF. Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen
- DG. Herstellung von chemischen Erzeugnissen
- DH. Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren
- DI. Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden
- DJ. Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen
- DK. Maschinenbau
- DL. Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik
- DM. Fahrzeugbau
- DN. Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Rückgewinnung
- E. Energie- und Wasserversorgung**
- F. Bau**
- G. Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern
50. Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen
51. Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)
52. Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern
- H. Beherbergungs- und Gaststätten**
- I. Verkehr und Nachrichtenübermittlung**
60. Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen
61. Schifffahrt
62. Luftfahrt
63. Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung
64. Nachrichtenübermittlung
- J. Kreditinstitute und Versicherungen (ohne Sozialversicherung)**
65. Kreditinstitute
66. Versicherungen (ohne Sozialversicherung)
67. Mit den Kreditinstituten und Versicherungen verbundene Tätigkeiten
- K. Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen**
70. Grundstücks- und Wohnungswesen
71. Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal
72. Datenverarbeitung und Datenbanken
73. Forschung und Entwicklung
74. Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen
- L. Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung**
- M. Erziehung und Unterricht**
- N. Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen**
- O. Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen**
90. Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung
91. Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige Vereinigungen (ohne Sozialwesen, Kultur und Sport)
92. Kultur, Sport und Unterhaltung
93. Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
- P. Private Haushalte**
- Q. Exterritoriale Organisationen und Körperschaften**

Diese Klassifikation ist auf der Eurostat Website zugänglich:
<http://europa.eu.int/comm/eurostat/ramon> (unter „Classifications“)

0. Nahrungsmittel und lebende Tiere

- 00. Lebende Tiere, ausgenommen solche des Abschnitts 03
- 01. Fleisch und Zubereitungen von Fleisch
- 02. Milch und Milcherzeugnisse; Vogeleier
- 03. Fische (ausgenommen Meeressäuger), Krebstiere, Weichtiere und wirbellose Wassertiere; Zubereitungen daraus
- 04. Getreide und Getreideerzeugnisse
- 05. Gemüse und Früchte
- 06. Zucker, Zuckerwaren und Honig
- 07. Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze und Waren daraus
- 08. Tierfutter (ausgenommen ungemahlene Getreide)
- 09. Verschiedene genießbare Waren und Zubereitungen

1. Getränke und Tabak

- 11. Getränke
- 12. Tabak und Tabakerzeugnisse

2. Rohstoffe, ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe

- 21. Häute, Felle und Pelzfelle, roh
- 22. Ölsaaten und ölhaltige Früchte
- 23. Rohkautschuk (einschließlich synthetischen und regenerierten Kautschuks)
- 24. Kork und Holz
- 25. Papierhalbstoffe und Abfälle von Papier
- 26. Spinnstoffe (ausgenommen gekämmte Wolle) und ihre Abfälle (ausgenommen zu Garn oder anderen Waren verarbeitete Abfälle)
- 27. Düngemittel (ausgenommen solche des Abschnitts 56), roh, und mineralische Rohstoffe (ausgenommen Kohle, Öl und Edelsteine)
- 28. Metallurgische Erze und Metallabfälle
- 29. Rohstoffe tierischen und pflanzlichen Ursprungs, a. n. g.

3. Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel und verwandte Erzeugnisse

- 32. Kohle, Koks und Briketts
- 33. Erdöl, Erdölzeugnisse und verwandte Waren
- 34. Gas
- 35. Elektrischer Strom

4. Tierische und pflanzliche Öle, Fette und Wachs

- 41. Tierische Öle und Fette
- 42. Pflanzliche Fette und fette Öle, roh oder raffiniert, sowie deren Fraktionen
- 43. Tierische oder pflanzliche Fette und Öle, verarbeitet; Wachse tierischen oder pflanzlichen Ursprungs; ungenießbare Mischungen und Zubereitungen von tieri-

schen oder pflanzlichen Fetten oder Ölen, a. n. g.

5. Chemische Erzeugnisse, a. n. g.

- 51. Organische chemische Erzeugnisse
- 52. Anorganische chemische Erzeugnisse
- 53. Farbstoffe, Gerbstoffe und Farben
- 54. Medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse
- 55. Ätherische Öle, Resinoide und Riechmittel; zubereitete Körperpflege-, Putz- und Reinigungsmittel
- 56. Düngemittel (ausgenommen solche des Abschnitts 27)
- 57. Kunststoffe in Primärformen
- 58. Kunststoffe in anderen Formen als Primärformen
- 59. Chemische Erzeugnisse und Waren, a. n. g.

6. Bearbeitete Waren, vorwiegend nach Beschaffenheit gegliedert

- 60. Vollständige Fabrikationsanlagen des Teils 6
- 61. Leder, Lederwaren, a. n. g., und zugerichtete Pelzfelle
- 62. Kautschukwaren a. n. g.
- 63. Kork- und Holzwaren (ausgenommen Möbel)
- 64. Papier und Pappe; Waren aus Papierhalbstoff, Papier oder Pappe
- 65. Garne, Gewebe, fertig gestellte Spinnstoffzeugnisse, a. n. g., und verwandte Waren
- 66. Waren aus nichtmetallischen mineralischen Stoffen, a. n. g.
- 67. Eisen und Stahl
- 68. NE-Metalle
- 69. Metallwaren, a. n. g.

7. Maschinenbauerzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse und Fahrzeuge

- 70. Vollständige Fabrikationsanlagen des Teils 7
- 71. Kraftmaschinen und Kraftmaschinenausrüstungen
- 72. Arbeitsmaschinen für besondere Zwecke
- 73. Metallbearbeitungsmaschinen
- 74. Maschinen, Apparate und Geräte für verschiedene Zwecke, a. n. g., und Teile davon, a. n. g.
- 75. Büromaschinen und automatische Datenverarbeitungsmaschinen
- 76. Geräte für Nachrichtentechnik; Bild- und Tonaufnahme- und -wiedergabegeräte
- 77. Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte und Einrichtungen, a. n. g., und elektrische Teile davon (einschließlich der ent-

- sprechenden nichtelektrischen Teile, a. n. g., für elektrische Haushaltsausrüstungen)
78. Straßenfahrzeuge (einschließlich Luftkissenfahrzeugen)
79. Andere Beförderungsmittel
- 8. Verschiedene Fertigwaren**
80. Vollständige Fabrikationsanlagen des Teils 8
81. Vorgefertigte Gebäude; sanitäre Anlagen, Heizungs- und Beleuchtungseinrichtungen, a. n. g.
82. Möbel und Teile davon; Bettenausstattungen und ähnliche Waren
83. Reiseartikel, Handtaschen und ähnliche Behältnisse
84. Bekleidung und Bekleidungszubehör
85. Schuhe
87. Mess-, Prüf- und Kontrollinstrumente, -apparate und -geräte, a. n. g.
88. Fotografische Apparate, Ausrüstungen und Zubehör; optische Waren, a. n. g.; Uhrmacherwaren
89. Verschiedene bearbeitete Waren, a. n. g.
- 9. Waren und Warenverkehrsvorgänge, anderweitig in der SITC nicht erfasst**
91. Postpakete, nicht nach Beschaffenheit gegliedert
93. Besondere Warenverkehrsvorgänge und Waren, nicht nach Beschaffenheit gegliedert
94. Vollständige Fabrikationsanlagen, a. n. g.
96. Münzen (ausgenommen Goldmünzen), ausgenommen gesetzliche Zahlungsmittel
97. Gold zu nichtmonetären Zwecken (ausgenommen Golderze und -konzentrate)

Abkürzungen und Akronyme

Mitgliedstaaten

EU-25 Die 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union

EU-15 Die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union bis zum 30.4.2004

Eurozone EUR-11 (BE, DE, ES, FR, IE, IT, LU, NL, AT, PT, FI) bis zum 31.12.2000, EUR-12 ab 1.1.2001

EUR-12 Die Eurozone mit 12 Mitgliedstaaten (BE, DE, EL, ES, FR, IE, IT, LU, NL, AT, PT, FI)

BE	Belgien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
DE	Deutschland
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Zypern
LV	Lettland
LT	Litauen
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PL	Polen
PT	Portugal
SI	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich

Beitrittswillige Länder

BG	Bulgarien
RO	Rumänien
TR	Türkei

Andere Länder und Gebietseinheiten

AF	Afghanistan
AM	Armenien
AR	Argentinien
AZ	Aserbaidschan
BA	Bosnien und Herzegowina
BR	Brasilien
CA	Kanada
CD	Demokratische Republik Kongo
CH	Schweiz
CN	China
CO	Kolumbien
CS	Serbien und Montenegro
D-E	das frühere Ostdeutschland
D-W	das frühere Westdeutschland
DZ	Algerien

GB	Großbritannien
HR	Kroatien
IN	Indien
IQ	Irak
IR	Iran
IS	Island
JP	Japan
KR	Republik Korea
LI	Liechtenstein
LK	Sri Lanka
LY	Libyen
NG	Nigeria
NO	Norwegen
RU	Russische Föderation
SA	Saudi-Arabien
SG	Singapur
SL	Sierra Leone
SO	Somalia
TW	Taiwan
UA	Ukraine
US	Vereinigte Staaten von Amerika
ZA	Südafrika

Währungen

ECU	Angaben bis 31.12.1998
EUR ⁽¹⁾	Angaben ab 1.1.1999
ATS ⁽¹⁾	Österreichischer Schilling
BEF ⁽¹⁾	Belgischer Franc
CYP	Zypern-Pfund
CZK	Tschechische Krone
DEM ⁽¹⁾	Deutsche Mark
DKK	Dänische Krone
EEK	Estnische Krone
ESP ⁽¹⁾	Spanische Peseta
FIM ⁽¹⁾	Finnmark
FRF ⁽¹⁾	Französischer Franc
GBP	Pfund Sterling
GRD ⁽¹⁾	Griechische Drachme
HUF	Forint
IEP ⁽¹⁾	Irishes Pfund
ITL ⁽¹⁾	Italienische Lira
LTL	Litas
LUF ⁽¹⁾	Luxemburgischer Franc
LVL	Lats
MTL	Maltesische Lira
NLG ⁽¹⁾	Niederländischer Gulden
PLN	Zloty
PTE ⁽¹⁾	Portugiesischer Escudo
SEK	Schwedische Krone
SIT	Tolar
SKK	Slowakische Krone
BGN	Lew
CAD	Kanadischer Dollar
JPY	Japanischer Yen
ROL	Leu

⁽¹⁾ Der Euro löste zum 1. Januar 1999 den Ecu (Code = ECU) ab. Zum 1. Januar 2002 ersetzte er ebenfalls die Währungen von 12 Mitgliedstaaten.

TRL Türkische Lira
USD US-Dollar

Weitere Abkürzungen und Akronyme

AIDS Erworbenes Immundefizit-Syndrom
AKE Erhebung über Arbeitskräfte (LFS)
AKP Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean, Unterzeichnerstaaten des Abkommens von Cotonou
a. n. g. anderweitig nicht genannt
ASEAN Association of South-East Asian Nations (Verband Südostasiatischer Nationen)
a.w.g. anderweitig weder genannt
BERD FuE-Ausgaben im Wirtschaftssektor
BIP Bruttoinlandsprodukt
BNE Bruttonationaleinkommen
BLWU Belgisch-luxemburgische Wirtschaftsunion
BRZ Bruttonaumszahl
BSB Biochemischer Sauerstoffbedarf
BSE Spongiforme Rinderenzephalopathie
BSP Bruttosozialprodukt
BWS Bruttowertschöpfung
CDR Rohe Sterbeziffer
cif Costs, insurance, freight (Kosten, Versicherung, Fracht)
CSB Chemischer Sauerstoffbedarf
GHG Treibhausgas (greenhouse gases)
CVT berufliche Weiterbildung
CVTS2 Erhebung über die betriebliche Weiterbildung
DAV Dynamische Asiatische Volkswirtschaften
EAGGF Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
ECHP Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaften
ECHP-UDB Haushaltspanel der Europäischen Gemeinschaften - users' database
ECMT Europäische Konferenz der Verkehrsminister (EKMV)
EEA Siehe EWR
EFRE Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EFTA Europäische Freihandelsassoziation (CH, IS, LI, NO)
EGKS Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EITO European Information Technology Observatory
EPA Europäisches Patentamt
ESF Europäischer Sozialfonds

Essoss Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik
ESVG Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
EU Europäische Union
Eurostat Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
Eurydice Bildungsinformationsnetz in Europa (<http://www.eurydice.org>)
EVPI Europäischer Verbraucherpreisindex
EWO Europäische Weltraumorganisation (ESA)
EWR Europäischer Wirtschaftsraum (EU + EFTA-Länder ohne Schweiz)
EWS Europäisches Währungssystem
EZB Europäische Zentralbank
FAO Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
fob Free on board (frei an Bord)
FuE Forschung und Entwicklung
GAP Gemeinsame Agrarpolitik
Gboard+B2 Staatliche Mittelzuweisung für Forschung und Entwicklung (government budget appropriation outlays for Research and Development)
GCSE General Certificate of Secondary Education (Allgemeines Abschlusszeugnis für die Sekundarstufe)
GERD Bruttoinlandsausgaben für FuE
GUS Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HVPI Harmonisierter Verbraucherpreisindex
IAO Internationale Arbeitsorganisation
ICT Institut der Computer-Technologie (IKT)
IT Informationstechnologie
IPI Index der Industrieproduktion
ISCED Internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen
ISPO Information Society Promotion Office (Büro für die Informationsgesellschaft)
IWF Internationaler Währungsfonds
JAE Jahresarbeitseinheit
KKP Kaufkraftparität
KKS Kaufkraftstandard
KL Kandidatenländer
KMI Körpermasseindex
LF Landwirtschaftliche Fläche
LMP Arbeitsmarktpolitik
Mercosur Gemeinsamer Markt der Länder im Süden Lateinamerikas
MOEL Mittel- und osteuropäische Länder
MSTI/OECD Hauptindikatoren für Wissenschaft und Technologie (MSTI)

(¹) Der Euro löste zum 1. Januar 1999 den Ecu (Code = ECU) ab. Zum 1. Januar 2002 ersetzte er ebenfalls die Währungen von 12 Mitgliedstaaten.

MwSt.	/Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Mehrwertsteuer	TBFRA	TBFRA-2000-Umfrage)Temperate and Boreal Forest Resource Assessment - Bewertung der forstlichen Ressourcen in den gemäßigten nördlichen Klimazonen)
NACE	Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften	UED	Überseeische Departemente
NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen	Unesco	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
NHS	National Health Service/Nationale Gesundheitswesen	UNHCR	Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen bzw. dieser selbst
NUS	Neue unabhängige Staaten (der ehemaligen Sowjetunion)	USPTO	Patent- und Markenamt der USA
NUTS	Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (Eurostat) (NUTS 1, 2 usw.)	VN	Vereinte Nationen
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	VPI-EWR	Verbraucherpreisindex des Europäischen Wirtschaftsraums
OECD-DAC	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - Ausschuss für Entwicklungshilfe	VPI-EWU	Verbraucherpreisindex der Europäischen Währungsunion
OPEC	Organisation Erdöl exportierender Länder	VZA	Vollzeitäquivalent
ROZ	Research-Oktanzahl	WHO	Weltgesundheitsorganisation
SDB	Standarddeckungsbeitrag	Einige Maßeinheiten	
SDI	Nachhaltigkeitsindikatoren	BT	Bruttotonnage
SDR	Standardisierte Sterbeziffer	GJ	Gigajoule
SI	Strukturindikatoren	GWh	Gigawattstunde (106 kWh)
SITC rev. 3	Internationales Warenverzeichnis für den Aussenhandel, rev. 3 (Standard Industrial Trade Classification)	ha	Hektar
SK	Statistik kurzgefasst	hl	Hektoliter
		kcal	Kilokalorie
		kg	Kilogramm
		kgRÖE	Kilogramm Rohöleinheiten
		km²	Quadratkilometer
		KWh	Kilowattstunde

Directorates general (unvollständige Liste)

DG	Generaldirektion
DG AGRI	Generaldirektion Landwirtschaft
DG BUDG	Generaldirektion Haushalt
DG COMP	Generaldirektion Wettbewerb
DG DEV	Generaldirektion Entwicklung
DG EAC	Generaldirektion Bildung und Kultur
DG ECFIN	Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen
DG ELARG	Generaldirektion Erweiterung
DG EMPL	Generaldirektion Beschäftigung und Soziales
DG ENTR	Generaldirektion Unternehmen
DG ENV	Generaldirektion Umwelt
DG ESTAT	Generaldirektion Eurostat
DG FISH	Generaldirektion Fischerei
DG INFO	Generaldirektion Informationsgesellschaft
DG JAI	Generaldirektion Justiz und Inneres
DG MARKT	Generaldirektion Binnenmarkt
DG PRESS	Generaldirektion Presse und Kommunikation
DG REGIO	Generaldirektion Regionalpolitik
DG RELEX	Generaldirektion Außenbeziehungen
DG RTD	Generaldirektion Forschung
DG SANCO	Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz
DG TAXUD	Generaldirektion Steuern und Zollunion
DG TRADE	Generaldirektion Handel
DG TREN	Generaldirektion Energie und Verkehr

Europäische Kommission

Eurostat Jahrbuch 2004 — Daten 1992-2002

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2004 – 280 S. – 21 x 29,7 cm

Thema 1: Allgemeine Statistik

Kategorie: Panorama der Europäischen Union

ISBN 92-894-4962-4

ISSN 1681-4770

Preis in Luxemburg (ohne MwSt.): 50 EUR

Benutzung der CD-ROM

1. Nach erfolgreicher Installation (*) der CD-ROM klicken Sie bitte auf die Schaltfläche „START“. Es öffnet sich ein Fenster mit dem Titel des Eurostat-Jahrbuchs 2004 und den verfügbaren Sprachversionen. Klicken Sie auf die gewünschte Sprache.
2. Sodann werden alle auf der CD-ROM enthaltenen Informationen aufgelistet. Wählen Sie den gewünschten Informationstyp durch Klicken aus.
3. Folgen Sie den Anweisungen in den folgenden Fenstern.

(*) Wenn das Programm nicht von selbst startet, führen Sie bitte die folgenden Schritte aus:

- Öffnen Sie den „Windows Explorer“.
- Doppelklicken Sie auf das Symbol für das CD-ROM-Laufwerk.
- Öffnen Sie die Datei **connect.bat** (Ausführung des Programms) mit einem Doppelklick und folgen Sie den Installationsanweisungen.

VERKAUF UND ABONNEMENTS

Die vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften herausgegebenen, gegen Gebühr erhältlichen Veröffentlichungen sind in den weltweiten Vertriebsstellen verfügbar.

Wie erhält man eine bestimmte Veröffentlichung?

Man besorgt sich das Verzeichnis der Vertriebsstellen und nimmt zwecks Aufgabe seiner Bestellung mit einer dieser Stellen Verbindung auf.

Wie erhält man das Verzeichnis der Vertriebsstellen?

- Das Verzeichnis kann entweder auf folgender Internet-Seite des Amtes für Veröffentlichungen abgerufen werden: <http://publications.eu.int/>
- oder es kann per Fax (352) 2929-42758 angefordert werden, woraufhin die Papierfassung zugesandt wird.